

18. Jahrgang
1/91

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Studienheft 2

Hildegard
Schröteler-
von Brandt/
Rolf Westerheide

Zukunft für die Dörfer

Dorfentwicklungsplanung
für die Stadt Zülpich



Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711) 282683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 124,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 97,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 32,50 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

STUDIENHEFT 2:

HILDEGARD SCHRÖTELER-VON BRANDT / ROLF WESTERHEIDE

Zukunft für die Dörfer

Dorfentwicklungsplanungen für die Stadt Zülpich

1. Einleitung	1
2. Strukturwandel in den Dörfern – Probleme und Planungsansätze	8
3. Herangehensweise an die Planung	20
4. Neues Wohnen im alten Dorf	31
5. Ein Hauptproblem: Rückbau der Dorfstraßen	50
6. Dorfköologie	61
7. Dorfhistorische Untersuchungen	71
8. Dorfgestaltung: weniger ist mehr	77
9. Dorf als sozialer Raum. Sozialräumliche Elemente und ihre Gebrauchswerte	84
10. Hilfen zur Selbsthilfe – Dorfentwicklung jenseits staatlicher Förderung	89
11. Ohne Bürger läuft nichts – Bürgerbeteiligung will erlernt sein	100
12. Anhang	105

DIE AUTOREN	106
-------------------	-----

TAGUNGSBERICHTE

»Schadet die Wissenschaft dem Dorf?«,	
7. Interdisziplinäres Essener Dorfsymposium in Bleiwäsche	107
»Denkmalpflege und Tourismus«, III. Internationales Symposium in Trier	110

NOTIZEN	115
---------------	-----

BESPRECHUNGEN

*Stadtbaugeschichte*KERSTEN KRÜGER (Hrsg.), Europäische Städte im Zeitalter des Barock (*Peter Burg*) 117FRANZISKA BOLLEREY/GERHARD FEHL/KRISTINA HARTMANN (Hrsg.), Im Grünen Wohnen – im Blauen Bauen. Ein Lesebuch zur Gartenstadt (*Bernd Kleinbans*) 118KLAUS ANDRÄ u. a., Marktplätze (*Reinhard Heinemann*) 120*Denkmalpflege, Stadtplanung*GOTTFRIED KIESOW (Hrsg.), Einführung in die Denkmalpflege (*Ute Beatrix Sardemann*) 121THOMAS SIEVERTS (Hrsg.), Zukunftsaufgaben der Stadtplanung (*Ronald Kunze*) 123*Städtische Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte*REINHOLD REITH, Arbeits- und Lebensweise in der Franzosenzeit (*Silke Jagusch*) 124WOLF-RÜDIGER OSBURG, Die Verwaltung Hamburgs in der Franzosenzeit (*Matthias Haag*) 126

1. Einleitung

Das Wesensmerkmal des Dorfes ist seine räumliche und soziale Überschaubarkeit und seine Prägung durch die Landwirtschaft. Agrarische Umstrukturierungsprozesse reduzierten seit den 50er Jahren die wirtschaftliche und beschäftigungsrelevante Bedeutung der Landwirtschaft jedoch ganz erheblich. 1986 wurden z. B. in NRW nur noch 1,1% der Bruttowertschöpfung durch die Land- und Forstwirtschaft erwirtschaftet. Entgegen dieser geringen ökonomischen Bedeutung wird das »Bild« selbst des Industrielandes NRW von der Landwirtschaft geprägt; zur Landesfläche gehören 80% land- und forstwirtschaftliche Flächen. Das äußere Erscheinungsbild des Dorfes entspricht so schon längst nicht mehr der inneren Bedeutung, die die Landwirtschaft und die Landwirte im Dorf haben. Allein seit 1960 verringerte sich die Anzahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft in NRW um 65%.

Folgen des strukturellen Wandels

Der funktionale und wirtschaftliche Strukturwandel ist unübersehbar. Am deutlichsten treten seine Auswirkungen in der Trennung von Wohnen und Arbeiten zutage. Das traditionelle »Bauern-dorf« wurde durch den Bedeutungsverlust der Landwirtschaft am Erwerbsle-

ben immer mehr zum »Wohndorf«, und die für das Dorf typische Vielfalt an Nutzungen und Aneignungsformen von privaten und öffentlichen Außenräumen mit einem Nebeneinander von Wohn- und Arbeitsbereichen ging verloren. Als Folge dieses Wandels entstanden viele bauliche und soziale Probleme:

- Verkehrsprobleme auf den Ortsdurchfahrten durch steigendes Verkehrsaufkommen und hohe Geschwindigkeiten im oft engen Straßenraum,
- Probleme im alten Ortskern: Leerstände oder Kümmernutzungen durch aufgegebene landwirtschaftliche Nutzung, hoher Instandsetzungsbedarf bei der älteren Bausubstanz, hohe Bebauungsdichten, ungünstige Grundstückszuschnitte und unzureichende Erschließung der Grundstücke,
- fehlende oder unzureichende Einrichtungen für Vereine und die Dorfgemeinschaft und für einzelne Gruppen im Dorf wie Kinder, Jugendliche, Frauen oder alte Menschen,
- Versorgungsengpässe bei privater und öffentlicher Infrastrukturausstattung,
- Konflikte zwischen Neubauwünschen und Baulandbedarf vor Ort und übergeordneten, an der Verhinderung der Landschaftszersiedelung orientierten Planungsgrundsätzen,
- negative Veränderungen des Ortsbil-

des und fehlende dorftypische Bebauung, Vorherrschen von Einfamilienhausbebauung nach städtischem Vorbild,

- Verlagerung eines großen Teiles des Lebensbereiches außerhalb des Dorfes durch fehlende Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort, Vergrößerung des Auspendleranteiles und Wegzug vor allem der jüngeren Bevölkerung,
- Probleme bei dem Erhalt schützenswerter Landschaftsbestandteile und dorftypischer Vegetation z. B. durch den Verlust der wirtschaftlichen Bedeutung von Obstwiesen und Nutzgärten.

Diese Umstrukturierungen bedrohen einen Lebens- und Wirtschaftsraum, der trotz der Anpassungen an den städtischen Gegenpol, seine eigene Identität über Jahrhunderte hinweg zu wahren suchte. Ohne eine behutsame und auf spezifische ökonomische, kulturhistorische, ökologische und städtebauliche Eigenheiten orientierte Erneuerung des ländlichen Raumes droht dieser seine ihm eigenen Qualitäten immer mehr zu verlieren.

Dörfliche Qualitäten

Unseres Erachtens haben die Dörfer für die angestammten und neuzugezogenen Menschen große Qualitäten, die bei der Planung entsprechend berücksichtigt werden müssen:

- Im Gegensatz zur Stadt sind große Flächen und Räumlichkeiten für die vielfältigsten Aktivitäten vorhanden

(Nutzgärten, Schuppen und Nebengebäude für Autoreparatur, Kleintierhaltung oder handwerkliche Hobbies etc.). Gerade diese erweiterte Nutzung des Außenraumes bestimmt die Qualität dörflichen Wohnens.

- Eine enge soziale Verknüpfung durch Nachbarschaftshilfe oder Vereinswesen bestimmt das Miteinander unterschiedlichster Alters- und auch sozialer Gruppen. Es besteht eine enge Ortsverbundenheit und hohe Wohnzufriedenheit. Die Umzugsbereitschaft ist gering.
- Die Dorfbewohner entwickeln von klein auf einen stärkeren Natur- und Landschaftsbezug. Neue, ökologische Planungsziele könn(t)en hier leichter verwirklicht werden.
- Das Dorf wird als erkennbarer, überschaubarer und sozialer Raum erlebt. Dies prägt eine Identität mit dem Ort, die für das Wohlbefinden des einzelnen sehr bedeutsam ist.

Diesen Lebensraum gilt es zu erhalten und auf eine in vielen Fällen auch nicht mehr landwirtschaftliche Zukunft durch einfühlsame Planung vorzubereiten.

Welche Zukunft hat das Dorf?

Es stellten sich für die Studenten und uns eine Fülle von zu beantwortenden Fragen:

- Ist die Landwirtschaft im Dorf noch intakt und sollen sich Planungsüberlegungen in erster Linie am Bestandschutz für die Landwirtschaft orientieren und z. B. eine an die Höfe heranrückende, die landwirtschaftliche Pro-

duktion durch Immissionskonflikte beeinträchtigende Wohnbebauung vermieden werden?

- Weist das Dorf aufgrund seiner Einwohnerzahl und infrastrukturellen wie gewerblichen Ausstattung noch eine so große Nutzungsvielfalt auf, daß es als Lebensraum einen besonders hohen Wert für die Bewohner und sogar für umliegende Dörfer besitzt und vorrangig weiterentwickelt werden muß?
- Verfügt das Dorf aufgrund einer hohen landschaftlichen und ökologischen Bedeutung oder besonderer bauhistorischer Werte über Ansätze zum Ausbau von Fremdenverkehrs- und Erholungsfunktionen?
- Wo und in welchem Umfang sind Wohnbauflächen vorzusehen und in welchen Dörfern steht in Zukunft die Wohnfunktion an erster Stelle?
- Handelt es sich um ein mehr stagnierendes Dorf oder um ein Dorf mit einer eigenen Entwicklungsdynamik?
- Fehlen in den Dörfern soziale und räumliche Identifikationspunkte?
- Was kann mit den konkreten Planungsmaßnahmen im Dorf erreicht werden und wo sind Maßnahmen und Hilfen von außen gefordert und ein politisches Umdenken notwendig, welches dem Lebensraum Dorf einen neuen, bedeutenderen Stellenwert zuweist? (Veränderte Zielsetzungen in der Agrarpolitik spielen hier in Zukunft eine ebenso bedeutsame Rolle wie ein Überdenken der starken Zentralisierung im politischen und infrastrukturellen Bereich).

Die Ergebnisse der Dorfentwicklungsplanung werden sich daran messen lassen müssen, inwieweit sie den Bedürfnissen der Dorfbevölkerung nach einem weitgehend intakten Lebensraum entsprechen und nicht nur einer vordergründigen Dorfverschönerung gerecht werden. Die vielgerühmte »Verweillbereitschaft« im Dorf wird so nicht zuletzt davon abhängen, ob Versorgungseinrichtungen und Arbeitsplätze im Dorf oder in erreichbarer Nähe zur Verfügung stehen. Das reine Wohndorf wird bei einer weiteren rückläufigen Entwicklung der Landwirtschaft nicht zu vermeiden sein. Das Dorf sollte jedoch diesem Wandel nicht damit begegnen, daß durch städtebauliche, verkehrliche und kulturelle Verformung allmählich ein vorstädtischer Charakter entsteht, sondern daß im Gegenteil seine siedlungsstrukturelle Kontinuität auch bei den gravierenden agrarökonomischen Wandlungsprozessen bewahrt werden kann. Die Planung sollte im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit neuen Ideen bestehende Qualitäten wie die Vielfalt der dörflichen Nutzungen und das Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten sichern. Nicht die neuerdings betriebene »Restauration« des Dorfes im nostalgischen Sinn, sondern eine Dorfentwicklung, die nach eigenen, neuen, emanzipatorischen Entwicklungsmöglichkeiten und -fähigkeiten sucht und auch vor einer »Reformierung« des bestehenden Dorfes nicht haltmacht, wäre weiter zu entwickeln. In diesem Sinne sind die nachstehenden Beispiele zu verstehen.



Abb. 1.3 Luftaufnahme Zülpich

Quelle: Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Denkmäler im Rheinland – 9.5 Stadt Zülpich, bearbeitet von Harald Herzog und Norbert Nußbaum, Köln, 1988.

Freiflächen ausgewiesen. Nennenswerte Waldanteile und naturnahe Flächen finden sich überwiegend im Eifelvorland und in den Bachniederungen. Mit 1,8% der Gesamtfläche sind sie jedoch verschwindend gering.

Das Erscheinungsbild der Landschaft mit ihren wie eingestreut verteilten Dörfern und Siedlungen ist geprägt durch die agrarische Nutzung. Auf den weitläufigen Ackerflächen mit hohen Bodenertragswerten werden überwiegend Getreide und Zuckerrüben angebaut. Zülpich zählt geologisch zum Senkungsge-

biet der Erft- und Ruhrschnelle. Mächtige Löß- und Lößlehmböden vom Eifelvorland bis zur niederrheinischen Bucht werden von einigen Bächen (Neffelbach, Rotbach, Wollersheimerbach) durchzogen und modellieren so eine leicht gewellte Landschaft. Die meisten Dörfer haben sich an den Bachläufen angesiedelt.

Nur die Stadt Zülpich liegt seit dem Mittelalter strategisch günstig auf einer Erhöhung und ist in der Region weithin mit Mauerring und Türmen sichtbar (Abb. 1.3). Wirtschaftlich betrachtet ist

die Gemeinde mit ca. 16000 Einwohnern eine typische Auspendlergemeinde mit geringem Gewerbe- und Industriebeitrag. Über 40% der ca. 6100 Erwerbstätigen haben ihren Arbeitsplatz in den nahen Ballungsräumen. Die Gemeinden Köln, Düren und Euskirchen sind die größten Auspendlerstandorte. Nur im landwirtschaftlichen Sektor weist Zülpich einen prozentual höheren Anteil an den Erwerbstätigen auf als der Landesdurchschnitt.

Die Chance der Stadt Zülpich Selbstversorgerfunktion zu übernehmen ist aufgrund der Außenorientierung und der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Umland erheblich vermindert. Dies ist

ein Grund dafür, daß Zülpich Ausgleichsstockgemeinde geworden ist, d. h. zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs werden zur Erfüllung der unbeweisbaren Aufgaben, Schlüssel- und Ergänzungszuweisungen vom Land gewährt. Der finanzielle Planungs- und Handlungsspielraum der Gemeinde ist damit sehr gering und der starken fiskalischen Kontrolle des Landes unterworfen. Um so wichtiger sind somit Planungs- und Entwicklungsansätze für die Gemeinde, die es ermöglichen können, bürgerschaftliches Engagement, private Investitionen und Gestaltungswillen zu fördern.

2. Strukturwandel in den Dörfern Probleme und Planungsansätze

Ende des Bauerndorfes? – Bedeutungswandel und Krise der Landwirtschaft

Die Entwicklung der Produktivkräfte sowie deren Arbeits- und Verwertungsmethoden haben in unserer Gesellschaft einen Stand erreicht, der zu den heutigen Problemen des ländlichen Raumes führte. Die einschneidenden Veränderungen in den Produktionsmethoden der Landwirtschaft in den letzten 150 Jahren wie die Mechanisierung, Chemisierung, Spezialisierung und der hohe Energieeinsatz haben zu rapiden Produktivitätssteigerungen geführt. Damit konnten zwar die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft verbessert und die Ernährungssicherung der Bevölkerung mehr als gewährleistet werden; der Anpassungsdruck an stetige Ertragssteigerung zwang jedoch gleichzeitig zu Rationalisierung und immer größerem Kapitaleinsatz.

Nur bei immer größeren Mengen konnte günstiger und gewinnsteigernder produziert werden. »Wachsen oder Weichen« wurde nach 1945 die Devise der Landwirtschaft; kleine Betriebe gerieten als »Lohnmäster« oder »Vertragslandwirte« in immer größere Abhängigkeiten.

Die Ertragssteigerung hat nicht nur die Selbstversorgung der Bevölkerung in

der EG ermöglicht, sondern vielfach bei weitem überschritten und die Grenze der ökologischen Belastbarkeit erreicht. Der Bauer, der noch als Vollerwerbler seine Familie ernähren kann, ist der »30-ha-Bauer«, der vor 1945 noch als Großbauer die Minderheit im Dorf darstellte. Die bedeutende wirtschaftliche und soziale Stellung der Bauern im Dorf nimmt mehr und mehr ab; er entwickelt sich zum »Exoten«.

Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft unter kapitalistischen Bedingungen und internationalem Konkurrenzdruck stößt zudem an Grenzen, die den Produktionsbedingungen der Landwirtschaft eigen sind: die Unvermehrbarkeit des landwirtschaftlichen Bodens läßt nur eine Ertragssteigerung durch Intensivierung der Produktion zu, die an die Grenze des ökologisch Verkraftbaren gelangt ist (z. B. Nitratverseuchung des Bodens).

Die Krise der Landwirtschaft mit ihren stetigen Wandlungsprozessen ist immanent. Bereits im 19. Jh. mußten die heimischen Getreidemärkte mit Zollschranken vor der Einfuhr des billigeren amerikanischen Weizens geschützt werden; bereits um 1900 wurden mit dem Zuckerkartell erste Kontingentierungen vorgegeben. Die EG setzte diese staatlichen Marktregulierungen lediglich

auf einer höheren Stufe fort. Heute ist auch hier die Grenze der Finanzierbarkeit erreicht; ca. 70% des EG-Haushaltes werden für die Marktordnungen des Agrarsektors ausgegeben.

Der Teufelskreis der Agrarpolitik hat sich bis zur Unfinanzierbarkeit hochgeschraubt. Die hohen Preise der EG zur Verbesserung der bäuerlichen Einkommen vergrößern den Abstand zu den niedrigen Weltmarktpreisen und erschweren den Export, während sie im »Innern« zu einer Mehrproduktion und somit zu weiter wachsenden Überschüssen anregen. In der Konsequenz muß ein immer höherer Aufwand für den Ankauf von Überschüssen und deren Lagerhaltung erbracht werden. Der Export »läuft« nur durch Subventionen und verbilligten Absatz. Dieser Teufelskreis muß durchbrochen und die Überschussproduktion zugunsten verminderter, aber qualitativvollerer Produkte zurückgefahren werden. Dabei geht es vor allem um Beschränkungen in den Bereichen, die den Großteil der Überschüsse produzieren: die großen, agrarindustriellen Betriebe.

Die Landwirtschaft gilt heute als ständiger Subventionskandidat, als ohne staatliche Stützung nicht lebensfähiger Sektor und zugleich als Umweltsünder oberster Rangordnung. Das war nicht immer so. Die großen Hungerkrisen des ausgehenden 18. Jh. und die Bedeutung, die »das tägliche Brot« für die Bevölkerung hatte, brachten eine großangelegte Agrarkampagne mit intensiver wissenschaftlicher Erforschung, der Entwicklung neuer Anbaumethoden, neuer Ge-

treide- und Gemüsesorten und Düngungsmethoden etc. hervor. Die Landwirtschaft, die im Laufe des 19. Jh. ihre Erträge immer mehr steigern konnte, hatte noch eine bedeutende Funktion: indirekt ermöglichte sie durch die Bereitstellung der Nahrungsmittel für die stark anwachsende Bevölkerung erst die Industrialisierung und damit auch das städtische Wachstum.

Im weiteren Verlauf und vor allem ab der 2. Hälfte des 20. Jh. rückte die Landwirtschaft immer mehr von ihrer Funktion als führender, primärer Wirtschaftssektor ab; der Anteil am Bruttosozialprodukt fiel bis auf 1% im Jahr 1986 im Industrieland NRW. Immer weniger Arbeitskräfte werden in der Landwirtschaft gebraucht und die Einkommensentwicklung dort nimmt nicht mehr an der allgemeinen Lohnentwicklung teil. Immer mehr »selbständige« Bauern leben von ihren Reserven und an der unteren Einkommensgrenze, während doch die Arbeitsproduktivität in anderen Sektoren immer mehr stieg.

Der Strukturwandel bzw. die Marktanpassung ist noch nicht abgeschlossen. Pessimisten oder auch Realisten nennen die Zahl von 50% der Betriebe, die bis zur Jahrtausendwende ihren Betrieb schließen werden. Im Rheinland geben derzeit jährlich 3% der Betriebe auf; nach dem Agrarbericht 1989 rechnen 38% der Landwirte in NRW mit Betriebsaufgaben. »18 Prozent der betroffenen Landwirte im Rheinland müssen aufgeben, weil kein Nachfolger in Sicht ist. Weit über die Hälfte der Höfe sind einkommenschwache Übergangsbetriebe«

(Aachener Nachrichten, 29. 3. 1989). Betroffen sind vor allem die kleinen und mittleren Betriebe. Die restlichen Betriebe werden sich weiter konzentrieren, die Betriebsgrößen und -flächen werden steigen und die Bezeichnung der »industrialisierten« Landwirtschaft für noch mehr Betriebe zutreffen. Weiterhin werden landwirtschaftliche Flächen aus der »Produktion« genommen und brachfallen.

Umdenken erforderlich

Die sich zuspitzende Situation verlangt nach Lösungen, die nicht den Trend der letzten Jahrzehnte fortschreiben, sondern vor allem im Sinne einer ökologisch wirtschaftenden und die Qualität der Produkte steigernden Landwirtschaft (die Kälberskandale reichen) neue Wege beschreiten muß.

»Alternativ« wirtschaftende Betriebe zeichnen sich da als Ausweg ab, wenn gleich unter heutigen wirtschaftlichen Gesichtspunkten diese Richtung nur für wenige eine Abwendung der drohenden Betriebsschließung bedeutet. Neuerdings soll den umstellungswilligen Betrieben auf Antrag von Bund und Ländern eine Art Ausfallentschädigung gewährt werden (Der Spiegel, 30/1989). Dies kann als erster Schritt in Richtung einer veränderten – politischen Bewertung gesehen werden. Doch noch erfolgt diese »Neubewertung« unter der Prämisse, die Zahl dieser Betriebe auf die derzeitige Nachfragekapazität nach biologisch angebauten Produkten begrenzen zu

müssen, um damit einem Preisverfall vorzubeugen.

Die Beispiele von Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, Zusammenschlüssen von Landwirten mit eigener Direktvermarktung im Dorf oder gemeinsam betriebenen Verkaufsbussen, »Patenschaften für Hühner oder Schweine«, eine von Städtern »geleaste« Sau bis hin zu »Shopping« auf dem Bauernhof, zeigen ein neues Interesse der Verbraucher und stellen bei dem Erfolg der Kollegen nicht wenige Landwirte vor die Frage, ob nicht Umstellung oder Kooperationen versucht werden sollten. Auch die Herauslösung der landwirtschaftlichen Betriebe aus dem immer stärker werdenden Monopolisierungsprozeß und eine verstärkte Förderung der Klein- und Mittelbetriebe über eine veränderte Preispolitik wäre anzustreben.

Die Berichte über solche »Nischen« für die arg bedrängte Landwirtschaft mehren sich; ohne eine generelle Neubewertung der Agrarpolitik im Bund und in der EG werden jedoch diese »Nischen« begrenzt sein und aus rein marktpolitischen Gründen begrenzt werden müssen.

Landwirtschaft und Planung

Eine generelle Neubewertung der Landwirtschaft, die Stabilisierung betrieblicher Existenzen und eine Qualitätsverbesserung landwirtschaftlicher Produkte ist gefordert. Dies hätte auch entsprechende räumliche Auswirkungen. In den Dörfern und Kleinstädten würden neue »Märkte« eingerichtet; die Versorgung

über Direktvermarktung und weitere Versorgungsbusse verbessert; die mit landwirtschaftlich genutzten Flächen durchmischte räumliche Struktur des Dorfes bliebe erhalten; die Landwirte als wichtige soziale Gruppe verblieben im Dorf; eine naturgerechte landwirtschaftliche Produktion würde weiterhin das Bild des Dorfes prägen und ein neuer, integrierter Landschafts- und Naturschutz könnte helfen, die ausgeräumte Landschaft instandzusetzen.

Solange wir uns jedoch mit solchen maximalen Forderungen im Bereich von »Utopia« bewegen, gilt es, die kleinen Schritte auf dem Weg dorthin zu unterstützen. Ansätze in diese Richtung oder Ausbaumöglichkeiten aufgrund der Betriebs- und Marktstrukturen (lokale und regionale Absatzmöglichkeiten) gilt es bei der Dorfentwicklungsplanung aufzuspüren und in Verbindung mit den Landwirten, den Landwirtschaftskammern und den Gemeinden auszubauen.

Berücksichtigung der Landwirtschaft im Zülpich-Projekt

Die landwirtschaftliche Entwicklung, vor allem in den Dörfern, in denen die Landwirtschaft noch stark vertreten ist, lag den Studenten besonders am Herzen. Bei ihren Verkehrsplanungen, der Ausweisung neuer Wohngebiete, den Umnutzungsplanungen etc. wurde jeweils ein Schwerpunkt auf die Sicherung der landwirtschaftlichen Betriebe gelegt; d.h. die Planungsmaßnahmen sollten die Standortsicherung unterstützen und nicht wie

so oft, den Landwirten weitere Schwierigkeiten bringen.

Bei den Konzepten stand die Sicherung der Betriebsstandorte im Ortskern (vor allem wenn die Hofnachfolge bei den Vollerwerbsbetrieben gesichert war) im Vordergrund. Es wurden Erweiterungsflächen in Hofnähe gesucht oder der landwirtschaftliche Verkehr im Ort bei der Neuplanung der Ortsdurchfahrten entsprechend berücksichtigt. Weiterhin wurden Vorschläge angerissen, wie ein zusätzliches wirtschaftliches Standbein für die Landwirtschaft z. B. im Freizeit- und Tourismusbereich gefunden werden kann (wie »Ferien auf dem Bauernhof« in Merzenich oder »Reiterhof/Pferdeponie« in Juntersdorf) oder Ideen zum Auf- bzw. Ausbau einer Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte wie Backhäuser, Schlachtereien, Mostereien, »Bauernmärkte« etc. aufgegriffen. Einen weiteren Ansatzpunkt stellten die Umnutzungsvorschläge für landwirtschaftliche Gebäude zu Wohnzwecken dar.

Die Analyse erfolgte in Zusammenarbeit mit den Landwirtschaftskammern und den betroffenen Landwirten vor Ort. Für jedes Dorf wurden die Struktur und die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft (Anzahl und Lage der Höfe, Erwerbscharakter wie Voll- oder Nebenerwerb, Größe der bewirtschafteten Fläche, Pacht- und Eigenlandanteil, Bodengüten, Rationalisierungsgrad, Wirtschaftsform wie Spezialisierung oder Mischwirtschaft, Entwicklungspotential der Betriebe etc.) erhoben. Weiterhin wurde die geschichtliche Herausbil-

dung der Landwirtschaft und die qualitativen und quantitativen Veränderungen der Bewirtschaftung dargestellt.

Beispiel: Auszug aus dem Dorfentwicklungsplan Langendorf – Analyse Landwirtschaft

Langendorf und seine Umgebung ist auch heute noch durch die landwirtschaftliche Nutzung geprägt. Die Anzahl von 6 Vollerwerbs- und 5 Nebenerwerbsbetrieben ist in dem 260 Einwohner zählenden Dorf im Vergleich zu anderen Zülpicher Dörfern relativ groß und unterstreicht den Stellenwert der Landwirtschaft für die Ortsentwicklung. Die Bewirtschaftungsfläche der Vollerwerbsbetriebe liegt zwischen 20 und 30 ha. Die Nebenerwerbsbetriebe bewirtschaften Flächengrößen bis 2 ha. Da seitens der Landwirtschaftskammern für diese Betriebe zumindest mittelfristige Existenzsicherung mit steigendem Anteil des Nebenerwerbs prognostiziert wird, wird Langendorf auch in nächster Zukunft ein »Bauerndorf« bleiben.

Auch in Langendorf hat sich die Zahl der Höfe in den letzten 40 Jahren vermindert. Auswirkungen der Rationalisierung und Mechanisierung und die Folgen der Agrarpolitik kommen zu den vergleichsweise ungünstigen Standortfaktoren hinzu. So liegen die Bodenwerte in Langendorf im Durchschnitt bei 50 (Zülpich Durchschnitt 70, bis zu 95). Stau-nasse Böden verlangten einen hohen finanziellen Aufwand bei der Kanalisierung, und der lukrative Zuckerrübenanbau kann wegen der nicht wassersiche-

ren Böden auf nur $\frac{1}{3}$ der Anbauflächen betrieben werden. Fast durchgängig muß Land dazugepachtet werden, welches knapp und teuer ist (bis zu 1000 DM/ha). Die Höfe werden fast ausnahmslos von Familienmitgliedern bewirtschaftet (Abb. 2.1).

Als Planungsanforderungen zwecks Sicherung der Landwirtschaft ergaben sich z. B. Erhaltung der rückwärtigen Hofausfahrten (d. h. keine weitere Wohnbebauung in der 2. Reihe) oder Verkehrsberuhigung der Ortsdurchfahrt zwecks Erhöhung der Verkehrssicherheit für den landwirtschaftlichen Verkehr an den Torausfahrten.

Zusammenhang von Wohnen und Arbeiten wahren durch Stärkung von Gewerbe und Dienstleistung

Selbst eine gesellschaftliche Neubewertung der landwirtschaftlichen Produktion wird nicht mehr das Bauerndorf vergangener Tage wiederherstellen. War früher das »Wohnen« im Dorf immer mit dem Arbeitsbereich in Landwirtschaft oder Handwerk verknüpft und »reines Wohnen« undenkbar, so hat die gesellschaftliche Arbeitsteilung mit der Trennung von Wohnen und Arbeiten auch die Dörfer erfaßt. Diese Entwicklung, bei der die Bewohner auf außerdörfliche Arbeitsplätze angewiesen sind, wird nicht mehr zurückgedreht werden können und die Wohnfunktion im Dorf weiter an Bedeutung gewinnen.

Die Entwicklung zum Wohndorf wird in erster Linie von der Bevölkerungsentwicklung und der Entwicklung der Ar-

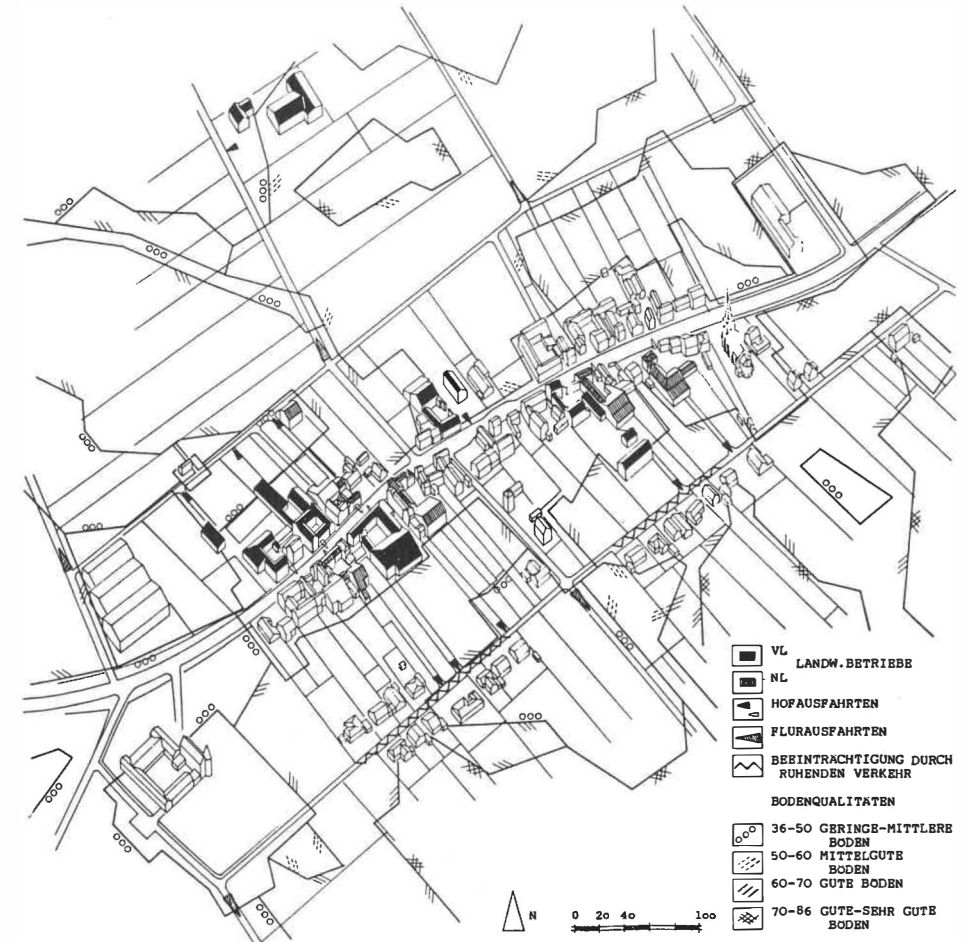


Abb. 2.1 Analysenplan »Landwirtschaft Langendorf«

beitsplätze im Dorf oder in erreichbarer Nähe abhängen. Dem ländlichen Raum droht – teilsräumig mehr oder weniger stark ausgeprägt – langfristig das Schicksal von Stagnation, Schrumpfung und Überalterung, wenn nicht die Arbeits- und Ausbildungssituation verbessert wird. Eine vom Bundesbauministerium durchgeführte Bevölkerungsbefragung in kleinen Orten unter 10000 Einwoh-

ern ergab, daß die Abwanderungsbereitschaft der jüngeren und höher qualifizierten Einwohner größer und deren Wohnzufriedenheit geringer war. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung erhalten jedoch gerade die jüngeren Jahrgänge in der »Familien-gründungsphase« eine verstärkte Bedeutung.

Neben der v. g. Neubewertung der

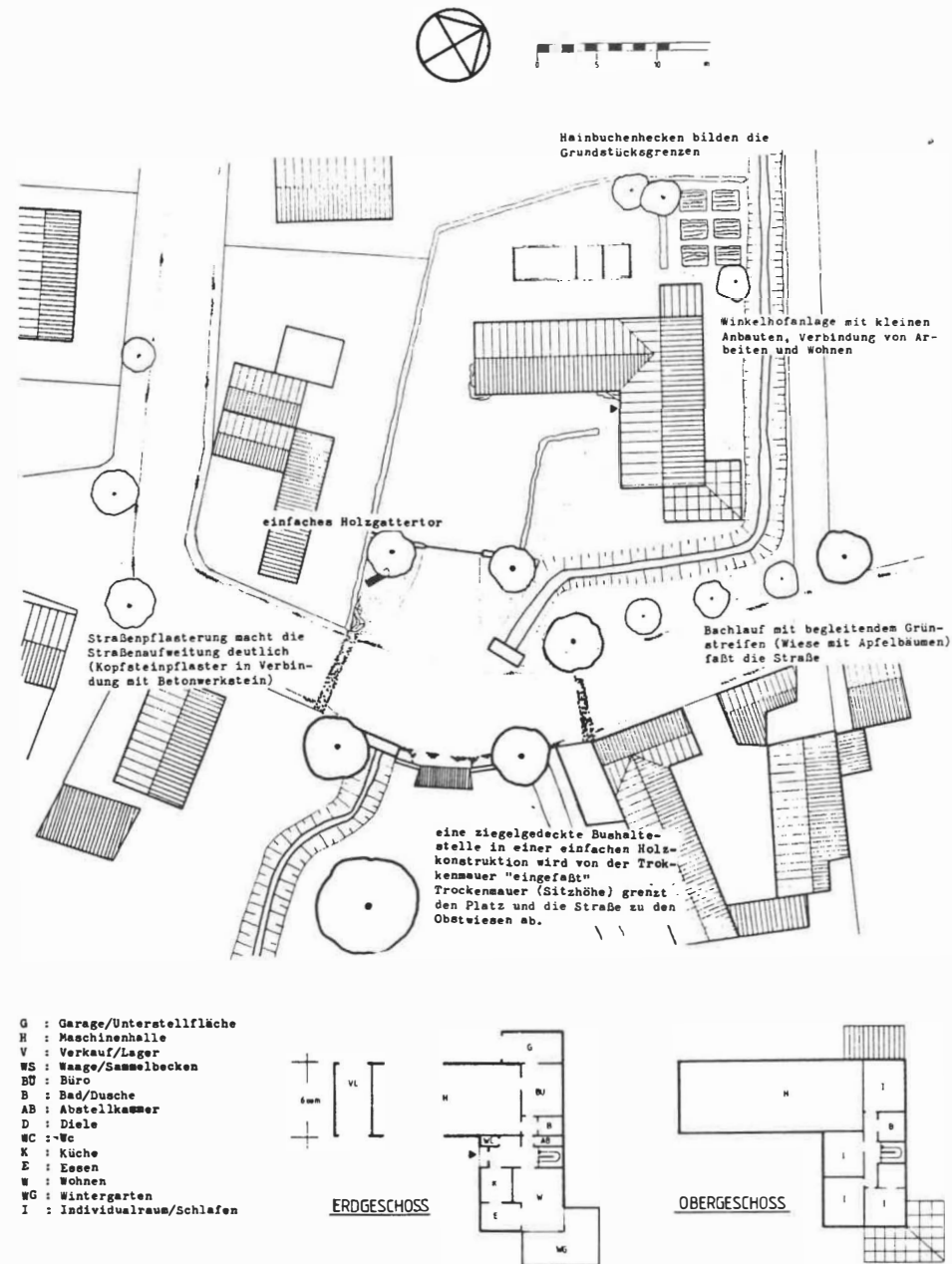


Abb. 2.2 Gewerbehof – Mosterei. Ziele: Erhalt der Funktionsmischung, Sicherung des Obstbaumbestandes durch neue wirtschaftliche Nutzung in der Mosterei sowie Belebung der Dorfmitte.

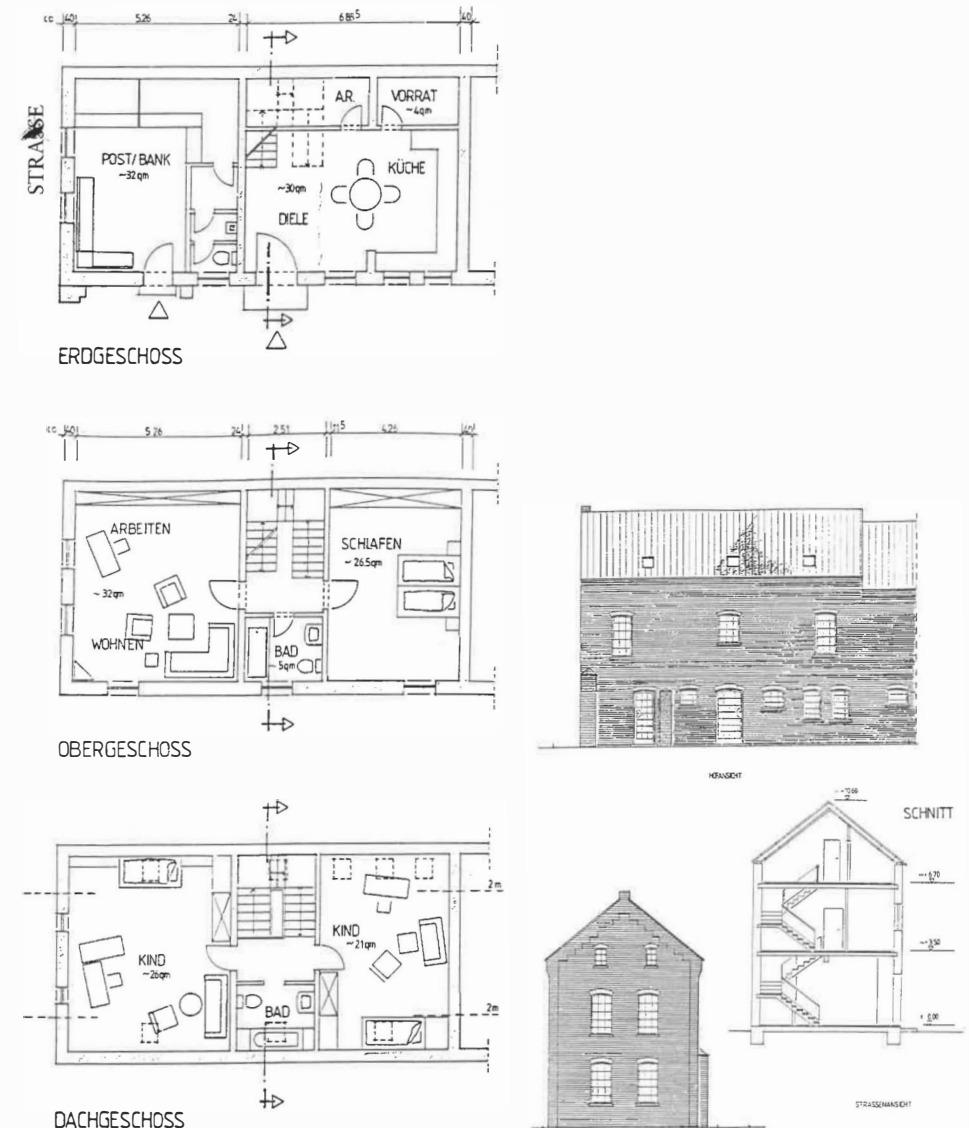


Abb. 2.3 Umnutzungsvorschlag für ein leerstehendes landwirtschaftliches Nebengebäude: Bank- und Poststelle mit Wohnung von Ina Osmer

Landwirtschaft und der Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte müßten auch neue Wege im Bereich von Handwerk, Gewerbe und privaten Dienstleistungen gesucht werden. Auch die unmittelbare Verknüpfung der Dorferneuerungsprogramme mit Förderprogram-

men für die gewerbliche Wirtschaft (nur in Baden-Württemberg vorhanden) muß dringend praktiziert werden (Abb. 2.2).

Viele Dörfer verfügen nicht mehr über Einkaufsmöglichkeiten. Hier haben die Bewohner von Altenhasungen bei Wolfshagen (Kreis Kassel) kürzlich ein schönes Beispiel gegeben. In finanzieller und personeller Selbsthilfe schufen sie sich einen eigenen »modernen« Tante Emma-Laden (Aachener Nachrichten, 10.7.1989). Er wird von Hausfrauen des Dorfes stundenweise betrieben und schafft neben der Versorgung noch Beschäftigungsmöglichkeiten für die benachteiligte Gruppe der auf Teilzeitarbeit angewiesenen Frauen. Für Zülpich-Lövenich wurde ein Vorschlag für die Umnutzung eines leerstehenden landwirtschaftlichen Gebäudes im Ortskern in eine Post- bzw. Bankstelle oder Ladenraum entwickelt (Abb. 2.3).

Im Bereich von Handwerk oder Gewerbe könnte z. B. das örtliche Bauhandwerk in einer gemeinsamen Aktion von Gemeinden, Denkmalpflegern und Industrie- und Handelskammern usw. gestärkt werden, indem eine »Kampagne für handwerkliches Bauen und regionale Baustoffe« durchgeführt wird. Hier könnte eine Beratungstätigkeit über fachgerechte Modernisierung verknüpft werden mit der konkreten Werbung für noch in der Gemeinde vertretene »Besonderheiten« des Bauhandwerks z. B. die Herstellung typischer glasierter Ziegel in Zülpich-Schwerfen (siehe 10).

Neue Tendenzen im Erwerbsleben könnte auch der Ausbau der Gastronomie für ein überörtlich wirkendes Ange-

bot, der Ausbau von öffentlichen Dienstleistungs-, Kongreß- und Bildungszentren im ländlichen Raum in den denkmalgeschützten alten Gutshöfen oder auch in preiswerten leerstehenden landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (Frauenbildungsstätte in Zülpich-Lövenich) sein.

Im Ausbildungsbereich wäre es möglich – auch in Verbindung mit den Arbeits- und Sozialämtern –, den sog. 2. Arbeitsmarkt auszubauen und langfristig in einen 1. Arbeitsmarkt zu überführen. Von gemeinnützigen Trägern durchgeführte Projekte wie der Vorschlag des nachfolgenden »Projektes Kellerhof« sind Beispiele für Beschäftigungsinitiativen. Die Instandsetzung denkmalwerter Gebäude ist hier verbunden mit der Schaffung von Ausbildungsplätzen. Solche Maßnahmen zahlen sich doppelt aus: wichtige Einrichtungen wie Dorfgemeinschaftshäuser oder Kindergärten könnten im Dorf durch Umnutzung und Instandsetzung geschaffen werden, und die ortsansässigen Jugendlichen erhalten eine Ausbildung. Ihrer Abwanderung wird hiermit zumindest entgegengewirkt und das Qualifikationsniveau im ländlichen Raum verbessert.

Schaffung von Ausbildungsplätzen – Beispiel: Projekt »Kellerhof«

Der noch im Originalzustand von 1818 erhaltene Kellerhof ist eines der ortsbildprägenden Gebäude in Oberelvenich. Der Kellerhof ist – bis auf das neuere Wohnhaus – in traditioneller Fachwerkbauweise mit Strohlehmausfachung mit

Qualifizierung Jugendlicher in ökologischen Bauweisen und -techniken und in der Herstellung und Anwendung diesbezüglicher überlieferter Baumaterialien. Die Ausbildung im Bereich der alten Handwerkstechniken erfolgt gemäß den Rahmenrichtlinien der Stufenausbildung im Bauhauptgewerbe (Mauern, Putz, Zimmerei) und der Lehrpläne der Fachschule für Denkmalpflege in Borken. Da in diesen Bereichen ein Fachkräftemangel besteht, werden die späteren Berufsaussichten als günstig eingeschätzt.

Für die ortsansässige Bevölkerung könnte ein Veranstaltungs- und Versammlungsraum in dem sanierten Gebäude, welches nach Fertigstellung weiterhin als Büro- und Schulungsgebäude sowie Bauhof dient, bereitgestellt werden. Eine solche Möglichkeit ist bislang in Oberelvenich nicht vorhanden.

Diese Liste von Beispielen und Ideen ließe sich noch beliebig fortsetzen. Sie alle erfordern jedoch neue Kooperationsformen und -bereitschaft; den Mut, beim »Ausprobieren« auch Fehler machen zu können und Optimismus, Ideenreichtum und Kreativität. Zu Beginn müßte ein »Wissen« über finanzielle Möglichkeiten, Erfahrungen aus anderen Projekten und ausgeführten Beispielen, über Kombinationsmöglichkeiten verschiedenster Programme etc. angesammelt werden, um daraus ein Beratungs- und Innovationsprojekt (ähnlich den Regionalberatern in Hessen) auch in NRW aufzubauen. Aktive lokale und regionale Beschäftigungsinitiativen durch eine Kooperation aller Stellen von der Wirtschaftsförderung, den Arbeitsäm-

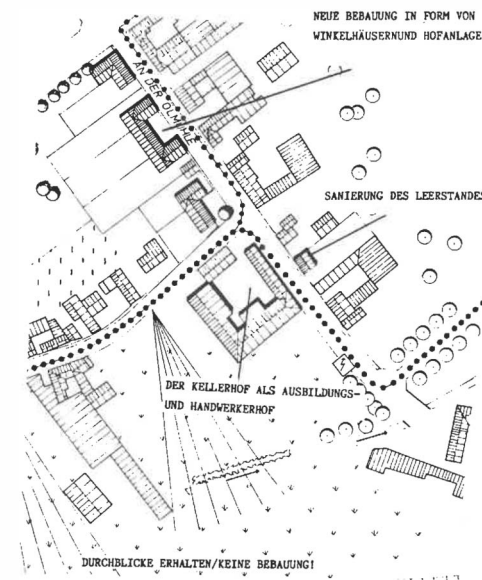
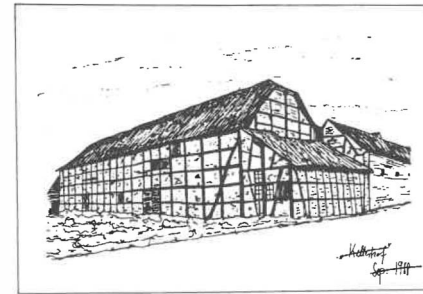


Abb. 2.4 »Restaurierungswerkstatt Zülpich-Oberelvenich«

Staken und Geflecht errichtet. Die Bausubstanz ist sehr schlecht. Nur mit großem finanziellen Aufwand kann der Hof instandgesetzt werden (Abb. 2.4).

Um die fachgerechte Sanierung und Erhaltung des Kellerhofes zu ermöglichen, könnte der Hof räumlicher Ausgangspunkt eines Ausbildungsprojektes »Restaurierungswerkstatt Zülpich« werden. Ziel des Projektes ist die handwerkliche

tern bis hin zu den Gemeinden sind unbedingt erforderlich. Auch dies gehört unserer Meinung nach zur Dorfentwicklungsplanung einer Gemeinde.

Stabilisierung des Wohndorfes

– *Gratwanderung zwischen ausufernder Zersiedelung und unaufhaltsamer Schrumpfung*

Die Nachteile dörflichen Wohnens wie längere Anfahrtswege zur Arbeit oder fehlende kulturelle und Versorgungseinrichtungen nehmen die Bewohner vor den Vorteilen wie ruhige Wohnlage, Naturbezug, größeres Freiflächenpotential, preiswerte Wohnungen und große soziale und verwandtschaftliche Beziehungen in Kauf.

Bei der Planung tritt vielfach der Konflikt des fehlenden Angebotes an weiteren Wohnbauflächen, sei es für bauwillige Mieter oder für heranwachsende Kinder aus dem Dorf, auf. Es wird beklagt, »daß viele gegangen sind, weil sie hier keine Baustelle« fanden. Dieser heutige Konflikt in den »Wohndörfern« muß von zwei Seiten aus betrachtet werden. Auf der einen Seite wirkt sich hier die Zentralisierungspolitik des Landes aus, wobei nach dem Planungserlaß NRW (1980) nur noch Dörfer über 2000 Einwohner als ausbaufähige Wohnstandorte anerkannt werden. Für manche Dörfer bedeutet dies je nach spezifischer Situation weiteres Schrumpfen, fehlende Investitionsbereitschaft und Überalterung der Einwohnerschaft. Die kleineren Dörfer erfahren keine planerische Berücksichtigung mehr, sondern werden

mit Bestandsschutz und geringfügiger Eigenentwicklung innerhalb der im Flächennutzungsplan festgesetzten »34er-Grenze« festgeschrieben. Ungehindertes Wachstum und das daraufhin blühende Geschäft mit billigem Bauland würden die Zersiedelung, vor allem in den Ballungsrändern, weiter fördern und die Verkehrsbelastung anwachsen lassen. Demgegenüber ist die Eigenentwicklung innerhalb der geschlossenen Ortslage häufig eingeschränkt. Innerhalb der »34er-Grenze« können häufig die nach Baulückenkataster noch vorhandenen Baustellen nicht genutzt werden, da die Flächen »für die Enkel- und Urenkel« oder »für schlechte Zeiten« von den Eigentümern zurückgehalten werden. Die traditionell große Bedeutung die Landbesitz gerade im Dorf erfährt, ist hier ein zusätzliches Hindernis für die bauliche Entwicklung. Im Fall eines Dorfes mit rund 1700 Einwohnern und Versorgungsfunktion für einige umliegende kleinere Dörfer und Weiler ist dann ebenfalls keine Erweiterung möglich, obwohl gerade ein geringes Wachstum die Versorgungseinrichtungen wie Bäcker- oder Metzgerei stabilisieren könnte.

Aus den konkreten örtlichen Untersuchungen ließen sich weitere Beispiele für diese Grenzbereiche ausmachen, wo landesplanerische Zielsetzungen – wie die Verhinderung der Zersiedelung – die dörfliche Entwicklung negativ beeinflussen und jegliche stabilisierende Eigenentwicklung durch starre Schwellenwerte verhindert wird.

Wir stehen vor einem Berg vieler offener Fragen: Wie wird man in Zukunft

das Ergebnis solcher Planungswerte beurteilen, wenn sie zu sterbenden Dörfern und Kulturlandschaften führen? Werden diese Auswirkungen nicht gravierender sein, als eine Stabilisierung zur rechten Zeit, auch unter weiterer Freiraumbearbeitung? Sind nicht die Schwellenwerte für Entwicklung/Wachstum neu zu definieren? Welche Bedeutung hat der Schutz des »Freiraumes« vor dem Schutz des »Lebensraumes«? Hat nicht auch die propagierte Innenentwicklung in den Städten neue ökologische Probleme gebracht, wo die Verdichtung im

Innern zwar die Ränder schützte, jedoch innerstädtisch bedeutsame ökologische und stadtklimatische Bereiche verbaute?

Auch wir haben hier keine schlüssigen Antworten, wie die Gratwanderung zwischen strukturell notwendigem Angebot an verfügbaren Wohnraumflächen und der Zersiedelung bzw. rein ökonomischen Bodenverwertungsinteressen zu bewältigen ist. Gezielte Untersuchungen der derzeitigen »Beschränkungspraxis« und deren Folgen sowie Pilotmaßnahmen zu flexibleren Schwellenwerten stehen noch aus.

3. Herangehensweise an die Planung

Die aufgezeigten komplexen Problemstellungen erfordern einen ganzheitlichen Planungsansatz bei der Dorfentwicklungsplanung. Die große Wechselwirkung zwischen den städtebaulichen Problemen und dem Strukturwandel in den Dörfern macht heute in unumstrittener Weise eine Erweiterung der städtebaulichen Aspekte um die Bereiche Arbeit, Kultur, Soziales und Umwelt bei der Planung notwendig. Der Dorfentwicklungsplan sollte in diesem Sinne eine umfassende Studie über die Mängel und Potentiale dörflicher Entwicklung sein und in seinem konzeptionellen Teil neben den sektoralen Lösungsansätzen (wie Verkehrsberuhigung oder Dorfplatzgestaltung) ein Gesamtkonzept stellen.

Dieser ganzheitliche Ansatz scheint heute weitgehend auf der theoretischen Ebene akzeptiert und findet auch seine Entsprechung in ministeriellen Leitlinien zur Arbeitsmethodik. In der Praxis klafft jedoch noch eine große Lücke zwischen der notwendigen Tiefe der Bearbeitung und der Offenheit der Bearbeiter und Auftraggeber aus den Gemeinden für einen, die rein baulichen Lösungen ergänzenden Planungsansatz.

Neben der Erstellung von Dorfentwicklungsplänen, die zumeist nicht flächendeckend für alle Dörfer einer Ge-

meinde erstellt werden können, erfordern die Aufgabenstellungen des ländlichen Raumes eine kommunale Entwicklungsstrategie. Hier müssen auf gesamtgemeindlicher Ebene ein Konzept für die räumliche und funktionale Entwicklung vorgelegt und Planungsmaßnahmen und deren Prioritäten benannt werden (im Sinne einer erweiterten Flächennutzungsplanung oder Rahmenplanung). Die Pilotstudie des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zum Thema »Städtebauliche Erneuerung von Dörfern und Ortsteilen – Qualitative Analyse von Aufgaben und Instrumenten« (1989) bestätigt die notwendige räumliche und inhaltliche Erweiterung und beklagt das festgestellte Defizit bei den untersuchten Fallbeispielen.

Den in der Fachdiskussion entwickelten Erkenntnissen steht so ein großes Defizit bei der praktischen Erarbeitung entgegen. Den kleinen Gemeinden fehlt es an qualifizierten und für die Fülle der Aufgaben ausreichendem Verwaltungspersonal und nicht zuletzt auch an kompetenten Beratern und Bearbeitern bei der Vergabe von Aufträgen.

In dem Zülpich-Projekt wurde mit der Erstellung von 14 Dorfentwicklungsplänen bei insgesamt 20 Ortsteilen (für drei weitere Ortsteile lagen Planungen von privaten Büros vor) eine Fülle an detail-

lierten Kenntnissen und Planungen entwickelt, die im Sinne einer ganzheitlichen Planung Grundlage für eine kommunale Entwicklungsplanung sein könnten. Auch hier scheiterte die Weiterbearbeitung bislang an dem personellen Besatz und der finanziellen Ausstattung der Stadt Zülpich.

Was in der politischen Umsetzung noch aussteht, wurde mit der Studentengruppe in einer mehrtägigen Veranstaltung versucht: in einem Plenum wurden alle Planungsergebnisse untereinander vorgestellt und eine Prioritätenfindung und Abwägung unter den 14 Ortsteilen vorgenommen. In einem Planspiel wurde von jedem »VertreterIn« des Dorfes eine Einstufung in einen Entwicklungstyp und eine fachliche Aushandlung der für die jeweilige Dorfentwicklung notwendigen Prioritäten vorgenommen.

Innerhalb der untersuchten Dörfer stellten sich unterschiedliche Entwicklungspotentiale dar, die in folgende vorrangige Entwicklungsziele einfließen:

- Stärkung und Sicherung bzw. Aufbau der Fremdenverkehrs- und Naherholungsfunktion
- Stärkung und Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion
- Stärkung und Sicherung bzw. Ausbau der Wohnfunktion/Umstrukturierung eines agrarisch geprägten Dorfes zum Wohndorf
- Sicherung und Verbesserung der Versorgungsfunktion in den Dörfern / Verbesserung der verkehrlichen Beziehungen
- Steuerung des räumlichen Schrump-

fungsprozesses bei stagnierender oder rückläufiger Entwicklung (z. B. Förderung der Innenentwicklung bei Rücknahme von Bauflächen am Rande) (Abb. 3.1).

Prüffragen für das Dorf:

- Wie hat sich die Gemeinde / das Dorf in den letzten Jahren entwickelt?
- War die Entwicklung positiv oder negativ?
- Wie wird sich der Strukturwandel auf die Gemeinde / das Dorf auswirken?
- Welche Entwicklung ist für die Region zu erwarten?
- Welche strukturellen und funktionalen Probleme hat das Dorf
- Welche Aufgaben und Funktionen kann das Dorf in Zukunft übernehmen?
- Welche Voraussetzungen müssen hierfür geschaffen werden?
- Was kann die städtebauliche Erneuerung zur Lösung der Probleme beitragen?

Abb. 3.1 Prüffragen für das Dorf, aus: Städtebauliche Erneuerung von Dörfern und Ortsteilen – Aufgaben, Verfahren, Förderung –, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn 1990, S. 19

Die Arbeitsmethodik orientierte sich an den »Richtlinien zur Förderung der Dorf-erneuerung des Landes NRW« sowie dem Arbeitsleitfaden des zuständigen

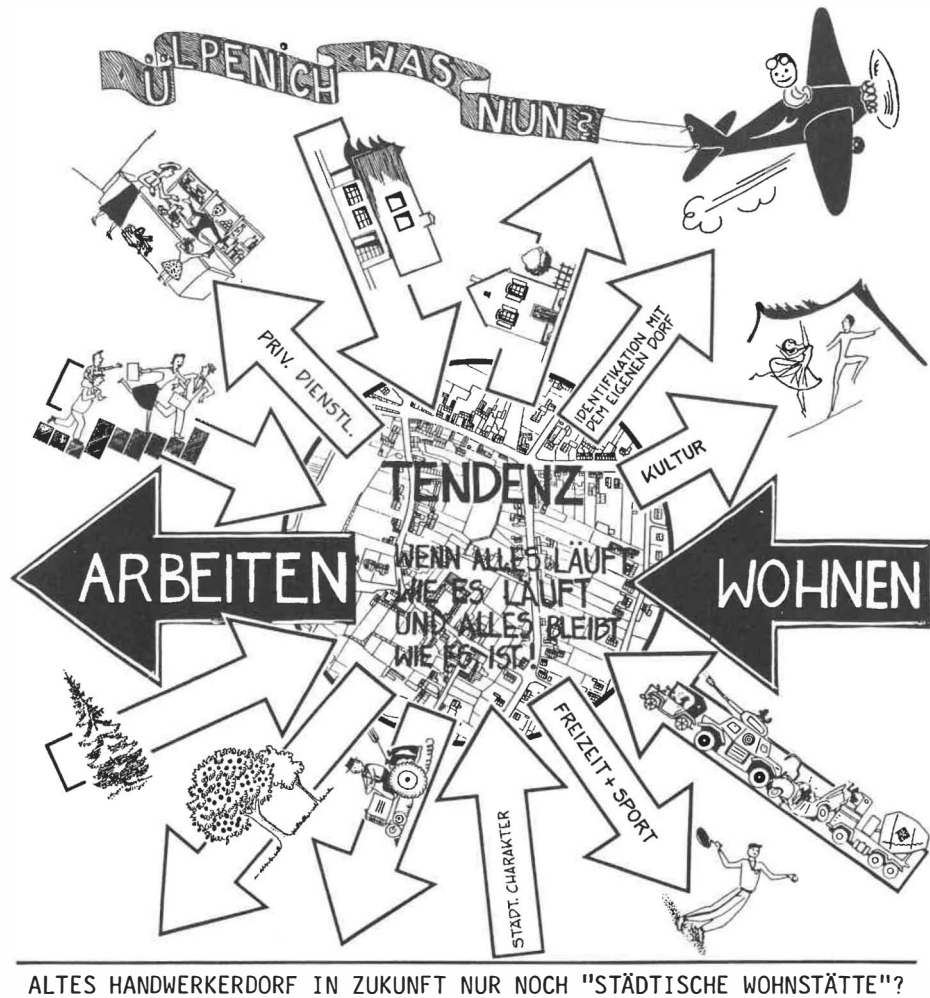


Abb. 3.2 Einleitungspakat zum Thema Zukunftsszenario Ülpnich

Landesamtes für Agrarordnung. Die Berücksichtigung dieser Untersuchungspunkte oder die formalisierte Aufstellung eines Dorfentwicklungsplanes sollte für die Studenten eine Auseinandersetzung mit den Planungsvorgaben der Praxis ermöglichen und für die Stadt Zülpich eine spätere Beantragung der

Mittel auf der Grundlage der studentischen Arbeiten erleichtern. Das Projektergebnis sollte jedoch eine kritische Einschätzung und Erweiterung des bestehenden Förderansatzes liefern. Dies geschah durch Vorschläge für die Erweiterung der Förderungstatbestände, die Forderung nach verstärkter Kooperation der

Fachplanungen und die kumulative Anwendung der »Förderungstöpfe« sowie die dringend notwendige Beratungstätigkeit nach Abschluß der Planung.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Arbeitsmethodik war die Diskussion der »Zukunft des Dorfes« mit der Bewohnerschaft. Mit dem Mittel der Szenariotechnik – teilweise komisch überspitzt – sollten die Folgen möglicher Entwicklung (z. B. »Was passiert, wenn alles so weiter läuft«) aufgezeigt werden und die Grundlage der Entwicklungsstrategie bilden (Abb. 3.2 und 3.3).

Einen besonderen Stellenwert nahm die von den Studenten durchgeführte Bürgerbeteiligung ein. Die frühzeitige Einbeziehung der Dorfbewohner, ihre Akzeptanz und Mitarbeit bei der Planung ist ausschlaggebend für die Durchsetzung und den Erfolg der Dorfentwicklung. Der Bürgerbeteiligung im Projekt wurde daher ein besonderes Kapitel in diesem Studienheft (11.) zugewiesen.

Die einzelnen Arbeitsphasen und behandelten Themen soll das kurz gefaßte Ablaufschema darstellen:

1. Rundgang durch das Dorf und Erstellung einer Planungsgrundlage in M 1:2000 (Hochzeichnung der vergrößerten aktuellen Deutschen Grundkarte in M 1:5000)
2. Kartierung »vor Ort«:
 - Nutzungskartierung
 - Grün- und Freiflächenstruktur / Dorfökologie
 - Einschätzung der Siedlungsentwicklung
 - Kategorisierung des Straßennetzes (Ziele: Kennenlernen des Dorfes, Er-

mittlung von Basiskennnissen, erste spontane Kontakte mit den Bewohnern)

3. Vervollständigung der Datenlage:
 - Auswertung Bevölkerungsstatistiken
 - Suche und Auswertung von historischen Karten und Quellen zur Dorfgeschichte
 - Gespräche mit Schlüsselpersonen wie Ortsvorsteher, Pfarrer, Ortslandwirt, Vereinsvorsitzende usw. in Form eines »offenen Interviews«
 - Kontakte und Befragung außerdörflicher Institutionen wie Landwirtschaftskammern, Handwerkskammern, Stadtverwaltung etc.
4. Vorbereitung von Themenkarten für die erste Bürgerversammlung zu:
 - Vorstellung und Charakterisierung des Dorfes
 - Dorf in der Landschaft und Topographie / naturräumliche Gliederung
 - Ortseingänge und Ortsränder
 - Dorfgeschichte und Siedlungsentwicklung
 - Nutzungs- und Bebauungsstruktur
 - Dorfarchitektur / Denkmalpflege
 - Planungsvorgaben (Ausweisungen Landschaftsplan, Flächennutzungs- und Bebauungspläne etc.)
 - Landwirtschaft und Gewerbe
 - Verkehrssituation
 - Versorgung und Bevölkerung
 - Soziales Leben / Dorfgemeinschaft
 - Freiflächenstruktur und Dorfökologie
 - Zusammenfassende Darstellung der »Mängel und Qualitäten« (Abb. 3.4) (Die Analysetiefe richtete sich nach der örtlichen Problemstruktur).

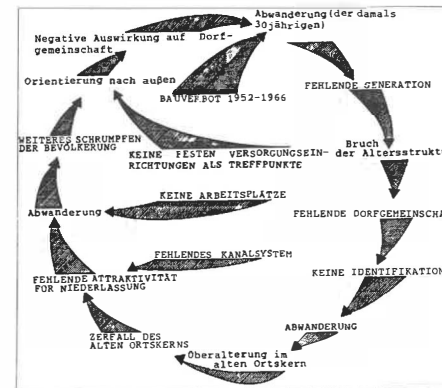
5. Durchführung der 1. Bürgerversammlung (Dia-Vortrag und v.g. Themenkarten).
6. Auswertung der Ergebnisse der Bürgerversammlung, Ergänzung der Bestandsanalysen und Fertigstellung / Layout der Themenkarten des Analyseteiles.
7. Erstellung der Konzeption des Dorfentwicklungsplanes und der weiteren Detailplanungen je nach örtlichem Schwerpunkt (parallel zu 6.) (Abb. 3.5).
8. Diskussion und ggf. Abstimmung der Konzeption in den Arbeitskreisen
9. Ausstellung der gesamten Pläne im Dorf (3–10 Tage) mit abschließender Bürgerversammlung.

Warum stirbt Juntersdorf aus?

Im Dorf (204 Einwohner, 1988) gibt es keine Arbeitsplätze und keine öffentlichen Einrichtungen. Weder ein Geschäft noch eine Kneipe sind vorhanden. Die Bewohner orientieren sich immer stärker nach außen und verlieren den Bezug zu »ihrem Dorf«. Eine Dorfgemeinschaft besteht nicht mehr. Hierzu trägt auch der Bruch in der Altersstruktur bei. Aufgrund eines Bauverbotes, das wegen eines möglichen Braunkohletagebaues in den 60er Jahren bestand, wanderten viele Bewohner ab.

Als Wohnstandort ist das abgeschieden gelegene Juntersdorf zudem wenig attraktiv; noch fehlt die Kanalisierung und die alte Dorfstraße zerfällt.

Abb. 3.3 Szenario Juntersdorf (Bearbeitet von Heike Nienhaber und Karolin Fehl)

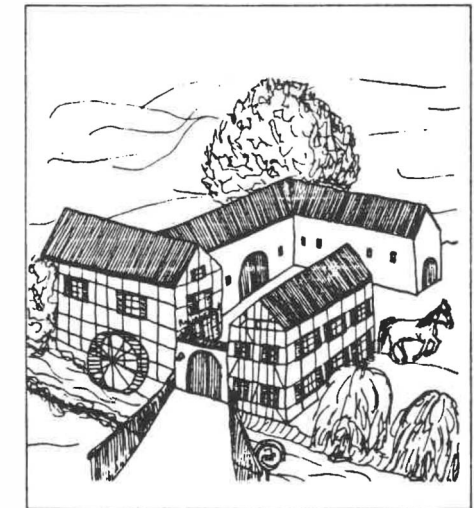


*Und so könnte es sein:
Juntersdorf 2000,
aus dem Schlaf erwacht.*

Eine mögliche Zukunftschance für Juntersdorf deutet sich schon heute an. Sie liegt einmal, wie schon immer in der Wohnnutzung und zum anderen in Naherholung und Wochenendtourismus. Es gibt bereits Wochenendhäuser, und andere alte Häuser bieten sich dazu an. So kann ihr Erhalt und damit der des alten Ortskerns gesichert werden.

Der nahegelegene Reiterhof mit integriertem kleinen Hotel und Restaurant ist nicht nur wegen der Pferde, sondern auch wegen der alten Wassermühle, heute zur Stromerzeugung betrieben, ein Anziehungspunkt. Weitere Sehenswürdigkeiten sind das hervorragend renovierte Rittergut, die historische Kirche, das Wahrzeichen von Juntersdorf, und die vielen anderen im Denkmalführer der Gemeinde Zülpich aufgeführten Häuser.

Die vielfältige Umgebung, Land-



CHANCEN & MÄNGEL

KOMMERNER STRASSE

- + Gute Verbindungen nach Zülpich und Kommern
- + Gaststätten und Läden profitieren vom Durchgangsverkehr
- starker Durchgangsverkehr, überhöhte Geschwindigkeit, Gefahren beim Überqueren, viele Unfälle

VERKEHRSVERBINDUNGEN

- + gute Verbindungen für den Individualverkehr
- geringes Angebot an ÖPNV

NEUBAUGEBIETE

- Starke Unterschiede zum alten Dorfkern bezüglich Baustruktur und Nutzung

VERSORGUNGSITUATION

- + Grundversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, Ärzten, Dienstleistungen
- + aktives Vereinsleben
- + ca. 100 Arbeitsplätze
- + 2-zügige Grundschule
- Defizite im Sozial-, Kultur- und Freizeitbereich
- Grundschule räumlich getrennt (¼ Schwerfen/¼ Sinzenich)

LANDWIRTSCHAFT

- + Mischkultur (Acker- und Weidewirtschaft) begünstigt Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung
- Allgemein verschlechterte Bedingungen
- immer weniger Betriebe
- keine Erweiterungsmöglichkeiten für Betriebe im Dorfkern

LANDSCHAFT

- + abwechslungsreiche, ökologisch wertvolle Bereiche mit Freizeitwert im Südosten
- ausgeräumte Ackerfluren im Nordwesten

ANGER

- + ehemaliges, zentral gelegenes Dorfgemeinschaftsgrün
- + verbreiteter, gut gefaßter Straßenraum
- + mehrere Läden, Gaststätten
- heute fast nur Verkehrsfläche, starke Versiegelung, wenig Grün, kaum Aufenthaltsmöglichkeiten

ALTE KREISBAHNTRASSE

- + unbefestigter Weg und Graben mit Spontanvegetation
- + ökologisch wertvoller Bereich

ORTSEINGANG MERZENICHER STR.

- + Ansätze für eine Markierung durch Begrünung

KOMMERNER STR./ECKE MERZENICHER STR.

- + gut erhaltene historische Bausubstanz, Baudenkmal
- Brüche in der geschlossenen Bebauung, provisorisch verkleideter Giebel
- Öffentliche Grünfläche ohne Aufenthaltsqualität

- Durch Brache ungeschützte Gärten an der Kirchstr.
- fehlende Raumkanten an der Kommerner Str.

WESTLICHER DORFRAND

- + z. T. ökologisch wertvolle Bereiche
- lückenhafte Randeingrünung

PAPIERFABRIK

- + ca. 25 Arbeitsplätze
- Störung des Ortsbildes durch übergroßen Baukörper
- Geruchsbelästigung
- Barrierewirkung

SÜDLICHER ORTSEINGANG

- + ansatzweise markiert
- erzwingt keine Geschwindigkeitsreduzierung

- + geplanter Radweg Zülpich-Kommern

NÖRDLI

- fehlen
- keine Äckern
- Wind für di

- CHER DORFRAND
- de Dorfeingrünung, Pufferzone zwischen und Bebauung und Staubbelastung e Häuser

UNFALLSCHWERPUNKT

- Fehlender Bürgersteig auf dem Weg zur Bank

SPIEL- u. FESTZELTPLATZ

- ungegliederte Rasenfläche ohne Abgrenzung zur Straße
- als Spielplatz unattraktiv

NÖRDLICHE ORTSEINGÄNGE

- kaum markiert, schlecht wahrnehmbar
- erzwingen keine Geschwindigkeitsreduzierung

BILDSTOCK MIT KASTANIEN

- + dorftypischer Platz am ehemaligen Ortseingang
- zuviel Verkehrsfläche

ÖSTLICHER DORFRAND

- + z. T. ökologisch wertvolle Bereiche
- lückenhafte Randeingrünung

MÜHLE

- + seit 1500 vorhanden, wichtigster Teil des Ensembles Mühlenbach/-straße/-hostert
- ungenutzte, sanierungsbedürftige Wirtschaftsgebäude

NEUBAUGEBIET MÜHLENHOSTERT

- Zerstörung eines dorftypischen Grünbereichs
- Bebauungsplan ohne Bezug zum historischen Dorfkern

ORTSEINGANG LINZENICHER STR.

- + deutlich markiert, gut wahrnehmbar
- + unverwechselbar

SÜDLICHER DORFRAND

- + Marienbach mit Uferbewuchs ökologisch wertvoller Bereich
- + dichte Dorfrandeingrünung
- z. T. nicht standortgerechte Pappelreihen

DORFKERN

- + historischer Dorfgrundriß erhalten, viel historische Bausubstanz
- + Kreuzungsbereich wichtiger Wegebeziehungen
- + gut gefaßte abwechslungsreiche Raumfolgen
- + alte, raumbildende Bäume, offener Bachlauf

- sanierungsbedürftige oder unsensibel modernisierte historische Bausubstanz
- unangepaßte Neubauten
- Straßen- und Platzgestaltung entspricht nicht historischem Kontext und Bedeutung als Dorfmitelpunkt
- starke Versiegelung, Beton-einfassung des Baches

- GEPLANTER DENKMALBEREICH
- HISTORISCHE BAUSUBSTANZ D= DENKMAL
- SCHLECHT EINGEPASSTE NEUBAUTEN
- AUSUFERNDER STRASSENRAUM
- GELTUNGSBEREICH BEBAUUNGSPLAN
- ORTSEINGANG
- ZU HOHE GESCHWINDIGKEIT
- STARK FREQUENTIERTER QUERUNGSPUNKT

- ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE
- SCHOTTER MIT SPONTANVEGETATION
- ORTSBILDPRAGENDE BAUME
- BUSCHE / STRAUCHER
- FEHLENDE DORFRAND EINGRÜNUNG
- OBSTWIESE

SINZENICH
ANALYSE

0 10 20 40 60 80 100 M

Abb. 3.4 Chancen und Mängelkarte Sinzenich

DORFENTWICKLUNGSPLAN

MEHR VERKEHRSSICHERHEIT FÜR DIE KOMMERNER STR.

- Geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen: Querschnittsreduzierung auf 6,50 m, Fahrbahnverswenke, optische Einengungen, Verdeutlichung der Ortseingänge
- Verbesserung der Querungsmöglichkeiten durch: Inseln, Engstellen, Wegfall von Parkstreifen

ORTSBILDPFLEGE

- Erhaltung bzw. behutsame Sanierung der ortsbildprägenden, historischen Bausubstanz, Umnutzung von leerstehenden Gebäuden
- Sensible Einführung von Neubauten z. B. durch Verwendung ortstypischer Proportionen, Materialien
- Erweiterung des Denkmalbereichs Kirchstr. mind. bis zum Mühlenbach
- Prüfung der Denkmäwürdigkeit des Bereichs Mühle/Mühlenstraße
- Erstellung eines bauhistorischen Führers für das Stadtgebiet Zülpich, darin auch Hinweise auf gastronomische Betriebe
- In Sinzenich: Kirche, Denkmalbereich etc. und z. B. die Gaststätte am Denkmalbereich

VERBESSERUNGEN WIRTSCHAFT UND SOZIALES

- Ergänzung der Grundversorgung durch eine Bäckerei
- Zentrale Registrierung von Leerständen (z. B. bei Handwerks- oder Handelskammer) und Vermittlung an Handwerker und Einzelhändler
- Kampagne für das örtliche Bauhandwerk: Broschüre mit Hinweisen auf traditionelle Baustoffe und Bauweisen und handwerkliche Details
- Schaffung von je einer Grundschule in Sinzenich und Schwerfen
- Umnutzung der Wirtschaftsgebäude der Mühle als Gemeinschaftshaus in öffentl. Trägerschaft mit Räumen für unabhängige Eigeninitiativen wie Krabbelgruppe, Theatergruppe, Bürgerinitiative "Sichere Kommerner Str.", Vereine, einen offenen Jugendtreff, VHS-Kurse, Feste, o. ä. Finanzierung; Durchführung der Sanierungsarbeiten durch öffentl. Ausbildungswerkstatt für arbeitslose Jugendliche, Materialbeschaffung durch die Stadt und über Spenden

VERBESSERUNG FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

- Bereitstellung von Erweiterungsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe im Dorfkern
- Verbesserung des Wirtschaftswegenetzes (Ausbessern, Brücke über den Marienbach westlich von Sinzenich)
- Verbesserung der Absatzmöglichkeiten für Baumobst
- Informationsaustausch über umweltverträglichere Bewirtschaftung und entsprechende Programme verbessern

FÖRDERUNG DES TAGESTOURISMUS

- Steigerung der Attraktivität: Ortsbildpflege, Straßen- und Dorfplatzgestaltung, Erweiterung des gastronomischen Angebots
- Öffentlichkeitsarbeit: Bauhistor. Führer, Ökolog. Lehrpfad, Hinweisschilder an der Strecke Zülpich-Kommerne

WIEDERBELEBUNG DES ANGERS

- Schaffung eines Dorfgebietsgrüns durch Vergrößerung des Grünstreifens
- Verbesserung seiner Aufenthaltsqualität und Nutzbarkeit

DORFRANDEINGRÜNUNG

- Pflanzung eines ca. 10 m breiten Gehölzstreifens mit standortgerechten Bäumen und Sträuchern
- Anlage eines Weges

- Natürliche Entwicklung möglichst wenig stören
- Obstwiesen erhalten

BAUMSCHUTZSATZUNG

- mindestens für ortsbildprägende Bäume

WIEDERHERSTELLUNG DES GESCHLOSSENEN STRASSENRAUMES

- Verlagerung der öffentlichen Grünfläche in den Angerbereich
- Schließung der Raumkanten durch eine mind. 2 m hohe Hecke, Mauer, Bebauung, u. ä.
- Umnutzungsvorschlag: Erweiterung der benachbarten Betriebsflächen

NUTZUNG DER BRACHE

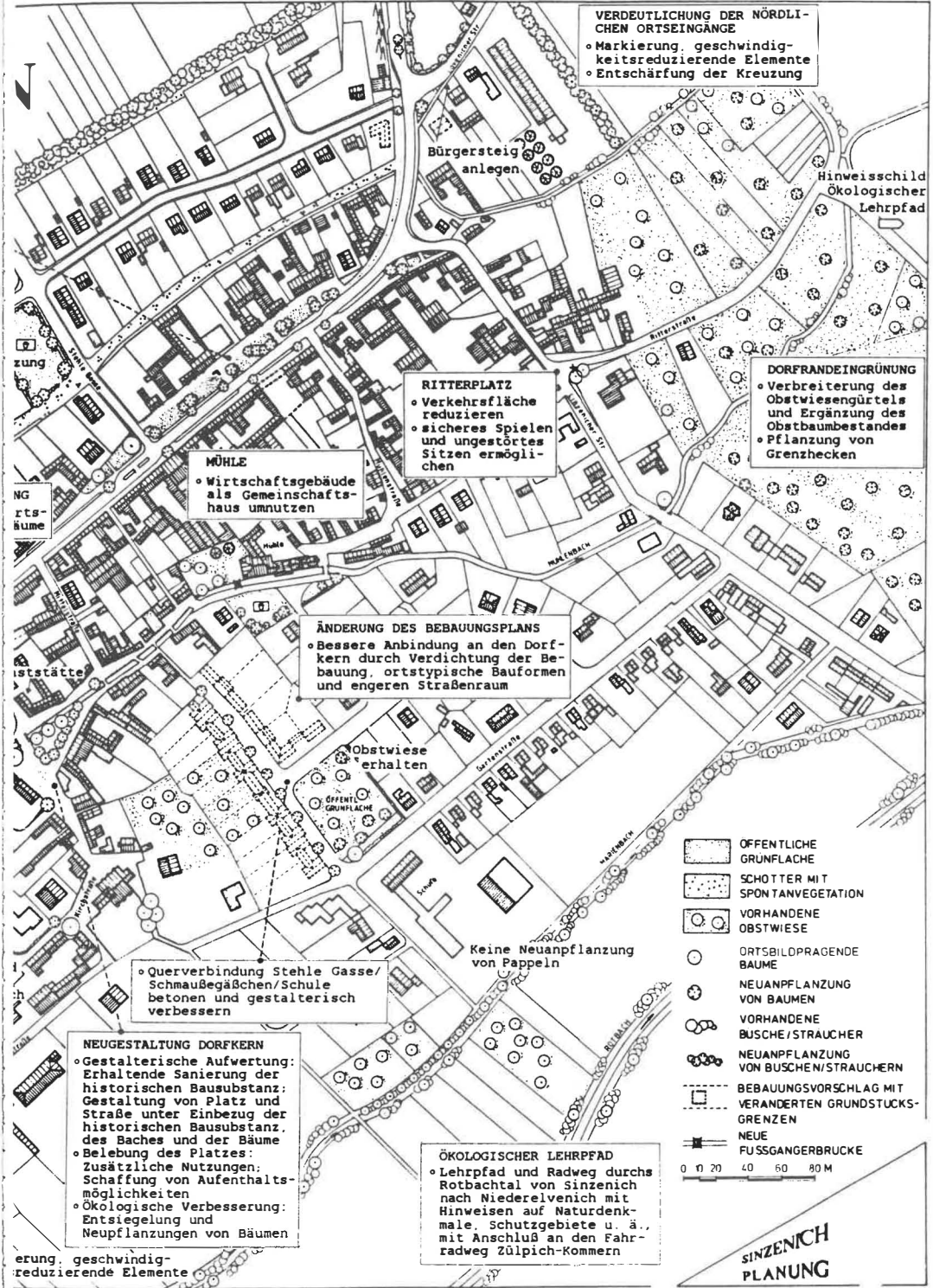
- Parkplatz und Schulbushaltestelle, Bepflanzung an der Kommerner Straße

DORFRANDEINGRÜNUNG

- Verbreiterung des Obstwiesengürtels und Ergänzung des Obstbaumbestandes
- Pflanzung von Grenzhecken

EINFÜGUNG DER FABRIK

- Gliederung des Baukörpers
- Optische Abschirmung des Altpapierlagerplatzes



VERDEUTLICHUNG DER NÖRDLICHEN ORTSEINGÄNGE

- Markierung, geschwindigkeitsreduzierende Elemente
- Entschärfung der Kreuzung

RITTERPLATZ

- Verkehrsfläche reduzieren
- sicheres Spielen und ungestörtes Sitzen ermöglichen

ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANS

- Bessere Anbindung an den Dorfkern durch Verdichtung der Bebauung, ortstypische Bauformen und engeren Straßenraum

NEUGESTALTUNG DORFKERN

- Gestalterische Aufwertung: Erhaltende Sanierung der historischen Bausubstanz; Gestaltung von Platz und Straße unter Einbezug der historischen Bausubstanz, des Baches und der Bäume
- Belebung des Platzes: Zusätzliche Nutzungen; Schaffung von Aufenthaltsmöglichkeiten
- Ökologische Verbesserung: Entsiegelung und Neupflanzung von Bäumen

ÖKOLOGISCHER LEHRPFAD

- Lehrpfad und Radweg durchs Rotbachtal von Sinzenich nach Niederelvenich mit Hinweisen auf Naturdenkmale, Schutzgebiete u. ä., mit Anschluß an den Fahrradweg Zülpich-Kommerne

- OFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE
- SCHOTTER MIT SPONTANVEGETATION
- VORHANDENE OBSTWIESE
- ORTSBILDPRÄGENDE BAUME
- NEUANPFLANZUNG VON BAUMEN
- VORHANDENE BUSCH/STRAUCHER
- NEUANPFLANZUNG VON BUSCHEN/STRAUCHERN
- BEBAUUNGSVORSCHLAG MIT VERÄNDERTEN GRUNDSTUCKSGRENZEN
- NEUE FUSSGÄNGERBRÜCKE

0 10 20 40 60 80 M

SINZENICH PLANUNG

Abb. 3.5 Dorfentwicklungsplan Sinzenich

schafts- und Naturschutzgebiete, mit ihren Wäldern, Hügeln und Feuchtgebieten werden von Wanderrund- und Reitwegen verschiedener Reichweiten durchzogen, so daß sie der Erholung für gestreßte Städter aus dem Kölner und Aachener Raum dienen.

Es werden fachkundige Führungen durch das Naturschutzgebiet angeboten und in dem seit einiger Zeit restauriertem Haus Ecke Hovener/Gertrudis-

straße hat der Heimatverein in Zusammenarbeit mit dem Wanderverein eine naturkundliche und eine volkstümliche Ausstellung eingerichtet.

Der Kanalanschluß ist hergestellt. Die noch vorhandenen Baulücken im Ort wurden bebaut. Der Zerfall des alten Dorfkerns wurde durch materielle und ideelle Anreize, hier neu zu bauen oder zu renovieren, aufgehalten.

4. Neues Wohnen im alten Dorf

Der bundesweite Trend der Umstrukturierung vom agrarisch geprägten Dorf zum Wohndorf vollzieht sich auch in Zülpich. Dörfer mit günstigen Wohnstandortvoraussetzungen erleben oftmals starke Neubautätigkeiten in ausgewiesenen Einfamilienhausgebieten oder in Arrondierungsbereichen am Ortsrand. Der Ortskern zeigt dagegen häufig Verödungstendenzen. Dorfuntypische, an vorstädtischen Gestaltungsidealen orientierte Wohngebäude entstehen als vorgelagerte Allerweltsbaugebiete, ohne den Bezug zum historischen Dorf mit seinen Grenzen und Übergangsbereichen zu wahren. Sichtbare Folge auch in Zülpich ist die beginnende Zerstörung der Landschafts- und Siedlungsstruktur.

Um der Nachfrage nach Eigenheimen im ländlichen Raum zu begegnen, ist vor der dorfgerechten Erschließung neuer Baugebiete vor allem die Mobilisierung von brachliegendem Bauland im Innern des Dorfes und die Vitalisierung leerstehender Gebäude und Wohnungen notwendig. D. h., das Dorf als Wohndorf muß von seiner Mitte her erneuert werden – Attraktivierung des Dorfplatzes, Ortsbildgestaltung, Verbesserung der infrastrukturellen Versorgung, Umnutzung landwirtschaftlicher Bausubstanz für Wohn- und teilweise neue gewerbliche Zwecke, Reorganisation kultureller

Einrichtungen und Belegung von dörflichen Traditionen, vor allem Intensivierung von Vereins- und bürgerschaftlichen Aktivitäten.

Daneben ist die gestalterische Nachbesserung in Neubaugebieten, eine landschaftliche Einbindung der Siedlungsrande und ihre Reintegration in den Dorfszusammenhang unabdingbar.

Wohnflächenbedarf

Prognosen für demografische Entwicklungen über das Jahr 2000 hinaus erscheinen uns heute angesichts dynamischer wirtschaftlicher und bevölkerungspolitischer Bewegungen sehr schwierig. Ob der ländliche Raum und seine strukturschwächeren Räume in den nächsten Jahrzehnten von einem Rückgang der Bevölkerung erfaßt werden, wie durch die laufende Raumbewertung der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung prognostiziert, oder die Bevölkerungsentwicklung durch Neuzugänge von Städtern und Aus-, Um- und Übersiedlern stabilisiert wird oder durch Geburtenüberschüsse gar ins Gegenteil verkehrt wird, ist ungewiß. Aufgabe der Gemeinde wird es sein, Bevölkerungsentwicklung, Wohnungsmarkt und Bautätigkeit sorgfältig zu beobachten.

Die in den einzelnen Dorfsentwicklungskonzepten vorgeschlagenen Wohnbauweiterungsmaßnahmen orientieren sich in erster Linie an der potentiellen Eigenentwicklung in jedem Dorf. Bei der Berechnung des Wohnbaubedarfs sind wir für die untersuchten Dörfer von einem Nachholbedarf ausgegangen, der hauptsächlich aus der im Vergleich zur Stadt Zülpich wesentlich höheren Wohnbelegungsziffer (bis zu 3,5 Personen pro Haushalt) resultiert.

Die Wohnungsbelegungsziffer liegt in der Stadt Zülpich laut Wohnbedarfsanalyse bei 2,8 Einwohner pro Wohneinheit. In den meisten Dörfern findet sich eine viel höhere Belegungsziffer. Die aus der Differenz der beiden Eckwerte gebildete Zahl stellte – bei der Annahme einer weiteren Reduzierung der Haushaltsgrößen – den Eigenbedarf für jedes Dorf fest. Die Standortplanung zur Deckung dieses potentiellen Bedarfes orientierte sich an folgenden Kriterien:

- Wohnflächenausweisungen wurden nur innerhalb der im Flächennutzungsplan der Stadt Zülpich dargestellten Wohnbauflächen
- und als Baulückenschließung vorrangig in Ortskernlage vorgesehen.

Der errechnete Eigenbedarf aus der statistischen Reduzierung der Haushaltsgrößen (z. B. separate Haushalte für heranwachsende Kinder oder ältere Menschen) ist in den meisten Fällen nur gering und innerhalb der noch vorhandenen Bauflächen im Dorf realisierbar.

In vielen Dörfern sind weitere, darüber hinausgehende Bebauungsmöglichkeiten innerhalb der bestehenden pla-

nungsrechtlichen Festsetzungen des Flächennutzungsplanes vorhanden (§ 34 BauGB). Für die Bebauungsplanung entwickelten die Studenten einen Prioritätenkatalog, nach dem die Bebauung an den einzelnen Standorten im Dorf vorgenommen werden sollte.

Für die Stadt Zülpich haben wir empfohlen, die bestehenden Bebauungspläne in ihren quantitativen und qualitativen Aussagen zu überprüfen und in den Festsetzungen auf landschafts- und standortgerechte Lösungen zu orientieren.

Zur besseren Orientierung beim Bauflächenangebot wurde vorgeschlagen, für die einzelnen Dörfer ein Baulückenkataster zu erstellen. Dieses Kataster, sofern es auch nach eigentumsrechtlichen Verfügbarkeiten differenziert ist, bietet nicht nur der Stadtverwaltung eine verbesserte Steuerung des Baugeschehens, sondern kann innerhalb der Ortslagen auch Bewußtsein schaffen und Impulse setzen für eine gewünschte »Innenentwicklung« im Dorf.

Nicht unterbewertet werden sollten die Wohnflächenpotentiale für dörfliches Wohnen, die durch leerfallende landwirtschaftliche Wirtschafts- und Wohngebäude entstehen oder schon entstanden sind. Den Dorfbewohnern erscheint es oft zweckmäßiger und billiger zu sein, neu zu bauen als zu modernisieren. Das mit viel Geld und Zeit von den zugezogenen Städtern instandgesetzte Fachwerkhaus findet zwar auch ihre Bewunderung, doch sind solche Maßnahmen dem Dorfbewohner mit zu viel Idealismus behaftet. Es fehlen Modelle, wo sich Aufwand und Nutzen für die meist

sehr arbeitseffektiv denkende ländliche Bevölkerung die Waage halten. In der Planung muß es um eine breitere Beschäftigung mit Umnutzungs- und Modernisierungsfragen im Dorf gehen. Bauphysikalische Grundsätze und Besonderheiten der Bausubstanz, der Umgang mit »alten« Materialien und ihre Kombination mit »modernen« Baustoffen, energiesparenden Heizungssysteme usw. müßten von der Baustoffindustrie, den Kammern und der örtlichen Architektenschaft berücksichtigt und beispielhaft angewendet werden. Es geht um Beispiele und Modellösungen, die auch vor den Zeitschriften der Bausparkassen nicht halt machen. Noch fehlen gute Beispiele in den Dörfern, die zur Nachahmung anreizen.

Bauen im alten Dorf

Im Rahmen des Projektes wurden unterschiedliche Vorschläge für dieses Thema entwickelt. Es handelt sich dabei um Vorschläge für Baulückenschließung im Ortskern, ergänzende Bebauung entlang einzelner Straßen, im Kern oder am Ortsrand oder auch Planungen größerer Neubaugebiete, z. B. im Geltungsbereich von Bebauungsplänen. Kernpunkt all dieser Überlegungen war es, aus der Analyse der bestehenden Bau- und Nutzungsstrukturen in den Dörfern, Kriterien für eine dörflich angepaßte Neubebauung zu entwickeln. Nicht das städtische Einfamilienhaus sollte weiter propagiert werden, sondern in »Dorfhauskonzepten« die Anforderungen an neue Grundrißlösungen, Gebäudeausstattungen oder Wohnformen berücksichtigt werden

und gleichzeitig die Nutzungsqualität der bestehenden dörflichen Wohnformen und Baustrukturen (wie die additive Bauform / das »wachsende Haus«) in die Neubebauung einfließen. Die für das Ortsbild krassen Brüche zwischen Neu und Alt wären damit aufhebbar.

»Wohnen auf dem Lande« sollte eine innere Beziehung zur Landschaft, zur Natur und zum Sozialgefüge Dorf ermöglichen. Dazu ist es notwendig, auf die Gestaltung und Aneignungsfähigkeit des privaten und des öffentlichen Außenraumes besonderen Wert zu legen. Hofartige Anlagen, additiv zusammenschließbare, ergänzende Bauweisen ermöglichen u. E. n. eine Verbesserung der Gebrauchsfähigkeit der verschiedenen Freiraumzonen, anders als z. B. das freistehende Vorstadteinfamilienhaus, mit bundesweit einheitlichem Kotoneastervorgarten und Abstandsgrün zum Nachbarn (Abb. 4.1).

Die Gestaltung der Wohngebäude hat sich bei dorfgerechter Planung sowohl an der Topografie, der umgebenden Landschaft, als auch an den Maßstäben und Kontinuitäten vorhandener Bau- und Siedlungsstruktur auszurichten. Im einzelnen kann das z. B. bedeuten, daß bei dominanter homogener Dorfstruktur eine zwingende Einbindung in die Gestaltungsparameter des Bestandes notwendig wird. An anderer Stelle ist die Materialauswahl für eine dorftypische Bebauung sehr wichtig; oftmals ist eine bescheidene eher zurückhaltende Mischung verträglicher als die variantenreiche Anwendung ganzer Baustoffkataloge.

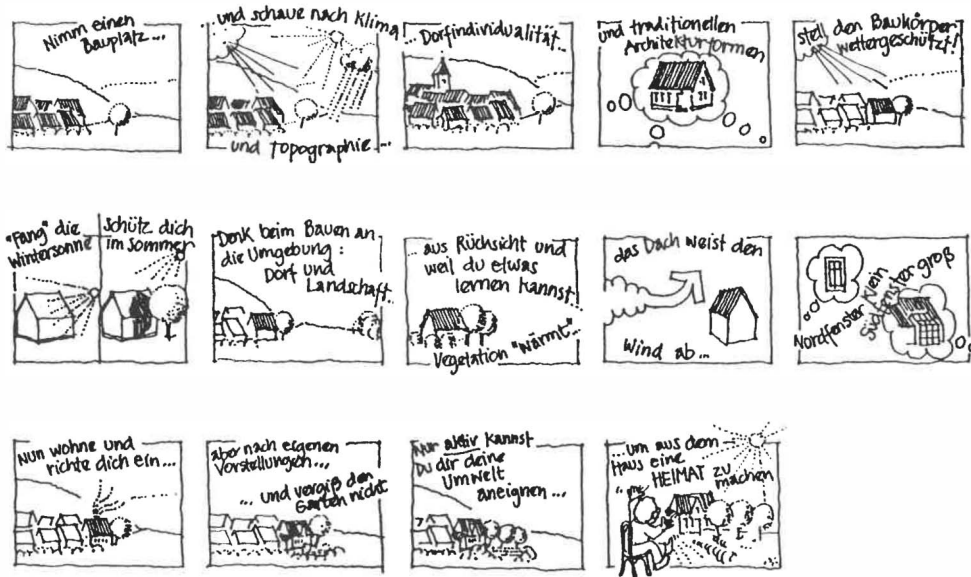


Abb. 4.1 Bauen im Dorf

Flachbauten, Dachgauben sowie mehr als dreigeschossige Gebäude sind im Zülpicher Raum eher untypisch und störend. Die Gestaltung der Übergangszonen zwischen dem bebauten Dorfbereich und den Neubaugebieten ist besonders wichtig. Die Frage, ob das Dorf eine bruchlose Erweiterung verträgt oder ob es angemessener ist, Puffer oder Distanz bzw. Zwischenfreiräume anzulegen, muß im konkreten Fall entschieden werden.

Bei Baulückenschließung und größerer Arrondierung im Inneren wird es darauf ankommen, Gebäude stärker einzubinden und Gestaltungsvorgaben zwingender zu beachten als bei der Neuausweisung am Ortsrand. Dennoch sollte auch die Bebauung am Ortsrand zeigen,

zu welchem Dorf sie gehört, ohne dabei in sog. »Nostalgieimitationen« zu verfallen.

Die Qualität vom »Bauen im Dorf« kann weiterhin darin liegen, aufgrund verfügbarer Fläche verschiedene Nutzerinteressen in der Grundrißanordnung zu berücksichtigen. Die Anpassung an verschiedene Lebenssituationen in der Chronik einer Familie oder die Mischung verschiedener Wohnformen (Mehrfamilienwohnen, Altenwohngruppen, Wohngruppen etc.) muß sich in der Flexibilität des Grundrisses niederschlagen. Ein Haus muß wachsen können, teilbar sein, Räume haben, die nicht nutzungsspezifisch bestimmt sind.

Im folgenden sind verschiedene Beispiele von der Baulückenschließung über

Hoftypen bis hin zu Bebauungsplanentwürfen dargestellt.

Beispiel:
Wohnhof »Kellerhofstraße«
in Oberelvenich

(Text bearbeitet von Christiane Conrady,
Afra Creutz, Reiner Quabeck)

Beispiel für Baulückenschließung
im Ortskern:
Juntersdorf und Linzenich

Juntersdorf

Für das kleine Dorf Juntersdorf wurden ca. 8 zusätzliche Wohneinheiten angeboten. Eine Bebauung am Ortsrand sollte nicht weiter verfolgt, sondern die noch vorhandenen Baulücken im Dorf aufgefüllt und leerstehende Gebäude renoviert werden. Als Beispiel für eine Baulückenschließung wurde ein großzügiges Einfamilienhaus in Form eines Winkelhofes und ein Mietwohnungsbau als Hofanlage entwickelt (Abb. 4.2)

Linzenich

Mitten im Ortskern wird eine große Fläche derzeit von halb verfallenen, kaum genutzte landwirtschaftliche Schuppen »belegt«. Hier wurde eine verdichtete Bebauung vorgeschlagen, die den geschlossenen Dorfcharakter an dieser Stelle aufnimmt und den Übergang zum neu angelegten Dorfplatz schafft. Es wurden Mietwohnungen von unterschiedlichen Wohnungsgrößen für verschiedene Haushaltstypen entwickelt. Anstelle des Mietwohnungsbaus ist die Gebäudeanlage auch als Reiheneigenheim zu verwirklichen. Der hintere Grundstücksbereich soll unbebaut bleiben und z. B. als gemeinschaftlicher Garten genutzt werden (Abb. 4.3).

Innerhalb des bestehenden Baurechts sind noch einige Bauparzellen entlang der Kellerhofstraße unbebaut. Die Durchblicke zum Rotbachtal sind an dieser wie an anderen Stellen für das »typische« Erscheinungsbild von Oberelvenich jedoch unverzichtbar. Statt einer diesen Durchblick verhandelnden Straßenrandbebauung, wurde ein Vorschlag aufgestellt, der in Anlehnung an den alten »Kellerhof« eine Wohnhofanlage aus Reihenhaustypen und einem Miethaus konzipiert. Die Anzahl der Wohneinheiten ist identisch mit der Zahl der möglichen Wohneinheiten bei einer Straßenrandbebauung (Abb. 4.4).

Die Wohnhofanlage Kellerhof besteht aus zwei Doppelhäusern für jeweils zwei Familien und einem Mietshaus mit vier Wohnungen unterschiedlicher Größe. Die Straßenfront »An der Ölmühle« wird von dem zweigeschossigen Mietshaus gebildet. Den Erdgeschoßwohnungen können kleine Freibereiche zum Gemeinschaftshof hin zugewiesen werden. Da dieses Gebäude in Anlehnung an das bestehende Wohngebäude des Kellerhofs ein Sockelgeschoß erhält, liegen diese privaten Freibereiche ca. 80 cm über dem übrigen Hofniveau und sind so etwas geschützt.

Die hofumschließende Bebauung wird von den Einfamilien-Doppelhäusern gebildet, denen jeweils ein Garten mit Süd-

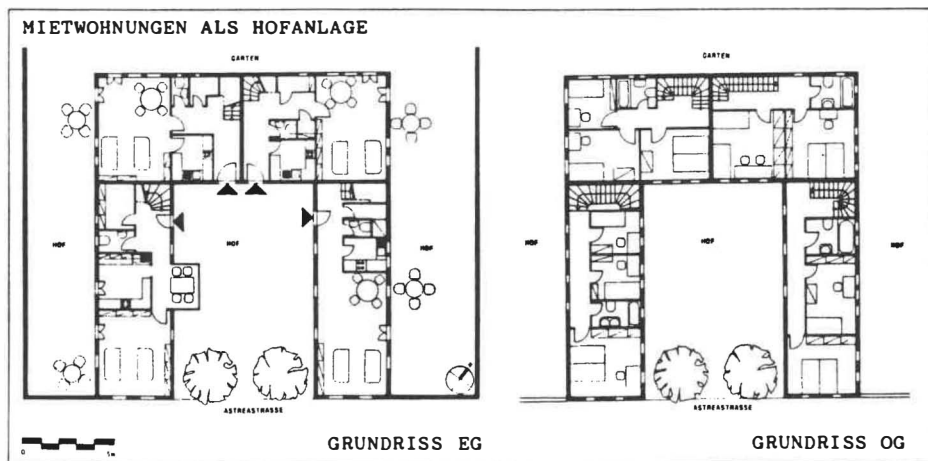
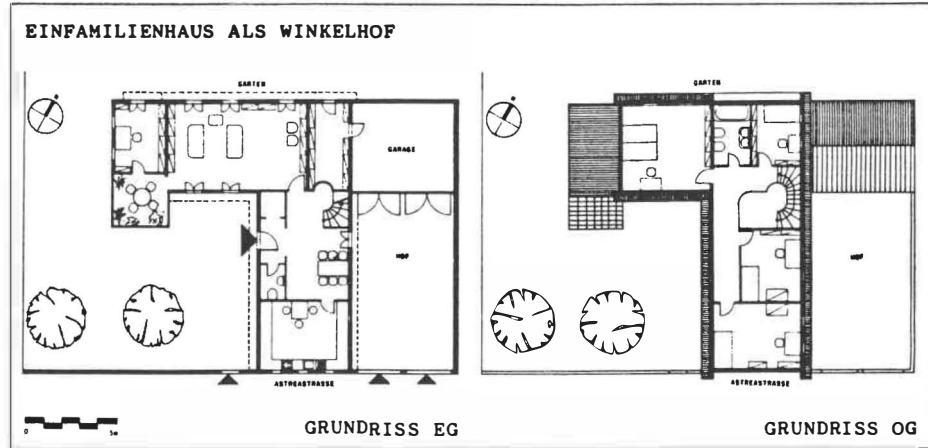
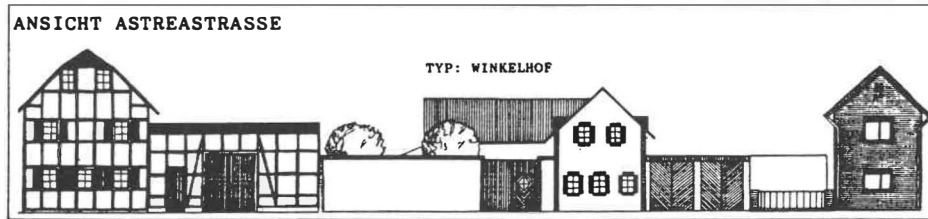


Abb. 4.2 Baulückenschließung im Ortskern Juntersdorf

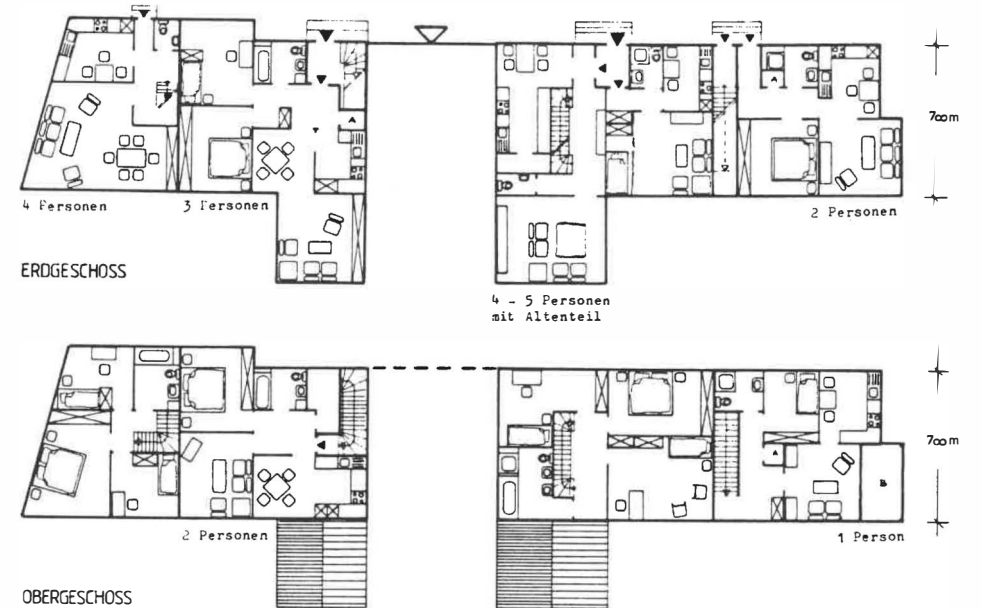
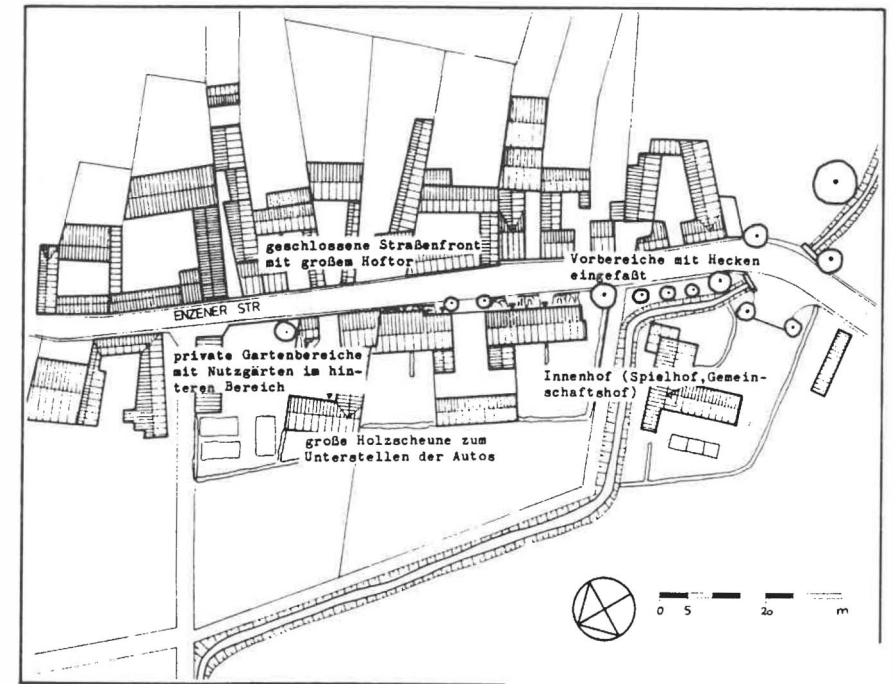


Abb. 4.3 Mietwohnungen im Ortskern von Sinzenich

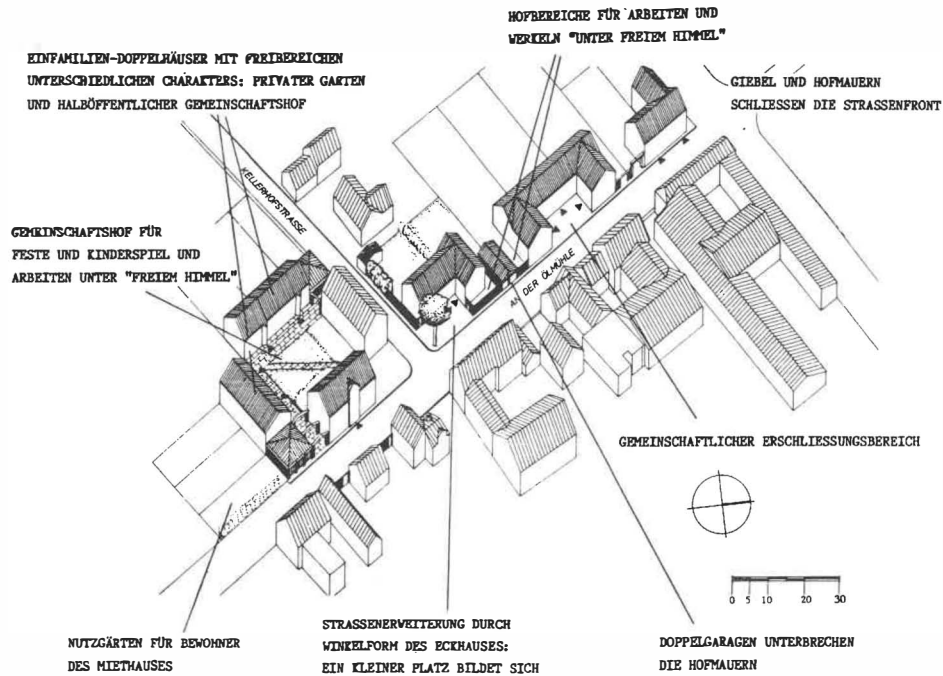


Abb. 4.4 »Wohnhof Kellerhofstraße«, Lageplan

orientierung zugeordnet ist. Diese zweigeschossigen Bauten werden vom Gemeinschaftshof aus erschlossen. Die »Hofeingänge« werden von kleineren Eckgebäuden flankiert, in denen jeweils drei Garagen untergebracht sind und die im hinteren Teil Platz für Fahrräder oder Werkstätten bieten.

Die durch Torbögen aus Ziegelsteinfelern und gebogenen Stahlträgern gekennzeichneten Hofeingänge sind so breit, daß der Hof im Bedarfsfall auch befahren werden kann. Hinter den Eckbauten liegen Gärten, die von der Straße aus zugänglich sind und als Nutzgarten den Bewohnern des Mietshauses zur Verfügung stehen. Die Südecke des Hofes

wird nicht geschlossen, um eine möglichst günstige Besonnung des Gemeinschaftshofes zu erreichen und den Blick auf das sich anschließende Landschaftsschutzgebiet frei zu halten (Abb. 4.5).

Bebauungsvorschläge für den »Ortsrand« in Lövenich

(Text bearbeitet von Birgit Lemmen, Reinhold Weiss)

Das Gelände am Vlattener Bach bietet sich aus folgenden Gründen als Bauland an:

- sinnvolle Fortsetzung der vorhandenen Bebauung
- Schließung des Dorffinnenbereiches

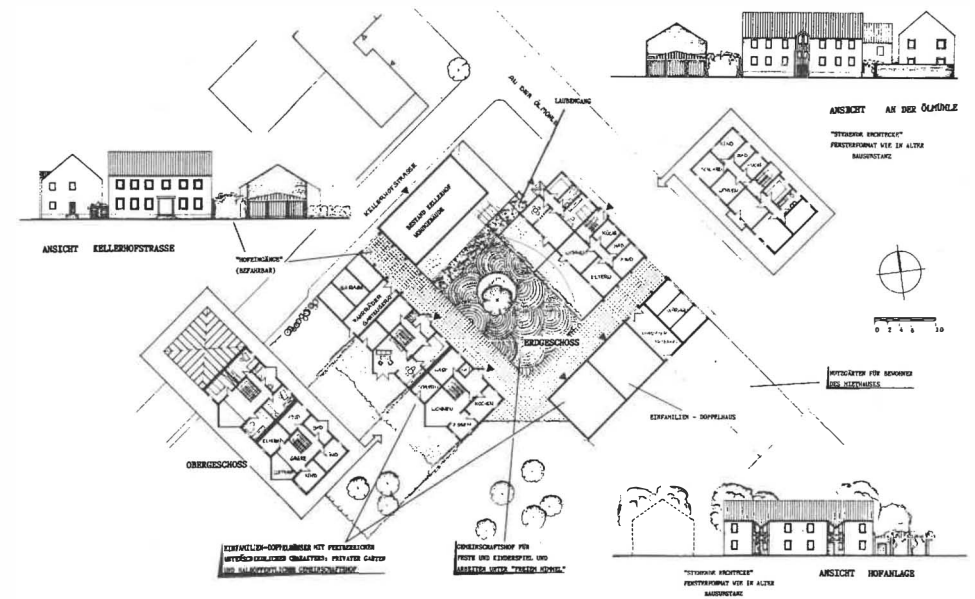


Abb. 4.5 »Wohnhof Kellerhofstraße« – Grundrisse

- attraktive Lage am Bach, mit Südorientierung der Gärten zum grünen Innenbereich
- keine Störung des Ortsrandes, da Lage innerhalb der alten Dorfgrenzen
- keine hohen Erschließungskosten, eine Straße existiert bereits

Bebauungsvorschlag I: variable Grundrisse für sich verändernde Familiengrößen

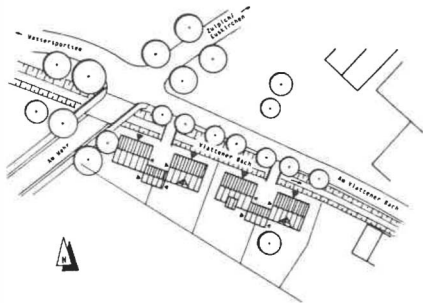
Bebauungsvorschlag I sieht für das Gelände am Vlattener Bach nördlich der Prälat-Franken-Straße, in Anlehnung an die alte Dorfstruktur, traufständige, ein- einhalbgeschossige Gebäude vor, die unmittelbar am Bach stehen und über einen gemeinsamen Hof erschlossen werden.

Dieser wird durch die Wohngebäude selbst und durch ein Nebengebäude (Autostellplatz, Gartengeräte) gebildet.

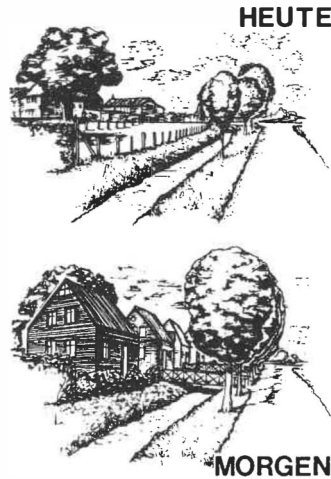
Um ein Gebäude den sich verändernden Ansprüchen der Bewohner – Familiengröße, 3 Generationen unter einem Dach – anpassen zu können, bieten sich variable Grundrisse und die Möglichkeit des Teilausbaus an. Das bedeutet:

1. Bezieht ein junges Ehepaar allein oder mit maximal 2 Kindern ein neues Gebäude, so wird zunächst nur die Erdgeschoßwohnung (80 m²) genutzt. Das Dachgeschoß (70 m²) bleibt, um Kosten zu sparen zunächst in einem teil- ausgebauten Zustand.
2. Kündigt sich nun weiterer Nach-

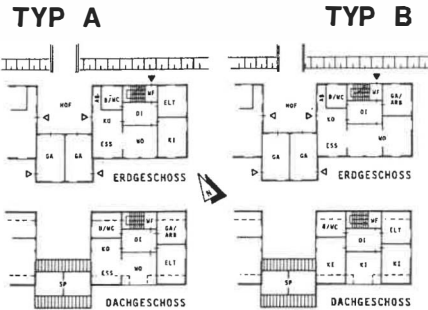
LAGEPLAN



A
M
V
L
A
T
T
E
N
E
R
B
A
C
H



GRUNDRISSSE



ANSICHTEN

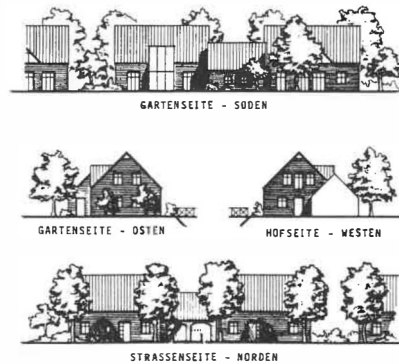


Abb. 4.6 Bebauungsvorschlag I

wuchs an, kann das Dachgeschoß voll ausgebaut (Schlafräume, Bad/WC), der Wohnraum im Erdgeschoß durch das Entfernen einer Wand vergrößert und so ein Zuhause für eine Familie mit bis zu 6 Kindern und einer Wohnfläche von 150 m² geschaffen werden.

3. Sind die Kinder aus dem Haus, das Gebäude für 2 Personen also viel zu groß, besteht die Möglichkeit, ohne größere Umbaumaßnahmen zwei abgetrennte Wohnungen, eine Erdgeschoßwohnung mit 80 m² und eine

Dachgeschoßwohnung mit 70 m², zu schaffen, wobei die eine von dem älteren Ehepaar (evtl. Großeltern), die andere vom eigenen, vielleicht schon verheirateten Nachwuchs oder einem fremden jungen Paar genutzt wird.

4. So schließt sich der Kreis, denn dieselben Nutzer können natürlich auch das direkt voll ausgebaute neue Gebäude beziehen, als Einfamilienhaus oder als Wohnhaus mit zwei abgeschlossenen Wohnungen.

Die Gebäude können also durch wenig

aufwendige Umbaumaßnahmen wie z. B. das Entfernen einer nichttragenden Wand bzw. einer Tür, den sich im Laufe der Zeit verändernden Ansprüchen ihrer Bewohner angepaßt werden (Abb. 4.6).

Bebauungsvorschlag II: Hofbebauung

Bebauungsvorschlag II sieht für das Gelände am Vlattener Bach südlich der Prälat-Franken-Straße, eine in Anlehnung an die durch landwirtschaftliche Höfe verschiedenster Art und Größe geprägte Dorfstruktur gedachte Hofbebauung vor, die sich gerade wegen ihrer besonderen Lage am Ortsrand, grundsätzlich von städtischen Einfamilienhausneubaugebieten unterscheidet.

Drei für sich eigenständige Gebäude, zwei Einfamilienhäuser mit je 170 m² Wohnfläche und ein als Altenteiler oder Wohnhaus für junge Paare nutzbares Haus mit zwei abgeschlossenen Wohnungen, die Erdgeschoßwohnung mit 70 m², die Dachgeschoßwohnung mit 60 m² Wohnfläche, sind zu einem großen U-förmigen Hofgebäude zusammengeschlossen, das sich durch seine Architektur harmonisch in das Dorfbild einfügt und auch in der landwirtschaftlich geprägten Landschaft keinen Fremdkörper darstellt.

Neben dem gemeinsamen zur Straße hin orientierten und vielfältig nutzbaren Innenhof, über den die Wohnungen erschlossen werden, ist jedem eigenständigen Gebäudeteil ein eigener Nutz- und Ziergartenbereich zugeordnet (Abb. 4.7).

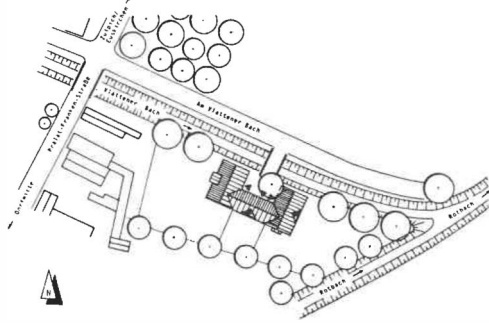
Änderungsvorschlag für das bestehende Bebauungsplangebiet »Mühlentor« in Sinzenich

(Text bearbeitet von Holger Müller, Brigitte Lammertz)

Das wichtigste Ziel bei der Änderung des Bebauungsplans ist eine bessere Anbindung an den Ortskern. Weitere Aspekte sind eine eindeutige Raumbildung im Sinne einer klaren Trennung von privatem und öffentlichem Raum und gut gefaßten Straßenräumen, die Charakterisierung des Gebietes als Übergang zwischen Innen- und Außenbereich und die optimale Grundstücksausnutzung und Freiflächenbesonnung.

Die bessere bauliche Anbindung an den Ortskern soll durch Verdichtung der Bebauung (Hausgruppen) in den an den Ortskern grenzenden Bereichen und die Verwendung von ortstypischen Haustypen und Materialien erreicht werden. Straßen und Wege, die an den Ortskern anschließen, sollen gestalterisch angepaßt werden durch die Bildung von schmaleren, abwechslungsreichen, organisch geformten Straßenräumen sowie durch Gestaltung des öffentlichen Straßenraums als Mischfläche; dies stellt einerseits mehr Kontinuität in bezug auf den Dorfkern her, wo Mischflächen vorherrschen, und ist andererseits der angemessene Straßentyp für eine Anliegerstraße in einem Wohngebiet mit geringem Verkehrsaufkommen. Die Integration in das vorhandene Wegenetz soll durch Betonung der Verbindung Ortskern – Schule / Turnhalle – Außenbereich und die Herstellung einer direkten

LAGEPLAN



PERSPEKTIVE



Abb. 4.7 Bebauungsvorschlag II

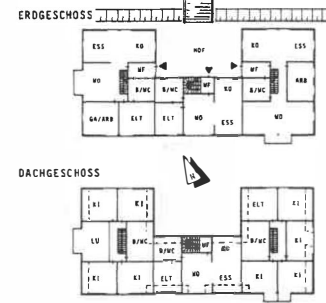
fußläufigen Verbindung zum Kirchplatz gefördert werden. Eine stärkere nutzungsmäßige Anbindung schließlich soll durch Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten, d. h. der Umwandlung von reinen Wohngebieten in allgemeine Wohngebiete gelingen.

Die bessere räumliche Situation soll sich durch stärkere Fassung des Straßenraums durch dichtere Bebauung und geringere Abstände zwischen Straße und Häusern, durch Pflanzgebote, wo Raumbildung durch Baukörper nicht erreicht werden kann, durch stärkere Orientie-

rung der Baukörperausrichtung am Straßenverlauf sowie durch Betonung städtebaulich wichtiger Punkte einstellen.

Der besondere Charakter des Neubaugebiets als Bereich zwischen dem dicht bebauten Ortskern und den grünen Außenbereichen wird unterstrichen durch Zonen mit dichter Bebauung und wenig privatem Grün im Straßenraum in Dorfkernnähe, durch Zonen mit lockerer Bebauung und mehr privatem Grün im Straßenraum (breitere Vorgärten) zum Dorfrand hin, durch Erhaltung von vorhandenen Bäumen, Obstwiesen und Hek-

GRUNDRISSSE



ANSICHTEN



ken und Pflanzung von Bäumen im Straßenraum (Abb. 4.8).

Vorschlag:

Textliche Festsetzungen des Bebauungsplanes

1. Planungsrechtliche Festsetzungen
 - 1.1 Allgemeines Wohngebiet
Gem. § 1 Abs. 6 BauNVO werden im Allgemeinen Wohngebiet (WA) die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen § 4 Abs. 3 Nr. 2, 4, 5 und 6 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplans.

2. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

- 2.1 Dachform
Als Dachform sind Satteldächer von 25–45° Neigung zulässig. Als Ausnahmen von den im B-Plan festgesetzten Dachneigungen sind Pultdächer von mindestens 20° Neigung und höchstens 5,0 m Spannweite zulässig. Abweichungen von der vorgeschriebenen Firstrichtung sind bei Nebengebäuden und Gebäudeteilen von bis zu 40 m² Grundfläche zulässig.

- 2.2 Äußere Gestaltung

- 2.2.1 Dachdeckung

Die Dächer sind mit grau bis schwarzem Material zu decken.

- 2.2.2 Wandmaterial

Für Außenwände von Hauptgebäuden sind folgende Materialien zu verwenden

- Roter Backstein
- Stein, weiß gestrichen
- Putz, weiß, grau oder beige
- Fachwerk
- Naturstein (ortsüblicher Sandstein)

- 2.2.3 Doppelhäuser und Hausgruppen

Doppelhäuser und Häuser in einer Hausgruppe müssen in der Gestaltung einander angepaßt werden. In einer Hausgruppe ist es zulässig, auf der einen Seite des Hauses über die ganze Haus-tiefe anzubauen: auf der anderen Seite

darf maximal über 1/3 der Haustiefe angebaut werden.

- 2.3 Drempel

Drempel sind nur bei eingeschossiger Bebauung zulässig und zwar bis zu einer Höhe von 1,00 m über Oberkante Decke.

- 2.4 Einfriedungen

Eine Abgrenzung der Grundstücke zur Straßenbegrenzungslinie und den Grundstücken untereinander ist bis zu einer Höhe von 2,0 m zulässig. Außer lebenden Einfriedungen sind Einfriedungen in Abständen von höchstens 5,0 m zu gliedern. Maschendraht ist unzulässig.

- 2.5 Vorflächen

Die unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke zwischen der Straße und den Gebäuden sind gärtnerisch, als wassergebundene Flächen oder befestigte Flächen anzulegen. Als Befestigung sind nur Pflasterungen in Grautönen mit offenen Fugen zulässig.

- 2.6 Außenanlagen

Für die Bepflanzung der Grundstücke mit Gehölzen sind nur heimische Arten zulässig.

Beispiele für hofartige Wohnanlagen (Neubaugebiet von Enzen)

Für den bestehenden Bebauungsplan wurde ein Änderungsvorschlag entwickelt, der u. a. dorftypische Bauformen stärker berücksichtigen sollte, eine fußläufige Anbindung an den Ortskern herstellt, einen grünen Innenbereich für den »Gemeinbedarf« schafft und das Neubaugebiet näher an den alten Ortskern heranrückt und durch einen Bushaltestellplatz / Telefonhäuschen verbindet (Abb. 4.9 u. 4.10).

In dem Bebauungsentwurf wurden Hofformen vorgeschlagen, die sich im

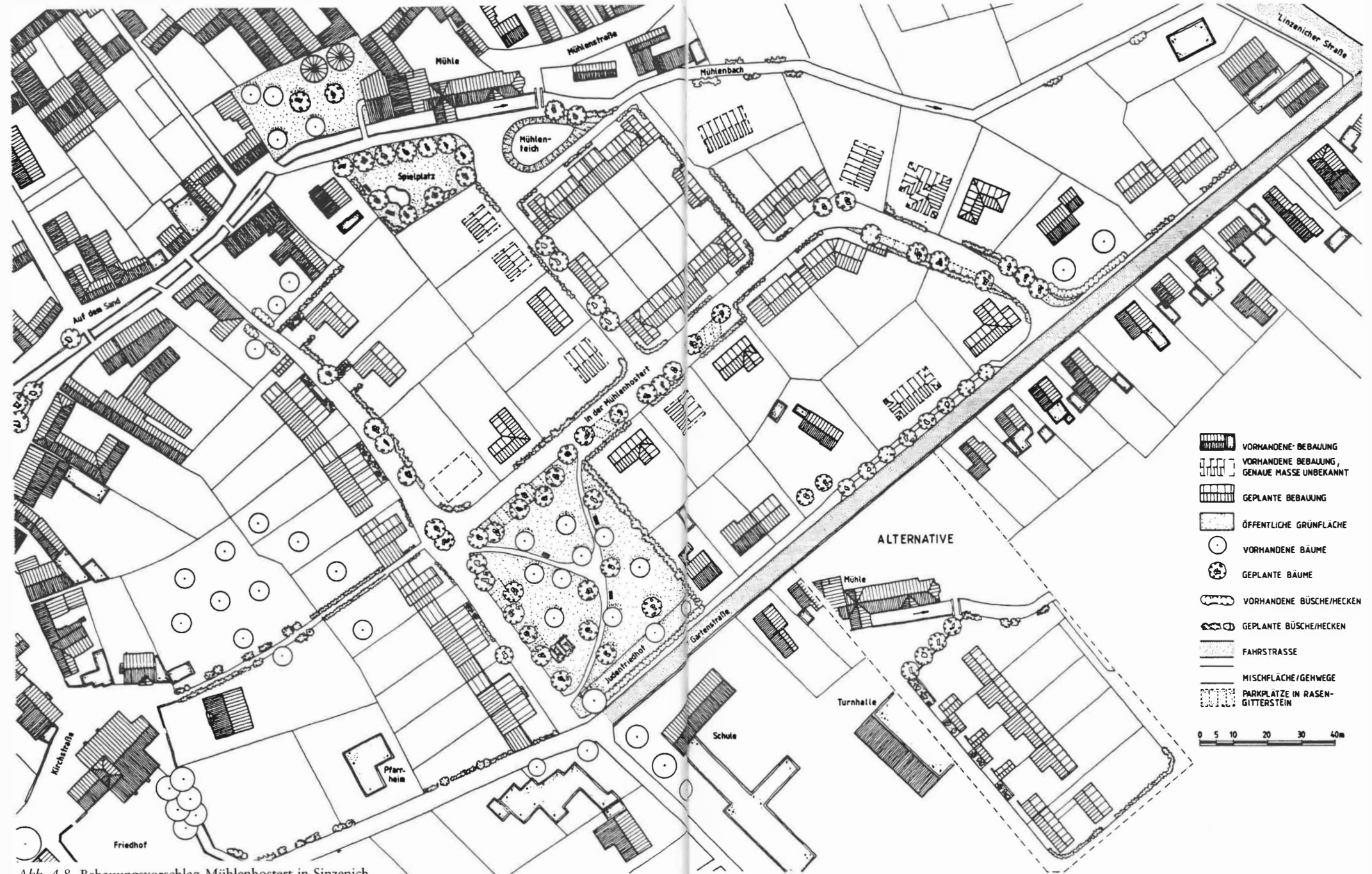


Abb. 4.8 Bebauungsvorschlag Mühlenhostert in Sinzenich

Bauvolumen und in der Anordnung der einzelnen Gebäude unterscheiden. Das Raumprogramm entspricht den heutigen Ansprüchen. Als Vorteile der Hofformen sind zu nennen:

- separater Wohnungsteil als Einliegewohnung / Altenteil möglich
- Platz für Wintergarten, Werkstatt, Geräte- oder Materialschuppen
- teurer Keller entfällt zugunsten ebenerdiger Nebengebäude
- durch die Nebengebäude entsteht ein »halböffentlicher« Innenhof als wind- und sichtgeschützter Platz mit Kontaktmöglichkeit zur Straße (Abb. 4.11).

*Beispiel:
Umnutzungsvorschläge für ehemals
landwirtschaftlich genutzte Gebäude
in Löwenich*

Mit einer weiteren rückläufigen Entwicklung der Landwirtschaft wird es zu Leerständen bei den derzeit landwirtschaftlich genutzten Gebäuden kommen und kann in einigen Dörfern zur Verödung des Ortskerns führen. Diese Tendenz gilt es aufzuhalten und z. B. für die leerfallenden Gebäude neue Nutzungskonzepte (Wohnen/Gewerbe/Handwerk) zu entwickeln.

In den von solchen Entwicklungen

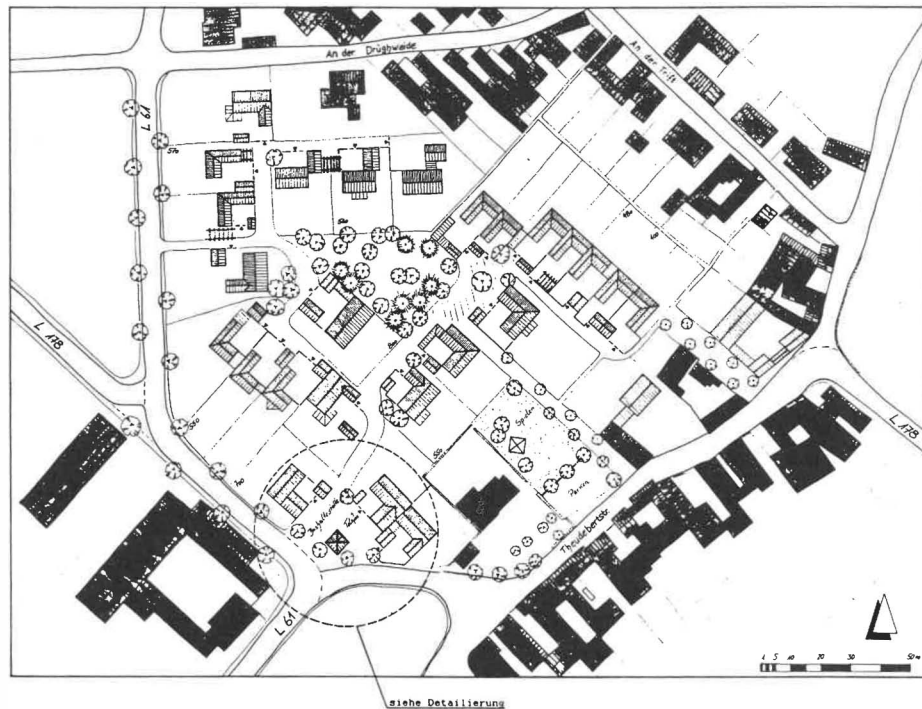


Abb. 4.9 Bebauungsvorschlag »Enzen-Mitte«

Die alte Stadt 1/91

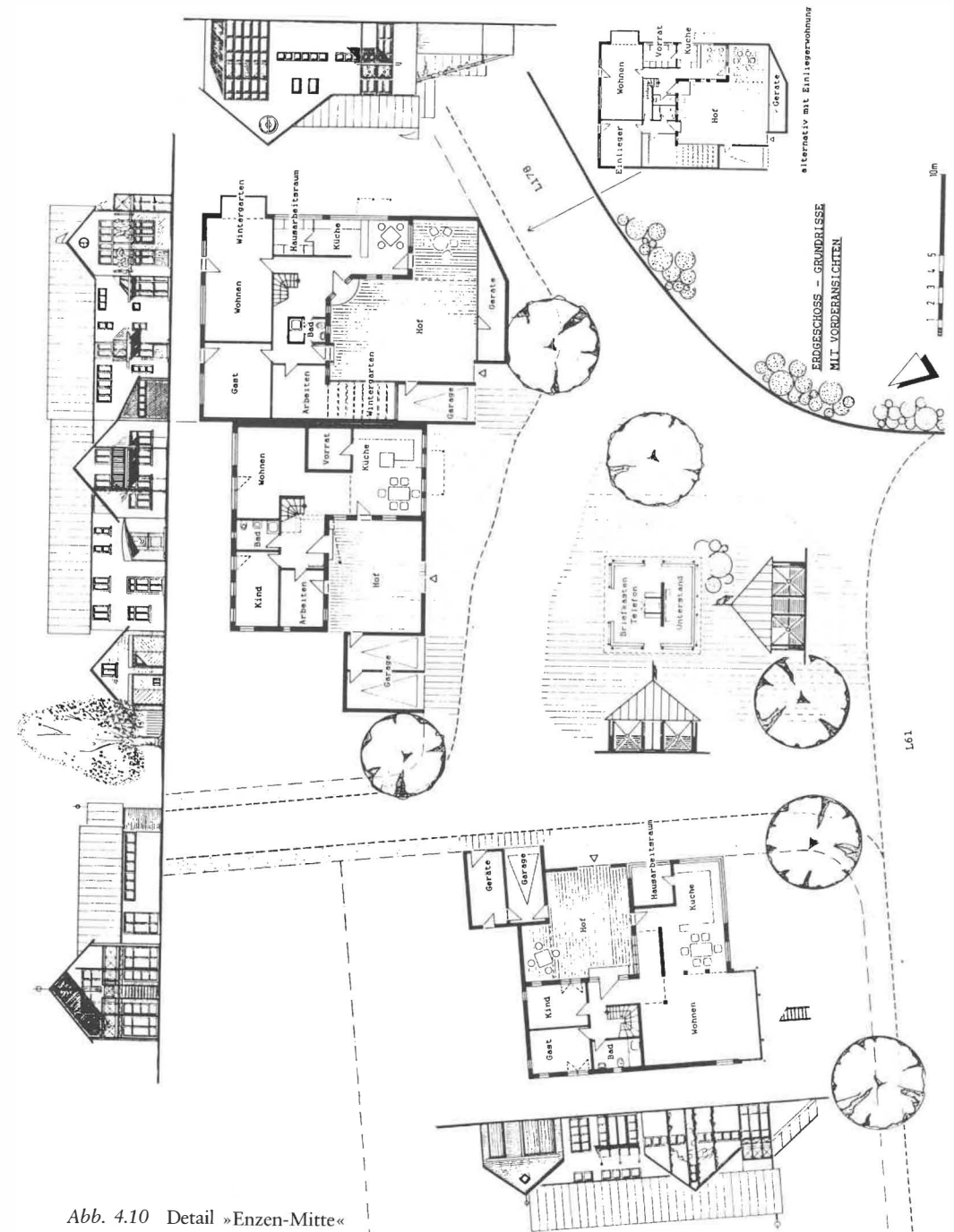


Abb. 4.10 Detail »Enzen-Mitte«

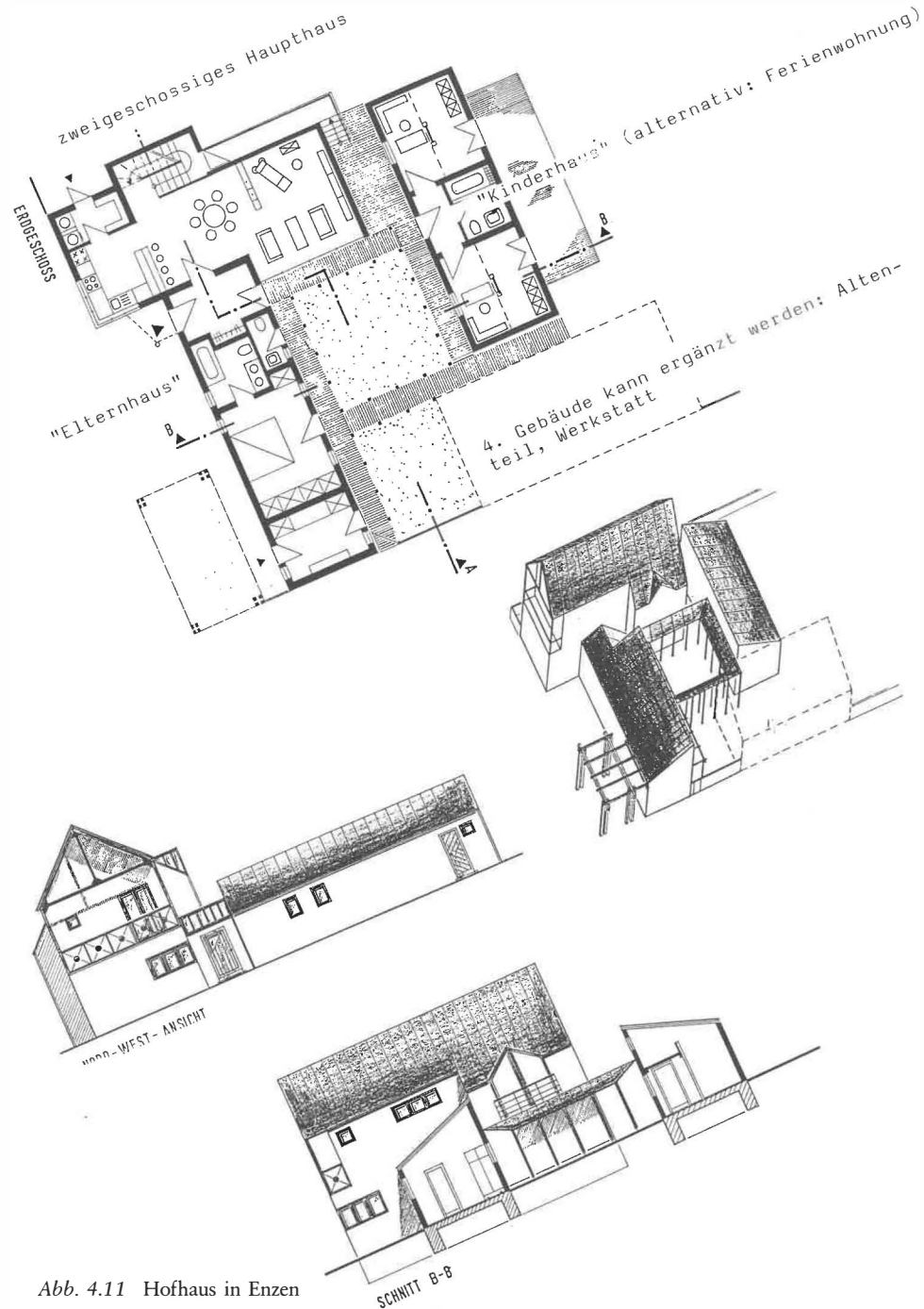
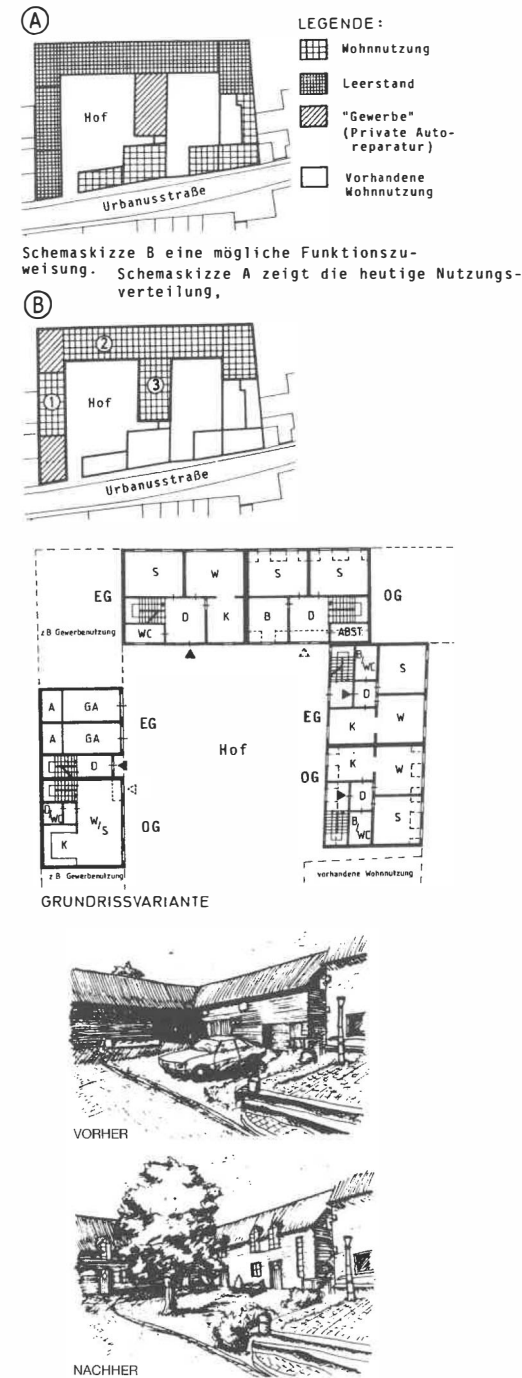


Abb. 4.11 Hofhaus in Enzen

Die alte Stadt 1/91



möglicherweise betroffenen Ortsteilen wurden Vorschläge für Umnutzungen erstellt. Da für die Höfe genaue Bestandspläne nicht zur Verfügung standen, beschränkten sich die Vorschläge auf mehr schematische Überlegungen zur neuen Nutzung, ohne z. B. auch den Zustand und die Eignung der Bausubstanz im einzelnen überprüft zu haben. Hier sollen lediglich Ansatzpunkte für eine Diskussion gegeben werden und die Beratungsarbeit zu diesen Fragen einleiten. (Abb. 4.12)

Abb. 4.12 Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude in Lövenich

Die alte Stadt 1/91

5. Ein Hauptproblem: Rückbau der Dorfstraßen

Die dörfliche Problemliste aus der Sicht der Bewohner wird von den Verkehrskonflikten wie Verkehrsanbindung und Verkehrsbelastung auf den Durchgangsstraßen angeführt (siehe Forschungsvorhaben BMBau »Dorferneuerung aus der Sicht der Bewohner«, Prof. Dr. R. Schäfer u. a.). Der Rückbau belasteter Ortsdurchfahrten zur Verbesserung der Verkehrssituation und zugunsten eines wiedergewonnenen nutzbaren Außenraumes für Fußgänger stellte auch im Zülpich-Projekt eine Planungsmaßnahme von besonderer Priorität dar.

Der Ausbau der Hauptstraßen in den Dörfern hat in den letzten Jahrzehnten den Autoverkehr eindeutig bevorzugt und die Straße für Fußgänger und Radfahrer teilweise unpassierbar und gefährlich gemacht. Diese Fehlentwicklung wird heute allseits beklagt und entsprechende »Rückbaumodelle« entwickelt. Die Konflikte, die aufgrund hoher Belastung durch den Durchgangsverkehr auf den klassifizierten Straßen des Dorfes entstehen, werden noch verstärkt durch hohe Geschwindigkeiten auf den oft engen Ortsdurchfahrten.

Von den sechs umfangreichen Rückbaukonzepten des Projektes soll hier das Konzept für den Ortsteil Sinzenich sowie die allgemeinen Planungsgrundsätze vorgestellt werden.

Prinzip »Mehrzweckstreifen«

Ein wichtiges Kriterium stellte die Ausweisung eines »Mehrzweckstreifens« dar. Vor allem bei den Straßen, die aufgrund ihrer Bedeutung im Verkehrsnetz nicht unter eine Fahrbahnbreite von 6,50 m rückbaubar sind, sollte durch die Anlegung eines »Mehrzweckstreifens« eine deutliche Verminderung der Geschwindigkeit erreicht werden. Der Mehrzweckstreifen wird seitlich von der Fahrbahn abgetrennt und kann von verschiedenen Verkehrsteilnehmern genutzt werden. Bei einer Breite des Mehrzweckstreifens von 1,75 m verringert sich der Querschnitt der Fahrbahn auf 4,75 m und ist damit für den Begegnungsfall Lkw/Pkw ausgelegt, ohne daß hierzu der Mehrzweckstreifen genutzt werden muß. Nur bei dem Begegnungsfall Lkw/Lkw muß ein Fahrzeug auf den seitlichen Streifen ausweichen. Der Mehrzweckstreifen kann zudem als Radweg genutzt werden, für dessen separate Anlage die Ortsdurchfahrten oft nicht den Platz bieten.

Da der Umbau der Verkehrsflächen in der Regel mit immensen Kosten verbunden ist, erscheint es notwendig, ein stufenweise zu realisierendes Ausbauprogramm zu entwickeln, welches von einfachen Sofortmaßnahmen bis zum voll-

ständigen Umbau der Straße reicht:

- In einer 1. Ausbauphase sollen sichtbare, kurzfristige Verbesserungen ohne großen finanziellen Aufwand erreicht werden. Die Aufhebung der weißen Fahrbahnmittenmarkierung und damit der optischen Längsführung zählt zu den kurzfristigen Maßnahmen. Falls die Einrichtung eines Mehrzweckstreifens vorgeschlagen wird, kann dieser zuerst durch eine durchlaufende weiße Linie von der Fahrbahn abgetrennt werden. Dringend notwendige Fußgängerüberwege sollen kurzfristig eingerichtet werden.
- In der 2. Ausbauphase sollen die Ortseingänge, kritische Kreuzungs- und Einmündungsbereiche und die Ortsmittelpunkte umgestaltet werden (Abb. 5.1).

– In der 3. Ausbauphase werden die restlichen Fahrbahnflächen umgebaut (z. B. farbliche und materialmäßige Neugestaltung des Mehrzweckstreifens).

Um Kosten einzusparen, wurde weiterhin versucht, die Eingriffe in den bestehenden Straßenkörper gering zu halten und z. B. möglichst keine leitungsführenden Gehbereiche anzuschneiden.

Neben den Maßnahmen im öffentlichen Straßenraum kann auch die Umgestaltung der privaten Vorgärten zur Verkehrsberuhigung und zur Verbesserung des Ortsbildes beitragen. So können höhere und dichtete Bepflanzungen (Hecken, Bäume) den Straßenraum besser begrenzen und den optisch wirksamen Fahrgassenquerschnitt verringern.

Die »Richtlinien zur Anlage von Er-

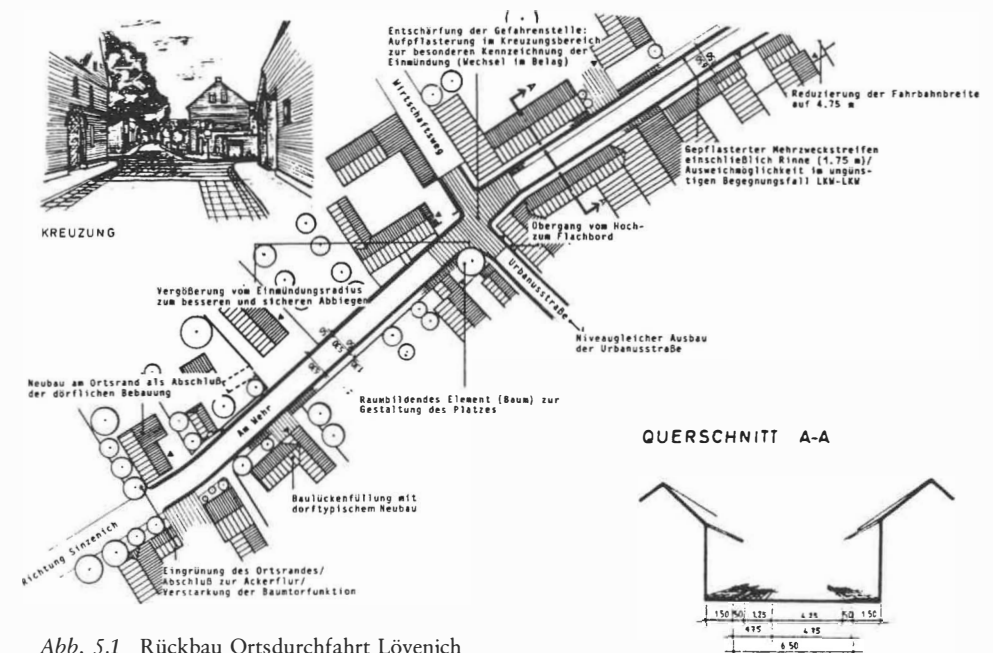


Abb. 5.1 Rückbau Ortsdurchfahrt Lövenich

schließungsstraßen« und die Planungsrichtwerte und Auflagen der Bundeswehr für die Planung militärisch bedeutender Straßen wurden berücksichtigt, welche die stärkste Beschränkung für eine Reduzierung der Fahrbahnbreite mit sich brachten. Zudem wurden die Planungen mit dem zuständigen Landesstraßenbauamt abgeklärt.

In den Verkehrsanalysen wurde nicht nur die quantitative Seite der Verkehrsbelastung wie Verkehrsdichte, Unfallstatistiken etc. berücksichtigt, sondern die Einschränkung des »Gebrauchswertes« der Straße durch den Verkehr und die Ansprüche der angrenzenden Gebäudenutzungen wie Kirche oder Geschäft an die Straßengestaltung aufgezeigt.

Bei den Planungsmaßnahmen sollte nicht schematisch vorgegangen werden, wenn auch das »Baumtor« am Ortseingang schon zum Standardrepertoire gehört. Bei der Gestaltung sollte auf die konkrete Situation im Dorf wie die kleine Brücke, ein am Rand gelegener Dorfplatz oder die Blickbeziehung auf ein ortsbildprägendes Gebäude eingegangen werden. Einen weiteren wichtigen Anknüpfungspunkt stellte die Dorfgeschichte dar. So wurde der in Sinzenich noch in Resten vorhandene Dorfanger wieder herausgearbeitet. In der Diskussion im Dorf spielte diese »Wiederentdeckung« einer geschichtlichen Situation eine große Bedeutung. Sie war quasi noch im »kollektiven Bewußtsein« der Dorfbewohner verankert und stellte eine wichtige Voraussetzung für die Unverwechselbarkeit der Planungsmaßnahme dar.

*Beispiel: Zülpich Sinzenich
Planungskonzept für die Kommerner Straße*

*(Text bearbeitet von Holger Müller,
Brigitte Lammertz)*

Die Kommerner Straße (B 477) ist als Verbindung zwischen Zülpich und Kommern stark mit Durchgangsverkehr belastet. Neben der B 56 und B 265 ist sie die am stärksten befahrene Straße im Umkreis von Zülpich. Sie wird bei 76% aller Unfälle und bei 93% der Unfallopfer als Unfallort genannt. Als Unfallschwerpunkt stellte sich die Kreuzung Kommerner / Lövenicher Straße / Weingartzgarten mit 11 von 45 Unfällen heraus. Die meisten Unfälle werden durch Ein- oder Abbiegen auf/von der stark belasteten Kommerner Straße verursacht, vermutlich durch überhöhte Geschwindigkeit (Abb. 5.2).

Fußgänger werden als Unfallbeteiligte auf der Kommerner Straße glücklicherweise nur zweimal genannt. Dennoch gibt es Gefahrenpunkte: im Angerbereich, wo u. a. die Schulkinder aus dem Neubaugebiet Weingartzgarten die Straße überqueren und wo häufig zu

		in Zahlen	in %
Zahl der Unfälle		59	100
auf der Kommerner Str.	28		
auf Kreuzungen mit der Kommerner Straße	17	45	76
auf der Linzenicher Straße	6		
auf der Kirchstraße	5		
auf der Merzenicher Straße	1	14	24
auf dem Weingartzgarten	2		
Zahl der Verletzten		28	100
auf der Kommerner Straße	26		
auf der Kirchstraße	2	93	7

Abb. 5.2 Verkehrsunfälle (Statistik Januar 1984 bis September 1988)

schnell gefahren wird, und in den unübersichtlichen Kurvenbereichen. Deshalb bemüht man sich in Sinzenich seit Jahren um wenigstens 1 Zebrastrifen, leider bisher vergeblich. Inzwischen blieb den Sinzenichern nichts übrig, als sich auf die Gefahren einzustellen: z. B. wird Kindern eingepfiff, die Kommerner Straße nicht alleine zu überqueren; die Schulbushaltestelle für die Grundschule wurde trotz schwieriger Wendeverhältnisse »Auf den Sand« gelegt; Radfahren oder Spielen auf der Straße und Straßenfeste finden abseits der Kommerner Straße statt. Gezwungenermaßen hat man die Kommerner Straße dem Durchgangsverkehr überlassen.

Die erhobenen Zahlen von 484 (Mittwoch, 1. Juni 1988, 15.30–16.30 Uhr) bzw. 361 Fahrzeugen/Stunde (Montag, 20. Juni 1988, 7.00–8.00 Uhr) legen nahe, daß in den Spitzenstunden von der Kommerner Straße starke Abgas- und Lärmbelastigungen ausgehen. Die Zahlen sind aber nicht so hoch, daß man in der Fahrzeugfrequenz alleine eine Unfallursache sehen könnte. Das Überqueren der Straße kann allerdings in den Spitzenstunden besonders für Kinder und ältere Leute zum Problem werden. Der Lkw-Anteil lag bei der Zählung zwischen 9 und 20%. Nach Einschätzung der Anwohner ist er nach dem Bau der BAB 61 erheblich gesunken. Trotzdem verursacht der Lkw-Verkehr besonders in den Kurvenbereichen bei Brems- und Beschleunigungsmanövern eine starke Lärmbelastigung und gefährdet an Engstellen auf den Gehwegen die Fußgänger.

Grundlegend für die heutige Situation

war der Bau der Zülpich-Kommerner-Provinzialstraße 1854. Sie nahm in ihrem Verlauf den vorhandenen Teil der Straße auf und ergänzte ihn durch die Ortsausgänge nach Zülpich und Schwerfen. So wurde aus der Dorfstraße eine Durchgangsstraße, die den zentralen Bereich des Dorfes der Länge nach durchschneidet. Schon 1854 wurde also der Grundstein für den Konflikt gelegt, der die Situation bis heute bestimmt: Da die B 477 Zülpich und Kommern verbindet, liegt Sinzenich recht verkehrsgünstig und die Geschäfte profitieren aufgrund der guten Parkmöglichkeiten vom Durchgangsverkehr. Andererseits sind die Belastungen durch Emissionen und Unfallgefahren groß. 1965/66 wurde die Kommerner Straße in ihrer heutigen Form ausgebaut. Damals wurde fast der gesamte Straßenraum zur Verkehrsfläche, d. h. er wurde anderen Nutzungsmöglichkeiten entzogen.

Probleme der Kommerner Straße

1. Nördlicher Ortseingang

Nur das Ortsschild deutet auf den Orts-



Abb. 5.3 Nördlicher Ortseingang

eingang hin. Die Fahrbahn bleibt in Richtung und Breite unverändert. Weder die Tannen rechts noch die Ackerflächen links wirken als optische Einengung. Eine deutliche Veränderung tritt erst kurz vor dem Fachwerkhaus durch die Häuser zu beiden Seiten und die Kurve ein. Erst hier bremsen die Autofahrer.



Abb. 5.4 Südlicher Ortseingang

2. Südlicher Ortseingang

Brücke und Bäume am Marienbach markieren den Ortseingang. Dennoch bremsen die meisten Autofahrer erst vor der Papierfabrik. Gründe dafür sind: Trotz der Brücke wird eine Einengung der Fahrbahn auf Kosten der sehr schmalen Bürgersteige vermieden; das Brückengelände tritt optisch kaum in Erscheinung; die Bäume ragen kaum in den Straßenraum, man hat freie Sicht bis zur Papierfabrik.

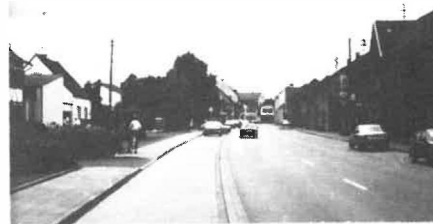


Abb. 5.5 Angerbereich

3. Angerbereich

Die Gestaltung des Angerbereichs ist durch die Verkehrsfunktion der Kommerner Straße bestimmt. Fahrbahn, Parkstreifen und Gehwege nehmen den größten Teil des Querschnitts ein. Für Fußgänger ist das Überqueren der Fahrbahn von Parkstreifen zu Parkstreifen gefährlich. Besonders weil sie durch ihre Breite, den gradlinigen Verlauf und das Zurücktreten der Häuser rechts sehr übersichtlich wirkt und zu überhöhter Geschwindigkeit verführt. Der Grünstreifen ist zu schmal und zu spärlich bepflanzt, um als Spielfläche, Abschirmung oder optische Einengung zu fungieren.



Abb. 5.6 Engstelle

4. Engstelle

An der Ecke des Wirtschaftsgebäudes wird der Bürgersteig sehr schmal. Passieren ein Fußgänger und ein Lkw gleichzeitig diesen Engpaß, wird die Lage für den Fußgänger bedrohlich.

Legende

- »»» ORTSEINGANG
- »»» STARK FREQUENTIERTER QUERUNGSPUNKT
- ~~~~~ ZU HOHE GESCHWINDIGKEIT
- ◁ UNÜBERSICHTLICHE EINENGUNG
- ☾ ENGSTELLE FÜR FUSSGÄNGER



Abb. 5.7. Problemkarte Kommerner Straße

Fazit

Eine Verkehrsbelastung von ca. 500 Fahrzeugen in Spitzenstunden ist nicht so hoch, daß alleine daraus die Probleme der Kommerner Straße erklärt werden könnten. Vielmehr scheint überhöhte Geschwindigkeit (ungenügendes Abbremsen an den Ortseingängen, zu schnelles Fahren im Angerbereich) Hauptursache für zahlreiche Unfälle und für die Schwierigkeiten beim Überqueren der Straße zu sein. Sie stellt auch die größte Gefahr beim Überqueren bzw. Ein- und Abbiegen in den unübersichtlichen Kurvenbereichen dar. Das Verkehrsaufkommen ist andererseits niedrig genug, um einen Rückbau der Straße ohne eine Beeinträchtigung des Verkehrsflusses zu ermöglichen (Abb. 5.7).

Neugestaltungskonzept

Bei der Neugestaltung der Kommerner Straße stand die Forderung nach mehr Verkehrssicherheit im Vordergrund. Um diese zu erreichen, wollten wir nicht mit Einzelmaßnahmen wie z. B. einer Fußgängerampel oder Schwellen arbeiten, sondern ein Gesamtkonzept für die ganze Ortsdurchfahrt entwickeln, das auch gestalterische und städtebauliche Aspekte berücksichtigt. Um auf der gesamten Ortsdurchfahrt die Geschwindigkeit auf höchstens 50 km/h zu senken, sind folgende Maßnahmen geplant: Verringerung der Fahrbahnbreite auf 6,50 m, davon nur 4,75 m asphaltiert und 1,75 m als Mehrzweckstreifen. Der Mehrzweckstreifen soll in einem rauhen Naturstein gepflastert sein und dient der

optischen Fahrbahneinengung. Der Fahrbahnbreite von 6,50 m liegt der Begegnungsfall Bus/Bus bzw. Lkw/Lkw zugrunde. Die Breite von 4,75 m läßt die Begegnung von 2 Pkw zu. Eine Mittellinie wird nicht markiert. Die Sicherheit der Fußgänger wird verbessert durch: Mindestens 1,50 m breite Bürgersteige entlang der gesamten Ortsdurchfahrt sowie zusätzliche Überquerungshilfen an stark frequentierten Querungspunkten (Abb. 5.8–5.14). Als Maßnahmen, die für sich alleine schon zu einer Entschärfung der Situation beitragen könnten, sollten die Umgestaltung der Ortseingänge, die Fußgängerinsel an der Einmündung Stehle Gasse / Kommerner Straße und die Beseitigung der Mittelmarkierung kurzfristig realisiert werden.

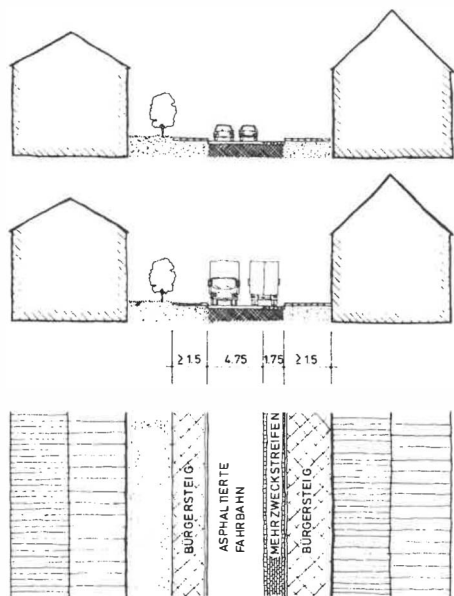


Abb. 5.8 Regelquerschnitt

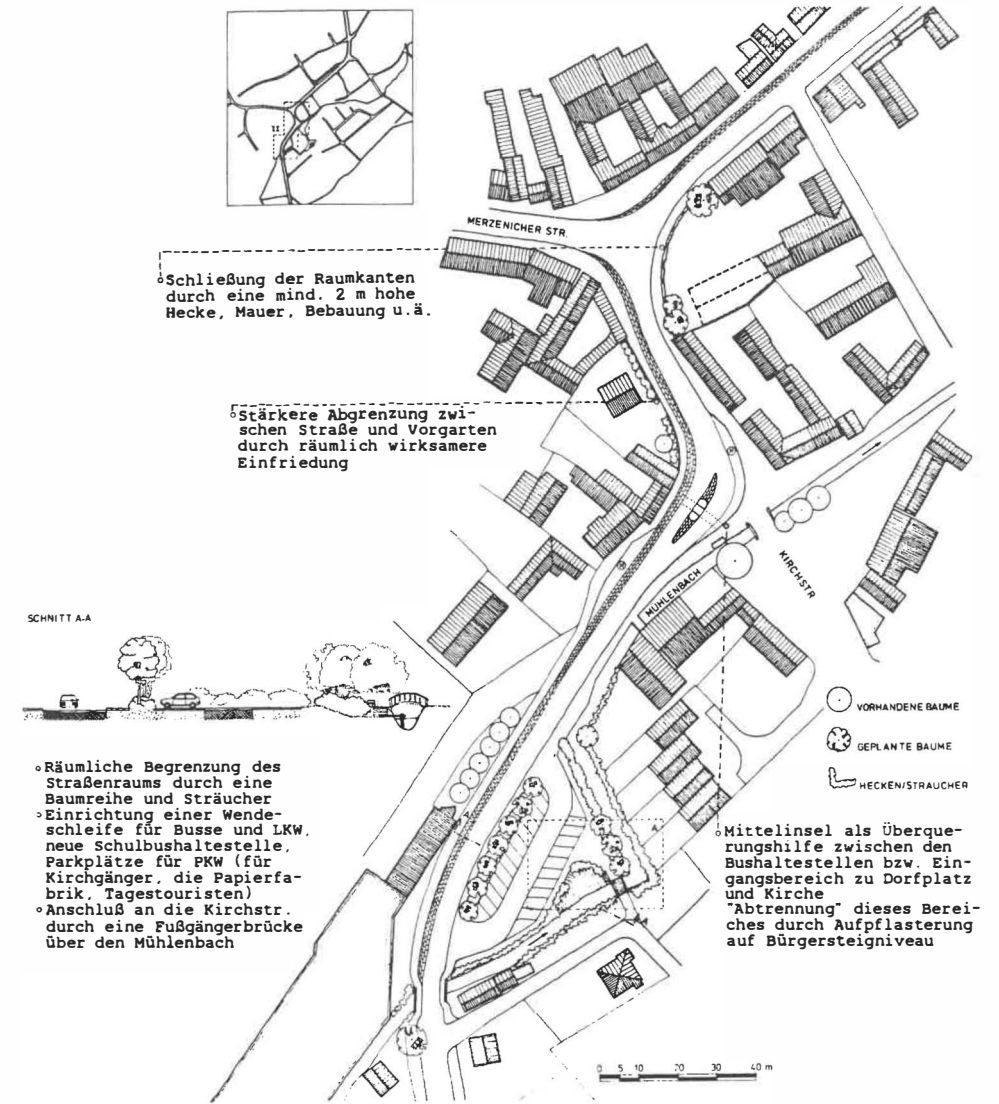


Abb. 5.9 Nördlicher Ortseingang

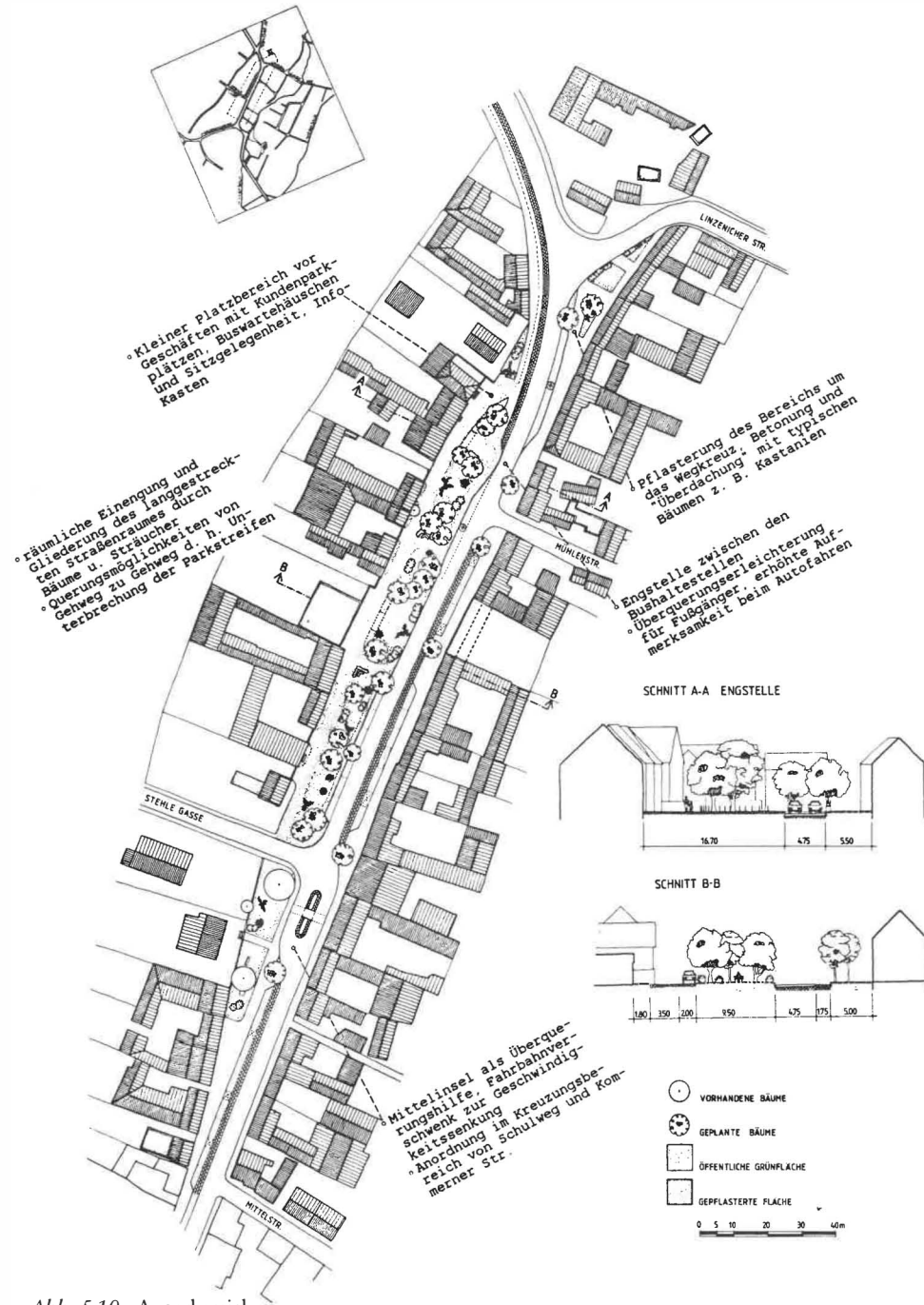
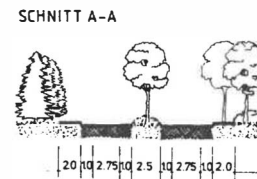


Abb. 5.10 Angerbereich

- Verdeutlichung des Ortseingangs und Geschwindigkeitsreduzierung durch: Mittelinsel mit Bäumen, Fahrbahnverschwenk, Verschmälerung der asphaltierten Fahrbahn, Beginn des Mehrzweckstreifens
- Mittelinsel zusätzlich als Überquerungshilfe für Radfahrer



- "Abtrennung" der Anliegerstr. Weingartgarten durch eine Aufpflasterung auf Bürgersteigniveau
- räumliche Einengung des Kreuzungsbereichs durch Bäume und Bebauung

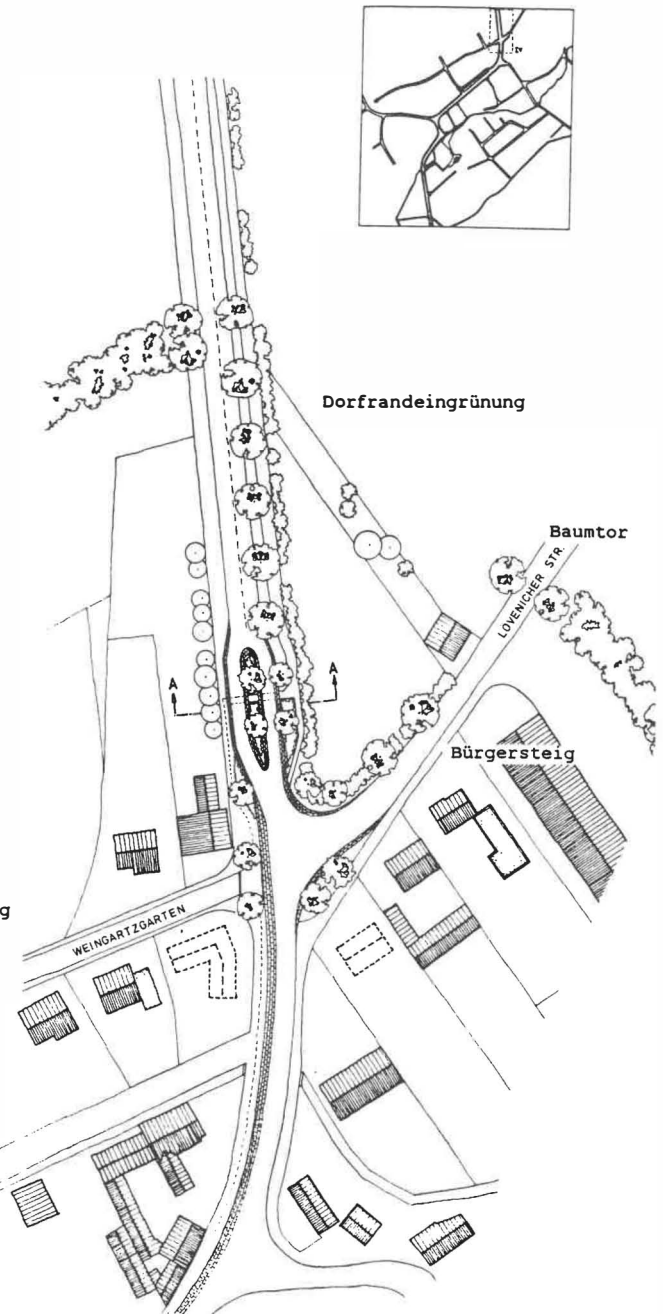
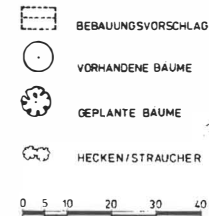


Abb. 5.11 Nördlicher Ortseingang

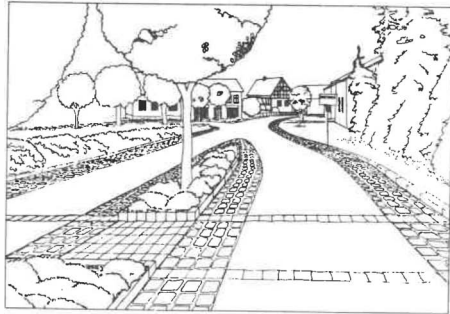


Abb. 5.12 Nördlicher Ortseingang

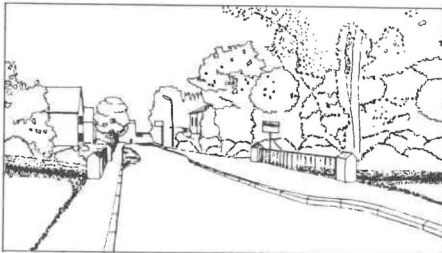


Abb. 5.13 Südlicher Ortseingang

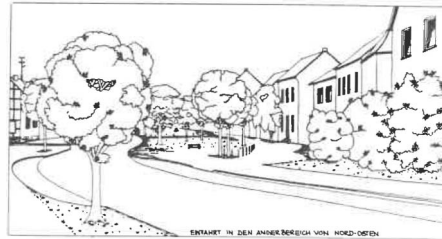


Abb. 5.14 Angerbereich

- Erweiterung des Grünstreifens zu einer öffentlichen Grünfläche in zentraler Lage
- Rasen- und Pflasterflächen gehen ineinander über und bilden zusammen einen Aufenthaltsbereich
- Bepflanzung mit Gruppen von standortgerechten Bäumen und Sträuchern, räumlich wirksame Einzelbäume an einigen Stellen.
Bäume: Linden, Kastanien, Bergahorn, Ulmen, Blutbuchen
Sträucher: Flieder, Forsythie, Wildrosen, Hasel
- Bänke an geschützten Stellen

6. Dorfökologie

Dem ländlichen Raum wird vielfach die Funktion eines ökologischen Ausgleichsraumes für die Ballungsgebiete zugewiesen, in den die dort hervorgerufenen Ver- und Entsorgungsprobleme und Umweltbelastungen transportiert werden. Hier sollen die Abfälle beseitigt oder fehlende Erholungsflächen ausgeglichen werden.

Dieses Konzept, welches die Probleme der städtischen Entwicklung verlagert und die Ressourcen des ländlichen Raumes selbstverständlich in Anspruch nimmt, steht in großem Widerspruch zu einer wirksamen gesamtökologischen Verbesserung. Die Lösung der städtischen Umweltprobleme (Stichwort Müllvermeidung, Versiegelung etc.) und nicht deren Verlagerung sind ebenso notwendig, wie die Lösung der »eigenen« Umweltprobleme des ländlichen Raumes: die Gefährdung durch unsachgemäß angelegte Mülldeponien, Gefährdung der Grundwasservorräte durch die Überdüngung in der Landwirtschaft oder in Teilräumen die noch unzureichende Abwasserbeseitigung.

Auch das Wohnen auf dem Lande mit städtischem Arbeitsplatz stellt ein »ökologisches« Problem dar, da aufgrund der unzureichenden ÖPNV-Erschließung der Zwang zur Pkw-Benutzung be-

steht. Eine gesamtökologische Planung muß auch in raum- und verkehrsstrukturellen Überlegungen eingebunden sein. Dorfökologie darf nicht vor dem schicken Holzhaus mit Sonnenkollektoren haltmachen, wenn die Bewohner täglich mit dem Erst- und Zweitwagen in die Stadt pendeln.

Das Dorf – ideal für ökologische Planung

Für eine ökologische Ortsplanung bietet gerade das Dorf gute Voraussetzungen. Im Gegensatz zur Stadt finden sich hier geringere Bebauungsdichten und Versiegelungsgrade und kaum luftklimatische Probleme. Die kleinteiligeren, dezentralen Strukturen bieten sich zudem für ökologische Energie- und Abwasserkonzepte an. Der verstärkte Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung mit höherer Ausnutzung des Energieeinsatzes oder die Nutzung regenerativer Energiequellen (wie Biogasanlagen in der Landwirtschaft) stellen für den ländlichen Raum leistungsfähige und kostengünstige Ansätze dar. Für kleine Dörfer bietet der Bau einer Binsenkärlanlage zudem eine Alternative zu dem teuren und oft erst zu Ende des Jahrzehnts herzustellen-

Anschlusses an eine zentrale Kläranlage.

Energie- und Abwasserkonzepte sowie siedlungsökologische Beiträge müssen Bestandteil der gemeindlichen Entwicklungsplanung werden. Die Flächennutzungspläne müssen auf ihre ökologische Eignung im Sinne von Belastbarkeit und Verträglichkeit der ausgewiesenen Nutzungen vom Gewerbegebiet bis zum Naherholungsbereich überprüft werden. Die Berücksichtigung dorfköologischer Ziele bei der Dorfentwicklungsplanung wird in der Praxis häufig noch eine zu geringe Bedeutung beigemessen und die Auffassung vertreten, daß unter »Dorfökologie« im Schwerpunkt Naturschutz und Landschaftspflege im Außenbereich zu verstehen sind.

Während die v.g. Maßnahmen in einem gesamtgemeindlichen Entwicklungskonzept aufgegriffen werden müssen, lassen sich auf der Ebene der einzelnen Dorfplanung eine Vielzahl dorfköologischer Planungskriterien direkt umsetzen:

- stärkere Berücksichtigung von Elementen des ökologischen Bauens von der Materialwahl bis zur Energieplanung
- Reduzierung der versiegelten Flächen bei Um- und Neuplanungen sowie Erschließungsmaßnahmen
- stärkere Regelungen hinsichtlich der Befestigungsart der Stellplätze und Hausvorbereiche
- Erhaltung und Anpflanzung von Bäumen, Büschen, Hecken etc.
- Integration und Verflechtung des Dorfbereiches mit der Landschaft
- Förderung der innerdörflichen Biotopvernetzung mit Anschluß an die Land-

schaft sowie Erneuerung der Ortsränder

- Renaturierungsmaßnahmen und landschaftstypische Gestaltung und Erhaltung
- Strategie einer ökologisch vernünftigen Innenentwicklung durch Verzicht auf neue Flächen im Außenbereich
- Verbesserung des Kleinklimas und der Lebensbedingungen von Flora und Fauna etc.

Die Berücksichtigung ökologischer Belange mit dem Ziel der Behebung der Defizite bei der Ortsrandgestaltung, der Erhaltung charakteristischer Landschaftsbilder des Biotop- und Artenschutzes sowie des Biotopverbundes und der Grünordnung sind notwendiger Bestandteil einer an ganzheitlichen Lösungen orientierten Dorfentwicklungsplanung (Abb. 6.1).

Eine besondere Bedeutung kommt den Landschaftsplänen der Gemeinden zu, deren Aussagen zu den Ortsrandbereichen der Dorfentwicklungsplan aufnimmt und im Innern des Dorfes als Grünordnungsplan fortsetzen kann. Der Grünordnungsplan als Bestandteil der Dorfentwicklungsplanung kann von der Gemeinde als Selbstbindungsplan nach BauGB beschlossen werden. Bei der Durchsetzung der Maßnahmen und bei den Grünordnungs- und Bepflanzungsmaßnahmen der Gemeinde kann diese eine Vorreiterrolle übernehmen.

Die Beschäftigung mit ökologischen Fragen fallen nicht von Hause aus in den Bereich der Architekten. Interdisziplinäre Zusammenarbeit mit anderen Fachleuten in der Praxis und im Studium sind

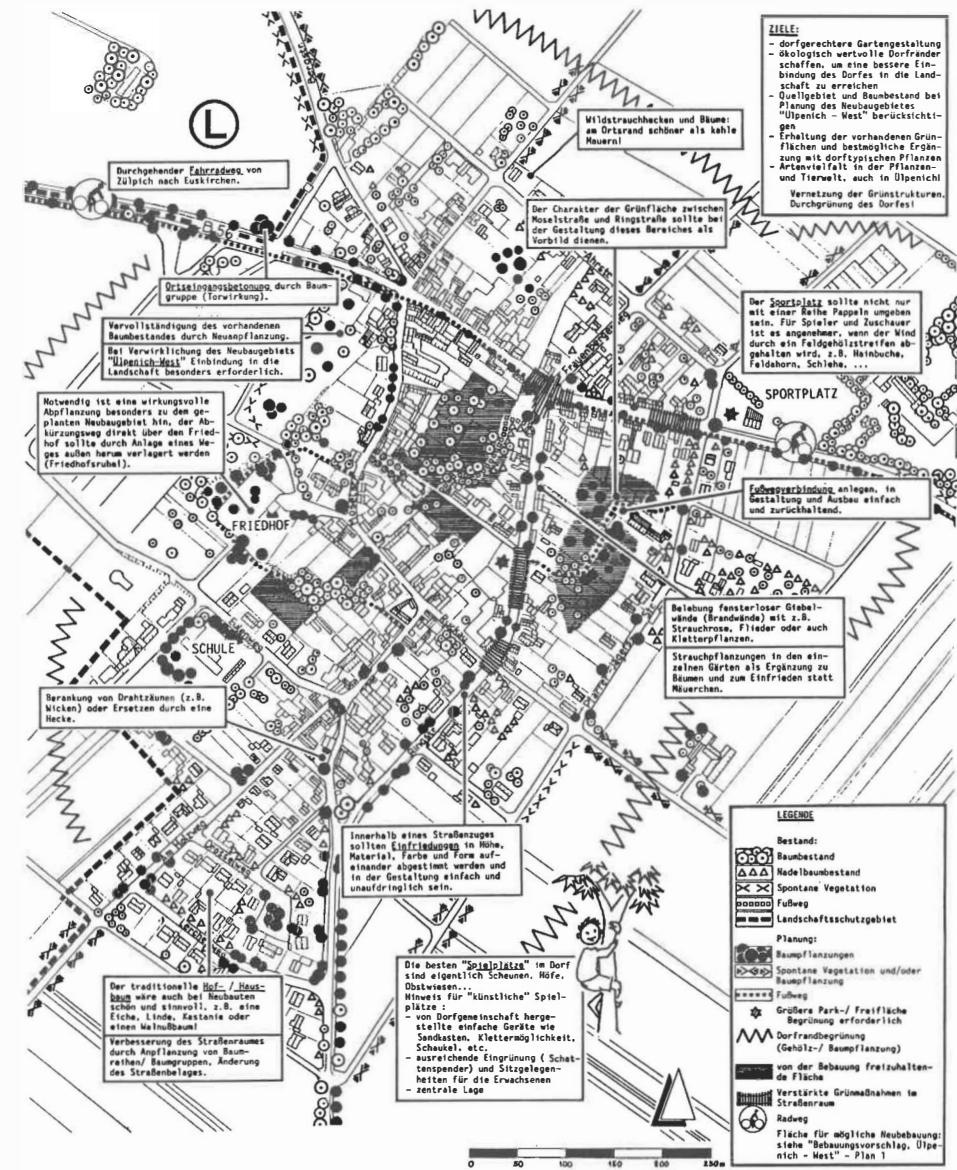


Abb. 6.1 Grün- und Freiflächenkonzept Ülpnich

unerlässlich. In Aachen konnten wir auf den Lehrstuhl für Landschaftsökologie und Landschaftsgestaltung an der Architektur fakultät zurückgreifen, mit dessen fachlicher Unterstützung z. B. durch »Übungsbegehungen« und methodischen Hilfestellungen das Thema »Dorfökologie« aufgearbeitet werden konnte. Wichtig erscheint es uns, praktikable Methoden und Herangehensweisen zu entwickeln und in eine verständliche Darstellungsform umzusetzen.

Untersuchungspunkte Themenbereich »Dorfökologie«:

- Naturräumliche Bestandsaufnahme / Wechselwirkung zwischen der bebauten Fläche und der Landschaft
- Wesensmerkmale des Landschaftsbildes, z. B. Topographie (Tallage, Berg rücken etc.), gliedernde Elemente (Alleen, Waldrand, Gewässer etc.),
- Kultureinflüsse und landschaftliche Eigenart
- Ortsrandgestaltung (intakte, verbesserungsbedürftige, gestörte Ortsrandbereiche sowie Verbund »Dorf – umgebende Landschaft«)
- Darstellung des Grün- und Freiflächensystems mit Aufzeigen von Konflikten und Gefährdungen und Darstellung ökologisch wertvoller bis ärmerer Bereiche
- Kartierung und Bewertung der Freiflächennutzung (Nutzgärten, Ziergärten, Hofflächen, Flächenversiegelung, Ruderalgrün etc.) (Abb. 6.2).
- Biotope

- Klima- und Wetterschutz
 - standortgerechte oder -untypische Bepflanzung
 - Wasser- und Abwassersituation
- Im Rahmen der Bürgerbeteiligung wurde auf bestehende Förderprogramme des Umweltschutzes hingewiesen, z. B. die Bezuschussung (bis zu 40% der Kosten) von Neuanlage und Wiederherstellung von Obstwiesen oder das Landesprogramm zum Schutz der Feuchtwiesen und das Schutzprogramm für Ackerwildkräuter (beide mit finanziellem Ausgleich der Bewirtschaftungseinbußen).

Elemente der Dorfökologie

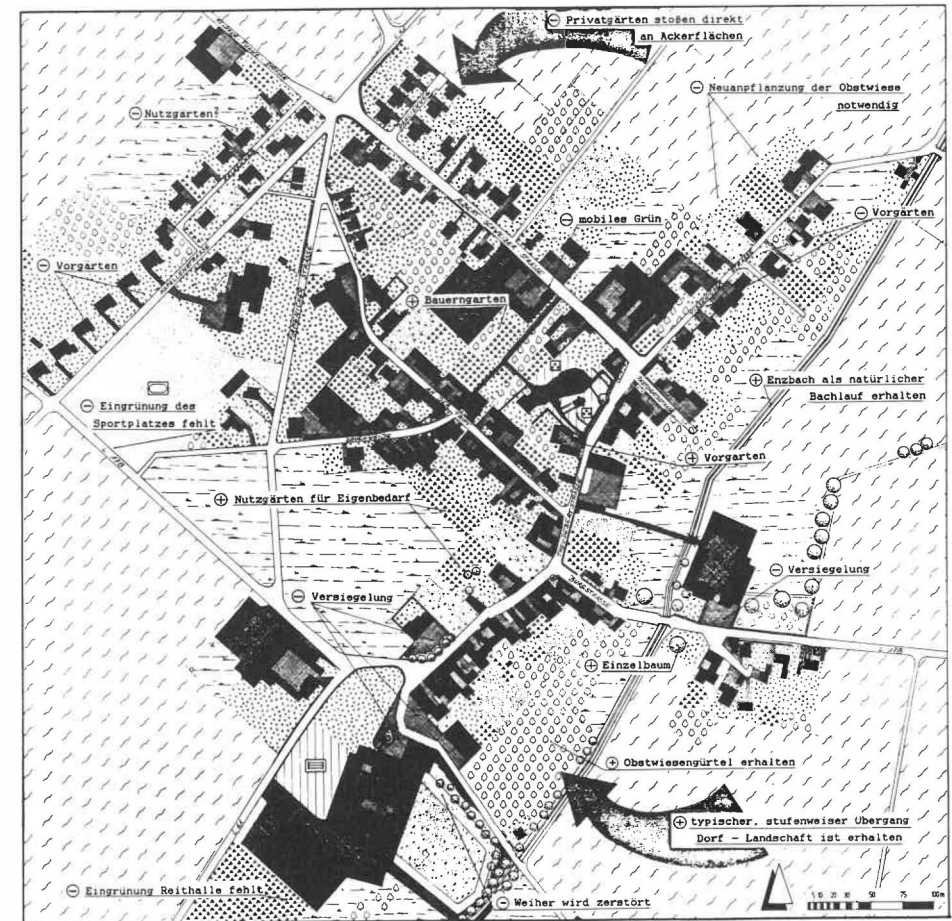
Bei der Darstellung ihrer dorfökologischen Konzepte und Maßnahmen wurden von den Studenten weitreichende Aussagen zu der Bedeutung der einzelnen »Elemente«, ihrem Schutz oder ihrer Weiterentwicklung gemacht. Informations- und Aufklärungsarbeit standen im Vordergrund der Abbildungen vom Trockenmauerwerk über Bauerngärten bis zur Versiegelung von Flächen.

Beispiel: Auszüge aus den Themenkarten »Dorfökologie« der Gruppen Enzen, Ülpenich, Bürvenich

Ülpenich

(Text bearbeitet von Hildegard Schwab, Stephanie Hüvelmeier)

Die großen ehemaligen Waldbestände in der Zülpicher Börde wurden schon im Mittelalter für die landwirtschaftliche



LEGENDE

Acker	Einzelbaum	Ziergarten
Weide	Hecke	Brachfläche
Obstgarten	Mauer	versiegelte Verkehrsfläche
Nutzgarten	Wiese	wassergebundene Verkehrsfläche

Abb. 6.2 Freiflächenanalyse Enzen

Nutzung gerodet. Die Bördelandschaft wirkt heute kahl und ausgeräumt.

Zusammenhängende ökologisch wirksame Grünflächen findet man, wenn

überhaupt, in den einzelnen Dörfern oder an ihren Ortsrändern.

In Ülpenich sind leider kaum noch prägende Grünbereiche vorhanden. Ein

Rückgang der Artenvielfalt in Pflanzen- und Tierwelt ist die Folge. Eine bessere Durchführung verbessert nicht nur Flora und Fauna, sondern trägt zu einem schöneren Ortsbild bei und erhöht zudem die Wohnqualität.

1. Bauerngärten

Der Bauerngarten hat eine wichtige Funktion für die Ökologie des Dorfes. Er war stets selbstverständlicher Teil des Bauernhofes, ermöglichte eine weitgehende Selbstversorgung mit Gemüse, Obst, Blumen etc. und trägt stark zum Erscheinungsbild des Dorfes bei (Abb. 6.3).

In den letzten Jahrzehnten nahm die Anzahl der Bauernhöfe um ungefähr die Hälfte ab, somit auch die Anzahl der Bauerngärten. Durch Verbreiterung der Dorfstraßen mußten oft Vor- und Wirtschaftsgärten dem Straßenbau weichen. In den Neubaugebieten entstanden hingegen »immergrüne« Gärten mit Koniferen und Zierrasen.

Wie man sieht hat sich dieser Trend in Ülpnich leider durchgesetzt. Die heuti-



Abb. 6.3 Bauerngarten

gen Gärten bestehen oft nur noch aus pflegeleichten Zierpflanzen, deren einziger Zweck das »Abstand-Halten zum Nachbarn« ist (Abb. 6.4).

Der Hausgarten kann und sollte wieder die Funktionsbereiche des typischen Bauerngartens enthalten.

Einteilung und Merkmale des bäuerlichen Gartens:

- a) Vor-/Ziergarten mit Zierstauden, Weinspalieren, einfachem Lattenzaun...
- b) Zierpflanzen auf dem Fensterbrett (innen und außen), Kübelpflanzen (mobiles Grün), ...
- c) Nutzgarten mit Gemüse, Kräutern, Schnittblumen, ...
- d) Feldgarten mit Grobgemüse (z. B. Kartoffel), meist am Rand des Ackers gelegen
- e) Obstwiesen: als wichtiger Bestandteil des Bauerngartens bilden sie hinter den Gehöften eine grüne Umkränzung des Dorfes (→ Ortsrand) und sind meist von Hecken umgeben.

Funktionen/Pflege der Obstwiesen:



Abb. 6.4 Standortuntypische Bepflanzung im Neubaugebiet

- nicht nur wirtschaftlich von Bedeutung
- prägen das Landschaftsbild des Dorfes
- bilden Ortsrand
- bilden interessante Biotope aus Kulturpflanzen, Wildpflanzen, umgebenden Hecken sowie einer eigenen Tierwelt
- dienen zur Grünfuttermittelgewinnung
- Beweidung, Hühnerauslauf, Wäschtrockenplatz
- pflegeleicht

Das Anlegen und Bewirtschaften eines Bauerngartens ist nicht von heute auf morgen erlernbar. Deshalb wäre eine bessere Hilfestellung (Literatur etc.) und Beratung wünschenswert.

2. Freilebende Tierwelt im Dorf:

Von den massiven Umwälzungen in der Natur ist nicht nur die Pflanzenwelt, sondern auch sehr stark die Tierwelt betroffen.

Die Artenvielfalt der Tierwelt ist durch folgende Faktoren gefährdet:

- a) Flächenverlust durch Besiedelung → Zerstörung naturnaher Biotope (Hecken, Streuobstwiesen, Heide, Feuchtwiesen...) hauptsächlich durch Überbauung mit Gebäuden und versiegelten Höfen / Wege
- b) Veränderte Bauweise der Gebäude:
 - Fledermaus- und Vogelarten verlieren durch neue Bauweise bzw. renovierte Gebäude ihre Unterschlupfmöglichkeiten
 - Flachdächer: bieten keine Nistplätze

- Stützmauern: sind nicht mehr aus locker aufeinandergesetzten Natursteinen sondern aus fugenlosen Beton.

c) Verlust an Grünstrukturen:

Die Artenvielfalt der Tierwelt ist abhängig von der Vielfalt der Grünstrukturen

- alte Bäume: wichtiger Brut- und Nahrungsbereich für viele Vogelarten, die aus dem Wald in die Dörfer eingewandert sind (Meise, Specht, Rotkehlchen, ...)
- zusammenhängende Grünstrukturen, die eine durchgehende Verbindung zwischen Dorfinnerem und Dorfumland schaffen (Wanderungsmöglichkeit der Tiere)
- Bauerngärten und Brachflächen: bedeutsam für die Gruppe der Insekten, Reptilien und Kleinsäuger.

d) Verlust an Kleingewässern/Feuchtbiotopen:

- Dorfweiher nicht mehr vorhanden
- Begradigung / Kanalisierung des Dorfbaches

All diesen aufgelisteten Faktoren, die sich negativ auf die Artenvielfalt der Tierwelt auswirken (siehe auch Rote Liste), muß entgegengewirkt werden. Erhaltung und Schaffung geeigneter Lebensräume für die »dörfliche Tierwelt« sollte als wichtiger Aspekt in der Dorferneuerungsplanung mit enthalten sein.

Bäume

Bäume können unterschiedliche Wirkungen erzielen:

- Einzelbaum: kann einen besonderen Ort markieren;

- Hofbaum: gehört traditionell in dieser Region zu jedem Bauernhof;
 - Baumreihe/Allee: können Kulissen bilden, geben der Wegführung die dritte Dimension;
 - Baumgruppe: wirkt stark plastisch;
 - Wald: in der Ebene tritt der Waldrand deutlich spürbar hervor, in der hügeligen Landschaft ist der Wald als flächendeckendes Polster wirksam.
- Bäume binden die Siedlung in die Landschaft ein, gliedern sie und bilden erlebbare Räume.

Wenn man durch Ülpenich hindurchfährt, fallen dem Betrachter nur die beiden kronenbildenden Eichen an der Straßengabelung Moselstraße/Ringstraße ins Auge.



Abb. 6.5 Raumbildend: der Einzelbaum

Ansonsten verfügt Ülpenich über sehr wenig ortsbildprägendes Grün. Das Vorhandene, eher niedrige Grün bildet nur kleine Teilräume. Erst eine Vernetzung dieser Bereiche schafft eine biologisch-ökologisch wirksame Durchgrünung des Dorfes.

Früher war es zum Beispiel üblich bei besonderen Anlässen (Hochzeit, Kindtaufe, etc.) einen Baum zu pflanzen. Es wäre schön, wenn diese alte Tradition wiederaufleben würde. Mit Hilfe eines jeden einzelnen Bürgers könnte die Grünstruktur Ülpenichs entscheidend verbessert werden (Abb. 6.5).

Bürvenich

(Text bearbeitet von Christoph Lesch, Erik Fiss, Irene Hack)

Die Trockenmauer

Neben dem ökologischen Aspekt ist die Trockenmauer im oberen Teil des Stephanusstraße in Hinsicht auf die Raumbildung von großer Bedeutung.

Die Trockenmauer besteht aus locker geschichteten Steinen ohne Mörtelfugen. Somit ist diese Mauer ein vom Menschen geschaffenes Felsbiotop. Sie stellt Gesamt- oder Teillebensstätten für zahlreiche Tierarten, z. B. Niststätten für wärmeliebende Insektenarten wie Wildbienen, Ameisen, Grab- und Töpferwespen in den bodengefüllten Mauerspalten in sonnenexponierter Lage dar. Außerdem haben sich zahlreiche Wildpflanzen hier angesiedelt.

Die Pflege dieser Mauer ist nicht sehr arbeitsintensiv. Zweimaliges Abmähen

im Jahr ist völlig ausreichend. Der Einsatz von Herbiziden ist zu unterlassen, da die Mauervegetation und der Samenvorrat völlig vernichtet würden.

Eine Vermörtelung der Fugen darf nicht geschehen, da sonst die Nistbedingungen erheblich beeinträchtigt werden. Die Befürchtung, daß Gehölze die Mauer sprengen, ist meist übertrieben. Sollte es dennoch geschehen, ist die Reparatur nicht allzu aufwendig.

Mauervegetation

Die Mauervegetation wird durch eine Vielzahl verschiedener wildlebender Pflanzen gebildet. Dazu gehört u. A. die Schwarznessel mit lila/rosafarbenen Blüten. Sie stellt eine typische Bauernpflanze dar und ihr Standort ist häufig in Mauerfugen zu finden.

Auch die Ackerwinde, die durch ihr üppiges Wachstum auffällt, wächst auf der Trockenmauer. Die Wildrose trägt mit ihren Wurzeln zur Stabilisierung des Untergrundes bei.

Als weitere Pflanzen sind noch der Rainfarn (ein Asterngewächs), der Pyrenäenstorchnabel (ein Geraniengewächs), die Brennessel, die nickende Distel, die eigentlich selten im Dorf zu finden ist, sowie der Holunder zu nennen. Dieser bietet für viele Vogelarten Nahrung und wie die Heckenrose Nistplätze. Er sollte alle 5–10 Jahre zurückgeschnitten werden. Es muß also kein großer Pflegeaufwand betrieben werden.

Auch die ca. 2,40 m hohe Bruchsteinmauer, die zum Haus Piedmont gehört, bietet in ihren Mauerfugen Platz für

Spontanvegetation. Hier findet man u. a. Weidenröschen, Nelkenwurz, falschen Jasmin, Flieder und Efeu.

Enzen

(Text bearbeitet von Barbara Thiel, Marie-Theres Kruse)

Fußwege, Einfahrten und Innenhöfe sind die Lebensräume der typischen Dorf flora.

Gerade bei Hofflächen landwirtschaftlicher Gehöfte werden ästhetische und ökologische Nachteile häufig in Kauf genommen mit dem Argument, eine Hoffläche müsse funktionsgerecht und zweckmäßig gebaut sein. In »vortechnischer« Zeit waren diese Flächen meist unbefestigt und wurden bei Schlechtwetterperioden zu einem unangenehmen Morast.

Heute ist eine Befestigung selbstverständlich und unerlässlich, aber trotzdem kann auf eine Versiegelung verzich-

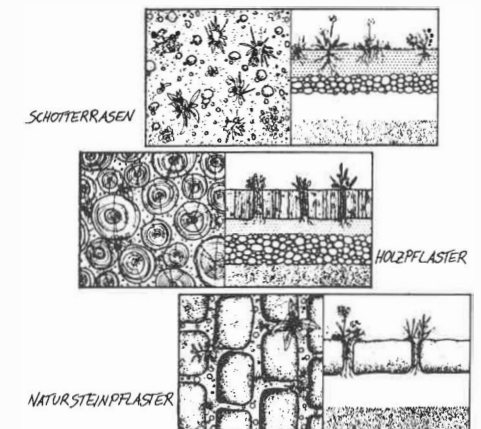


Abb. 6.6 Alternative Befestigungsarten



Abb. 6.7 Noch die Regel: hoher Versiegelungsgrad

tet werden zugunsten einer wassergebundenen Decke aus verdichtetem Splitt oder großlagig gesetztem Pflaster. An den Rändern und den Fugen können sich so typische Pflanzen spontan ansiedeln, und das Regenwasser kann anstelle

in die Kanalisation abgeführt zu werden ins Grundwasser absickern.

Die gleichen Alternativen gelten auch für Fußwege, Vorplätze und Garagenzufahrten (Abb. 6.6).

Bei jeder Hoffläche sind Funktion und gestalterische Gesichtspunkte miteinander vereinbar. Es ist möglich, die Fläche in stark beanspruchte, mäßig beanspruchte oder kaum beanspruchte Flächen zu unterteilen und dadurch eine Gestaltungsvielfalt zu erreichen: Während die Fahrflächen z. B. mit einem tragfähigen Pflaster befestigt werden reicht für die weniger belasteten Flächen ein großfugig verlegter Belag. Die übrigen Bereiche können als Grünfläche dienen (Abb. 6.7).

7. Dorfhistorische Untersuchungen

Über die Rekonstruktion der Dorfgeschichte und speziell der Siedlungsgeschichte zu einem frühen Zeitpunkt in der Projektbearbeitung erhalten die Studenten einen direkten Zugang zum Dorf. Die festgestellten Brüche oder Kontinuitäten in der Siedlungsstruktur lassen sich erklären; besondere kulturhistorische Werte von Bau- und Naturdenkmälern oder bedeutenden »sozialen Orten« werden deutlich. Die dorfhistorischen Untersuchungen helfen mit, Erklärungs- und Verständnismuster für heutige Phänomene wie die Herausbildung der baulich-räumlichen Strukturen, Parzellierungs- und Eigentumsformen, Bewirtschaftungsformen, sozial-kulturellen Besonderheiten oder regionalen Arbeits- und Lebensformen zu finden.

Durch die Aufarbeitung von Fragen der Dorfgeschichte wird auch der Kontakt zu den Bewohnern hergestellt. Gerade im Dorf ist die Geschichte des Ortes auch immer bewußt erlebter Teil der eigenen Geschichte, der Familiengeschichte oder der Geschichte der Hofanlagen. Bereits in den ersten Gesprächen mit den Schlüsselpersonen zeigt die Frage nach der Dorfgeschichte das Interesse des Außenstehenden, das Dorf kennenzulernen. Das Zuhören bei den Dorfgeschichten verlangt Zeit, schafft aber

auch großes Vertrauen und dem »Planer von außen« einen Einstieg.

Bei den ersten Bürgerversammlungen begannen die Studentengruppen mit einem Vortrag zur Dorfgeschichte. Es wurden »Dorfchroniken« zusammengetragen, Karten über die verschiedenen Phasen der Siedlungsentwicklung vorgestellt sowie Denkmäler, historische Gebäudeformen oder erhaltenswerte Ortsstrukturen herausgearbeitet. Diese mühevollen Arbeit wurde von den Dorfbewohnern besonders anerkannt.

Hat die Aufarbeitung der Geschichte auch den schönen Nebeneffekt einer »Vertrauensbildung«, so hat doch in erster Linie die spätere Konzeption von diesen Vorarbeiten profitiert und einen Handlungsrahmen für die Ortsbild- und -strukturplanung aufgezeigt:

Kann die Stellung der Gebäude im älteren Ortskern zu günstigen Wetter- und Klimatalagen und die Ausnutzung altbewährter Lagevorteile als Beispiel für die Ausrichtung in den neu zu erstellenden Bebauungsplänen dienen?

Müssen aus klimatischen Gründen bestimmte Muldenlagen freigehalten werden?

Liefert die Grundform des Dorfes und deren Wachstumsstufen (Straßendorf; Haufendorf; von einem Kern ausgehen-

des Wachstum etc.) Anhaltspunkte für bestimmte Raumbildungen oder Kriterien für eine Dorferweiterung?

Welche Grundzüge des Wege- und Straßennetzes haben sich in der Vergangenheit herausgebildet? Gibt es historisch bedeutsame, erhaltenswerte Grundrißformen?

Welche Phasen der Bauentwicklung prägen das Dorf? Nahm die Neubautwicklung die Grundrißform des Dorfes aus und entwickelte diese weiter bzw. zu welchen Brüchen kam es?

Wie sah der Dorfplatz z. B. vor dem Ausbau der Bundesstraße aus und lassen sich Ansätze für eine Umgestaltung in der früheren Benutzbarkeit, Gestaltung und Bepflanzung finden? usw.

Als Quellen für die umfangreichen Recherchen dienten ortsbezogene oder regionale Literatur und Chroniken, Materialien der Stadtarchive, altes Fotomaterial aus städtischen, kirchlichen oder privaten Beständen sowie die Sammlung historischer Flur- und Katasterkarten.

Die nachfolgenden Beispiele sind jeweils Auszüge aus den Themenkarten zur »Dorfgeschichte«.

Darstellung der historischen Siedlungsentwicklung
Beispiel: Niederelvenich (vgl. Abb. 7.1)

(Text bearbeitet von Christiane Comrady, Afra Creutz, Reiner Quabeck)

Die Ortsanlage Niederelvenich entwickelte sich wahrscheinlich im Hochmittelalter in der Nähe einiger größerer Lehenshöfe. Diese Höfe waren Lehensträger der Abtei Prüm. In Niederelvenich lagen 4 von insgesamt 14 Prümer Lehenshöfen um Wichterich: Haus Busch, der Talhof, der Probsthof und der Weidendorfhof. Niederelvenich entwickelte sich aus unregelmäßig angeordneten Fachwerkhöfen des 17. Jh., giebelständigen Fachwerkwinkelhöfen des 18. und 19. Jh. (z. B. Wichtericherstraße 1), sowie einigen Backsteinöfen des 19. Jh. im Ortskern zur heutigen, recht dichten Bebauung im alten Ortsteil. Ältere Bausubstanz ist wegen der Zerstörungen des Dreißigjährigen Krieges nicht erhalten.

Die ältesten erhaltenen Zeugnisse gewerblicher Tätigkeit auf Zülpicher Gebiet sind die mittelalterlichen Mühlengräben, die vom natürlichen Bachlauf abgezweigt wurden, um bei gleichmäßigerem Verlauf und Gefälle die Wasserversorgung konstant zu halten und den Wasserdruck regulieren zu können. Solche Gräben existieren auch bei Niederelvenich.

1808

Der alte Ortsteil, bestehend aus Wichtericher-, Kessel-, Tal- und Pützstraße, ist in seiner bis heute erhaltenen Struktur schon vorhanden. Die Bebauung war jedoch recht locker und für damalige Verhältnisse sehr kleinteilig.

Der Probsthof und Weidenhof, zwei der Lehenshöfe um die sich Niederelvenich entwickelt hat, lagen im heutigen Orts-

kern. Ihre exakte Lage ist jedoch in der Karte von 1808 nicht mehr zu erkennen. Als ehemals geistlicher Besitz wurden sie während der französischen Besatzung säkularisiert, im 19. Jh. parzelliert und danach abgebrochen.

Auch Haus Busch und die Buscher Mühle existierten bereits, doch gab es damals keine direkte Verbindung zwischen dem Dorf und Haus Busch.

1893

Die Bebauung an der Wichtericher Straße hat sich in Richtung Oberelvenich ausgedehnt. Überhaupt ist eine starke Verdichtung der Bebauung im gesamten Dorfbereich zu verzeichnen. Wahrscheinlich hat die inzwischen angelegte Eisenbahntrasse eine Ausdehnung des Dorfes in Richtung Norden verhindert.

1938

Die im spitzen Winkel Richtung Westen führende Ausfallstraße zwischen der heutigen Marienstraße und der Wichtericher Straße ist verschwunden. Die Ausfallstraßen Richtung Norden über die Eisenbahntrasse verlieren an Bedeutung.

Eine Brücke über den Rotbach verbindet nun Haus Busch mit dem Dorf. Die Bebauung ist im wesentlichen unverändert, sie erscheint lediglich etwas gelichtet.

1961

Der alte Ortskern hat seine Struktur erreicht, wie er auch heute noch im großen und ganzen besteht. Seit 1938 sind keine tiefgreifenden Veränderungen eingetreten. Nur der Bereich Buscher Mühle hat sich vergrößert und orientiert sich nun stärker zum Dorf.

Der Sportplatz auf der anderen Seite des Rotbachs in der Nähe des Haus Buschs ist bereits entstanden.

1968

Auf Teilen der ehemaligen Eisenbahntrasse entsteht die heutige Wilhelm-Falckenberg-Straße. Sie verläuft ungefähr parallel zur Wichtericher Straße. Damit ist die Abgrenzung im Norden aufgehoben und der Ort beginnt, sich zu vergrößern. Merkwürdigerweise wird die Neubebauung jedoch nicht an den bestehenden Ausfallstraßen, d. h. der Verlängerung der Talstraße und der Marienstraße, entlang geführt. Die Erweiterung beginnt vielmehr recht zusammenhanglos zum alten Ortskern im nordöstlichsten »Zipfel« des Siedlungsgebietes.

Im Nordwesten beginnt eine zweite Erweiterung zunächst mit öffentlichen Gebäuden. Hier entsteht 1966 eine neue Schule (heute Kindergarten) und die erste eigene Kirche Niederelvenichs.

1986

Die Anfang der 60er Jahre begonnenen Erweiterungsgebiete sind nun zum größten Teil aufgefüllt. Dabei sind die einzelnen Gebiete zwar ans Dorf herangewachsen, doch bilden sie insgesamt kein zusammenhängendes Siedlungsgefüge.

Leider wurde es versäumt, die Südstraße bis in den Ortskern hineinzuführen. Nachträglich ist diese Sackgassensituation schwer rückgängig zu machen.

Von Wichterich kommend hat das Dorf durch das ausladende Neubaugebiet keinen rechten Anfang mehr.

Die Neubauten in den Erweiterungsgebieten wurden bisher als freistehende, zurückliegende Einzelhäuser errichtet. Hierdurch weisen die »Neubaugebiete« ein vom alten Dorfkern stark abweichendes Straßenbild auf. Es ist überwiegend von Vorgärten mit standortuntypischen Gehölzen geprägt.

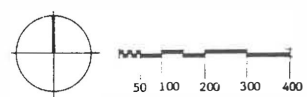
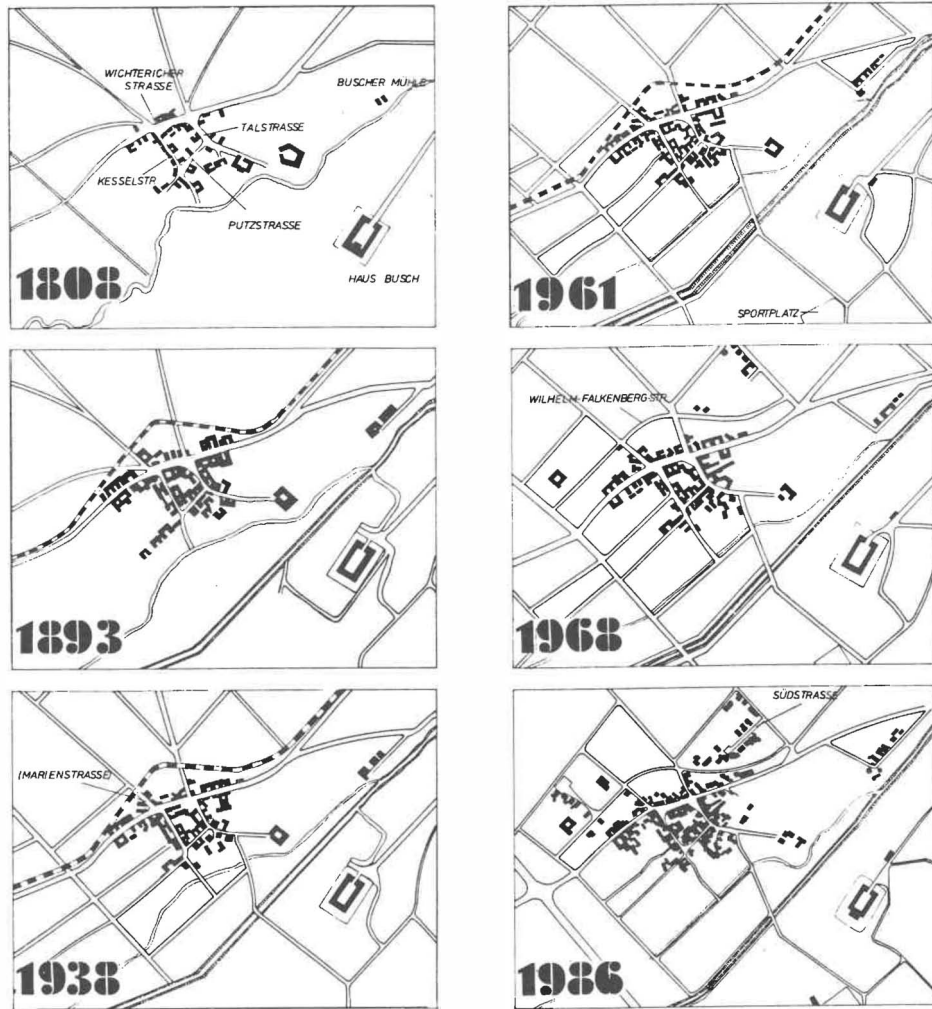


Abb. 7.1 Siedlungsentwicklung Niederelvenich

Darstellung historischer Gebäude- und Haustypen

Beispiel: Auszug Sinzenich

(Text bearbeitet von Holger Müller, Brigitte Lammertz)

Bei den in Sinzenich aus dem 17. und 18. Jahrhundert erhaltenen Häusern handelt es sich bis auf den Klosterneubau (Bruchsteinbau) um Fachwerkhäuser. Die giebelständigen Fachwerkhäuser bestehen aus 2 bis 3 Räumen: Stube und Herdraum bzw. Stube, Herdraum und Kammer. Die Häuser sind seitlich erschlossen. Das Obergeschoß war entsprechend dem Erdgeschoß in 2 oder 3 Räume aufgeteilt, die als Schlafraum oder Vorratsspeicher benutzt wurden (daher: Wohnspeicherhaus) (Abb. 7.2).

Beim Wohnstallhaus wurde an Herdraum oder Kammer in Firstrichtung ein Stall angebaut. Wohnhaus und Stall waren jedoch nie (anders als z. B. beim niederdeutschen Hallenhaus) durch eine Tür verbunden.

In Folge der Siedlungsverdichtung entstand seit dem 17. Jh. die Tendenz, ein-

zelne Gebäude zu Hofanlagen zusammenzuschließen. Als einfachste Form entwickelte sich die Winkelhofanlage: an ein giebelständiges Wohnstallhaus schloß an der Hofrückseite im rechten Winkel eine Scheune an (Abb. 7.3).

Bei Bedarf entstanden aufwendigere Hofanlagen: Drei- bzw. Vierseitenhöfe. An der 3. Hofseite wurde parallel zum Wohnstallhaus ein weiteres Wirtschaftsgebäude errichtet. Und/oder es wurde straßenseitig an das Wohnhaus ein Querflügel mit Zufahrt angebaut.

Während vor 1620 vorwiegend giebelständige Häuser entstanden, ging man von der Mitte des 17. Jh. an mehr zu der traufständigen Anordnung über. Damit wurden räumliche Veränderungen innerhalb des Hauses eingeleitet. Da das traufständige Haus den Hofraum zur Straße hin abschloß, entstanden nun überbaute Tordurchfahrten. Die Wohnhäuser wurden nicht mehr vom Hof, sondern von der Straße aus erschlossen. Vom Herdraum wurde ein Flur abgetrennt, der Herdraum wurde zur Küche (Abb. 7.4–7.5).

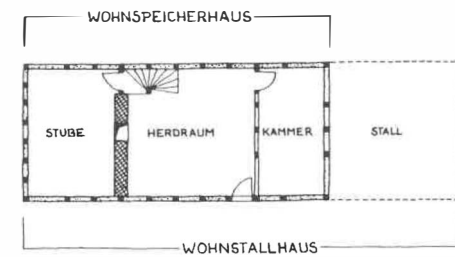


Abb. 7.2

EHEMALIGES WOHNSTALLHAUS 17. JH. KOMMERNER STR 3



Abb. 7.3



WINKELHOFANLAGE

WOHNHAUS 17. JH.
KOMMERNER STR. 74

Abb. 7.4

TRAUFSTÄNDIGES FACHWERKHAUS 18. JH.
ÜBERBAUTE TOR DURCHFART UM 1900, KIRCHSTR. 4

Abb. 7.5

Still ruht die Stadt.
Es wogt die Flur.
Die Menschheit geht
auf Reisen oder wandert
oder wandelt nur.
Und die Bauern vermieten
die Natur zu
sehenswerten Preisen.
Sie vermieten
den Himmel, den
Sand am Meer,
die Platzmusik der
Ortsfeuerwehr und
den Blick auf die Kuh
auf der Wiese.
Limousinen rasen hin
und her und
finden den Weg nicht
mehr zum verlorenen
Paradiese.

Erich Kästner:
Der Juli (1955)

8. Dorfgestaltung: weniger ist mehr

Die uneingeschränkte Übertragung städtischer Gestaltungsmaßnahmen und ästhetischer Leitbilder auf das Dorf wird derzeit mehr und mehr kritisiert. Nach der jahrzehntelangen Anpassung des Dorfes an städtische »moderne« Maßstäbe und der Zerstörung bestehender Strukturen, geht man nunmehr in Richtung einer erhaltenden Bewahrung des Dorfes. »Dorf soll Dorf bleiben« heißt es und gemeint ist eine Restauration des äußerlichen Bildes.

Einpassung der Baumaßnahmen in das Ortsbild, Zurückweisen von ortsuntypischen Materialien, breittufige Pflasterung des Dorfplatzes und Requisiten der Vergangenheit von der Handpumpe bis zum Wagenrad werden gefordert. Wieder will man von außen dem Dorf »etwas Gutes tun« und ist überrascht, wenn die in der Bestandsaufnahme entdeckten und überzeugt vorgetragenen »Werte« des Dorfes von den Dorfbewohnern selbst nicht gesehen werden. Zulang hat man sich bei der Modernisierung des Dorfes vom Vorteil städtischer Werte, vom Vorgarten bis zur Verwendung pflegeleichter Materialien, überzeugen lassen. Die »Verstädterung des Geschmacks« soll nun durch Bewußtseins- und Aufklärungsarbeit wieder »verländlicht« werden.

Für die Studenten stellte es eine schwierige Aufgabe dar, Gestaltungskriterien zu finden, die nicht nostalgisch verklärt eine neue »Inszenierung des Ländlichen« (Manfred Kühn, in: Kommune 11/1988) hervorbringen. Welche neuen (alten) »dörflich-ländliche« Leitbilder können der Planung zugrunde gelegt werden?

Gebrauchsqualität vor Gestaltqualität

Weder planerische Ordnungsvorstellungen noch bewußter Gestaltungswille haben die Siedlungsstruktur der Dörfer entscheidend geprägt. So treten auch bei heutiger Betrachtung von außen die ästhetisch-gestalterischen Qualitäten hinter den Gebrauchswerten und Aufenthaltsqualitäten der öffentlichen und privaten »Freiräume« zurück. Charakteristisch für die Dörfer sind die zahlreichen unverplanten »Ecken und Räume«, die jederzeit eine Aneignung durch die Bewohner zulassen (z. B. Pacht). Die vielfältige Nutzung und die hieraus abgeleitete »Gestaltung« der Freiräume durch die Dorfbewohner macht den »Reiz« der dörflichen Struktur aus und läßt sich schwer in planerische Kategorien fassen. Gute Beispiele für ihre Umsetzung in Be-

bauungsplanungen sind entsprechend selten.

Die architektonischen »Werte« in der Region treten vor den Qualitäten in der Nutzung und Benutzbarkeit der privaten und öffentlichen Räume zurück. Lediglich Einzelgebäude und Details haben »Denkmalwert« (Abb. 8.1).

Die individuellen Bauformen und Gebäudegestaltungen – vor allem im Ortskern – zeigen als verbindendes Merkmal eine Unterordnung und Einbindung in das Gesamtgefüge. Im Gegensatz zu den Neubaugebieten an den Dorfrändern zeigt sich Individualität hier nicht in auffälliger Hervorhebung, sondern eher durch kleine Gesten wie handwerkliche Schnitzereien, Pilasterverzierungen beim Ziegelmauerwerk u. ä. oder durch ablesbare »Geschichten« (wie die krumme Hauswand, die aus Freude über die Nachkommenschaft unter Alkoholeinfluß aus der Flucht geriet). Die unterschiedlichen Größen der Anwesen wurden nicht durch Wohnflächenanteile bestimmt, sondern durch landwirtschaftliche oder gewerbliche Betriebsgrößen. Große Gebäude als Ausdruck von Reichtum waren so immer eng mit dem Arbei-



Abb. 8.1 Bauernhaus 17. Jh., Bürvenich

ten und Wirtschaften und nicht mit dem Wohnen verknüpft (Abb. 8.2).

Historischer Entstehungskontext und naturräumliche Bedingungen

Die jeweiligen Lebens- und Wirtschaftsweisen, die Verarbeitungstraditionen von Baustoffen und deren Verfügbarkeit und – als tiefer Einschnitt – die Industrialisierung der Baustoffproduktionen und Verarbeitungstechniken sowie deren Verbreitung über die neuen Transportmittel sind nur einige Grundvoraussetzungen für die Prägung zeittypischer, in der Region vorfindbarer baulicher Ausdrucksformen.

Neben den zeittypischen Erscheinungen von Bauprodukten und Baugestaltung (wie selbst der Einzug gründerzeitlicher Stuckverzierungen ins Dorf) haben naturräumliche Bedingungen und Besitzverhältnisse die Bauformen gerade im Dorf nachhaltig beeinflusst:

- Topografie und Klima: Bauen orientierte sich an Wasserläufen, Besonnungsverhältnissen, Wind- und Weterschutz;
- Bodenbeschaffenheit: die hochwertigen Ackerböden wurden aus der Bebauung ausgeklammert;
- Besitzverhältnisse: Realteilungsverfahren führten zur kleinteiligen, engen Dorfstruktur u. ä.

Führten diese Bedingungen zum individuellen und unverwechselbaren Erscheinungsbild der Dörfer, so lassen sich auch verbindende gestalterische Elemente feststellen: die allgemeine Wahrung von Maßstab und Proportion, eine erkenn-

bare Ablesbarkeit der Nutzungen am Gebäudemaßstab und einheitliche Dachformen und Konstruktionen.

Einfache Bautypen

Die meisten Dörfer der Region entstanden als Straßendörfer; entlang einer Straße reihten sich die geschlossenen Hofanlagen aneinander. Mit wachsender Bevölkerung und im Zuge der Realteilung wurden zwischen den Gehöften und zum Ortsrand hin weitere Gebäude errichtet, zum Wohnen aber auch mit neuer handwerklicher oder gewerblicher Nutzung. So entstanden in den Ortskernen die geschlossen wirkenden Straßenzüge, die auch heute noch das Ortsbild prägen. Aufgelockert wird die geschlossene Straßenfront durch bis zur Straße vordringende Obstwiesen, Weiden und Gärten, die zumeist durch Hecken und Mauern, seltener durch Zäune zur Straße hin begrenzt werden. Die allseitig umschlossenen Höfe liegen mit dem Wohngebäude und den typischen Toreinfahrten zur Straße hin. Oft grenzen noch zusätzlich die fast geschlossenen Mauern der Wirtschaftsgebäude an das Wohnhaus an.

Die Bebauung ist in der Regel ein- bis zweigeschossig und steht traufständig mit Satteldächern (35–40 Grad) zur Straße hin. Prägend für das dörfliche Ortsbild sind die zahlreichen Nebengebäude sowie die Spuren von Um-, An- und Ausbauten an fast allen Häusern. Die ursprünglichen Materialien der Ziegel- und Putzbauten werden daher oftmals durch moderne Materialien aus

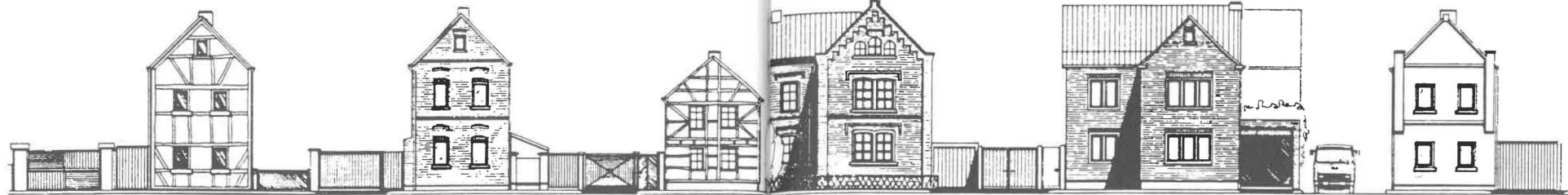
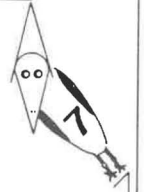
dem Baumarkt verkleidet. Insgesamt wirken sowohl die Dächer als auch die Fassaden recht glatt und geschlossen. Vorsprünge und Einschnitte stellen die Ausnahme dar. Die Bebauung im »Ortskern« erzeugt insgesamt ein Bild der Maßstäblichkeit und Einheitlichkeit trotz der »Stilbrüche« und Beliebigkeit in der Materialwahl und Detailgestaltung.

Dieses geschlossene Bild verliert sich zum Ortsrand hin: Die Neubaugebiete mit der vorherrschend offenen Bauweise stehen zumeist ohne gestalterische Bezüge zum Ortskern. Die ein- oder zweigeschossigen Einfamilienhaustypen sind oft Ausdruck der individuellen Vorstellung vom modernen Bauen und Wohnen. Gemeinsam ist ihnen mit den Gebäuden im Ortskern eine gewisse Maßstäblichkeit aufgrund der Gebäudehöhe sowie eine überwiegend einfache Konstruktions-/Bauweise. Diese konventionelle Bauweise erleichtert in besonderer Weise die Selbst- und Nachbarschaftshilfe beim Häuserbau (Abb. 8.3).

Vielfältige Nutzungen

Als »dorftypisch« sind die großen Grundstücke (35% bis 50% über 700 qm) im Ortskern anzusehen, die in der Regel einen langen und schmalen Parzellenzuschnitt haben. So wurde der Anteil am »teuren« Straßenland reduziert und das hintere Grundstück (früher meist mit direktem Zugang zu weiteren landwirtschaftlichen Flächen) für Vieh oder Garten nutzbar. Bei den Gebäuden entsteht aufgrund dieser Grundstücks-

Die charakteristische Dorfgestalt: Summe einer typenbezogenen Entwicklung



1) Der typische, giebelständige, vielfach variierte Heustyp war ca. 4.70 m breit und hatte eine Traufhöhe von ca. 6 m. Dachneigung: 45°. Ursprünglich überwiegend in Fachwerkbauweise.

Der selbe Typ wie 1), jedoch mit verbliendetem Giebel. Die Fenster sind immer in der Senkrechten ausgerichtet. Eine stark ausgeprägte Fensterbank nehmen dem Fenster den "Lochcharakter". Auch die überall geringen Traufüberstände betonen das Sich-Einfügen in den Rhythmus Haus - Mauer - Haus: Individuell im Detail u. homogen in der Gesamtheit.

Für die Mentslichkeit bedeutsame Gebäude (z.B. Pfarrhaus) nehmen den sie umgebenden Bautyp auf, variieren ihn aber entsprechend. Hier: Profilerte Werksteinfenstergerände, Backsteingmaße, Blendfeldgliederung, Überfangbögen, rossenfenster. Das nebenstehende Fachwerkhaus läßt das Pfarrhaus durch seine zurückgenommene Größe entsprechend dominant wirken, obwohl das Pfarrhaus nicht größer als die normalhohe Bebauung ist.

Ecksituationen erfordern eine besondere Detailierung. Hier mit Doppelgiebel zu beiden Straßenseiten hin. Anders als bei 1), 2): Geschosweise straßenseitig verbirgt sich EIN großer Raum. Daher variierte Fensterausgestaltung. Aber auch hier: Senkrechte, stehende, ausgeprägte Werksteingewände, einheitliche Proportionen.

Grundtyp wie 1), 2), jedoch aufwendigere Detailierung: Weagerechte Backstein-Zonierung, Betonung der Senkrechten durch vorgesetzte Eckpfeiler, typische, klare Sockelausbildung.



Typische dreiflügelige Hofanlage um einen Innenhof. Die Straßenseite ist z. T. verbliendet. Fensterausgestaltung, Anordnung und Höhenverhältnisse wie Umgebung, jedoch 3-achsig. Fenster-Klapppläden geben dem Fenster optisch noch mehr Halt und gliedern die Fassade.

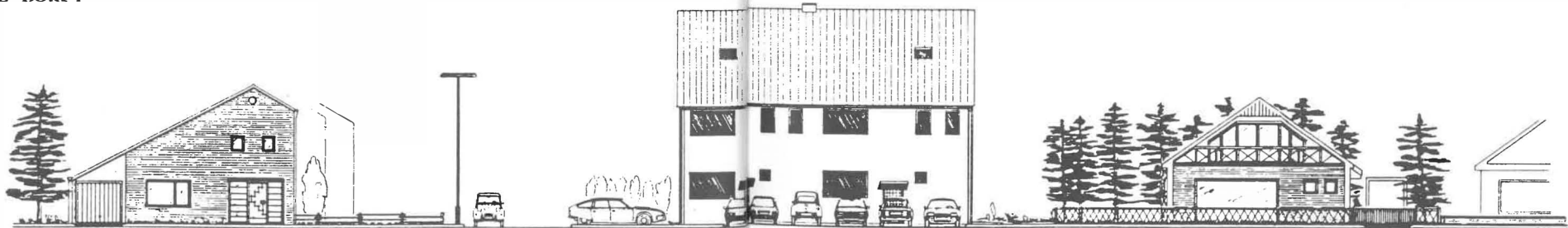
Auch dieses Haus ist ortstypisch im Rhythmus Haus-Mauer-Haus usw. eingebunden. Die profiliert abgebildeten Fenster mit den Klapppläden gliedern die sonst schlichte Fassade.

Die typische Hofanordnung mit der Tordurchfahrt an der Straßenseite bedient sich der gleichen Gestaltungsmittel wie die umliegende Bebauung. Kombinationen von Fachwerk u. Mauerwerk trifft man häufiger an. Zur Straßenseite hin wird der giebelständige Teil mit großen Formenreichtum variiert. Die Grundproportionen der Hoffront behalten jedoch immer den örtlichen Charakter.

Das Verhältnis von Straßenraumbreite zu Traufhöhe bewegt sich zwischen 0.7 und 1.7. Ist die Straße nicht zu stark befahren, reicht dies auch für das Ein- u. Ausfahren landwirtschaftlicher Maschinen. Der Straßenraum wirkt gehalten u. homogen.

DAS NEUE DORF?

11)



Vorstadtsiedlungs-Charakter. Dieses Haus kann im Prinzip überall stehen. Keine Rücksicht im Detail auf ortstypische Gestaltung (Erschließung, Türen, Fenster). Der gepflegte Vorgarten erfordert einen Zaun. Die Einheiten wirken abgegrenzt, introvertiert. Der solitär stehende Nadelbaum verstärkt diesen Eindruck. Er ist hier NICHT Markierung eines spezifischen Teilraumes, öffentlichen u. sozialen Kontaktbereichs.

Die Straßenraumproportion ist hier ganz u. gar ortstypisch (3.3). Dieser Bereich wirkt wie "Niemandland". Die Straße büßt ihren örtlichen, ordnenden, leitenden u. sozialen Charakter ein. Der Straßenraum wirkt, noch verstärkt durch die senkrecht angeordneten Parkbuchten, heterogen.

Die Gestaltung dieses Mehrfamilienhaus nimmt keine Rücksicht auf die Umgebung, Fensterformate, Gesimse, Türen usw. werden wahllos durcheinander verwendet. Es stünde besser am Stadtrand zwischen anderen Mehrfamilienhäusern dieses Typs.

Das Einfamilienhaus inmitten eines Fichtengürtels mit Garten ist hier völlig dorftypisch. Es bezieht sich ausschließlich auf sich selbst (wie 11).



Abb. 8.2 Auszug Gestaltanalyse Bessenich

form (bis auf die Ecktypen) eine eindeutige Vorder- und Rückseite, d.h. eine der Öffentlichkeit zugewandte Straßenseite und eine private Seite, die durch die Tiefe der Grundstücke noch in verschiedene Nutzungszonen wie Hof, Ziergarten, Nutzgarten etc. eingeteilt werden kann. Insbesondere auf dieser privaten Rückseite können die Bewohner ungehindert ihre Nutzungs- und Gestaltungsvorstellungen verwirklichen, ohne daß das dörfliche Gesamtbild gestört wird. In Anbauten und Nebengebäuden kann zusätzliche Wohnfläche geschaffen werden, können Kleintiere gehalten und vielfältigen Hobby- und Freizeitbeschäftigungen nachgegangen werden. Ebenso finden gewerbliche oder handwerkliche Nutzungen hier ihren Platz. Insbesondere die alten Hofanlagen bieten auch nach der Aufgabe des landwirtschaftlichen Betriebes reichlich Raum für vielfältige Nutzungen, Wohnen und Arbeiten unter einem Dach oder auch das Zusammenleben mehrerer Generationen oder Familien ist hier problemlos möglich (Abb. 8.4–8.6).

Die Nutzungsvielfalt und Anpassungsfähigkeit der alten Bebauung im Ortskern stellt im Vergleich zum Neubauge-

biet eine entscheidende Qualität dar. Die meist freistehenden Einzelhäuser auf den vergleichsweise kleineren, quadratischen Grundstücken werden in der Regel nur noch monofunktional als Wohngebäude genutzt. Die nach allen Seiten offenen Grundstücke erlauben nicht den gleichen zwanglosen Umgang mit dem eigenen Besitz. Vergleichsweise »nutzlose« Vorgärten müssen hergerichtet werden. Gegenseitige Störungen durch Hobbies, Tierhaltung oder handwerkliche Tätigkeiten sind leichter möglich und zwingen zu Abgrenzungen in Form von Mauern, Zäunen, Sichtschutzwänden (Abb. 8.7).

Durch die Festlegung der Neubaugebiete auf eine einheitliche Gesamtstruktur könnte die »Willkür« vermieden werden. Gleichzeitig sollte eine an den Gebrauchsqualitäten orientierte Vielfalt der Nutzungsangebote zugelassen werden, um Monotonie zu verhindern. Eine Möglichkeit wäre es, wie im alten Dorf, die zur Dorff Öffentlichkeit gewandte Vorderseite unter der Leitidee der »Einfügung« zu stellen; Ausdruck der privaten Rückseiten wäre die »Vielfalt«.

Mit der Erstellung einer Gestaltungsfibel (als »weicheres« Instrument im Ge-



Abb. 8.3 Straßenraumabwicklung: einfache Bautypen, Einbindung und Unterordnung in das Gesamtgefüge

gensatz zum verordneten »harten« Instrument der Gestaltungssatzung) kann eine hilfreiche Anleitung für die Beratungstätigkeit gegeben werden. Die Gestaltungsfibel sollte an die örtlichen Architekten verteilt, bei der Beratung von Bauvoranfragen/-genehmigungen herangezogen und über Verschönerungsvereine u.ä. in den Dörfern bekannt gemacht werden.



Abb. 8.4 Vielfältige individuelle Anbauten



Abb. 8.5 Nutzgärten



Abb. 8.6 Kleintierhaltung

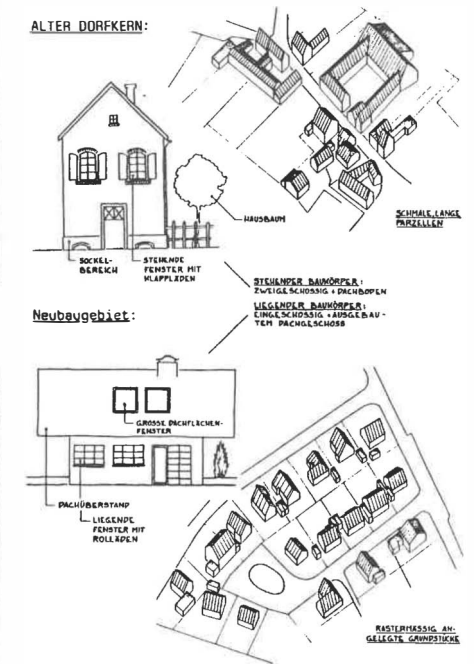


Abb. 8.7 Parzellierung Dorfkern – Dorfrand

9. Dorf als sozialer Raum – Sozialräumliche Elemente und ihre Gebrauchswerte –

Die verbindende Kraft im Dorf war über Jahrhunderte hinweg die ökonomische Abhängigkeit von der Landwirtschaft. Trotz unterschiedlichem Besitzstand und dem damit verbundenen Ansehen bestand für alle Dorfbewohner gemeinsam die existentielle Notwendigkeit, mit den Unwägbarkeiten der Natur fertig zu werden und das Einbringen der Ernte sicherzustellen. Durch den wirtschaftlichen Wandel verlor dieses »Aufeinander-Angewiesensein« seine Bedeutung und konnte zunehmend durch freiwillige soziale Kontakte abgelöst werden. Um die Jahrhundertwende nahm das Vereinsleben seinen Aufschwung. In den meisten Dörfern existieren heute zahlreiche – oft traditionelle – Vereine, die Gelegenheit zu sportlichen und kulturellen Aktivitäten und geselligem Beisammensein bieten. Die regelmäßig veranstalteten Dorfeste (z. B. Herbstkirmes) finden selbst bei den Zugezogenen regen Anklang.

Als Selbstverständlichkeit gelten im Dorf die gegenseitige praktische Nachbarschaftshilfe sowie handwerkliche Hilfeleistungen und Erntehilfen. Gleichbedeutend mit den »außerhäuslichen« Kontakten ist für die Dorfbewohner der familiäre Zusammenhalt innerhalb des Ortes. Wenn auch nicht mehr das Generationenwohnen unter einem Dach die Re-

gel ist, so wohnen dennoch häufig die Eltern und Geschwister »um die Ecke«. Neben den stark ausgeprägten verwandtschaftlichen Beziehungen sind es vor allem die Kontakte in Nachbarschaft und Vereinen, die die Bindung zum Dorf herstellen. Hier finden sich Formen der Nachbarschaftshilfe von der Kinderbetreuung, der Unterstützung pflegebedürftiger Personen bis hin zum Blumen gießen zur Urlaubszeit und die so bedeutende Anteilnahme an existentiellen Fragen des Lebens von Geburt bis Tod.

Das Zugehörigkeitsgefühl zum Dorf vermittelt sich darüberhinaus in starkem Maße durch die spontanen Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten (Klatsch) beim Einkaufen, Straßenfegen, der Gartenarbeit usw. Diese Kontakte im »Arbeitsalltag« benötigen entsprechende Räume.

Neben der räumlichen Überschaubarkeit, den Beeinflussungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten und den sozialen Netzen begründet sich die hohe Identität mit dem Dorf und das Gefühl von Heimat in der Unverwechselbarkeit des Dorfes und seiner eigenen Geschichte sowie der meist langen Wohndauer. Viele Bewohner sind hier schon seit Generationen ansässig. Über die Familienbande entstand eine starke Verknüpfung mit

dem Dorf und seinen Bewohnern. Das Dorf wird als »geschichts- und Geschichtsträchtiger« Raum erlebt, ist eng mit der eigenen Lebensgeschichte verknüpft und ermöglicht einen Zugang zur eigenen Herkunft. Die Möglichkeit des »Wachsens« von Strukturen und Beziehungen, verbunden mit der Möglichkeit, Haus und Garten selbst und mit anderen aufgebaut und mitgestaltet zu haben, gehören zu den stärksten Indizien für Identität und ein zur Heimat gewordenes Dorf.

Dorfleben bedeutet immer Enge und Sicherheit zugleich: Enge bei der Auswahl sozialer Kontakte im Dorf und durch die soziale Kontrolle; Sicherheit über das »Dazugehörigkeitsgefühl« und über die in Notfällen gewährte tätige Hilfestellung. Die noch häufig vorhandene Integrationskraft der Gruppen im Dorf als Ergebnis des gemeinsamen Arbeitens in der Landwirtschaft, der gemeinsamen Verantwortung für das Dorf, aber auch existentieller Abhängigkeiten (Feuer, Hungerkrisen etc.), bricht heute durch die allseitige Orientierung nach außen auseinander. Die Erwachsenen pendeln zu ihren Arbeitsplätzen in die Stadt und die Kinder mit den Schulbussen zu den zentralen Orten. Die Wohnfunktion des Dorfes überwiegt immer mehr.

Die Dorfuntersuchungen zeigen, daß gerade die Dörfer den stärksten Ortsbezug aufweisen und als intakt erlebt werden, die über mehr verfügen als über billiges Bauland und ländliche Umgebung. In der Attraktivität wachsen die Ortsteile, die die tägliche Versorgung sicherstellen, über Kindergarten und Grund-

schule verfügen und in denen noch landwirtschaftliche und handwerkliche Betriebe vorhanden und damit keine reinen »Schlafdörfer« sind.

Räumliche Voraussetzungen für eine Dorfgemeinschaft

Bieten die historisch gewachsenen und überschaubaren sozialen Strukturen gute Bedingungen für ein homogenes Gemeinschaftsleben, so stellen die baulich-räumlichen Strukturen vor allem im Ortskern hierzu günstige Voraussetzungen bereit. Die nach verschiedenen »Öffentlichkeitsgraden« gestaffelten Nutzungsmöglichkeiten der langgestreckten, großen Parzellen von dem streng abgegrenzten Hof bis zu den mehr offenen Nutzgärten und hinteren »Mistwegen« lassen sowohl Privatheit als auch zwanglose Kontaktmöglichkeiten zu. Ebenso läßt das Angebot an Nebengebäuden und die hier ausgeführten Aktivitäten von der Autoreparatur, Kleintierhaltung und sonstigen handwerklichen Hobbies eine kreative, selbstbestimmte Freizeitgestaltung zu. Diese Bereiche liegen nicht streng privat abgegrenzt, sondern meist an Nahtstellen zur »Öffentlichkeit« mit Einsicht und begrenzter Zugänglichkeit von außen. Viele der Tätigkeiten im Außenraum stellen so eine dorftypische »Arbeits-Öffentlichkeit« her (Abb. 9.1–9.4). In der Dorfentwicklungsplanung sollten solche Angebote der Freizeitbeschäftigung und Kommunikationsmöglichkeit gesichert und bei Umnutzung und Neuplanung ausgebaut werden:



Abb. 9.1 Höfe als Übergänge zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich



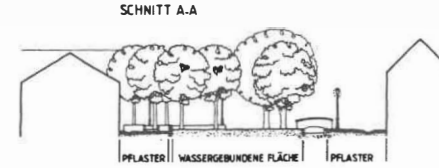
Abb. 9.2 Gäßchen und hintere »Mistwege« erschließen die großen Baublöcke



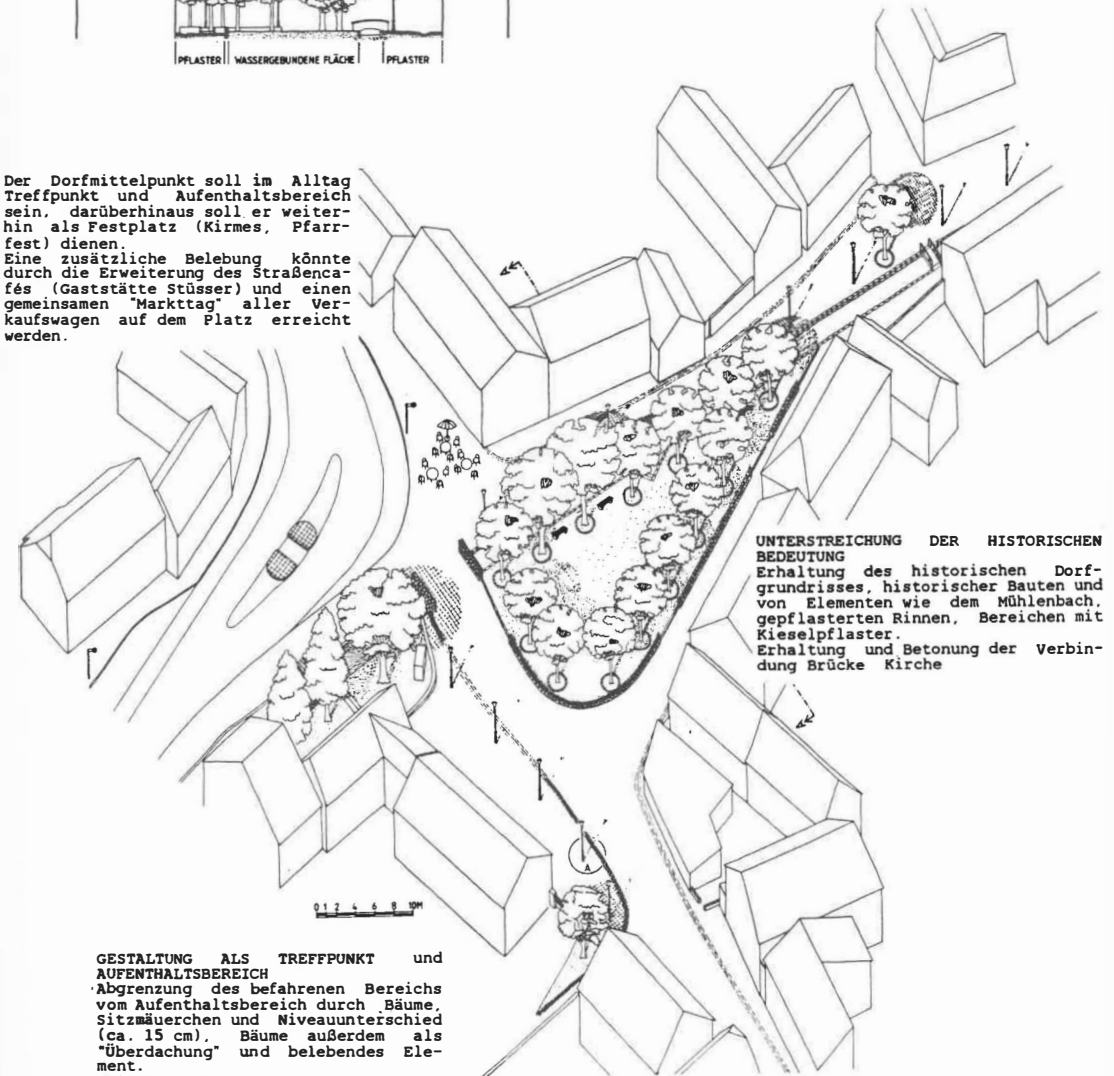
Abb. 9.3 Anbauten mit individueller Gestaltung



Abb. 9.4 Treffpunkt Dorfladen



Der Dorfmittelpunkt soll im Alltag Treffpunkt und Aufenthaltsbereich sein, darüberhinaus soll er weiterhin als Festplatz (Kirmes, Pfarrfest) dienen. Eine zusätzliche Belegung könnte durch die Erweiterung des Straßencafés (Gaststätte Stüsser) und einen gemeinsamen »Markttag« aller Verkaufswagen auf dem Platz erreicht werden.



UNTERSTREICHUNG DER HISTORISCHEN BEDEUTUNG
Erhaltung des historischen Dorfgrundrisses, historischer Bauten und von Elementen wie dem Mühlenbach, gepflasterten Rinnen, Bereichen mit Kieselplaster. Erhaltung und Betonung der Verbindung Brücke Kirche

GESTALTUNG ALS TREFFPUNKT und AUFENTHALTSBEREICH

- Abgrenzung des befahrenen Bereichs vom Aufenthaltsbereich durch Bäume, Sitzmüerchen und Niveaunterschied (ca. 15 cm). Bäume außerdem als »überdachung« und belebendes Element.
- Beleuchtung des Platzes.
- Neugestaltung des Mühlenbachs durch Natursteinverkleidung der Betoneinfassung, neue Fußgängerbrücken und Stufen zum Bach.

ÖKOLOGISCHE VERBESSERUNGEN

- Durch Entsiegelung der gesamten Fläche (Pflasterung u. wassergebundene Fläche) Verminderung des Oberflächenabflusses und bessere Lebensbedingungen für die vorhandenen Bäume (Bodenfeuchtigkeit und -belüftung).
- Durch Neuanpflanzung von Bäumen und wassergebundene Fläche Ausgleich des Klimas (Luftfeuchtigkeit und Staub).

Abb. 9.5 Dorfplatzgestaltung Sinzenich: Betonung historischer Elemente und Ausbau unter dem Gesichtspunkt ökologischer Verbesserungen

- Angebot an Gemeinschaftsflächen und -häusern
- Sicherung und Ausbau der Nutzungsqualität der privaten und öffentlichen Freiräume
- Erhalt bzw. Berücksichtigung der vielfältigen Nutzungen
- Ausbau des Bildungs- und Kulturangebotes.

Dorfplätze und Gestaltung der Ortsmitte

Gestaltungsvorschläge für die Dorfplätze wurden von allen Gruppen mit dem Ziel aufgestellt, der dörflichen Gemeinschaft auch eine räumliche Mitte zu geben und die zum Teil brachliegenden, ungestalteten oder durchasphaltierten Flächen aufzuwerten und nutzbar zu machen (Abb. 9.5–9.6)

Die Dorfmitte sollte als baulich-räumlicher und sozialer Identifikationspunkt des Dorfes zurückgewonnen werden. Mit einer Erhöhung der Aufenthaltsqualität sollte der Dorfplatz wieder Treffpunkt oder Festplatz werden und nicht

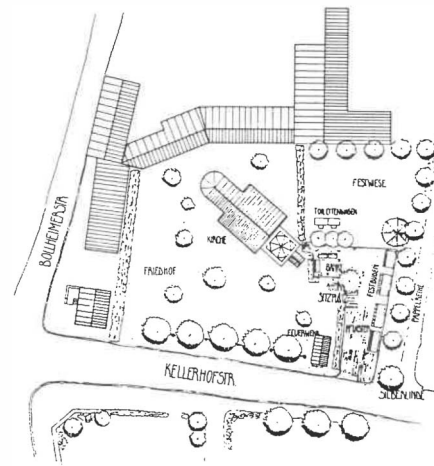


Abb. 9.6 Herrichtung eines Dorf- und Festplatzes mit einfachen Mitteln in Oberelvenich

wie so oft als reiner Parkplatz dienen. Eine aufwendige Gestaltung und Durchpflasterung der Plätze stand bei den Entwürfen nicht im Vordergrund, sondern hier wurde mehr vom Grundsatz »weniger ist mehr« ausgegangen. Teilmaßnahmen wie Bepflanzung und/oder Möblierung sind mit möglichst geringerem finanziellen Aufwand oder in Eigeninitiative der Bewohner umsetzbar.

10. Hilfen zur Selbsthilfe – Dorfentwicklung jenseits staatlicher Förderung –

Der in den Maßnahmevorschlägen der Dorfentwicklungspläne für Zülpich festgestellte Erneuerungsbedarf ist immens und aus eigener Kraft einer finanzschwachen »Ausgleichstockgemeinde« nicht zu bewältigen. Aber auch bei Aufstellung einer sorgsam ausgewählten Prioritätenliste ist die Planungsrealisierung noch weit, da die Schere zwischen der Anzahl der gestellten Förderanträge und einer in Aussicht stehenden Mittelbewilligung weit auseinanderklafft. Die erforderliche Erhöhung der Dorferneuerungsmittel wird zudem durch den Finanzbedarf für Projekte in den neuen Bundesländern nicht wie erwartet erfolgen. Angewiesen auf die ministeriellen Finanztöpfe sind die Maßnahmen zur Dorfentwicklung daher nur langfristig zu realisieren.

Die Verweilbereitschaft in den Dörfern steigt jedoch nicht durch Vertröstungen und die Hoffnung auf Verbesserungen in ferner Zukunft. Es erscheint notwendig, daß die Gemeinden nicht alleine den Weg der Mittelbeantragung gehen, sondern eigene, auch unkonventionelle Wege für die Finanzierung und Durchsetzung der Maßnahmen beschreiten sowie wirtschaftliche und ideelle Bündnispartner für die Verwirklichung der Aufgaben suchen. Vor allem die Unterstützung und Aktivierung der betroffenen Bewohner und deren Eigeninitiative sind be-

deutsam. Untersuchungen des BMBau ergaben, daß in den kleineren Dörfern dem sog. nichtinvestiven Bereich und der Aktivierung der Bewohner in Anknüpfung an ihre Selbsthilfetraditionen eine wesentliche Bedeutung zukommt. Durch solche Maßnahmen der kleinen Schritte sollten Zeichen gesetzt werden.

In Hessen wurde ab 1985 den Planern zur Auflage gemacht, ein Gemeinschaftsprojekt bei der Dorfentwicklungsplanung aufzuzeigen, das in Eigeninitiative der Bewohner durchgeführt werden und das Sozialleben stärken sollte. Diese »verordnete« Beschäftigung mit dem Selbsthilfepotential verlangt von den Bearbeitern ein hohes Maß an Ortskenntnis und eine große Einsatzbereitschaft, so daß die Praxis häufig von der programmatischen Aufgabenstellung abweicht. Dennoch zeigt die Aufnahme des Aspektes der Selbsthilfe in den ministeriellen Förderbestimmungen die ihr zugeordnete große Bedeutung.

Neben den Lösungsvorschlägen der Dorfentwicklungspläne, die aus öffentlichen Fördermitteln finanziert werden müssen, wurden in dem Zülpich-Projekt von den Studenten Ideen zusammengetragen, die »Hilfen zur Selbsthilfe« geben sollten. Die Beispiele setzten vor allem an den vorgefundenen Qualitäten der Dörfer und ihrer Umgebung an.

Gleichzeitig griffen die Maßnahmen der »Ideenbörse« auch neue Aufgabenstellungen auf, wie die Dorfökologie oder die Notwendigkeit struktureller Verbesserungen im Arbeits- und Ausbildungsbereich (siehe auch das unter 2. aufgeführte Ausbildungsprojekt »Restaurierungswerkstatt Zülpich«). Damit sollte auch deutlich eine Ebene verlassen werden, die in der Unterstützung von Selbsthilfe und Eigeninitiative im wesentlichen an der Dorfverschönerung interessiert ist.

Die zusammengestellten Konzepte der »Ideenbörse« wenden sich an die verschiedenen Gruppen und Institutionen: Verwaltung und politische Gremien der Stadt Zülpich; Naturschutzverbände, Geschichts- und Heimatverein und Dorfverschönerungsvereine; Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern; Volkshochschule und Allgemeinbildende Schulen etc.

Alle Maßnahmen sind ohne große Kosten und in Zusammenarbeit mit interessierten Gruppen aus der Bevölkerung, Umweltschutzverbänden etc. durchführbar. Bei diesen wie bei vielen anderen Maßnahmen gilt es, Träger zu finden, die die Dorferneuerung in kleinen Schritten und von verschiedenen Stellen aus angehen und damit die Verantwortlichkeit für die Zukunft des Dorfes nicht allein der Zentralgemeinde überlassen, sondern wieder mehr der Bevölkerung übertragen. Neue »Akteure« in den Dörfern und Bewohnerinitiativen müßten der Stadt willkommen sein und bei Rat und Verwaltung möglichst breite Unterstützung finden.

Die Maßnahmenvorschläge der »Ideenbörse« sind im folgenden kurz zusammengefaßt. Beispielfhaft werden zu einigen Vorschlägen Auszüge aus der Projektbroschüre abgebildet:

1. Ortseingänge und Landschaftsschutz

Hinsichtlich des Landschaftsschutzes wurde den Dorfentwicklungsplanungen der Landschaftsplan der Stadt Zülpich zugrunde gelegt. Die Vorschläge zum Schutz und zum weiteren Ausbau der Landschaft sind im Rahmen dieses Planes umsetzbar; da der Landschaftsplan jedoch den bebauten Ortsbereich ausklammert, wurde innerdörflich die Freiraum- und ökologische Situation gesondert untersucht.

Die Probleme dorftypischer Bepflanzung sind überwiegend durch private Maßnahmen zu beheben, da durch die privaten Flächen und Gärten das Ortsbild am stärksten geprägt wird. Aufklärungsarbeit über Dorfökologie könnten durch Informationsschriften, Kurse der Volkshochschule, Führungen durch die Verschönerungsvereine und Naturschutzverbänden etc. geleistet werden. Bei Maßnahmen im öffentlichen Raum ist auf eine »vorbildhafte« Planung und Durchführung besonders Wert zu legen.

2. Obstwiesen

Die Obstwiesen sind von besonderer ökologischer und landschaftsgliedernder Bedeutung und bieten klimatischen Schutz. Diese Bedeutung der Obstwiesen sollte in einer Aufklärungskampagne (In-

formationsblätter etc.) herausgestellt werden.

Die Obstwiesenbestände sollten gesichert und weiter ausgebaut werden (Standorte siehe Dorfentwicklungspläne). In Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden (z. B. Patenschaften) sollten die Obstwiesen einer neuen wirtschaftlichen Nutzung (Aktivierung / Neugründung von Mostereien und Keltereien) zugeführt werden. In einer wirtschaftlichen Nutzung wird der beste Schutz des Bestandes und für Neuanpflanzung die größten Durchsetzungsmöglichkeiten gesehen (Abb. 10.1).



Abb. 10.1 Lebensgemeinschaft der Tiere im Obstbaum, aus: »Schützt die Obstwiesen« Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft NRW, 1986

3. Ökologischer Lehrpfad

Weiterhin wurde für die »Rotbachtal« von Sinzenich bis Niederelvenich ein »Ökologischer Lehrpfad« in Verbindung mit einem Radwegenetz aufgezeigt. Hier sollen die vorhandenen positiven wie negativen Landschaftsbestandteile entlang des Rotbaches, Fragen der Bachbegradigung, der Flurbereinigung, der Artenvielfalt, Funktion eines Feuchtbiotopes etc. dargestellt werden. Es sollen Informationstafeln aufgestellt und die Wegstrecke z. B. in einem von der Stadt herausgegebenen Führer dargestellt werden. Der Radweg wurde zum größten Teil auf vorhandene Wirtschaftswege gelegt. Für Schulen bietet sich so die Möglichkeit eines Ökologieunterrichtes vor Ort. Dies trägt dazu bei, Dorfökologie und Landschafts- und Naturschutz den Kindern und Jugendlichen nahebringen und öffnet ihren Blick für die Bedeutung der umgebenden Landschaft.

Die Initiative für die Verwirklichung des »Ökologischen Lehrpfades« könnten Schulen, Dorfgemeinschaften, Naturschutzverbände etc. ergreifen. Bei den Bürgerversammlungen z. B. in Oberelvenich wurde diese Idee sehr begrüßt.

Beispiel: Projektbeschreibung »Ökologischer Lehrpfad« (Abb. 10.2)

(Text bearbeitet von Christiane Conrady, Afra Creutz, Reiner Quabeck)

Der ökologische Lehrpfad durch das Rotbachtal soll dem interessierten Naturfreund eine erste Einführung in die Öko-

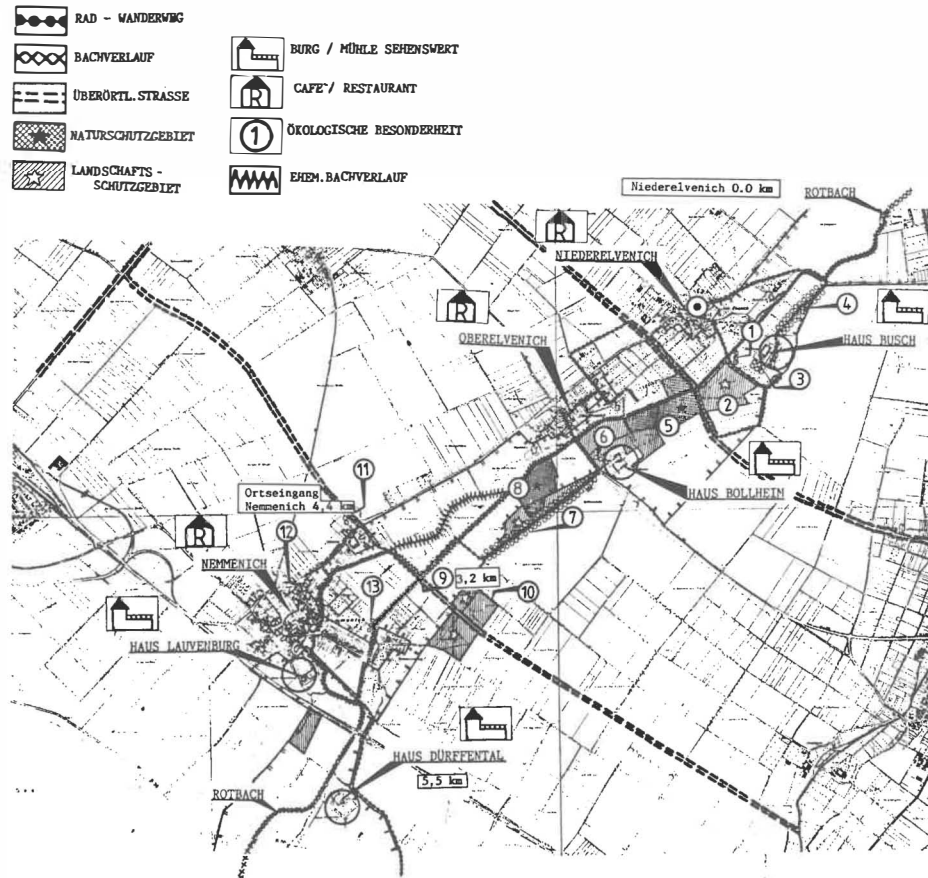


Abb. 10.2 Ökologischer Lehrpfad Rotbachtal (Auszug)

logie der Feuchtbiotope geben. Größere Teile des zu durchwandernden oder zu durchfahrenden Gebietes, sind Landschaftsschutzgebiete oder Naturschutzgebiete, weil dieses Feuchtgebiet, gleich allen Feuchtgebieten weltweit, einer akuten Gefährdung in der Gegenwart unterliegt.

Infolge der fortgesetzten Entwässerungen von Sümpfen, Mooren und Feuchtwiesen, der Flußregulierungen und Begradigungen, sinkt der Grundwasserspiegel in den zivilisierten Ländern ständig, durch Raubbau an Wäldern und Trockenlegen von Sumpfwiesen sind viele Quellen versiegt.

Auch auf unserem Lehrpfad können wir solche Vorgehensweisen beobachten. Der Rotbach, er macht seinem Namen alle Ehre, wenn zur Regenperiode sich sein Wasser rot verfärbt, weil er rote Erde aus der Voreifel mit sich führt, prägt diese Gegend. Auch hier wurde, zum Teil durch Straßenbau und Drainage der Feuchtwiesen, die Natur geschädigt. Dem mäandrierenden Bach im Wiesengrund mißgönnte man die paar Quadratmeter zusätzlichen Landes, man begradigte ihn, schnitt seinen Mäander ab und entwässerte ihn. Damit aber setzt man eine Lawine in Gang, denn der begradigte Bach gräbt sich, bedingt durch die höhere Strömungsgeschwindigkeit, alsbald ein; vor allem wenn das Ufergehölz entfernt wurde, unterspült er sein Ufer, das Grundwasser sinkt. Um Schlimmeres zu verhindern wurden besonders wertvolle Bereiche unter Schutz gestellt.

Wegbeschreibung

① Standort: Dorfmitte Niederelvenich (Am Kreuz). Von hier fährt man die Talstraße runter zu den Auen des Rotbachtals. Man überquert den Rotbach und sieht auf der linken Seite das erste *Naturdenkmal*: Eine Reihe Eichen und Pappeln. In den Pappeln sitzen Misteln, Halbschmarotzer, welche die Pappel als Lebensraum und Nahrungsquelle benutzen, jedoch noch selbst assimilieren können.

Ein Stück weiter auf der rechten Seite liegt ein Kleingewässer, welches zum Schutz auch als *Naturdenkmal* ausgezeichnet ist. Die Tümpelquelle die hier liegt, füllt sich von unten mit Wasser. Das besondere an einer Quelle ist, daß ihre Wassertemperatur, sommers wie winters, ungefähr dem Jahresmittelwert der Lufttemperatur der jeweiligen Umgebung entspricht. Sie sind im Sommer relativ kalt, frieren jedoch im Winter nie zu. Man kann sich vorstellen, daß dies ein Spezialstandort für Pflanzen ist.

Auf einem kleinen Rundgang um »Haus Busch« können wir noch zwei *Naturdenkmäler* betrachten: Eine Baumreihe aus Eiben und Kastanien. Die Eibe ist ein einheimischer, bei uns selten gewordener Baum, der wegen seines widerstandsfähigen Holzes andere Arten überdauert. Höchstalter 1000 Jahre. Und eine schöne Allee aus Ahorn und Eschen. Beide Bäume bevorzugen feuchte Standorte, wobei die Esche auf einem tiefgründigen, basischen Boden hinweist. Die Esche trägt kein Herbstkleid, der Ahorn seine Blüten vor den Blättern.

Auf der linken Seite (Richtung Oberelvenich auf der B 264) liegt ein *Naturschutzgebiet* – auch hier sind Quellfluren mit großem Schilfrohrbestand. Das Schilfrohr ist mit 4 m Höhe der Riese unter den einheimischen Gräsern. Es kann bis zu 3 m in das Wasser vordringen, doch müssen Blätter und Blüten unbedingt an der Luft sein. Die luffterfüllten hohlen Halme versorgen

die Wurzeln und noch viele Mikroorganismen im Schlamm reichlich mit Sauerstoff. Die Schilfpflanze sondert keimtötende Stoffe ab, die Bakterien abtöten. Daher wirkt es deutlich wasserreinigend.

Die an die Quellfluren angrenzenden Feuchtwiesen beherbergen eine Reihe seltener und vom Aussterben bedrohter Pflanzen. Diese Wiesen müssen mindestens alle fünf Jahre gemäht werden, sonst verbuschen sie und gehen ein.

Durch Oberelvenich, die Bollheimerstraße weiter – hier stehen auf der linken

- ⑦ Seite eine *Schwarzpappel* und eine *Pappel*. Pappeln gehören zu den Weidengewächsen. Sie wachsen schnell und gut an feuchten nährstoffreichen Standorten. Die Schwarzpappel ist ein typischer Baum für europäische Flußauen. Man biegt nun in die Allee, welche mit *Roteichen* gesäumt ist ein. Die Roteiche ist die beliebteste, häufigste, wüchsigste (32 m) und gewiß auch die anspruchsloseste unter den 500 Arten.

- ⑨ Mitte der Allee, auf der rechten Seite, liegt ein *Erlenbruchwald*. Er steht unter *Naturschutz*. Erlenbruchwälder entstehen oft aus ehemaligen Flußschlingen und werden wegen ihrer räumlichen Nachbarschaft zu den Auen mit diesen zusammen gefaßt. Im Gegensatz zu den Auen, die immer an das fließende Wasser gebunden sind und regelmäßig überschwemmt werden, ist der Boden der Bruchwälder von hochanstehendem, sauerstoffarmen Grundwasser ständig durchnäßt. Dieser Erlenbruch ist vom »Trockenfallen« bedroht. Ein immer weiter absinkender Grundwasserspiegel nimmt diesem Lebensraum mit seiner reichen typischen Bodenvegetation sein wichtigstes Element: das Wasser.

- ⑩ Hier machen wir einen *Abstecher* und fahren die neugeplante, sich im Bau befindende Straße entlang und kommen an ein
- ⑪ *Gebiet*, welches in seinem *gesamten Bestand geschützt* ist. Im Landschaftsplan,

der eigens für dieses Gebiet erstellt wurde, können wir lesen: Zur Minderung zukünftig zu erwartender Immissionen (Abgase, Staub, Lärm), sollen Schutzpflanzungen beidseitig der Autobahnstraße vorgenommen werden. Hier urteile bitte jeder selber, was er davon halte.

- ⑫ *Naturdenkmal*: zwei Kastanien.

Kurz vor Nemmenich biegen wir links ab, in einen kleinen Feldweg. Rechts ein

- ⑬ *Obstbaumgürtel*, wie er für diese Gegend typisch ist. Am Rotbach entlang, ins Dorf hinein.

- ⑭ *Naturdenkmal*: drei Eichen.

4. Kampagne für handwerkliches Bauen und regionale Baustoffe

Eine solche Kampagne soll helfen, die planlose Verwendung verschiedenster Baumaterialien und Baustoffe, die Verwendung ortsuntypischer Materialien, unangepaßter Bau- und Dachformen etc. im Neubau als auch im Modernisierungsbereich zurückzudrängen. Ein Ansatz für eine solche Kampagne kann die Herausgabe einer Informationsbroschüre sein, zu der die Studenten einen Vorschlag entwickelten. Einleitend werden hier die positiven wie negativen Merkmale des Ortsbildes aufgezeigt. Es ist das erklärte Ziel des Vorschlages, auf das ortsansässige Bauhandwerk aufmerksam zu machen, die Betriebe und Arbeitsplatzangebote zu stützen und durch Hinweise auf regionale, traditionelle Baumaterialien das dörfliche Ortsbild zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Die Informationsbroschüre nimmt die Themen Wandaufbau, Türen, Tore, Fenster und Dach auf.

Träger dieser Kampagne sollte das ört-

liche Gewerbe, die Stadt Zülpich, die Handwerks- und Industrie- und Handelskammern und auch die Architektenschaft vor Ort werden. Ansatzpunkte wurden sowohl in handwerklich gut hergerichteten Altbauten gesehen als auch in örtlichen »Besonderheiten« wie dem Schwerfener Ziegel.

*Beispiel: Projektbeschreibung
»Kampagne für handwerkliches Bauen
und regionale Baustoffe«*

(Text bearbeitet von Holger Müller,
Brigitte Lammertz)

Auszug: Ortsbildanalyse Neubaugebiete

Ein Fertighaus mit vorgesetzter Fachwerkfassade, leicht erkennbar an den fehlenden Verstrebrungen. Ortsuntypisch sind die Ausfachung mit Klinkern und das schwere Krüppelwalmdach (Abb. 10.3).

Ähnlich ist die Situation in den gewachsenen Ortskernen. Da bei Renovierungen, Um- und Anbauten meistens praktische Überlegungen im Vordergrund stehen, werden oft alte Fassaden durch neue Materialien überdeckt bzw. völlig ersetzt oder Fassadengliederungen zerstört.

Vor die Giebelwand des Fachwerkhäuses wurde hier eine ungegliederte Klinkerwand gesetzt, dadurch wurde die frühere Fassadengliederung zerstört. Durch das neugebrochene, große Fenster im Erdgeschoß ist die Lage der alten Fensteröffnungen nicht mehr erkennbar (Abb. 10.4).

Häufig zu finden sind auch Verkleidungen aus Asbestzementplatten, die alte Mauerwerks- und Fachwerkstrukturen sowie Hausunterteilungen verdeck-



Abb. 10.3



Abb. 10.4



Abb. 10.5

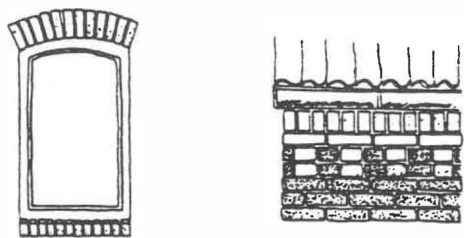


Abb. 10.6 Z.B. gemauerte Bögen oder z.B. Traufgesimse, Fensterbänke

ken. Durch ihre Strukturen, Muster, und Farben (hier: hellgrün) stören sie das eigentlich von traditionellen Wandbaumaterialien geprägte Ortsbild (Abb. 10.5).

Auszug: Vorschlag für eine Informationsbroschüre

Wollen Sie neu-, um- oder anbauen?

Dann informieren Sie sich über:

Vorteile handwerklichen Bauens und regionaler Baustoffe

Zum Thema Außenwand

Beispiel: Handwerklich erstelltes Mauerwerk aus Backstein.

Der Backstein war im 19. Jahrhundert das am häufigsten verwendete Wandmaterial, darum prägen neben Fachwerkhäusern Backsteinbauten die Dörfer. Neubauten oder Erweiterungsbauten aus Backsteinmauerwerk fügen sich deshalb meistens gut ins Ortsbild ein.

Der handwerklich vermauerte Backstein bietet individuelle Gestaltungsmöglichkeiten für Ihre Fassade (Abb. 10.6).

Viele Vorteile hat der mit Kalkmörtel vermauerte Backstein für das Wohnklima:

– er ist luftdurchlässig

- er trocknet schnell aus
- er speichert Wärme
- er ist frei von Schadstoffen
- er absorbiert Luftschadstoffe
- er hat eine niedrigere natürliche Radioaktivität als z. B. Beton
- er lädt sich nicht elektrisch auf

Von seiner Haltbarkeit zeugen zahlreiche noch vorhandene Backsteinbauten aus dem 19. Jahrhundert.

Beispiel: Fachwerkbauweise

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts war Fachwerk die übliche Wandbauweise. Auch heute noch beleben die durch das Holzskelett gegliederten, zweifarbigen Fassaden die alten Dorfkerne.

Besonders am Holzskelett gibt es viele Gestaltungsmöglichkeiten wie z. B. Zierfachwerk, Schnitzereien und vorspringende Bauteile.

Heute wird die Fachwerkbauweise vor allem wegen ihrer baubiologischen Vorteile wieder aktuell. Es entstehen wieder Neubauten in Fachwerk mit Ausfachungen aus neuen Materialien wie Gasbeton, Leichtziegeln und anderen Leichtbaustoffen. Baubiologisch sind aber vor



Abb. 10.7 Neubau in Fachwerkbauweise in Schwerfen

allem die traditionellen Lehmausfachungen empfehlenswert (Abb. 10.7).

Die baubiologischen Vorteile des traditionellen Fachwerks sollten aber vor allem bei Sanierungen von historischen Fachwerkhäusern erhalten bleiben. Darum sollte man sich vor einer Sanierung von kundigen Baufachleuten beraten lassen.

Zum Thema Dach

Die traditionelle, regionale Dacheindeckung sind schwarzglasierte Tonziegel. Sie wurden lange Zeit in Schwerfen und heute noch von einer Ziegelbrennerei in Obergartzem hergestellt.

Die »Schwerfener Dachziegel« sind das adäquate Material für die Neueindeckung oder Ausbesserung von Dächern denkmalgeschützter oder historischer Bauten.

Sie empfehlen sich aber ebenso für Neubauten, denn sie zeichnen sich durch folgende Eigenschaften aus:

- wegen ihrer natürlichen Rohstoffe sind sie baubiologisch empfehlenswert
- gegenüber Betondachsteinen sind Tonziegel wesentlich länger haltbar
- sie sind als Hohlziegel für steilere Dä-



Abb. 10.8 Links: Eindeckung mit »Schwerfener Ziegel«

Rechts: Eindeckung mit Betondachstein

cher und als Flachdachpfannen für flachere Dächer geeignet

- durch die Form und die spiegelnde Oberfläche glasierter Ziegel ergeben sie als Dachdeckung ein lebendiges Bild (Abb. 10.8).

5. Bauhistorischer Führer

Die bauhistorischen Werte auch der kleinen Orte sollen in einem bauhistorischen Führer zusammengestellt werden, um den »Wert« auch nach außen zu dokumentieren, und Interessierte im Bereich Freizeit/Tourismus in die Dörfer zu bringen. Die Befestigung z. B. von Plaketten als Auszeichnung für gut erhaltene Gebäude, die Erwähnung nicht nur der denkmalgeschützten, sondern auch denkmalwürdigen Bereiche/Ensemble etc. sollen die Bedeutung nach außen sichtbar machen und den »Stolz« der Bewohner/Besitzer hervorrufen.

Ansatzpunkte sind genug vorhanden: die Kirchen und Burgen, die typischen Hausformen. Vorschläge für den bauhistorischen Führer wurden für die Ortsteile Langendorf, Juntersdorf, Sinzenich und Füssenich dargestellt. Eine Initiative in dieser Richtung könnte von der Stadt Zülpich in Verbindung mit dem Landesamt für Denkmalpflege und den örtlichen Geschichts-/Heimatvereinen erfolgen. Der kürzlich herausgegebene Denkmalband über die Stadt Zülpich bietet hierzu bereits gute Anhaltspunkte. Eine Verbindung (Werbung und damit auch Finanzierung) wäre über eine Kopplung mit einem Gaststättenführer möglich (z. B. Ausbau der Dorfkneipe in Sin-

zenich direkt am Denkmalbereich mit Kaffeeausschank und Kuchenverkauf am Wochenende).

Beispiel: Auszug aus der Projektbeschreibung »Bauhistorischer Führer«

(Text bearbeitet von Karolin Fehl, Heike Nienaber)

Wie ein solcher Führer aussehen könnte, wollen wir beispielhaft an den Dörfern Juntersdorf und Langendorf aufzeigen.

Juntersdorf

Juntersdorf (Abb. 10.9), ein einzeliges kleines Straßendorf am hochwasserfreien Südhang des Neffelbaches, erstreckt sich mit seinem historischen Ortskern zwischen Burg und Kirche.

Die lockere Reihung kleiner, meist giebelständiger Fachwerkhöfe auf schmalen Parzellen, die enge Dorfstraße, Reste der ehemals umgebenen Baumgärten sowie die einigermaßen ungestörte Gesamtsituation führen noch anschaulich die sicher auf spätmittelalterliche Ursprünge zurückgehende Form und den Charakter eines kleinen Straßendorfes vor Augen, dessen weitsichtbare Dominante die hochgelegene Kirche ist. Die historische Substanz prägt zwar noch den Maßstab, ist aber weitgehend modern überformt.

Die älteste, zum Teil mittelalterliche Substanz befindet sich an Burg und Kirche; die Höfe des Dorfes haben keine vor das 17. Jh. zurückreichende bauliche Bestandteile.

Lediglich der Gilleshof in der Dorfmitte, ein wohl ehemaliges Pachtgut, ist

von überdurchschnittlicher Ausführung und mit seinem freistehenden großen Wohnhaus des 17. Jh. von bereits herrschaftlichem Charakter, der durch die bäuerliche Bauweise (verputztes Fachwerk) kaum geschmälert wird. Hoffor-



Abb. 10.9 Juntersdorf: Gertrudiskirche mit Turmbau aus dem 12. Jh., Burg Juntersdorf und typisches Fachwerkhaus

men des 18. Jh. und 19. Jh. werden von den Häusern Astreastraße 19, 34 und 35 sowie Gertrudisstraße 4 repräsentiert.

Langendorf

Das einzelige Straßendorf ist über seine historische Siedlungsform und Größe nie hinausgewachsen. 893 als Besitz der Abtei Prüm erwähnt, dürfte es auf eine fränkische Gründung zurückgehen – vielleicht ein Gut mit Kapelle, das aus Königsbesitz an Prüm kam.

Keimzelle des Dorfes war die Kirche und das zugehörige, längst verschwundene Gut, von dem ausgehend an der Straße nach Wollersheim sich die bäuerli-

che Wohnhaus- und Wohnbebauung ansiedelte.

Zwischen Burg und Kirche erstreckt sich Langendorf auch noch heute, geprägt von kleinmaßstäblicher Reihenbebauung aus Hofanlagen meist des 18. und 19. Jh., von denen nur wenige ein historisch einigermaßen anschauliches Erscheinungsbild bewahrt haben. Auch die Geschlossenheit der Straßenfronten hat durch hinter Vorgärten zurückgelegte Neubauten bereits an einigen Stellen gelitten, doch ist die Dorfgesamtheit mit den charakteristischen baulichen Schwerpunkten Kirche, Pfarrhaus, Schule und Burg noch deutlich ablesbar.

11. Ohne Bürger läuft nichts. – Bürgerbeteiligung will erlernt sein –

Die Bürgerbeteiligung in der Dorfentwicklungsplanung stellt anerkanntermaßen die Grundlage für die Planungsdurchsetzung dar. Gerade hier gilt der Satz »Ohne Bürger läuft nichts!«, da sich im Dorf politischer Widerstand gegen oder Akzeptanz von Planung unmittelbar auswirken. Die zumeist hohe Identität der Bewohnerschaft mit dem Dorf führt allgemein zu einem großen Interesse an Planungsfragen. In den überschaubaren dörflichen Strukturen mit ihrem weit gespannten Netz von Kommunikationsformen ist eine breite Information – anders als in der Stadt – gesichert. Im Rahmen des Studienheftes soll jedoch keine Betrachtung über Hemmnisse oder begünstigende Faktoren dörflicher Bürgerbeteiligung erfolgen oder den Fragen nachgegangen werden, welche Personengruppen sich im Dorf zu Wort melden oder welche sich nach wie vor nicht an Planungsdebatten beteiligen (z. B. die Frauen). Als Plädoyer für eine »Praxiserfahrung Bürgerbeteiligung im Studium« sollen knapp Herangehensweise und Erfahrungen im Projekt dargestellt werden.

Für die Studenten ging es bei der Zusammenarbeit mit den Bewohnern, als »ein« Aufgabenbestandteil unter vielen, darum, zu lernen, ihre Ideen zu vermit-

teln, die zahlreichen Wünsche und teilweise widersprüchlichen Interessen zu verarbeiten und eine eigene Position zu beziehen. Die politische Durchsetzungsfähigkeit von Personen oder Gruppen galt es zu erkennen und in die planerische Durchsetzungsstrategie einzubinden und auch die »Blockierer« auszumachen. D. h. es sollte sich ein Verständnis von »Planung als konflikthafter Prozeß« herausbilden und eine Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle des Planenden in diesem Prozeß stattfinden.

In dem Studentenprojekt stellte die Zusammenarbeit mit den Dorfbewohnern und die geforderte Durchführung von mindestens zwei Bürgerversammlungen als Bestandteil der Aufgabenstellung also ein wichtiges didaktisches Lernziel dar, welches in der Regel nicht Gegenstand der Ausbildung ist.

In Hessen ist in den programmatischen Leitlinien des Landes der Punkt »Stärkung der dörflichen Lebensgemeinschaft, ihrer Eigeninitiativen und Eigenständigkeit über eine über das übliche Maß hinausgehende Bürgerbeteiligung« verankert. In der Praxis bewegt sich häufig diese Bürgerbeteiligung weiter auf der formalen Schiene, da Planungsverfahren, die den Betroffenen eine Chance geben, ihre Wünsche und Bedürfnisse

Die TH in Aachen hilft mit 30 Mitarbeitern bei Erneuerung der Zülpicher Ortsteile

Studenten gehen über die Dörfer 14 Orte bekommen ein neues Gesicht – Pläne werden der Bevölkerung vorgestellt

Von unserem Redakteur
Otto Becker

Zülpich – Nachdem die Sanierung der Zülpicher Kernstadt vor ihrem Abschluß steht, richtet sich das Augenmerk von Rat und Verwaltung auf die Sanierung der Dörfer.

Bisher ist nur Merzenich ein „Vorzeigedorf“, das im Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ Gold auf Bundesebene gewinnen konnte. In anderen Dörfern sieht es zum Teil noch „traurig“ aus: doch das soll sich bald ändern.

Studenten und Studentinnen der Technischen Hochschule Aachen haben in 14 Zülpicher Ortsteilen mit einer Bestandsaufnahme begonnen, die den Rahmen für das „Dorferneuerungskonzept“ bilden soll. Leiter der Studienarbeit ist Diplomingenieur Westerheide, Bauassessor am Lehrstuhl für Städtebau und Landesplanung der Technischen Hochschule (TH) Aachen. Die Kosten für die Vorarbeiten sind auf rund 8 000 Mark veranschlagt worden. Die Stadt Zülpich hofft, daß das Landesamt für Agrarordnung in Münster diesen Betrag übernimmt.

An dem Projekt sind 30 Studenten beteiligt. Nach Angaben des Ingenieurs Westerheide im Planungsausschuß der Stadt will die TH Aachen im Rahmen ihrer Studienarbeiten jenen Gemeinden helfen, die finanziell nicht gut ausgestattet und auf Zuschüsse aus dem kommunalen Ausgleichsstock angewiesen sind.

Bei dem Rundgang durch die Dörfer hören die Studenten neben interessierten Bürgern auch die Ortsvorsteher, alle Vereinsvorstände und Vertreter der Landwirtschaft an, selbstverständlich auch die Stadtverwaltung und die zuständigen land-



DAS ENZENER ORTSBILD läßt noch einiges zu wünschen übrig. Die Dorferneuerung soll den Ort entscheidend verschönern.
Bild: Otto Becker

wirtschaftlichen Dienststellen. Bis Ende Juli soll die Befragung abgeschlossen sein.

Die Studenten wollen bei ihren Rundgängen herausfinden, wo im jeweiligen Ort die Konflikte und wo die Besonderheiten und „Schokoladenseiten“ liegen.

Aufbauend auf dem Grundkonzept werden Verbesserungsvorschläge für die Dörfer gemacht. Dabei geht es unter anderem auch um die Anlage von Grünflächen, um eine vernünftige Behausungsstruktur und die Verkehrsplanung.

Die Pläne werden später den Bürgern vorgestellt, damit sie Anregungen geben oder Bedenken vortragen können. Ingenieur Westerheide rechnet damit, daß die Arbeit bis Ende April nächsten Jahres abgeschlossen sein wird.

Grundsätzlich wurde das Vorhaben von den Zülpicher Aus-

schußmitgliedern und der Verwaltung begrüßt. Die Fortentwicklung der Ortsteile in geordneten Bahnen wird für notwendig gehalten. Zu den Dörfern, in denen auf diesem Gebiet der Nachholbedarf besonders groß ist, muß Enzen gerechnet werden. Das Enzener Ortsbild gehört nach Meinung von CDU-Fraktions Sprecher Heinrich Marx zu den „schlechtesten“ im Zülpicher Stadtgebiet.

Eine kritische Stimme kam von CDU-Vertreter Karl Kloock aus Geich, der von Beruf Landwirt ist. Er warnte vor einer „Dorfrückentwicklungsplanung“ und verwies auf die Schwierigkeiten in Mülheim-Wichterich beim Ausbau der Ortsdurchfahrt und der damit verbundenen Verkehrsberuhigung. Bis heute sei dort der Ärger noch nicht ausgestanden. Kloocks Fraktionskollege Ernst Wollenweber begrüßte dagegen das Vorhaben. Wichtig sei, so Wollenweber, daß besonders die Bürger in den Dörfern mitmachen.

einzubringen, kaum entwickelt sind. Auch die Ausbildung muß hierzu Hilfestellungen geben.

Phasen der Bürgerbeteiligung

Die erste Bürgerversammlung wurde zu Ende der Analysephase durchgeführt. Dadurch sollte eine frühzeitige Diskussion mit den Bewohnern über die Problemeinschätzung der Studentengruppe in Gang gesetzt und die Wünsche und Einwände in die Konzeption einbezogen werden. Die Ankündigung erfolgte durch Handzettel, Ankündigungspakete, die örtliche Presse und gezielte persönliche Einladung der befragten »Schlüsselpersonen« etc. Die mit sehr viel Herzklopfen vorbereiteten Bürgerversammlungen wurden nach einem ähnlichen Schema aufgebaut: Vortrag über die Dorf- und Siedlungsgeschichte, problemorientierte »Spaziergänge« durch das Dorf mit Dias, zusammenfassende Darstellung der festgestellten Qualitäten und Mängel aus Studentensicht.

Zum Ende der Bearbeitung wurden alle Ergebnisse in Form von Ausstellungsplakaten (DIN A 1) vor Ort in einem Zeitraum von 3–10 Tagen ausgestellt und in einer abschließenden Bürgerversammlung, an der auch die Vertreter von Politik und Verwaltung teilnahmen, vorgestellt. Jeder Bewohner hatte die Gelegenheit, zum Selbstkostenpreis die verkleinerten Ergebnisse der Arbeit (DIN A 3-Broschüre) zu bestellen. Hiervon wurde rege Gebrauch gemacht, was für uns die Gewähr darstellte, daß die Ergeb-

nisse nicht in der Verwaltungsschublade versickern.

Auch in der Wahl der Darstellungstechniken spielte die auf die Bewohner ausgerichtete Planung eine große Rolle: verständliche Texte, viele Fotos und verdeutlichende Skizzen und Perspektiven, Darstellung des Dorfgrundrisses als Isometrie usw.

Die Resonanz in den Ortsteilen auf die Bürgerbeteiligung war ganz unterschiedlich. In einem Dorf stellte die Bürgerversammlung die erste Zusammenkunft der Bewohner seit Jahren dar; in einem anderen blockierte der Ortsvorsteher geschickt die Arbeit der Studenten, indem er den Termin für die Bürgerversammlung auf den Tag des dörflichen Sportfestes legte und so die Anzahl der Zuhörer entsprechend gering war. Die Beteiligung reichte von einem »schwachen« Besuch von nur 20 Einwohnern bis hin zu einer Versammlung mit Festcharakter (so wurde in Ülpenich der Vortrag durch musikalische Einlagen des »Tambour- und Fanfarenkorps Loreley-Ülpenich unterteilt).

In vier Dörfern konnten Arbeitskreise gebildet werden, die sehr rege an der Konzeption mitarbeiteten und die auch nach Abschluß des Projektes weiter bestehen und die Geschehnisse des Dorfes in die Hände genommen haben. Aus den Arbeitskreisen heraus wurden Bürgeranträge zur Verwirklichung einzelner Maßnahmen gestellt; einige Anregungen wurden in Selbsthilfe umgesetzt.

Die Studenten stellten sich auf die Stufe von Beratern, die lernbereit Anregungen aus den Dörfern annahmen.

Oktober 1988

Liebe Ülpenicher!

Unser 1. Arbeitsschritt ist nun weitgehend abgeschlossen. In ihm haben wir versucht das Dorf zu analysieren und charakterisieren.

In der Bürgerversammlung, zu der wir Sie hiermit herzlich einladen, möchten wir Ihnen die bisher erarbeiteten Ergebnisse vorstellen.

Der 2. Arbeitsschritt soll nun beginnen. Neben der weiteren Ausarbeitung sollen Verbesserungsvorschläge erstellt werden.

Wir freuen uns, wenn Sie die Bürgerversammlung zum Anlaß nehmen, um uns auf Problempunkte hinzuweisen und Anregungen zu geben.

Datum: 26. 10. '88

Ort : GASTSTÄTTE BOHN

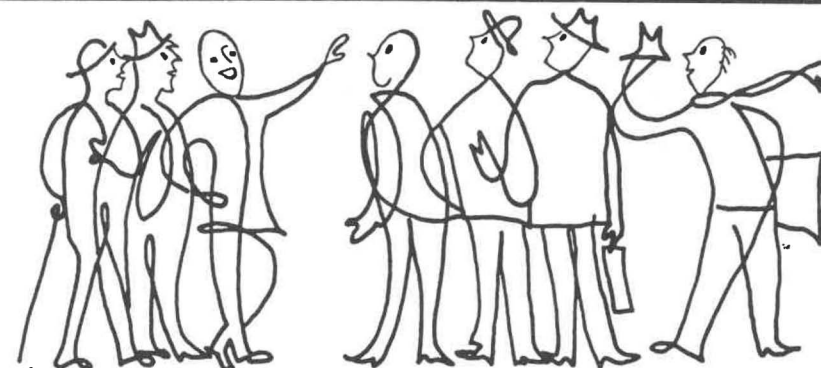
Zeit : 19.00 Uhr

unter Mitwirkung einiger Ortsvereine

Mit freundlichen Grüßen

H. Stunz

A. Rühlweier



BÜRGERVERSAMMLUNG IN ÜLPENICH

Abb. 11.2 Einladung zur 1. Bürgerversammlung in Ülpenich

Zwei Studentinnen stellen Planungskonzept vor

Enzener Bürger sind am Dienstag in der „Linde“ zu einer Informationsversammlung eingeladen

aci Enzen/Zülpich. Ein Jahr lang haben sich die Studentinnen und Studenten der RWTH Aachen intensiv mit neun Zülpicher Ortsteilen beschäftigt. Nun können sie ihre Planungskonzepte zur Entwicklung der Dörfer vorstellen.

Den Beginn machen Barbara Thiel und Marie-Theres Kruse am Dienstag, 23. Mai, in der Enzener Gaststätte „Zur Linde“. Dort sind seit Donnerstag bereits die Ergebnisse ihrer Studienarbeit in einer interessanten Ausstellung zu sehen.

Die beiden Studentinnen hoffen natürlich, daß zu der Bürgerversammlung am Dienstag möglichst viele Besucher, insbesondere Enzener Bürger, erscheinen. Eingeladen sind alle interessierten Zülpicher.

Dieses Studienprojekt war den Studentinnen und Studenten von der Hochschule angeboten worden. Es war keine Pflichtveranstaltung.

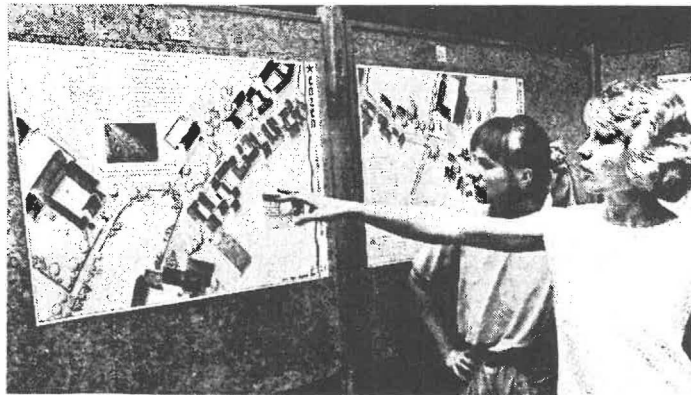
Den beiden Architekturstudentinnen Barbara Thiel und Marie-Theres Kruse hat die Arbeit in Enzen sehr viel Freude gemacht. Sie hätten anhand dieses Projekts die Möglichkeit gehabt, die Arbeit in der Praxis und Realität kennenzulernen.

Besonders während der Phase der Bestandsaufnahme ha-

ben sich die beiden jungen Damen oft in Enzen aufgehalten und zahlreiche Kontakte mit den Dorfbewohnern gehabt. Dieses Dorf zu durchleuchten, so meinen sie, sei aufgrund der Gegebenheiten besonders interessant gewesen. Bei ihrer Arbeit haben die

Studentinnen die Erfahrung gemacht, daß die Durchgangsstraße hinsichtlich aller anstehenden Planungen und aller Aktivitäten der Anwohner einen besonderen Knackpunkt darstellt. Mit ihrem Ausbau stehe und falle die weitere Entwicklung im Dorf. So lange sich in

dieser Richtung nichts tue, könne man von den Bürgern keine Eigeninitiative erwarten. Natürlich haben die Studentinnen sich ihr eigenes Bild gemacht und interessante Vorschläge entwickelt. Die werden sie am Dienstag in der Infoveranstaltung vorstellen.



Marie-Theres Kruse und Barbara Thiel vor einer Ausstellungstafel in Enzen.

Foto: Becker

Abb. 11.3

Gleichzeitig handelten sie nicht im Auftrag der Stadt oder waren an politische Ziele gebunden, so daß sie sich noch stärker zum Anwalt des Dorfes machen konnten. Die Bewohner stellten große fachliche Anforderungen an die Studenten, die bis zur Kostenschätzung einer Verkehrsberuhigungsmaßnahme reichten. Die meisten nahmen diese Herausforderung an und stürzten sich noch intensiver in die Arbeit.

Die Verbindung einer eigenen prakti-

schen Erfahrung bei der Bürgerbeteiligung mit Rückkoppelung zu den Erfahrungen der anderen Gruppen (viele besuchten die Bürgerversammlungen der anderen Bearbeiter als Protokollanten und Helfer) als auch die theoretische Reflexion im Projektplenum waren sehr wichtig. Nicht zuletzt wurde diese konkrete »Praxiserfahrung« mit der Bewohnerbeteiligung als die positivste Erfahrung im »Zülpich-Projekt« angesehen.

12. Anhang

Dorfentwicklungskonzepte Zülpich

Bearbeiter/innen:

1. *Bessenich*: Otfried Jaeger/Matthias Schütz
2. *Bürvenich*: Christoph Lesch/Erik Fiss/Irene Hack
3. *Enzen*: Barbara Thiel/Marie-Theres Kruse
4. *Dürscheven*: Regina Götze/Christiane von Reinersdorf
5. *Juntersdorf*: Karolin Fehl/Heike Nienaber
6. *Langendorf*: Andreas Decker/Gabriela Hogeweg
7. *Linzenich*: Andrea Erken-Stolzenbach/Hedi Faßbender
8. *Lövenich*: Birgit Lemmen/Reinhold Weiss
9. *Merzenich*: Christiane Brandt/Birgit Bartsch
10. *Nemmenich*: Frauke Markmann/Dorothea Davidson/Bernd Hilgert
11. *Niederelvenich*: Christiane Conrady/Afra Creutz/Reiner Quabeck
12. *Oberelvenich*: Christiane Conrady/Afra Creutz/Reiner Quabeck
13. *Sinzenich*: Holger Müller/Brigitte Lammertz
14. *Ülpnich*: Hildegard Schwab/Stephanie Hüvelmeier

»Ideenbörse« Dorfentwicklungsprojekt Zülpich

Bearbeiter/innen

- Ökologischer Lehrpfad*: Christiane Conrady/Afra Creutz/Reiner Quabeck
Obstwiesen: Andreas Decker/Gabriela Hogeweg
Landwirtschaft und Ökologie: Christoph Lesch/Erik Fiss/Irene Hack
Bauhistorischer Führer: Karolin Fehl/Heike Nienaber
Gestaltungsfibel: Otfried Jaeger/Matthias Schütz
Kampagne für handwerkliches Bauen...: Holger Müller/Brigitte Lammertz
Neues Bauen im alten Dorf: Barbara Thiel/Marie-Theres Kruse/Hildegard Schwab/Stephanie Hüvelmeier
Ummutzungsvorschläge...: Andrea Erken-Stolzenbach/Hedi Faßbender
Mobile Versorgung: Birgit Lemmen/Reinhold Weiss
Bildung und Kultur: Regina Götze/Christiane von Reinersdorf

Die Autoren

Dipl.-Ing. HILDEGARD SCHRÖTELER-VON BRANDT, geb. 1952, Architekturstudium an der RWTH Aachen mit Studienschwerpunkt Städtebau. Nach freiberuflicher Tätigkeit und Mitarbeit in einem Verkehrsplanungsbüro seit 1984 Wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Planungstheorie an der Architektur fakultät der RWTH Aachen

Dipl.-Ing. BAUASSESSOR ROLF WESTERHEIDE, geb. 1952, Architekturstudium mit Studienschwerpunkt Städtebau an der

RWTH Aachen mit anschließendem Städtebaureferendariat. Nach Abschluß als Bauassessor seit 1983 Wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl für Städtebau und Landesplanung der RWTH Aachen.

Neben der Betreuung zahlreicher Studienprojekte zum Thema »Dorfentwicklung« führten beide Herausgeber 1987 ein Kolloquium »Neue Wege braucht das Land – Möglichkeiten und Chancen der Dorfentwicklung in NRW« an der RWTH Aachen durch.

Tagungsberichte

Schadet die Wissenschaft dem Dorf? *

Die politische Behandlung des ländlichen Raumes ist mehr und mehr zu einer urban-zentralistischen Fremdsteuerung durch die Großbürokratien geworden. Dies hat in Gemeinden und Dörfern zu nachhaltigen Defiziten geführt, vor allem bezüglich der demokratischen Selbstbestimmung und der öffentlichen und privaten Infrastruktur. Raumordnung und Landesplanung und die verschiedenen Fachressorts des Bundes und der Länder haben durch diverse »Reformen«, z. B. im Schul-, Post-, Bahn-, Polizei-, Agrar- und Kommunalbereich, Kompetenzen und Einrichtungen zentralisiert, d. h. aus zahllosen Dörfern abgezogen. Die ländlichen Siedlungen, in der Raumordnung und Landesplanung oft als »Fläche« behandelt und damit diskriminiert, erfahren somit eine ständige Schwächung ihrer Bestände an Autonomie, Infrastruktur und Arbeitsplätzen.

Welche Rolle spielt die Wissenschaft in diesem Prozeß?

1. Wissenschaft – ein Erkenntnis- und Steuerungsfaktor der Zentralen

Die Wissenschaft arbeitet und gedeiht überwiegend nicht auf dem Lande und nicht in den Dörfern, sondern im Bezugsfeld der Städte, der wirtschaftlichen und politischen Zentren. Urbanzentrale Verhaltensmuster prägen somit die wissenschaftliche Arbeit. Damit entfremden sich die in der Wissenschaft Tätigen auch als Personen in der Regel von den ländlichen Lebenswelten. Es ist wichtig zu wissen, daß Wissenschaft überwiegend vom Staate finanziert wird, d. h.

* Zusammenfassung der Ergebnisse des 7. interdisziplinären Essener Dorfsymposiums in Bleiwäsche, Kreis Paderborn, vom 7. und 8. Mai 1990

sie steht in Abhängigkeit von ihren zentralen Geld- und Auftraggebern. Wissenschaft spiegelt insofern die hierarchischen Machtstrukturen des Staates wider, sie organisiert sich selbst hierarchisch und läßt den Aufstieg von Nachwuchskräften nur in Anpassungsvorgängen zu. Urbanzentrale Forschungsinhalte und -strategien sind daher in der Wissenschaft dominant.

Traditionelles ländliches Leben basiert überwiegend auf dem komplexen Fundus von Erfahrungswissen. Im herkömmlichen Forschungsprozeß ist aber jedes Erfahrungswissen kritisierbar; die allein nach rationaler Analyse mit meßbaren Methoden arbeitende Wissenschaft bildet ihre eigenen Vorstellungen bzw. Sinnprovinzen, die von den realen Gegebenheiten und Lebenswelten des ländlichen Raumes sehr weit entfernt sein können. Dadurch entsteht eine immer größere Entfremdung zwischen der wissenschaftlichen und bürokratischen Intelligenz der Städte von den Erfahrungskompetenzen und Selbststeuerungsmöglichkeiten des ländlichen Raumes.

Spätestens seit dem Ausgang des letzten Jahrhunderts prägt die nicht-agrarische Wirtschaft die übrigen Lebensbereiche. Mit der Entwicklung der Industriegesellschaft gehen weltweit Konzentrationsprozesse einher, wobei mehr die urbanen Zentren dominieren. Der ländliche Raum, dessen herkömmlichen »Machtpotentiale« Bevölkerung und Landwirtschaft rapide an Bedeutung verloren haben, erfährt allein durch den ökonomischen Prozeß zunehmend eine urbanzentralistische Fremdsteuerung.

Die Wissenschaft ist zum Wegbereiter und Mitträger dieser politisch-wirtschaftlichen Fremdbestimmung des Dorfes geworden. Sie folgte in der Regel opportunistisch den wechselnden Steuerungsidealen der zentralen Bürokratie. Sie setzte meist auf das, was gerade aktu-

ell ist, und unterstützte jeweils die externen Modernisierungs- oder Erhaltungsschübe für den ländlichen Raum, ohne das reiche Lebenswissen der Dörfer hinreichend wahrzunehmen bzw. zu respektieren.

Sehr geschadet hat dem Dorf das in den Raumwissenschaften und in der Politik als Ordnungsideal und Steuerungsmittel dominierende Zentrale-Orte-Konzept. Das in den 1930er Jahren von Walter Christaller entwickelte Modell, das anschließend als Konzept zur »Beherrschung des Raumes« eingesetzt wurde, wird überwiegend immer noch als ein quasi wissenschaftliches »Naturgesetz« betrachtet. Das zentralörtliche Raumordnungskonzept, das eine Umverteilung von Ressourcen zugunsten der Zentren anstrebt und vielfach bewirkt hat, basiert eher auf Ideologie und weniger auf Wissenschaft: Die Wirklichkeit der von Menschen geschaffenen vielgestaltigen Siedlungs- und Infrastrukturlandschaft muß sich einer »Theorie« unterordnen, nach der Städte und Dörfer sich aufgrund zentral von oben gesetzter Normen zu entwickeln haben.

Da die große Masse der deutschen Dörfer vom Zentrale-Orte-Konzept als »Nichtzentrum« abqualifiziert wurde, kam es hier zu einem »planvollen« Abbau gewachsener Infrastruktureinrichtungen und Arbeitsplätze. Zahlreiche zentralistische Reformen (s. o.) haben diesen Abbau ausgelöst oder beschleunigt. Die weit überwiegende Mehrheit der ländlichen Siedlungen wurde damit durch staatliche Planung zu Wohnpendlerstandorten ohne Autonomie, Infrastruktur und Arbeitsplätze degradiert. Daß Politik und Wissenschaft sich von den Vorstellungen und Bedürfnissen der Menschen vor Ort entfernt haben, wird den Bürgern dadurch zunehmend bewußt. Viele flüchten in Resignation oder Abkehr von lokal-politischen Fragen und Aufgaben. Gegenüber wissenschaftlichen Tätigkeiten und Planungen hat sich in der ländlichen Bevölkerung deswegen vielfach Skepsis und Abwehr entwickelt, weil die Diskrepanz zwischen externen Experten und dörflicher Alltags- und Lokalkompetenz immer deutlicher wird.

Die überwiegend den urban-zentralistischen Steuerungskraften der Politik und Wissenschaft

verpflichtete Wissenschaft hat dem ländlichen Raum ohne Zweifel geschadet. Vor allem hat sie das Lebens- und Alltagswissen der Bevölkerung zu wenig wahrgenommen, die Kompetenz und Selbststeuerungskraft des Dorfes unterschätzt und untergraben.

2. *Wie kann die Wissenschaft »für das Dorf« arbeiten?*

Die inhaltlich wichtigsten Ergebnisse des Symposiums lauteten: Die durch die bisherige politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Fremdbestimmung entmündigten Dorfbewohner und -politiker müssen wieder größere Verantwortungs- und Gestaltungsspielräume erhalten. Das herkömmliche Zentrale-Orte-Konzept zur Steuerung der Entwicklung ländlicher Regionen ist – wenn es nicht durch etwas Besseres ersetzt werden kann – zumindest zugunsten der insgesamt 16000 »nichtzentralen« Dörfer in der BRD zu modifizieren oder zu ergänzen. Hier kann und muß die Wissenschaft ihre Bemühungen intensivieren.

Zunächst ist es notwendig, von den absoluten zentralistischen Standardlösungen Abstand zu nehmen. Im Interesse des ländlichen Raumes ist der Blick auf die kommunale und lokale Ebene zu richten. Vorrangig ist, daß die für den ländlichen Raum tätigen Wissenschaften die Ressourcen, Kompetenzen und Selbstverantwortungspotentiale des ländlichen Raumes und seiner Bevölkerung durch Analysen verdeutlichen und durch Beratung, Moderation und Motivierung aktivieren.

Als erfolgsversprechende wissenschaftliche »Zugänge zum Dorf« wurden die wiederzubelebende Nutzung hermeneutischer Methoden und die sogenannte Handlungsforschung vorgestellt. Die Hermeneutik versucht die charakteristischen Eigenarten und Strukturen des Dorfes und die Lebenserfahrung seiner Bewohner durch Beobachtung, Gespräche und historische Spurensicherung zu ermitteln. Der Forscher bekennt sich dabei zu einer subjektiven, qualitativen Vorgehensweise, die weitgehend auf extern gesetzte Vorgaben und Normen verzichtet, aber

das eigene Arbeiten ständig und sorgsam reflektiert. Die Handlungsforschung nutzt ebenfalls die qualitativen Methoden der teilnehmenden Beobachtung und des freien Interviews; die klassischen Untersuchungskriterien wie »Objektivität« und »Normen« werden hintangestellt. Durch einen ständigen »Diskurs« (Gespräche, die methodisch und inhaltlich fortschreiten und zu Schlußfolgerungen gelangen) will die Handlungsforschung vor allem eine Aktivierung des Gemeinwesens Dorf erreichen.

Da die heute vielfach propagierte »ganzheitliche Wissenschaft« in der vorherrschenden europäischen Wissenschaftstradition offenbar nicht erreichbar ist, sollte Spezialisierung wenigstens nicht mehr nur auf das Einzelne bezogen sein, sondern auch auf Zusammenhänge bzw. vernetzte Strukturen. Das verlangt, die Erfahrungen ländlicher Lebenswelten und die Bedürfnisse der Menschen als fortwährenden Lernprozeß in die Forschungsziele für den ländlichen Raum einzubeziehen. Solche Forschung akzeptiert, daß das Untersuchte nicht nur Objekt ist, sondern zugleich ein Subjekt, das den Forschenden ständig beeinflusst. Qualitative, umfassende Forschung und das Verständnis des Forschungsprozesses als Diskurs können die Fremdbestimmung ländlicher Räume durch Wissenschaft herkömmlicher Ausprägung mindern helfen und den in den Wissenschaften Tätigen verdeutlichen, daß sie nicht objektferne intellektuelle Avantgarde, sondern verantwortliche Akteure sind.

Auf diese Weise kann zum einen der Gefahr einer neuen Romantisierung des Dorfes und des ländlichen Raumes im Sinne einer verklärenden Heimattümelei entgegengewirkt werden. Denn in dieser Hinsicht überaktive Forscher werden selbstkritisch erfahren können, wie die realen Probleme und Potentiale des ländlichen Raumes aussehen. Zum anderen können Wissenschaftler aus der Erkenntnis von räumlichen und strukturellen Vernetzungen Einflüsse auf Politik und Wirtschaft nehmen, wenn dort ausschließlich zentralistische Steuerungsmuster weitergepflegt werden.

Nachdem die Notwendigkeit der Abkehr vom herkömmlichen Zentrale-Orte-Konzept in der

Raum- und Infrastrukturplanung weitgehenden Konsens fand, wurde über innovative Bedarfskonzepte für die große Masse der »nichtzentralen« Orte nachgedacht. Die bisher von der Ministerialbürokratie starr fixierte »Mindestgröße« dörflicher Einrichtungen wurde heftig kritisiert, weil sie den »nichtzentralen« Orten kaum Chancen zur Entwicklung einer gleichwertigen Lebensqualität ermöglicht. Die Planung und Standortfixierung von Infrastruktur waren bislang im wesentlichen an bevölkerungsstatistischen Orientierungszahlen ausgerichtet, die man aus großstädtischen Gegebenheiten ableitete. Man geht aber heute zunehmend davon aus, daß derartige Durchschnittswerte von potentiellen Nutzern pro Einrichtung als Maßstab für »Versorgung« untauglich sind, daß diese in erster Linie quantitativen Kriterien durch die tatsächlichen qualitativen Versorgungsbelange vor Ort abgelöst werden müssen. Grundsätzlich sollten die Entscheidungen über Standorte und Qualitäten der dörflichen Infrastruktur wieder auf die regionale und lokale Ebene übertragen werden, um flexiblere und angepaßte Lösungen zu ermöglichen. Abschließend wurden einige konkrete, z. T. schon erprobte Beispiele und Modelle für eine dorfgerechte Infrastrukturpolitik vorgestellt:

- die vielgenutzte Möglichkeit in Baden-Württemberg, eine dörfliche Grundschule ab 40 Kindern zu eröffnen (in NRW derzeit erst ab 112 Kindern möglich!),
 - die Einrichtung von Verwaltungsstellen oder Bürgerbüros in eingemeindeten Dörfern,
 - die Übertragung von Zusatzfunktionen auf Dorfläden oder Gasthöfe (Post, Lotto, Bargeldversorgung u. a.),
 - die Eröffnung bürgereigener Lebensmittelläden in kleinen Dörfern,
 - die Gründung »dörflicher« Telestuben, um die Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechniken zu nutzen.
- Ohne Zweifel wird es schwierig sein (schon aufgrund des Beharrungsvermögens der zentralen Bürokratien und der herrschenden Wissenschaftskreise), das herkömmliche Zentrale-Orte-Konzept durch modifizierte, d. h. dezentralere und flexiblere Planungsleitbilder zu erset-

zen. Eine Zukunft haben die Dörfer jedoch nur, wenn dieser Paradigmenwechsel vollzogen wird. Die Wissenschaft wird deshalb aufgerufen, ihre Arbeit an derartigen Planungskonzepten

Denkmalpflege und Tourismus*

»Übermaß schadet« oder »Maßlosigkeit zerstört« – diese beiden uralten Sprichwörter können das Verhältnis der Denkmalpflege zum Tourismus kennzeichnen.

Es besteht kein Zweifel an folgenden Fakten – das haben die beiden vorausgegangenen Tagungen ergeben und das hat die diesjährige Tagung bestätigt:

1. Kulturdenkmäler

Seien es einzelne herausragende Bauten oder ganze historische Stadtbilder, seien es bedeutende Museen oder bemerkenswerte ländliche historische Strukturen, Kulturdenkmäler sind die wesentliche Grundlage, sind die »Attraktionen« touristischer Ziele. Ohne diese Kulturdenkmäler gäbe es keine Kulturlandschaft und ohne Kulturlandschaft keinen Kultur-Tourismus. Alle öffentlichen wie privaten Investitionen an Kulturdenkmälern dienen also grundsätzlich der Förderung des Tourismus.

In touristisch bislang nicht besonders attraktiven Regionen können sinnvolle und behutsame

* III. Internationales Symposium »Denkmalpflege und Tourismus« vom 7.–10. November 1990 in Trier

ten bzw. Entwicklungsmöglichkeiten zu intensivieren, um den ökonomischen und politischen Zentralisierungstendenzen – zugunsten der ländlichen Lebensräume – entgegenzuwirken.

Investitionen an oder in Kulturdenkmäler neue touristische Entwicklungen anregen und aufblühen lassen. Voraussetzung ist, daß alle Restaurierungen und Maßnahmen aus den Denkmälern selbst, d. h. aus ihren historischen Gegebenheiten und Möglichkeiten entwickelt werden, und daß nicht ein vorgegebenes Programm von außen gewaltsam »überstülpt« wird.

Mit anderen Worten: Es gilt, das vorhandene kostbare Kapital der Kulturdenkmäler zu entfalten, nicht selbstzerstörerisch auszubeuten. Diese Forderung gilt ganz besonders auch für die fünf neuen Bundesländer, das Gebiet der ehemaligen DDR, die einen ungeheuer reichen, wenn auch teilweise desolaten Schatz an wertvoller Denkmalsubstanz besitzen, der zu einem wertvollen Bestandteil eines künftigen blühenden Tourismus in diesem östlichen Teil der Bundesrepublik werden kann, der aber ebenso leichtfertig und unbedachtsam vertan werden kann.

Das Verhältnis Denkmalpflege und Tourismus wird in dem Augenblick fatal, wo Kulturdenkmäler wegen einer machtvoll angestrebten Tourismusförderung »mißbraucht« werden, d. h. so verändert, umgenutzt, aufpoliert, technisch vervollkommen werden, daß ihre historischen Zeugniswerte mehr oder weniger verloren gehen.

2. Tourismus

Tourismus ist – neben vielen anderen Gegebenheiten – eine Möglichkeit zur finanziell-wirtschaftlichen Erhaltung von Kulturdenkmälern. Die Spannweite reicht von Eintrittsgeldern über gastronomische Nutzung bis hin zu Spenden und öffentlichen Investitionen aufgrund der allgemeinen Wirtschaftsförderung einer Region durch Tourismus. Diese Chance, Kulturdenkmäler durch Tourismus zu erhalten, ist so lange anerkennens- und unterstützenswert, wie in einer vertretbaren und verantwortbaren Weise die historisch-kulturellen Zeugniswerte eines Kulturdenkmals touristisch präsentiert werden, und nicht umgekehrt das Kulturdenkmal zum Dienen gemacht wird, d. h. zu etwas, was man ausnutzen, ausbeuten kann, weil man ja dafür bezahlt. Statt des irreführenden Begriffs »sanfter Tourismus« müßte deshalb richtiger von »rück-sichtsvollem« oder »angemessenem Tourismus« die Rede sein.

Ergebnisse und Anregungen

Denkmalpfleger und Landschaftsschützer können nur immer wieder mahnend auf die negativen Folgen des »Nicht-Maßhaltens« im Verhältnis Denkmalpflege und Tourismus hinweisen und zu den notwendigen wirtschafts- und kulturpolitischen Entscheidungen aufrufen. Dazu gehört die *politische Bereitschaft*, die nachfolgenden Anregungen, Vortrags- und Diskussionsergebnisse umzusetzen:

1. Jeder freie Bürger hat Recht und Anspruch auf Bildung, also auch auf Bildungserlebnisse durch Kulturreisen. Zu diesem Recht gehört aber andererseits auch die Pflicht zur ausreichenden Information über das besuchte Andersartige und Fremdartige – denn nur das, was man kennt und damit anerkennt, kann man achten und schonen. Weiterhin gehört dazu eine Bewußtseins-schulung über die Folgen und Auswirkungen, auch die negativen, des eigenen touristischen Handelns. Die systematische, wissenschaftliche Dokumentation und Erforschung der Kulturdenk-

mäler (wozu den Denkmalämtern einschließlich Archäologie vielfach die Voraussetzungen fehlen) ist notwendige Grundlage einer soliden breiteren Information. Zur touristischen Aufarbeitung und Weitergabe dieses Wissens sind alle am Tourismus Beteiligten aufgerufen, von Schule und Ausbildung über den Verleger, die Medien, den Reisenden selbst und den Reiseveranstalter bis zum Gastgeber.

2. Der touristische Gast ist nicht nur mit einer »idealen Kunstlandschaft« und »heilen Naturwelt« zu locken, sondern man muß ihn teilhaben lassen an der ganzen – auch widersprüchlichen – Erlebnisvielfalt des gastgebenden Landes, wozu der kundige Blick in die Vergangenheit ebenso gehört wie das offene Auge für die Gegenwartsprobleme (es gibt allerorten gefährdete Kunst und bedrohte Natur).
3. Es kommt darauf an, touristische Zentren aus kulturhistorischen oder bauhistorischen Vorgaben zu schaffen, die nicht nur rein kommerziell funktionieren – diese Basis erschöpft sich allzusehr –, sondern die eine geistig-schöpferische und auch didaktische Ausstrahlung auf die gesamte umliegende Region bewirken, diese damit produktiv und letztlich bleibend prägen (die Geschichte kennt viele solcher geistiger, landschaftsprägender Kulturzentren, die heute Angelpunkte des Tourismus sind).
4. Bei den durch Massentourismus akut gefährdeten Spitzenwerken unserer Kultur sind gegebenenfalls durch organisatorische Maßnahmen Besucherbeschränkungen zu realisieren, notfalls Teilsperren hinzunehmen oder Ersatzlösungen zum Schutz der wertvollen Originale anzubieten. (Im Naturschutz sind Reservate als Schutzbereiche längst selbstverständlich.)
5. Eine dichte, gewachsene Kulturlandschaft darf nicht durch die Schaffung neuer künstlicher, modischer touristischer Zentren »vermarktet« und damit verbraucht werden, sondern sie ist durch vorhandene freie oder ungenutzte Kapazitäten zu beleben, d. h. z. B. kon-

ekret statt steriler, künstlicher »Ferienghetos« Ferien in den vorhandenen, aber sich allmählich besonders in ihrem historischen Bestand entleerenden historischen Orten und Dörfern.

6. Die belastenden Tourismus-Konzentrationen auf einzelne Denkmäler oder Regionen können dadurch entzerrt werden, daß in touristisch nicht oder weniger aktivierten Kulturlandschaften vorhandene, aber noch nicht geackte Möglichkeiten erschlossen und genutzt werden. Ein rhythmischer 2- oder 3jähriger oder jahreszeitlicher Wechsel von Angeboten oder Schwerpunkten oder auch Sonderprogrammen kann ebenfalls helfen, das Massenproblem zu entflechten.
7. Kultur- und Bildungstourismus sollte auf das ganze Spektrum historischer Kulturzeugnisse hinführen, von der Kathedrale bis zur Wohnsiedlung, vom Schloß bis zum Industriedenkmal, also nicht nur das herausragende, besonders gefahrenanfällige Kunstwerk, sondern auch Denkmäler und Denkmallandschaften im Sinne des heutigen gesetzlich umschriebenen Denkmalbegriffs.

Europäische Perspektiven

Der Tagungsort Trier ermöglichte grenzübergreifende Überlegungen, besonders für den Raum Luxemburg, Belgien, Lothringen und das westliche Rheinland-Pfalz, seit ca. 200 Jahren politisch getrennt, aber seit über 2000 Jahren kulturell verwoben. Ziel ist:

1. das Bewußtmachen eines touristisch wenig entwickelten, doch kulturell reichen, weitgehend ländlich geprägten Raumes.
2. das Herausarbeiten sowohl der kulturellen Gemeinsamkeiten wie der kulturellen Eigenständigkeiten der verschiedenen Regionen und
3. die Erarbeitung grenzübergreifender Gemeinschaftsprojekte, z. B. Kulturrouten.

Bei der Umsetzung dieser Ziele gelten selbstverständlich ebenso die dargelegten Ergebnisse und Anregungen des Symposiums. Vor Pauschalangeboten ist zu warnen; Differenzierung auf ei-

nem mehrspurigen Tourismus und Selektionen nach Interessen und Zielen sind geboten.

Deutsche Perspektiven

Die deutsche Vereinigung bedeutet in den fünf östlichen Bundesländern für Denkmalpflege und Tourismus große Chancen und Gefahren zugleich.

1. der äußerst reiche Bestand an Kulturdenkmälern und historischen Stätten sowie die langjährige Abgeschlossenheit begründen einen großflächigen touristischen Bedarf und ein drängendes Verlangen, Versäumtes nachzuholen. Die derzeit noch unzureichende Infrastruktur und der vielfach schlechte Bauzustand der Denkmäler wirken dabei zur Zeit noch hemmend.
2. Diese geschilderten Voraussetzungen werden schon bald ein rasant wachsendes Investitionsinteresse der Tourismusbranche hervorrufen (z. B. derzeit viele große Hotelprojekte in kleinteiligen Altstädten, in historischen Baudenkmalern sowie an oder in historischen Parkanlagen). Es drohen schnelle Erfolgs- und Gewinnabsichten, statt behutsam-organischer Entwicklung in einer Region, in der die Vorstellung »Kommerzialisierung des Tourismus« bislang unbekannt war und die damit zur Zeit überfordert wird – die Kulturdenkmäler und die Kulturlandschaften werden das Opfer sein, wenn nicht Gewinnstreben durch Verantwortungsbewußtsein gesteuert wird.

Die Tagungsteilnehmer stimmten, ausgehend von den Vorträgen und sehr regen Diskussionen, diesem Resümee zu und verabschiedeten die beiden nachfolgend abgedruckten Resolutionen:

Aufruf von Trier zur Denkmalpflege in den neuen Bundesländern

Das III. Internationale Symposium »Denkmalpflege und Tourismus« – Mißtrauische Distanz

von Nöten. Insbesondere die Sicherung und Sanierung der Dächer muß Priorität haben.

Die Vorträge und Diskussionen der Tagungsteilnehmer sowie die abendliche Podiumsdiskussion mit dem Präsidenten des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Herrn Prof. Dr. Breitenbach, Kultusminister des Saarlandes, machten deutlich: Eine rücksichtsvolle Tourismusstrategie hilft ebenso wie eine gezielte Wohnungsbaupolitik Denkmale, historische Stadt- und Ortskerne zu bewahren; denn die touristische Erschließung ist eine Chance für den Denkmalschutz und die Denkmalpflege in den fünf neuen Bundesländern.

Ein Votum für das Rheintal

Die Teilnehmer des III. Symposiums für Denkmalpflege und Tourismus vom 7. bis 10. November 1990 in Trier wurden unterrichtet, daß zur Zeit eine raumordnerische Überprüfung für den Standort eines großen Ferienzentrums oberhalb von Oberwesel bei Langscheid durchgeführt wird. Ohne den Ergebnissen dieses Raumordnungsverfahrens vorgreifen zu wollen, soll diese Resolution zu einer objektiven fachlichen Beurteilung des Vorhabens beitragen.

Die landesplanerischen Zielsetzungen für den historisch bedeutsamen Raum der mittelrheinischen Kulturlandschaft sehen eine, den Bedürfnissen von Landschaft und Bevölkerung angemessene, maßstäbliche Entwicklung vor. Diesen Zielsetzungen widerspricht das Gran Dorado-Ferienzentrum in mehrfacher Hinsicht:

1. Die künstliche, nicht in der Landschaft gewachsene Siedlung sprengt durch Größe und Standort den vorgegebenen Maßstab der Kultur-Landschaft.
2. Das Heranrücken von Teilen der Siedlung an die Abbruchkante des Rheintales ist ein nicht mehr tolerierbarer Eingriff in die Kulturlandschaft. Der Maßstab, den die Dorflandschaften auf der Höhenterrasse und die Städte Oberwesel, Kaub mit Pfalzgrafenstein und Bacharach im Rheintal setzen, erfordert ein sensibles Eingehen auf diese Voraussetzun-

oder fruchtbare Partnerschaft – 7. bis 10. November in Trier, an dem über 200 Kulturpolitiker, Denkmalpfleger, Kunsthistoriker, Tourismus-Theoretiker und -Praktiker und – nicht zuletzt – auch private Denkmaleigentümer aus Mitteleuropa teilgenommen haben, hatte sich in besonderem Maße der Denkmal- und Tourismussituation in den neuen deutschen Bundesländern gewidmet.

Dabei wurde rasch deutlich, wie gefährdet die große Menge der Denkmale in diesen Ländern ist und zugleich, welche reiche Kultursubstanz dort trotz jahrzehntelanger verfehlter Politik noch vorhanden ist. Die Betonung liegt auf *noch*; denn die Denkmalsubstanz in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen ist extrem gefährdet.

Ein massiver Verlust von historisch wertvoller Bausubstanz in den Städten und Dörfern Mittel- und Ostdeutschlands, insbesondere in den historischen Stadt- und Ortskernen, dürfte nicht ohne Rückwirkung bleiben auf das historische und kulturelle Bewußtsein und die Identität der dort Wohnenden. Die Teilnehmer des Symposiums waren sich einig, daß schnelle Hilfe Not tut, und zwar als Hilfe zur Selbsthilfe. Voraussetzung ist die schnelle Verabschiedung von Denkmalschutzgesetzen in den fünf neuen Bundesländern.

Das Wissen und die handwerkliche Kunst der ostdeutschen Restauratoren, Bauhandwerker und Denkmalpfleger ist zu aktivieren, zu bündeln und durch gezielte Weiterbildung zu fördern. Die kollegiale Hilfestellung und Beratung vor Ort durch westliche Baupolitiker, Denkmalpfleger und Verwaltungsfachleute ist wertvoll und muß gezielt stadt- und objektbezogen systematisiert und verstärkt werden.

Es gilt Anreize zu schaffen, daß sich auch qualifizierte Fachleute, Baubetriebe und Bauhandwerker sowie Restauratoren aus anderen europäischen Regionen zusätzlich in den fünf östlichen Bundesländern niederlassen und mithelfen, diese gewaltige Aufgabe der Rettung der historischen Bausubstanz zu bewältigen.

Rasche, zielgerichtete, finanzielle Hilfen sind

gen, die durch die jetzt bekanntgewordene Ausformung der Siedlung keinesfalls aufgenommen werden.

3. Das Rheintal ist durch bauliche Maßnahmen in den letzten Jahrzehnten so stark zersiedelt worden, daß weitere Eingriffe, vor allem in der Dimension des Gran Dorado-Ferienzentrums, in dieser Landschaft nicht mehr verantwortet werden können. Daneben würde die Genehmigung eines solchen Projekts einen Präzedenzfall darstellen, der bei den derzeit laufenden Überlegungen zum Ausbau von Loreley, Burg Katz und Ferienpark Dörscheid eine starke, diese Projekte fördernde Wirkung hätte.
4. Auf weitere, bei der Abwägung sicher einzubringende Güter sei nur am Rande hingewiesen, da sie nicht Gegenstand des Trierer Symposiums waren. Es sind dies die Folgen für die Umwelt aus den erforderlich werdenden

Infrastrukturmaßnahmen zur Ver- und Entsorgung dieses Gebietes, die durch den Betrieb von Anlagen zu erwartenden Immissionen und die zu vermutenden Umsatzeinbußen des regionalen Einzelhandels durch die massive Konkurrenz aus dem Gran Dorado-Ferienzentrum.

5. Ferner ist zu vermuten, daß die Aufnahme des Mittelrheins in die UNESCO-Liste des Weltkultur- und Naturerbes in Frage gestellt wird.

Die Teilnehmer des III. Symposiums für Denkmalpflege und Tourismus erwarten in der Abwägung zu diesem Verfahren eine Gewichtung, die der Bedeutung dieser Landschaft für die ganze deutsche Nation entspricht. Diese Landschaft des Mittelrheins ist ein Teil der Identifikation unserer Natur. Sie darf keinesfalls durchsichtigen ökonomischen Interessen geopfert werden.

Notizen

Berlin-Visionen

»Ideen für das Herz einer Großstadt« ist Titel einer Ausstellung, die bis zum 24. März 1991 im Frankfurter Architekturmuseum zu sehen ist und danach auf die Reise nach Turin, London und New York geht. 17 Architekten stellen ihre Entwürfe den realen Planungen der Stadt gegenüber. Fast durchgängig im Vordergrund steht dabei das stadtplanerische Wieder-Zusammenfügen der einstigen Metropole.

Zu einer »Verbrückung« der Gebäude zu beiden Seiten der ehemaligen Mauer mit schwungvollen Stegen rät der Franzose Bernard Tschumi. Mario Bellini will den mittelalterlichen Stadtkern neu beleben. Weitere Lösungen sind unter anderem ein breiter Boulevard zwischen Kurfürstendamm und Alexanderplatz, ein öffentlicher Park im Bereich der abgerissenen Mauer, aber auch eigenständige »Stadtinseln«.

Veranstaltungen

Forschungsinstitut für Realienkunde

Zum Thema »Visualisierung städtischer Ordnung. Zeichen – Abzeichen – Hoheitszeichen« führt das Forschungsinstitut für Realienkunde am Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg eine Tagung durch.

Seit dem 11. Jahrhundert schlossen sich die Stadtbewohner zu Genossenschaften zusammen und schufen sich Leitungsorgane. Das Stadtregiment bediente sich differenzierter Funktions- und Amtsträger namentlich im Bereich der Verwaltung und des Gerichts. Charakteristisch für diese neu geschaffenen Ämter ist nicht zuletzt der regelmäßige personelle Wechsel der Amtsinhaber nach festgelegten Zeitabschnitten. Dadurch potenzierte sich die Möglichkeit für den

Bürger, unbekanntem Amtsträgern gegenüberzustehen – wie für den Amtsträger, nicht hinreichend bekannt zu sein. Auf der Tagung soll die Frage gestellt werden, welche Konsequenzen diese neue Situation im Bereich der Realien hatte, welche Mißstände zur Festlegung besonderer Zeichen führten, wie diese Regelungen sich bewährten und was gegebenenfalls zu deren Beseitigung führte. Angesichts des interdisziplinären Charakters der Tagung basieren die Beiträge auf Schriftquellen, bildlichen Zeugnissen sowie Realien.

Behandelt werden Themen aus folgenden Bereichen: Rat und Gerichtsherren, Gericht, städtische Amtsträger, Kontrolle städtischer Normen: Maße, Gewichte, Münzen, Randgruppen und Minderheiten.

Das Tagungsprogramm ist erhältlich bei: Forschungsinstitut für Realienkunde, Germanisches Nationalmuseum, Postfach 9880, 8400 Nürnberg 1; Tel. (0911) 1331-174.

Institut für Städtebau und Wohnungswesen München

Im Herbst 1991 führt das Institut für Städtebau und Wohnungswesen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung nachstehende Fachtagungen durch. Die Teilnehmergebühr beträgt je nach Veranstaltung zwischen 140,- und 300,- DM:

»Planung in Klein- und Mittelstädten: Entwicklungs- und Erneuerungsfragen, Verkehr und ökologische Aspekte«, vom 18.–20. 9. in München.

»Denkmalpflege und Städtebau: Wertmaßstäbe und Rechtswerkzeuge des Denkmalschutzes und der Bauleitplanung«, vom 23.–25. 9. in Nürnberg.

»Abrechnung von Sanierungsmaßnahmen: Erfahrungen und Empfehlungen«, vom 26.–27.9. in München.

»Aktuelle Fragen des Planungsrechts: Erfahrungen, Rechtsprechung, Bezug zu Umwelt- und Denkmalschutzrecht«, vom 7.–8.10. in München.

»Stadtentwicklungsperspektiven und Gewerbestandorte«, vom 9.–11.10. in München.

»Erschließungsbeitragsrecht«, vom 14. bis 16.10. in München.

»Stadt- und Regionalplanung unter ökologischen Gesichtspunkten – Möglichkeiten und Grenzen an Fallbeispielen«, vom 16.–18.10. in München.

»Computereinsatz in der Stadt- und Regionalplanung: Erfahrungsaustausch zum aktuellen Stand von CAPL«, vom 21.–23.10. in München.

Anmeldung und Information: Institut für Städtebau und Wohnungswesen München, Steinheilstraße 1, 8000 München 2; Tel. (089) 521061.

Deutsches Institut für Urbanistik

Im 1. Halbjahr 1991 führt das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin folgende bundesweit ausgeschrieben Seminare durch:

»Vollzugs- und Planungsinstrumente des kommunalen Umweltschutzes« (6.2.–8.2.); »Wohnungssicherung und Wohnungsversorgung« (18.2.–22.2.); »Die marktgerechte Stadt. Dynamik der Veränderung und kommunalpolitische Kontrolle« (18.3.–21.3.); »Altlasten in der Bauleitplanung« (15.4.–18.4.); »Abfall vermeiden. Welche Handlungsspielräume haben Kom-

munen?« (22.4.–25.4.); »Multikulturelle Gesellschaft und kommunale Ausländerpolitik« (13.5.–16.5.); »Kommunale Kooperation in Deutschland« (26.5.–28.5.); »Kinder in der Stadt« (10.6.–14.6.).

Die Seminare finden in den Tagungsräumen des Deutschen Instituts für Urbanistik statt. Anforderungen von Einzelprogrammen, Anfragen und Anmeldungen an: Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 110, Postfach 126244, 1000 Berlin 12; Tel. (030) 390 01-258.

Center for Urban Well-Being

Vom 2.–6. Juli 1991 findet in Venedig die »10th International Making Cities Livable conference« statt. Die Konferenz wendet sich an Kommunalpolitiker, Architekten, Stadtplaner, Stadtgeographen sowie Sozialwissenschaftler.

Informationen: Suzanne H. Crowhurst Leonard, Ph.D. (Arch), IMCL Conference, P.O. box 7586, Carmel, Ca 93921, USA; Tel. (408) 626-9080.

Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt

Regionaltagung 1991 in Minden/Westf. vom 24.–26. Mai zum Thema »Minden: vom Bedeutungswandel einer Stadt«.

Internationale Städtetagung 1991 in Weimar vom 26.–29. September zum Thema: »Die alte Stadt in Ostdeutschland. Probleme, Praktiken, Prognosen.«

Anmeldung und Information: Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt, Marktplatz 16, 7300 Esslingen, Tel. (0711) 357670.

Besprechungen

Kersten Krüger (Hrsg.), *Europäische Städte im Zeitalter des Barock. Gestalt – Kultur – Sozialgefüge (Städteforschung. Veröffentlichungen des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster, Reihe A: Darstellungen, Bd. 28), Köln: Böhlau 1988, zahlr. Abb., 1 Faltkarte, XX u. 449 S., DM 98,-.*

Wie viele Bände der Reihe »Städteforschung« ist auch der vorliegende Band aus einer Tagung hervorgegangen, die am Institut für vergleichende Städtegeschichte in Münster stattfand. Eine relativ lange Zeit, vier Jahre, liegt zwischen dem Kolloquium (vom 2. bis 4. April 1984) und der Publikation der Beiträge, die sich damit nicht mehr auf dem neuesten Forschungsstand befinden. Das Rahmenthema des Kolloquiums bzw. der Publikation entspricht nicht ganz dem Inhalt. In räumlicher Hinsicht liegt der Schwerpunkt eindeutig auf mitteleuropäischen Städten. Zeitlich beziehen sich die meisten Beiträge auf das 17. Jahrhundert, das »Zeitalter des Barock«. Die Verwendung eines kunst- und literaturgeschichtlichen Epochenbegriffs wie »Barock« statt eines allgemenhistorischen ist jedoch fragwürdig, da sich nur wenige Autoren diesem Aspekt widmen.

Das Themenspektrum der insgesamt 14 Beiträge, die der Herausgeber in einem Vorwort vorstellt, ist recht vielfältig. In zehn Fällen stehen einzelne Städte oder Städtegruppen im Mittelpunkt von Untersuchungen, die sich mit Detailproblemen befassen oder auch Überblickscharakter besitzen. Die vier übrigen Aufsätze, die die Edition einleiten, widmen sich allgemeineren Aspekten. Der Frankfurter Kunsthistoriker Gerhard Eimer eröffnet die Publikation mit Ausführungen zum künstlerischen Erscheinungs-

bild der Barockstadt anhand der frühesten Modellsammlungen. Er beklagt mit Recht, daß diesen Modellen in der Wissenschaft und in der Museumsrepräsentation nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wurde, obwohl ihre Anfertigung zu den charakteristischen »Planspielen« der europäischen Fürsten des Frühabsolutismus gehörte. Heinz Stooß, der Herausgeber der Reihe »Städteforschung«, legt eine vergleichende Studie zur Stadtbefestigung in der frühen Neuzeit vor. In ihr erhalten wir einen fundierten Überblick über das Erscheinungsbild der europäischen Städte, aber auch des Bürgertums, dessen Wirtschaftskraft und politisches Bewußtsein in der äußeren Gestalt zum Ausdruck kam.

Mit demographischen Aspekten des frühneuzeitlichen Städtewesens befaßt sich Arthur E. Imhof, ein ausgewiesener Kenner der Materie. Er zeigt an interessanten Beispielen, insbesondere zur Mortalität, die Möglichkeiten und die großen Defizite auf dem Gebiet der städtischen Historischen Demographie. Auf die Ebene von Theorie und Begriffsgeschichte begibt sich anschließend der Osnabrücker Literaturwissenschaftler Klaus Garber. Er wirft die Frage nach der Eignung und Deutung des Barockbegriffs auf. Sie stellt sich für ihn angesichts der Kontinuität, die die Literaturgeschichte zwischen Humanismus und Aufklärung aufweist. Unter Abstraktion von dieser Kontinuität das 17. Jahrhundert als Barockepoche zu bezeichnen, wäre für ihn nicht legitim.

Der Mainzer Emeritus Ludwig Petry macht den Anfang mit den stadtgeschichtlichen Fallstudien des Bandes. Er handelt von Breslau in der frühen Neuzeit, d.h. zur Habsburgerzeit (1526–1740). Die größte schlesische Stadt bezeichnet er als Metropole des Südostens. Wie Politik, Wirtschaft und Religion die inneren und

äußeren Lebensbedingungen Breslaus beeinflussen, wird in einem souveränen Überblick skizziert. Einer Großstadt von europäischem Rang, der Reichsstadt Nürnberg, gilt die Studie von Rudolf *Endres*. Sein Hauptaugenmerk gilt der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Führungsschicht der Stadt.

Mit österreichischen Städten befassen sich die beiden folgenden Autoren. Der Grazer Rechtshistoriker Helfried *Valentiniš* zeigt die Bedeutung der Türkenabwehr für die Gestalt und die Bevölkerung der innerösterreichischen Städte im 17. Jahrhundert. Verluste und Gewinne hielten sich in Grenzen. Während Grundherren und Großunternehmer einen Gewinn aus der militärischen Bedrohung zogen, war dies für die städtischen Bürger kaum der Fall. Reinhard Rudolf *Heinisch* beschreibt Gesellschaft und Kultur im barocken Salzburg. Als Hauptstadt des gleichnamigen Erzstiftes war die Stadt ein politisches, administratives und kulturelles Zentrum, das in musikalischer Hinsicht allerdings erst mit Wolfgang Amadeus Mozart seinen Höhepunkt erreichte.

Mit der Sozialtopographie westfälischer Städte in der frühen Neuzeit befaßt sich Hartwig *Walberg*, der sich bereits durch seine Münsteraner Dissertation über lippische Städte (1980) auf diesem Gebiet ausgewiesen hat. Forschungsstand und -perspektiven werden in diesem Beitrag aufgezeigt, wobei die preußischen Urkataster des 19. Jahrhunderts in ihrem Quellenwert eine verdiente Würdigung erhalten. Methodisch und inhaltlich verdienstvoll ist die Abhandlung über die politische Elite Hannovers im 17. Jahrhundert, die von Siegfried *Müller* vorgelegt wird. Wer in der Stadt die ökonomische und wer die politische Macht besaß und wo die Häuser der Elite lagen, wird von Müller statistisch und kartographisch sehr anschaulich und differenziert herausgearbeitet. Der anschließende Beitrag des Münsteraner Historikers Bernhard *Sicken* über die Fremdenpolitik in der geistlichen Residenzstadt Würzburg am Ende des 18. Jahrhunderts fällt aus dem in der Publikation sonst gesetzten zeitlichen Rahmen. Würzburg besaß eine starke Anziehungskraft für »arme« Fremde, deren Zuzug von der Obrigkeit meist

vergeblich einzuschränken gesucht wurde. Das Geflecht sozioökonomischer, rechtlicher und humanitärer Faktoren wird vom Autor minutiös analysiert.

Mit dem Finanzwesen der Stadt Schleswig 1660 bis 1670 befaßt sich der Wirtschaftshistoriker Hermann *Kellenbenz*. Die Struktur von Einnahmen und Ausgaben einer kleinen unter dänischer Herrschaft stehenden Stadt wird hier deutlich. Burchard *Scheper* handelt von den schwedischen Plänen zur Gründung von Carlsburg an der Weser und Kersten *Krüger* schließlich von der Befestigung, Bombardierung und dem Wiederaufbau Ratzeburgs 1689 bis 1695. Beide Aufsätze beruhen, wie die meisten übrigen, auf Archivstudien. Der wissenschaftliche Wert des Bandes ist nicht zuletzt deshalb hoch einzuschätzen. So heterogen die Publikation nach Inhalt und Methode auch ist, die Stadtgeschichtsforschung erhält durch sie eine willkommene Bereicherung.

Münster

Peter Burg

Franziska Bollerey / Gerhard Fehl / Kristina Hartmann (Hrsg.), Im Grünen wohnen – im Blauen planen. Ein Lesebuch zur Gartenstadt (Stadt – Planung – Geschichte 12), Hamburg: Christians 1990, 470 S., DM 69,—.

Kaum noch zu bewältigende Verkehrsprobleme, Wohnungsnot und zu Einkaufszonen heruntergekommene Stadtzentren drängen seit einigen Jahren Stadtplaner wieder verstärkt zur Suche nach Alternativen. Daß dabei auch auf Anregungen durch historische Modelle zurückgegriffen wird, ist wenig verwunderlich. So wird auch das von dem englischen Parlamentsstenographen Ebenezer Howard um die Jahrhundertwende entwickelte Konzept der »Garden-City«, das nicht zuletzt im deutschsprachigen Raum viele Nachahmer fand, jüngst wieder verstärkt – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der ökologischen Debatte – erörtert.

Ganz in diesem Sinne als Anregung verstehen auch die Herausgeber ihr Lesebuch zur Garten-

stadt: »Der Reformgedanke der Gartenstädter könnte uns heute durchaus auf die Sprünge helfen« heißt es im Nachwort. »Lesebuch« ist dabei durchaus als konzeptionelles Programm zu verstehen, denn der Band will weder umfassende Monographie noch streng wissenschaftlicher Sammelband sein, sondern verbindet in losem Zusammenhang fachliche Beiträge, zeitgenössische Dokumente aus der Gartenstadtdiskussion seit der Jahrhundertwende, Bildmaterial und Graphiken aus der Pionierzeit der Gartenstadtbewegung. Ergänzt wird das vielfältige Material durch eine ausführliche Einleitung der Herausgeber in Form eines historischen Abrisses, der auch dem nicht mit der Materie vertrauten Leser eine rasche und gleichwohl fundierte Orientierung ermöglicht, zumal sich das Buch mindestens so sehr an Architekten und Stadtplaner wie an die Fachhistoriker wendet. Hervorgegangen sind die vierzehn Fachbeiträge aus dem vom 6.–8. März 1986 im niederländischen Delft durchgeführten Forschungs-Kolloquium »Die Gartenstadt – Neubewertung ihrer historischen Entwicklung und Überprüfung ihrer aktuellen Bedeutung«, das einen intensiveren Austausch zwischen den meist sehr vereinzelt und überdies in verschiedenen Fachdisziplinen arbeitenden Gartenstadtforschern anregen wollte.

So spiegelt die thematische Vielfalt der Beiträge von »Im Grünen wohnen – im Blauen planen« die aktuelle Forschungssituation zur Gartenstadt wider. Trotz einiger grundlegender, umfassender Arbeiten der letzten Jahrzehnte (so beispielsweise: K. Hartmann: Die deutsche Gartenstadtbewegung. Kulturpolitik und Gesellschaftsreform, München 1976; W. L. Creese: The Search for Environment. The Garden City Before and After, New Haven und London 1966) und einer Vielzahl von Einzelstudien, die vor allem die Geschichte einzelner Gartenstadtprojekte an Hand des in der Regel reichlich vorhandenen Quellenmaterials gründlich aufgearbeitet haben (vgl. im vorliegenden Band etwa die Beiträge von Dieter Scheeren über die Gartenstadt Karlsruhe-Rüppurr und von Gundela Lemcke über das nichtrealisierte Projekt der Gartenstadt Braunschweig), ist man von einer wirklichen Gesamtbewertung der Gartenstadtbewegung in

ideengeschichtlichem und politischen Horizont, vor allem auf gesamteuropäischer Ebene noch weit entfernt.

Bei ihrer Auswahl haben sich die Herausgeber von folgendem Gesichtspunkt leiten lassen: Hatte Howard seine Gartenstadt ursprünglich als ein Modell für eine umfassende Reform des gesellschaftlichen Lebens gedacht, so wurde im Laufe der Rezeptionsgeschichte die Gartenstadt auf ein »Städtebau-Reformmodell« reduziert, das Howards technischen Planvorschlag von seinen politischen Vorstellungen löste und diesem nun andere politische und gesellschaftliche Vorstellungen unterlegt werden konnten. Gartenstadt wurde so zur Leitidee für eine ganze Reihe sehr disparater politischer Gruppierungen. Der unterschiedliche Umgang mit dieser Leitidee bildet die lockere Klammer der einzelnen Aufsätze im Buch.

Wolfgang Voigt berichtet in seinem Beitrag »Die Gartenstadt als eugenische Utopie« beispielsweise über die Rolle der Rassehygieniker innerhalb der Deutschen Gartenstadtgesellschaft und in der Städtebaudiskussion von den 20er bis in die 50er Jahre. Hier verstand man die Gartenstadt als Instrument zur Verwirklichung des Ideals einer höherwertigen Rasse. Eine ganz andere Art der Rezeption dagegen belegt Thomas Hafner in seiner Untersuchung »Sozialdemokratie und Gartenstadtbewegung im deutschen Kaiserreich«. Auf beträchtliche Teile der Arbeiterbewegung wirkte die Gartenstadt so anziehend, weil man auf sie die Hoffnung setzte, ein gemeinschaftlich und genossenschaftlich organisiertes Leben in Einklang mit der Natur verwirklichen zu können.

So verständlich schon aufgrund der Forschungslage die Beschränkung des Lesebuchs auf die deutsche Rezeption der Gartenstadt ist, so sehr ist sie doch auch zu bedauern. Immerhin hatte Howards Konzept in praktisch allen europäischen Staaten und darüberhinaus eine beträchtliche Anhängerschaft gefunden, was sich unter anderem in der Gründung entsprechender Vereinigungen niederschlug. Immerhin gibt der Beitrag von Franziska Bollerey einigen Aufschluß über die niederländische Adaption der Gartenstadt, und Marcel Smets informiert über

die Situation in Belgien. Zwei kurze, zeitgenössische Dokumente, die sich auf die Sowjetunion beziehen, lassen ahnen, wie interessant ein ausführlicherer Blick über den nationalen Gartenzaun gewesen wäre. Für die künftige Forschung zur Gartenstadt gibt es, um einen Begriff der Herausgeber zu verwenden, noch genug »Brachflächen«, die auf Bearbeitung warten. Das betrifft sicher auch die Frage nach Beziehungen der Gartenstadtidee zu anderen planerischen Konzepten und Stadttypen wie etwa den Großstadtplänen Le Corbusiers und anderen. Unter ideengeschichtlichem Gesichtspunkt wäre die Gartenstadt auch auf ihre Beziehung zu den zeitgenössischen Strömungen in Philosophie und Naturwissenschaft noch einer gründlicheren Prüfung zu unterziehen.

Schwäbisch Gmünd Bernd Kleinhans

Klaus Andrä u. a., Marktplätze, hrsg. vom Institut für Städtebau und Architektur, Bauakademie der (ehem.) DDR, Berlin: Henschel 1990, zahlr. Abb., DM 98,-.

Das hier angezeigte Buch über historische Marktplätze in Städten der »neuen« Bundesländer kommt nicht nur gerade zum rechten Zeitpunkt, es schließt vor allem eine Lücke für den Stadtgeschichtler, den Stadtplaner, den städtebaulich interessierten Leser im deutschsprachigen Raum und veranlaßt, nach einer vergleichbaren Veröffentlichung über Marktplätze in den »alten« Bundesländern, in Österreich, der Schweiz oder auch Südtirols zu suchen bzw. zu rufen.

Das vielfach ausgesprochene Bedauern über den baulichen Zustand der historischen Stadtkerne vieler Städte in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen läßt vielfach vergessen, welche kulturellen Werke in den mitteldeutschen Städten zwischen Ostsee und Erzgebirge trotz allem erhalten worden sind. Hier setzt der von Klaus Andrä und seinem Autorenkollektiv gestaltete Band ein. Anhand von Text und einem hervor-

ragend ausgesuchten Bildmaterial werden die historischen Marktplätze von Dresden, Freiberg, Görlitz, Güstrow, Halle, Jena, Leipzig, Naumburg, Quedlinburg, Schwerin, Sömmerda, Stralsund, Torgau, Weimar und Wittenberg in ihrer Baugeschichte, vom Zeitpunkt ihrer Entstehung bis zur Gegenwart dargestellt. Die ausführlichen Beschreibungen der jeweiligen städtebaulichen Entwicklungen der einzelnen Stadt werden dem Leser durch zahlreiche Karten, Pläne, Modellfotos und Detailaufnahmen besonders plastisch vor Augen geführt. Insbesondere der Stadtplaner wird beim Studium des Bandes manche Vergleiche vornehmen wollen mit historischen Stadtplätzen, die ihm aus seiner Beschäftigung mit Städten westlich der Elbe bekannt sind. Ihm wird dabei deutlich werden, daß »die Faszination, die von historischen Marktplätzen ausgeht, wo auch immer sie liegen, wohl aufs engste mit ihrer Fähigkeit zusammenhängt, das Wesen des Städtischen mit besonderer Intensität und in einmaliger, bis zur künstlerischen Vollen- dung, gesteigerter Form erlebbar zu machen«.

Nach dem Studium des Bandes wird dem Leser aus dem Bereich der »alten« Bundesrepublik dreierlei klar geworden sein:

- »Marktplätze« ist eine Einladung in die uns vielfach unbekanntem mitteldeutschen Städte zwischen Elbe und Oder. Der Besucher wird »dort« zahlreiche Zeugnisse deutscher Baugeschichte vorfinden, die »hier« verloren gingen.
- »Marktplätze« läßt die Stadtgeschichte vieler deutscher Städte anhand ihrer Stadtbaugeschichte deutlich werden, ermöglicht Vergleiche mit anderen deutschen Städten und ist insoweit ein fachbezogener Beitrag zum Zusammenwachsen der bisherigen »zwei« Deutschlands. Insoweit ist es erstaunlich, daß das Buch gedanklich bereits Jahre vor der »Wende« in Angriff genommen werden konnte.
- »Marktplätze« enthält (noch) eine Reihe von Elementen und Gedanken aus vergangener, sozialistischer Zeit. Der Leser wird darüber hinweggehen und diese auch der Geschichte zuordnen, der Stadtgeschichte, die ohnehin voller Widersprüche und Spannungen war und sein wird.

Das Buch wird dem Stadtgeschichtler und Stadtplaner, oder auch dem stadtschichtlich interessierten Reisenden empfohlen.

Trier/Köln Reinhard Heinemann

Gottfried Kiesow, Einführung in die Denkmalpflege, Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft, 2. verb. Aufl. 1989, 221 S., DM 48,- (Mitglieder DM 32,-).

Die 1982 erstmals veröffentlichte »Einführung in die Denkmalpflege« von G. Kiesow liegt nun in 2., verbesserter Auflage vor. Das in Gegenstand und Methode der Disziplin einführende Werk setzt sich mit dem komplexen Verständnis des Denkmals auseinander und untersucht das rechtliche Instrumentarium, auf dessen Grundlage der Schutz historischer Bausubstanz durchgeführt wird. Daß dies kritisch und an Hand vieler Beispiele geschieht, liegt nicht zuletzt an den fundierten Kenntnissen der denkmalpflegerischen Praxis, die der Autor als Leiter des Landesamtes für Denkmalpflege in Hessen einbringt.

Seine besondere Aktualität gewinnt dieses Standardwerk angesichts der extremen Bedrohung historischer Bausubstanz auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, durch die die Denkmalpflege aufs äußerste gefordert ist. Planwirtschaftliche Neubau-Investitionen in Plattenbauweise führten zu systematischer Vernachlässigung denkmalwerter Einzelbauten und vollständiger Ensembles. Deren Verfall und das Fehlen eines auf ihren Erhalt spezialisierten Bauhandwerkes sowie wirkungsvoller Schutzgesetze sind die Folge. So kann es an vielen Orten zunächst nur um reine Substanzsicherung mit einfachsten Mitteln gehen, bis auf Länderebene das neue Recht greifen wird, die Eigentumsfragen geklärt und Rahmenplanungen sowie Erhaltungskonzepte, eine wichtige Basis denkmalpflegerischer Entscheidungen, entwickelt sind. Neben der Erlangung des bautechnischen und rechtlichen Know-hows erfordert die derzeitige Situation vor allem ein Bewußtsein für den Wert historischer Bauten und ihre Bedeutung als Kulturzeugen. Nur so können die Fehler, die in der Nach-

kriegs-BRD gemacht wurden, verhindert werden. Hier bietet sich Kiesows Buch in besonderem Maße an, nicht nur für Denkmalpfleger, Architekten, Restaurateure und Bauhandwerker, sondern auch für Bauherren und die politisch Verantwortlichen.

Das erste Kapitel des Buches gibt einen kurzen geschichtlichen Abriss der Denkmalpflege. Kiesow zeigt, daß im 19. Jh. zwar die Grundlagen für den gesetzlich verankerten Denkmalschutz entwickelt wurden, der Schutzgedanke sich jedoch ganz im Verständnis der Romantik zunächst nur auf erhabene Großdenkmäler beschränkte und in der Folge auf eine staatsstragende Funktion reduziert wurde. Erst um 1900 wurde der Denkmalbegriff auf private Bauten als Zeugen der bürgerlichen Kultur ausgedehnt und fand breite Resonanz in der Öffentlichkeit. Kriegszerstörungen und der Wiederaufbau der 50er und 60er Jahre wirkten einem kontinuierlichen Erhalt entgegen, und erst in den 70er Jahren erfolgte der Durchbruch zur städtebaulichen Denkmalpflege. Es kam zur Verabschiedung der Denkmalschutzgesetze in den Bundesländern sowie zu erhöhter finanzieller und personeller Ausstattung. Eine breite Öffentlichkeitsarbeit, die verbesserte Ausbildung von Architekten und Handwerkern und die Entwicklung neuer technischer Verfahren sieht Kiesow als die vordringlichsten Aufgaben der Zukunft.

Im zweiten Kapitel wird der derzeitige, in den Gesetzen der Länder inhaltlich im wesentlichen gleich definierte Denkmalbegriff erläutert. Hier wird deutlich, wie sich die Kriterien für den Denkmalwert eines Einzelbauwerkes oder eines Ensembles über den rein künstlerisch-ästhetischen Wert hinaus gewandelt haben und nun die geschichtliche, städtebauliche, technische und wissenschaftliche Bedeutung sehr wohl den Erhalt rechtfertigt. Kiesow weist eindringlich darauf hin, daß der Erfolg bei der Rettung bedrohter Denkmäler wesentlich davon abhängt, ob der Denkmalwert den verantwortlichen Politikern oder dem Eigentümer bewußt gemacht werden kann.

Das dritte Kapitel stellt die gesetzlichen Grundlagen des Denkmalschutzes dar. Die für die Praxis vorrangigen Denkmalschutzgesetze

der Bundesländer regeln die Zuständigkeiten nicht einheitlich, und entsprechend unterschiedlich ist ihre Wirksamkeit. Die strikte Trennung der Unterschutzstellung eines Denkmals einerseits und der Entscheidung über sein Schicksal andererseits ist dabei ein wesentliches Kriterium, um Manipulationen des Denkmalbegriffes zu vermeiden. In seiner detaillierten Untersuchung zeigt der Autor auf, daß in Bayern, Hessen, Bremen und Schleswig-Holstein zur Zeit die wirkungsvollsten Gesetze existieren. Darüber hinaus steht den Gemeinden ein umfangreiches bau- und planungsrechtliches Instrumentarium für den Ensembleschutz zur Verfügung, sei es der Erlaß von Ortsstatuten über Gestaltungsdetails oder die Ausweisung von Erhaltungsgebieten im Bebauungsplan. Die mangelnde Anwendung gerade von Erhaltungsfestsetzungen wird von Kiesow zurecht kritisiert.

Das vierte Kapitel ist dem Denkmalschutz als Teil des Städtebaus gewidmet. Diese sorgfältige Analyse jener Elemente, die die Stadt als komplexes Gebilde ausmachen und die Maßnahmen, die Kiesow für die behutsame Steuerung von notwendigen Entwicklungsprozessen anführt, machen deutlich, daß wichtige denkmalpflegerische Voraussetzungen bereits in der Bauleitplanung, Verkehrsplanung sowie in Sanierungs- und Dorferneuerungsplänen geschaffen werden. Die Lektüre sei allen an diesen Planungen Beteiligten empfohlen.

Das folgende Kapitel formuliert Grundsätze für die Behandlung von Baudenkmalern. All die in der Praxis immer wieder auftretenden Probleme der Nachbildung, Rekonstruktion oder Instandsetzung eines Baudenkmales sowie einer adäquaten, die originale Substanz möglichst erhaltenden Nutzung werden hier behandelt. Auch die Frage, welcher Zustand erhalten oder wiederhergestellt werden soll, wenn ein Bauwerk interessante Spuren späterer Veränderungen aufweist, wird nicht ausgelassen.

Die nachfolgenden Kapitel geben Empfehlungen zu praktischen Fragen der Restaurierung und zu technischen Problemen bei historischen Gebäuden. Da die Forderung nach Anpassung an heutige DIN-Vorschriften sehr häufig zur Vernichtung originaler Details wie Treppen und

Stuckdecken führt, appelliert Kiesow dringend an die tolerantere Auslegung der starren Neubau-Normen durch die Baurechtsämter. (Man denke nur an die jüngst in zahlreichen Gemeinden versagten Genehmigungen zur Aufteilung denkmalgeschützter Häuser in Eigentumswohnungen, sofern die rigorosen Brandschutzforderungen nicht erfüllt werden.)

Ein Überblick über die Aufgaben der wissenschaftlichen Forschung und der Öffentlichkeitsarbeit, über finanzielle und steuerliche Fördermöglichkeiten sowie wichtige Informationen für angehende Denkmalpfleger schließen das Buch ab.

Das Werk wurde um die seit 1982 veränderten Rechtsgrundlagen und Fördermaßnahmen aktualisiert. Ebenfalls wurden die Fortschritte in der Handwerker Ausbildung sowie neue Entwicklungen der Ursachenforschung und Bekämpfungsmethoden von Materialverfall berücksichtigt. Die Literaturhinweise im Anhang bieten einen guten Überblick über das Spektrum an Veröffentlichungen und wurden insbesondere um neue technische Untersuchungsberichte ergänzt. Daß die Literatur zur Geschichte der Denkmalpflege überwiegend aus den ersten zwei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts stammt, liegt – wie Kiesow einräumt – an der noch nicht ausreichend erfolgten kunstwissenschaftlichen Aufarbeitung dieses Themas. Wünschenswert wäre, über die kurzen Hinweise im Text hinaus, eine Auflistung der Organisationen, Fachbehörden und Verlage, die sich in ihren Zeitschriften und Broschüren mit denkmalpflegerischen Themen befassen. Das Buch kann als Einführung in die komplexe Thematik der Denkmalpflege viele Aspekte nur streifen. Trotz der komprimierten Form gelingt es dem Autor, die vielschichtigen Probleme allgemeinverständlich und anschaulich darzustellen. Damit löst er den Anspruch ein, den Denkmalschutz als öffentliche Aufgabe zu verstehen, mit der sich nicht nur die professionellen Denkmalpfleger auseinandersetzen sollten.

Köln

Ute Beatrix Sardemann

Thomas Sieverts (Hrsg.), *Zukunftsaufgaben der Stadtplanung. Mit Beiträgen von Hams und Marianne Adrian, Gerd Albers u. a., Düsseldorf: Werner 1990, 229 S., DM 48,-.*

Wenn im Jahre 1990 eine Veröffentlichung über die zukünftigen Aufgaben der Stadtplanung auf den Markt kommt, so wird sie vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation auch daran gemessen werden müssen, ob sie den »neuen« und bei Abfassung der Beiträge meist noch nicht erahnbaren Aufgaben zukünftiger Planung ansatzweise gerecht wird oder »nur« auf eine dann doch nicht eingetretene Zukunft zugeschnitten war, soweit man das heute überhaupt schon absehen kann.

Die von Th. Sieverts geleitete inhaltliche Einführung in die Thematik spitzt die neuen Aufgaben für den Städtebau im alten (West-)Europa auf die neue Begrifflichkeit der »Leitrealität Ökologie« zu und gerät damit wahrscheinlich zukünftig erst einmal ins Hintertreffen, denn in dem partiell maroden neuen Nationalstaat ist die Renaissance der schon überwunden geglaubten Leitrealität Ökonomie zumindest vorübergehend kaum mehr wegzudiskutieren. Um so wichtiger sind die neu zu interpretierenden Fragestellungen von Sieverts zum Verhältnis Stadt/Natur, zur Entschärfung der sozialen Fragen und zur kollektiven Identität der Stadt: Ein bisher lapidarer Kernsatz wie »Stadtplanung muß der sozialen Segregation entgegenwirken« erhält zukünftig eine ganz andere Wertigkeit und es geht bei der Zielrichtung jetzt nicht nur um die neu zu verwirklichende Mischung von Nutzungen, sondern um die drohende Entmischung sozialer Schichten in den fünf neuen Ländern.

Inwieweit die beispielhaft angeführten Planungsstrategien der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park bzw. die anskizzierte Problematik der Metropolentwicklung im Rhein-Mainischen Städtedreieck auch weiterhin als das zentrale Aufgabenfeld räumlicher Planung Bestand haben werden, sei erst mal dahingestellt. Trotz offenkundiger struktureller Unterschiede stehen die Beispiele aber auch für die beiden zukünftig zentralen Problemfelder der Pla-

nung, nämlich der ökonomischen und ökologischen Revitalisierung verbrauchter Industrieregionen (wie z. B. in Sachsen) und die Entstehung und Entwicklung einer neu in das Konzert der Weltstädte tretenden Metropole wie die der beiden Berlins.

In einer kurzen Rezension kann natürlich nicht auf alle in dem Sampler vorhandenen Beiträge mit gleicher Intensität eingegangen werden, wie z. B. zum sozialen Wandel und der daraus abzuleitenden weiteren Polarisierung auf dem Wohnungsmarkt (E. Spiegel), zum Neben- und Miteinander von Stadt- und Landschaftsplanung mit dem immanenten Konfliktfeld zwischen ökonomisch motivierter Aktivität und Naturschutz als zunehmend im Mittelpunkt stehendem umweltpolitischen Ziel (H. u. M. Adrian), zum Denkmalschutz und dem trotz erkennbarer Konvergenzbereiche nach wie vor vorhandenen Interessensgegensatz zur Stadtplanung (N. Huse) oder zum Wandel der Verfahren und Entscheidungsstrukturen in der Stadtentwicklung und Stadtplanung (U. I. Küpper).

Herausgehoben werden muß allerdings angesichts täglich steigender PKW-Zulassungszahlen das Thema Verkehr. Die im letzten Jahr fast flächendeckend veränderte Verkehrssituation zeigt zu deutlich und für jedermann hautnah erlebbar auf, daß im städtischen Bereich mit Baumaschinen nichts mehr zu verbessern ist. Wenn man der Stadt eine Zukunft als urbanem Ort eröffnen will, so muß man die von H. Holzappel formulierten »Konzepte zur Reduktion der Ursachen von Verkehrsbelastung« ernst nehmen und entsprechend organisatorisch, planerisch umsetzen. Unter dem programmatischen Schlagwort »Verkehrsvermeidung« lassen sich beispielsweise normative Ansprüche an die stadträumliche Situation von Straßen formulieren (z. B. betreffs Sicherheit, Lärm, Luftschadstoffen, Überquerbarkeit und dem Nebeneinander alternativer Verkehrsmittel), die zu einer Reduzierung der Belastbarkeit im Bereich Geschwindigkeit und auch Anzahl der Fahrzeuge führen.

Aufgrund der dem Ansatz der Verkehrsvermeidung innewohnenden politischen Brisanz besitzen die beiden eher strukturell auf die Verkehrsmittelwahl und die Gestaltung des Verkehrsab-

laufes einwirkenden Ansätze größere Chancen der Akzeptanz. Nicht mehr schnell und flüssig mit eigenen Beschleunigungsspuren darf das Ziel eines stadverträglichen Verkehrsablaufes sein, sondern die langsame und gemächliche Betriebsweise mit höchstens Tempo 30 für den individuellen Fahrzeugverkehr und die durch intelligente und aufeinander abgestimmte Maßnahmen erst noch zu ermöglichende wirklich freie Wahl des Verkehrsmittels überhaupt; hier ist die Gesamtreisezeit zwischen Quelle und Ziel bei der Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs der entscheidende und bisher kaum beachtete Faktor, abgesehen vom Preis. »Zur Rettung von Stadt gehört eine andere Verkehrsplanung« ist das recht simpel scheinende Fazit von *Holzappel*, dahinter stecken aber recht komplexe Strategien zur Veränderung gegenwärtiger Trends.

Nicht weniger beachtenswert ist der Beitrag von R. *Stich* zu den erweiterten Zukunftsaufgaben des Stadtplanungsrechtes; die Umweltverträglichkeitsprüfung für die Bauleitplanung steht als zunehmend an Relevanz gewinnende Aufgabe vor der Tür der Planungsämter, auch wenn die UVP im Baugesetzbuch von 1986 begrifflich nicht enthalten ist. Die Verzahnung verschiedener Planungsebenen (Bauleitplanung, Landschaftsplanung) vor dem Hintergrund voneinander abhängiger gesetzlicher Grundlagen (BauGB, BauNVO, EG-Richtlinie, BNatSchG, BImSchG) wird von *Stich* in ihrer zukünftigen planerischen Beachtlichkeit aufgezeigt.

Die generelle Einbindung der planerischen Einzelaspekte leistet der als historischer »Rundumschlag« konzipierte Beitrag von G. *Albers*, der leider an den Schluß der Veröffentlichung verschoben wurde. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation des Jahres 1990 ist dieser Überblick über die Entwicklung der Stadtplanung im 20. Jahrhundert als eine gelungene Kurzeinführung in die Thematik und den augenblicklichen Stand der »Wessie-Planung« für alle beigetretenen Kollegen zu betrachten; hierin finden sich in bewundernswerter Ordnung alle Begrifflichkeiten dieses Arbeitsfeldes auf 22 Seiten vereinigt.

Zusammenfassend kann man konstatieren, daß die in diesem Sampler eher an westlichem

Standard ausgerichteten Zukunftsaufgaben der Stadtplanung die aktuelle Bandbreite natürlich nur partiell erfassen können; die entfalteten Aufgaben sind aber deshalb nicht etwa obsolet, sondern höchstens heute weniger relevant. Letztlich kann man daraus aber auch den durchaus interessanten Schluß ziehen, daß es jetzt in einem Staat nicht nur konvergente, sondern auch völlig unterschiedliche Zukunftsaufgaben im Bereich der Stadtplanung geben wird und das durchaus räumlich und inhaltlich differierende Strategien angebracht sein können.

Kassel

Ronald Kunze

Reinhold Reith, Arbeits- und Lebensweise im städtischen Handwerk. Zur Sozialgeschichte Augsburger Handwerksge-sellen im 18. Jahrhundert 1700–1806 (Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 14), Göttingen: Otto Schwartz 1988, Diagramme, Karten, Tabellen, 305 S., DM 42.—.

Die Studien zur Geschichte des »alten Handwerks« haben in den vergangenen vier Jahrzehnten eine erfreuliche Ausdehnung erfahren. Gegenüber der früheren Konzentration auf die Wirtschafts- und Zunftgeschichte wurden durch den Einbezug sozial- und politikgeschichtlicher sowie völkerkundlicher Aspekte zudem die Fragestellungen und Zugriffsmöglichkeiten auf handwerksgeschichtliche Themen stark erweitert. Seit Mitte der 70er Jahre ist in diesem Rahmen auch ein zunehmendes Interesse für die besondere Lage der Gesellen zu beobachten.

Reinhold Reith verbindet in seiner bereits 1987 verfaßten und zur Drucklegung überarbeiteten Dissertation die Bereiche der ökonomischen und sozialen Strukturen im Handwerk mit einer Analyse des Gesellenlebens im 18. Jahrhundert. Die Untersuchung ist auf die damalige freie Reichsstadt Augsburg, als eine der größten und bedeutendsten Gewerbestädte des Reiches begrenzt. Sie liefert damit einen Beitrag zur speziell großstädtischen Handwerks-geschichte.

Ziel seiner Arbeit ist, die Lebensweise der Ge-

sellen in ihrer Abhängigkeit von der branchen- bzw. berufsspezifischen Betriebsform und Arbeitsorganisation nachzuzeichnen. Die jeweils charakteristischen »Sozial- und Bewußtseinsformen« sollen unter der Berücksichtigung von Wandlungsprozessen sowohl auf die »Arbeitskultur« als auch auf die »materielle Kultur« des Handwerks bezogen werden. Zu diesem Zweck umreißt Reith zunächst die gewerbliche Struktur Augsburgs im 18. Jahrhundert. Handel, Manufakturen und die verschiedenen Handwerke werden hinsichtlich ihrer quantitativen Entwicklung und ihrer typischen Betriebsformen untersucht. Dabei sind die einzelnen Beschreibungen jedoch von höchst unterschiedlicher Qualität. Während Reith sich z. B. bei einigen Handwerken mit Hinweisen über sich wandelnde Betriebsgrößen und Absatzlagen begnügt, gestattet in anderen Fällen zusätzliche Informationen z. B. über den Produktionsverlauf die Beschäftigungsstruktur oder über Konkurrenzverhältnisse, Handelsbeziehungen und Verlagsabhängigkeiten einen sehr viel detaillierteren Einblick in die jeweilige Betriebsweise. Auf eine Einbindung des Themas in größere historische Zusammenhänge, wie die Mitberücksichtigung obrigkeitlicher Ordnungskonzepte, bzw. der lokalen politischen Kultur als Rahmenbedingung, verzichtet Reith allerdings. Fast ebensowenig geht er auf die Frage ein, inwieweit die wichtigsten Wirtschaftslehren des Jahrhunderts (wie z. B. der Merkantilismus) die Entwicklung der einzelnen Handwerke oder Manufakturen beeinflussten. Dadurch kommt der historische Bezug zum 18. Jahrhundert leider insgesamt zu kurz.

Im zweiten Kapitel geht Reith nochmals genauer auf die Konjunkturverläufe der einzelnen Handwerke ein. Mit der Absicht, kurz- und mittelfristige Trends erkennbar zu machen, bringt er konkrete Ereignisse wie Kriege, handelspolitische Maßnahmen oder Naturkatastrophen mit der Entwicklung bestimmter Branchen in Zusammenhang. Nach diesem Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung widmet Reith sich ausgewählten Themen zur Arbeitsorganisation im Handwerk. Hierbei verweist er mehr auf die sozialen Aspekte des Handwerkerdaseins und nimmt auch gezielter zu der speziellen Situation

der Gesellen Stellung. So behandelt er u. a. den Werdegang der Lehrlinge mit Lehrzeit, Lehrgeld und Lohn, die Aufnahme in die Gesellenschaft und die Wanderzeit. Weiterhin befaßt er sich mit Fragen des Arbeitsmarktes und mit dem je nach Branche unterschiedlichen Mobilitäts-d. h. Wanderverhalten der Gesellen einschließlich der Auswirkungen auf Gruppenkultur und Kommunikationsformen. Es folgen Hinweise zur Praxis der Arbeitsvermittlung und Kündigung. Am Ende der Betrachtung steht eine Erörterung über die Arbeitszeit und die Entlohnungsarten sowie deren Folgen für die soziale Differenzierung, das Arbeitsethos und das Konfliktpotential der Gesellen mit ihren Meistern.

In seinem letzten Kapitel schließlich spannt der Verfasser einen Bogen zwischen den Betriebsformen, der konjunkturellen Entwicklung und den Formen der Arbeitsorganisation im Handwerk. Anhand von vier Fallstudien untersucht er die Bedeutung der einzelnen Elemente für die Arbeits- und Lebensweise (vor allem) der Gesellen. Bezug genommen wird auf die Handwerke der Bortenmacher, der Goldschlager, der Maurer bzw. Zimmerer und der Schneider. Mit Ausnahme des ersten Beispiels über die Bortenmacher, bei dem er sich allzusehr auf die Auswirkungen der Mechanisierung beschränkt, gelingt es ihm hier in der Tat, ein sehr anschauliches Bild über die verschiedentlich vorhandenen Kausalverflechtungen und Abhängigkeiten zu entwerfen. Zur Sprache kommen eine Reihe interessanter Aspekte, wie z. B. der Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktübersättigung, den daraus resultierenden Konflikten innerhalb der Gesellenschaft und der sich dadurch verändernden Gruppenkultur. Das Beispiel kann nur einen kleinen Einblick in die methodische Vorgehensweise des Autors geben, es läßt jedoch erkennen, auf welche Art von Aussagen es ihm ankam. Lediglich die in seiner Einleitung versprochene Berücksichtigung der »materiellen Kultur« des Handwerks wird kaum berührt.

Wenn man von diesem Punkt absieht, so kann das eingangs erläuterte Ziel der Arbeit damit als weitgehend erreicht gelten. Dennoch hätte der Titel des Buches eine etwas ganzheitlichere Betrachtung der Arbeits- und Lebensweise der Ge-

sellen erwarten lassen. Zu denken wäre hier an einen ergänzenden zeitlichen Überblick z. B. über die Bedeutung des Zunftwesens für die Situation der Gesellen, über das Ausmaß ihrer obrigkeitlichen Bevormundung und ihre Rechtsstellung oder etwa über den Wandel ihres sozialen Status im Rahmen des aufstrebenden Kleinbürgertums. Aufgrund seines sehr eng gefaßten Untersuchungsansatzes hat Reith auf solche, das Thema abrundende Informationen verzichtet. Nicht zuletzt auch wegen der häufig nicht weiter erläuterten Fachbegriffe, bekommt seine Darstellung dadurch den Charakter eines Arbeitsbuches. Es wendet sich an ein sachkundiges Publikum, das auch ohne eine Einbindung des Augsburger Handwerks in zeitliche oder ortsgebundene Zusammenhänge auskommen kann.

Stuttgart

Silke Jagusch

Wolf-Rüdiger Osburg, Die Verwaltung Hamburgs in der Franzosenzeit 1811–1814 (Rechtshistorische Reihe 66), Frankfurt a. M.: Lang 1988, 271 S., DM 70,-.

Das Werk von Wolf-Rüdiger Osburg, das – schon 1988 erschienen – sich aus veraltungshistorischer Sicht mit einem relativ speziellen Thema, der Verwaltung Hamburgs während der Zeit seiner Eingliederung in das französische Reich Napoleons, befaßt, eröffnet im Jahre 1990 einige interessante Vergleichsmöglichkeiten mit aktuellsten Problemen, die sich im Zuge der deutschen Wiedervereinigung stellen: Die Problematik der Umstellung der Verwaltung auf ein neues Rechtssystem, mit einer anderen Verwaltungshierarchie und einer anderen Verwaltungstradition, die Schwierigkeit, geeignete einheimische Personen für die Verwaltungsstellen und Gremien zu finden, klingt an.

Im ersten Teil des Werkes wird die Organisation der Verwaltung, die Übertragung der französischen Verwaltungshierarchie (mit den Ebenen: Zentralverwaltung – Departement – Arrondissement – Kommune) auf Hamburg beziehungsweise das Elb-Departement geschildert.

Die alte Stadt 1/91

Im zweiten Teil stellt der Verfasser sehr detailliert und faktenreich die Verwaltungspraxis, in Kapiteln gegliedert nach Verwaltungsaufgaben, dar. Dabei wird deutlich, welche überragende Bedeutung einerseits das Steuer- und Finanzwesen, andererseits das Einquartierungs- und Verpflegungswesen in der Zeit der Verwaltung Hamburgs durch die Franzosen besaßen. Explizit erwähnt der Verfasser die enorme Belastung, der die Einwohner durch die fiskalische Plünderung (Steuern, Abgaben, Verpflegung, Einquartierung, Strafkontribution) und durch die Beschränkung ihres Handels ausgesetzt waren.

Es erstaunt, daß der Verfasser – er spricht nur von »Verwaltung« – weder das Problem der Fremdherrschaft oder Besetzung, noch das Spannungsverhältnis zwischen Verwaltung und Herrschaft ausführt. Das sehr klar gegliederte Werk ist durch eine Überfülle von Daten recht anstrengend zu lesen. Zu beinahe jedem Satz findet sich eine Fußnote (von 240 Textseiten insgesamt entfallen über 100 auf Anmerkungen). An unzähligen Stellen finden sich Verweise auf Briefe oder Protokolle; die geschilderten Vorgänge würden anschaulicher werden, wenn das eine oder andere Briefstück exemplarisch abgedruckt worden wäre.

Auch vermißt Rez. des öfteren einen Vergleich mit den vorherigen oder späteren Verhältnissen und eine Bewertung der Leistungen oder Fehlleistungen der französischen Verwaltung.

Doch dann gelangt der Leser zu den Schlußbemerkungen und findet dort auf knapp vier Seiten sehr komprimiert dargestellt eine hervorragende Gegenüberstellung der Prinzipien und Strukturen der französischen Verwaltung mit der alten hamburgischen Senatsverfassung und ihrer jeweiligen Vor- und Nachteile. Beim Lesen dieser komparatistischen Schlußbemerkungen wird denn auch vieles verständlicher, was zuvor im Detail entgeht.

Stuttgart

Matthias Haag


**Deutscher
Gemeindeverlag**

Denkmalschutz – Denkmalpflege

Kommunale Schriften
für Nordrhein-Westfalen

Memmesheimer/Upmeier/Schönstein

**Denkmalrecht
Nordrhein-Westfalen**

Kommentar
2. Auflage

Deutscher Gemeindeverlag

Hönes
**Denkmalrecht und
Dorfneuerung**
Eine praxisbezogene Abhandlung zur Erhaltung des ländlichen Raumes
1988. Format DIN A 5. Kartoniert. 228 Seiten. DM 49,80.
ISBN 3-555-00777-7

Hönes
**Die Unterschutzstellung von
Kulturdenkmälern**
Das denkmalrechtliche Schutzverfahren und das Rechtsschutzsystem
1987. Format DIN A 5. Kartoniert. 348 Seiten. DM 39,-.
ISBN 3-555-00724-6

Gebeßer/Eberl
**Schutz und Pflege von
Baudenkmalen in der
Bundesrepublik Deutschland**
Ein Handbuch
Format DIN A 5. 496 Seiten mit zahlreichen Zeichnungen und Fotos. Leinen. DM 96,-.
ISBN 3-17-004987-9

Dörfeldt/Viebrock
Hessisches Denkmalschutzrecht
Kommentar
2., neubearbeitete Auflage
1990. Format DIN A 5. Kartoniert.
Ca. 200 Seiten. Ca. DM 78,-.
ISBN 3-555-40132-8

Memmesheimer/Upmeier/Schönstein
**Denkmalrecht
Nordrhein-Westfalen**
Kommentar
2., neubearbeitete und erweiterte Auflage
1989. Format DIN A 5. Kunststoffumschlag.
560 Seiten. DM 149,-.
ISBN 3-555-30269-8

Franz Schuster (Hrsg.)
Politik für ländliche Räume
1990. 192 Seiten. Kartoniert. DM 49,80.
ISBN 3-555-00825-0

Hönes/Gölter
**Denkmalschutz und Denkmal-
pflege in Rheinland-Pfalz**
Kommentar für die Praxis
Format DIN A 5. Kartoniert. 224 Seiten. DM 86,-.
ISBN 3-555-45074-3

Eberl/Martin/Petzert
Bayerisches Denkmalschutzgesetz
Kommentar
3., neubearbeitete und erweiterte Auflage
Format DIN A 5. Kartoniert. 288 Seiten. DM 89,-.
ISBN 3-555-50067-8

Für das Dorf
Gestaltung des ländlichen Lebensraumes durch Dorfentwicklung
Stellungnahme des Fachbeirats für Dorfentwicklung des Instituts für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung
1983. Format 16,5 x 24 cm. Kartoniert.
212 Seiten. DM 25,- (Mengenpreise).
ISBN 3-555-00570-7

**Ergänzend zu unseren Fachbüchern liefern wir
unser umfassendes Formularsortiment.
Bitte Sonderprospekt anfordern!**


**Deutscher
Gemeindeverlag**

Postfach 40 02 63
5000 Köln 40

Tel. (0 22 34) 10 60
Fax (0 22 34) 106-284

18. Jahrgang
2/91

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Adelheid
von Saldern

Die Stadt in der Zeitgeschichte

Marie-Elisabeth
Hilger

Seuchen verändern die Stadt

Winfried
Speitkamp

Denkmalpflege im Kaiserreich

Otto Borst

Historische
Stadtforschung 1980–1990

Gerhard F.
Volkmer

Zur Geschichte
der Juden in den Städten

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrtd,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711) 282683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 124,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 97,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 32,50 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

ABHANDLUNGEN

- ADELHEID VON SALDERN, Die Stadt in der Zeitgeschichte. Überlegungen zur neueren Lokalgeschichtsforschung 127
- MARIE-ELISABETH HILGER, Seuchen verändern die Stadt: Soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod im 19. Jahrhundert 154
- WINFRIED SPEITKAMP, »Ein dauerndes und ehrenvolles Denkmal deutscher Kulturtätigkeit«. Denkmalpflege im Kaiserreich 1871–1918 173

LITERATURBERICHTE

- OTTO BORST, Historische Stadtforschung 1980–1990. Ein Literaturbericht 198
- WILHELM RIBHEGGE, Neue Übersichtlichkeit? Arbeiten zur Stadt und Regionalgeschichte 212
- GERHARD F. VOLKMER, Zur Geschichte der Juden in den Städten. Neuere Literatur 218
- NACHRUF 229

- DIE AUTOREN 231

BESPRECHUNGEN

Zeitgeschichte

- EBERHARD RÖHM / JÖRG THIEFELDER, Juden, Christen, Deutsche (Heinz Lauber) 232

Stadtbaugeschichte, Stadtplanungsgeschichte

- MICHAEL KLÄGER, Die Mainzer Stadt- und Festungserweiterung (Stefan Fisch) 233
- ROLF WITTENBROCK, Bauordnungen als Elemente der Stadtplanung im Reichsland Elsaß-Lothringen 1870–1918 (Stefan Fisch) 235

Freiraumplanung

- GERD GRÖNING / ULFERT HERLYN, Landschaftswahrnehmung und Landschaftserfahrung (Bernd Kleinhans) 236

Adelheid von Saldern

Die Stadt in der Zeitgeschichte

Überlegungen zur neueren Lokalgeschichtsforschung

1. Enthierarchisierung der Themenfelder – 2. Zeitspezifische Stadtprofile – 3. Alltagsgeschichte und Lokalgeschichte – 4. Stadtgeschichtsschreibung und Theoriebildung – 5. Makrohistorischer Kontext und interlokale Vergleiche – 6. Politik und Ökonomie im städtischen Kontext – 7. Stadt-Land-Verhältnis und demographische Strukturen – 8. Lokalgeschichtsschreibung als Teil demokratischer Kultur

Stadtgeschichte hat Konjunktur.¹ Dieser Zweig der Geschichtswissenschaft konnte sich mittlerweile voll etablieren, hat vielfach die frühere Provinzialität verloren, wird im In- und Ausland diskutiert. Dahinter steht die Erkenntnis, wie begrenzt der Aussagewert makrohistorischer Studien ist, begrenzt in zweierlei Weise: Zum einen hat sich für fast alle makrohistorischen Befunde ergeben, daß eine lokale und regionale Differenzierung unabweislich ist, weil sich unterschiedliche lokale Entwicklungen nicht in Durchschnittsaussagen zusammenfassen lassen. Ferner verbreitete sich die Erkenntnis, daß bestimmten historischen Fragenkomplexen (wie z. B. konkreten Durchsetzungsweisen und Realitätsdeutungen) im lokalen und regionalen Spektrum besser »als sonst« nachgegangen werden kann. Dies alles gilt auch und gerade für die Stadt in der Zeitgeschichte, deren Erforschung – wie Jürgen Reulecke in seiner Überblicksdarstellung gleichfalls betont, – jedoch bis auf wenige Ausnahmen bisher kein Interesse gefunden hat.² Wir wissen relativ viel über die Stadt im Mittelalter und im 19. Jahrhundert, aber wenig über die historische Stadt im 20. Jahrhundert.

Das Forschungsinteresse gerade an der jüngeren Stadtgeschichte sollte jedoch wachsen, weil die Entwicklung der Städte heute selbst an einem Punkt angelangt ist, bei der neues Handeln in Gegenwart und Zukunft verlangt wird, was ohne einen Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung der Städte nicht möglich ist. Hartmut Häußermann und Walter Siebel nehmen das Ende des Wachstums der Durchschnittsstädte zum Anlaß für eine Bestandsanalyse, aus der sich die gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben erschließen lassen. Die Autoren schreiben: »Unsere Vorstellungen von Stadtleben, Stadtkultur, Stadtentwicklung und damit auch die Ziele von Stadtpolitik sind geprägt von der bürgerlichen Stadt des europäischen Mittelalters.

¹ Die vorliegenden Ausführungen stellen eine überarbeitete und erweiterte Fassung eines Aufsatzes dar, der veröffentlicht wurde in: A. von Saldern (Hrsg.), *Stadt und Moderne*. Hannover in der Weimarer Republik, Hamburg 1989. Ich danke dem Ergebnisse-Verlag für die Ermöglichung dieser Neuveröffentlichung.

² J. Reulecke, *Geschichte der Urbanisierung in Deutschland*, Frankfurt/M. 1985, S. 154.

Damals entfaltete sich Urbanität als eine besondere Lebensform – das Gegenüber von Privatheit und Öffentlichkeit – als besondere Form der Politik – die bürgerliche Demokratie – und als besondere Form der Ökonomie – der Kapitalismus. Zum anderen sind unsere Vorstellungen von Stadt geprägt von der industriellen Revolution. Seit Mitte des vorigen Jahrhunderts war Stadtentwicklung identisch mit Wachstum der Bevölkerung, der Arbeitsplätze und in deren Folge auch Wachstum der besiedelten Fläche. Urbanität als die besondere städtische Lebensform und Wachstum als das einheitliche Muster städtischer Entwicklung haben beide ihre objektive Basis verloren. Das macht differenziertere Vorstellungen von Stadtentwicklung, andere Modelle vom ›richtigen Leben‹ in der Stadt und eine andere Stadtpolitik notwendig. Die Stadtpolitik orientiert sich heute noch an der Fiktion einer sozialen, politischen und ökonomischen Einheit ›Stadt‹. Aber die Städte sind für die zunehmend international organisierte Wirtschaft fast beliebig austauschbare Standorte geworden; für die nationale Politik sind sie Mülleimer geworden, in denen Folgeprobleme, etwa Arbeitslosigkeit, abgelagert werden können. Als Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hat die Politik der Kommunen faktisch keine Handlungsspielräume mehr, seit es ›die Stadt‹ als besondere und politische Einheit jenseits der Zufälligkeiten administrativer Gliederung und der Finanzverfassung nicht mehr gibt. Was städtische Politik heute und in Zukunft noch als ihren spezifischen und eigenen Gegenstand hat, ist die Organisation des alltäglichen Lebens ihrer Bewohner zwischen Arbeit, Freizeit, Erholung und Verkehr. Stadtpolitik ist Gestaltung des Alltagslebens von Menschen. Dazu bedarf es einer Vorstellung von städtischem Leben, einer Reformulierung von Urbanität.³ Ohne ein grundlegend gewandeltes Bild vom städtischen Leben, so die Autoren, werden die Probleme der Städte und der Menschen in den Städten sich nicht lösen lassen.⁴ Ein solches verändertes Bild vom städtischen Leben ist jedoch ohne historischen Rückgriff nicht möglich. Hier gewinnt die neue Lokalgeschichtsschreibung eine Funktion, die die Folie für kommunalpolitische Entscheidungen bilden könnte.

Der dritte Grund, weswegen die Stadtgeschichtsschreibung an Bedeutung gewinnt, liegt in der intensivierten Suche zahlreicher Menschen nach einer neuen Ortsbindung.⁵ Die Erforschung kleiner Räume unter solchem Aspekt ist ein Versuch, die Probleme, die aus den gesellschaftlichen Krisensituationen erwachsen, zu bewältigen. Stadtgeschichtsschreibung und Stadtteilgeschichtsschreibung dienen der Identitätsfindung, der Ortsanbindung. Die aus solchen Motiven entstehende Geschichtsschreibung kann verschiedene politische Ausrichtungen haben, bleibt häufig im Vorwissen-

³ H. Häußermann / W. Siebel, *Neue Urbanität*, Frankfurt 1987, S. 10f.

⁴ Ebda.

⁵ C. H. Hauptmeyer, *Heimatgeschichte heute*, in: *ders.* (Hrsg.), *Landesgeschichte heute*, Göttingen 1987, S. 80f.

schaftlichen stehen, ist nicht selten subjektiv-emotional aufgeladen, kann aber auch wissenschaftlich-analytische Studien befruchten.⁶

Im folgenden sollen einige Aspekte dargelegt werden, die für die neuere Historiographie über die zeitgeschichtliche Stadt relevant sein mögen. Es wird dabei vor allem der Zeitraum vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zu den 50er Jahren ins Auge gefaßt. Der vorläufige Endpunkt ergibt sich aus der Tatsache, daß viele Stadtarchive ihre Aktenzugänge dreißig Jahre lang für den allgemeinen Publikumsverkehr sperren.

1. *Enthierarchisierung der Themenfelder – Ausweitung und Differenzierung der historischen Subjektgruppen*

Eine der neuen Chancen der Stadtgeschichtsschreibung liegt darin, daß sich die Themenfelder wesentlich erweitert haben. Gesundheitspolitik und Wohlfahrtspflege, Massenfreizeit- und Alltagskultur, Obdachlosigkeit und Kriminalität, Maschinenarbeit und Frauenalltag – die Liste ließe sich unschwer erweitern: Jeder dieser Bereiche ist »erforschenswert«; das Soll des klassischen Themensets ist enthierarchisiert. Hier liegen Chancen, den oft »von außen« oder von Nachbarfächern an die Lokalgeschichtsforschung herangetragenen Impulsen und Hypothesen nachzugehen und vor Ort deren Relevanz zu überprüfen. Denn erst auf diese Art erhalten die Erkenntnisse über allgemeine Entwicklungen und Strukturen konkretes Profil, wird Geschichte wieder faßbar. Freilich besteht in der Forschungspraxis die Gefahr, dabei in Vereinzlungen und detaillistischer Geschichtsschreibung stecken zu bleiben, die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen hintan zu stellen und das Bewußtsein über Gesamtzusammenhänge zu verlieren.

Zusätzlich zu der Ausweitung der Themenbereiche kommt eine Ausweitung und Differenzierung der zu erforschenden historischen Subjektgruppen. Verallgemeinerungen über die Arbeiterklasse oder über die Bourgeoisie sind nur noch insoweit gefragt, als auch die einzelnen Gruppen und Schichten innerhalb der gesellschaftlichen (Groß-)Klassen (also z. B. einzelne Arbeitergruppen, diverse Randgruppen, verschiedene Berufsgruppen) sowie die neuen und alten Mittelschichten als historische Subjekte begriffen werden. Soziale Gruppen in ihrem lokalen Kontext gesehen bekom-

⁶ Zum Beispiel M. Grüttner, *Soziale Hygiene und Soziale Kontrolle. Die Sanierung der Hamburger Gängeviertel 1892–1936*, in: A. Herzig / D. Langewiesche / A. Sywottek, *Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert*, Hamburg 1983; A. P. McElligott, »Das Abruzzenviertel«. *Arbeiter in Altona 1918–1932*, in: A. Herzig u. a., ebda; *Berliner Geschichtswerkstatt* (Hrsg.), »Das war 'ne ganz geschlossene Gesellschaft hier«. *Der Lindenhof. Eine Genossenschafts-Siedlung in der Großstadt*, Berlin 1987; *Berliner Geschichtswerkstatt* (Hrsg.), *Die Rote Insel Berlin-Schöneberg. Bruchstücke zu einer Stadtgeschichte*, Berlin 1987, M. Gailus, (Hrsg.), *Pöbelxexesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830–1930)*, Berlin 1984.

men im übrigen auch eine größere Relevanz als bisher, entsprechend gleichläufigen Tendenzen in der Soziologie. Die allgemeinen Erkenntnisse über gesellschaftliche Großklassen können so an Genauigkeit und Differenziertheit gewinnen. Dabei stößt man auf Fragen von Kontinuität und Wandel der Klassengesellschaft. In der Stadt um 1920 war diese noch relativ leicht ausfindig zu machen – ungeachtet der schon damals zunehmenden sozialen Differenzierungen. Die heute in den Sozialwissenschaften erhobene Forderung nach Studien über soziale Milieus, die die traditionellen klassenorientierten, aber auch die schichtbezogenen Studien abzulösen beginnen,⁷ können wichtige Anstöße auch für die Erforschung der Milieus in den Städten des frühen 20. Jahrhunderts geben, wenngleich damals die sozialen Milieus vielfach noch direkt mit der Struktur der Klassengesellschaft (häufig über die sozioräumliche Segregation) verbunden waren. So überschrieb beispielsweise der Historiker Jürgen Kocka 1973 sein Buch, das allerdings nicht auf einzelne Städte bezogen ist, mit dem kennzeichnenden Titel »Klassengesellschaft im Krieg«.⁸

Ferner ist die Rekonstruktion städtischer Mentalitäten im historischen Kontext gefragt. Dazu gehört die Veränderung der Wahrnehmungsweisen und Deutungsmuster.⁹ Allerdings geht auch dieses nicht ohne klassen-, schichten- und gruppenspezifische mentalitätsbezogene Differenzierung. Ist es schon für die vorindustrielle Zeit fragwürdig, einzelne Forschungsergebnisse über Mentalitäten zu verallgemeinern, so gilt dies erst recht für das 20. Jahrhundert. Der vielfach gerade für das 20. Jahrhundert verwendete Begriff der »Masse« (Massenkultur, Massengesellschaft) verdeckt zu Unrecht die gruppenspezifischen mentalitätsbezogenen Antworten auf die kulturellen Angebote und Verhaltenszumutungen, verschleiert die hierbei erfolgten Brechungen, Umdeutungen und Kontextwechsel, weswegen auch der viel zu grobe und meist nur an Erscheinungsformen orientierte Begriff der »Verbürgerlichung« (der Arbeiterschaft) nicht greift. Gerade ins Detail gehende lokalgeschichtliche Studien ermöglichen den unentbehrlichen Rekurs auf klassen-, aber auch auf gruppenspezifische soziokulturelle Kontexte, innerhalb derer sich die oft eigensinnigen Aneignungsweisen abspielten, sei es im Betrieb, im Quartier oder im Sportstadion.

Bei dieser Gelegenheit sei auf einige der zeitgenössischen Berichte und Untersuchungen hingewiesen, so für die 1920er Jahre auf Dehns Großstadtjugend und die umfassenden Berichte der Textilarbeiterinnen, so für die 50er Jahre auf die soziologische

⁷ U. Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986; R. Roth, Die Gesellschaft im Umbruch: alte und neue Ungleichheiten und Konflikte. Zum Stand der sozialwissenschaftlichen Ungleichheitsdiskussion, in: Sozialwiss. Informationen f. Unterricht u. Studium (Sowi) 16 (1987), H. 4.

⁸ J. Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Göttingen 1973.

⁹ Zu der Veränderung der Wahrnehmungsweise siehe S. Hauser, Der Blick auf die Stadt. Semiotische Untersuchungen zur literarischen Wahrnehmung bis 1910, Berlin 1990, und Th. Kleinspehn, Der flüchtige Blick. Sehen und Identität in der Kultur der Neuzeit, Reinbek bei Hamburg 1989.

Standortbestimmung der Großstadtforschung von Elisabeth Pfeil oder auf die Analyse des Sozialwandels in Euskirchen, wie sie 1958 Renate Mayntz vorgelegt hat.¹⁰

Die stadtgeschichtliche Forschung hat seit den 70er Jahren durch viele Studien zu den bis dahin vernachlässigten lokalen Arbeiterorganisationen sehr gewonnen.¹¹ In der DDR wurde sogar die neuere Stadtgeschichtsschreibung »nahezu mit der Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung« gleichgesetzt. »Die vom Regime verordnete Apologetik der Partei- und Staatspolitik kulminierte«, so formulierte dies kürzlich Helga Schulz von der Akademie der Wissenschaften in Berlin, »im Bereich der Stadtgeschichte der DDR, wo sich fast ausschließlich Legendenbildungen, nur selten empirisch begründete Untersuchungen, auffinden lassen.«¹²

Nachdem seit den 70er Jahren auf dem Gebiet der lokalen (häufig klassenorientierten) Arbeitergeschichtsschreibung viel aufgeholt wurde, stehen heute nicht mehr nur die organisierten Arbeiter im Blickfeld der Forschung, sondern ebenso die Unorganisierten, jene, die »nur« ihrer Arbeit nachgingen und ansonsten mehr oder weniger »privat« lebten. Doch auch sie dürfen nicht als eine einheitliche Gruppe angesehen werden, unterschieden sie sich doch voneinander – man denke nur an die Auswirkungen durch die unterschiedliche Qualität des Arbeitsplatzes, der Lohnhöhe, der Familien- und Wohnverhältnisse, sowie der unterschiedlichen kulturellen Einbindungen, Lebenserwartungen und Zukunftshoffnungen.

Bei dem nun vorhandenen Interesse gegenüber jeder Gruppe ist es auch kein Zufall, daß die sogenannten »Ausgegrenzten« und »Nichtangepaßten« mehr als früher ins Blickfeld kommen: Obdachlose und Arme, Kriminelle und Prostituierte.

Ein eigenes schwergewichtiges Kapitel der Stadtgeschichte stellt das Schicksal der jüdischen Einwohnerschaft dar, insbesondere der Prozeß ihrer Aussonderung und Iso-

¹⁰ R. Dinse, Das Freizeitleben der Großstadtjugend. 5000 Jungen und Mädchen berichten, Berlin 1932; G. Dehn, Proletarische Jugend. Lebensgestaltung und Gedankenwelt der großstädtischen Proletarierjugend, Berlin 1929; Mein Arbeitstag – Mein Wochenende. 150 Berichte von Textilarbeiterinnen. Gesammelt und herausgegeben vom Deutschen Textilarbeiterverband, Berlin 1930; E. Pfeil, Großstadtforschung, Entwicklung und derzeitiger Stand, 1950; R. Mayntz, Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde. Eine soziologische Untersuchung der Stadt Euskirchen, Stuttgart 1958; vgl. auch die zeitgenössische Untersuchung von H. Bausinger / M. Braun / H. Schwerdt, Neue Siedlungen, Stuttgart 1959.

¹¹ Für die Revolutionszeit z. B. R. Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Sozialräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Wuppertal 1975; für die 20er Jahre z. B. V. Wünderlich, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Mit dem Beispiel Solingen, Wuppertal 1980; für die Zeit des Dritten Reiches z. B. H.-J. Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, Bonn-Bad Godesberg² 1973; I. Maršolek / R. Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Bremen 1986; für die Zeit nach 1945 z. B. P. Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau, Ausprägung und Politik in Bremen 1945–1946, Hamburg 1976.

¹² H. Schulz in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (künftig: IWK) 26 (1990), H. 2, S. 397; vgl. auch dies., Moderne Stadtgeschichte in der DDR, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte (künftig: IMS), 1990, H. 2.

lierung.¹³ Auch ist auf die Häftlinge zu verweisen, die in zum Stadtgebiet gehörenden KZ-Außenlagern lebten, ferner auf die verschiedenen Fremdarbeitergruppen, die während des Krieges in deutschen Fabriken arbeiteten und in stadtnahen Lagern wohnten.¹⁴

Früher oder später wird auch der Blick auf die bislang noch weitgehend vernachlässigten Kleinbürger und deren Familien fallen müssen, so auch auf den sogenannten alten Mittelstand, also die kleinen Handwerker¹⁵ und Einzelhändler. Bei den Handwerkern und ihren Organisationen ist u. a. der Frage nachzugehen, wie leistungsbereit diese waren und ob die immer wieder in der Literatur zu lesende Behauptung stimmt, daß diese Schichten letztlich erst in der Bundesrepublik das Industriesystem akzeptiert hätten, vorher jedoch vielfach antiindustriell und vormodern eingestellt gewesen seien.¹⁶ Nur vor Ort sind solche Fragen zu beantworten, wobei der Bogen weit gespannt sein müßte, von der Familie über die Vereine und Berufsverbände zur Betriebsökonomie und zur Politik. Entsprechende lokalhistorische Arbeiten fehlen für alle hier zur Diskussion stehenden Phasen, selbst für das Dritte Reich.

Wer sich den zahlreichen neuen weiblichen und männlichen Angestellten widmet, sieht sich zum einen auf die vielen »kleinen Ladenmädchen« verwiesen,¹⁷ zum anderen auf die sich immer stärker ausdifferenzierenden zahlreichen anderen Angestelltengruppen in Produktion und Distribution. Wie wichtig solche lokalgeschichtlichen Arbeiten über Angestelltengruppen sind, wissen besonders jene, die sich mit der bisherigen Forschungssituation zu diesem Themenbereich bereits auseinandergesetzt haben. So gelten z. B. die neuen Angestellten in der Kritischen Sozialgeschichtsschreibung¹⁸

¹³ Vgl. z. B. M. Buchholz, Die hannoverschen Judenhäuser. Zur Situation der Juden in der Zeit der Ghettoisierung und Verfolgung 1941 bis 1945, Hildesheim 1987.

¹⁴ Dazu z. B. R. Fröbe u. a., Konzentrationslager in Hannover. KZ-Arbeit und Rüstungsindustrie in der Spätphase des Zweiten Weltkriegs, 2 Bde., Hildesheim 1985; J. Maršolek / R. Ott (s. A 11); U. Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländereinsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1985.

¹⁵ Vgl. E. Domurad, The Politics of Corporation: Hamburg Handicraft in the Late Weimar Republic, 1927–1933, in: R. J. Bessel / E. J. Feuchtwanger, Social Change and Political Development in Weimar Germany, London 1981; H.-G. Haupt (Hrsg.), »Bourgeois und Volk zugleich«? Geschichte des Kleinbürgertums im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt, New York 1978.

¹⁶ A. von Saldern, Mittelstand im »Dritten Reich« Handwerker – Einzelhändler – Bauern, Frankfurt 1979; vgl. auch R. G. Moeller, Peasants and Tariffs in the Kaiserreich: How backward were the Bauern? in: Agricultural History, vol. 55, 1981; ders., Zur Ökonomie des Agrarsektors in den Provinzen Rheinland und Westfalen 1896–1933, in: K. Düwell / W. Köllmann (Hrsg.), Von der Reichsgründung bis zur Weimarer Republik, Wuppertal 1984.

¹⁷ S. Kracauer, Die kleinen Ladenmädchen gehen ins Kino, in: ders., Das Ornament der Masse, Frankfurt a. M. 1963, S. 279 (Erstveröff. in: Frankfurter Zeitung März 1928).

¹⁸ J. Kocka, Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie: Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten, Göttingen 1977; ders., Die Angestellten in der deutschen Geschichte. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer, Göttingen 1973; M. Prinz, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit, München 1986.

als eine soziale Gruppe, die in Deutschland eine vormoderne und vorindustrielle Mentalität und politische Kultur entwickelt hätte. Dem stehen andere Studien und Überlegungen gegenüber,¹⁹ in denen Angestellte primär als solche Gruppen betrachtet werden, die sich dem »modern way of life« der 20er Jahre besonders aufgeschlossen zeigten.²⁰ In Anbetracht eines solchen anscheinend auseinanderfallenden Forschungsbefundes haben gerade historische Lokalstudien die Aufgabe, die einzelnen Angestelltengruppen in ihrer Arbeits- und Lebenswelt einerseits und hinsichtlich ihrer Verbands- und Parteienorientierung andererseits zu analysieren – wobei die Vorstellung, die Angestellten seien vormodern eingestellt gewesen, fallengelassen werden muß.

Es wäre auch ein Irrtum, anzunehmen, wir wüßten ausreichend viel über das Bürgertum bzw. die einzelnen bürgerlichen Schichten und Gruppen. Von der Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert spricht Hans Mommsen.²¹ Zu solchen Einschätzungen kommt leicht, wer Modelle oder eine idealtypische Vorstellung über das Bürgertum des 19. Jahrhunderts zum Maßstab nimmt. Aber das Bürgertum ist ja auch im 20. Jahrhundert nicht verschwunden, sondern es unterlag Veränderungen, Ausweitungen und Ausdifferenzierungen, sowohl im Hinblick auf die ökonomische Situation als auch was Lebensstile und Kulturmuster anbelangt. Diese Ausdifferenzierungen hingen zum einen mit entsprechenden Veränderungen im Produktions- und Distributionsbereich zusammen (man denke nur an die Vielfalt der gehobenen Angestelltenschaft), zum anderen mit der neuen Massenkultur und dem Freizeitkommerz. Gerade im kulturellen Bereich kam es zu starken innerbürgerlichen Konfrontationen, ging es doch um nichts Geringeres als um die Suche nach einer den neuen Gegebenheiten Rechnung tragenden Neulegitimation bürgerlicher Kulturhegemonie und bei vielen Kulturkonservativen darüberhinaus um den Versuch, den vermeintlichen Kulturverfall aufzuhalten oder zumindest hinauszuzögern. Wer gerne Jazz hörte, die Stadiontribünen aufsuchte und sich im Kino vergnügte, suchte andere

¹⁹ R. Spree, Angestellte als Modernisierungsagenten. Indikatoren und Thesen zum reproduktiven Verhalten von Angestellten im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: J. Kocka, Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert, Göttingen 1981; S. J. Coyner, Class Consciousness and Consumption. The New Middle Class during the Weimar Republic, in: Social History 10, 1977.

²⁰ Vgl. z. B. A. von Saldern, Lebensbedingungen und Lebenschancen in den Neubauvierteln, in: U. Herlyn / A. von Saldern / W. Tessin, Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre, Frankfurt a. M. 1987, S. 51ff.; dies., Neues Wohnen. Wohnverhältnisse und Wohnverhalten in Großanlagen der 20er Jahre, in: A. Schildt / A. Sywottek (Hrsg.), Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt a. M. / New York 1988, S. 102ff. Der Sammelband gibt einen guten Überblick über die neueren Forschungen auf dem Gebiet städtischen Wohnens im 20. Jahrhundert.

²¹ H. Mommsen, Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert, in: J. Kocka (Hrsg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987. Allerdings überzeugt Mommsen nicht mit seiner Beweisführung. Unter sozialgeschichtlichem Aspekt überbewertet er die Bildung von nicht-vereinsmäßig organisierten Clubs, Ringen etc. im soziokulturellen Gesamtumfeld städtischen Bürgertums.

Räume auf und pflegte einen anderen Lebensstil als diejenigen, die von all dem neuen »Seichten« nichts hielten und sich mit Massenkultur nur zu dem Zwecke befaßten, diese einzuschränken oder zumindest zu »veredeln«. Über Lokalgeschichtsschreibung ist es möglich, solche unterschiedlichen bürgerlichen Gruppierungen, ihre diversen Lebensformen und Einflußmöglichkeiten zu rekonstruieren. Hier steht die Stadtgeschichtsschreibung erst in ihren Anfängen.

Neuere Stadtgeschichtsschreibung »läuft« aber auch nicht, ohne daß geschlechtsspezifischen Fragestellungen nachgegangen wird. Hier hat die Frauengeschichtsschreibung in den letzten Jahren kräftig das nachzuholen versucht, was über viele Jahrzehnte hin versäumt wurde. Zwar beschränkte sich die Frauengeschichtsschreibung nie auf lokale Historiographie, doch gehört das Aufspüren einzelner Frauengruppen in der Geschichte der modernen Stadt durchaus zu ihren wichtigen Aufgaben. Nur über lokale Analysen kann beispielsweise die Bedeutung der Frauen als Arbeitskräfte-reservoir vor allem in Kriegs- und Notzeiten rekonstruiert werden, ebenso bietet die Lokalgeschichte die Möglichkeit, den Alltagsveränderungen nachzuspüren, die durch die Zunahme weiblicher Erwerbstätigkeit eingetreten sind. Insbesondere ist dabei den Leistungen der Frauen im sozialfürsorglichen Bereich nachzugehen,²² ihrer Professionalisierung seit den 1920er Jahren, aber auch ihrer Verstrickung in Unrechts-handlungen des Dritten Reiches (Beispiel: Aussonderung zur Zwangssterilisierung). Frauen waren es auch hauptsächlich, die sich für Lebensmittelbeschaffung zuständig fühlten. Kein Zufall also, wenn in Notzeiten Frauen wiederholt massiv protestierten, z. B. wenn sie vor fast leeren Geschäften Schlange stehen mußten. – Auch die zeitspezifischen Züge dessen, was man gemeinhin als moderne Urbanität bezeichnet, wurden vielfach von Frauen und Frauensymbolen geprägt; man denke an Mode, Reklame, Kosmetik. Die geschlechtsspezifische Aneignung des städtischen Raumes durch Frauen im Zuge der Moderne gehört ebenfalls zu den wichtigen Themen neuerer Lokalgeschichtsschreibung – Frauen auf der Straße, Frauen in Rathäusern, Frauen im Kino und beim Sport. Frauen wurden jedenfalls mit dem Durchbruch der Moderne sichtbar, »became more visible«, wie in der anglo-amerikanischen Literatur zu lesen ist.²³

Die geschlechtsspezifischen Funktionszuweisungen gegenüber verheirateten Frauen, die darin bestand, in erster Linie Hausfrauen und Mütter zu sein, unterlag im Zeichen der Moderne einer näher zu analysierenden Veränderung, die einen Teil der urbanen Moderne ausmachte. Das in den zwanziger Jahren voll entfaltete Bild der modernen Hausfrau, die ihre Hauswirtschaft »nebenbei« rationell (ohne Personal)

²² Vgl. z. B. K. Hagemann, Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik, Bonn 1990; Chr. Eifert / S. Rouette (Hrsg.), Unter allen Umständen. Frauengeschichte(n) in Berlin, Berlin 1986.

²³ P. Petro, Modernity and Mass Culture in Weimar: Contours of a Discourse on Sexuality in Early Theories of Perception and Representation, in: New German Critique, vol. 40, 1987.

und professionell gestaltet, ihre Wohnung »sachlich-behaglich« einrichtet, das neue »Dienstmädchen« namens »Elektrizität« akzeptiert und all dies sich auch etwas kosten läßt: Dieses Bild (das freilich meist nicht die Realität des Arbeiterinnenalltags traf) bestimmte die Schaufenster der Städte, die Wochenendbeilagen der städtischen Zeitungen – und veränderte nicht zuletzt auch den lokalen Energieversorgungsbedarf.

Die neuere Lokalgeschichtsschreibung sollte sich ferner nicht gegenüber den spezifischen (klassen- und) schichtenspezifischen Altersgruppen verschließen; die Geschichte der Kinder, der Jugendlichen, der Alten in der modernen Stadt muß noch geschrieben werden. Hier geht es vielfach um Fragen, welche Akzeptanz die Träger dieser Teilkulturen in der Öffentlichkeit gefunden und welcher Bewegungsspielraum ihnen in den Zentren und den Wohnquartieren zugestanden wurde. Beispielsweise könnte die Veränderung des Erfahrungsraumes nachgezeichnet werden, wenn Kinder nicht mehr Straßen als »ihre« Aktionsräume benutzten, statt dessen die neuen, eigens für sie eingerichteten Kinderspielplätze und Kindergärten.²⁴ Weiter: Wie stand es mit sozialen und kulturellen Angeboten an Jugendliche und Alte? Welche jugendlichen Gruppen entwickelten Subkulturen vor Ort? Welchen Erziehungskonzepten, z. B. nach 1945, waren sie ausgesetzt?²⁵ Auch besteht ein Bedarf an differenzierten Analysen über Entstehung und Gestaltung von altersspezifischen Angeboten wie Jugend- und Altersheimen, – Örtlichkeiten, die kulturelle Betätigungschancen boten, ungeachtet der damit auch immer einhergehenden Tendenz der Ausgrenzung vom allgemeinen städtischen Leben und der Kontrolle durch die Trägerschaften.

2. Zeitspezifische Stadtprofile

Die Lokalgeschichtsforschung dient zudem der Herausarbeitung zeitspezifischer Stadtprofile. Dabei geht es sowohl um die Profilzeichnung der Metropol- und Großstädte²⁶ als auch der Provinz- und Kleinstädte.²⁷ Die klassische Frage nach Kontinuitäten und Brüchen kann auch die stadtgeschichtliche Forschung noch immer inspirieren, wobei zwei Ebenen unterschieden werden müssen: zum einen die objektive stadtgeschichtliche Entwicklung, zum anderen die subjektiven Erfahrungszusammen-

²⁴ Zum Prozeß der Verhäuslichung siehe I. Behnken / J. Zinnecker, Vom Straßenkind zum verhäuslichten Kind. Zur Modernisierung städtischer Kindheit 1900–1980, in: Sowi 16 (1987), H. 2; I. Behnken (Hrsg.), Stadtgesellschaft und Kindheit im Prozeß der Zivilisation. Konfigurationen städtischer Lebensweise zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Opladen 1990.

²⁵ Zu den Erziehungskonzepten gegenüber Jugendlichen nach 1945 läuft derzeit ein Projekt von F. Boll, Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

²⁶ Zum Beispiel zu Berlin J. Boberg / T. Fichter / E. Gillen (Hrsg.), Die Metropole. Industriekultur in Berlin im 20. Jahrhundert, München 1986.

²⁷ Siehe z. B. W. Trapp, Von der Peripherie des Reiches zur Tourismus-Metropole am Bodensee? Eine deutsche Grenzstadt zwischen den beiden Weltkriegen, in: H. Gerstenberger / D. Schmidt (Hrsg.), Normalität oder Normalisierung. Geschichtswerkstätten und Faschismusanalysen, Münster 1987.

hänge. In diesem Kontext erwächst dann auch die Frage nach den Charakterisierungsmöglichkeiten der kollektiven urbanen Mentalitäten in den relativ schnell wechselnden Zeiteinheiten. Kurzum: Gibt es »den« Berliner der zwanziger Jahre und wie unterscheidet er sich von »der« typischen Hanauerin? Die im Vergleich zu den vorindustriellen »longues durées« (Braudel) nur kurz währenden Zeitphasen des 20. Jahrhunderts brachten verstärkt Ungleichzeitigkeiten in den objektiven und subjektiven Entwicklungsabläufen mit sich, die geradezu ein Kennzeichen der Moderne zu sein scheinen. Nehmen wir z. B. erneut den »Kultursprung«, der zwischen 1900 und 1930 stattfand, ins Visier. Wohl waren alle Kennzeichen der Moderne schon um 1900 vorhanden, wohl wurde vieles aus der vorgeblich guten alten Zeit auch in die 20er Jahre tradiert, doch unbestreitbar änderte sich der gesamte Lebens- und Arbeitszusammenhang in diesem Zeitraum grundlegend. Das dadurch entstandene komplizierte Neben-, Mit- und Gegeneinander von neuen, alten, alt-neuen und neu-alten Tendenzen einer adäquaten Analyse zu unterziehen, gehört zu den schwierigen Aufgaben moderner Lokalgeschichtsschreibung. Hier – sozusagen vor Ort (häufig sogar in Stadtteilen) – lassen sich dann auch die spezifischen Mischungsverhältnisse, die Ungleichzeitigkeiten, die mehrdimensionalen, diachron verlaufenen Wahrnehmungs- und Erinnerungshorizonte der Subjekte, die zeitspezifischen Überlagerungen und Aufschichtungen jener Elemente, die schließlich als Mentalität gefaßt werden, gerade in ihrer jeweils zeitspezifischen Komplexität am ehesten rekonstruieren.

Stadtspezifische Profile werden auch ein Stückweit regelrecht produziert, zum Beispiel durch Ansichtskarten und Stadtführer. Was wurde als besichtigungswert gehalten, was nicht? Wie trugen solche Image-Maker zu den jeweiligen stadtspezifischen Ideologien und Mythenbildungen bei?

Schwerere Aufgaben erwachsen freilich im Hinblick auf die Erforschung des jeweils zeitspezifischen politischen Geschehens sowie der politischen Kultur in den diversen Städten, um gemeinsame, aber auch differierende Profilelemente zu enthüllen. Zu denken ist z. B. an die unterschiedlich stark verdichteten Ereignisabläufe während des Ersten Weltkrieges,²⁸ der Revolution von 1918/19,²⁹ der bürgerkriegsähnlichen Situation im Ruhrgebiet 1920,³⁰ schließlich der vielen Massenunruhen in der Inflationszeit,³¹ die von den Erfahrungen des Krieges, des Hungers und der Geldentwertung geprägt waren. Andere zeitspezifische Notzustände, wie die Große Wirt-

²⁸ Dazu siehe exemplarisch *F. Boll*, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover, Bonn 1981.

²⁹ Vgl. z. B. *R. Rürup* (s. A 11).

³⁰ Vgl. z. B. *E. Lucas*, Märzrevolution 1920, Frankfurt 1970, 1973.

³¹ Vgl. z. B. *M. Niehuss*, Arbeiterschaft in Krieg und Inflation. Soziale Lage und Schichtung der Arbeiter in Augsburg und Linz 1910–1925, Berlin / New York 1985.

schaftskrise, brachten ebenfalls stadtcharakteristische Erscheinungsformen mit sich, weil die Städte davon unterschiedlich intensiv betroffen wurden.

Einen der interessantesten neueren Ansätze zur Rekonstruktion spezifischer Stadtprofile stellen die Studien zu lokalen Sozialmilieus dar, die die bis dahin vorherrschenden schichten- und berufsbezogenen Wahlanalysen³² wesentlich erweitern. Hier ist auf diverse Arbeiten im Rahmen des sog. »Bayern-Projektes« zu verweisen, insbesondere aber auf Koshars Studie über Marburg.³³ So kann Koshar zeigen, daß dort die Nationalsozialisten im lokalen bürgerlichen Sozialmilieu verankert waren. Nicht nur auf überparteilich-politische Vereine und Verbände sollte bei solchen Studien geachtet werden (Stahlhelm, Kriegervereine, Tannhäuserbund),³⁴ sondern auch auf Geselligkeitsvereine, wie z. B. die Schützen- und Karnevalsvereine, wozu es bisher noch kaum Studien gibt – obwohl alle wissen, daß von solchen Vereinen Einflüsse auf die kommunale Politik ausgingen. – Auch fehlen weitgehend Studien über jüdische Gemeinden und über Milieus anderer Minderheiten in einzelnen Städten.

Zu den festen Säulen jeder Stadtgeschichtsschreibung sollten die vielfachen Formen von Verfolgung und Unterdrückung einerseits, von Anpassung, Verweigerung und Widerstand im Dritten Reich andererseits gehören. Manches ist bislang schon dabei herausgekommen, aber bei weitem nicht genug.³⁵ Vieles deutet z. B. darauf hin, daß es durchaus lokale Unterschiede hinsichtlich der Tätigkeit der noch relativ wenig erforschten Verfolgungsbehörden gegeben hat. – Bei den Arbeiten zum Widerstand in den Städten fehlt vielfach noch eine Einbindung der Aktivitäten in das jeweilige Sozialmilieu, was aber wichtig ist, nicht zuletzt mit Blick auf geschlechterspezifische Aspekte.³⁶

Auch das Ende des Zweiten Weltkrieges traf die Städte nicht gleichermaßen. Der Zerstörungsgrad war unterschiedlich. Man denke aber auch an das verschiedenartige

³² Vgl. z. B. *L. D. Stoakes*, The Social Composition of the Nazi Party in Eutin, 1925–32, in: *International Review of Social History*, vol. XXIII, 1978, passim; vgl. auch *ders.*, Kleinstadt und Nationalsozialismus, Neumünster 1984.

³³ *M. Broszat / E. Fröhlich* (z. T. *F. Wieseemann*) (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, mehrere Bände, München 1977ff.; *R. Koshar*, Social Life, Local Politics and Nazism. Marburg 1880–1935, Chapel Hill und London 1986; vgl. auch *ders.*, Two »Nazism«: The Social Context of Nazi Mobilisation in Marburg and Tübingen, in: *Social History*, Januar 1982.

³⁴ Dazu siehe vor allem *P. Fritzsche*, Between Fragmentation and Fraternity. Civic Patriotism and the Stahlhelm in Bourgeois Neighborhoods during the Weimar Republic, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* XVII, 1988.

³⁵ Siehe z. B. *W. Boehnke*, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933, Bonn-Bad Godesberg 1974; *I. Maršolek / R. Ott* (s. A 14); *K. Goebel*, Wuppertal in der Zeit des Nationalsozialismus, Wuppertal 1984; *R. Mann*, Protest und Kontrolle im Dritten Reich. Nationalsozialistische Herrschaft im Alltag einer rheinischen Großstadt, Frankfurt / New York 1987.

³⁶ Vgl. Die Diskussion über Frauen als Opfer oder Mittäterinnen im Dritten Reich: *K. Windaus-Walser*, Gnade der weiblichen Geburt? Zum Umgang der Frauenforschung mit Nationalsozialismus und Antisemitismus, in: *Feministische Studien* 6 (11/1988).

lokale Wirken der Antifas, an die ortsspezifischen Züge der Besatzungspolitik,³⁷ der Entnazifizierung sowie der Flüchtlingsaufnahme.³⁸ Offensichtlich standen die Großstädte nach Kriegsende wegen der schwierigen Versorgungslage in einem Konkurrenzkampf untereinander. Rainer Gries vertritt den Standpunkt, daß damals von einer Solidargemeinschaft der Städte nicht viel zu merken war. Vielmehr sei es weitgehend um einen Kampf »Jeder gegen Jeden« gegangen. Die Versorgung der eigenen Stadt habe Vorrang gehabt.³⁹

Zur Herausarbeitung der Zeit- und Ortsspezifika gehört schließlich auch die Rekonstruktion der Veränderungen des öffentlichen und privaten Raumes in den Städten – sei es durch Verkehr, Bauten und sekundärer Architektur, sei es durch Stadterweiterungen, Slumsanierungen und infrastrukturelle Ausstattungen, sei es durch Brände, Bombardierungen und andersartige Zerstörungen. Mit dem Ersten Weltkrieg ging die Hochphase der Verstädterung zu Ende, während die Hochphase der städtischen Moderne erst begann. Die Städte veränderten ihr Gesicht nicht zuletzt durch eine jeweils zeitspezifisch ausgeprägte Urbanität, zu der auch die Veränderung und Umfunktionierung von Räumen und Plätzen gehörte. Ins Auge zu fassen sind z. B. die einzelne Phasen der City-Bildung, die zeitspezifischen Bauanlagen (z. B. die Neubausiedlungen der 20er Jahre),⁴⁰ die Slumsanierungen in der Zeit des Dritten Reiches⁴¹ und seit den fünfziger Jahren. Dabei geht es auch darum, die jeweiligen zeit- und ortsspezifischen Herrschaftskontexte und Praxisformen kultureller Hegemonie (Gramsci), die sich nicht zuletzt in Raumveränderungen und Bauweisen niederschlugen, zu rekonstruieren.⁴² Das Wachstum der Städte war mit vielfachen Raumumnut-

³⁷ Vgl. z. B. D. Rossmeißl (Hrsg.), *Demokratie von außen. Amerikanische Militärregierung in Nürnberg 1945–1949*, München 1988.

³⁸ L. Niethammer (u. a.), *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*, Wuppertal 1976; *ders.*, *Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung*, Frankfurt 1972. Zu Studien über die Interaktionsprozesse zwischen Flüchtlingen, Einheimischen und der Lokalpolitik vgl. E. Holtmann, *Politik und Nichtpolitik. Lokale Erscheinungsformen politischer Kultur im frühen Nachkriegsdeutschland*, Opladen 1989.

³⁹ So R. Gries in einem Tagungsbericht in: *IMS*, 1989, H. 2, S. 38.

⁴⁰ Dazu A. von Saldern (s. A 20).

⁴¹ U. von Petz, *Stadtsanierung im Dritten Reich dargestellt an ausgewählten Beispielen*, Dortmund 1987.

⁴² Dazu z. B. M. Bose u. a., »... ein neues Hamburg entsteht...« *Planen und Bauen von 1933–1945*, Hamburg 1986; U. Herlyn / A. von Saldern / W. Tessin (s. A 20); A. Schildt / A. Sywottek (s. A 20); G. Kähler, *Wohnung und Städte. Hamburg, Frankfurt, Wien. Modelle sozialen Wohnens in den zwanziger Jahren*, Braunschweig / Wiesbaden 1985; H. Hipp, *Wohnungen für Arbeiter? Zum Wohnungsbau und zur Wohnungsbaupolitik in Hamburg in den 1920er Jahren*, in: A. Herzig / D. Langewiesche / A. Sywottek (s. A 6); H. Bodenschatz, *Platz frei für das neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung in der »größten Mietskasernenstadt der Welt« seit 1871*, Berlin 1987; A. Schildt, *Die Grindelhochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage Hamburg-Grindelberg 1945–1956*, Hamburg 1988.

zungen, sozio-räumlichen Neusegmentierungen⁴³ sowie durch Erweiterungen, aber auch Einschränkungen der Handlungsräume für Individuen und soziale Gruppen verbunden, die für die einzelnen Phasen durch historische Forschung zu erschließen sind. In diesem Zusammenhang gehört auch die Analyse von jeweils orts- und zeitspezifischen Demonstrationen und Streiks sowie – für die Phase der nationalsozialistischen Machtübernahme – die Analyse der Eroberung städtischer Arbeiterquartiere durch die Nazis:⁴⁴ Ein Teil der Gewalt und des Terrors trat ja auf Straßen und öffentlichen Plätzen sichtbar in Erscheinung – und die Straßen veränderten erneut ihr Gepräge, als nach 1933 viele Fenster mit NS-Emblemen geschmückt wurden und bei Umzügen Nazi-Lieder im Fackelschein erklangen.

Spezifische Stadtprofile findet man dann – trotz zunehmender Uniformierungstendenzen – selbst noch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkriege: Wiederaufbau statt Neuaufbau –, auch als »entnazifizierter Städtebau« deklariert,⁴⁵ leitete die neue Stadtentwicklungsphase ein und mündete in die mit dem »Wirtschaftswunder« verbundene Adenauer-Ära. Die damit einhergehenden »neuen Erfordernisse«, z. B. im Hinblick auf die Schaffung einer autogerechten Stadt, waren Resultat einer Betrachtungsweise, bei der die Stadt hauptsächlich als Funktionssystem gesehen wurde. Kein Wunder, daß sich die Städte daraufhin von innen und von außen schnell und radikal veränderten, von einigen Kritikern (so von Mitscherlich) schon recht bald als Entwicklung zur Unwirtlichkeit gebrandmarkt.

3. *Alltagsgeschichte und Lokalgeschichte*

Große Impulse erhielt die Lokalgeschichte von der Alltagsgeschichte. Ihre gegenseitige Verzahnung hat in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen. Stets wird in der Literatur darauf hingewiesen, daß »Alltagsgeschichte« selbst ein verschwommener Begriff sei. Diese berechtigte Aussage tangiert jedoch nicht die Fruchtbarkeit solcher Forschungen, besonders wenn sie sich sozial-anthropologischen Ansätzen öffnen. Zentrales Anliegen der Alltagsgeschichtsforschung ist es, die historischen Subjekte – von allen Normsetzungen befreit – zum Angelpunkt der Forschung zu machen und diese selbst (soweit möglich) in einen kommunikativen Prozeß, meist mittels Oral-Hi-

⁴³ Hier ist vor allem auf die Neubausiedlungen der zwanziger und sechziger/siebziger Jahre zu verweisen.

⁴⁴ E. Rosenhaft, *Organising the »Lumpenproletariat« Cliques and Communists in Berlin During the Weimar Republic*, in: R. J. Evans (Hrsg.), *The German Working Class 1888–1933. The Politics of Everyday Life*, London 1982; *dies.*, *Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929–1933*, Cambridge 1983.

⁴⁵ V. M. Lampugnani, *Architektur und Stadtplanung*, in: W. Benz (Hrsg.), *Die Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt 1983, Bd. 3.

story, einzubinden.⁴⁶ Eine »Fahrt ins Dunkle« hat Paul Göhre⁴⁷ eine solche Beschäftigung mit dem eignen Volke genannt, andere sprechen von einer Entdeckungsreise.⁴⁸ Und Niethammer betont auch die Chance, durch Alltagsgeschichte den eigenen Alltag genetisch zu begreifen. »Das ist einer der Gründe für die Entakademisierung an den Rändern unseres Fachs und für die Wiederbelebung je spezifischer historischer Kommunikation in einzelnen Lebensbereichen und -orten.«⁴⁹ Der alltagsgeschichtliche Ansatz »sprengt und historisiert viele unserer vermeintlich analytischen Begriffe, die traditionell angelegt oder aus Nachbarfächern zur Organisation der Stoffe importiert wurden, und holt Dimensionen wie Geschlecht, Erfahrung oder auch Raum in die Historie zurück.«⁵⁰

Aufs Ganze gesehen ist die Alltagsgeschichte, so fruchtbar ihre methodisch-inhaltliche Erweiterung für die Lokalgeschichtsschreibung ist, jedoch auch nicht ohne Tücken. Dies betrifft vor allem ihr Verhältnis zur Sozialgeschichte. Ein Gegeneinander-Auspielen von »kritischer Sozialgeschichte« einerseits und »Alltagsgeschichte« andererseits kommt keiner Seite zugute. Gerade empirische lokalhistorische Arbeiten zeigen, wie wenig letztlich eine kritische Sozialgeschichte von einer Alltagsgeschichte abgekoppelt werden kann (und umgekehrt), daß beide ergänzende Sichtweisen darstellen, die nicht in einer hierarchisierten Zuordnung zueinander stehen, aber selbstverständlich auch nicht deckungsgleich sind: In sozialgeschichtlichen Studien werden quasi die Folien alltagsgeschichtlicher Forschungen erarbeitet, und umgekehrt bereichert die Alltagsgeschichte durch die Öffnung neuer Blickwinkel die kritische Sozialgeschichtsforschung. Eine Alltagsgeschichte, die sich ausschließlich auf historische Subjekte konzentriert, kann zwar u. U. zu eindrucksvollen Ergebnissen führen, ersetzt aber keineswegs die Aufgabe, objektive Entwicklungsprozesse durch wirtschafts- und sozialgeschichtliche Arbeiten, die auf traditioneller Quellenbasis beruhen (wobei die Quellen auch »gegen den Strich zu lesen« sind) ins Visier zu nehmen.

4. *Stadtgeschichtsschreibung und Theoriebildung*

Moderne Stadtgeschichtsschreibung bedarf theoretischer Reflexionen, sollte sich also nicht aus theoretischen Kontexten ablösen. Im folgenden kommen einige theoretische

⁴⁶ Dazu siehe z. B. A. Lüdtker, *Alltagsgeschichte: Schwierigkeiten und Chancen beim Verfolgen »quer-treibender« Fragen*, in: ders. (Hrsg.), *Alltagsgeschichte*, Frankfurt 1988; ders., *Perspektiven alltagsgeschichtlicher Forschung: Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, ebda.

⁴⁷ Ebda.

⁴⁸ F.-J. Brüggemeier, *Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889–1919*, München 1983.

⁴⁹ L. Niethammer, *Das kritische Potential der Alltagsgeschichte*, in: U. A. J. Becher / K. Bergmann (Hrsg.), *Geschichte – Nutzen oder Nachteil für das Leben?*, Düsseldorf 1986, S. 62.

⁵⁰ Ebda. S. 60.

Ansätze, die für die Stadtgeschichtsschreibung im 20. Jahrhundert von besonderem Belang sind, kurz zur Sprache.

Wichtige Erkenntnisse sind aus der Community-Power-Forschung, wie sie vor allem in den USA vertreten wird, zu gewinnen.⁵¹ Diese Studien machten deutlich, wie sich (auch in demokratischen Zeiten) nur ein geringer Teil der kommunalen Entscheidungsprozesse in den dafür formal zuständigen Gremien (Stadtverordnetenversammlungen etc.) abspielen, während viele Entscheidungen auf informelle Beziehungsstrukturen verschiedener Art zurückzuführen sind. Außerdem wurde in diesen Forschungen herausgearbeitet, welche Bedeutung vor allem die Non-decisions haben können. Damit ist die vielfach zu beobachtende Tatsache gemeint, daß zahlreiche Problemzusammenhänge von vornherein gar nicht als diskurs- und politikfähig anerkannt werden, d. h. daß darüber gar nicht öffentlich diskutiert wird. Dies betraf und betrifft vor allem Belange von Minderheiten und Armen, aber auch von Frauen.

Ein anderer theoretischer Kontext ist einzubeziehen, wenn von der Geschichte der städtischen Selbstverwaltung die Rede ist. Bekanntlich läßt sich die Geschichte der Städte im 20. Jahrhundert als eine Geschichte zunehmender Zentralität politischer Entscheidungen auf Landes- bzw. Bundesebene schreiben. Markante Eckdaten in diesem Prozeß waren die Erzbergsche Finanzreform von 1920, die Entkommunalisierung aller wichtigen Entscheidungsprozesse während der Präsidialkabinette in der »Großen Wirtschaftskrise«,⁵² und schließlich die Einbindung der Kommunen in das polykratisch-überlokal gesteuerte nationalsozialistische System.⁵³ Politologen zogen aus der Tatsache der säkularen Aushöhlung kommunaler Selbstverwaltung auch Konsequenzen in der Begriffsbildung. Sie sprachen für die Bundesrepublik der 70er Jahre nicht mehr von Stadtforschung, sondern von lokaler Politikforschung.⁵⁴ Grauhan z. B. geht es um den »Stellenwert lokaler politischer Ereignisse und Problemlagen im gesellschaftlichen Gesamtsystem.«⁵⁵ Kommunen werden nicht mehr als Kommunen, d. h. als relativ selbständige politische Einheit und als Verwaltungsorganisationen, sondern als »Erscheinungsort umfassender Produktions-, Austausch- und Konsum-

⁵¹ Vgl. die Sekundäranalyse von H.-A. Haasis, *Kommunalpolitik und Machtstruktur. Eine Sekundäranalyse deutscher empirischer Gemeindestudien*, Frankfurt 1978. Dort weitere Literaturhinweise.

⁵² Dazu A. von Saldern, *Kommunale Verarmung und Armut in den Kommunen während der Großen Krise (1929 bis 1933). Am Beispiel der Finanz- und Wohnungs(bau)politik*, in: *Soziale Bewegungen. Geschichte und Theorie*, Jahrbuch 3, Frankfurt 1987.

⁵³ Dazu H. Matzerath, *Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung*, Stuttgart 1970; für die Bundesrepublik vgl. M. Rodenstein, *Thesen zum Wandel der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland*, in: R. Emenlauer u. a. (Hrsg.), *Die Kommune in der Staatsorganisation*, Frankfurt 1974; B. Kirchgässner / J. Schadt, *Kommunale Selbstverwaltung – Idee und Wirklichkeit*, Sigmaringen 1983; Chr. Engeli, *Städte und Staat in der Weimarer Republik*. Hans Herzfeld zum Gedenken, in: ebda.

⁵⁴ Vgl. R.-R. Grauhan (Hrsg.), *Lokale Politikforschung*, Frankfurt 1975.

⁵⁵ Ebda., S. 12.

tionsbeziehungen« gesehen.⁵⁶ Von diesem gesamtgesellschaftlichen Ansatz aus wird vor allem versucht, den ökonomischen Agglomerationsprozeß mit seinen Ungleichgewichtigkeiten zu rekonstruieren und seine Auswirkungen auf den soziokulturellen Bereich nachzuzeichnen. Von solchen theoretischen Überlegungen können wichtige Impulse auch für die historische lokale Politik-Erforschung ausgehen.⁵⁷ So müßten die jeweiligen Entwicklungsschübe auf den verschiedenen Ebenen, der Ebene der Ökonomie, des Rechts, der Kultur etc., herausgearbeitet werden. Erfahrungsgemäß gilt, daß jene Erscheinungen, die für die gegenwärtige Stadt als charakteristisch angesehen werden, schon einen Entwicklungsvorlauf aufweisen, den nachzuweisen wichtig wäre, ohne die Unterschiede zwischen den einzelnen Phasen zu verwischen. Dies setzt aber voraus, daß die weitgefächerte Stadtforschung über die heutige Stadt auch von Historikerinnen und Historikern rezipiert wird, was allerdings viel zu wenig geschieht und auch wegen der Fülle der anfallenden Literatur schwierig ist. Stattdessen blicken Historikerinnen, wenn sie über »moderne Stadtgeschichte« nachdenken, primär lieber nach »hinten« und vergleichen die Stadt des 19. und 20. Jahrhunderts mit der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadt. Der »tiefe Einschnitt« ist hier unübersehbar, aber auch einige Kontinuitätslinien wurden entdeckt, so daß die Diskussion unter den Begriffen »Bruch oder Kontinuität« firmiert.⁵⁸

Eine spezifische Stoßrichtung erhalten die Überlegungen von Manuel Castells aus den 70er Jahren. Castells betrachtet ebenfalls den Staat als Träger bzw. Förderer und räumlichen Organisator z. B. des Wohnungsbaus und des Gesundheitswesens in den Städten. Für ihn ist die Stadt auch keine politische Einheit mehr. Es gäbe keine spezifisch städtische Kultur mehr. Am ehesten sei noch die Konsumtionssphäre dazu zu rechnen.⁵⁹ Auch Peter Saunders, ein Vertreter der New Urban Sociology, interessiert sich vor allem für die Konsumtionssphäre, worunter er Wohnungen, Krankenhäuser, Wohlfahrtseinrichtungen u. a. m. versteht. Dabei handle es sich um Bereiche, in denen die funktional ausgerichteten Interessen von Kapital und Arbeit nicht unmittelbar repräsentiert sind, stattdessen müssen diese eher als das Produkt konkurrenzhafter oder »pluralistischer« Kämpfe bzw. als klassenübergreifende Interessenspaltungen an-

⁵⁶ Ebda., S. 15.

⁵⁷ Vgl. z. B. A. Labisch, *Gemeinde und Gesundheit. Zur historischen Soziologie des kommunalen Gesundheitswesens*, in: B. Blanke / A. Evers / H. Wollmann (Hrsg.), *Die Zweite Stadt*, Opladen 1986; ders., »Hygiene ist Moral – Moral ist Hygiene« – Soziale Disziplinierung durch Ärzte und Medizin, in: Chr. Sachße / F. Tennstedt (Hrsg.), *Soziale Sicherheit und soziale Disziplinierung*, Frankfurt 1986; R. Schramm, *Kommunale Gesundheitspolitik und Sozialhygiene im Hannover der 20er Jahre*, in: A. von Saldern (s. A 1), S. 117ff.

⁵⁸ Vgl. den Leitartikel von H. Matzerath, »Moderne Stadtgeschichte?« Bruch oder Kontinuität in der Stadtentwicklung, in: IMS 1989, H. 2, bes. S. 6.

⁵⁹ M. Castells, *The Urban Question*, London 1977 (dt.: *Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung*, Hamburg / Berlin 1977); ders., *City, Class and Power*, London 1978.

gesehen werden.⁶⁰ Diesen und andere Vertreter der New Urban Sociology (auch »Neue Stadtforschung« genannt), die ihre Theorien im Kontext der sozialen Unruhen in den Städten seit den späten 60er Jahren entfaltet haben, ist der Versuch gemeinsam, die städtischen Entwicklungen sowohl baulich-räumlicher als auch ökonomischer oder sozialer Art aus gesamtgesellschaftlichen Prozessen zu erklären. »Städtisch« bedeutet in diesem Kontext nurmehr eine Verdichtung allgemeiner gesellschaftlicher (Klassen-)Interessen und Probleme.

Es ist noch offen, inwieweit solche, heute vor allem im Ausland diskutierten, Ansätze der Neuen Stadtforschung auch für die Erforschung früherer historischer Phasen des 20. Jahrhunderts nützlich sein können. Dazu bedarf es zunächst der historiographischen Operationalisierung, die jedoch bislang für den Kontext der deutschen Stadtgeschichte aussteht. Vor allem stellen sich Fragen zur genaueren Bewertung historischer Sozialbewegungen, historischer Klassenaussetzungen, historischer Problemverschiebungen (vom Staat auf die Städte) sowie historischer Formen von räumlichen Enteignungen und Wiederaneignungen.⁶¹ Historisch-empirische Forschung könnte aber auch umgekehrt die neuere Theoriebildung über die gegenwärtige Stadt befruchten, beispielsweise in Bezug auf die Entstehung sozialer Einrichtungen in den Städten. Besondere Bedeutung für städtische Zeitgeschichte würde demnach der Erforschung der sozialen Konsumtionssphäre und deren Rückkoppelung an gesellschaftliche Entwicklungen zukommen. Unter dem Einfluß von Althusser und Foucault wurden die darunter fallenden Einrichtungen hauptsächlich als Bestandteile des ideologischen Staatsapparates betrachtet und als Instrument einer Sozialdisziplinierung bewertet, was jedoch nicht ausschließt, daß solche Einrichtungen nicht selten gerade auf direkten oder indirekten politischen Druck der Arbeiterklasse hin entstanden sind.⁶²

Theoretische Impulse für empirische Stadtgeschichtsforschung können ferner von den Überlegungen Gramscis⁶³ ausgehen, der gerade die kulturelle Hegemonie des Bürgertums in ihrer weitreichenden Wirkungsweise thematisierte.⁶⁴ Die Vorzüge dieses theoretischen Ansatzes liegen darin, daß der kulturelle Bereich als politischer und gesellschaftlicher Einflußfaktor stark gewichtet wird und damit ökonomistische Interpretationen gesellschaftlicher Entwicklungen in Schranken verweist. Bürgerliche kulturelle Hegemonie sollte gerade in ihren jeweils orts- und zeitspezifischen Ausprägungen

⁶⁰ P. Saunders, *Social Theory and the Urban Question*, London 1981; ders., *Raum, Stadt und Stadtsoziologie*, in: J. Krämer / R. Neef (Hrsg.), *Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus. Texte zu einer »New Urban Sociology«*, Basel 1985.

⁶¹ P.-H. Chombart de Lauwe, *Aneignung, Eigentum, Enteignung*, in: arch+ 1977, H. 34.

⁶² Vgl. J. Krämer / R. Neef (s. A 60), S. 13.

⁶³ A. Gramsci, *Philosophie der Praxis*, hrsg. und übersetzt von Chr. Riechers, Frankfurt 1967; ders., *Marxismus und Literatur, Ideologie, Alltag, Literatur*, hrsg. von S. Kebir, Hamburg 1983.

⁶⁴ Vgl. z. B. T. J. Jackson Lears, *The Concept of Cultural Hegemony: Problems and Possibilities*, in: *American Historical Review* 90 (1985) H. 3.

gen und Differenzierungen analysiert werden, z. B. im Hinblick auf die konkrete Umsetzung bzw. Anwendung kultureller Normen und deren Verbreitung durch die Presse oder durch die Untersuchung der Ausgabenstruktur der städtischen Kultur-etats. Solche Analysen stellen einen wichtigen Schlüssel für die Rekonstruktion der Klassenbeziehungen im städtischen Raume dar.

Wie notwendig die Rückkopplung der stadtgeschichtlichen Forschung mit theoretischen Überlegungen ist, zeigt gerade der neue Trend in der Geschichtsschreibung über das Dritte Reich: Entdeckt wird hier in den letzten Jahren vermehrt das anscheinend »Normale«, d. h. jene vorgeblich unpolitischen Strukturen und Entwicklungen, die scheinbar nicht oder kaum mit dem Bild des NS-»Unrechtsstaates« zusammenhängen.⁶⁵ Wer sich hier von makrohistorischen bzw. von theoretischen Überlegungen abkoppelt, kommt relativ schnell und zwangsläufig in seinen Forschungen zu einem Teilbild über das Dritte Reich, das dessen »Schokoladenseiten« widerspiegelt, und womöglich findet der Autor oder die Autorin sich dann an jener Stelle (unfreiwillig) wieder, wo Unbelehrbare schon immer standen bzw. noch stehen, symbolisiert in der Aussage: »Hitler hat ja auch Gutes getan, z. B. Autobahnen gebaut«. An solchen subjektiven Äußerungen läßt sich aufzeigen, daß der »Maßnahmenstaat« in den Köpfen der Menschen damals tatsächlich weitgehend getrennt vom »Normenstaat« existierte und daß sich an dieser Auffassung auch bis heute vielfach nichts geändert hat.⁶⁶ Doch kann sich eine historisch-kritische Erfahrungsanalyse mit diesem Niveau nicht zufrieden geben. Deren Aufgabe ist es gerade, den Doppelcharakter von Normen- und Maßnahmenstaat aufzuzeigen und – soweit wie möglich – die in der subjektiven Erinnerung vorhandene Trennung beider Bereiche aufzuheben. In einer historisch-kritischen Analyse muß also der Scheincharakter des angeblich Normalen offengelegt werden. Deshalb sind auch die in der jüngsten »Historikerdebatte« hochgeschwappten Begriffe »Normalisierung« und »Historisierung«,⁶⁷ die zu einer verharmlosenden Sichtweise einladen, sowohl für lokalgeschichtliche als auch für andersartige Studien höchst fragwürdig und wenig brauchbar. Denn diese Begriffe können leicht mit falschen Inhalten, die zu einer Bagatellisierung des Dritten Reiches führen, gefüllt werden. Da der »Normenstaat« nicht vom »Maßnahmenstaat« zu trennen ist, kann der »Normenstaat« auch nicht »normalisiert« werden, genausowenig wie die damals oft nur ausschnittartigen subjektiven Erfahrungen der Menschen mit diesem »Normen-

⁶⁵ Jüngstes Beispiel: U. Backes / E. Hesse / R. Zietelmann (Hrsg.), *Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus*, Frankfurt/M., Berlin 1990.

⁶⁶ Dazu: E. Fraenkel, *Der Doppelstaat*, Frankfurt, Köln, 1974 (Erstausgabe 1940); vgl. auch A. von Saldern, Hillgrubers »Zweierlei Untergang« – der Untergang historischer Erfahrungsanalyse?, in: H. Gerstenberger / D. Schmidt (s. A 27).

⁶⁷ Vgl. auch M. Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: *Merkur* 435, 1985, S. 375 ff.

staat« in der historischen Analyse als unkommentierte »reine Wiedergabe« reproduziert werden dürfen.

5. *Makrohistorischer Kontext und interlokale Vergleiche*

Historische Lokalstudien wollen häufig Strukturen oder Entwicklungen exemplarisch aufzeigen. Dabei vertrauen viele Autoren und Autorinnen auf die besondere Aussagekraft ihres Beispiels und verzichten mehr oder weniger auf eine Einbindung in die Makrogeschichte, so daß die Leser und Leserinnen meist mit der Frage allein gelassen werden, inwieweit über den Einzelfall hinaus Generalisierungen möglich sind. Lokalgeschichte muß früher oder später auch das Thema des Vergleichens angehen. Nur im Vergleich mit anderen Räumen wird das Typische und das Besondere des Regionalen herausdestillierbar. Sogenannte »case studies« haben zwar nationales und sogar internationales Ansehen, gleichwohl steht dieser Art von Geschichtsschreibung vor einem »merkwürdigen Dilemma«, wie Vovelle formuliert: »Entweder führt uns die Fallstudie zu einem allgemeineren Modell..., oder sie stellt uns einen einmaligen Fall vor. . . aber was wird dann aus der Geschichte?«⁶⁸ Vovelle ist auch zuzustimmen, wenn er über die Notwendigkeit eines dialektischen Austausches unterschiedlicher Forschungsweisen schreibt, nämlich eines Austausches »zwischen der globalen, ausgreifenden Untersuchung ... und der in die Tiefe gehenden Analyse der Fallstudie.«⁶⁹

Doch Vergleiche anzustellen ist ein leidiges Geschäft. Denn auch jene, die sich der Mühe unterziehen, andere Lokalstudien zum Vergleich heranzuziehen, sehen sich vor einem Berg von methodischen Problemen. Am Beispiel der Arbeiterbewegung und ihrer parteipolitischen unterschiedlichen Ausrichtungen ist versucht worden, über die Probleme lokalgeschichtlichen Vergleichens zu reflektieren.⁷⁰ Dabei stellte sich deutlich heraus, daß gleiche Phänomene nicht Gleiches bedeuten, wenn diese nämlich, wie häufig der Fall, in recht unterschiedlichen Kontexten eingebunden sind. Und umgekehrt gilt, daß ähnliche Kontexte ungleiche Phänomene hervorbringen können. Doch wäre es schon ein Erfolg, würde man solche vergleichenden Beobachtungen und Ergebnisse mit den jeweiligen eigenen lokalgeschichtlich-konkreten Inhalten füllen können.

Lokalgeschichte in vergleichender Perspektive kann auch nicht ohne Erkenntnis ge-

⁶⁸ M. Vovelle, *Serielle Geschichte oder »case studies«: ein wirkliches oder nur ein Schein-Dilemma?*, in: U. Raulff (Hrsg.), *Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse*, Berlin 1987, S. 123.

⁶⁹ Ebda., S. 126.

⁷⁰ Vgl. A. von Saldern, *Arbeiterradikalismus – Arbeiterreformismus. Zum politischen Profil der sozialdemokratischen Parteibasis im Deutschen Kaiserreich. Methodisch-inhaltliche Bemerkungen zu Vergleichsstudien*, in: *IWK* 20 (1984), H. 4.

schrieben werden, daß lokale und regionale Entwicklungsprozesse diachron, d. h. ungleichzeitig verlaufen. Dies hängt mit der Tatsache zusammen, daß auch in der Entwicklung der Kapitalverhältnisse ungleichzeitige Momente »eingebaut« sind und dementsprechend sich die Regionen ungleichzeitig entwickelten. Gravierend dabei ist die Erkenntnis, daß die Ungleichzeitigkeiten gesellschaftlicher Zustände im »historischen Jetzt« nicht ein Aufholen der Entwicklung in »historischer Zukunft« bedeuten. Analog den Erkenntnissen über die Regionen im Weltzusammenhang ist auch für die Räume innerhalb eines nationalen Rahmens feststellbar, daß Ungleichzeitigkeiten eine komplexe Übereinanderlagerung von älteren und neueren Strukturen bedeuten, die sich in jeweils unterschiedlicher Weise brechen.

Das eben Gesagte gilt erst recht für internationale Vergleiche von Städten mit ganz verschiedenen Entwicklungsverläufen. Düsseldorf mit Fez zu vergleichen kann allenfalls nur unter eingeschränkten Fragestellungen (z. B. Verkehrsaufkommen) oder bei einer gründlichen Aufarbeitung der historischen und strukturellen Gesamtkontexte Sinn machen. Schwierigkeiten entstehen allein schon zuhauf, wenn Stadtvergleiche zweier industrialisierter Länder vorgenommen werden. Doch hier sind schon entsprechende Ansätze zu verzeichnen – besonders im Rahmen des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster –, die darauf hinauslaufen, Vergleichsperspektiven von vornherein in die Forschung »einzubauen«, z. B. wenn es um Fragen der lokalen Autonomie gegenüber der Zentrale geht.⁷¹

6. Politik und Ökonomie im städtischen Kontext

Ein bedeutsamer Themenkomplex lokalgeschichtlicher Forschung bezieht sich auf die Politik im städtischen Kontext. Zunächst denkt man dabei an die Entscheidungsprozesse von oben (d. h. vom Staat) nach unten (zur Kommune), so z. B. an die Frage, welche Umformungen diese dabei erhalten, welche Unterlaufungsstrategien feststellbar sind. Gleichzeitig sollte herausgefunden werden, wie Impulse und Einflußnahmen von unten nach oben verlaufen, welche Trägerschaften und lokalspezifischen Impulsverstärker hierbei eine Rolle spielen. Empirische Untersuchungen sind ferner erforderlich, um herauszufinden, wie und mit welchen Auswirkungen die Städte zu »Problemschuttblatdeplätzen« der Nation degradiert wurden (z. B. während der »Großen Wirtschaftskrise«) und wie darauf innerstädtisch reagiert wurde. So z. B. litten die Städte der 1920er Jahre ständig unter der Diskrepanz zwischen dem Sozialkommune-Postulat und den Finanzressourcen.

Erforderlich sind ferner historische Analysen des komplexen Verhältnisses von

⁷¹ In: IMS 1989, H. 2, S. 34ff.; vgl. dazu vor allem *Chr. Engeli / H. Matzerath* (Hrsg.), *Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan*, Stuttgart 1989. In diesem einschlägigen Handbuch befindet sich auch eine nutzvolle Auswahlbibliographie.

Wirtschaft und Politik im städtischen Kontext. Die Komplexität des Verhältnisses ergibt sich primär aus der Tatsache, daß die private Wirtschaft in den Städten nur zu einem kleineren Teil lokal orientiert ist, zu einem größeren, gewichtigeren Teil jedoch nationale und internationale Orientierungen aufweist. Für die konkrete historische Forschung wäre es eine wichtige Aufgabe, die jeweiligen Berührungspunkte der Wirtschaftsunternehmen zur städtischen Politik offenzulegen, sei es über die Gewerbesteuer und die (an sich staatlichen) Gewerbeaufsichtsämter (früher: Gewerbeinspektoren), sei es über Fragen der Umweltverschmutzung, der Grundstücks politik, der Stadterweiterungsplanungen, der Infrastrukturausstattungen, der städtischen Imagepflege u. a. m. Vorbei sind die Zeiten, in denen, wie im frühen und mittleren 19. Jahrhundert, viele Unternehmer sich selbst in der Stadtpolitik engagierten: Im 20. Jahrhundert wird mehr versucht, auf indirekten Wegen Einfluß auf die Lokalpolitik auszuüben, sei es über Verbände, Vereine und Parteien, sei es über persönliche Beziehungen. Doch auch hier bedarf es noch genauerer zeit- und lokalspezifischer Untersuchungen, beispielsweise über die Bedeutung der Vereine und regionalen Wirtschaftsverbände als Transferriemen für die Umsetzung von Partikularinteressen in Politik. Wenig wissen wir auch noch über das Beziehungssystem von Stadt und lokaler Wirtschaft bzw. Unternehmen während des Dritten Reiches. Auch gibt eine Analyse der Industriebauten an einem Ort oft Aufschluß über Herrschaftsanspruch und -wirklichkeit.⁷²

Lokale Parteien entsprachen häufig nicht einfach ihrem »Durchschnittsbild« im nationalen Rahmen, vielmehr entwickelten sie nicht selten ortsspezifische Profile. Diese herauszufinden und dadurch auch einen Beitrag zu einer allgemeinen, aber gleichzeitig differenzierenden Parteiengeschichte zu leisten, gehört sicherlich mit zu den wichtigen Standardaufgaben lokalgeschichtlicher Forschung, wobei auch Wahlergebnisse und Fragen innerparteilicher Partizipation zu berücksichtigen sind. Es ist erstaunlich, wie wenig wir über kommunalpolitische Konzepte und Strategien der Parteien, gleichgültig welchen Bereich, ob Kultur- oder Wirtschaftspolitik, gleichgültig welche Partei, ob Zentrum oder NSDAP, wir ins Visier nehmen.⁷³ Ein wichtiger Aspekt für die 20er Jahre sind die diversen Versuche bürgerlicher Parteien, sich zu einem Block gegen die Arbeiterparteien zusammenzuschließen und sich auch so zu bezeichnen. Wäh-

⁷² Vgl. z. B. S. *Auffarth*, *Die Norddeutsche Wollkämmerei & Kammgarnspinnerei in Delmenhorst – ihre Geschichte und ihre Bauten*, in: *Die Nordwolle in Delmenhorst* (= Arbeitshefte zur Denkmalspflege in Niedersachsen Bd. 3), Hannover 1984.

⁷³ Im Rahmen der Analyse der NSDAP-Politik ist bisher noch am meisten über NS-Städtebaupolitik gearbeitet worden. Vgl. *U. von Petz* (s. A 41); *Bose* (s. A 42); *H. Frank*, *Faschistische Architekturen. Planen und Bauen in Europa 1930–1945*, Hamburg 1985; *E. Fornöran*, *Die Stadt und Industrie-Gründungen Wolfsburg und Salzgitter*, Frankfurt a. Main 1984. Zur sozialdemokratischen Kommunalpolitik vgl. z. B. *A. Kreitmeier*, *Zur Entwicklung der Kommunalpolitik der bayerischen Sozialdemokratie im Kaiserreich und in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung Münchens*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 25. Bd., 1985.

rend auf Reichs- und Länderebene die sog. Große Koalition (SPD; DDP; DVP; Z), und die sog. Kleine Koalition (ohne DVP) die bürgerliche Blockbildung unterbrachen, traten die politisch-sozialen Fronten (hier bürgerliche Parteien, dort Arbeiterparteien) in den Städten oftmals offener und offensiver hervor, vor allem dann, wenn die Arbeiterbewegung am Orte relativ stark war und nicht nur auf die Rolle eines »Juniorpartners« der bürgerlichen Fraktionen fixiert blieb. Der Machtverlust des Bürgertums (1919) gerade in seiner ureigensten Herrschaftssphäre »Stadt« brachte die bürgerlichen Parteien oftmals in Turbulenzen, die zur Vorgeschichte des lokalen NS-Erfolges gehören.⁷⁴

Ein weiterer Blick muß auch auf die städtischen Funktionseliten geworfen werden, wie diese sich nicht nur in den Parteien entwickelten, sondern auch in der städtischen Verwaltung. Eine neue Beamtenschaft rekrutierte sich in den Städten des späten 19. und des 20. Jahrhunderts, über deren Aufstieg, Weltansicht und Problembewältigungsstrategien wir für die einzelnen Phasen der Zeitgeschichte noch wenig wissen. Nur einige der herausragenden Oberbürgermeister wurden mit Biographien versehen.⁷⁵ Insbesondere fehlt es an Studien über die mittlere und untere Kommunalbürokratie. An Fragestellungen mangelt es nicht. Ein Beispiel sei genannt: Wie kommt es, daß einige Städte Pionierleistungen auf infrastrukturellem Gebiet (z. B. im Gesundheitswesen) erbrachten, andere in der Statistik ganz hinten rangierten?⁷⁶ Spielte hier die jeweilige Kommunalbürokratie eine Rolle? Die ökonomische Kompetenz war sicherlich dabei ein gravierender Faktor, aber bei weitem nicht der allein ausschlaggebende. Wann setzen sich bestimmte Standards durch, und welche Rolle spielte dabei der öffentliche Druck einerseits, die Konkurrenz der Städte (z. B. auf Städtetagen) sowie die Imagepflege andererseits?

Mit dem Ende der bürgerlichen Honorationsherrschaft in den Städten im Jahre 1919 ist zwar die Klassengesellschaft im städtischen Kontext nicht verschwunden, aber die Klassenlinien wurden diffuser und nach 1945 für viele fast bis zur Unkenntlichkeit verdeckt. Erst wer genauer hinsieht entdeckt auch noch in der Stadt des 20. Jahrhunderts eklatante sozialräumliche (d. h. klassen- und schichtenbezogene) Unterschiede im Hinblick auf Lebensqualität. Es ist ein Leichtes nachzuweisen, daß die städtischen Infrastruktureinrichtungen sowie die Bildungsinstitutionen sich nicht gleichgewichtig über die Stadtteile erstreck(t)en, sondern daß eher die historisch gewachsene Benachteiligung bestimmter Sozialräume in den Städten reproduziert bzw.

⁷⁴ Koshar (s. A 33).

⁷⁵ Vgl. z. B. D. Rebentisch, Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik, Wiesbaden 1975.

⁷⁶ Hierzu siehe als Quelle z. B. das Statistische Jahrbuch deutscher Städte.

sogar verstärkt wurden.⁷⁷ Doch fehlt es an ausreichender historischer Aufarbeitung solcher Themenkomplexe.

Dies führt uns dann auch zur vielseitigen Geschichte der städtischen Betriebe.⁷⁸ Die Prinzipien kapitalistischer Unternehmensführung befolgend, entfernten diese sich weit von den vor 1914 diskutierten utopischen Vorstellungen der sozialdemokratischen Revisionisten (à la Bernstein), die darauf hinausliefen, die Gesamtgesellschaft nicht zuletzt durch den sogenannten »Munizipalsozialismus« umzubauen. Einen wichtigen Einschnitt in die Geschichte des städtischen Betriebswesens bildete das Jahr 1935, als nämlich durch die neue Kommunalverfassung der Nationalsozialisten⁷⁹ die wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der Städte stark eingeschränkt wurden.⁸⁰ Diese gesetzlichen Regelungen wurden auch nach 1945 nicht mehr revidiert.

Bedeutsam sind ferner Studien zu jenen infrastrukturellen Einrichtungen, die der Initiative gesellschaftlicher Gruppen und nicht-staatlichen Institutionen zu verdanken sind. Erinnert sei vor allem an Arbeiterkulturvereine, Genossenschaften, die Arbeiterwohlfahrt, Gewerkschaftshäuser, Arbeiterbibliotheken u. a. m.; zu erinnern sei aber auch an die Wohlfahrtseinrichtungen der Kirchen und sonstiger Trägerschaften. Ohne sie hätten in Krisenzeiten, z. B. am Ende der Weimarer Republik, viele Städte einen noch größeren Kollaps erlitten als es tatsächlich der Fall war. Die Aufarbeitung solcher Themen würde unsere Erkenntnisse über die historischen Grenzen des Sozialstaats bzw. der Sozialkommune erweitern.

Auch ist zu fragen, welche Bereiche der lokalen Politik in welchen Formen der Bewohnerschaft vermittelt wurden, welche Rolle dabei die lokalen Parteien, Vereine sowie Zeitungen und andere Öffentlichkeitsarbeiten spielten. Im allgemeinen herrschte der Trend vor, über Stadtpolitik in den meisten Lokalzeitungen nur ungenügend zu informieren und zahlreiche Entscheidungen und Forderungen so darzustellen, daß der eigentliche politische Gehalt nicht zum Vorschein trat. Gleichwohl war im Unterschied zu heute die lokale Presselandschaft viel weiter gespannt. Doch wirkte vor allem bei den bürgerlichen Zeitungen die klassisch-bürgerliche Auffassung nach, Kommunalpolitik sei unpolitisch, und nur die Arbeiterparteien hätten das Wesen der Kommunalpolitik verändert und diese politisiert. – Selbst für die Zeit des Dritten Reiches,

⁷⁷ Vgl. dazu A. Göschel, Allokationsstrukturen öffentlicher Einrichtungen. Historische Determinanten von Infrastrukturstandorten in Großstädten, Weinheim / Basel 1983.

⁷⁸ Dazu: G. Ambrosius, Die öffentliche Wirtschaft in der Weimarer Republik. Kommunale Versorgungsunternehmen als Instrumente der Wirtschaftspolitik, Baden-Baden 1984; W. Krabbe, Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1989.

⁷⁹ Vgl. H. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970.

⁸⁰ Entsprechend der schon seit den 20er Jahren erhobenen Forderung der Privatwirtschaft; vgl. C. Böhret, Aktionen gegen die »kalte Sozialisierung« 1926–1930. Ein Beitrag zum Wirken ökonomischer Einflußverbände in der Weimarer Republik, Berlin 1966.

als die verbliebene Restpresse gleichgeschaltet war, wäre es doch recht aufschlußreich zu erfahren, was die Menschen über ihre Stadt in der Zeitung zu lesen bekamen – und was nicht.

Allerdings darf von Zeitungstexten nicht allzu schnell und direkt auf eine entsprechende Rezeption durch die Leserschaft geschlossen werden. Bekannt ist die Einsicht, daß wichtige politische Entscheidungen von den Menschen im Alltag oft nicht mit gleicher Intensität wahrgenommen werden (und umgekehrt), daß dort andere Prioritäten gesetzt und daß Politik (im engeren Sinne des Wortes verstanden) häufig nur in sehr gebrochener und indirekter Form rezipiert wird. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß der Transformationsprozeß von objektiven Geschehnissen in die Erfahrungswelt der Subjekte in keiner Weise glatt verläuft, sondern Biegungen, Brechungen, Umformungen, Modifikationen etc. unterliegt. Es gilt deshalb auch, die jeweils spezifischen subjektiven Gemengelage herauszufinden, wobei auch die vielfältigen Internalisierungsweisen von Herrschaftsverhältnissen zu berücksichtigen sind.

7. Stadt-Land Verhältnis und demographische Perspektiven

Lokalgeschichtliche Arbeiten sollten auch die zeit- und regionalspezifischen Austausch- und Abgrenzungsverhältnisse zwischen Stadt und Land thematisieren, sowohl im ökonomischen Bereich (z. B. Warenaustausch), als auch im Verkehrswesen (z. B. Pendlertum), auf sozio-kulturellem Gebiet (Sitten und Gebräuche), in der Regionalpolitik (z. B. Eingemeindungen sowie »Entörtlichung« vieler Ver- und Entsorgungsbetriebe).⁸¹ Darüber hinaus ist der baulich-räumliche Sektor zu nennen. Hier ist vor allem an die Zersiedelung der Landschaft bzw. an die Suburbanisierung zu denken. Die heute so ins Auge stechende Suburbanisierung hatte historische Vorläufer: man denke an die Verstädterung des Ruhrgebiets, eines Landstrichs, der die Spuren seines von der kapitalistischen Logik des 19. Jahrhunderts bestimmten Entstehungsprozesses seitdem deutlich erkennen ließ und läßt.⁸²

Auch stellt sich unter Stadt-Land-Gesichtspunkten erneut die alte Frage: Gibt es im 20. Jahrhundert überhaupt noch urbane Kultur im Unterschied zu dörflicher Kultur – und wie veränderte sich das Verhältnis beider (Teil-)Kulturen im Laufe der Jahrzehnte? Oder ist es nicht zutreffender, gleich von einem »abgestuften Kontinuum urbaner Lebensformen«⁸³ zu sprechen? Und was bedeutet unter solchen Fragestellungen die Machtübernahme der Nationalsozialisten nicht nur in den Städten, sondern

⁸¹ Vgl. J. Reulecke, Aspekte der deutschen Urbanisierungsgeschichte seit dem Ersten Weltkrieg, in: A. Schildt / A. Sywottek (s. A 20), S. 99.

⁸² Vgl. z. B. F.-J. Brüggemeier (s. A 48).

⁸³ In: H. J. Teuteberg, Historische Aspekte der Urbanisierung. Forschungsgegenstand und Probleme, in: ders. (Hrsg.), Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und geographische Aspekte, Köln / Wien 1983, S. 603; vgl. auch J. Reulecke (s. A 81), S. 94.

auch in den Dörfern? Wie gelang es den in den Städten großgewordenen Nationalsozialisten auch die dörfliche Welt zu erobern? Welche Rolle spielten dabei deren ideologische Versuche, national-städtische Kultur mit regional-ländlicher Kultur zu synthetisieren.

Das Stadt-Land Problem stellte sich mit der Urbanisierung in neuer Form. Nicht nur die Nationalsozialisten versuchten, auf ihre sehr spezifische Weise (vor allem durch sozio-kulturelle Aufwertung des Dorfes) Stadt und Land miteinander zu versöhnen.⁸⁴ Das gleiche Thema war bereits von der seit der Jahrhundertwende agierenden Gartenstadtbewegung in anderer Weise aufgegriffen und Lösungsvorschläge entwickelt worden. Hierbei galten sog. Garten(vor)städte als probates Mittel, um die Schäden der Urbanisierung auszugleichen.⁸⁵ Die Schrebergartenvereine, die vor allem in den 20er Jahren einen großen Aufschwung nahmen, gehörten ebenso in diesen Zusammenhang wie die Nachbarschaftsidee, die seit dem Ende der 20er Jahre vor allem in den USA diskutiert wurde (Perry) und die auch in Deutschland immer wieder den Diskurs über die wünschenswerte Städteentwicklung beeinflusste.

Darüber hinaus gilt es, zeitspezifische Stadtflichtbewegungen zu thematisieren, wie sie vor allem am Ende der Weimarer Republik⁸⁶ und während des Zweiten Weltkrieges aus sehr unterschiedlichen Gründen vorgenommen wurden. Daneben sind auch die Phänomene der Landflucht zu untersuchen, beispielsweise für die Zeit des Dritten Reiches, als vor allem Landarbeiter wegen der besseren Löhne in die städtische Aufrüstungsindustrie abwanderten. Nicht zu vergessen die Flüchtlingsströme nach dem Zweiten Weltkrieg (aber auch schon in kleinem Maßstabe nach dem Ersten Weltkrieg), wodurch städtische und ländliche Mentalitäten so richtig »durcheinandergewürfelt« wurden und ein Verlust von originärer Ländlichkeit eintrat.⁸⁷ Immer mehr orientierten sich –spätestens seit den 50er Jahren – die Dörfer zur Stadt hin, die tradierten ländlich geprägten Kulturformen unterlagen einem Schrumpfungsprozeß oder wurden durch den neuen Schub anwachsender urbaner Massen- und Konsumkultur überformt.

Auch wenn die demographischen Forschungsaufgaben sich nicht in der Beleuchtung der Stadt-Land Bewegungsströme erschöpfen, so liegt in der Rekonstruktion der

⁸⁴ Vgl. W. Kaschuba / C. Lipp, Dörfliches Überleben. Zur Geschichte materieller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Tübingen 1982, S. 232 ff.

⁸⁵ Die Idee der genossenschaftlich organisierten und ökonomisch unabhängigen Gartenstadt à la E. Howard degradierte bei den Umsetzungsversuchen meist zu Gartenvorstädten. Vgl. insgesamt K. Hartmann, Deutsche Gartenstadtbewegung. Kulturpolitik und Gesellschaftsreform, München 1976.

⁸⁶ Vgl. K. Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim 1970.

⁸⁷ Vgl. dazu z. B. D. von der Brölie-Lewien, »Dann kamen die Flüchtlinge«. Der Wandel des Landkreises Fallingb. vom Rüstungszentrum im »Dritten Reich« zur Flüchtlingshochburg nach dem Zweiten Weltkrieg, Hildesheim 1990; M. Krug / K. Mundhenke, Flüchtlinge im Raum Hannover und in der Stadt Hameln, Hildesheim 1988.

Binnenwanderungen und der damit verbundenen sozialen Mobilität eines ihrer wichtigen Betätigungsfelder, so hörten die großen Ströme der Binnenwanderung nach dem Ersten Weltkrieg auf, die horizontale Mobilität ließ sowohl im innerstädtischen als auch in der Land-Stadt-Wanderung damals merklich nach. Mit dem Verkehrsausbau wuchsen dagegen die Pendlerströme. Hiermit sind nur einige Entwicklungsmerkmale angedeutet, die mittels quantitativer Methoden moderner Stadtgeschichtsforschung wichtige Grundlagenfunktionen erfüllen.⁸⁸

8. *Lokalgeschichtsschreibung als Teil demokratischer Kultur*

Lokalgeschichtsschreibung ist in den letzten Jahrzehnten immer stärker auch zu einem Teil der politischen Kultur vor Ort geworden. Hierzu haben die Geschichtswerkstätten eine Menge beigetragen, indem sie Aktivitäten selbst initiierten und durchführten, laufende Forschungsprozesse bündelten und auf die kommunale Kulturpolitik einwirkten. Dabei wurden auch neue Formen der Geschichtsforschung erprobt (Diskurs mit »Laien«) und mit lockeren Darstellungsarten experimentiert (Videofilme, Ausstellungen, Theateraufführungen, historischen Stadtführungen etc.). Hierbei geht es um den Versuch, sich die Geschichte des örtlichen Raumes anzueignen bzw. wieder anzueignen. Dies kann nicht eine Verherrlichung der Vergangenheit bedeuten (unter dem Motto der guten alten Zeit), vielmehr ist eine kritisch-produktive Aneignungsform gefordert, bei der Erkenntnisse über historische Handlungsräume und Handlungsgrenzen genauso eine wichtige Rolle spielen wie Erkenntnisse über gesamtgesellschaftliche Kontexte. Nur so können die vielfältigen Interdependenzen und Interaktionsprozesse nachvollzogen werden, die zwischen Zentrum und Provinz, Staat und Kommune, Nation und Region, Weltökonomie und lokalem Markt bestanden haben.

Lokalgeschichte bietet außerdem – wohl leichter als andere Themenbereiche – die Möglichkeit, den Forschungsprozeß ein Stück weit zu demokratisieren: Durch ein gewisses Ausmaß an Entprofessionalisierung kann dieser stärker in der Stadtöffentlichkeit verankert und Laien teilweise mit in den Forschungsprozeß einbezogen werden. Kurzum: Prozesse werden initiiert, welche (ohne problem- und konfliktlos zu verlaufen) insgesamt gesehen ein kulturpolitisch sinnvolles Korrektiv darstellen zur professionalisierten Geschichtswissenschaft, ohne diese freilich ersetzen zu können.

Heute ist in den Städten die Suche nach einer neuen Geschichtsschreibung größer denn je. Längst ist die Stadtgeschichtsschreibung Teil der lokalen Kulturpolitik geworden. Doch kann es dabei nicht darum gehen, eine Stadtgeschichte zu schreiben, die dazu dient, nach einer »harmonisierenden Sinnstiftung« in und aus der Vergangenheit zu suchen und »Geborgenheit« in der (Lokal-)Geschichte anzubieten. (So ist noch immer bei Kommunalorganen der Trend vorhanden, das unangenehme Kapitel

⁸⁸ Dazu: W. H. Schröder, *Moderne Stadtgeschichte*, Stuttgart 1979.

»Drittes Reich« aus der Stadtgeschichtsschreibung möglichst kurz fassen zu lassen, Plattitüden zu akzeptieren oder die positiv bewertete angebliche Sonderrolle des Ortes über Gebühr zu betonen.)

Zwar ist eine harmonisierende »städtisch-historisch vermittelte Identität« für die politische Kultur einer Demokratie wohl unproblematischer (vgl. z. B. die traditionelle Heimatgeschichte)⁸⁹ als die ebenfalls derzeit zu beobachtende Suche nach ungebrochener nationaler Identität, doch besteht das Problem, daß eine harmonisierende sinnstiftende Stadtgeschichtsschreibung mehr »glattbügelt« als aufreißt, mehr verdeckt als aufklärt. Nur wenn die Stadtgeschichtsschreibung sich auch den Klassen- und den Herrschaftszusammenhängen in historischer Perspektive öffnet, kann sie einen kritisch-aufklärenden Beitrag zur demokratischen Kultur leisten. Produktive Identitätsbildung bedarf eben der historiographischen Aufklärung und Kritik sowie der Akzeptanz eines unaufhebbaren Spannungsverhältnisses von Nähe und Distanz zu historischen Prozessen und Strukturen, vor allem aber zu zeitgeschichtlich agierenden Subjekten.

Ungeachtet des facettenartigen Charakters der vorliegenden Ausführungen ist wohl deutlich geworden, wie vielfältig die Funktionen und Chancen (aber auch die Probleme) moderner historischer Stadterforschung des 20. Jahrhunderts sind, wobei nicht vergessen werden kann, daß man sich all den historiographischen Zielsetzungen und Konzepten in der empirischen Forschungsarbeit immer nur stückchenweise annähern kann – Wissenschaft bleibt auf die Permanenz eines kommunikativen Forschungsprozesses angewiesen – so auch die Historiographie über die »Stadt in der Zeitgeschichte«.

⁸⁹ Dazu z. B. A. Sywottek, *Heimatkunde – Stadtgeschichte – Alltagsgeschichte. Einige Überlegungen*, in: *ders.* (Hrsg.), *Das andere Altona. Beiträge zur Alltagsgeschichte*, Hamburg 1984, S. 10–20.

Marie-Elisabeth Hilger

Seuchen verändern die Stadt

Soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod im 19. Jahrhundert

I. Zur Sozialgeschichte von Seuchen – II. Cholera in Rußland und Hamburg – III. Dimensionen von Ungleichheit – IV. Auswirkungen auf die Stadt

I. Zur Sozialgeschichte von Seuchen

»Epidemien gleichen großen Warnungstafeln, an denen der Staatsmann in großem Stil lesen kann, daß in dem Entwicklungsgange seines Volkes eine Störung eingetreten ist, welche selbst eine sorglose Politik nicht länger übersehen darf.«¹

Daß dies in besonderem Maße für Cholera gilt, soll im folgenden am Beispiel Rußlands und Hamburgs vergleichend dargelegt werden. Diese Beispiele bieten sich u. a. deshalb an, weil Rußland während des 19. Jahrhunderts nicht nur am frühesten und zugleich insgesamt am härtesten von der Seuche betroffen gewesen ist und weil Hamburg spät zum Ausgang desselben Jahrhunderts wider alle Erwartungen als einzige westeuropäische Stadt sehr heftig heimgesucht worden ist – zwei Pole des Geschehens also. Der Vergleich beider Gebiete liegt auch deshalb nahe, weil es zur Cholergeschichte Rußlands und Hamburgs neuere Literatur aus dem Feld der sonst überaus spärlichen historischen Beschäftigung mit Seuchen gibt. Für Rußland liegen – auf Englisch – die Arbeiten von Roderick E. McGrew und Nancy M. Frieden vor und für Hamburg neuerdings das eindrucksvolle Werk des englischen Sozialhistorikers Richard J. Evans.² Diesen Arbeiten verdanken meine Ausführungen Anregung und Grundlage, wobei die Akzente allerdings anders und wesentlich begrenzter

¹ So Rudolf Virchow 1848, zitiert bei S. Winkle, Chronologie und Konsequenzen der Hamburger Cholera von 1892 (II), in: Hamburger Ärzteblatt 1/1984, S. 22, Anm. 70.

² R. E. McGrew, The First Cholera Epidemic and Social History, in: Bulletin of the History of Medicine XXXIV (1960), S. 61 ff.; ders., The First Russian Cholera Epidemic: Themes and Opportunities, ebd. XXXVI (1962), S. 220 ff.; ders., Russia and the Cholera 1823–1832, Madison/Milwaukee 1965; N. M. Frieden, The Russian Cholera Epidemic 1892–93 and Medical Professionalization, in: Journal of Social History 10 (1977), S. 538 ff.; R. J. Evans, Death in Hamburg, Society and Politics in the Cholera Years 1830–1910, Oxford 1987, jetzt auch in deutscher Übersetzung: R. J. Evans, Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830–1910, Reinbek 1990; vgl. dazu auch M.-V. Netchkina / K.-V. Sivkov / A.-L. Sidorov, La Russie, in: L. Chevalier (Hrsg.), Le Cholera. La Première Epidémie du XIX Siècle, La Roche-Sur-Yon 1958, S. 143 f.

gesetzt werden. Hier geht es um Dimensionen von Ungleichheit in Betroffenheit, in Reaktionen und in Auswirkungen gegenüber einer Seuche.

Seuchen haben in ihrer sozialgeschichtlichen Relevanz erst in jüngster Zeit mehr Beachtung durch die Forschung erfahren. Das ist einigermaßen verwunderlich, wenn man sich vor Augen führt, daß im 19. Jahrhundert – aber nicht nur dann – nicht nur bedeutende Persönlichkeiten von ihnen hinweggerafft worden sind, sondern daß politische und militärische Auseinandersetzungen in ihrem Ausgang davon mitbestimmt worden sind, daß es zu demographischen Verschiebungen, zu sozialen Unruhen, zu wirtschaftlichen Beeinträchtigungen, zu Veränderungen administrativer Strukturen, also zu vielerlei politischem und sogar wissenschaftlichem Wandel gekommen ist. Im 19. Jahrhundert ist kaum ein Bereich menschlichen Lebens von Seuchen nicht beeinflusst worden, sei es, daß Menschen sie als direkten Angriff auf ihr Leben ansehen mußten, sei es, daß Vertreter von Öffentlichkeit, Wissenschaft, Kirche, politischen Gruppierungen und wirtschaftlichen Interessen sie als Indiz und Druckmittel für Veränderungen herangezogen, ja sogar begrüßt haben.³ Insofern läßt sich mit dem Medizinhistoriker George Rosen auch herausstellen, daß Seuchen einerseits ursächlich mit der jeweiligen sozialen und ökonomischen Situation der Bevölkerung zusammenhängen, andererseits – und das ist hier das Thema – der Umgang mit ihnen die soziale Struktur einer Gesellschaft widerspiegelt. »Rank has its privileges in illness as in health ... the social class of patient has in various ways affected the medical transactions related to his illness.«⁴

Seuche und Sozialverhältnisse gehören eng zusammen. Bei der letzten These muß allerdings einschränkend beachtet werden, daß es im 19. Jahrhundert für Cholera kein Heilmittel gegeben hat.⁵ So war 1871 die dringende, wenn auch Skepsis ausdrückende Forderung von Florence Nightingale, der berühmten Krankenpflegerin, und Edwin Chadwick, einem englischen Sozialreformer, leider nur zu berechtigt: »not to know but to do.« Auf die Verbesserung sanitärer Systeme und die Veränderung häuslich-hygienischen Verhaltens kam es vor allem an, noch nicht so sehr auf wissenschaftliche Laborexperimente oder große, umstrittene medizinische Theorien.⁶

Seit 1817 Cholera in Indien ausgebrochen war, Südostasien und China durchdrungen hatte und 1822 nach Japan gelangt war, die ostafrikanische Küste 1820 erreicht hatte und über Mesopotamien und Persien 1823 nach Tiflis, Baku und Astrakhan, dem Einfallstor zu Rußland und gen Westen, gekommen war, kannte Europa, vermittelt über englische Beobachter, Erscheinungsweise und Verlauf dieser Seuche. Aber –

³ Vgl. A. Briggs, Cholera and Society in the Nineteenth Century, in: Past and Present 19 (1961), S. 87 u. 85.

⁴ G. Rosen, Health, history and the social sciences, in: Social Sciences and Medicine 7 (1973), S. 7.

⁵ Vgl. die entsprechende Formulierung bei F. B. Smith, »There was no cure for cholera in the nineteenth century«, in: ders., The People's Health 1830–1910, London 1979, S. 236.

⁶ Ebd., S. 236.

wie es eine Londoner Zeitschrift 1832 ausdrückte – als die Seuche in Asien auftauchte, betrachtete man sie noch mit Neugier, in den Weiten Rußlands schon mit Argwohn, in Deutschland alarmiert, auf englischem Boden schließlich mit Schrecken.⁷

Zwischen 1823 und 1826 blieb die Cholera noch außerhalb Europas, dann jedoch attackierte sie das russische Reich und begann 1830 ihre Ausbreitung entlang des russischen Flußsystems, verbreitete sich über Westeuropa 1831 nach England und schließlich auch nach Amerika, Kanada und z. B. Mexiko. Der Seuche Einhalt zu gebieten, gelang wie in Rußland, so auch in Westeuropa und in der neuen Welt nicht: bis 1835 hatte die erste Cholera-Epidemie bereits ihr spezielles Zeichen in der Gesellschaft mit Tausenden von Toten hinterlassen. Man vergegenwärtige sich, daß das zugleich die Zeit der Revolution von 1830, der Auseinandersetzungen um die englische Reform Bill von 1832, der polnischen Revolte von 1830–31 gewesen ist – zweifellos war Cholera ein wichtiger Faktor dabei. Doch haben bisher politische und militärische Ereignisse in der Geschichtsschreibung mehr Beachtung gefunden. Daß das erste Auftreten von Cholera in eine Periode von sozialer Unruhe wie zugleich von Reformen und gravierenden Veränderungen fiel, gibt der sozialhistorischen Beschäftigung mit ihr besonderen Reiz. Ihre Verknüpfung mit unhygienischen Lebensverhältnissen und unzureichender Wasserversorgung, die Wege ihrer Ausbreitung, das spezielle Bild der Seuche: dies und vieles mehr erlaubt, soziales und politisches Verhalten und zugleich die Lebenslage breiter Bevölkerungsschichten in den Blick zu nehmen. Dabei ist bisher überwiegend über Städte (z. B. Moskau, St. Petersburg, New York, London, Paris, Lille, Lyon, Bordeaux, Marseille, Stockholm) gehandelt worden, weniger über ländliche Regionen. Insofern ist dies eine Dimension von Ungleichheit in der Ausbreitung und Heftigkeit der Folgen, die hier notgedrungen vernachlässigt werden muß.⁸

II. Cholera in Rußland und Hamburg

Für Rußland war Cholera im 19. Jahrhundert die dauerhafteste, verbreitetste und mörderischste Epidemie; von 1823 bis 1926 war sie ein immerwährender Schrecken: Für 58 von diesen 103 Jahren wird von mindestens 5 ½ Mill. Cholerafällen, davon über 2 Mill. Toten, berichtet. Ähnlich »Pest« im Westen wurde »Cholera« im Polnischen, Jiddischen und Russischen zum Ausdruck eines Fluches, vermutlich ein Zeichen dafür, wie tief sie das soziale Bewußtsein geprägt hat.⁹ Wenngleich spätere Seuchenausbrüche, z. B. der von 1892–96, in Rußland intensiver gewesen sind, so ist doch der zwischen 1829 und 1834 der wichtigste, weil er stattfand, als Cholera kaum

⁷ R. E. McGrew 1960 (s. A 2), S. 61f.

⁸ Vgl. ebda., S. 64.

⁹ R. E. McGrew 1962 (s. A 2), S. 221.

bekannt war und als den Menschen weithin die Möglichkeit fehlte, für die Seuche eine Erklärung zu finden. Deren Reaktionen folgten deshalb vorwiegend überkommenen Mustern sozialen Verhaltens und brachten dabei anhaltende Überzeugungen und Loyalitäten, dazu Unzufriedenheiten ans Tageslicht; bereits vorhandene Spannungen wurden durch die den Seuchenausbruch begleitende Hysterie verstärkt. Überdies brachte die Seuche, als sie das Zentrum des Reiches zur Zeit des Höhepunkts internationaler Krisen Ende 1830 erreichte, den Binnenhandel und die Rekrutierung der Armee zum Stillstand und wirkte aufgrund strenger Quarantänemaßnahmen wie eine Zwangsjacke über dem Land.¹⁰

Im westlichen Europa wütete Cholera fast ausschließlich in städtischen, d. h. verdichtet bewohnten Zentren. Ihre Wirkungen dort sind einheitlicher als diejenigen im russischen Territorium mit seinen breiten ethnischen, soziologischen und kulturellen Prägungen, welche vielfältigere Reaktionen hervorgebracht haben, deren Unterschiedlichkeit und Komplexität mit der etwas plakativen Deutung als Ausdruck der »Krise des feudalen Systems« wohl nicht hinreichend erklärt werden können.¹¹

Hamburg wurde zwar zwischen 1831 und 1892 in 16 verschiedenen Jahren von Cholera heimgesucht, die Auswirkungen erreichten aber erst 1892 den Höhepunkt. Da dies bereits eine Zeit ist, in der viel schriftliches Material gesammelt wurde, statistische Methoden entwickelt und medizinische Kenntnisse über Cholera vorhanden waren, lassen sich die Ereignisse hier in die politische und soziale Geschichte der Stadt und ihrer Klassenkonflikte einordnen und läßt sich der Frage nachgehen, wie Hamburgs schnelles städtisches Wachstum Leben und Gesundheit seiner Bewohner beeinflußt hat und wie diese Entwicklungen von verschiedenen Bevölkerungsgruppen wahrgenommen worden sind.¹²

Mit der Industrialisierung in der 2. Hälfte des Jahrhunderts veränderte sich nicht nur die Struktur von Hamburgs Bevölkerung rasch, sondern zugleich die Umgebung, in der diese Bevölkerung lebte. Allein schon die Vergrößerung der Stadt vermehrte die bereits traditionell vorhandenen Probleme von Wasserversorgung, Abfallbeseitigung und Straßenverschmutzung. Dazu kamen nun neue Quellen von Verschmutzung und Verseuchung im Zuge wirtschaftlicher Veränderungen und des enormen Anstiegs der Einwohnerzahl. (Luftverpestung und Rauch führten ab der 60er Jahre zunehmend dazu, daß wohlhabendere Hamburger während der Sommermonate u. a. aus gesundheitlichen Gründen die Innenstadt mieden.)

Die Welt der Kaufleute im Hamburg des 19. Jahrhunderts war eine schmutzige

¹⁰ Vgl. dazu die Berichte von 1830 über die Quarantäne in Briefen des Dichters A. S. Puschkin an seine Verlobte, zitiert bei M.-V. Netchkina (s. A 2), S. 148f.

¹¹ R. E. McGrew 1965 (s. A 2), S. 12.

¹² Das vielschichtig und hervorragend aufgearbeitet zu haben, ist das Verdienst von R. J. Evans (s. A 2), vgl. bes. S. 11f.

Welt:¹³ Die Straßen waren weithin unbefestigt, Abfälle der »horse-drawn society«, also von Transport- und Reittieren, dazu Tierkadaver, Ungeziefer aller Art, besonders auch Ratten, füllten sie. Der »Große Brand« von 1842 gab der Stadt zwar den Anstoß, ein umfangreiches Wasserleitungs- und Abfallbeseitigungssystem zu errichten, 1892 stellte sich jedoch heraus, daß dies höchst unzureichend war. Auch wenn 1885 ein Hamburger noch stolz behauptete, daß Hamburg die sauberste Stadt der Welt sein müsse: die Realität entsprach dem bei weitem nicht.¹⁴ Viele Gebäude waren nicht der Kanalisation angeschlossen, Abtritt und Abfälle gingen in den Hafen, in die Flüsse, Kanäle und Fleete, in denen gebadet, gewaschen und aus denen Trinkwasser gewonnen wurde. Die Diskussion um eine Sandfiltrieranlage für das Wasser hatte sich seit den 50er Jahren hingezogen. Altona, die Nachbarstadt von Hamburg, besaß eine solche seit 1859. In Hamburg spottete man derweil über die Aale in der Wasserleitung und sprach vom abgekochten Wasser als von der hamburgischen »Aalsuppe«.¹⁵ Ein Kompromiß wurde bei den verschiedenen Interessenfraktionen nicht rechtzeitig gefunden: 17 Jahre dauerte es nach der Cholera-Epidemie von 1873 vom Plan bis zur Inangriffnahme des Baues. Führende Ingenieure konnten sich nicht einigen, es fehlte an dauerhaftem Druck seitens der Mediziner, es gab keine nennenswerte hygienische Bewegung in der Stadt und schließlich verschlang der Hafenausbau als Folge des Beitritts Hamburgs zur Zollunion von 1888 Energien und Gelder der städtischen Institutionen. Wasserfiltration erschien deshalb als eine Maßnahme niederen Ranges und überdies als wenig profitabel. Selbst der Bau des repräsentativen Rathauses hatte Ende der 80er Jahre noch Vorrang.¹⁶

Daß sich Umweltprobleme des 19. Jahrhunderts auch in der Qualität der Ernährung der städtischen Bewohner niederschlagen, wird in ihrer Wichtigkeit meist übersehen. So war Nahrungsmittelfälschung in den 80er und 90er Jahren eine weitverbreitete Praxis. Zusammen mit bereits verdorbenen Lebensmitteln gefährdete sie die Gesundheit der Menschen ungemein. Schon die Größe Hamburgs als der damals zweitgrößten Stadt Deutschlands hat die Bedingungen von Frische, Reinheit und Haltbarkeit der Nahrungsmittel ungünstig sein lassen, dazu kam das Festhalten an umfänglichem Straßenverkauf. Zunehmende Arbeitslosigkeit um 1890, Erhöhung der Nahrungsmittelpreise 1888–90, Anstieg der Mieten und Verdichtung des Wohnens für die Arbeiterbevölkerung führten zum Rückgang der für Nahrungsmittel verfügbaren Ausgaben und verschlechterten für breite Bevölkerungsschichten die Ernährungssituation. Demgegenüber konnten sich Bessersituierte mit Hilfe von ausgedehnter Vorratshaltung, besserer Auswahlmöglichkeit und unterstützt von Hauspersonal vor Gefahren durch verdorbene Lebensmittel eher schützen. Mit Berechtigung kann – entspre-

¹³ Ebda., S. 174.

¹⁴ Einzelheiten ebda., S. 186 ff.

¹⁵ Vgl. S. Winkle (s. A 1), S. 20, Anm. 63.

¹⁶ R. J. Evans (s. A 2), S. 212 f.

chend den Untersuchungen von Evans – wohl behauptet werden, daß sich Hamburgs städtische Umwelt seit den späten 50er Jahren bis zum Ende der 80er Jahre verschlechtert hatte. Zugleich kann gesagt werden, daß sich auch das Bewußtsein der städtischen Mittelschichten im Hinblick auf die Umwelt verändert hatte. Denn Schmutz und Gestank bedeuteten für sie Unordnung. Deren Wahrnehmung führte gemeinsam mit der zunehmenden Distanzierung von den eigenen körperlichen Funktionen zur räumlichen Absonderung dieser Schichten und zu einem Gegenüber von unterschiedlichen Lebensstilen und Sensibilitäten. Diese neuen Wahrnehmungen, die sich sprachlich in Ausdrücken wie »verpestet«, »pestilenzartig«, »gemeinschädlich« u. a. niederschlugen, gingen einher mit Vorstellungen von der Gefahr der Unterschichten, d. h. mit Angst vor Mob, und bestärkten das Überlegenheitsgefühl des Bürgertums über die Arbeiterbevölkerung, erschienen den führenden Schichten jedoch kaum als Konsequenz kapitalistischer und städtischer Expansion, die sie selbst mit hervorgebracht hatten.¹⁷

Cholera wird durch einen Bazillus hervorgerufen, der begleitet von starken Leibschmerzen und Diarrhoe zu raschem Verfall des Körpers durch Dehydratation und Veränderung des Elektrolythaushaltes führt. Dieser Prozeß kann 5–12 Stunden dauern, also ganz schnell vonstatten gehen, oder üblicherweise sich 3–4 Tage hinziehen. Dazu kommen noch Inkubationszeiten von 24 Stunden bis zu 8 Tagen. Der Bazillus vermehrt sich am besten unter warmen, feuchten Bedingungen, vornehmlich in Flußwasser, wird also am leichtesten durch Wasser übertragen, kann aber auch an Nahrungsmitteln, vor allem Obst und Gemüse, die in infiziertem Wasser gewaschen wurden, überleben. Das ist insofern bedeutsam, als die Seuche nur ausbricht, wenn der Bazillus in den menschlichen Verdauungstrakt gelangt, was auch schon durch infizierte Hände geschehen kann. Der Bazillus überlebt bis zu 15 Tagen in Fäkalien und im Erdreich. Auch infizierte Kleidung kann Übertragungsquelle sein. Die wirksamste – und bis heute fast einzige – Weise den Bazillus zu bekämpfen, ist die Beachtung sorgfältiger persönlicher Hygiene.

Während einer Epidemie kann er im Wasser, in Milch oder an Lebensmitteln durch Erhitzen abgetötet werden. Auch Säure widersteht er nicht. Und durch Sandfiltration kann er vom Wasser ferngehalten werden. Cholera-Epidemien brechen i. d. R. zu warmen und feuchten Jahreszeiten aus. Sie verbreiten sich durch infiziertes Wasser. Schmutzige und beengte Lebensbedingungen mit Gemeinschaftstoiletten stellen die Hauptgefahr dar, weil menschlicher Kontakt eine Rolle spielt. Räumlich wird die Seuche durch Bazillenträger bei Ortswechsel verbreitet und vielfach durch infiziertes Flußwasser. Alles dies sind Faktoren, die Hamburg als mit sanitären Mängeln behaftete Hafenstadt als potentiell Zentrum für die Verbreitung von Cholera erscheinen ließen.

¹⁷ Ebda., S. 234 f.

Cholera schreckte in ihren Erscheinungen über die Maßen. Sie war neu und paßte nicht in traditionelle Muster des Umgangs mit Krankheit und Tod, sprach sie doch allen Vorstellungen von einem »schönen« Tod Hohn. Sie war im einzelnen unvorhersehbar, in ihrer Ursache unbekannt, sie betraf jede Gruppe der Bevölkerung, und das dazu unglaublich plötzlich; dies wirkte am furchterregendsten auf die Menschen. Obendrein waren ihre Symptome spezifisch abstoßend.

1831 brach die Seuche erstmalig in Hamburg aus. Wie man mit ihr medizinisch umging, war abhängig von dem, was man als Grund ansah, und das war heftig umstritten. In Rußland handelte man nach den Erfahrungen der Pest überwiegend unter der Vorstellung von einer kontagiösen Krankheit, bei der Quarantänemaßnahmen sich als effektiv erwiesen hatten. Militärkordon und Quarantäne verfehlten diesmal jedoch in Rußland und anderswo nicht nur die Wirkung, sie provozierten geradezu weitgestreute Unruhe in der Bevölkerung. Die Militär- und Beamtenpräsenz vielerorts, die strenge Isolation der Kranken in Hospitälern, das Erscheinen fremder Ärzte ließ viele Menschen gemäß einem alten Deutungsmuster befürchten, man wolle sie vergiften und töten, um überzählige und verarmte Bevölkerung loszuwerden. Es kam zu Massakern an Ärzten und Offiziellen. Angehörige holten die Kranken in die Familie zurück, forderten Berücksichtigung altgewohnter Bestattungsbräuche und ahnten nicht, wie sie sich dadurch verstärkt gefährden konnten.

Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung stand anfangs wie erneut 1848 in Hamburg im Vordergrund der Choleramaßnahmen. Strenge Isolationsvorschriften wurden erlassen, nach und nach jedoch durchlöchert und gelockert, als zu teuer und die Wirtschaft behindernd kritisiert und schließlich zurückgenommen. Ergebnis der Epidemien von 1831 und 1848 war, daß sich in Hamburg eine Tradition des Nichtstuns herausbildete. Nicht einmal die Präsenz der Cholera in der Stadt wurde öffentlich angezeigt. Die Last des Umgangs mit Cholera wurde stattdessen Medizinern und freiwilligen Vereinigungen aufgebürdet. Städtische Inaktivität, Vermeidung von Unkosten, Bewahrung öffentlicher Ordnung hatten bis in die 70er Jahre Priorität. Eine spezifisch unlösliche Verbindung zwischen medizinischer Wissenschaft, ökonomischem Interesse und politischer Ideologie bestimmten Hamburgs Verhalten gegenüber der Seuche.¹⁸

Sechzig Jahre Konfrontation mit Cholera hatten in Hamburg also zu einer Einstellung geführt, die von neuen Entdeckungen der 80er Jahre – Robert Koch hatte 1884 den Erreger entdeckt – unberührt blieb. Hamburger Mediziner konnten kaum mit neuen bakteriologischen Methoden zur Diagnose von Cholera umgehen – sie stellten den Choleraausbruch im August 1892 jedenfalls erst mit großer Verzögerung fest. Der Ausbruch war – wie heute feststeht – infolge des großen Stroms östlicher, insbesondere jüdischer Auswanderer, der unter denkbar schlechten sanitären Bedingungen

¹⁸ Ebda., S. 323ff. und 353.

über den Hamburger Hafen abgewickelt wurde, bedingt. Die Stadt war hier besonders verwundbar: noch immer flossen Exkremate – diesmal eben infizierter Zuwanderer – ungehindert in die Elbe, noch immer wuschen sich Menschen mit infiziertem Hafenwasser, noch immer gelangte Elbwasser ungefiltert in die Trinkwasserleitungen.

1892 wurden in Hamburg mehr Menschen von Cholera dahingerafft als während aller vorausgehenden Epidemien zusammen: über 8600 von fast 17000 Krankheitsfällen; 13,4% starben. Im Vergleich zu den Auswirkungen zu anderen Zeiten an anderen Orten war das nicht einmal eine übermäßig hohe Zahl. (In London war sie nie höher als 6,6%, in Glasgow 1832 15%, in Paris 21,8%, Dublin 30%, Stockholm 1834 43%, Petersburg 1832 ca. 40%, Ungarn 1873 65%, außerhalb Europas, in Montreal, war die Mortalitätsrate mit 74% noch höher).¹⁹ Die Besonderheit lag daran, daß die Seuche diesmal auf Hamburg und entlang der Elbe konzentriert war.

Als Gründe für diesen Tatbestand lassen sich zum einen überbevölkerte Stadtteile, gekennzeichnet von Armut, Mangelernährung und notorischer Wohndichte, was bei engerem Kontakt als Multiplikator für die Infektion wirkte, anführen. Zum zweiten ist das unzureichende zentrale Wassersystem zu nennen, das am meisten zur Seuchenverbreitung beigetragen hat. Und drittens ist ausschlaggebend Hamburgs Politik des Verheimlichens der Seuche und des Verzögerns von Abwehrmaßnahmen – eine anschließend in der Öffentlichkeit vernichtender Kritik unterzogene Haltung – geworden. In dieser Stadt fehlte es an Warnungen und Instruktionen, an sinnvollen Plänen zum Umgang mit einer Seuche, an diagnostischen Möglichkeiten der Bestimmung der ersten Fälle und schließlich noch an allen Schritten, das Vorhandensein von Cholera selbst dann zu bestätigen, als sie bereits 8 Tage manifest war. Resümierend bietet sich R. Kochs vielfach kolportierter Ausspruch über Hamburgs politisches System und seine sozialen Verhältnisse geäußert im Schock über das Gesehene an: »ich vergesse, daß ich in Europa bin.«²⁰

Im Verlauf der Epidemie stellte sich heraus, daß Hamburg nicht nur die offizielle Bestätigung der Seuche hinausgezögert und dadurch die Öffentlichkeit getäuscht habe; es hatte für Auswandererschiffe nach Amerika selbst dann noch Unbedenklichkeitspässe ausgestellt, als Passagiere bereits infiziert waren. Hamburgs Krankentransport zu den Hospitälern und die Versorgung der Seuchenopfer dort war rudimentär und inadäquat organisiert.²¹ Angst und Panik verbreiteten sich in der Stadt. Eine Massenflucht der Wohlhabenden setzte ein, gesellschaftliches Leben stagnierte. Die Desorientierung der Arbeiterschichten äußerte sich in zunehmendem Alkoholkonsum und damit einhergehender größerer Sorglosigkeit. Religiöser Eifer und die Zahl der

¹⁹ Zahlen zusammengestellt bei R. J. Evans, ebda., S. 375f.

²⁰ So kurz und kritisch R. J. Evans, ebda., S. 388. Robert Koch zitiert bei J. Flemming, Krankheit-Gesellschaft-Politik. Hamburg und die Choleraepidemie von 1892, in: Journal für Geschichte 2 (1986), S. 41.

²¹ R. J. Evans (s. A 2), S. 414.

Kirchenbesucher nahmen zu. Es begann sich Sozialkritik in kirchlichen Kreisen zu regen. Pastoren sahen ihre Aufgabe in aktiver Sorge um die Kranken und Sterbenden und konnten etwas beruhigend auf die Bevölkerung einwirken. Volksmedizin und Quacksalberei erfuhren Auftrieb. Insgesamt litt das wirtschaftliche und politische Leben unter den Konsequenzen der Seuche sehr. Bedeutsam ist, daß es an Ausbrüchen von Gewalt und am schnellen Suchen nach Sündenböcken gefehlt hat. Das könnte darauf zurückzuführen sein, daß die Sozialdemokratie in der Krisenzeit als Element der Kanalisierung und Beschwichtigung von sozialen Antagonismen wirkte; erstaunlicherweise kooperierte sie bereitwillig mit der Obrigkeit, die ihr dabei erstmals öffentliche Anerkennung zukommen ließ.²²

III. Dimensionen von Ungleichheit

1. Ausbreitung der Cholera in Stadt- und Landregion

Über Unterschiede im Risiko von Stadt und Land gegenüber Cholera kann bisher eigentlich nur spekuliert werden, werden doch im allgemeinen Wachstum der Bevölkerung und ihre Verdichtung im Prozeß der Verstädterung und dazu Industrialisierung als die Hauptkomponenten für Cholera als einer Erscheinung erst des 19. Jahrhunderts herausgestellt.

Eine weniger dichte Besiedlung hat die Infektionsgefahr zweifellos verringert, die Infektionen verliefen dann meist endemisch. Die Wasser- und Abwasserhältnisse, die hygienischen Bedingungen insgesamt und die Wohnsituation waren jedoch auf dem Lande kaum günstiger als in der Stadt, allenfalls war es die Ernährungssituation. Dem standen deutliche Defizite in ländlichen Regionen gegenüber: es gab kaum medizinische Hilfen, wenig Informationsmöglichkeiten. Wenn einerseits größere Isolierung der Betroffenen ein rascheres Abflauen der Seuche mit sich gebracht haben kann, so steht dem andererseits entgegen, daß ländliche Bevölkerung traditionellen Verhaltensweisen stärker verhaftet gewesen ist, und das brachte durch die Beachtung überkommener Krankenbetreuungs- und Beerdigungssitten, durch den Besuch von Festen und Märkten aufgrund des direkteren menschlichen Kontaktes möglicherweise erhöhte Ansteckungsgefahr.

2. Einkommen und soziale Lage

Es ist eine weitverbreitete These, daß es eine enge Verbindung zwischen Cholera und Armut gegeben habe. Die Mehrheit der Opfer soll unter den Armen zu suchen gew-

²² Vgl. zu diesem speziellen Problemfeld R. J. Evans, Die Cholera und die Sozialdemokratie: Arbeiterbewegung, Bürgertum und Staat in Hamburg während der Krise von 1892, in: A. Herzig / D. Langewiesche / A. Sywottek (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg, Hamburg 1983, S. 203 ff.

sen sein, doch merkwürdigerweise nicht unter allen Armen.²³ Neuerdings ist deshalb Zweifel am wissenschaftlichen Wert der bisher vorhandenen Daten aufgekommen. Vielleicht haben Angehörige der Mittel- und Oberschichten in gleicher Proportion wie solche der Unterschichten gelitten, nur war ihr Leiden für die Öffentlichkeit eventuell weniger sichtbar: sie wurden nicht zwangsweise in Hospitäler gebracht, nicht in Massengräbern beigesetzt.

Für Frankreich ist für die 1830er und 1840er Jahre in bezug auf Lille und Paris nachgewiesen worden, daß Armenbezirke mehr Seuchenbetroffene aufzuweisen hatten: schlechte Ernährungs- und unhygienische Lebensbedingungen, lange Arbeitszeiten und ökonomische Krisen sollen zu höherer Morbidität und Mortalität geführt haben. Und für Aix-en-Provence wird vermutet, daß Bessersituierte nur deshalb von der Seuche ausgespart worden seien, weil sie der Stadt entrinnen konnten.

Für England ist festgestellt worden, daß Lohnarbeiter und Arme 1832 die Hauptlast an Opfern trugen, daß aber auch Lehrer, Kleinladenbesitzer, Mieteinnehmer, also jene, die engeren Kontakt mit den Armen hatten, ebenfalls stärker betroffen gewesen sind. Doch die Frage bleibt, wie sich diese Angaben damit vertragen, daß relativ hoch industrialisierte Regionen (wie z. B. Lancashire und Lyon) 1832 der Cholera entgangen sind. Statistisch läßt sich eine gravierende soziale Ungleichheit für England bisher jedenfalls nicht nachweisen.

In Rußland existierte die Vorstellung von einer gewissen Prädisposition von Menschen für die Seuche. Doch dies bezog sich nur teilweise auf die äußere Umwelt; eine größere Rolle spielte das Innere des Körpers und das jeweilige individuelle Verhalten. Immerhin wurde schon eine besondere Anfälligkeit der untersten Schichten, dazu von Frauen und von Menschen mittleren Lebensalters diskutiert. Mit diesem sozialen Aspekt von Cholera hinsichtlich der besonderen Gefährdung ließen sich Quarantänemaßnahmen begründen, die fast überall im Mittelpunkt des oft überzogen strengen, mitunter auch wieder laxen Vorgehens standen.²⁴ Die Sorge vor Rebellion und sozialer Instabilität war bei Quarantänevorkehrungen von großer Bedeutung. In Sewastopol kam es 1830 beispielsweise zum Aufruhr wegen zu strikter Sanitärmaßnahmen: Die Betroffenen fühlten sich durch brutal verfolgte Isolations- und Desinfektionsvorschriften drangsaliert. Dazu hatte ungeschicktes Vorgehen von Polizei und Beamten noch beigetragen, Polizei- und Quarantänestationen wurden zerstört und der Militärgouverneur ermordet. Die unteren Schichten glaubten nicht an die Existenz der Seuche, sie hatten bereits 1 Jahr lang unter Quarantäne leben müssen.²⁵

In Astrakhan fiel die lokale Verwaltung in sich zusammen, u. a. weil der Zivilgouverneur und der Polizeidirektor unter den ersten Todesopfern der Seuche waren. Hy-

²³ A. Briggs (s. A 3), S. 78.

²⁴ R. E. McGrew 1965 (s. A 2), S. 44 ff.

²⁵ R. E. McGrew 1960 (s. A 2), S. 72.

sterie breitete sich aus, doch Anarchie, Schrecken und Tod brachten keine Gewalt und keine Plünderungen mit sich, die Bevölkerung floh eher in die umliegenden Berge. Auch in Tiflis sollen 2/3 der Bevölkerung vor der Seuche geflohen sein.²⁶ In der Region hatte Nahrungsmittelknappheit die Situation während der Quarantänezeit verschlechtert. Unter dem Einfluß nonkonformer Sekten war die Bevölkerung geneigt, die Anweisungen der Obrigkeit zu mißachten. Es fehlte hier alles, was einer Abwehr der Cholera hätte dienlich sein können: geübtes Personal war nicht vorhanden und Militär tobte sich so aus, daß bei einer Relation von einem Arzt zu ca. 1½ Millionen Menschen die Wahrscheinlichkeit viel größer war, von Soldaten mißhandelt als je von einem Arzt behandelt zu werden. Insofern litt die Bevölkerung unter Anticholera-maßnahmen genauso wie unter der Seuche selbst.²⁷

Als die Cholera 1830 Moskau erreichte, war panikartige Flucht von ca. 50 000 der reicheren Einwohner eine wesentliche erste Reaktion. Doch alsbald entwickelte sich ein neuer Geist zur Konzentration verfügbarer Kräfte; ein lokaler Cholera-Rat agierte sensibel und in enger Verbindung mit Verwaltung und Öffentlichkeit, und militärischer und polizeilicher Einsatz und damit Repression hielten sich in Grenzen, Patienten konnten zuhause behandelt werden und wurden nicht in unzureichenden Anstalten zwangsweise isoliert. Moskau entging dadurch einem der destruktivsten Aspekte der Seuche, nämlich Anarchie und Aufruhr. Seine Todesrate war niedriger als anderswo, war jedoch relativ hoch bei einer Schicht freier Händler, die anscheinend am Rande des Existenzminimums lebte und deren ökonomische Schwäche erst die Cholera gewahr werden ließ.²⁸ Am schlimmsten wirkte sich die Cholera jedoch bei bäuerlichen Bevölkerungsteilen, bei Hausbediensteten, Kleinhändlern und Handwerkern aus, die vermutlich nicht in den dürftigsten Verhältnissen gelebt haben.²⁹

Die Bedingungen von Petersburg sind noch am ehesten mit denen städtischer Zentren Westeuropas zu vergleichen. Petersburg hatte sich rasch zum führenden nördlichen Handelszentrum entwickelt und zog viele Menschen an. Seine Bevölkerung hatte sich von 1800 bis 1833 auf etwa 440 000 Einwohner verdoppelt, während sie in Moskau wesentlich langsamer wuchs. Überfüllung und Elend waren die Folge, für die als Anhaltspunkt dienen kann, daß 1825 bei 438 000 Einwohnern und 7126 Gebäuden aller Art 61 Personen auf 1 Wohnung kamen, in Moskau im Vergleich dazu nur 24! Dieses beengte Wohnen bewirkte soziale Spannungen. Sie wurden noch durch eine Zahl von über 50 000 nicht seßhaften Menschen verstärkt, die aus fremden Kaufleuten und Händlern und deren Anhang wie wesentlich aus Bauern auf der Suche nach Arbeit bestand. Und gerade diese Menschen zählten zur Unterschicht und vermehrten deren soziale Probleme. Einrichtungen wie Krankenhäuser, medizinische

²⁶ R. E. McGrew 1965 (s. A 2), S. 52f.

²⁷ Ebda., S. 73f.

²⁸ Ebda., S. 76ff.

²⁹ R. E. McGrew 1962 (s. A 2), S. 242.

Versorgung, sanitäre Kontrollen waren rar oder unerschwinglich für die unteren Schichten. Unterernährung war verbreitet und die Kindersterblichkeit erwies sich als extrem hoch. Obendrein trug hier die Polizei die Hauptverantwortung im Umgang mit der Cholera, die sie wie eine Verbrechenswelle behandelte. Das Resultat war desolat: Die Bevölkerung wurde mißtrauisch und renitent. Gewaltsamkeit und blinder Haß tobten sich aus, Demoralisierung griff um sich. Doch der Protest richtete sich überwiegend gegen den jeweiligen Arm des Staates, nicht gegen den Zar und nicht gegen Reiche oder den Adel als solchen.³⁰ Es zeigen sich hier bei den Choleraaufständen von 1831 Verhaltensweisen, die noch überwiegend dem ländlichen Rußland verhaftet waren, wenngleich doch die ökonomische und soziale Realität dieser Menschen in der Stadt bereits anderen Problemfeldern entsprach. Mit besonderer Panik reagierten auch die Menschen in den Militärkolonien z. B. Novgorods zur Zeit der Cholera. Ihr Leben unter schlechtesten Bedingungen und ihr Glaube an eine Konspiration von Militär und Ärzten zu ihren Lasten trieb sie zum Aufstand und zum Mord an höheren Offizieren.³¹

Ein erschütterndes Beispiel von miserablen Lebensbedingungen sei schließlich noch aus Berdichev/Wolhynien angeführt. Der dortige hohe jüdische Bevölkerungsanteil unterlag einer extremen Cholera-Sterblichkeit, von 630 Erkrankten starben 610. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sich diese Menschen isolierten und weigerten, Hilfe von außen anzunehmen oder mit russischen Offiziellen zusammenzuarbeiten.³² Die Schwäche der Untersuchungen, aus denen die vorstehenden Angaben stammen, beruht darin, daß in ihnen jeweils nur wenige Variablen in Beziehung zu Zahlen von Cholerafällen gesetzt werden können. Das ist insgesamt wenig aussagefähig, bietet aber vielleicht Anstöße zu weiterer Forschung. Anders sieht es da mit den Ergebnissen zu hamburgischen Verhältnissen aus, die von R. Evans aufgrund einer deutlich besseren Materiallage in peniblen Studien gewonnen werden konnten.³³ Als Fazit ergibt sich, daß in Hamburg mit Sicherheit ein Unterschied in der Morbidität bezogen auf Einkommensklassen bestanden hat. Sobald die Krankheit allerdings ausgebrochen war, war die Mortalität fast gleich und unabhängig von der Schichtzugehörigkeit. Angesichts des Unterschiedes in der Krankheitshäufigkeit hat es etwas für sich, daß sich Großbürgertum und Mittelschicht als relativ immun gegenüber der Seuche einschätzten, was eine bereits in früheren Zeiten und anderen Gegenden verbreitete Meinung gewesen ist. Die geringere Anfälligkeit kann darauf zurückgeführt werden, daß diese Schichten den Empfehlungen ärztlicher Autoritäten eher folgen konnten, sich strengen selbstdisziplinierenden Sauberkeitsanforderungen unterworfen haben und entsprechendes Hauspersonal hatten, das Vorsichtsmaßregeln einzuhalten,

³⁰ R. E. McGrew 1965 (s. A 2), S. 109ff.

³¹ Ebda., S. 117.

³² Ebda., S. 100.

³³ R. J. Evans (s. A 2), S. 510.

ihnen erleichterte. Bei der Arbeiterschicht fehlten dagegen oft einfachste Möglichkeiten, Wasser abkochen zu können; sie konnte vielfach schriftliche Verlautbarungen über Verhaltensvorschriften nicht lesen oder sie nicht befolgen, entsprachen sie mitunter doch weder dem Bildungs- noch dem häuslich-technischen Lebensstandard der Adressaten.

Bei 12 000–15 000 wohlstürierteren Hamburgern herrschte Flucht vor der Seuche vor; andere konnten sich vor der gefährdenden Umwelt vorübergehend abschirmen. Eine bessere und abwechslungsreichere Ernährung verschaffte ihnen stärkere körperliche Widerstandskraft. Der Arbeiterschaft war solcher Schutz nicht möglich. Sie war dazu geprägt von Konventionen nachbarschaftlichen Verhaltens und Traditionen eines bestimmten öffentlichen Straßen- oder Quartierslebens, die ihr Infektionsrisiko noch erhöhten. Ihre Kinder endlich ließen sich nicht genügend beaufsichtigen, zumal die Schulen zeitweise geschlossen wurden. Materielle Faktoren bedingten also unterschiedliche Antworten sozialer Schichten auf die Epidemie.

Dem Bürgertum brachte die Epidemiezeit die besondere Gelegenheit, Tugenden von Ordnung, Sauberkeit, Sparsamkeit und Enthaltbarkeit strenger als sonst zu folgen, wenngleich das den entsprechenden Hausfrauen, denen die Sorge für die Einhaltung vor allem oblag, vermutlich schon weniger leicht gefallen ist. Die Mehrheit der Unterschichten begegnete allen hygienischen Mahnungen dagegen mit mehr oder weniger Gleichgültigkeit. Sie war bis dahin kaum »medikalisiert«, mißtraute der offiziellen Medizin mit ihren moralisierenden und disziplinierenden Ansprüchen gemäß bürgerlichen Werten. Insbesondere die etwa 20 000 Gelegenheitsarbeiter in Hamburg lebten nach anderen Regeln, lebten ihrer Armut wegen notwendigerweise gegenwartsbezogen. Soziale Ungleichheit gegenüber Cholera war deshalb nicht nur eine Frage des Einkommens sondern auch eine der Rangfolge von Werten. Und andere Bewertungen, die die Infektion hätten vermeiden helfen können, verursachten Kosten und lagen darum 1892 außerhalb der Möglichkeiten der hamburgischen Arbeiterschicht.

3. Räumliche Aspekte

Topographie und Geographie der Cholera sind verhältnismäßig oft behandelte Gesichtspunkte. Aber auch hier reichen die Korrelationen aufgrund von Sozialindices, die anhand verschiedener städtischer Distrikte zu gewinnen sind, nicht aus, um soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod näher zu bestimmen. So ist z. B. für Hamburg vor 1892 nur zu sagen, daß die Seuche besonders heftig in der Hafengegend und entlang der Wasserläufe gewütet hat. Erst nachdem die Stadtbewohner mehrheitlich ihr Wasser aus demselben System schöpften, wie es 1892 der Fall war, läßt sich ein unterschiedlich starker Zugriff der Seuche auf verschiedene Stadtteile genauer sozialen und ökonomischen Faktoren zuordnen.

Es ergibt sich dann, daß Cholera räumliche Ungleichheiten nicht nur erst richtig sichtbar gemacht hat, sondern daß sie sie sogar verschärfte, denn Cholera erhöhte die

Mortalität in Quartieren mit schon normalerweise hoher Sterberate überdurchschnittlich. Der Hauptgrund lag zweifellos in der Wohndichte dieser Gegenden. Den Arbeiterfamilien ist zwar Trägheit in der Beachtung hygienischer Anforderungen zum Vorwurf gemacht worden, ja, Hamburger Arbeiter sollen, wie auswärtige Beobachter meinten, besonders schmutzig gewesen sein.³⁴ Doch lag die wichtigste Infektionsquelle in den zu dicht bewohnten Häusern mit ihren Mängeln an Wohnqualität, Licht, Belüftung und hoher Miete. Wenn es auch in der Innenstadt mehr solcher für Hamburgbesucher und -kommentatoren zu entdeckenden Slum-Straßen gab, so bleibt doch festzustellen, daß auch neu bebaute Straßen und Blöcke in etwas außerhalb gelegenen Bezirken von Cholera stark betroffen gewesen sind. Überbelegung, ungenügende sanitäre Einrichtungen, Mangel an Abkochgelegenheiten für Wasser u. a. m. begünstigten die Ausbreitung der Seuche.

Bei dem Moskauer Choleraausbruch von 1830 und der ihn begleitenden Mortalität ist keine Konzentration auf wenige Gebiete nachzuweisen. Die betroffene Bevölkerung lebte räumlich weit gestreut. Das legt nahe, daß das Gros der Menschen unter vergleichbaren Umständen gelebt hat. Auch dies könnte eine weitere Erklärung dafür abgeben, daß es hier nicht zu aufgeregten Gewaltaktionen der Bewohner gekommen ist.³⁵

4. Beschäftigung und Alter

Bisher sind manchmal einzelne Fälle aus bestimmten Tätigkeitsfeldern verallgemeinernd herangezogen worden, um deren besondere Gefährdung durch die Seuche zu belegen. Vorhandene Zahlen konnten aber fast nie auf Gesamtraten von in entsprechenden Bereichen Tätigen bezogen werden. Selbst für das Hamburg von 1892 mit seiner guten Datenlage ist das nur retrospektiv und annäherungsweise anhand späterer statistischer Erhebungen möglich. Für ältere Zeiten kann aufgrund vorliegenden Materials herausgestellt werden, daß speziell Krankenschwestern, häusliche Bedienstete und weibliche Arme Risiken ausgesetzt gewesen sind ebenso wie Soldaten, Seeleute und Handwerker. Aus der hamburgischen Mittelschicht waren Polizeibeamte, Hospitalangestellte und Ärzte besonderer Gefährdung unterworfen. Doch kann man davon ausgehen, daß diese Gruppen mindestens 1892 schon sorgfältig die notwendigen hygienischen Vorsichtsmaßnahmen zu beachten trachteten. Aussagekräftiger sind Hinweise auf eine engere Beziehung zwischen Morbiditätsrate und Beschäftigung im Hafen. Hier weisen Transportarbeiter eine überdurchschnittlich hohe Choleraanfälligkeit aus. Alle Tätigkeiten im Hafen und am Wasser – Kaiarbeiter, Bauarbeiter, Bootsleute, Fischer z. B. – unterlagen wegen ihrer Nähe zu infiziertem Wasser erhöhten Risiken. Die hier Beschäftigten sind überdies vorwiegend am unteren Ende der sozialen

³⁴ Ebda., S. 534.

³⁵ R. E. McGrew 1962 (s. A 2), S. 242.

Skala anzusiedeln. Somit kann das auch ein zusätzlicher Hinweis darauf sein, daß Ungleichheit in der Betroffenheit von Seuche nicht nur vom räumlichen Aspekt des Wohnens und Arbeitens, sondern auch von der sozialen Gesamtlage abhängig gewesen ist.

Die Arbeitsstätte war – so kann das Resümee gezogen werden – 1892 eine wichtige Quelle für Infektionen. Und da Hamburg einer der bedeutendsten See- und Flußhäfen gewesen ist, waren seine Einwohner dem Seuchenrisiko vermehrt ausgesetzt.

Eng mit der Gefahr, bei bestimmten Tätigkeiten von Cholera angesteckt zu werden, hing offensichtlich auch ein gewisses Altersrisiko zusammen. So ist oft festgestellt worden, daß junge Erwachsene und mittlere Altersgruppen verstärkt von Cholera betroffen gewesen sind. Für Hamburg gilt jedoch etwas von anderen Städten vermutlich Abweichendes: hier waren Säuglinge und Kinder bis zu 2 Jahren eindeutig die am stärksten Gefährdeten, sie starben sogar zu 80–90%; und außerdem wurden ältere Menschen besonders stark von Cholera heimgesucht und hinweggerafft.³⁶

5. Geschlechtsspezifische Anfälligkeit

Die Frage nach dem unterschiedlichen Risiko für Männer und Frauen ist eine gemeinhin vernachlässigte Dimension von Ungleichheit angesichts Seuchen.³⁷ Autoren, die dieses Problem bearbeitet haben, kommen für die frühen Cholera-Epidemien zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Und diese Ergebnisse sind in ihren Angaben von absoluten Zahlen überdies fragwürdig, sofern nicht bekannt ist, wie die Relation von Männern zu Frauen in der jeweiligen Gesamtbevölkerung gewesen ist. Einerseits sind Statistiken des 19. Jahrhunderts unzureichend, andererseits haben Zeitgenossen den Gesichtspunkt der Geschlechterrelation nicht beachtet.

Untersuchungsergebnisse für Hamburg zeigen, daß die zusätzliche Mortalität von Frauen ab dem Alter von 20 Jahren während der Seuchenzeit 1892 im Vergleich zu der der Männer außerordentlich hoch gewesen ist und daß dies vor allem auf den Tod von Müttern zurückzuführen ist, die durch ihre Kinder infiziert worden sind.

Aber Frauen sind auch mit Tätigkeiten betraut gewesen, die spezifisch seuchengefährdet waren. Während Hafenarbeit zu Beginn der Epidemie überwiegend das Risiko für Männer ausmachte, waren dann im Verlauf Frauen die Gefährdeteren. In Mittelschichtwohngegenden wurde Cholera überwiegend die Krankheit der weiblichen Dienstboten, letztere waren gleichsam die Barriere zwischen Bürgertum und Cholera. Zum einen setzte ganz allgemein ihre häusliche Rolle beim Kochen, Waschen, Säubern, Abwaschen, Kinderbeaufsichtigten Frauen und Mütter direkt der Infektionsgefahr aus, zum anderen waren Frauen durch ihre weit verbreitete abhängige Beschäftigung in fremden Haushalten besonders gefährdet.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Geschlechterverhältnis hinsichtlich der

³⁶ R. J. Evans (s. A 2), S. 558 ff.

³⁷ Ebda., S. 566 ff.

Opfer von Cholera von Stadt zu Stadt abhängig von den besonders seuchenverwundbaren Tätigkeitsfeldern, der Art der Wasserversorgung, den Wohn- und Lebensverhältnissen und der Heftigkeit der Seuche variierte. Und alle diese Faktoren waren letztlich abhängig von der sozialen und politischen Struktur der Stadt.

IV. Auswirkungen auf die Stadt

In Hamburg waren reich und arm, alt und jung, weiblich und männlich ebenso wie diejenigen, die unterschiedlichen Tätigkeiten nachgingen und in verschiedenen Stadtbezirken lebten, unterschiedlich stark von Cholera betroffen. Diese Dimensionen von Ungleichheit waren obendrein in verschiedener Weise miteinander verbunden. Ausschlaggebend wurde dabei das Ausmaß der Armut. Die Cholera von 1892 hatte für Hamburg ohne Zweifel tiefe soziale Disproportionen in der Infektionsgefährdung zutage gebracht. Die Antwort darauf war uneinheitlich, sie war abhängig von ökonomischen Interessen, politischen Vorstellungen, sozialen Antagonismen. Während der Epidemie entstand starker öffentlicher Druck zugunsten sanitärer Reformen, Verbesserung der Wohnsituation, Ausweitung staatlichen Einwirkens auf die Gesellschaft, Unterordnung kaufmännischer Interessen unter ein weiter verstandenes öffentliches Wohl und schließlich die Forderung nach Änderung der politischen Verfassung. Was letztendlich der Druck dann bewirkte, entsprach einem komplexen Kräfteausgleich, den Evans als »remaking a world«, also etwas doppelsinnig als Schöpfung einer neuen Welt und Wiederherstellung der alten bezeichnet hat.³⁸

»Hamburg ist zur Zeit der ominöseste Name in Europa« – gegen diese Einschätzung hatte die Stadt nach 1892 anzugehen.³⁹ Ob Cholera für Hamburg »in gewissem Umfang als Modernisierungsagent«⁴⁰ gewirkt hat, darüber sind die Meinungen geteilt. Daß hier Mikroorganismen in Form der Cholera Staatsstrukturen transformiert hätten, ist ebenfalls skeptisch zu betrachten, auch wenn man vielleicht nicht der sarkastischen Auffassung folgen will, daß eine wirklich »autonome« Folge von Seuche unbezweifelbar nur das Massensterben gewesen sei.⁴¹

Während der ersten Seuchenepidemien in Europa waren die Wirkungen hinsichtlich Sanitätsreformen, und d. h. hauptsächlich doch administrativer Veränderungen, gering, allenfalls kurzfristig.⁴² Hamburg bildete da keine Ausnahme. Der »Große

³⁸ So die Überschrift des letzten Kapitels seiner umfassenden Untersuchung in der englischen Fassung. In der deutschen Ausgabe ist daraus »Die Umgestaltung der Gesellschaft« geworden.

³⁹ S. Winkle (s. A 1), S. 18.

⁴⁰ J. Flemming (s. A 20), S. 40.

⁴¹ Vgl. dazu R. J. Evans (s. A 2) – mit Bezug auf eine These von W. McNeill und Ausführungen von B. Luckin, S. 601.

⁴² So die Einschätzung für England von R. J. Morris, Cholera 1832. The Social Response to an Epidemic, London 1976, und für die USA Ch. Rosenberg, The Cholera Years. The United States in 1832, 1849 and 1866, Chicago 1962.

Brand« von 1842 war vermutlich mehr der große Initiator für Neuerungen gewesen. Überall waren anfangs angesichts der Hilflosigkeit gegenüber Cholera Mediziner (insbesondere auch Anatomen, weil man meinte, sie schüfen sich nur ihre Toten zum Zwecke der Sektion in unzugänglichen Hospitälern) das Objekt kollektiver Aggressionen, zusätzlich dienten als Angriffsziel Gruppen von Außenseitern, vereinzelt auch Juden, häufiger Fremde und in Rußland vor allen Dingen die zaristische Bürokratie. In Hamburg wurde der Stadtstaat wegen der sanitären Mißstände und ganz besonders wegen deren Verknüpfung mit sozialer Ungleichheit angeklagt: der Mangel an demokratischer Verfaßtheit angesichts eines interessenorientierten Honoratiorenparlamentes stand im Mittelpunkt von öffentlicher Diskussion und Kritik.

Direkte Folge der Seuche in Hamburg waren zunächst die breite Mobilisierung von philanthropischen Aktivitäten, ein hohes Spendenaufkommen, die endliche Akzeptanz der Sozialdemokratie als Partner in einer Krisensituation⁴³ und schließlich der beschleunigte Bau der Sandfilteranlage für das Trinkwasser. Demgegenüber verzögerte sich im Widerstreit der Interessen die Sanierung von Stadtvierteln und damit die Verbesserung der Wohnverhältnisse, wenngleich in Hamburg später die erste große Flächensanierung von Deutschland in Gang kam,⁴⁴ hatte doch diese Stadt auch den höchsten Anteil an ungesunden Kellerwohnungen. Anscheinend war insgesamt erst der Hafendarbeiterstreik von 1896 von durchschlagenderer Wirkung.

Nachdem die Gefahr einer direkten Reichsintervention im Zusammenhang mit Cholera geschwunden war, schwand 1892/93 auch der Wille zur Reform. Nur kurzfristig diente eine Arbeitsvermittlungsstelle zur Linderung der Arbeitslosigkeit infolge der Quarantänemaßnahmen; neue medizinisch-organisatorische Regelungen, u. a. durch die Einsetzung von 2 Stadtärzten zur Beaufsichtigung des Gesundheitswesens, setzten sich durch; ein Hygieneinstitut wurde errichtet, die Institution eines Hafendarztes geschaffen: die medizinische Profession gewann offensichtlich an Einfluß und Status. Bis zur Wahlrechts- und Verwaltungsreform, der entscheidenden politischen Veränderung, vergingen allerdings noch Jahre.

Immerhin läßt sich anmerken, daß infolge der Sanitärreformen gegen Ende des Jahrhunderts das Auftreten von Typhus zurückging und vor allem die Kindersterblichkeit einschneidend sank, daß eine Abnahme von Tuberkulosefällen zu verzeichnen war und sich zugleich der Ernährungs- und Lebensstandard aufgrund erhöhter Einkommen besserte. Doch soziale Ungleichheit ist mit alledem nicht sobald im Schwinden begriffen gewesen.⁴⁵

Im Zusammenhang mit der Cholera war in Hamburg die Unangemessenheit und Hilflosigkeit der herrschenden liberalen, politischen und administrativen Praxis ange-

⁴³ Vgl. R. J. Evans (s. A 22).

⁴⁴ M. Grüttner, Soziale Hygiene und soziale Kontrolle. Die Sanierung der Hamburger Gängeviertel 1892–1936, in: A. Herzig / D. Langewiesche / A. Sywottek (s. A 22), S. 363.

⁴⁵ R. J. Evans (s. A 2), S. 603 ff. und 662 ff., bes. S. 670.

sichts gravierenden sozialen und ökonomischen Wandels deutlich geworden. Doch wenn diese Krise als Motor für soziale und gesundheitliche Reformen angesehen werden soll, dann »war die Wirklichkeit, wie so häufig, weitaus komplexer«, wie Evans schreibt.⁴⁶

Hervorzuheben bleibt noch einmal, daß es in Hamburg in Verbindung mit Seuchen keine sozialen Unruhen gegeben hat. Identifikation mit politischer Agitation und die gewaltsame Explosion von sozialem Antagonismus blieben im Gegensatz zum Beispiel Rußlands aus.⁴⁷

Während im westlichen Europa früher und deutlicher ein Bewußtsein vom Vorhandensein sozialer Probleme und der Wille zu ihrer Beseitigung per Reformen vorhanden gewesen ist, war das russische Reich mehr an restriktiven Maßnahmen durch Einsatz von Polizei und Militär orientiert. Private Wohltätigkeit fehlte dort dennoch nicht, sondern stand sogar im Vordergrund des Umgangs mit Cholera. Sie konnte Mängel im Aufbau und in den Prozeduren der zentralistischen Gesundheitsverwaltung und des autokratischen Regierungssystems nicht verdecken. Beim ersten Auftauchen der Cholera begann in Rußland zwar die Entwicklung eines medizinischen Systems und dann bildete sich im Umfeld des schweren erneuten Ausbruches von 1892/93 sogar eine unabhängigere medizinische Profession heraus, die manches zur Beruhigung der Bevölkerung und zur Eingrenzung der Irrationalitäten sowie zur Förderung des Bewußtseins von einem notwendigen Wandel in der Behandlung der Seuchenopfer und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beitragen konnte. Doch behielt längerfristig Repression die Oberhand.⁴⁸ Der Aufruhr, der ab 1830 das Erscheinen der Cholera begleitet hatte, fand insgesamt in der russischen Gesellschaft wenig Resonanz. Kritik richtete sich gegen einzelne Maßnahmen und einzelne Personen, nicht gegen das politische System als Ganzes⁴⁹ und ließ sich nicht in allgemeinen Protest und Veränderungsdruck gegen die Regierung kanalisieren. Die Epidemie von 1830–32 hatte schnell den starren und formalistischen Charakter des russischen Bürokratismus offenbar werden lassen: »both administrative and military officials treated the people as a captive population in a conquered country, and the brutal enforcement of sanitary regulations was accompanied by harrassment, thievery and corruption.«⁵⁰ Das waren weithin traditionelle Muster, die den sich abzeichnenden neuen Problemen von Verstädterung und Modernisierung nicht gerecht werden konnten. Die Verängstigungen von orientierungslosen Menschen führten zu Hysterie, Chaos und vielerorts dann zu gewaltsamem, doch nur isolierten Aufruhr vor allem gegenüber Polizisten, Soldaten, Beamten und mitunter auch Ärzten. Diese Reaktionen

⁴⁶ Ebda., S. 708.

⁴⁷ Vgl. R. E. McGrew 1960 (s. A 2), S. 66.

⁴⁸ Vgl. N. M. Frieden (s. A 2).

⁴⁹ R. E. McGrew 1965 (s. A 2), S. 15 f.

⁵⁰ Ebda., S. 156.

machten Mißtrauen und tiefe soziale Spannungen in der russischen Gesellschaft sichtbar. Als Ergebnis der Cholera kann für Rußland leider nur gelten »cholera's passing brought only relief and no reforms«.⁵¹

Cholera erforderte zu ihrer Eindämmung eine Gesellschaft, die für Veränderungen offen war, die über effiziente Systeme von Information, Organisation und Kontrolle und über einen gewissen Standard an technischen und materiellen Ressourcen verfügte. Wo dies nicht vorhanden war – und heute noch nicht vorhanden ist – konnte und kann dieser Seuche nur schwer Einhalt geboten werden.

⁵¹ Ebda., S. 128.

Winfried Speitkamp

»Ein dauerndes und ehrenvolles Denkmal deutscher Kulturtätigkeit«

Denkmalpflege im Kaiserreich 1871–1918

»Ich muß den Ästheten eine niederschmetternde Mitteilung machen: Alt-Wien war einmal neu.« Karl Kraus stand mit seinem Spott¹ nicht allein. Kritik an einem musealen oder idyllisierenden, letztlich ahistorischen Geschichtsbild, an einer Verweigerungshaltung gegenüber Gegenwart, Fortschritt und Moderne, an der Flucht in eine mißverständene Vergangenheit war Anfang des 20. Jahrhunderts durchaus geläufig. Gleichwohl intensivierten die von der Industrialisierung erfaßten Staaten Westeuropas gerade zu dieser Zeit Maßnahmen zum Erhalt wissenschaftlich oder kulturell bedeutsamer Überreste der Vergangenheit. Die Tendenz zu bürokratischer Organisation, wissenschaftlicher Fundierung, rechtsstaatlicher Einbindung und öffentlicher Teilnahme kennzeichnete dabei das neue Aufgabenfeld des Staats, das in Deutschland seit den 1880er Jahren als Denkmalpflege bezeichnet wurde. Die folgenden Ausführungen skizzieren, angeregt durch die Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Modernisierung und Geschichtsorientierung, in drei Etappen den Wandel von Form und Funktion der Denkmalpflege im Deutschen Reich zwischen 1871 und 1918.²

1. Von der Reichsgründung bis zum Jahrhundertende

»Unsere Zeit ist sicher mehr als frühere Zeiten geneigt, das Alte zu zerstören: wir leben in einer nüchternen Periode, welche leider das unbedingt Nützliche allem Andern voranstellt, welche ihre Interessen beeinträchtigt sieht durch ein altes Bauwerk, das sich in die mit dem Lineal gezogene gesetzliche Baulinie vorschleibt, das dem zur Eisenbahn Eilenden einen Umweg von einigen Sekunden aufzwängt, das einem 4- oder 5fachen Wagenverkehre sich beharrlich entgegenstemmt, oder das die ungehemmte Ausdehnung einer Fabrik, die die ganze nähere Umgebung bereits mit ihrem Steinkohlenruss geschwärtzt hat, nach der einen oder anderen Seite hindert.« Der bayerische Bau-

¹ K. Kraus, Aphorismen, Frankfurt 1986, S. 257.

² Der Beitrag beruht auf den Vorarbeiten zu einer größeren Untersuchung über die Denkmalpflege in Deutschland zwischen 1871 und 1933. Die Anmerkungen beschränken sich auf die wichtigsten Belege und einige weiterführende Literaturhinweise.

beamte und Architekt Georg Friedrich Seidel schrieb diese Sätze im Jahr 1875.³ Seine unter dem Eindruck von Stadterweiterungen und Bauboom der Gründerzeit vorgetragene Kritik an blindem Wirtschaftsoptimismus, Nützlichkeitsdenken und Verfall des Geschichtsbewußtseins blieb zu ihrer Zeit noch vereinzelt. Wenig Verständnis fand zumal seine Klage, manches Bauwerk werde nur deshalb geopfert, weil es »vielleicht das Unglück hatte, ein künstlerisches Werk zu sein, das aber keine Zinsen trug und bloß Unterhaltungskosten beanspruchte«, oder weil es »vielleicht eine alte nicht mehr benützte Kirche war, deren Thurm zu einem Fabrikcamine untauglich ist, oder ein altes Stadthor, das mit seinen Zinnen und Basteien lediglich einen malerischen Prospect machte«.⁴ Die Redaktion der Zeitschrift des Bayerischen Architekten- und Ingenieur-Vereins, in der Seidel seinen Beitrag veröffentlichte, sah sich zu der relativierenden Fußnote genötigt, der Verfasser wolle wohl »doch dem Bedürfnisse der Mitwelt zu wenig Recht einräumen«. Wie man überkommene Kleidung, etwa Rüstungen, mittlerweile ablege, so müsse auch eine Stadt »das ihr unbequem gewordene Baugewand, die überflüssig gewordene Mauer-Rüstung ablegen dürfen«. Zu bewahren seien allein »Zeugen« der Geschichte, jedoch nur dort, »wo das Denkmal die Bewunderung, nicht aber da, wo es mehr den Unwillen der Mitwelt erregt«.⁵

Diese Bemerkungen markieren die Anfänge einer kontroversen Wahrnehmung der Modernisierung, einer neuen Diskussion über das Verhältnis von gesellschaftlichem Wandel und geschichtlicher Überlieferung. Freilich blieb die Debatte gewohnten Ansätzen und Begriffen verhaftet. Das gilt für die redaktionelle Notiz, in der dem historischen Überrest lediglich Wert zugesprochen wurde, wenn er dokumentarische oder ästhetisch-monumentale Bedeutung hatte. Das gilt aber auch für Seidel. Ein Denkmal stellte für ihn das einzelne Bau- oder Kunstwerk dar, als naheliegendes Beispiel nannte er eine Kirche. Das entsprach dem Denkmalbegriff des 19. Jahrhunderts, der noch relativ präzise auf isolierbare Objekte abzielte. Dazu zählten neben Funden, Altertümern, Grabsteinen, Gedenksäulen und Standbildern vor allem herausragende Sa-

kralbauten, Burgen, Schlösser und Stadtbefestigungen.⁶ Die Denkmaleigenschaft beruhte entweder in einem Kunstwert, als Resultat künstlerisch-ästhetischen Schaffens, oder in einem historischen Wert, als Information über Vergangenes, über Ereignisse und Personen.

Die herkömmliche Form der Sicherung war die Sammlung oder, bei unbeweglichen Objekten, die Inventarisierung. Verzeichnung, Abbildung und Erforschung des Objekts retteten es für die Nachwelt. Deshalb stand die Inventarisierung im 19. Jahrhundert am Anfang jeder staatlichen Aktivität im Sektor der Denkmalpflege, bis zur Reichsgründungszeit oft im Rahmen von Landesbeschreibungen, als topographisches Verzeichnis oder binnenadministratives Hilfsmittel, dann auch als öffentliche Dokumentation nationaler Güter. Mit der Aufnahme in das Inventar wurde ein Objekt aus seiner lokalen Randexistenz in den Rang eines Gemeineigentums erhoben, die inventarisierte Region für den Gesamtstaat reklamiert. Die erste moderne Inventarisierung leitete nicht von ungefähr Preußen kurz vor der Reichsgründung in den gerade annektierten Gebieten von Kurhessen und Hannover ein. Erst 1875 wurden die älteren Provinzen zu ähnlichen Verzeichnissen veranlaßt. Noch bevor Ende der 1870er Jahre erste Ergebnisse vorlagen, begann 1876 die Veröffentlichung der Inventarbände des neuen Reichslandes Elsaß-Lothringen. Manko des gesamten Unternehmens blieb die Uneinheitlichkeit in Zielsetzung, Auswahlkriterien, Inhalt und Gestaltung der Bände. Dies hing mit dem Fehlen zentraler Vorgaben und den divergierenden Vorstellungen der Bearbeiter zusammen.⁷

Mit der Inventarisierung wurde zugleich eine Rangordnung der Denkmäler vorgegeben. Stärker als in der historistischen Architektur⁸ dominierte in der Denkmalpflege noch bis zum Jahrhundertende die gotische und neogotische Ausprägung. Das lag an

⁶ Fallstudien zu einigen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehenden Objekten: N. Borger-Keweloh, Die mittelalterlichen Dome im 19. Jahrhundert, München 1986; Th. Nipperdey, Der Kölner Dom als Nationaldenkmal, in: *ders.*, Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, München 1990, S. 189–207; H. Boockmann, Das ehemalige Deutschordensschloß Marienburg 1772–1945. Die Geschichte eines politischen Denkmals, in: *ders. u. a.*, Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland, Göttingen 1972, S. 99–162; R. Bothe, Burg Hohenzollern. Von der mittelalterlichen Burg zum national-dynastischen Denkmal im 19. Jahrhundert, Berlin 1979; M. Arndt, Die Goslarer Kaiserpfalz als Nationaldenkmal. Eine ikonographische Untersuchung, Hildesheim 1976.

⁷ E. Polaczek, Die Denkmäler-Inventarisierung in Deutschland, in: Deutsche Geschichtsblätter 1 (1900), S. 270–290; J. Braun, Die Inventarisierung der Denkmäler im Deutschen Reiche, in: Stimmen der Zeit 92 (1917), S. 680–696; J. Kohle, Der Stand der Inventarisierung der Kunstdenkmäler im Deutschen Reiche, in: Die Denkmalpflege 1 (1899), S. 24f.; F. Mielke, Zur Genesis der Kunstdenkmäler-Inventarisierung, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 2 (1975), S. 134–143.

⁸ Zum Historismus in Architektur und Kunst im 19. Jahrhundert: M. Brix / M. Steinhauser (Hrsg.), »Geschichte allein ist zeitgemäß«. Zum Historismus in Deutschland, Lahn / Gießen 1978; Th. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 715–722.

³ G. F. Seidel, Erhaltung, Inventarisierung und Aufnahme der Baudenkmale des deutschen Reiches, in: Zeitschrift des Bayerischen Architekten- und Ingenieur-Vereins 7 (1875), H. 1, S. 1. Vgl. zu Seidel W. Lübbecke, Georg Hager und die Inventarisierung der Bau- und Kunstdenkmäler in Bayern, in: E. Mai / S. Waetzoldt (Hrsg.), Kunstverwaltung, Bau- und Denkmalpolitik im Kaiserreich, Berlin 1981, S. 403.

⁴ G. F. Seidel (s. A 3), S. 1.

⁵ Ebda., S. 1f.

dem quantitativen Übergewicht der kirchlichen Denkmäler. Nachmittelalterliche kirchliche Kunstwerke und Bauten galten noch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts häufig als minderwertig und nicht erhaltungswürdig. Inventarisiert und geschützt wurden bestenfalls die Denkmäler der abgeschlossenen Epochen, schon die Qualität des Klassizismus war umstritten.⁹ Aus der historicistischen Ausrichtung ergaben sich die Grundentscheidungen der Praxis. Dabei ging es erstens um das Bemühen zur Rekonstruktion zerstörter oder verfallener Monumente gemäß dem ermittelten, einst projektierten oder vermuteten Ursprungszustand und, damit in Zusammenhang, um die Gestaltung moderner Zutaten in nachempfundenen, eingepaßten Stilformen. Zweitens ging es um die Beseitigung von nachträglichen stilfremden Ergänzungen, etwa um die Entfernung barocken Inventars aus gotischen Kirchen. Drittens ging es um die sogenannte Freilegung vor allem sakraler Baudenkmäler, um die Niederlegung der erst später als maßstabsetzend eingeschätzten Kirchenumbauungen.¹⁰

Nicht nur in Theorie und Praxis, sondern auch in Organisation und Recht stand die Denkmalpflege der ersten drei Jahrzehnte des Kaiserreichs in Kontinuität zur Geschichtspflege der vorangegangenen Jahrzehnte. Die neue Reichsverfassung von 1871 beließ den Denkmalschutz als Teil der Kulturverwaltung bei den Ländern,¹¹ obwohl Forderungen laut wurden, Reichsbehörden für die Erforschung und Erhaltung von Altertümern oder Baudenkmalern zu schaffen,¹² und obwohl der Kaiser eine gewisse denkmalpflegerische Aktivität im Reich entfaltete, indem er in besonderen, preußische oder protestantische Interessen berührenden Fällen Restaurationsmaßnahmen unterstützte.¹³ Zur Zeit der Reichsgründung existierten nur in den größeren deutschen Staaten zentrale Fachinstanzen für Denkmalpflege, in Bayern (seit 1835), Preu-

⁹ Vgl. zum Beispiel die vernichtende Kritik an Friedrich Weinbrenner, dem klassizistischen Architekten, Baubeamten und Bauschullehrer aus Karlsruhe, der die ersten badischen Denkmalschutzmaßnahmen initiiert hatte, bei A. Woltmann, Friedrich Weinbrenner, in: F. von Weech (Hrsg.), *Badische Biographien*, Bd. 2, Heidelberg 1875, S. 435–438.

¹⁰ Rückschauende Kritik an der Praxis gotisierender Restaurationen am Beispiel der kirchlichen Denkmalpflege etwa bei A. Haupt, *Die Herstellung von Kirchen und ihre verschiedenen Richtungen*, in: *Die Denkmalpflege* 1 (1899) S. 70.

¹¹ Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. 4. 1871, Art. 4 (Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung); Druck: E. R. Huber (Hrsg.), *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. 2: *Deutsche Verfassungsdokumente 1851–1900*, 3., neubearb. u. verm. Aufl., Stuttgart 1986, S. 386f.

¹² So regte der preußische Konservator Ferdinand von Quast eine Reichsaltertümerkommission an; zur skeptischen Reaktion aus den Ländern: Schreiben des Vorsitzenden des Oldenburgischen Landesvereins für Altertumskunde, Friedrich Kurt von Alten, an den Oldenburger Staatsminister Karl von Berg, 23. 2. 1875, StA Oldenburg 134, Nr. 4420. Der Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine wünschte eine hauptamtliche Reichsbehörde für den Baudenkmalerschutz; vgl. R. Redtenbacher, *Denkschrift über die Baudenkmäler im Deutschen Reich. Ihre Inventarisierung, Aufnahme, Erhaltung und Restauration*, hrsg. v. dem Verbands Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine, Berlin [1878], S. 25–28.

¹³ Beispiele: ZStA Merseburg 2.2.1, Nr. 20788, 20796.

ßen (1843) Baden (1853) und Württemberg (1858).¹⁴ Sie hatten vornehmlich beratende und beherrschende Befugnisse und waren einem Ministerium zugeordnet, das die alleinige Entscheidungskompetenz innehatte. Allenfalls stand den Konservatoren wie in Preußen das Recht zu, in dringenden Fällen laufende Baumaßnahmen zu sistieren. Über einen regulären Etatposten für Denkmalpflege verfügten nur die wenigsten Staaten. Die Qualifikation der außer in Preußen nebenamtlich tätigen Denkmalpfleger und Konservatoren war sehr unterschiedlich, denn es existierten keine formalisierten Laufbahnanforderungen.

Vor dem Hintergrund einer generellen Ausweitung staatlicher Kompetenzen und der Verdichtung leistungsstaatlicher Elemente wendeten die Länder nach 1871 auch der Denkmalpflege verstärkt ihre Aufmerksamkeit zu. Erstens ging es um die Demonstration föderaler Kompetenz, um die Selbstbehauptung der Länder angesichts eines drohenden Funktions- und Rangverlustes im preußisch-deutschen Reich. Der Ausbau des Kulturstaates sollte die regionale Integration und Identität, das Heimatbewußtsein, fördern. Zweitens lag nach den Jahren des Kulturkampfes die Sicherung staatlicher Autorität gegenüber der Kirche, die dem Verständnis der Zeit entsprechend über den größten Teil der Denkmäler verfügte, weiterhin im Interesse der Verwaltungen. Unter anderem deshalb wurden gerade in Baden und Preußen, wo der Konflikt zwischen Staat und Kirche mit besonderer Erbitterung geführt worden war, die ersten und energischsten Versuche zur Ausweitung des staatlichen Denkmalschutzes unternommen. Drittens führte der gründerzeitliche Wirtschaftsboom in einem bisher nicht gekannten Ausmaß zur Zerstörung alter Bausubstanz. Das lenkte den Blick auf die organisatorischen, finanziellen und personellen Mängel der Denkmalpflege.

In den Reformdiskussionen wurde einer Denkmalschutzbehörde nun eine dreifache Aufgabe zugewiesen. Sie hatte die staatlich-politische Prärogative, die administrative Rationalität und Effizienz sowie die wissenschaftlich-fachliche Kompetenz zu sichern. Das erforderte einesteiils die Ausdifferenzierung der fachlichen Zuständigkeiten, anderenteils komplementär die Zusammenfassung von Aufsicht und Leitung. Die durchgeführten Neuerungen waren allerdings meist noch experimenteller und

¹⁴ P. O. Rave, *Die Anfänge der Denkmalpflege in Preußen. Ein Urkundenbericht aus der Zeit vor hundert Jahren*, in: *Deutsche Kunst- und Denkmalpflege* 2 (1935), S. 34–44; P. Siebertz, *Denkmalschutz in Bayern. Ursprünge, Entwicklung und gegenwärtige Rechtslage*, jur. Diss. München 1977; N. Götz, *Aspekte der Denkmalpflege unter Ludwig I. von Bayern*, in: W. Nerdinger / A. Grubn-Zimmermann (Hrsg.), *Romantik und Restauration. Architektur in Bayern zur Zeit Ludwigs I. 1825–1848*, München 1987, S. 44–53; H. Krins, *Die Gründung der staatlichen Denkmalpflege in Baden und Württemberg*, in: *Denkmalpflege in Baden-Württemberg* 12 (1983) (Sonderheft: 130 Jahre Denkmalpflege in Baden – 125 Jahre Denkmalpflege in Württemberg), S. 34–42; W. Speitkamp, *Kulturpolitik unter dem Einfluß der Französischen Revolution: Die Anfänge der modernen Denkmalpflege in Deutschland*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 18 (1989), S. 129–159.

provisorischer Natur wie etwa in Bayern und Baden.¹⁵ Dabei deuteten sich Bürokratisierungs- und Professionalisierungs- oder zumindest Selbstabschottungstendenzen der Fachverwaltung an, die auf eine binnenadministrative Verdichtung und Rationalisierung baute. Andere Wege ging Preußen. Nachdem die Provinzen infolge der Dotationsgesetze von 1873/75 kulturelle Aufgaben in eigene Zuständigkeit übernommen hatten,¹⁶ propagierte das Kultusministerium 1891 eine dezentrale Verwaltung der Denkmalpflege.¹⁷ In jeder Provinz sollte eine Provinzialkommission zur Erforschung und Erhaltung der Denkmäler aus Vertretern des Provinzialverbandes, der Kirchen und der Geschichts- oder Heimtvereine, einzelnen besonders bestimmten Fachkennern und Privatleuten sowie einem Provinzialkonservator gebildet werden. Der Kommission oblagen alle den Denkmalschutz betreffenden Aufgaben der Werbung, Beaufsichtigung, Planung, Finanzierung, Forschung, Publikation sowie Vereins- und Sammlungsgründung. Der in der Regel nebenamtlich tätige Provinzialkonservator, von der Provinzialkommission gewählt und vom Ministerium bestätigt, hatte eine Zwischenposition als Berater der Provinzialkommission und zugleich als verlängerter Arm des staatlichen Konservators der Kunstdenkmäler in Berlin. Dahinter stand einerseits die Intention, durch eine kontrollierte Aufgabendelegation die Eigenverantwortung für die regionalen Denkmäler und das provinzielle Selbstgefühl zu stärken. Andererseits diente diese Maßnahme der Vereinheitlichung von Organisation und Grundsätzen sowie der Garantie staatlicher Leitungskompetenz.

Die rechtlichen Grundlagen des Denkmalschutzes blieben in den meisten Ländern noch bis weit über die Jahrhundertwende verstreut, uneinheitlich und lückenhaft. Sie fanden sich vor allem im Polizeirecht, im Baurecht, in Gemeindeordnungen und in Gesetzen über die kirchliche Vermögensverwaltung, darüber hinaus in einzelnen, meist auf bestimmte Kategorien von Denkmälern beschränkten Verfügungen.¹⁸ Eine zusammenfassende Gesetzgebung wurde zunächst nur in Baden und Preußen in Verbindung mit den Organisationsreformen diskutiert. Es ging darum, die geltenden Bestimmungen zu komplettieren und zu systematisieren, zudem die Kompetenzen der staatlichen

¹⁵ HStA München MK, Nr. 14425; GLA Karlsruhe 233, Nr. 27502.

¹⁶ Zur provinziellen Kulturpolitik am Beispiel Westfalens und mit Rückblick auch auf die Zeit des Kaiserreichs: K. Ditt, Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923–1945, Münster 1988.

¹⁷ Vgl. Polenz, Zur Geschichte der Organisation der Denkmalpflege in Preußen, in: Die Denkmalpflege 1 (1899), S. 37–39, 45 f.

¹⁸ Zeitgenössische Übersichten: J. Kohler, Das Recht der Kunstwerke und Alterthümer, in: Archiv für bürgerliches Recht 9 (1894), S. 56–84; H. Lezius, Das Recht der Denkmalpflege in Preußen. Begriff, Geschichte und Organisation der Denkmalpflege, Berlin 1908; A. Kneer, Die Denkmalpflege in Deutschland, mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsverhältnisse, M. Gladbach 1915; A. von Wussow, Die Erhaltung der Denkmäler in den Kulturstaaten der Gegenwart, 2 Bde., Berlin 1885. Materialreiche neuere Darstellung: E. Gassner, Geschichtliche Entwicklung des Denkmalrechts und des städtebaulichen Gestaltungsrechts, in: R. Stich / W. E. Burhenne (Hrsg. u. Bearb.), Denkmalrecht der Länder und des Bundes, [Berlin] 1983, S. 1–52.

Stellen zu klären sowie Rechte und Pflichten der Denkmaleigentümer zu fixieren.¹⁹ In beiden Staaten entstanden die Entwürfe im Spannungsfeld von Gründerzeiterfahrung und Kulturstaatsanspruch. Beide Projekte wiesen deshalb etatistische Züge auf.

Der badische Entwurf²⁰ von 1883 definierte als Denkmäler bewegliche und unbewegliche Gegenstände aus abgelaufenen Kulturepochen, die historische oder kunstgeschichtliche Bedeutung hatten. Nach dem »Prinzip der Decentralisation« wurde, dies war zukunftsweisend, die Erhaltung eines Denkmals am Ort angestrebt, als »Wahrzeichen« der Erinnerung und Verbundenheit mit dem Gemeinwesen, sei es Kommune, Land oder Nation. Der Entwurf betraf alle Denkmäler im Besitze des Staats, der Kirchen, politischen Gemeinden und sonstiger öffentlich-rechtlicher Korporationen sowie in eingeschränktem Maße selbst Denkmäler in Privateigentum. Die Einbeziehung der Kirchen wurde mit dem staatlichen Aufsichtsrecht über die Korporationen, einem öffentlichen Interesse am Erhalt von Denkmälern und mit dem Prinzip der Rechtsgleichheit begründet. Veräußerungen, Veränderungen und Wiederherstellungen unbeweglicher Denkmäler im Besitz des Staats oder öffentlich-rechtlicher Körperschaften waren genehmigungspflichtig. Bei Veränderungen und Wiederherstellungen traf die Entscheidung eine aus einem Vertreter des Ministeriums, einem des Denkmaleigentümers und einem neutralen Dritten gebildete Sachverständigenkommission. Im übrigen lag die alleinige Entscheidungskompetenz, auch bezüglich der Denkmalqualität eines Objekts, beim Kultusministerium, dem Konservatoren als Sachverständige beigeordnet waren.

Das preußische Projekt²¹ von 1887 erhielt wesentliche Impulse durch das in Frankreich im selben Jahr eingeführte System der Klassierung, das heißt der rechtlich bindenden Verzeichnung aller Denkmäler. Dieses Verfahren war problematisch, zum einen, weil es die Möglichkeit zur zweifelsfreien Ermittlung eines Katalogs der national bedeutsamen Objekte voraussetzte, zum anderen, weil es in der Praxis eine Beschränkung des Schutzes zur Konsequenz hatte. Nach dem preußischen Entwurf konnten Objekte von wissenschaftlichem, geschichtlichem oder künstlerischem Wert, »wenn ihre Erhaltung zugleich ein nationales Interesse bietet«, als Denkmäler in eine Liste eingetragen werden. Nur dann unterlagen sie dem Gesetz. Die Klassierung nahm das Kultusministerium auf Vorschlag der »Kommission für die Erhaltung der Denkmäler« vor. Den körperschaftlichen Denkmaleigentümern stand dagegen der Rechtsweg offen. Privateigentum durfte nur mit der »Einwilligung« des Eigentümers in die Liste aufgenommen werden. Staatseigentum blieb privilegiert; es konnte nur mit der Zustimmung des verfügungsberechtigten Verwaltungschefs eingetragen werden. Einge-

¹⁹ Vgl. allgemein zum typischen Inhalt von Denkmalschutzgesetzen M. Siegel, Denkmalpflege als öffentliche Aufgabe. Eine ökonomische, institutionelle und historische Untersuchung, Göttingen 1985, S. 35.

²⁰ GLA Karlsruhe 237, Nr. 33828; die folgenden Zitate ebda.

²¹ ZStA Merseburg Rep. 76 Ve, Sekt 1, Abt. VI, Nr. 141; Zitate ebda.

tragene Denkmäler durften ohne Genehmigung des Kultusministeriums nicht zerstört, verändert oder restauriert werden. Die Möglichkeit zur Anordnung von Wiederherstellungen und zur Einleitung eines Enteignungsverfahrens ergänzte das ministerielle Instrumentarium.

Beide Projekte scheiterten an mannigfachen Widerständen, denn die Materie war rechtlich und politisch umstritten. Gegen eine Denkmalschutzgesetzgebung wandten sich häufig die Justizbehörden, die Eingriffe in das verfassungsmäßig geschützte Eigentumsrecht für problematisch hielten, und die Finanzbehörden, die die Kosten einer neuen Denkmalschutzverwaltung sowie Entschädigungsansprüche der Denkmaleigentümer an den Staat befürchteten, oft auch, so in Baden, die Einbeziehung der staatlichen Denkmäler kritisierten: Deren Verhältnisse seien durch interne Erlasse zu regulieren, die Staatsverwaltung dürfe sich nicht selbst Schranken auferlegen.²² Sodann opponierte die katholische Kirche, wenn es um eine Beschneidung ihrer Rechte, um Zugriffe auf die »res sacrae« und um eine tatsächlich oder vermeintlich drohende Beeinträchtigung des Kults ging. Dabei kollidierten die religiös-liturgisch begründeten Nutzungsbedürfnisse mit den kunstwissenschaftlich-fachlich begründeten Schutzinteressen.²³ Nicht selten wehrten sich auch die Kommunen gegen eine Ausweitung staatlicher Zugriffsmöglichkeiten. Kontrovers verliefen zudem die Landtagsdebatten und Pressediskussionen. Skeptisch äußerten sich schließlich diejenigen, denen die Gesetze zur Handhabe dienen sollten, die Konservatoren. Manche bekundeten offen, daß ihnen ein verrechtlichter und bürokratisierter Entscheidungsgang weniger sachdienlich erschien als die informelle Einflußnahme, gestützt durch finanzielle Beihilfen, legitimiert und autorisiert lediglich durch einen staatlichen Amtstitel und fachliche Reputation.²⁴

Diese Grundsatzkonflikte, die ähnlich noch nach 1900 fortgeführt wurden, weisen auf die Widersprüchlichkeit der Denkmalpflege zwischen Reichsgründung und Jahrhundertende hin. Auf der einen Seite standen öffentliche Geschichtsorientierung und fortan nicht mehr aufgegebenen Kulturstaatsansprüche, die zur Intensivierung von Inventarisierung und Denkmalschutz sowie zu zahlreichen Reformexperimenten führten. Auf der anderen Seite blieb das Denkmalverständnis in wissenschaftlich-antiqua-

²² Finanzministerium an das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, 23. 1. 1884, GLA Karlsruhe 237, Nr. 33828.

²³ Die Haltung der Kirche findet sich exemplarisch in der Reaktion des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg auf den badischen Entwurf; Erzbischöfliches Archiv Freiburg I, B 2–38, Nr. 1. Aus der zeitgenössischen Diskussion: J. Laurentius, Denkmalpflege und kirchliches Eigentumsrecht, in: Stimmen aus Maria-Laach 65 (1903), S. 273–291. Zum Grundsatzproblem: M. Heckel, Der Denkmalschutz an den Sakralbauten in der Bundesrepublik Deutschland. Kulturschutz und Kulturfreiheit im säkularen Verfassungssystem, in: ders., Gesammelte Schriften. Staat, Kirche, Recht, Geschichte, Bd. 2, Tübingen 1989, S. 1075–1098.

²⁴ So etwa der Konservator der öffentlichen Baudenkmäler in Baden, Philipp Kircher, an das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, 21. 5. 1908, Landesdenkmalamt Karlsruhe I, Nr. 182.

rischen Bahnen begrenzt und durch historistische Maßstäbe befangen. Zugleich blockierten die Stärke korporativer Gewalten wie der Kirche und die Dominanz des liberalen Gesellschaftsbildes eine Ausweitung des Denkmalschutzes.

2. Von der Jahrhundertwende bis zum Kriegsausbruch

»Es hat etwas Furchtbares, zu sehen, wie jährlich Hekatomben guter alter Bauten unnötig geopfert werden, um überall dem Ausdruck eines Zuchthäusler- oder Protzendaseins Platz zu machen, wie jeden Tag der dünne Faden, der uns noch mit der Tradition verbindet, sich mehr lockert, während sie doch das einzige sein kann, was unsere Kultur des Sichtbaren, als Gesamterscheinung begriffen, retten kann.« Als der Architekt Paul Schultze-Naumburg diese Zeilen 1912 niederschrieb,²⁵ hatte sich das Bild Deutschlands gegenüber der Reichsgründungsepoche tiefgreifend gewandelt. Die Bevölkerung war um mehr als 50% gewachsen und das Deutsche Reich zum Industriestaat geworden. Landflucht, Urbanisierung und Städtewachstum hatten binnen kurzem gewohnte Straßen- und Ortsansichten vernichtet, Wohnen, Lebensweise, Kultur und Mentalität verändert. Vor diesem Hintergrund kontrastierte Schultze-Naumburg Vergangenheit und Gegenwart. War ehemals »jede Stadt« [...] das Produkt ihrer landschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und strategischen Lage, ihres Klimas und der Rasseigentümlichkeiten ihrer Bewohner«,²⁶ so drohte diese historische Vielfalt nun eingeebnet zu werden in einer internationalistischen Zivilisation, die »oberflächlich, hastig, kalt, skrupellos« anmutete.²⁷ Dem entsprach eine Klassengesellschaft, in der die einen in Mietskasernen eingepfercht und zum »Zuchthäusler«-Leben verdammt, die anderen der Illusion materiellen Glücks verfallen schienen. Das Verschwinden der überlieferten Baukultur stellte jetzt nur noch einen Aspekt des sozialen und kulturellen Niedergangs dar. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit diente folglich nicht mehr nur dazu, einzelne Überreste oder Zeugen der Geschichte als Denkmale in der eigentlichen Bedeutung des Worts zu bewahren, sondern der Gegenwart mit der Tradition wieder Ideale, Lebenssinn und Zusammenhalt zu vermitteln. Eine integrale Sicht der Lebensäußerungen führte so zur Erkenntnis der sozialpolitischen Dimension jeder Geschichtspflege.

Schultze-Naumburg war ein Exponent der zivilisationskritischen Bewegung, die,

²⁵ P. Schultze-Naumburg, Kulturarbeiten, Bd. 1: Hausbau, 4., verm. u. verb. Aufl., München 1912, S. 199. Unter der »Kultur des Sichtbaren« verstand Schultze-Naumburg die äußere Gestalt der Hoch- und Alltagskultur, nämlich »Häuser und Denkmäler, Brücken und Strassen«, »Kleider und gesellige Formen, Forste und Viehzucht, Maschinen und Landesverteidigung«; ebda., Vorwort. Vgl. zu Schultze-Naumburg K. Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970, S. 129f.; R. P. Sieferle, Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984, S. 174f.

²⁶ P. Schultze-Naumburg, Kulturarbeiten, Bd. 4: Städtebau, 2., verm. Aufl., München 1909, S. 6.

²⁷ Ebda., S. 480.

bildungsbürgerlich geprägt, aber sozial breiter fundiert, an der Jahrhundertwende aufblühte. Sie hatte viele geistige Urheber und nahm vielfältige Formen an, bis hin zum Wandervogel und zur Lebensreform.²⁸ Für die Denkmalpflege von besonderer Bedeutung wurde zum einen die Heimatschutzbewegung, als deren Ahnherr der Musiker Ernst Rudorff gelten kann. Rudorff hatte bereits 1880 und dann vor allem in einer erstmals 1897 publizierten Schrift, in der er den Begriff Heimatschutz prägte, die Zerstörung der Natur durch Verstädterung, Tourismus, Verkehr und Industrie beklagt²⁹ und gehörte zu den Initiatoren des 1904 gegründeten Deutschen Bundes Heimatschutz.³⁰ Der Heimatschutzbund, der neben Denkmal- und Naturschutz auch die Pflege von Volkskunst, Sitten und Gebräuchen zu seinen Aufgaben zählte, schloß zahlreiche lokale und regionale Heimatvereine zusammen und avancierte – unter dem Vorsitz Schultze-Naumburgs – zur schlagkräftigen Interessenvertretung. Die Heimatbewegung widmete sich der populären kultur- und regionalgeschichtlichen Variante der Vergangenheitsbetrachtung und verzeichnete nicht unbeträchtlichen Zuspruch, während die wissenschaftliche Historiographie, die positivistisch spezialisiert blieb und kulturgeschichtliche Ansätze zurückwies, nach 1900 als moralische Instanz der Weltdeutung an Einfluß verlor.

Von besonderer Bedeutung für eine Kurskorrektur der Denkmalpflege wurde zum anderen die Neuorientierung in der Städtebauteorie. Bahnbrechend wirkte hier der Österreicher Camillo Sitte, der 1889 ein Werk über den »Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen« vorlegte.³¹ Sitte propagierte die Abkehr von einer mechanistisch-linearen Stadtplanung, wie sie Georges-Eugène Haussmann in Paris – lange als abschreckendes Beispiel gewertet³² – praktiziert hatte, und die Rückwendung zu hi-

²⁸ Aus der umfangreichen Literatur hier von besonderem Interesse: *K. Bergmann* (s. A 25); *W. Sofsky*, Schreckbild Stadt. Stationen der modernen Stadtkritik, in: *Die alte Stadt* 13 (1986), S. 1–21; *R. P. Siefert* (s. A 25), S. 155ff.; *F. Stern*, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, München 1986; *C. Hepp*, Avantgarde. Moderne Kunst, Kulturkritik und Reformbewegungen nach der Jahrhundertwende, München 1987; *U. Linse* (Hrsg.), Zurück, o Mensch, zur Mutter Erde. Landkommunen in Deutschland 1890–1933, München 1983; *D. Schubert*, Großstadtfeindschaft und Stadtplanung. Neue Anmerkungen zu einer alten Diskussion, in: *Die alte Stadt* 13 (1986), S. 22–41.

²⁹ *E. Rudorff*, Über das Verhältnis des modernen Lebens zur Natur, in: *Preußische Jahrbücher* 45 (1880), S. 261–276; *ders.*, Heimatschutz, 2. Tausend, Leipzig/Berlin 1901 (Ersterscheinung 1897 als Aufsatz).

³⁰ *K. Zuborn*, 50 Jahre Deutscher Heimatschutz und Deutsche Heimatpflege. Ein Rückblick und Ausblick, in: *50 Jahre Deutscher Heimatbund, Deutscher Bund Heimatschutz*, Neuß 1954, S. 13–58; *K. Ditt*, Vom Heimatverein zur Heimatbewegung. Westfalen 1875–1915, in: *Westfälische Forschungen* 39 (1989), S. 232–255; *A. Andersen*, Heimatschutz: Die bürgerliche Naturschutzbewegung, in: *F.-J. Brüggemeier / Th. Rommelspacher* (Hrsg.), Besiegte Natur. Geschichte der Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert, München 1987, S. 143–157.

³¹ *C. Sitte*, Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen. Ein Beitrag zur Lösung moderner Fragen der Architektur und monumentalen Plastik unter besonderer Beziehung auf Wien, Wien 1889.

³² So schon *G. F. Seidel* (s. A 3), S. 1.

storischen Vorbildern und kunstvollen Gestaltungsmerkmalen. Das blieb nicht beim bloß Künstlerischen und Vergangenheitsorientierten stehen, sondern enthielt eine soziale Dimension. Es hob gegen das Rationalistische, Funktionale und Utilitaristische auf Kriterien des Heimatgefühls und der Wohnqualität ab. Diesen Gedanken griff die Heimatschutzbewegung auf. Schultze-Naumburg erläuterte in zahlreichen Werken die Grundsätze der von ihm erstmals so genannten »Gestaltung der Landschaft«.³³ Durch die photographische Gegenüberstellung gewachsener, landschaftlich angepaßter Bauweisen mit moderner Schablonen- und Versatzstückarchitektur historistischer oder funktionalistischer Prägung demonstrierte er augenfällig die Qualitäten traditionsgebundenen Bauens. Nebenbei drückte sich darin aus, daß der Historismus nach der Jahrhundertwende rapide an Ansehen verlor, da er durch die Dominanz der Fassade und des Ornaments die Geschichte der Beliebigkeit anheimzugeben und zum Trödeln herabzustufen schien. Schultze-Naumburgs Vorgehen war inhaltlich zukunftsweisend, weil es profane Bauten aufwertete, Lebens- und Bauformen miteinander in Zusammenhang brachte und im Begriff der Landschaft die Trennung zwischen Natur und Kultur aufhob.

Vor dem Hintergrund von Zivilisationskritik und Heimatschutz einerseits, Städtebau- und Architekturrevision andererseits vollzog sich eine fachwissenschaftliche Diskussion zur Theorie und Praxis der Denkmalpflege.³⁴ Überkommene Prinzipien wurden dabei aufgegeben. Der Wiener Kunsthistoriker Alois Riegl, seit 1902 Leiter der österreichischen Denkmalpflege, führte in seiner 1903 veröffentlichten Schrift über den Denkmalkultus³⁵ die Kunstgeschichte auch theoretisch weg von der Illusion, eine präzise, wissenschaftlich-rational erfaßbare Definition des Denkmals sei möglich. Das Wesentliche am Denkmal war für ihn nicht der Kunst- und Geschichtswert, den das 19. Jahrhundert in den Mittelpunkt gestellt hatte, sondern der Alterswert, eine Widerspiegelung der in einem Objekt konzentrierten Geschichte, die aber lediglich abstrakt blieb und allein im Empfinden des Betrachters begründet lag. Das Denkmal vermittelte die Erfahrung der Vergänglichkeit, es leitete an zum Einfügen in die Geschichte. Damit wurde offenbar, daß die Denkmaleigenschaft eines Objekts auf seiner Rezeption beruhte, und umgekehrt, daß jedes Objekt zum Denkmal werden konnte.

³³ Vor allem: *P. Schultze-Naumburg*, *Kulturarbeiten*, 9 Bde., München 1902–1916. Knappe Übersicht: *ders.*, *Die Entstellung unseres Landes*, hrsg. v. Bund Heimatschutz, 3., verbesserte Aufl., München [1909].

³⁴ Hierzu zuletzt: *M. Wohlleben*, *Konservieren oder restaurieren? Zur Diskussion über Aufgaben, Ziele und Probleme der Denkmalpflege um die Jahrhundertwende*, Zürich 1989. Ausgewählte und gekürzte Dokumente: *N. Huse* (Hrsg.), *Denkmalpflege. Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten*, München 1984.

³⁵ *A. Riegl*, *Der moderne Denkmalkultus, sein Wesen und seine Entstehung*, Wien / Leipzig 1903; Neudruck: *Georg Dehio / Alois Riegl*, *Konservieren, nicht restaurieren. Streitschriften zur Denkmalpflege um 1900*. Mit einem Kommentar von *M. Wohlleben* und einem Nachwort von *G. Mörsch*, Braunschweig / Wiesbaden 1988, S. 43–87.

Diese Erkenntnisse stellten die gesamte Praxis der Denkmalpflege in Frage, denn sie verlangten die Anerkennung auch des Verfalls. Was sich Zeit und Natur zurückerobert hatten, durfte der Mensch demnach nicht reklamieren. Die Machbarkeitsideologie der Gründerzeit, die in der historistischen Denkmalpflege durchaus ihre Entsprechung gefunden hatte, wurde damit aufgegeben.

Fanden auch nicht alle Elemente der Rieglschen Theorie Anerkennung, so setzten sich doch zwei zentrale Implikationen schnell durch. Zum einen ging es der Denkmalpflege nun weniger um die Erhaltung eines Baukörpers als um die Erhaltung der »Situation des Denkmals«, der Gesamtheit an Werten und Stimmungen, die das Denkmal beinhaltete und vermittelte.³⁶ Zum anderen galt das Denkmal nicht mehr als Urkunde seiner Entstehungszeit, sondern zunehmend als Dokument historischer Prozesse und Veränderungen. Es im Ursprungszustand wiederherzustellen, von allen späteren Zutaten zu befreien oder gar in historistischer Stilanpassung zu ergänzen, verriet mangelnde Achtung vor dem Gewachsenen. Die Bewahrung des Bestandes wurde mithin zur Hauptaufgabe der Denkmalpflege erklärt, und wo Wiederherstellungen erforderlich seien, gelte es das Neue durch moderne Stilformen kenntlich zu machen.³⁷

In der Praxis freilich stellten sich den neuen Grundsätzen Widerstände entgegen. Wenn auch die an der Jahrhundertwende geführten Diskussionen um das Heidelberger Schloß³⁸ auf die Sensibilisierung der Öffentlichkeit schließen lassen, so lebte die »Restaurationssucht« doch länger fort. Dies hing erstens mit berufsspezifischen und berufsständischen Aspekten zusammen: Die junge Disziplin Kunstgeschichte stand für die neue Ausrichtung; die Architekten, deren Aufgabe die Wissenschaftler nunmehr auf die bloß technische Behandlung des Objekts beschränkt sehen wollten, hielten eher an den überkommenen Prinzipien fest.³⁹ Dies hatte zweitens und vor allem mit der Multifunktionalität der Denkmalpflege und mit ihrer Abhängigkeit von den Auftraggebern zu tun. Hier waren von Belang kommunale Interessen an einem ansprechenden Stadtbild, das den wirtschaftlichen Erfolg, das historische Bewußtsein, die Wohnqualität und die touristische Attraktivität der Kommune unter Beweis stellte. Die Fassadenwettbewerbe, die gerade in denkmalpflegerisch aufgeschlossenen Städten wie Lübeck und Hildesheim mit historistisch angepaßtem Bauen die Illusion

von Geschichtlichkeit förderten,⁴⁰ können dafür ebenso als Beleg dienen wie manche lokalen Restaurationsprojekte.⁴¹ Noch deutlicher wird die praktische Relativierung theoretischer Erkenntnis bei monarchisch-repräsentativen Projekten. Ein Beispiel hierfür ist die Hohkönigsburg bei Schlettstadt (heute Sélestat) im Unterelsaß, deren Ruine Kaiser Wilhelm II. nach der Jahrhundertwende wiederaufbauen ließ, um seinen Herrschaftsanspruch im Reichsland durch ein westliches Gegenstück zur Marienburg zu demonstrieren. Dafür verpflichtete er den Architekten Bodo Ebhardt, der sich auf wissenschaftlich äußerst umstrittene Belege für das ursprüngliche Aussehen der Burg im 15. Jahrhundert stützte.⁴²

Denkmalpflege wurde mit der theoretischen Umorientierung nicht nur vieldeutiger, sondern auch schwieriger. Der Begriff des Denkmals verlor an Präzision, und namentlich die juristische Literatur monierte, daß er rechtstechnisch kaum zu fassen sei.⁴³ Der Grundgedanke, daß nunmehr jedes Objekt gemäß seiner Rezeption zum Denkmal aufsteigen konnte, kombiniert mit der Hinwendung zu Heimatschutz, Kultur- und Baupflege, zum Schutz von Lebens- und Wohnformen, führte notwendig zur sozialen Ausweitung der Denkmalkategorien. Regionale und lokale Objekte, gemeinbürgerliche und bäuerliche Kultur, Straßen- und Ortsbilder, technische Reste und Gesamtanlagen wurden denkmalwürdig.⁴⁴ Auch die Inventarisierung wurde problematischer, zum einen schon aus praktischen Erwägungen, da sie immer weiter auszufern schien, zum anderen aus grundsätzlichen, freilich kaum konsequent verfolgten Überlegungen, weil sie trotz einer inhaltlichen und methodischen Modernisierung doch die traditionelle Isolierung des Einzeldenkmals erforderlich machte.

Dieses Dilemma blieb den Fachleuten nicht verborgen. Die Frage der Einrichtung und Gewichtung der Inventare, die von Anfang an den Gang der Verzeichnung begleit-

³⁶ Vgl. beispielsweise *F. Wolff*, Einrichtungen und Tätigkeit der staatlichen Denkmalpflege im Elsaß in den Jahren 1899–1909, Straßburg 1909, S. 39f.

³⁷ *A. von Oechelhaeuser*, Wege, Ziele und Gefahren der Denkmalpflege, [Karlsruhe 1909], S. 19f., 27, 30, 32; *G. Hager*, Denkmalpflege und moderne Kunst, in: *ders.*, Heimatkunst, Klosterstudien, Denkmalpflege, München 1909, S. 466–486.

³⁸ *L. Dihm*, Beiträge zum Kampfe um das Heidelberger Schloß, Friedenau bei Berlin [1901]; *A. Zeller*, Das Heidelberger Schloß. Werden, Zerfall und Zukunft, Karlsruhe 1905.

³⁹ *K. Lange*, Die Grundsätze der modernen Denkmalpflege, Tübingen 1906, S. 4, 6, 19f.; *F. Wolff*, Zur Denkmalpflege, in: *Die Denkmalpflege* 9 (1907), S. 93f.

⁴⁰ *E. Blunck*, Ueber Fassaden-Wettbewerbe, in: *Die Denkmalpflege* 5 (1903), S. 21f.; *M. Brix*, Fassadenwettbewerbe. Ein Programm der Stadtbildpflege um 1900, in: *C. Meckseper / H. Siebenmorgen* (Hrsg.), Die alte Stadt: Denkmal oder Lebensraum? Die Sicht der mittelalterlichen Stadtarchitektur im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1985, S. 67–89.

⁴¹ Aussagekräftige Fallstudie: *E. Deichsel*, Anmerkungen zu Architektur und Denkmalpflege um die Jahrhundertwende am Beispiel des geplanten Umbaus der Altstädter Kirche in Eschwege, in: *Zs. d. Vereins für hess. Geschichte und Landeskunde* 94 (1989), S. 390.

⁴² Archives départementales du Bas Rhin Strasbourg AL 27, Nr. 840a, 840c; *Die Denkmalpflege* 7 (1905) S. 103. Zu Ebhardts nationalpopulärem Denkmalverständnis: *B. Ebhardt*, Ueber Verfall, Erhaltung und Wiederherstellung von Baudenkmalen mit Regeln für praktische Ausführungen, Berlin 1905, S. 3f.

⁴³ *W. Hartung*, Die Denkmalpflege im juristischen Sinn mit spezieller Berücksichtigung Bayerns, Bayreuth 1906, S. 7.

⁴⁴ Vgl. beispielsweise *O. Hoßfeld*, Unsere Dorfkirchen, in: *Die Denkmalpflege* 2 (1900), S. 41f.; *ders.*, Denkmalpflege auf dem Lande, München 1906. De facto ging es hier aber um tendenzielle und langsame Verschiebungen der Arbeitsschwerpunkte. Gemäß dem 1917 veröffentlichten Register hatten die bis zu diesem Zeitpunkt zwanzig Jahresberichte der Provinzialkommission für Denkmalpflege in der Rheinprovinz 187 kirchliche und 26 profane Bauten sowie 33 Ruinen und Stadtbefestigungen behandelt; *Die Denkmalpflege* 19 (1917), S. 70.

tet hatte, wurde jetzt zunehmend im Sinne einer Öffnung der Denkmalpflege für breite Kreise beantwortet. Statt des primär wissenschaftlich fundierten, quellennah dokumentierenden Inventars forderten Regierungen, Presse und Heimatvereine nun – wie etwa in Oldenburg und Bayern zu beobachten – gegen den Widerstand von Kunsthistorikern und Denkmalpflegern eine verständliche, durch Bildmaterial illustrierte, lesbare Gesamtdarstellung des Denkmalbestandes einer Region.⁴⁵ Dem Inventar konnte im Sinne des Heimatschutzes nun auch die Funktion einer Vorbildersammlung für handwerkliche Tradition und landschaftsangepaßte Neubauten zukommen. Oder es wurde eine Forcierung des von Georg Dehio 1899 angeregten und später mit Reichszuschüssen auch verwirklichten »Handbuchs der deutschen Kunstdenkmäler« befürwortet, als bewußt wertende, einordnende, damit anleitende Auswahl der überregional bedeutenden Denkmäler des Deutschen Reichs.⁴⁶ Die Inventarisierung wurde, und so verstanden sich zunehmend auch Heimatschutz und Denkmalpflege überhaupt, zum pädagogischen Auftrag.⁴⁷ Dieser wies in die Zukunft. Denkmalpflege war damit nicht nur Kompensation⁴⁸ von Modernisierungsverlusten, sondern zugleich aktive, sozialpolitische gedachte Gestaltung von Gegenwart und Zukunft.

An der Popularisierung des Denkmalpflegegedankens nahmen die Behörden zudem durch den Rückgriff auf weitere Publikationsmöglichkeiten teil. Nunmehr wurden regelmäßig Tätigkeitsberichte vorgelegt.⁴⁹ Damit rückte über das Einzeldenkmal die Denkmalpflege selbst in den Mittelpunkt. Der Staat legitimierte sich nicht mehr nur durch das herausragende Objekt, sondern durch die Stetigkeit seines kulturellen Engagements. Er nahm durch diese Öffnung und Rechenschaftslegung zugleich Rücksicht auf gelinde Demokratisierungs- und Verrechtlichungstendenzen im Kaiserreich. Zudem initiierte der preußische Staat 1899 die Gründung einer eigenen Fachzeitschrift, der »Denkmalpflege«, die neben der Information der Öffentlichkeit über denkmalpflegerisches Wirken auch der Diskussion und Kritik konservatorischer Praxis diente und zur Vereinheitlichung der denkmalpflegerischen Grundsätze beitrug. Ebenfalls popularisierende und verwissenschaftlichende Effekte hatte der im Jahr 1900 auf Initiative des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine geschaffene »Tag für Denkmalpflege«, eine Jahrestagung von Architekten, Kunsthistorikern, Konservatoren, Kommunalvertretern und Staatsbeamten, der seit 1911

wiederholt mit der Jahrestagung des Bundes Heimatschutz gekoppelt wurde. Der ständige Ausschuß des Tags für Denkmalpflege, ursprünglich eher für die organisatorischen Fragen installiert, entwickelte sich de facto zur ersten Fach- und Interessenvertretung der deutschen Denkmalpflege.

Auch Reformen auf organisatorischem und rechtlichem Gebiet wurden intensiviert. Für die Erhaltung alter Bausubstanz am bedeutsamsten waren wohl die Novellierungen des Baurechts. Zwar fanden sich in manchen baupolizeilichen Vorschriften schon Klauseln von denkmalpflegerischer Relevanz, vor allem Einschränkungen der Baufreiheit aus ästhetischen Erwägungen. Dabei handelte es sich nicht selten um Relikte aus der Zeit des Aufgeklärten und bürokratischen Absolutismus.⁵⁰ Aber in den zahlreichen Baugesetzen der Reichgründungsepoche dominierten unter dem Gesichtspunkt der liberalen Eigentumsordnung Vorkehrungen zur Gefahrenabwehr, nämlich zu Verkehrssicherheit, Standfestigkeit, Feuerschutz und öffentlicher Gesundheit,⁵¹ die mit dem Denkmalschutz kollidieren konnten. Am Ende des Jahrhunderts und unter dem Einfluß des Heimatschutzgedankens änderte sich das. In mehreren Ländern, so in Bayern, Baden und Württemberg, wurden die Bauordnungen um schärfere Bestimmungen der ästhetischen Baupflege und des Denkmalschutzes ergänzt.⁵² In anderen Ländern, zunächst in Preußen (1902 und 1907), dann etwa in Sachsen (1909) und Oldenburg (1910), ergingen spezielle Verunstaltungsgesetze.⁵³ Sie räumten den Gemeinden das Recht ein, per Ortsstatut einzelne Gebäude, Plätze, Straßenzüge oder Ortsteile von historischer oder ästhetischer Bedeutung vor verunstaltenden Neu- und Umbauten, selbst vor der Anbringung von Reklame zu schützen. Einerseits schuf dies neue juristische Probleme, da der Verunstaltungsbegriff undeutlich blieb.⁵⁴ Andererseits verrechtlichten die Verunstaltungsgesetze doch die Baupolitik, indem sie die Genehmigung den staatlichen Behörden entzogen und der Gemeinde übertrugen, vor allem auch, indem sie verbindliche und kalkulierbare Abgrenzungen der baupolizeilich geschützten Gebiete forderten. Und schließlich war von Belang, daß nun der aus baupolizeilichen Gründen längst übliche Eingriff in Privateigentum explizit auf denkmalpflegerische Erwägungen ausgeweitet wurde. Die Gemeinverpflichtung setzte sich als

⁴⁵ Die Denkmalpflege 4 (1902), S. 65.

⁴⁶ E. Polaczek, Der Fortgang der deutschen Denkmäler-Inventarisierung, in: Deutsche Geschichtsblätter 3 (1902), S. 144.

⁴⁷ So zur hessischen Denkmalpflege der Darmstädter Baurat H. Wagner, in: Die Denkmalpflege 15 (1913), S. 16. Prägnant schon P. Weber, Persönliche Denkmalpflege, in: Die Denkmalpflege 1 (1899), S. 48–50.

⁴⁸ Vgl. H. Lübke, Zeit-Verhältnisse. Zur Kulturphilosophie des Fortschritts, Graz 1983, S. 14, 16–18, 31f.

⁴⁹ So erschien in Hessen 1910 der erste »Jahresbericht der Denkmalpflege«, der die Jahre 1902 bis 1907 umfaßte.

⁵⁰ E. Gassner (s. A 18), S. 26–28; W. Speitkamp (s. A 14), S. 138, 150f.

⁵¹ D. Berger-Thimme, Wohnungsfrage und Sozialstaat. Untersuchungen zu den Anfängen staatlicher Wohnungspolitik in Deutschland (1873–1918), Frankfurt / Bern 1976, S. 149. Zum Rahmen: R. Breuer, Expansion der Städte, Stadtplanung und Veränderung des Baurechts im Kaiserreich, in: E. Mai / H. Pohl / S. Waetzoldt (Hrsg.), Kunstpolitik und Kunstförderung im Kaiserreich. Kunst im Wandel der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1982, S. 225–243.

⁵² Vgl. beispielsweise zur Württemberger Bauordnung: Die Denkmalpflege 14 (1912), S. 53–55.

⁵³ Zum Fallbeispiel Oldenburg: StA Oldenburg 134, Nr. 4425.

⁵⁴ Vgl. R. Stintzing, Heimatschutz durch Eingriff in den Rechtskreis Privater nach dem Rechte deutscher Bundesstaaten, jur. Diss. Jena 1910, S. 60; K. Knapp, Das deutsche Heimatschutzrecht, dargestellt unter besonderer Berücksichtigung preußischer Verhältnisse, und sein Eingriff in die privatrechtliche Verfügungsgewalt, jur. Diss. Greifswald 1925, S. 63.

Prinzip auch hier durch.⁵⁵ Denkmalpflege galt nunmehr endgültig als wohlfahrtspolitische Aufgabe des Staats und der Kommunen. Aus fachlicher Perspektive blieben die Bestimmungen freilich unbefriedigend, weil sie nur das Erscheinungsbild, nicht aber das Denkmal selbst schützten.

Das deutete auf die Notwendigkeit von Denkmalschutzgesetzen hin. Eine über die am preußischen Recht orientierten Baugesetze hinausgehende, das Denkmal auch in seiner Substanz schützende Lösung strebten deshalb Bremen (1909) und Hamburg (1912) an.⁵⁶ In zwei kleineren Ländern, in den Großherzogtümern Hessen und Oldenburg, wurden erstmals eigentliche Denkmalschutzgesetze realisiert. Beide Länder wiesen gewisse Ähnlichkeiten in den Voraussetzungen auf, vor allem kulturbeflissene Monarchen und unzureichende organisatorische wie fiskalische Denkmalschutzvorkehrungen. Zu diesen allgemeinen Aspekten kamen landesspezifische Erwägungen.

Im Großherzogtum Hessen forderten Geschichtsvereine und Landtagsabgeordnete seit den 1880er Jahren gesetzliche Regelungen des Denkmalschutzes. Propagandistisch nicht ungeschickt, stellte sich die hessische Regierung demonstrativ an die Spitze der Kulturbewegung. Der Hauptschöpfer des Darmstädter Entwurfs, der Ministerialrat Maximilian von Biegeleben, faßte auf dem Denkmalpfegetag von 1901 die wesentlichen Aspekte zusammen. Zum einen seien gerade »Kleinststaaten vermöge der größeren Übersichtlichkeit, der größeren Einfachheit der Verhältnisse leichter in der Lage [...], eine Lösung zu finden«. Zum anderen müßten »die kleinen deutschen Staaten ihre Existenzberechtigung insbesondere dadurch dem deutschen Volk gegenüber kundgeben [...], daß sie in ihrer Verwaltung nicht nur, sondern auch in ihrem gesetzgeberischen Vorgehen mit Initiative und rasch arbeiten«.⁵⁷

Das hessische Gesetz⁵⁸ von 1902 umfaßte Kultur- und Naturdenkmäler, Ausgrabungen und Funde. Als Denkmäler definierte es Gegenstände, »deren Erhaltung wegen ihrer Bedeutung für die Geschichte, insbesondere für die Kunstgeschichte, im öffentlichen Interesse liegt«. Es schloß öffentliches und privates Eigentum ein. Ein Denk-

⁵⁵ So formulierte ein Teilnehmer auf dem Denkmaltag in Lübeck 1908: »Die Allgemeinheit beansprucht heute eine Art Mitbesitzrecht an den Denkmälern der Vergangenheit«; A. von Oechelhaeuser (Hrsg.), Denkmalpflege. Auszug aus den stenographischen Berichten des Tages für Denkmalpflege, Bd. 1, Leipzig 1910, S. 364.

⁵⁶ H.-Chr. Hoffmann, Der Denkmalschutz im Bremischen Staate bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Die Entstehung der bremischen Denkmalliste, in: Bremisches Jahrbuch 55 (1977), S. 263–303; M. F. Fischer, Fritz Schumacher, das Hamburger Stadtbild und die Denkmalpflege, Hamburg 1977, S. 39–41.

⁵⁷ A. von Oechelhaeuser (s. A 55), S. 149; vgl. auch K. Heyer, Denkmalpflege und Heimatschutz im Deutschen Recht, Berlin 1912, S. 28.

⁵⁸ Vorgeschichte, Textwiedergabe und Kommentierung bei H. Wagner, Die Denkmalpflege in Hessen 1818–1905, Darmstadt 1905. Vgl. G. Zimmermann, Denkmalschutz und Denkmalpflege im Großherzogtum Hessen, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde NF 44 (1986), S. 189–234; W. Jorns, Zur Entwicklung des archäologischen Denkmalschutzes und der Denkmalpflege in Hessen, ebda., NF 32 (1974), S. 15–42.

mal durfte ohne Genehmigung der Behörden nicht beseitigt, veräußert, verändert oder wiederhergestellt werden. Für Baudenkmäler war zudem ein Umgebungsschutz vorgesehen. Gemeinden und Kirchen konnte der Staat zur Sicherung ihrer Denkmäler anhalten. Selbst die Enteignung zum Erhalt eines Denkmals war ermöglicht. Arbeiten an staatlichen Denkmälern unterlagen nicht der Genehmigungspflicht, allerdings reservierte sich das Innenministerium ein Eingriffsrecht. Auf private Objekte erstreckte sich der gesetzliche Schutz nur, sofern sie in die amtliche Liste der privaten Baudenkmäler eingetragen waren. Die Eintragung nahm ein Denkmalrat vor, dem Besitzer stand es zu, dagegen Beschwerde beim Innenministerium zu erheben. Dem Denkmalrat gehörten Vertreter der Kirchen, der Geschichts- und Kunstvereine und der Baudenkmalbesitzer, daneben weitere, vom Innenministerium berufene Mitglieder an. Ihm oblag die Behandlung aller einschlägigen Fragen und die Führung der Denkmalliste. Als vornehmlich beratende Fachbehörden fungierten sachlich und regional zuständige Denkmalpfleger.

Das Oldenburger Gesetz⁵⁹ von 1911 ging auf Initiativen von Landtagsabgeordneten und Regierungsbeamten zurück. Verschiedene Motive überlagerten sich: die rechtliche und faktische Schutzlosigkeit der Kulturdenkmäler, die damit offenbare Schwäche der Staatsgewalt, die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung von Recht und Organisation gerade angesichts der Dreiteilung des Landes. Das neue Gesetz, das Boden-, Bau-, Kunst- und Naturdenkmalpflege umfaßte, war deshalb »in erster Linie« darauf angelegt, »den Behörden eine Einwirkungsmöglichkeit zu geben«.⁶⁰ Ein Denkmal definierte sich durch das öffentliche Interesse an seiner Erhaltung, das wiederum auf seiner kunst-, kultur-, natur- oder allgemeineschichtlichen Bedeutung beruhte. Erst die Eintragung in die Denkmalliste durch die Denkmalschutzbehörde ließ den rechtlichen Schutz eintreten. Eingetragene Denkmäler durften ohne Genehmigung nicht wiederhergestellt, verändert, beseitigt oder veräußert werden. Umgebungsschutz und Enteignungsmöglichkeit ergänzten diese Bestimmungen. Privateigentum wurde nicht ausdrücklich ausgeschlossen, bei beweglichen Denkmälern einbezogen. Öffentlichkeit der Listen, terminierte Entscheidungspflicht, Rechtsweg und Entschädigungsvorkehrungen milderten die Härten. Staatliche Denkmäler blieben ausgenommen, da der Staat als Initiator des Gesetzes auch ohne rechtliche Vorkehrungen auf die Interessen des Denkmalschutzes Rücksicht nehmen werde. Dahinter stand die Absicht, den staatlichen Handlungsspielraum nicht ohne Not einzuengen. Die Heimatschutzbewe-

⁵⁹ Druck: Gesetzblatt für das Herzogtum Oldenburg von den Jahren 1909, 1910 und 1911, Bd. 37, Oldenburg o. J., S. 959–970; ferner in: Oldenburger Jahrbuch 60 (1961), T. 2, S. 5–11. Vgl. G. Rosenow, 50 Jahre Oldenburgisches Denkmalschutzgesetz, ebda., S. 13–20; R. Tantzen, Naturschutz und Denkmalschutz. Nach der Gesetzgebung des Reiches und des Landes Oldenburg, ebda. 39 (1935), S. 50–66.

⁶⁰ Oldenburgisches Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten an das hessische Staatsministerium, 5. 8. 1912, StA Oldenburg 134, Nr. 4426.

gung forderte umgekehrt gerade die vorbildhafte und erzieherische Selbstbindung des Staats. Als Denkmalschutzbehörden fungierten Ministerium und Regierungen. Für die drei Landesteile waren mit beratender Funktion fachlich spezialisierte nebenamtliche Denkmalpfleger und jeweils ein aus Vertretern des Staats, der Kirchen und Vereine ehrenamtlich besetzter Denkmalrat vorgesehen.

Auch in den größeren Staaten, erneut etwa in Preußen und Baden, wurden Gesetzentwürfe zum Denkmalschutz vorgelegt. Sie stießen aber, anders als die populären, dem eigenen Land überregional Reputation verschaffenden Reformen in Hessen und Oldenburg, auf vielfältige öffentliche Widerstände und konnten abgesehen von einem Ausgrabungsgesetz in Preußen (1914) und von einem vorläufigen Gesetz in Württemberg (1914) nicht verwirklicht werden. Freilich verdichtete sich das Netz der Rechtsvorschriften, und einige organisatorische Reformen deuteten den Weg zur administrativen Modernisierung der Denkmalpflege an. So wurde in Bayern 1908 eine eigenständige Denkmalschutzbehörde mit hauptamtlichem Personal installiert, in Württemberg entstand 1910 nach hessischem Vorbild ein aus Vertretern der Wissenschaft, der Behörden, der Vereine, der Kirchen und der Denkmalbesitzer zusammengesetzter Denkmalrat, der die einschlägigen Angelegenheiten beraten und ein Denkmalverzeichnis führen sollte. In der Summe hatte die Zeit zwischen Jahrhundertwende und Kriegsausbruch trotz dieser bescheiden anmutenden Anfänge beträchtliche Auswirkungen auf die Denkmalpflege. Dazu zählen das geänderte Geschichtsverständnis, die Grundsatzzurückbildung, die breite Diskussion und Popularisierung der Denkmalpflege, die Revision des Baurechts, die sozialstaatliche Deutung von Denkmalpflege und Eigentum sowie die ersten realisierten Gesetzesexperimente.

3. Der Erste Weltkrieg

»Wissen Sie, daß wir in Belgien alle Kirchen, alle alten Kunstdenkmäler sorgsam herstellen, daß wir alles, was nur irgendwie historischen Wert hat, schützen und restaurieren? Ja, wir sind eben Barbaren...« Diese selbstgerecht-ironische Bemerkung des deutschen Kaisers Wilhelm II. fiel in einem Gespräch, das eine Wiener Zeitung 1917 veröffentlichte.⁶¹ Vor dem Hintergrund des Ersten Weltkriegs waren daran zwei Aspekte bemerkenswert. Zum einen wies die Äußerung auf die tatsächlich umfangreiche Inventarisations- und Restaurationstätigkeit hin, die Deutschland in den besetzten Gebieten des Auslands in Gang gebracht hatte. Zum anderen konstatierte sie zutreffend, wenn auch ohne Verständnis, daß diese Kulturpflege von den Betroffenen durchaus nicht als willkommene Gabe, sondern als annexionistische Gewaltstrategie empfunden wurde.

Die politischen und ideologischen Vorstellungen von Heimatschützern und Denk-

⁶¹ Neue Freie Presse, 14. 2. 1917.

malpflegern vor dem Krieg waren in der Regel nicht nationalistisch in einem alldeutsch-expansionistischen Sinn. Vielmehr orientierten sich die deutschen Bestrebungen sogar an auswärtigen Vorbildern, etwa an den Heimat- und Kulturbewegungen, wie sie in England schon seit der Jahrhundertmitte existierten. Die »Denkmalpflege« notierte ausländische Natur- und Heimatschutzinitiativen mit Sympathie. 1909 und 1912 fanden zudem in Paris und Stuttgart die ersten internationalen Heimatschutzkongresse statt. Daran nahmen Vertreter vor allem aus Deutschland, Frankreich, Holland, Italien, Österreich, der Schweiz und England teil. Diese Internationalisierung des Heimatschutzes erschien in der Anfangsphase durchaus konsequent. Denn zum einen wurden die zerstörerischen Auswirkungen moderner Zivilisation gerade als internationales Phänomen betrachtet, zum anderen baute die Heimatschutzbewegung auf der Vielfalt regionaler und lokaler Identitäten auf, die sie auch anderen Völkern zugestand. Dem entsprach im Prinzip ein föderalistisches Denken. Die nationale Staatsgrenze begründete nur eine Identität unter vielen. Schließlich relativierte der moderne, offene Denkmalbegriff, der das Verhältnis zwischen Objekt und Betrachter in den Mittelpunkt rückte, national verengte Sichtweisen. Riegl wandte sich schon 1905 gegen Dehios Begriff deutscher Nationalkunst⁶² (»Wir schützen das Denkmal als ein Stück nationalen Daseins«): »Haben wir aber nicht unzählige Male im Anblick eines Denkmals geschwelgt, ohne uns auch nur im leisesten seines nationalen Ursprungs bewußt zu werden? Und haben uns andere Denkmäler darum weniger Wohlgefallen eingefloßt, weil sie einem ausländischen, etwa dem italienischen Kunstschaffen entstammten?«⁶³

Basis der Heimatschutzideologie aber blieb das zivilisationskritische Gesellschaftsbild. Dieser Sachverhalt bestimmte die geistige Orientierung von Denkmalpflege und Heimatschutzbewegung bei Kriegsausbruch. Die Frage nach dem Sinn der Entwicklung schien sich nun zu beantworten. Aus dem Blickwinkel des Bildungsbürgertums, des Multiplikators der nationalen Aufbruchstimmung von 1914, demonstrierte der heroisierte Kampf Selbstbehauptungswillen und Selbstbehauptungskraft deutscher Kultur. Die beklagten Begleiterscheinungen politischer Modernisierung, darunter Individualisierung, Egalisierung, Demokratisierung und Parteienzwist, schienen im Burgfrieden aufgehoben, die atomisierten Massen sich wieder zum Volk zu formen.⁶⁴ Den Denkmalpflegern, die ihre Arbeit als umfassende Kulturpflege verstanden, gab das geistige Halt, aber auch die Empfindung eines neuen Auftrags. Das galt nicht

⁶² Beispiele dieser National- und Kunstgeschichte verknüpfenden Position: G. Dehio, Kunsthistorische Aufsätze, München / Berlin 1914.

⁶³ A. Riegl, Neue Strömungen in der Denkmalpflege, in: Mitteilungen der K. K. Zentralkommission für Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale, 3. Folge 4 (1905), Sp. 85–104, hier 87f.; Neuabdruck: Georg Dehio / Alois Riegl (s. A 35), S. 106.

⁶⁴ K. Vondung, Deutsche Apokalypse 1914, in: ders. (Hrsg.), Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen, Göttingen 1976, S. 153, 157, 162, 171; K. Bergmann (s. A 25), S. 174.

nur für das allgemeine Ziel, Deutschland das »Bewußtsein seiner weltgeschichtlichen Aufgabe, das sich wieder stützt auf eine große geschichtliche, kulturfördernde Vergangenheit«, zu vermitteln,⁶⁵ sondern gleichermaßen in konkreter Beziehung. Denn der Kriegsausbruch hatte auch Bedeutung für die Praxis der Denkmalpflege.

Zunächst brachte er eine Einschränkung der Wirkungsmöglichkeiten mit sich, obgleich noch während des Kriegs einige Denkmal- und Heimatschutzgesetze erlassen wurden, so in Lübeck (1915) und Bremen (1917). Aber die Bautätigkeit ging mangels Arbeitskräften, Baustoffen und Kredit zurück, folglich verminderte sich auch die Zahl der zu bearbeitenden Projekte. Die Denkmalpflegemittel wurden – in Maßen – reduziert, zudem Konservatoren und andere Mitarbeiter zum Kriegsdienst eingezogen.⁶⁶ Die Inventarisierung mußte eingeschränkt werden. Dafür kamen vier neue Aufgaben auf Konservatoren und Behörden zu: Zum ersten ging es in Zusammenhang mit der Metallbeschlagnahmung um die Verzeichnung, Begutachtung und Sicherung kunst- oder kulturgeschichtlich bedeutsamer Objekte, namentlich herausragender Kirchenglocken.⁶⁷ Zum zweiten mußte sich die Denkmalpflege wieder vermehrt mit den Denkmälern im eigentlichen Sinn beschäftigen, besonders mit der Gestaltung von Kriegerdenkmälern und Kriegerfriedhöfen. Hier sah sie ihre Aufgabe darin, der Massenfertigung von Grabsteinen, der industriellen Einebnung des Totengedenkens entgegenzuwirken.⁶⁸ Zum dritten galt es ein neues Problem zu bewältigen: die Organisation von Kunstschutz und Denkmalpflege in den besetzten, durch Kriegseinwirkungen nicht unbeträchtlich zerstörten Gebieten.⁶⁹ Und zum vierten rückte im Verlauf des Kriegs der Wiederaufbau im Sinne des Gedankenguts der Heimatschutzbewegung und unter Berücksichtigung denkmalpflegerischer Gesichtspunkte in den Blick.

Eine besondere Bedeutung gewann die dritte Aufgabe, die Kunstsicherung im Ausland. Sie konnte in zwei Varianten erfolgen: Die eine, gewissermaßen herkömmliche, setzte auf den Abtransport von Kunstschätzen, vorgeblich zur Sicherung vor Kriegsschäden oder zur Rückführung durch Napoleon geraubten Kunstguts, faktisch daneben zur Aufbesserung der eigenen Museen. Die andere, kulturstaatliche Variante wollte den nationalen Interessen genügen, indem sie die Denkmäler am Ort – wenn auch selbstverständlich unter deutscher Obhut – schützte. Das betraf vor allem unbewegliche, aber auch bewegliche Denkmäler. Nicht mehr das einzelne Denkmal, sondern die Tatsache der erfolgreichen Denkmalpflege selbst stand dabei im Mittel-

⁶⁵ H. Wagner, Alte Straßen- und Ortsnamen, in: Die Denkmalpflege 17 (1915), S. 104.

⁶⁶ Die Denkmalpflege 17 (1915) S. 44f.

⁶⁷ Erlaß des preußischen Kultusministeriums vom 14. 10. 1915, Die Denkmalpflege 18 (1916), S. 23; vgl. ebda., S. 19 (1917), S. 108.

⁶⁸ Vgl. etwa Die Denkmalpflege 18 (1916), S. 23; F. W. Bredt, Geschichtliche Bauten und Kriegererehrung, in: Die Denkmalpflege 19 (1917), S. 14f.

⁶⁹ P. Clemen (Hrsg.), Kunstschutz im Kriege. Berichte über den Zustand der Kunstdenkmäler auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen und über die deutschen und österreichischen Maßnahmen zu ihrer Erhaltung, Rettung und Erforschung, 2 Bde., Leipzig 1919.

punkt. Der Export von Kulturstaatlichkeit sollte die Überlegenheit der deutschen Nation unter Beweis stellen.⁷⁰ Einflußreicher Vertreter dieser Politik war der Bonner Kunsthistoriker Paul Clemen.⁷¹ Clemen, ehemals rheinischer Provinzialkonservator, dann Vorsitzender des Denkmalrats der Rheinprovinz, einer der Initiatoren des Tags für Denkmalpflege, versuchte mit einigem Erfolg, die »Kriegsdenkmalpflege«⁷² als eigene Disziplin, bestehend aus der notdürftigen Sicherung, der Verzeichnung von Zerstörung und Bestand, der Forschung sowie der Planung und Kontrolle des Wiederaufbaus, aus der Taufe zu heben und auch den Kaiser von seinem Konzept zu überzeugen. Wilhelms oben zitierte Bemerkung beruhte auf eben diesem Ziel, die Deutschen als Kulturvolk zu präsentieren.

Der Schutz der Kulturdenkmäler im Kriegsfall hatte vor 1914 am Rande des öffentlichen Interesses gestanden. Die Haager Landkriegsordnung von 1907 forderte zwar die Schonung von Geschichtsdenkmälern bei Belagerungen und Beschießungen, sofern die Objekte deutlich gekennzeichnet waren und keinen militärischen Zwecken dienten. Dieser Appell wurde jedoch unter den Bedingungen der Materialschlachten des Ersten Weltkrieges schnell obsolet. Schon die ersten Kriegsmonate führten zu erheblichen Beschädigungen herausragender Baudenkmäler in Belgien und Frankreich. Aufsehen erregte – neben der teilweisen Zerstörung der belgischen Stadt Löwen (Leuven) und besonders ihrer kulturhistorisch wertvollen Bibliothek durch deutsche Truppen im August 1914 – der Fall Reims. Der Sachverhalt blieb umstritten.⁷³ Die Deutschen hatten die gotische Kathedrale im Herbst 1914 zunächst geschont, dann aber wiederholt beschossen und dabei beträchtlich beschädigt, obwohl sie zumindest zeitweise durch eine weiße Fahne gekennzeichnet war. Die deutsche Seite begründete ihr Vorgehen mit militärischen Beobachtungsposten der Franzosen, die auf dem Turm gesichtet worden seien. Die Beschießung des Sakralbaus löste einen Sturm der Empörung in der internationalen Presse und Wissenschaft aus. Nicht nur in Frankreich, sondern auch etwa in England, Italien und Amerika wurde das deutsche Vorgehen als barbarisch gebrandmarkt, dabei wohl auch der tatsächliche Schaden übertrieben.

⁷⁰ Zu kurz greift die Darstellung von W. Lübbecke (s. A 3), S. 411, der die Interpretation des bayerischen Generalkonservators Georg Hager, die Deutschen seien im Krieg »vom Forscherdrang über alle Grenzen hinausgetragen« worden, kommentarlos übernimmt.

⁷¹ Vgl. zu Clemen H. Lützel, Gedenkrede, in: Paul Clemen, Auswahl aus seinen Schriften, Bonn 1948, S. 3–13; H. P. Hilger, Paul Clemen und die Denkmäler-Inventarisierung in den Rheinlanden, in: E. Mai / S. Waetzoldt (s. A 3), S. 383–398. Anfechtbar ist Hilgers Auffassung, Clemens »rettende Tätigkeit« im Krieg habe »in der geistigen Tradition des 19. Jahrhunderts« gestanden; sie sei durch eine »liberale, über das Nationale auf die Menschheit und ihren gemeinsamen Kulturbesitz gerichtete Komponente« geprägt gewesen; ebda., S. 392.

⁷² P. Clemen, Kriegsdenkmalpflege, in: ders., Die Deutsche Kunst und die Denkmalpflege. Ein Bekenntnis, Berlin 1933, S. 89–108.

⁷³ Standortgebundene Darstellung bei P. Clemen, Die Baudenkmäler auf dem französischen Kriegsschauplatz, in: ders. (s. A 69), Bd. 1, S. 36–74.

Eine Parallele zur deutschen Beschießung des Straßburger Münsters im Jahr 1870 unter ähnlichen Umständen war schnell gezogen.

Die deutschen Denkmalpfleger und Kunsthistoriker wiederum reagierten mit Entüstung auf die Anschuldigungen, die sie als einen Angriff auf ihre Berufs- und Nationallehre zugleich empfanden. Öffentliche Widerlegungen, die gerade in der Anfangsphase den Krieg an sich, nicht die Kriegführenden für Zerstörungen verantwortlich machten,⁷⁴ blieben ohne internationale Resonanz, und im Winter 1915 eingeleitete Versuche deutscher und österreichischer Denkmalpfleger, Vereinbarungen mit der Entente zum Schutz der bedeutendsten Denkmäler zu erreichen,⁷⁵ verkannten die Isolierung Deutschlands. Auch für eine derartige Fehleinschätzung der realen Möglichkeiten stand Paul Clemen beispielhaft. Clemen, der seit Oktober 1914 als Mitglied der deutschen Zivilverwaltung beim Generalgouvernement für Belgien speziell mit dem Denkmalschutz in dem besetzten Land beschäftigt war, forderte Ende Dezember eine Erweiterung seiner Zuständigkeit auf die Denkmalpflege in Frankreich.⁷⁶ Er berief sich auf seine ausgezeichneten internationalen Kontakte aus der Vorkriegszeit und versprach den Behörden, seine Entsendung werde eine positive Wirkung auf die öffentliche Meinung im Ausland haben. Das erwies sich, wie er später einräumen mußte, als Illusion. Clemen unterschätzte, daß die Oktroyierung deutscher Denkmalpflege als kulturelle Germanisierung verstanden werden mußte.

Dazu trug bei, daß die Denkmalpflege in den besetzten Gebieten, die in der Regel von preußischen Konservatoren und Museumsfachleuten im Rahmen von Besichtigungsreisen und Abordnungen wahrgenommen wurde, an der deutschen Kriegspropaganda teilhatte. Clemen selbst stützte diesen Eindruck durch Aufsätze in der ausländischen Presse, durch die Bereitstellung von Material für das Kriegspresseamt und für die Zentralstelle für Auslandsdienst im Auswärtigen Amt sowie durch Beiträge für den Auslandsfunk.⁷⁷ Eine subtile Wirkung erzielte zudem die selbstbewußt vorausgesetzte internationale Überlegenheit deutscher wissenschaftlicher Denkmalpflege. Berichte über Frankreich beklagten die Zerstörungen von Kulturschätzen durch die frühneuzeitliche französische Politik, die Revolution von 1789 und die antiklerikalen Maßnahmen der Dritten Republik nach der Jahrhundertwende.⁷⁸ In Rumänien, so kritisierten deutsche Berichtersteller, werde immer noch den veralteten Restaurationsprinzipien gehuldigt.⁷⁹ Den belgischen Kunstwissenschaftlern sei es vor dem Krieg nicht gelungen, eine Inventarisierung der Kunstdenkmäler durchzuführen.⁸⁰ Russische

⁷⁴ Vgl. z. B. den Anfang Dezember 1914 veröffentlichten Beitrag: *F. Wolff*, Denkmalpflege und Krieg, in: *Die Denkmalpflege* 16 (1914), S. 116f.

⁷⁵ *P. Clemen* (s. A 72), S. 101.

⁷⁶ ZStA Merseburg 2.2.1., Nr. 20793, fol. 31.

⁷⁷ Beispiele: ZStA Merseburg 2.2.1., Nr. 20793; BA Koblenz R 43F, Nr. 2395, fol. 80.

⁷⁸ *Die Denkmalpflege* 17 (1915), S. 40; ebd. 19 (1917), S. 23f.

⁷⁹ *Die Denkmalpflege* 19 (1917), S. 105f.

⁸⁰ So Clemen in einer Denkschrift vom Juli 1917, ZStA Merseburg 2.2.1., Nr. 20793, fol. 133.

Zerstörungen in Ostpreußen wurden verurteilt,⁸¹ syrische Behörden ob ihrer Unkenntnis in Denkmalpflegesachen vor der kulturpolitischen Aufklärung durch Deutschland verhöhnt.⁸²

Symbolträchtig war auch der Plan, anstelle des regulären Tags für Denkmalpflege, der wegen des Kriegs abgesagt wurde, Ende August 1915 eine Kriegstagung für Denkmalpflege im besetzten Gebiet, in Brüssel, zu veranstalten.⁸³ An dieser Zusammenkunft, die eine Besichtigungsfahrt zu Kulturdenkmälern in verschiedenen belgischen Städten einschloß, beteiligten sich Behördenvertreter und Denkmalpfleger aus Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz, daneben einige Offiziere. Die Verhandlungen fanden anders als bei den bisherigen Denkmaltagen im engen Kreis der Fachleute statt und sollten vertraulich bleiben. Offiziell wurde die Tagung nicht von staatlichen Stellen veranstaltet, sie stand aber unter der »Obhut« des deutschen Generalgouverneurs in Belgien, der auch persönlich teilnahm. Thema der Beratungen war erstens der generelle Schutz der Kulturdenkmäler im Krieg. Diskutiert wurden Möglichkeiten internationaler Schutzvereinbarungen und die Realisierbarkeit einer Markierung herausragender Objekte. Zweitens wurde über die deutsche Kriegsdenkmalpflege im Westen und Osten detailliert berichtet. Drittens stand der Wiederaufbau zerstörter Ortschaften namentlich in Belgien und Ostpreußen zur Diskussion. Dabei waren militärische, politische, finanzielle, stadtplanerische und denkmalpflegerische Aufgaben zu bewältigen. Alle Themen aber wurden überlagert von der Frage, wie der ausländischen Kritik an deutschen Kulturzerstörungen im besetzten Gebiet entgegengetreten werden könnte. »Die beiden Namen Löwen und Reims haben uns im Ausland – vor allem bei den Neutralen – mehr Abbruch getan als zwei verlorene Schlachten«, lautete der Tenor der Debatte. Jetzt wurde allerdings nicht mehr der Krieg im allgemeinen, sondern konkret der Gegner für das Ausmaß der Schäden verantwortlich gemacht. Es sei Aufgabe nicht der Angreifer, sondern der Verteidiger, Denkmäler zu sichern, zum einen, indem deren militärische Verwendung vermieden würde – was sich auf Reims bezog –, zum anderen, indem Kunstschätze rechtzeitig geschützt oder in Sicherheit gebracht würden – was in Löwen unterblieben sei.⁸⁴

Das Experiment einer Kriegstagung im besetzten Gebiet wurde nicht wiederholt. Der nächste Tag für Denkmalpflege fand im September 1917 im gewohnten Rahmen in Augsburg statt. Der nationalistisch-aggressive Tonfall der Redner hatte sich noch verschärft. In seiner Eröffnungsrede beklagte der bayerische Kultusminister Eugen

⁸¹ *Die Denkmalpflege* 18 (1916), S. 127.

⁸² *T. Wiegand*, Denkmalschutz und kunstwissenschaftliche Arbeit während des Weltkrieges in Syrien, Palästina und Westarabien, in: *P. Clemen* (s. A 69), Bd. 2, S. 174–190, hier 185.

⁸³ *Die Denkmalpflege* 18 (1916), S. 12–14; *P. Clemen* (s. A 72), S. 102. Der Städtebautheoretiker Joseph Stübgen blieb mit seinen politisch-moralischen Einwänden gegen eine Tagung im vom Krieg schon hart getroffenen Belgien die Ausnahme; vgl. sein Schreiben vom 2. 8. 1915, ZStA Merseburg Rep. 76 Ve, Sekt. 2, Abt. VI, Nr. 23.

⁸⁴ *Die Denkmalpflege* 18 (1916), S. 12f.

von Knilling, daß sich »der Deutsche [...] von Pariser Apachen, russischen Analphabeten, afrikanischen Fetischanbetern und sonstigem im Feindeslager vertretenen Menschengeschlecht einen Barbaren schelten lassen muß«, obwohl gerade Deutschland die auswärtigen Denkmalschätze »als ein unantastbares Gemeingut der ganzen gebildeten Welt« mit Ehrfurcht behandelt habe.⁸⁵ Und Clemens untermauerte diese Wertung, indem er – begrifflich und inhaltlich – unterschied »zwischen der durch zwingende strategische Maßnahmen gebotenen Niederlegung bedeutender Bauwerke durch die deutsche Heeresleitung und der ganz zwecklosen Vernichtung und Beschießung ihrer eigenen Baudenkmäler, z. B. St. Quentin, durch die Franzosen«.⁸⁶

Im Verlauf des Krieges trat das Interesse am Kunstschutz hinter Fragen des Wiederaufbaus zurück. Der Geschäftsführer des Deutschen Bundes Heimatschutz, der Ingenieur Werner Lindner, forderte deshalb Ende 1916 eine Reorganisation, Straffung und Intensivierung der Heimatschutzarbeit. Die Befürchtung, mehr noch als nach dem Krieg von 1870/71 könnten nunmehr »Unkultur«, »Spekulation« und »Selbstsucht« dominieren, veranlaßte ihn zu der Forderung, die Situation zu einer Verbesserung »unserer Lebenskultur überhaupt« zu nutzen, zumal viele »draußen im Schützengraben Liebe und Verständnis für die Heimat gewonnen« hätten und das Neue nicht »unter dem bleiben soll, was wir als Ausdruck deutscher Kultur und unseres durch den Krieg vertieften und geläuterten Empfindens fordern müssen«. Dies dem Neuaufbau zugute kommen zu lassen, sei von staatspolitischer Bedeutung.⁸⁷

Die Überhöhung des Krieges als Katharsis, ein Topos der zivilisationskritischen Kriegsdeutung, der sich auch bei Clemens unterschwellig finden läßt, weist auf den Wandel von Form und Funktion der Denkmalpflege im Kaiserreich hin. Bemerkenswert war einmal die Modernisierung der Form. Setzte der Denkmalschutz um 1871 noch punktuell an, so wurde er aufgrund des gesellschaftlichen Wandels in den folgenden Jahrzehnten zum unumgänglichen, regelmäßigen Attribut des Staats. Prozesse der Bürokratisierung, Verwissenschaftlichung, Verrechtlichung und Popularisierung kamen in Gang. Bemerkenswert war sodann die Verlagerung und Ausdifferenzierung der Funktion. Denkmalpflege als Bestandteil des Kulturstaats diente auch monarchischen Zwecken, doch weniger unmittelbar, durch die Herausstellung des eindrucksvollen Monuments, sondern eher durch den Beleg kultureller Überlegenheit. So brachte es »Die Denkmalpflege« auf den Begriff, als sie 1917 eine deutsche, unter Mitwirkung Clemens entstandene Publikation über die Zisterzienserklöster in Belgien re-

zensierte und urteilte, dieses Werk selbst werde »ein dauerndes und ehrenvolles Denkmal deutscher Kulturtätigkeit in dem besetzten Belgien bilden«.⁸⁸ Mehrdeutigkeit und Multifunktionalität der modernen Denkmalpflege traten besonders seit dem Paradigmenwechsel der Jahrhundertwende hervor. Zivilisationskritik und Landschaftsschutz, elitäre Wissenschaftlichkeit und populäre Breitenwerbung, bildungsbürgerlicher Nationalismus und soziale, demokratisch anmutende Ausweitung der Denkmalkategorien standen für einen Umgang mit der Vergangenheit, der nicht mehr primär antiquarischer Neugier folgte, auch nicht lediglich dazu diente, Erbe weiterzureichen, schließlich nicht nur die Kompensation von Modernisierungsschäden bezweckte. An der Kompensationstheorie ist gleichwohl richtig, daß Denkmalpflege nicht allein auf die Geschichte abzielte, nicht ein vormodernes Relikt darstellte, sondern ein Teil der modernen Gesellschaft selbst wurde. Dieser Prozeß, offen in seiner Entwicklungspotenz, setzte sich im Kaiserreich durch. Er ließ die ästhetisierende Geschichtsverfälschung, über die sich Karl Kraus mokierte, zu, ermöglichte aber auch die kritische Begleitung und konstruktive Gestaltung der Gegenwart.

⁸⁵ Redemanuskript: HStA München MK, Nr. 14457; Veröffentlichung: München-Augsburger Abendzeitung, 20.9. 1917.

⁸⁶ Tagungsbericht: Die Denkmalpflege 19 (1917), S. 101.

⁸⁷ Ein Exemplar der Denkschrift Lindners (»Die Aufgaben des Deutschen Bundes Heimatschutz während des Krieges und nach Friedensschluß«) findet sich im Archiv des Westfälischen Heimatbundes Münster, Ordner Deutscher Heimatbund 1914–1928. Zu ähnlichen Wertungen in der Kriegsdiskussion über Denkmalpflege und Heimatschutz: Die Denkmalpflege 20 (1918), S. 24.

⁸⁸ Die Denkmalpflege 19 (1917), S. 32.

Literaturberichte

Otto Borst

Historische Stadtforschung 1980–1990

Ein Literaturbericht

Die Bemühungen um ein historisch grundiertes und verantwortetes Bild der Stadtgegenwart gehen ebenso ins Zahllose wie die Varianten in der jeweiligen Stadtgeschichte. Sollte Kongressen und Symposien zur Stadtgeschichte jemals der Stoff ausgehen: in der Ecke derer, die wieder eine neue und wieder eine andere Nuance für »ihre« Stadt an den Mann zu bringen haben, verstummen nie. Jetzt liegt ein Handbuch¹ vor, in dem Stadtforschungsberichte aus den einzelnen Ländern Europas, den USA und Japan ebenso geboten werden wie Hinweise auf die einschlägigen Institutionen und Hilfsmittel sowie Literatur zur Stadtgeschichtsforschung der 25 Länder (Deutschland noch getrennt). Es ist ohne Zweifel, daß dieses vom Deutschen Institut für Urbanistik herausgegebene und von zwei ausgewiesenen Experten bestrittene Handbuch im Raum der international vergleichenden Stadtgeschichtsforschung seine Dienste erweisen und Gelegenheit zu grundsätzlich neuen Forschungsperspektiven und -kombinationen geben wird.

Die Stadt der Antike ist, wenn der Berichterstatter richtig sieht, in neuerer Zeit nie mehr Gegenstand einer monographischen Untersuchung gewesen. Frank Kolb hat sich dieser Aufgabe unterzogen,² indem er die Stadt der Antike wesentlich als eine bestimmte Siedlungsform erkennt,

die durch ihr Erscheinungsbild, ihre Bevölkerung und ihren Wirtschaftsstatus städtischen Funktionen nachkommt. Es steht in diesem bewundernswert gestrafften und disponierten Überblick also eher die geographische Betrachtungsweise als die politisch-rechtliche im Vordergrund. Kolb beginnt bei der »Geburt der Stadt in Mesopotamien«. Diana L. Eck, Professorin an der Harvard-Universität, verfolgt die Spuren von Benares,³ korrekter Banàras, der Stadt des Lichts; es ist die Stadt der Erleuchtung, die seit Urzeiten besteht. Auch der Gründung antiker Städte, in diesem Falle der griechischen Poleis, hat sich Wolfgang Leschhorn gewidmet.⁴ Er untersucht die politisch-militärischen Aufgaben der historischen Gründer, ihre soziale und religiöse Stellung und ihre daraus entstehende kulturelle Verehrung. Noch im europäischen Mittelalter, Vf. hätte nachhaltiger darauf eingehen können, spielt die (griechische) Stadtgründungs-Mythe da und dort eine Rolle.

Der Weg von der spätantiken Stadt vor allem in Oberitalien zur deutschen Stadt war der kürzeste, Konstanz spielt hier eine der führenden Mittlerrollen. Helmut Maurer hat mit den beiden ersten 1989 erschienenen Bänden der »Geschichte der Stadt Konstanz« eine vorbildliche

Stadtgeschichte vorgelegt,⁵ in erzählendem Ton, aber nicht ohne die Spezialfragen zu kennen und sie auf den 600 Seiten dieses auch in seiner Gestaltung schönen Werkes durchscheinen zu lassen. Daß ihm jüngst ein respektable Band »Konstanz im Dritten Reich« nachgeschickt worden ist, rettet diese Konstanzer Stadtgeschichte vor dem – mehrheitlich leider immer noch hingenommenen – Begräbnis in alten Zeiten und macht sie doppelt wertvoll.

Auf eine Region ausgerichtet, registrieren wir seit zwei, drei Jahrzehnten »Städtelandschaften«. Jürgen Sydow hat die des deutschen Südwestens, im genaueren den Raum des heutigen Bundeslandes Baden-Württemberg auf seine städtische Entwicklung hin untersucht,⁶ mit großer Erfahrung und nicht ohne den Blick auf originäre kommunale Entwicklung, die sich von der gewohnten territorialstaatlichen Geschichte doch deutlich abzuheben weiß. Anders Karl Bosl, der in seinem Buch über »Die bayerische Stadt im Mittelalter und Neuzeit« trotz des Titels keine geschlossene Stadt- und Raumgeschichte bringt, sondern eine – zweifellos höchst interessante und anregende – Abfolge von Vorträgen, Studien und Aufsätzen zur bayerischen Stadtgeschichte.⁷ Sie belegen vergleichend und typologisierend, wie zahlreich die Siedlungs- und Stadtformen gerade in Altbayern, Franken und Schwaben sich auf dem Weg vom Mittelalter zur Neuzeit präsentieren.

Dieses reich und variabel bestückte Terrain der hohen Zeit der deutschen Stadt, nämlich der spätmittelalterlichen, in höchst informativer Stringenz erfaßt und in systematischer, handbuchartiger Form bewältigt zu haben, ist das unbestreitbare Verdienst von Eberhard Isenmann.⁸ Der Vf. stellt nahezu selbstverständlich typologische Zusammenhänge her und macht Eigenheiten ebenso deutlich wie Kollektiverscheinungen. Besonders zu rühmen ist, daß hier offenbar immer auch an den Konsumenten, an den Leser gedacht wird; in manchen Bereichen ist das – gänzlich ungebildete – Buch geradewegs ein Propädeutikum und Cursorium. Wie der Untertitel schon verrät, stehen die klassischen Themata der deutschen mittelalterlichen Stadt im Vordergrund: Recht, Regiment, Kirche, Gesellschaft und Wirtschaft. Leider vermißt man die Kultur und den »Geist« der Mittelalter-Stadt fast ganz. Auf Innovationen im Themenbereich hat sich Vf. gar nicht eingelassen.

Ein positives Gegenstück dazu ist Hartmut Boockmanns stattlicher Band mit dem ebenso weitausholenden wie ungefähren Titel »Die Stadt im späten Mittelalter«.⁹ Vf. gibt nicht nur – vorzüglich geratene – Einblicke in das städtisch-mittelalterliche Alltagsleben, sondern auch Überblicke über das wirtschaftliche, das gestaltliche, das rechtliche oder soziale Gebaren der (deutschen) Stadt in der späteren Phase des Mittelalters. Auch dieses Buch denkt an den Leser, aber eben nicht in der Manier eines Handbuchs, das man zum Nachschlagen, zur Vorbereitung aufs Examen und so weiter benützt. Für Boockmanns ist das Bild ein wichtiges Instrument der Erklärung und Erläuterung. In diesem Betracht ist das Werk eine erstmalige und großartige Leistung, sicherlich eines der wichtigsten hier anzuzweigenden Bücher.

¹ CHRISTIAN ENGELI / HORST MATZERATH (Hrsg.), *Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan*. Ein Handbuch (= Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 78), Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz: W. Kohlhammer / Deutscher Gemeindeverlag 1989, 559 S., DM 89,-.

² FRANK KOLB, *Die Stadt im Altertum*. München: C. H. Beck 1984, 306 S., 40 Abb. im Text, DM 58,-.

³ DIANA L. ECK, *Banàras. Stadt des Lichts*. Aus dem Amerikanischen von Bettina Bäumer und Luitgard Soni, Frankfurt a. M.: Insel 1989, 482 S., geb. DM 78,-.

⁴ WOLFGANG LESCHHORN, »Gründer Stadt«. Studien zu einem politisch-religiösen Phänomen der griechischen Geschichte (= *Palingensia*, Bd. 20), Wiesbaden: Franz Steiner 1984, 560 S., DM 54,-.

⁵ HELMUT MAURER, *Geschichte der Stadt Konstanz*. Bd. 1: *Konstanz im Mittelalter*. I. Von den Anfängen bis zum Konzil; Bd. 2: *Konstanz im Mittelalter*. II. Vom Konzil bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts, Konstanz: Stadler Verlagsgesellschaft 1989, 296 u. 304 S., mit 154 u. 212 Abb., je DM 72,-; LOTHAR BURCHARDT / DIETER SCHOTT / WERNER TRAPP, *Bd. V. Konstanz im 20. Jahrhundert*. Die Jahre 1914–1945, Konstanz: Stadler 1990, 455 S., 251 Abb., DM 108,-.

⁶ JÜRGEN SYDOW, *Städte im deutschen Südwesten*. Ihre Geschichte von der Römerzeit bis zur Gegenwart, Stuttgart: W. Kohlhammer 1988, 228 S., 34 Faksimiles. Ln. DM 49,80.

⁷ KARL BOSL, *Die bayerische Stadt im Mittelalter und Neuzeit*. Altbayern – Franken – Schwaben, Regensburg: Friedrich Pustet 1988, 405 S. mit Textillustrationen und 16 s.-w. Abb. Seiten auf Kunstdruck, Ln. DM 72,-.

⁸ EBERHARD ISENMANN, *Die deutsche Stadt im Spätmittelalter 1250–1500*. Stadtgestalt, Recht, Stadregiment, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft (= UTB Große Reihe, Bd. 1483), Stuttgart: Eugen Ulmer 1988, 442 S., DM 68,-.

⁹ HARTMUT BOOCKMANN, *Die Stadt im späten Mittelalter*. 2., durchgesehene Aufl., München: C. H. Beck 1987, 357 S., 521 Abb., Ln. DM 98,-.

Die ehemaligen Reichsstädte wurden zum Inbegriff der kommunalen Eigenständigkeit; vielleicht zu unkritisch, sind sie als solche im Verlaufe noch der jüngsten Generationen mehr gefeiert als untersucht worden. Georg Schmidt¹⁰ hat sich nun einmal gründlich eines bislang nur stiefmütterlich behandelten Kapitels angenommen, der – erstaunlich funktionierenden – korporativen Politik der Reichsstädte im Reformationsjahrhundert. Daß der Nördlinger Stadtarchivar Dietmar-H. Voges die Geschichte seiner Stadt in zwölf Kapiteln,¹¹ in dichtester Quellenähe, wie zu erwarten, beschrieben hat, mag hier hervorgehoben werden. In Bayern, genauer gesagt im Haus der Bayerischen Geschichte, hat man unlängst die »Reichsstädte in Franken« mit einer umfassenden Ausstellung gedacht, mit einem dreihundertseitigen Katalog und mit zwei Aufsatzbänden, in denen kaum eine der aktuellen Forschungsfragen an die einstigen Reichsstädte übergangen sein dürfte.¹² Vielleicht hätte die Frage nach der reichsstädtischen Sonderheit noch etwas zwingender gestellt werden dürfen. »Reichsstädtische Bibliotheken in Franken« – gewiß, das ist ein originär reichsstädtisches Kapitel. Aber Wohnen und Hausbau, Keramik und Abortgruben, worin unterschied sich Nürnberg hier von Bamberg? Aus gutem Grund hat Wolfgang Braunfels seinerzeit in seiner monumentalen Untersuchung der reichsstädtischen Kunst am Ausgang des Alten Reiches die Frage nach

der reichsstädtischen Typik und Sonderheit eigentlich ausgespart.

Immer noch wird die mittelalterliche Stadtgeschichte mit einem Ehrenplatz verwöhnt. Die absolutistische Stadt hat man in der deutschen historischen Stadtforschung als Ganzes immer noch ausgespart, und von der »Stadt des 18. Jahrhunderts« fehlen noch die elementarsten grundlegenden Untersuchungen. Doppelt erfreulich, daß sich Hans-Peter Becht zusammen mit fünf anderen Autoren der frühneuzeitlichen Geschichte seiner Stadt¹³ angenommen hat, mit Beiträgen, die der Geistes- und Bildungsgeschichte ebenso gerecht werden wollen wie der Wirtschafts- und Rechtsgeschichte.

Die moderne Geschichte der deutschen Stadt ist immer noch ein Stiefkind der Forschung, merkwürdigerweise, bedenkt man die neuere und gegenwärtige Dominanz von »Stadt« und »Verstädterung«. Immerhin bereitet jetzt das Bändchen von Wolfgang R. Krabbe über »Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert«¹⁴ den Boden für fällige Detailforschung. Die Schwerpunkte in Krabbes Darstellung geben dieser hoffentlich bald und ernsthaft einsetzenden Einzelforschung bereits zwei Themen mit auf den Weg: die viel besungene, aber kritisch – trotz Heffter – noch kaum untersuchte »städtische Selbstverwaltung« und der weitgreifende Prozeß der »Verstädterung«.

Für die städtische Zeitgeschichte hat sich der Berichterstatter drei Titel ausgewählt, bezeichnenderweise Einzelgeschichten. Da ist Michael Simmons' »Deutschland und die Geschichte Berlins von 1871 bis 1990«¹⁵ ungemein reizvoll, sich die deutsche Geschichte und die Berliner Geschichte von einem so bedeutenden englischen

Publizisten erzählen zu lassen. Theoriegesättigt dagegen der von Adelheid von Saldern herausgegebene Sammelband »Stadt und Moderne«¹⁶ (wie auf der Schutztitelseite alleine steht), es handelt sich, wie hernach vermerkt, um die Stadt »Hannover in der Weimarer Republik«. Das Buch bringt viele neue und gewichtige Perspektiven, derer sich künftige zeitgeschichtliche Stadtforschung im Detail wird annehmen müssen. Lesens- und bedenkenswert vor allem das von der Herausgeberin bestrittene Schlußkapitel »Die Stadt in der Zeitgeschichte«. Ein großer und zu Recht weithin gewürdiger Erfolg war die vom September 1989 bis Juli 1990 gezeigte Ausstellung »Stuttgart im Zweiten Weltkrieg«.¹⁷ Es ist für diese Ausstellung enorm viel erarbeitet und umgesetzt worden. Marlene P. Hiller, zuständig für die Ausstellung und den fünfhundert Seiten starken Katalog, hat hier auch für die jüngste Stadtgeschichte wichtige Dienste geleistet. Den Katalog haben Fachleute bestritten, mit wenigen Ausnahmen, etwa die Fritz Richerts, der seine eigene Geschichtsphilosophie traktiert, etwa in der Gewißheit, daß »Entzug von Schlaf«, so einfach ist das, »das erfolgreichste Mittel gegen Rebellion« sei. Wohlan, möchte man sagen.

»Kunstgeschichte als Stadtgeschichte« zu erleben (oder umgekehrt), scheint ein beliebtes Kapitel historischer Stadtforschung werden zu wollen. Giulio Carlo Argan hat 1984 in Rom eine »Storia dell'arte come storia della città« erscheinen lassen, die jetzt in einer von Volker Breidecker und Heinz Jatho besorgten deutschen Übersetzung vorliegt.¹⁸ Argans ambivalente Theorie – Kunst bringt die sichtbare Gestalt der Stadt hervor, aber die Stadt ist es auch, die das Kunstwerk hervorbringt – vermag zweifellos die histo-

rische wie die gegenwärtige Stadt in eine aufs Neue erhellte Interdependenz zu bringen. Wer immer sich mit Neubauplänen in der alten Stadt beschäftigt, müßte diese Aufsätze gelesen haben. Nicht ganz von dieser programmatischen Konsequenz ist Cord Mecksepers »Kleine Kunstgeschichte der deutschen Stadt im Mittelalter«.¹⁹ Ein derart komplexes Unterfangen könnte zur Überprüfung reizen, beispielsweise zur Frage, ob der Vf. die neuere Forschung zum St. Galler Klosterplan registriert hat, ob der, wie er meint, »verschwommene Ausdruck »gewachsene Stadt« ganz so durchgängig abzulehnen sei, ob Karl Grubers Bild »eines Gleichmaßes regelmäßiger Hausreihen« nun wirklich und in allen Fällen »alles andere als zutreffend« war. Aber das wären keinesfalls zentrale Details. Der insgesamt großartige Versuch des Vfs., die Korrespondenz zwischen Sozialsituation und Stadtbautsituation, kurz: zwischen Architektur und Geschichte herzustellen, ist, wiewohl da und dort mit vagen Verknüpfungen erkaufte, gelungen. Man wünschte sich gerade bei einem Werk wie diesem, daß der »konventionelle« Stadthistoriker mehr als bislang davon Kenntnis nähme.

Gewissermaßen eine Probe aufs Exempel ist das von Vilém Lorenc bestrittene Werk über die Prager Neustadt, das sich den Titel »Das Prag Karls IV.« gefallen lassen mußte.²⁰ Wie hier ein historisch geschulter Architekt und Planer die ursprüngliche Gestalt der Prager Neustadt herausarbeitet und in ihr das Abbild des himmlischen Jerusalem zu sehen wagt, ja nachzuweisen vermag, ist, ohne alle Abstriche sei's gesagt, faszinierend.

Untersuchungen dieser Art dürften in erster Linie dazu beigetragen haben, die mittelalterliche Stadt als Kunstwerk anzusprechen und zu interpretieren. Hugo Borger hat in Zusammenar-

¹⁰ GEORG SCHMIDT, Der Städtetag in der Reichsverfassung. Eine Untersuchung zur korporativen Politik der Freien und Reichsstädte in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts (= Veröff. des Instituts f. europ. Gesch. Mainz, Abt. Universalgesch., Bd. 113 = Beitr. zur Sozial- u. Verfassungsgesch. des Alten Reiches Nr. 5), Wiesbaden / Stuttgart: Franz Steiner 1984, 575 S., DM 88,-.

¹¹ DIETMAR-H. VOGES, Die Reichsstadt Nördlingen. 12 Kapitel aus ihrer Geschichte, München: C. H. Beck 1988, 351 S., 35 Abb., Ln. DM 48,-.

¹² Reichsstädte in Franken. Katalog zur Ausstellung (= Veröff. zur Bayerischen Geschichte u. Kultur Nr. 14/87); Reichsstädte in Franken, Aufsätze Bd. 1 und Bd. 2 (= Veröff. zur Bayerischen Gesch. u. Kultur Nr. 15, 1/1987 u. 15, 2/1987), alle Bände: München: Bayerische Staatskanzlei / Haus der Bayerischen Geschichte 1987, 295 S., 387 S. u. 444 S., zahlr. Abb., Katalogpreis DM 25,-.

¹³ HANS-PETER BECHT (Hrsg.), Pforzheim in der frühen Neuzeit. Beiträge zur Stadtgeschichte des 16. bis 18. Jhs. (= Pforzheimer Geschichtsblätter, Bd. 7), Sigmaringen: Jan Thorbecke 1989, 184 S., 11 Abb., Pappbd. DM 32,-.

¹⁴ WOLFGANG R. KRABBE, Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Einführung (= Kleine Vandenhoeck-Reihe 1543), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1989, 224 S., kart. DM 21,80.

¹⁵ MICHAEL SIMMONS, Deutschland und Berlin. Geschichte einer Hauptstadt 1871–1990, Berlin: Argon Verlag 1990, 327 S., 24 Abb., DM 38,-.

¹⁶ ADELHEID VON SALDERN (Hrsg.), Stadt und Moderne. Hannover in der Weimarer Republik, Hamburg: Ergebnisse Verlag 1989, 364 S., DM 32,-.

¹⁷ MARLENE P. HILLER (Hrsg.), Stuttgart im Zweiten Weltkrieg. Ausstellungskatalog, Gerlingen: Bleicher 1989, 558 S., zahlr. Abb.

¹⁸ GIULIO CARLO ARGAN, Kunstgeschichte als Stadtgeschichte, übersetzt von Volker Breidecker und Heinz Jatho, München: Wilhelm Fink Verlag 1989, 325 S., DM 44,-.

¹⁹ CORD MECKSEPER, Kleine Kunstgeschichte der deutschen Stadt im Mittelalter. Darmstadt: Wissenschaftl. Buchgesellschaft 1982, 306 S. mit 87 Zeichnungen und anhängendem Tafelteil mit 160 Tafeln. DM 49,-.

²⁰ VILÉM LORENC, Das Prag Karls IV. Die Prager Neustadt. Aus dem Tschechischen übertragen von Peter Zieschang, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1982, 208 S. mit 183 Abb., Plänen u. Karten (teils auf mehrseitigen Ausklapptafeln), DM 148,-.

beit mit Frank Günter Zehnder unter dem Stichwort »Die Stadt als Kunstwerk« schon vor Jahren einen, seit 1986 in zweiter Auflage vorhandenen Band herausgebracht.²¹ Das schöne Buch gilt Köln und damit freilich einem einzigartigen Fall seit 1411 erhaltener Stadtansichten (F. G. Zehnder). In seinem siebten Kapitel »Die Stadt als Kunstwerk« gelingt Borger der Nachweis, daß und wie sehr eine Stadt dieses Schlags von unübersehbar künstlerischem Bauwillen gestaltet worden ist. Methodisch nicht viel anders untersucht Donald J. Olsen²² die Strukturen, Entwicklungen und zeitgenössischen Bewertungen von London, Paris und Wien. Er macht damit klar, daß »Stadtkunstwerk« keinesfalls eine Provinz der mittelalterlichen Jahrhunderte bleibt. Olsen versucht, die moralische und intellektuelle Botschaft »seiner« Städte leidenschaftslos zu würdigen. Er fördert damit Zusammenhänge und Fakten zu Tage, die der urbanistischen Debatte verlorengegangen sind und dringend der Erinnerung bedürfen. Auch dem von Hans Belting und Dieter Blume herausgegebenen, gleichfalls opulenten Werk²³ über die »Malerei und Stadtkultur in der Dantezeit« möchte man Verbreitung auch gerade unter den Stadthistorikern wünschen. Der Band versteht sich »nicht als Angebot einer alternativen Kunstgeschichte«, sondern will einfache Fragen aufgreifen, die (wie bisher gar nicht üblich) über den einzelnen Künstler und sein Werk hinausführen, gipfelnd in der Frage nach der Rolle der Bilder in der städtischen Kultur jener Zeit. Im Grunde könnte man einen so einfachen Band wie den von Fritz Reu-

ter²⁴ herausgegebenen mit den Wormser Handzeichnungen von Peter und Johann Friedrich Hamman schon neben diesen methodischen Ansatz stellen: Innenansichten einer Stadt vom Ausgang des 17. Jahrhunderts, die nur einen Mangel haben, daß sie offenbar nur in einer recht mitgenommenen und verderbten Qualität erhalten sind.

Inwieweit »Natur« in der mittelalterlichen Stadt zu den städtebaulich-konstitutiven Elementen gehört hat, ist mehr und mehr zu einer Frage der neuesten Stadtgeschichtsforschung geworden. Der »Garten« in seiner historischen Gestalt und Entwicklung gehört in diesen Zusammenhang. Die – sehr disparaten – Quellen zur Erforschung der Gärten des Mittelalters hat Dieter Hennebo zusammengetragen und interpretiert, in einem Band,²⁵ der allein durch die subtile Wiedergabe der Bild-Vorlagen besticht. Auch die Bemühungen um die mittelalterliche Stadtgestalt werden von diesem Werk profitieren. Auch in dem »Der Landschaftsgarten« überschriebenen Buch²⁶ Adrian von Buttlars läßt sich vieles für die Gestaltgeschichte der Stadt abgewinnen. Das Buch gilt, so der Untertitel, der »Gartenkunst des Klassizismus und der Romantik«. Den »Englischen Garten« beim Jagdschloß Eulbach (bei Michelstadt), von 1802 bis 1807 vom kurpfälzischen Gartenarchitekten Friedrich von Sckell angelegt und noch heute zumindest für Süddeutschland ein Vorzeigestück ersten Ranges, habe ich im – sonst mustergültig gestalteten – Buch nicht gefunden. Die »Gärten, Freiheitsbäume, republikanischen Wälder, heiligen Berge und die Jugendparks in der Französischen Revolution« haben Hans-Christian und Elke Harten zum Gegenstand einer einläßlichen

²¹ HUGO BORGER / FRANK GÜNTER ZEHNDER, Köln. Die Stadt als Kunstwerk. Stadtansichten vom 15. bis 20. Jahrhundert, Köln: Greven Verlag 1986, 336 S. mit 8 Karten, 51 vierfarbigen u. 157 s.-w. Abb., Ln. DM 78,-.

²² DONALD J. OLSEN, Die Stadt als Kunstwerk. London, Paris, Wien. Aus dem Englischen von Niels Kadritzke, Frankfurt / New York: Campus Verlag 1988, 418 S. mit 150 teilweise farbigen Abb., geb. DM 98,-.

²³ HANS BELTING / DIETER BLUME (Hrsg.), Malerei und Stadtkultur in der Dantezeit. Die Argumentation der Bilder, München: Hirmer 1989, 264 S. mit 156 Abb., geb. DM 58,-.

²⁴ FRITZ REUTER, Peter und Johann Friedrich Hamman. Handzeichnungen von Worms aus der Zeit vor und nach der Stadtzerstörung 1689 im »Pfälzischen Erbfolgekrieg«, Worms: Bücher Bessler 1989. 117 S., DM 44,-.

²⁵ DIETER HENNEBO, Gärten des Mittelalters. München / Zürich: Artemis 1987, 205 S., mit 93 zum Teil vierfarbigen Abb. DM 78,-.

²⁶ ADRIAN VON BUTTLAR, Der Landschaftsgarten. Gartenkunst des Klassizismus und der Romantik, Köln: Du Mont 1989, 290 S., 168 Abb. DM 39,80.

Untersuchung gemacht,²⁷ damit auch partienweise Stadt- und Stadtplanungsgeschichte berührend. Für den Stadthistoriker bleibt bemerkenswert, daß die Revolution nicht die moderne Industriegesellschaft haben wollte, sondern die Versöhnung von gesellschaftlichen (und auch urbanem) Leben mit »Natur«. Die »Natur« ist Sinnbild von Freiheit und Harmonie. Ist das, nach der ersten absolutistischen, die zweite, »demokratische« Zerstörung dessen, was die Stadt mit sich brachte und wovon sie leben wollte?

Moderne und hochentwickelte Techniken der Bildwiedergabe haben den Büchern zur Stadtbaugeschichte – Karl Gruber hat seine »Bilder« noch selber gezeichnet – ungeahnte Möglichkeiten eingeräumt. Das 1958 als englische Ausgabe in London erschienene, jetzt in der Übersetzung von Gerlinde Quenzer erhältliche²⁸ Buch von Mark Girouard mit dem lapidaren Titel »Die Stadt« ist eigentlich keine Stadtbaugeschichte und will auch keine sein. »Menschen, Häuser, Plätze. Eine Kulturgeschichte« steht im Untertitel. Aber natürlich bietet das reich illustrierte Werk auch Architektur. Entwürfe und Grundrisse interessieren den Vf. unter dem Aspekt, welche zeittypischen Bedürfnisse sich an ihnen ablesen lassen. Wird daraus mitunter ein vergleichsweise geschichtsarmer Einblick in Stadtalltag und Stadtleben und manchmal – der Berichterstatter erinnert sich an seinen eigenen Buchtitel »Babel oder Jerusalem« – ein geistesgeschichtlicher Exkurs unter der Überschrift »Babel oder Jerusalem«, so reicht Michael Webb einhelliger Kost: einen großangelegten architektur- und planungsgeschichtlichen Überblick über Aussehen und Funktion des Platzes von der Antike bis in

die Gegenwart.²⁹ Manchmal hat man den Eindruck, als ob sich der Vf. – auf diesem schmalen Raum zumal und mit einer kleinen Handvoll teilweise nicht einmal einschlägiger Literatur – übernommen hätte. Das Kollektivleben der Stadtgemeinde in seinem Niederschlag auf den Platz – das ist ein schier uferloses Thema, freilich in einem Sammelband noch weniger zu fassen als im Wurf eines Einzigen.

Ernst Schirmacher ist ein solcher Wurf gelungen, in einem Buch, das mit »Stadtvorstellungen«³⁰ freilich, wie dem Berichterstatter scheint, nicht sehr glücklich getauft worden ist. Gemeint ist der Versuch, dem Gestaltungsprinzip der mittelalterlichen Stadt auf die Spur zu kommen. Schirmacher ist der erste nach Karl Gruber, der die mittelalterliche Stadt in ihrem Gestaltplan zu rekonstruieren versucht, mit mehr praktischen Arbeitselementen als Gruber sie in seiner Suche nach dem »System« und dem Ordnungsprinzip zu verwenden vermochte. Schirmachers Werk, aus großer interdisziplinärer Kenntnis und alter Erfahrung heraus geschaffen, ist vielleicht der wichtigste Beitrag unserer Berichtszeit zur historischen Stadtauforschung, anregend, mahndend und verweigernd nicht nur für den Stadtbauhistoriker, sondern auch für den Denkmalpfleger und Planer: ein in der Breite der Perspektive historisch gesättigtes und reifes Buch, das sich indessen immer von Gegenwartsfragen und -aufgaben getragen weiß. Wer heutzutage mit der Erneuerung alter historischer Städte zu tun hat, wird die Lektüre dieses Buches, dessen Autor 1987 mit dem »Prix Européen de la Reconstruction de la Ville« ausgezeichnet wurde, nicht übergehen können.

Die Idealstadt der Renaissance hat mancherlei Untersuchung erfahren in neuerer Zeit. Jetzt

²⁷ HANS-CHRISTIAN UND ELKE HARTEN, Die Versöhnung mit der Natur. Gärten, Freiheitsbäume, republikanische Wälder, heilige Berge und Tugendparks in der Französischen Revolution, Reinbek: Rowohlt 1989, 240 S., mit zahlr. Abb., DM 98,-.

²⁸ MARK GIROUARD, Die Stadt. Menschen, Häuser, Plätze. Eine Kulturgeschichte, Frankfurt / New York: Campus Verlag 1987. 408 S. mit 314, größtenteils vierfarb. Abb., geb. mit Schutzumschlag DM 98,-.

²⁹ MICHAEL WEBB, Die Mitte der Stadt. Städtische Plätze von der Antike bis heute. Aus dem Englischen von Christa Broermann und Helmut Dierlamm, Frankfurt / New York: Campus Verlag 1990, 250 Abb., davon 109 in Farbe, geb. DM 98,-.

³⁰ ERNST SCHIRMACHER, Stadtvorstellungen. Die Gestalt der mittelalterlichen Städte – Erhaltung und planendes Handeln, Zürich / München: Artemis 1988, 372 S., 176 Abb., DM 118,-.

hat Hanno-Walter Kruff »Städte in Utopia«³¹ systematisch zusammengestellt und unter stadtbaugeschichtlichen Aspekten interpretiert. Es liegt in der Natur der Sache, daß dem spezifisch kunsthistorisch arbeitenden Vf. der Zugang zur allgemeinen Geschichte und Stadtgeschichte schwerer gefallen ist. »Christianopolis ist eine Stadt für religiös verfolgte«, dieser Satz bringt eine arge Verkürzung dessen, was Andreae mit seiner »Christianopolis« ursprünglich gemeint hat (und es hätte die Sache nur informativer gemacht, hätte Vf. schlicht vermerkt, daß der Erstausgabe der »Christianopolis« zwei Pläne, einer aus der Vogelperspektive und ein Grundriß, beigegeben waren).

Schade ist, daß Siegfried Gerlachs Buch über »Die deutsche Stadt des Absolutismus« außer dem Titel nichts mehr zum Thema bietet.³² Es handelt sich um eine Vorstellung von Residenzstädten im 18. Jahrhundert, »im Spiegel barocker Vedouten und zeitgenössischer Pläne«, wie der Untertitel verrät. Der Berichterstatter vermag hier nirgendwo Neues zu entdecken. Die bastionäre Fortifikation der barocken Residenzstadt, die Regularität des städtischen Grundrisses, die Einheitlichkeit des Stadtaufisses – das waren geläufige Erklärungsmuster schon der zwanziger Jahre. So kann das »Resümee« des Buches nur den Aufguß – zugegeben – disparater Forschungsergebnisse von früher bringen.

Neuland betritt hingegen Wolfgang Brönnner³³ mit seinem schönen und ausgereiften Buch über »Die bürgerliche Villa in Deutschland«. Warum

sich der Vf. mit 1830 die eine, mit 1890 die andere Grenze gesetzt hat, wird nicht ganz ersichtlich. Aber derlei Einschnitte haben alle etwas Problematisches an sich, goldene Regeln gibt es da nicht. Aus überlegener und auch praktischer Kenntnis heraus vermag Vf. die wichtigsten Architekturzentren Deutschlands, die dort entwickelten Architekturprinzipien und Haustypen mit jeweils anderer Hausstruktur vorzustellen, für den Geschmack des konventionellen Stadthistorikers von etwas zu zaghaft geschildertem geschichtlichen Hintergrund, dafür aber mit bravourösem, an der deutschen Kunsttopographie geschultem architekturgeschichtlichen Teil. Als Artikulation junger betroffener Kritiker mag das Büchlein von Achim Felz gelten.³⁴ Es ist, was man vermuten möchte, kein »Verriß«, sondern eher eine bemerkenswerte gezügelte Informationsschrift. Wer die Art und Unart des modernen Städtebaus in nuce zusammengefaßt haben will, wird sich dieses 1983 im damals Ostberliner Verlag Neues Leben erschienenen Taschenbuchs gewiß mit Gewinn bedienen.

Das Bild ist wie gesagt in eine andere Dimension gerückt, nicht mehr nur Illustration, sondern Dokumentation. Das hat jetzt auch die historische Stadtforschung, wo es allein im Blick auf das Stadtgehäuse viel zu sehen gibt, auf andere Füße gestellt. Maria Jureka hat die neuen Möglichkeiten wahrgenommen³⁵ und sich der Steinbrücken in Deutschland auch in diesem dokumentarischen Sinne angenommen. Es ist sehr viel mehr als ein »Bilderbuch« daraus geworden. Im geschichtswissenschaftlichen Sinne fehlt natürlich noch viel, um der mit vielen »alten« Vorgaben bestückten neuen historischen Disziplin »Brückenkunde« Boden zu geben.

Nimmt man derlei Titel als Abzweigungen der alten Kunsttopographie, dann hätte man es vor einem halben Jahrhundert dabei belassen. Heute steht neben der Bautopographie unmittel-

³¹ HANNO-WALTER KRUFF, Städte in Utopia. Die Idealstadt vom 15. bis zum 18. Jahrhundert zwischen Staatsutopie und Wirklichkeit, München: C. H. Beck 1989, 203 S. mit 141 Abb. auf 68 Tafeln, Ln. DM 68,-.

³² STEGFRIED GERLACH, Die deutsche Stadt des Absolutismus. Im Spiegel barocker Vedouten und zeitgenössischer Pläne (= Erdkundliches Wissen, Bd. 101), Stuttgart: Franz Steiner 1990, 80 S. mit 32 Abb., davon 7 farbig, Kart. DM 38,-.

³³ WOLFGANG BRÖNNNER, Die bürgerliche Villa in Deutschland 1830–1890 unter besonderer Berücksichtigung des Rheinlands (= Beiträge zu den Bau- und Kunstdenkmälern im Rheinland, Bd. 29), Düsseldorf: Schwann 1987, 542 S., mit 22 farbigen und 580 s.-w. Abb., Ln. in Schuber DM 88,-.

³⁴ ACHIM FELZ, Babylons Töchter. Städtebau zwischen Vergangenheit und Zukunft, Berlin: Verlag Neues Leben 1983, 174 S. mit 42 Abb., DM 4,10.

³⁵ BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR (Hrsg.), Steinbrücken in Deutschland, Düsseldorf: Beton Verlag 1988, 472 S., 350 Abb. davon 25 farbig, 127 Tafeln, DM 240,-.

bar die Bauerhaltung, neben der Altstadtgeschichte die Altstadtsanierung. Aus der reichen und anschwellenden Literatur hierfür sei der von Rainer Reinisch besorgte Band herausgehoben.³⁶ Reinisch, von Haus aus Architekt, begnügt sich nicht mit einer baulichen und architektonischen Bestandsaufnahme, wemgleich das schon viel ist. Er bemüht sich immer auch um das »Wesen« und die Originalität der jeweiligen alten Stadt. Daß er bei der praktischen Sanierung und vor Ort dabei großartige Erfolge erzielt hat, macht das Buch doppelt wertvoll.

Ob man Werner Rietdorf mit seinem Plädoyer für »Innerstädtisches Bauen als Einheit von Erhaltung und Umgestaltung«³⁷ das gleiche Lob wird zollen wollen, scheint eine noch offene Frage. Das Buch bringt allein 343 Fotos, Bilder, die sozusagen Hoffnungsträger sein könnten, aber auch grausame Dokumente sind für Stadterstörung. Im Kapitel »Stadterhaltung und Stadterneuerung« zitiert Rietdorf aus dem Programm der SED von 1976: der Wohnungsneubau solle mit der Rekonstruktion und Erneuerung von Wohngebieten verbunden werden. Kein Zweifel, daß die innerdeutsche Stadtdenkmalpflege in dieser Hinsicht eine Riesenaufgabe, wahrlich eine Jahrhundertaufgabe vor sich hat, gerade im Blick auf die (vielen) alten Städte der ehemaligen DDR. Aus den mustergültigen und monumentalen Denkmalpflege-Bänden, erinnert sei nur an den von Friedrich Mielke geschriebenen Potsdam-Band, ragt der Sachsenwidmete³⁸ heraus. Er stammt, die merkwürdig verschlüsselte Titelei muß man zweimal lesen, von Heinrich Magirus. Er darf als gewichtiger Beitrag zur Geschichte der deutschen Denkmal-

pflege gelten, das heißt für eine in Generationen gewachsene, unendlich hingebungsvolle Arbeit, von der die jetzt neu einsetzende Stadtsanierung in den ostdeutschen Bundesländern, nicht nur in Sachsen, viel profitieren könnte.

Daß diese Stadtsanierung nicht nur »Technik« verlangt, ist in Kürze zum Gemeinplatz geworden. Es gehört – neben Geld – wesentlich auch die rechte Gesinnung dazu, die Erkenntnis, daß zwischen Wohnen und Bauen Wechselspiele sich auf tun und daß das »Denkmal« keine selbständige und in sich schlüssige Größe darstellt. »Das Denkmal als Frage und Aufgabe« aufs Korn genommen zu haben,³⁹ ist das Verdienst von Georg Mörsch. Sein Buch zeichnet sich nicht nur dadurch aus, daß hier in fairer Weise Pro und Contra das Wort erteilt worden ist, sondern auch, daß auf jeden billigen Effekt verzichtet worden ist. Vielleicht darf in diesem Zusammenhang auch der Sonderband der Neuen Rundschau von Ausgang 1988 zitiert werden;⁴⁰ es geht dabei um Städtebau, aber auch um Stadtkultur, Karl-Dieter Keim hat Gewichtiges dazu zu sagen. Umfassend ist die Frage nach der Gültigkeit des »Denkmals« jetzt angegangen worden durch Wilfried Lipp.⁴¹ Er untersucht auf breitem Boden die Entstehung des Denkmalbewußtseins in der bürgerlichen Gesellschaft. Der erste Teil gilt der »Natur«, als ästhetischer Begriff, als Fluchtraum und so weiter, der zweite der Geschichte und der Geschichtlichkeit, die dann im »Landschaftsgarten« und in der Emanzipation des Denkmals ihre Konsequenzen finden. Eine derart einläßliche und breite Untersuchung des bürgerlichen Denkmalbewußtseins gab es bisher nicht. Bleibt nur anzumerken, daß Denkmalschutz heute, etwa in den angesprochenen ostdeutschen Bundesländern und den »alten« Städten dort, nicht (nur) zentrale Formen

³⁶ RAINER REINISCH, Altstadt in Österreich. Erinnerung an die Vergangenheit. Zukunft für die Vergangenheit, Wien / München: Verlag Christian Brandstätter 1985, 199 S. mit 71 Farbb. von Gerhard Trumler und 114 historischen Fotografien, DM 98,-.

³⁷ WERNER RIETDORF, Stadterneuerung. Innerstädtisches Bauen als Einheit von Erhaltung und Umgestaltung mit 168 Zeichnungen und 343 Fotos, Berlin: VEB Verlag für Bauwesen 1989, 256 S., DM 44,-.

³⁸ HEINRICH MAGIRUS, Geschichte der Denkmalpflege Sachsens von den Anfängen bis zum Neubeginn 1945, Berlin: VEB Verlag Bauwesen 1989, 360 S., 441 Abb., 8 Seiten farbig, Ln. DM 82,-.

³⁹ GEORG MÖRSCH, Aufgeklärter Widerstand. Das Denkmal als Frage und Aufgabe, Basel / Boston / Berlin: Birkhäuser Verlag 1989, 144 S., DM 68,-.

⁴⁰ Neue Rundschau. 99. Jahrg. 1988, Heft 4: Städtebau: Das steinerne Leben.

⁴¹ WILFRIED LIPP, Natur – Geschichte – Denkmal. Zur Entstehung des Denkmalbewußtseins der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt / New York: Campus Verlag 1987, 482 S., DM 68,-.

kollektiver Identifikationen meint, sondern schlicht Existenzerhaltung: das sind zweierlei Paar Stiefel.

Stadtgeschichte ist auch Raumgeschichte; die historische Geographie und Sozialgeographie haben hier – man denke nur an Christallers Terminus vom »zentralen Ort« – wichtige Beisteuer geliefert. In gleicher Weise fungiert der von Klaus Fehn herausgegebene und redigierte erste Band der Reihe »Siedlungsforschung«,⁴² der sich dem Schwerpunktthema »Stadtrandphänomene« widmet, genauer gesagt Stadtrandphänomene in Groß-Berlin und Köln. Erscheinung und Wirkung von »Natur« ist mit diesem Blick auf die Ränder der Verstärkung verbunden; die »Landschaft« wirkt nicht selten auf die ihr zugehörige (nurmehr kleinere?) Stadt zurück. Der »Geschichte der Landschaft« haben Geoffrey und Susan Jellicoe ein monumentales Werk gewidmet,⁴³ von der Vorgeschichte bis zum Ende des 17. Jahrhunderts, wo die »moderne Landschaft« entdeckt wird, so »liebvoll« und gründlich, daß sich durch die Hintertür ein Bangen um das Gleichgewicht von Mensch und Landschaft eingeschlichen hat.

In der ökologischen Perspektive ist gerade die Stadt zum Problemkind Nr. 1 geworden. »Auf dem Weg zur Landschaft des Humanismus«, wie im Jellicoe-Band übersetzt wird (für die Älteren unter uns wirkt das eher mißverständlich), haben sich bereits Themen wie »Stadt und Natur im Mittelalter« zu Wort gemeldet,⁴⁴ diesmal nicht von einem angelsächsischen Wissenschaftler bestritten, sondern von einem italienischen. Fumagallis Band ist eine subtile ja sensible Untersuchung, verknüpft mit mehreren Disziplinen

⁴² KLAUS FEHN u. a. (Hrsg.), Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie, Bd. 1. Bonn: Verlag Siedlungsforschung 1983, 302 S., 29 Abb., DM 78,-.

⁴³ GEOFFREY JELICOE / SUSAN JELICOE, Die Geschichte der Landschaft. Aus dem Englischen von Wolfgang Rhiel, Frankfurt / New York: Campus Verlag 1988, 399 S., 734 Abb., DM 98,-.

⁴⁴ VITO FUMAGALLI, Der lebende Stein. Stadt und Natur im Mittelalter. Aus dem Italienischen von Renate Müller-Buck (= Wagenbachs Taschenbücherei 164), Berlin: Klaus Wagenbach 1989, 136 S., 11 Abb., DM 14,50.

und für die deutsche Stadtforschung lehrreich in jeder Hinsicht. Ihm geht es – für diese Frühzeit – bereits um umgestaltete und schließlich mißhandelte Landschaft. Alfred Barthelmess⁴⁵ hat die Probleme von Landschaftsschutz und Landschaftspflege geschichtlich dargestellt, als einen Komplex ökologischer und spezialpsychologischer Beziehungen, mit interessanten Hinweisen etwa auf die Rolle von Stadtgrün und Stadtparks oder die Interdependenzen zwischen Städten und Landschaft.

»Umweltgeschichten« sind bereits im Kommen, natürlicherweise Sammelbände zunächst und Ergebnisse erster, da und dort durchgeführter Detailuntersuchungen. Der von Franz-Josef Brüggemeier und Thomas Rommelspacher herausgegebene Band beschäftigt sich mit einer Geschichte der Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert,⁴⁶ während der von Bernd Herrmann edierte mit der »Nutzung von Tieren im Mittelalter zwischen Elbe und Oder« beginnen kann.⁴⁷ Schon früh scheint das eingesetzt zu haben, was wir heute als Ausbeutung und Schädigung von Umwelt empfinden. Daß die »Stadt« dabei eine zentrale Rolle spielt, hat der von Joachim Winter und Jürgen Mack besorgte Band »Herausforderung Stadt«⁴⁸ deutlich gemacht; sein Untertitel verspricht »Aspekte einer Humanökologie«. Keine Frage, daß diese ersten Ansätze zu einer historisch-geographischen Umweltforschung der

⁴⁵ ALFRED BARTHELMESS, Landschaft. Lebensraum des Menschen. Probleme von Landschaftsschutz und Landschaftspflege geschichtlich dargestellt und dokumentiert (= Orbis Academicus, Sonderbände 2/1 ff.), Freiburg / München: Karl Alber, 384 S., Ln. 68,- DM.

⁴⁶ FRANZ-JOSEF BRÜGGEMEIER / THOMAS ROMMELSPACHER (Hrsg.), Besiegte Natur. Geschichte der Umwelt im 19. u. 20. Jahrhundert (= Beck'sche Reihe 345), München: C. H. Beck 1987, 198 S., Paperback DM 19,90.

⁴⁷ BERND HERRMANN (Hrsg.), Umwelt in der Geschichte. Beiträge zur Umweltgeschichte (= Kleine Vandenhoeck-Reihe 1544), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1989, 152 S., 12 Abb., DM 17,80.

⁴⁸ JOACHIM WINTER / JÜRGEN MACK (Hrsg.), Herausforderung Stadt. Aspekte einer Humanideologie (= Ullstein Sachbuch 34535), Frankfurt / Main – Berlin: Ullstein 1988, 328 S., 56 Abb. u. Tabellen, DM 19,80.

weiteren wissenschaftlichen und theoretischen Stützung bedürfen. Jürgen Hagel, erfahren in diesem Metier wie wenige und in moderner Stadtgeschichte im besonderen zu Hause,⁴⁹ hat einen ersten Anlauf dazu unternommen, auch im Blick auf die Sinnfrage des Ganzen. Sein Fazit mündet in der Aufgabe, »daß wir den Umweltproblemen der Vergangenheit nachgehen müssen, um Folgerungen für die Gegenwarts- und Zukunftsgestaltung ziehen zu können«.

Wir werden innerhalb der Disziplin »historische Umweltforschung« gewichtige Beisteuern noch zu erwarten haben; mit dem von Josef Semmler herausgegebenen Band »Der Wald in Mittelalter und Renaissance« scheint ein guter Anfang gemacht.⁵⁰ Daß dabei auch Räume mit angesprochen werden, ist nicht zu übersehen, der Wald beispielsweise als Raum, in dem in Mittelalter und Renaissance eine eigene Lebens- und Rechtssphäre sich entwickeln konnte. Früher hat man, zu Nadlers Zeiten und vor allem in den »Artnachweisen« des Dritten Reiches den Raum als Geburtsstätte einer bestimmten Haltung und einer bestimmten Geistigkeit empfunden. In der – hierfür sehr, sehr fruchtbaren – Bonner Aubin- und Petri-Schule sind wichtige Arbeiten entstanden. Das von Paul Pieper verfaßte Buch über »Das Westfälische in Malerei und Plastik« gehört dazu,⁵¹ unter Verwendung einer vor 1945 durchaus selbstverständlichen Nomenklatur (»Westfälisches im 13. und 14. Jahrhundert« usw.). Bedauerlich ist nur, daß außer einem versuchten Seitenblick auf »das Schlesische« eigentlich nichts übrig bleibt. Gibt

⁴⁹ JÜRGEN HAGEL, Aufgaben und Probleme der historisch-geographischen Umweltforschung, insbesondere im Hinblick auf Umweltprobleme der frühen Neuzeit, in: KLAUS FEHN u. a. (Hrsg.), Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie, Bd. 6, Verlag Siedlungsforschung Bonn 1988, S. 129–145, DM 78,-.

⁵⁰ JOSEF SEMMLER (Hrsg.), Der Wald in Mittelalter und Renaissance (= Studia Humaniora. Düsseldorfer Studien zu Mittelalter und Renaissance, Bd. 17), Düsseldorf: Droste 1991, 250 S., Paperback DM 49,80.

⁵¹ PAUL PIEPER, Das Westfälische in Malerei und Plastik (= Der Raum Westfalen, Bd. IV), Münster: Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung 1964, 205 S., 168 Abb., Ln. DM 32,-.

es das noch, raumprägende Elemente? Man würde sich am liebsten, wie Giovanni Romano das jüngst im Blick auf Landschaft und Landleben in der italienischen Malerei getan hat,⁵² auf reines Registrieren und Konstatieren zurückziehen. Die Quellen dieser schönen Untersuchung entstammen zwar »überwiegend dem oberitalienischen Raum«, aber veranlassen die Vfn. nicht zu weiteren, »raumbedingten« Schlüssen. Ähnlich »modern« verfährt die Kunstgeographie von Rhein und Maas,⁵³ wengleich manche Reminiszenzen an die alte Bonner Schule noch deutlich werden. Jedenfalls meint man heute erkennen zu können, daß »Stil« in einem bestimmten Zentrum, einer Stadt oder einer Bauhütte, vorgebildet wird. Die stilgeschichtlich orientierte Kunstwissenschaft widmet sich heute den Verbreitungswegen eines Stils von seinem Ursprung aus. Dabei spielen politische und soziale Gegebenheiten, aber auch Erscheinungen wie Künstlerwanderungen oder Kunstimport eine Rolle. Die Raumfrage ist gewissermaßen entideologisiert.

Geistesgeschichtliche Untersuchungen haben die »Stadt« merkwürdigerweise schon immer nur selten inauguriert. Der »Markt« und das »Forum« waren (und sind?) die historisch bewegenden Kräfte; »Kultur« versteht man als Accessoire. Dabei gewinnt die Stadtgeschichte ungewöhnlich an Farbe, berücksichtigt man die Stimmen derer, die der Literatur in der »Stadt« zum Ausdruck verholfen haben. Daß Carl Joachim Classen⁵⁴ die »Stadtbilder« der Descriptiones und

⁵² GIOVANNI ROMANO, Landschaft und Landleben in der italienischen Malerei. Aus dem Italienischen von Thomas Frank (= Kleine kulturwissenschaftliche Bibliothek, Bd. 19), Berlin: Klaus Wagenbach 1989, 106 S., 52 Abb., DM 23,-.

⁵³ HANS ERICH KUBACH / ALBERT VERBEEK, Romanische Baukunst an Rhein und Maas, Bd. IV. Architekturgeschichte und Kunstwissenschaft, Berlin: Dt. Verlag für Kunstwiss. 1989, 1241 Abb., 722 S., DM 274,-.

⁵⁴ CARL JOACHIM CLASSEN, Die Stadt im Spiegel der Descriptiones und Laudes urbium in der antiken und mittelalterlichen Literatur bis zum Ende des zwölften Jahrhunderts (= Beiträge zur Altertumswissenschaft, Bd. 2), Hildesheim / Zürich / New York: Georg Olms – um ein Nachwort vermehrte 2. Aufl. 1986, 131 S., DM 22,80.

Laudes urbium der antiken und mittelalterlichen Literatur gesammelt hat, ist ein verdienstvolles Unterfangen; er hat damit eine – für den Umsichtigen spürbare – Lücke gefüllt. Moderne Pendant hierzu liefern die beiden von Bernhard und Margrit Zeller⁵⁵ beziehungsweise von Horst Brandstätter und Jürgen Holwein⁵⁶ besorgten Bände über baden-württembergische »Städte in alter Zeit« und über Stuttgart (»Dichter sehen eine Stadt«). Die beiden Bände liefern unendlich viel für – lokale und regionale – Geistesgeschichte der Stadt. Habhafter wird man natürlich des »Städtegeists«, wenn man ein Buch wie das von Kurt Andermann herausgegebene in die Hand bekommt.⁵⁷ Er und seine Mitarbeiter legen eine Fülle von Material vor, der Berichterstatter denkt allein an die Beisteuer von Peter Johaneck über »Historiographie und Buchdruck im ausgehenden 15. Jahrhundert«, das die geistige Bedeutung der Stadt in dieser Region hinreichend unterstreicht. »Straßburgs geistige Luft um die letzte Jahrhundertwende« hat Max Rehm seinen Erinnerungsband überschrieben:⁵⁸ ein geistiges Zentrum von Rang, liebevoll beschrieben von einem, der im Windschatten des Münsters Kindheit und Jugend verbracht hat.

Summa: die Stadt als Heimat? Auffallenderweise war und ist das »kein Thema«. Daß man die Stadt nur als Durchgangsstation annehme, dagegen hat man schon vor Jahrzehnten ge-

kämpft. Ein jüngst herausgegebener Sammelband⁵⁹ mit dem recht engagiert-modernen Titel »Heimat heute« verfährt hier wie seine zahllosen Vorgänger auch: »Heimat« assoziiert, wie einer der Mitautoren sagt, die Vorstellung der »Welt im Kleinen«. Ziemlich hilflos der Appell eines der Mitherausgeber und verdächtig in der Formulierung, Heimat müsse »auch für den in der Stadt – auch in der industriell geprägten Großstadt – Heranwachsenden möglich sein«. Und wenn dies nicht »möglich« ist?

Bietet die Stadt deshalb keine Heimatqualität, weil der Städter über Gebühr schnell und oberflächlich lebt? Heinz Gernhold zielt jedenfalls in seiner Satire »Jesus kommt in die Stadt«⁶⁰ in diese Richtung; der Autor hätte, ein halbes Jahrtausend zurück, Berthold von Regensburg heißen können. Als ein Komplementärstück könnte Eckhardt Köhns »Straßenrausch« gelten,⁶¹ ein Versuch zur Literaturgeschichte des Flaneurs und damit ein Stadtphänomen par excellence, gerade hier mit dem – typisch städtischen? – Beigeschmack des Schillernden und Zwielfichtigen. Und wiederum ein Kontrapunkt: Hans Mayers »Stadtansichten«.⁶² Man könnte das Buch mit »Erinnerungen an Berlin, Köln, Leipzig, München und Zürich« überschreiben. Aber das Bändchen gibt sehr viel mehr her, blitzartige Analysen, die vor allem geistesgeschichtliche Assoziationen in Hülle und Fülle bloßlegen. Mayers scheinbar spontane und jedenfalls essayistische »Ansichten« finden eine fleißig aufgearbeitete Ergänzung in Klaus R. Scherpes Sammlung von Großstadtdarstellungen in Moderne

und Postmoderne;⁶³ auch dies ein – leider auf dem Umschlag nicht vermerkter – Sammelband, der in manchem einem Prolegomenon zu einer Geistesgeschichte der Stadt gleichkommt. Daß Volker Klotz' »Erzählte Stadt« nunmehr im gleichen Verlag in einem Taschenbuch vorliegt, sei in diesem Zusammenhang erwähnt.⁶⁴ Was Klotz an neuen Wertkategorien zur Geschichte der europäischen Stadt mit diesem Buch geschaffen hat, ist früher schon in dieser Zeitschrift unterstrichen worden. Jede moderne Geistesgeschichte der Stadt hätte von diesem Werk auszugehen.

Stadtgeschichte ist eo ipso Sozialgeschichte im weitesten Sinne des Wortes: die Geschichte des Zusammenlebens. Dazu gehört das Wohnen wie das Feiern, die Arbeit wie das Festen. Zu letzterem haben wir jetzt einen instruktiven Sammelband »Stadt und Fest«.⁶⁵ Er verweist auf die große Rolle, die Städte bei der Herausbildung einer europäischen Festkultur gespielt haben, wobei die eigentliche Dominanz des feudalen Festes (und seiner Vorbildlichkeit für die Stadtkultur) vielleicht ein wenig untertrieben wird; man kann diese – langlebige – Dominanz wohl gar nicht unterschätzen. Zum Wohnen, auch in der Stadt, hat Lutz Franke einen Sammelband zusammengestellt.⁶⁶ Es geht hier weniger um die geschichtliche Dimension, die Lutz Niethammer seinerzeit in einem Band hat zu Wort kommen

lassen, sondern um die Möglichkeiten, der soziokulturellen Umwelt »Stadt« die Qualitäten eines menschenwürdigen Lebensraums abzugewinnen bzw. zurückzugewinnen. Daß dabei der Verkehr eine ganz entscheidende Rolle spielt, hat Hermann H. Saitz durch sein Werk »Der Verkehr der großen Städte« einmal mehr klar gemacht.⁶⁷ Er kommt seiner Arbeit, obwohl das Werk seinerzeit in der DDR erschien, auf wohlthuend unideologische Weise nach: Er versucht »einfach«, seinen Lesern neue, leistungsfähige Verkehrssysteme vorzustellen und sie im Kontext ihrer Beziehungen zum Gesamtgebiet »Stadt« zu charakterisieren.

Mehr und mehr wird klar, daß es in der Stadt und im Städtebau um den Menschen geht, um den »Bürger«. Daß die Bürgerin, die Frau, in der jüngsten Literatur die Aufmerksamkeit vor allem auf sich gezogen hat, können wir uns erklären. Nach dem ungeniert einseitigen Buch von Shulamith Shahar (»Die Frau im Mittelalter«, 1981) und der gründlichen Behandlung des Themas »Frauen im Mittelalter« durch Edith Ennen (erstmalig 1984) hat Erika Uitz ein Buch über »Die Frau in der mittelalterlichen Stadt«⁶⁸ geschrieben, eine wunderbar gelungene Darstellung, die das Wohnen in der Stadt um ein wesentliches Kapitel bereichert, mit selten überlegter und gelungener Bilddokumentation übrigens, das Buch sollte für seine so sinnvolle wie schöne Ausstattung besonderes Lob erhalten.

Frauengeschichte ist zur Hälfte Fürsorge- und Sozialgeschichte; für die Stadtgeschichte ist das ein altes und gewohntes Thema. Robert Jütte hat diesen Themenkomplex erweitert durch einen umfassenden Blick auf die obrigkeitliche Armenfürsorge in deutschen Reichsstädten der frühen Neuzeit.⁶⁹ Lebendig geschrieben und vor al-

⁵⁵ BERNHARD und MARGRIT ZELLER (Hrsg.), Städte in alter Zeit. Eine literarisch-historische Reise durch Baden und Württemberg, Stuttgart: J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung 1989, XII u. 339 S., 61 Farb- und 16 s.-w. Abb., DM 58,-.

⁵⁶ HORST BRANDSTÄTTER / JÜRGEN HOLWEIN (Hrsg.), Stuttgart – Dichter sehen eine Stadt. Texte und Bilder aus 250 Jahren, Stuttgart: J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung 1989, 391 S., 254 Abb., 48 in Farbe, Ln. DM 98,-.

⁵⁷ KURT ANDERMANN (Hrsg.), Historiographie am Oberrhein im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit (= Oberrheinische Studien Bd. 7), Sigmaringen: Jan Thorbecke 1988, 398 S., 1 Abb., Ln. mit farbigem Schutzumschlag, DM 68,-.

⁵⁸ MAX REHM, Straßburgs geistige Luft um die letzte Jahrhundertwende. Grenzlandschicksal des Elsaß, Bad Neustadt a. d. Saale: Dietrich Pfähler 2. wesentl. erweiterte Aufl. 1984, 158 S., DM 34,-.

⁵⁹ HANS ZEHETMAIR / HELMUT ZÖPFL (Hrsg.), Heimat heute, Rosenheim: Rosenheimer Verlagshaus Alfred Förg 1989, 167 S., geb. DM 22,-.

⁶⁰ HEINZ GERNHOLD, Jesus kommt in die Stadt. Satire, Berlin: Verlag Frieling & Partner 1988, 96 S., Paperback DM 19,80.

⁶¹ ECKHARDT KÖHN, Straßenrausch. Flanerie und kleine Form. Versuch zur Literaturgeschichte des Flaneurs bis 1933, Berlin: Das Arsenal 1989, 344 S. mit vielen Abb., engl. Broschur DM 68,-.

⁶² HANS MAYER, Stadtansichten, Berlin / Köln / Leipzig / München / Frankfurt am Main: Suhrkamp 1989, 161 S., DM 28,-.

⁶³ KLAUS R. SCHERPE (Hrsg.), Die Unwirklichkeit der Städte. Großstadtdarstellungen zwischen Moderne und Postmoderne. (= rowohlt's enzyklopädie 471), Reinbek bei Hamburg: Rowohlt's Taschenbuch Verlag 1988, 332 S. mit 36 Abb., DM 19,80.

⁶⁴ VOLKER KLOTZ, Die erzählte Stadt. Ein Sujet als Herausforderung des Romans von Lesage bis Döblin (= kulturen und ideen in rowohlt's enzyklopädie 464), Reinbek bei Hamburg: Rowohlt's Taschenbuch Verlag 1987, 576 S., DM 24,80.

⁶⁵ PAUL HUGGER (Hrsg.), Stadt und Fest. Zur Geschichte und Gegenwart europäischer Festkultur. Festschr. der Phil. Fakultät I der Universität Zürich zum 2000-Jahr-Jubiläum der Stadt Zürich, Unterägeri: W & H Verlag / Stuttgart: J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung 1987, 276 S., 50 Abb., Brosch. DM 49,-.

⁶⁶ LUTZ FRANKE (Hrsg.), Menschlich wohnen (= Reihe Campus, Bd. 1002), Frankfurt / New York: Campus 1985, 168 S., DM 17,80.

⁶⁷ HERMANN H. SAITZ, Der Verkehr der großen Städte, Berlin: VEB Verlag für Verkehrswesen 1983, 296 S., 253 Fotos und 102 graph. Darstellungen, DM 38,-.

⁶⁸ ERIKA UITZ, Die Frau in der mittelalterlichen Stadt, Stuttgart: Verlag Dr. Bernhard Abend 1989, 204 S., 103 Abb., 39 farbig, Ln. DM 48,-.

⁶⁹ ROBERT JÜTTE, Obrigkeitliche Armenfürsorge in deutschen Reichsstädten der frühen Neuzeit. Städtisches Armenwesen in Frankfurt am Main und Köln, Köln: Böhlau 1984, 416 S., 416 Abb., geb. DM 118,-.

lem den »Spitalalltag« einfangend präsentiert sich Bernhard Stiers Arbeit über das Pforzheimer Zucht- und Waisenhaus.⁷⁰ Jüngere Zeiten und, wie es scheint, komplexere Problematik hellt das von Wolfgang Hardtwig und Klaus Tenfelde edierte Sammelwerk⁷¹ über »Soziale Räume in der Urbanisierung«, eine Münchener Fallstudie, auf. Einen vom Stoff her »natürlich« dramatischeren Prozeß rückt Richard J. Evans ins Licht, die Hamburger Choleraepidemie zwischen 1830 und 1910.⁷² Der Choleraepidemie von 1892 kommt, wie Evans nachweist, insofern besondere Bedeutung zu, als sie zeigte, daß das alte Regierungs- und Verwaltungssystem Hamburgs nicht mehr in der Lage war, auf moderne urbane Krisen adäquat zu reagieren.

Das Wechselspiel zwischen »Stadt« und »Bürgertum« kann zum positiven und negativen Pendelausschlag führen. Heinz Stob hat dieser hier nicht einmal angedeuteten Gesamtproblematik drei Bände »Altstädtisches Bürgertum« beige-steuert, 1978 den Band »Herrschaft und Gemeinverfassung« sowie den Band »Erwerbsleben und Sozialgefüge«. Jetzt liegt, 1989 erschienen,⁷³ ein Band »Siedlungsgestalt und bauliches Gehäuse« vor. Er hat, wie man erwarten könnte, mit soziologischer Betrachtungsweise nichts mehr zu tun, dafür mit planungs- und baugeschichtlichen Studien vor allem Norddeutschlands. Enger am Thema bleibt der von

Lothar Gall herausgegebene Sammelband »Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert«,⁷⁴ der mit seinen fünf Beiträgen dem Wandel des Bürgertums und der bürgerlichen Herrschaft in der Stadt vor dem Wandel des Urbanisierungsprozesses nachzugehen versucht. Das Buch ist, mitten im Gestrüpp immer aufs neue soziologisierender Veröffentlichungen, von einer wohlthuenden Klarheit und Knappheit.

Einer der Mitautoren des Bandes, Jürgen Reulecke, hat in gleicher Stringenz eine »Geschichte der Urbanisierung in Deutschland« geschrieben.⁷⁵ Daß die Arbeit eines gerade in dieser Thematik so erfahrenen Autors Wesentliches zu den rechtlichen und sozioökonomischen Grundlagen der modernen Stadt, zu den Etappen der Verstädterung und der Mobilisierung menschlicher und materieller Ressourcen bringt, war zu erwarten. Derlei historisch-kritische und aus interdisziplinärem Boden erwachsene Arbeitsweise vermag mit alten Klischees aufzuräumen. Beate Brüggemann und Rainer Riehle tun das im Blick auf das »Dorf«:⁷⁶ Der Wehmut über das »verlorene« Dorf weicht das hoffnungsfrohe Bild vom Dorf als einer hartnäckigen Sozialform mit offenbar unverwelklichem Eigen-Sinn. Daß die Konstituierung einer städtischen Gesellschaft unmittelbaren Zuzug vom Dorf auch in neuerer Zeit erhalten kann, macht jetzt Gilberto Freyre mit seinem Band »Das Land in der Stadt« klar;⁷⁷ die Entwicklung der urbanen Gesellschaft Brasiliens konnte dieser Beisteuer gar nicht entbehren.

Daß damit ein, man möchte sagen, jahrhundertaltes Problem, die Bemühung nämlich um

⁷⁰ BERNHARD STIER, Fürsorge und Disziplinierung im Zeitalter des Absolutismus. Das Pforzheimer Zucht- und Waisenhaus und die badische Sozialpolitik im 18. Jahrhundert (= Quellen und Studien zur Geschichte der Stadt Pforzheim, Bd. 1), Sigmaringen: Jan Thorbecke 1988, 244 S., 26 Abb. u. Tab., DM 38,-.

⁷¹ WOLFGANG HARDTWIG / KLAUS TENFELDE (Hrsg.), Soziale Räume in der Urbanisierung. Studien zur Geschichte Münchens im Vergleich, München: Oldenbourg 1989, 280 S., 16 Bildtafeln, geb. DM 98,-.

⁷² RICHARD J. EVANS, Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830–1910, Reinbek bei Hamburg: Rohwolt 1990, 848 S., geb. DM 78,-.

⁷³ HEINZ STOB (Hrsg.), Altstädtisches Bürgertum. Drei Bände. Dritter Band: Siedlungsgestalt und bauliches Gehäuse (= Wege der Forschung, Bd. 65 646), Darmstadt: Wissensch. Buchgesellschaft 1989, 337 S., zahlr. Abb., DM 79,-.

⁷⁴ LOTHAR GALL (Hrsg.), Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert (= Stadt und Bürgertum Band 1) München: Oldenbourg 1990, 197 S., DM 68,-.

⁷⁵ JÜRGEN REULECKE, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland (= Neue Historische Bibliothek – edition suhrkamp. Neue Folge Bd. 249), Frankfurt am Main: Suhrkamp 1985, 232 S., DM 14,-.

⁷⁶ BEATE BRÜGGEMANN / RAINER RIEHLE, Das Dorf. Über die Modernisierung einer Idylle. Mit einem Nachwort von Albert Ilien, Frankfurt am Main / New York: Campus 1986, 246 S., DM 28,-.

⁷⁷ GILBERTO FREYRE, Das Land in der Stadt. Die Entwicklung der urbanen Gesellschaft Brasiliens (= dtv Wissenschaft 4537), München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1990, 568 S., DM 29,80.

eine haltbare Definition von »Stadt«, angeschnitten wird, ist offenbar. 1977 hat man in Paris eine Schrift »Ville panique« erscheinen lassen; als »Panik Stadt« ist sie 1977 in deutscher Übersetzung erschienen.⁷⁸ Gelassener und hoffnungsfroher wirkt Hartmut Häußermanns und Walter Siebels »Neue Urbanität«.⁷⁹ Sie gehen in ihrem Blick auf eine reformierte Stadtgesellschaft weniger vom Unterschied zwischen Stadt und Land als vielmehr von der notwendigen Beseitigung regionaler Ungleichheiten aus. Ihre Analyse der Veränderungen bildet die Grundlage für eine Stadtpolitik, welche die vorherrschenden Trends als Chance für eine neue Zukunft begreift. Ähnlich verfährt Johannes Boettner.⁸⁰ Ihm ist es ein Anliegen, mit den neuen kulturellen Techniken auch eine neue Urbanität aufzuwachen zu sehen. Sein Prinzip Hoffnung besteht darin, in der oft beklagten Entstrukturierung eine neue Stadt-Kultur zu erkennen, die nicht mehr das Privileg bestimmter Lokalitäten ist. Gewissermaßen die Probe aufs Exempel legt der von Volker Hauff herausgegebene Band »Stadt und Lebensstil« ab.⁸¹ »Stadtluft macht frei« erlebe eine Renaissance, Stadt sei (wieder) Lebensstil geworden »und dabei Grundlage ei-

ner Vielfalt von Lebensstilen«. Der Herausgeber hatte die seltene Gelegenheit, seinen und seiner Mitautoren Thesen als amtierender Oberbürgermeister einer der wichtigsten deutschen Städte, Frankfurts, an der urbanen Wirklichkeit zu messen oder gar in die Tat umzusetzen. Mittlerweile ist er zurückgetreten. Eine Kapitulation der »Stadtkultur«?

Vielerlei dieser spezifisch modernen und aktuellen Stadt- und Großstadthematik kommt in den Frankfurter Hefen vom Februar 1989 zu Wort,⁸² Baugeschichtliches ebenso wie Planerisches, »Die Schönheit der Stadt« ebenso wie die Kreuzberger Straßengewalt und Autonomiebewegung. Und schließlich eröffnet das Universitäts-Heft vom Juni 1989⁸³ einen besonderen Blick auf die »Zukunft der Stadt«. Auch hier hat sich, gleichsam durch die Hintertür, leiser Optimismus eingeschlichen und etabliert. »Reurbanisierung« nennen das Werner Polster und Klaus Voy. Sie sei vorerst nicht viel mehr als eine Hoffnung. »Grüne Romantizismen, Anti- und Postmodernismus und das dominante Modell des stadtnahen Landlebens beherrschen die Szene. Wo bleiben die Modelle eines urbanen Lebens?«

⁷⁸ Panik Stadt. Eine Publikation der Bauwelt im Verlag Vieweg. Redaktion: ULRICH CONRADS u. a., Berlin / Braunschweig: Bertelsmann Fachzeitschriften GmbH. / Friedr. Vieweg & Sohn Verlagsgesellschaft 1979, 127 S., 51 Abb., DM 29,80.

⁷⁹ HARTMUT HÄUSSERMANN / WALTER SIEBEL, Neue Urbanität (= edition suhrkamp Neue Folge Bd. 432), Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1987, 264 S., DM 16,-.

⁸⁰ JOHANNES BOETTNER, Himmlisches Babylon. Zur Kultur der veränderten Gesellschaft, Berlin / New York: Walter de Gruyter 1989, VI u. 220 S., Kart. DM 44,-.

⁸¹ VOLKER HAUFF (Hrsg.), Stadt und Lebensstil. Thema: Stadtkultur (= Psychologie heute: Taschenbuch 515), Weinheim / Basel: Beltz 1988, 198 S., DM 14,-.

⁸² Die neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, 36. Jahrgang, Nr. 2 Februar 1989 [Thema: Traum und Trauma der großen Stadt], Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 1989, S. 100–192.

⁸³ Universitas. Zeitschrift für Wissenschaft, Kunst und Literatur, 44. Jahrgang, Nr. 516, Juni 1989 [Schwerpunkt: Zukunft der Stadt], Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 1989, S. 511–559.

Wilhelm Ribhegge

Neue Übersichtlichkeit?

Arbeiten zur Stadt- und Regionalgeschichte

Stadt und Region spielen in der Hierarchie unseres öffentlichen Lebens, zumal derer, die darüber berichten, seien es Journalisten für die Gegenwart oder Historiker für die Vergangenheit, eine vergleichsweise unbedeutende Rolle. Es sei ganz merkwürdig, schreibt Thomas Ellwein in seiner »Geschichte der Bundesrepublik seit den 60er Jahren« (1989), »daß von der Politik des Bundes so viel und den stillen Leistungen der Städte hierzulande so wenig die Rede ist«. Er bezieht sich dabei auf die Ergebnisse einer Tagung an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, die unter dem Titel »Zur Situation der kommunalen Selbstverwaltung heute« veröffentlicht wurde¹. Deren Teilnehmer, Landespolitiker, Kommunalpolitiker und Verwaltungswissenschaftler hatten sich zum Teil, jedoch nicht alle, das Schlagwort von »der neuen Unübersichtlichkeit« zur Umschreibung der gegenwärtigen Probleme der Kommunalpolitik zu eigen gemacht. Man konstatierte einen generellen Rückgang der Beteiligung bei Kommunalwahlen im Gegensatz zu Bundestags- und Landtagswahlen und vermutete ein Desinteresse der Bürger an der eigenen Stadt. Dem wurde entgegengehalten, der Mißstand rühre weniger von den Bürgern als von der Situation der Öffentlichkeit her, die in Presse, Funk und Fernsehen eindeutig die nationalen Probleme bevorzuge. Kritisch wurde auch die Rolle der Parteien in der Kommunalpolitik beschrieben, deren Ehrgeiz oft dazu führe, daß sich Debatten in einem Stadtparlament wie eine Bundestagsdebatte ausnahmen. Der ehemalige NRW-Minister für Stadtentwicklung Christoph Zöpel meinte, in den Städten spiegelte sich der Zustand der Gesellschaft wie in einem

Brennglas wider. Seine Behauptung: »Die Stadt wird dadurch konstituiert, daß es ein *Gefüge von Häusern* gibt, um derentwillen Menschen zusammenkommen und in denen sie zu Hause sind«, löste allerdings Widerspruch aus. Zöpel hatte dabei die Stadt in einer alternden Industrielandschaft im Auge gehabt und an die jahrzehntelange Vernachlässigung städtebaulicher Zusammenhänge erinnert. Der Oberbürgermeister von Fulda, Wolfgang Hamberger, hielt dem entgegen, eine Stadt sei mehr, sie sei auch Kulturlandschaft, und die Solidarität im Innern einer Stadt spiele auch eine Rolle. Am optimistischsten beschrieben die Wissenschaftler Arthur Benz und Joachim Jens Hesse die Situation der Kommunen, gerade weil sich hier die einzigartige Situation des Schnittfelds von Politik und Verwaltung ergäbe. Die »Vernetzung« beider Bereiche vor Ort sei eigentlich keine Gefahr, sondern eine Chance. »Gefordert ist vielmehr eine Politik der örtlichen Nähe, die sich der dezentral zu erbringenden Integrations- und Innovationsleistungen erinnert, ohne den Steuerungsbedarf komplexer Gesellschaften zu negieren« (Hesse).

Allerdings, dies macht der Tagungsbericht auch deutlich, neigen selbst Kommunalpolitiker und -wissenschaftler, die sich mit sehr konkreten Dingen zu befassen haben, zu reichlich pauschalisierenden Aussagen, die »die neue Unübersichtlichkeit« eher herbeibeschwören als daß sie sie beschreiben. Geradezu auffallend ist im nachhinein, daß bei dieser Tagung von 1986 die Städte der DDR überhaupt nicht erwähnt wurden und auch die Geschichtlichkeit der Städte Praktiker wie Theoretiker nicht berührte. Man blieb bei dieser kommunalen Gemeinschaft ein wenig unter sich. Dabei zählt die kommunale Selbstverwaltung zu den dauerhaftesten historisch-politischen Traditionen in Deutschland. Das belegt eindrucksvoll das neue handliche Buch von Wolfgang R. Krabbe »Die deutsche

Stadt im 19. und 20. Jahrhundert«, seit Heinrich Heffters »Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert« (1954) die einzige und erste Gesamtdarstellung zu diesem Komplex.² Anders als Heffter will Krabbe keine Geschichte der Ideen und Institutionen schreiben. Er gliedert sein Buch in größere Sachkomplexe, darunter einiges zur Theorie der Stadt »im Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft«, zur Entwicklung der Kommunalverfassung, zu dem Problem von Bürgergemeinde und Einwohnergemeinde, das unerwartet durch die Frage des kommunalen Ausländerwahlrechts eine neue Aktualität gewonnen hat, der Verstädterung und Industrialisierung im 19. Jahrhundert, der Entstehung der modernen Dienstleistungsfunktion der Stadt im 20. Jahrhundert und damit zusammenhängend der Tendenz zur Bürokratisierung, Professionalisierung und Politisierung der Stadtverwaltung und liefert einen klugen historischen Überblick über die Leiden des kommunalen zentralen Nervensystems, die Finanzen der Städte, das Jahr für Jahr bei der Einbringung des kommunalen Etats von den städtischen Kämmerern beklagt wird. Geschichte, die Geschichte der Städte im Verbund von Land und Reich bzw. Bund, ist hier immer konkret, nie allgemein und weitläufig. Lediglich ein kurzes abschließendes Kapitel befaßt sich mit den »Epochen der deutschen Stadtgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert«. Der Stil ist klar und verständlich, die Gedankenführung problembewußt und sachbezogen. Das Buch ist offensichtlich als Einführung für Studierende gedacht. Es kann aber auch Teilnehmern an kommunalpolitischen Symposien empfohlen werden. Denn es liefert historische Übersichtlichkeit, wo andere in der Gegenwart nur Unübersichtlichkeit zu entdecken vermögen.

Gerade heute gewinnt die Stadt und die deutsche Tradition der kommunalen Selbstverwaltung im 19. und 20. Jahrhundert eine zentrale gesamtdeutsche Bedeutung. Sie rückt schon deswegen ins historische Rampenlicht, weil die Stadt die einzige politische Einrichtung ist, die

wie ein alter Baum alle Brüche und Umbrüche der deutschen Geschichte dieser beiden Jahrhunderte mitgemacht hat und dabei im Gegensatz beispielsweise zu dem Deutschen Reich oder zu dem Land Preußen nicht untergegangen ist. Man soll die Geschichtlichkeit der deutschen Stadt allerdings nicht verklären. Denn gerade in der Stadt, wo sich das alltägliche Zusammenleben der Menschen, der sozialen Gruppen, der Vereine und lange Zeit auch der Klassen abspielte, wird auch die historische Negativbilanz der deutschen Geschichte besonders deutlich, weil sie immer konkret ist. Man denke an die Situation der Städte im Ersten Weltkrieg, die entwürdigende Rolle, die sie in der NS-Zeit gespielt haben, und an die Zerstörung von Urbanität, Liberalität und kommunaler Lebensqualität, wie sie die 40jährige Geschichte der DDR gezeichnet hat. Das Leben der modernen Gesellschaft, die eine urbane Gesellschaft ist, nicht nur eine urbanisierte in dem mehr technischen Sinne der Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land, spielt sich eben in der Stadt ab. Um dies zu erkennen, bedarf es, wenn man so will, einer gewissen urbanen Sensibilität. Zur Urbanität gehört aber auch das Wissen und das Verständnis der Geschichtlichkeit der Stadt.

Massives Belegmaterial für die Zerstörung urbaner Lebens- und Umgangsformen liefert die Untersuchung über die Praxis der »Arisierung«, das heißt der direkten und indirekten Enteignung jüdischer Hausbesitzer, Gewerbetreibender und Unternehmer in der NS-Zeit, von Gerhard Kratzsch: »Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP«, die sich auf Teile des Ruhrgebiets und des Sauerlands bezieht.³ Hier wurde eine geschlossene Bevölkerungsgruppe der Region des südlichen Westfalens seit 1933, also bereits Jahre vor der Deportation der jüdischen Bevölkerung in die Vernichtungslager, bewußt und planmäßig aus dem Wirtschaftsleben der Städte der Region eliminiert. An Einzelfällen solcher

¹ JOACHIM JENS HESSE (Hrsg.), Zur Situation der kommunalen Selbstverwaltung heute. Stadtpolitik und kommunale Selbstverwaltung im Umbruch, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1987, DM 48,-.

² WOLFGANG R. KRABBE, Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1989, 224 S., DM 21,80.

³ GERHARD KRATZSCH, Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung, »Arisierung«, Wehrwirtschaft im Gau Westfalen Süd (Veröff. d. Provinzialinstituts für Westf. Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbands Westf.-Lippe, Bd. 27), Münster: Aschendorff 1989, 548 S., DM 65,-.

»Arisierungen« werden u. a. die Auseinandersetzungen um das Kaufhaus Kortum in Bochum, das Kaufhaus Kaufmann in Dortmund, das Kaufhaus Hess in Wattenscheid, die Bochumer Wach- und Schließgesellschaft, das Sägewerk Traugott in Niedermarsberg, die Hellweger Kornbranntweimbrennerei in Unna, das Kaltwalzwerk Boecker und Kraft in Hohenlimburg und die Metall- und Kaltwalzwerk-AG bei Hohenlimburg beschrieben. Dabei betrug die Zahl der Mitglieder der NSDAP, in deren Namen und Auftrag diese Maßnahmen durchgeführt wurden, lediglich 158 505 bei einer Bevölkerung von 2 675 694, das sind 5,9%. Die Parteimitgliedschaft in den einzelnen Städten und Landkreisen rangierte von 4,5% in Herne/Castrop-Rauxel, 5,2% in Dortmund, 6% in Bochum, 6,2% im Kreis Arnsberg, 6,7% im Kreis Iserlohn bis zu 9,5% im Kreis Wittgenstein und lag also anscheinend nirgendwo über 10%. Wie es möglich war, daß eine radikalisierte politische Minderheit der Bevölkerung dieser Region eine andere Minderheit, nämlich die jüdische Bevölkerung, aus dem wirtschaftlichen Leben dieser Kreise und Städte im südlichen Westfalen kontinuierlich und systematisch herausdrängen konnte, bleibt ein Rätsel. Allerdings zeigt der Autor wenig Neigung, sich diesen Problemen zu stellen. Statt dessen wird das Faktenmaterial in einer solchen Fülle und so überwältigend vorgebracht, daß der unbefangene Leser fast nur noch den Eindruck gewinnen kann, das mußte alles so kommen und hätte nicht anders kommen können. Es scheint, daß auch der Autor diesem Fatalismus zuneigt. Es fehlt die historische Distanz und die kritische historische Auseinandersetzung. Wenn man bedenkt, wie kritisch und wie bewußt sich gerade zahlreiche deutsche Städte im Jahre 1988 mit ihrer eigenen Vergangenheit und den Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung in Vorträgen und Ausstellungen und Zeitungsberichten auseinandergesetzt haben, so wirkt dieses Buch fast schon wie ein erratic Block unbewältigter Vergangenheit. Dazu zählt auch, daß die NS-Terminologie der Unterscheidung von »Deutschen« und »Juden«, wie überhaupt der historische Sprachgebrauch der Sprache des Dritten Reichs unreflektiert

übernommen wird. Das Buch wurde von dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe herausgebracht. War man sich dort im klaren, daß nicht jede Beschäftigung mit der Vergangenheit bereits automatisch schon eine kritische Auseinandersetzung ist? Es ist zuzugeben, daß das Belegmaterial in diesem Buch mit großem Fleiß zusammengetragen ist. Dennoch bleibt auch unter dem Aspekt des Recherchierens die Frage offen, warum die im Düsseldorfer Hauptstaatsarchiv lagernden Entnazifizierungsakten für diese Region wohl erwähnt, aber nicht ausgewertet wurden.

Die Politik der »Arisierung«, der Enteignung jüdischer Handwerker und Geschäftsleute, wurde auch in Frankreich unter der autoritären Regierung Marschall Pétains in Vichy durchgeführt, die zu Beginn des Zweiten Weltkriegs an die Macht gekommen war. Einzelheiten beschreibt die Regionalgeschichte der Bretagne von Jacqueline Sainclivier »La Bretagne de 1939 à nos jours«.⁴ Die Vichy-Regierung regierte zwar nominell in ganz Frankreich, aber die Bretagne war wie der größte Teil des nördlichen und westlichen Frankreich von deutschen Truppen besetzt. Die Kapitel über die Bretagne in der Kriegszeit von 1939 bis 1945 zeichnen ein Bild voller Kontraste. Die Region war sowohl für die Deutschen wie für die Alliierten ein begehrtes Objekt, zunächst militärstrategisch, nicht zuletzt wegen der vier großen Häfen im Süden der Bretagne, aber auch wirtschaftlich als Agrarland. Die Produkte der Bretagne dienten der Versorgung der deutschen Truppen. In diesem Land ergab sich eine paradoxe Situation. Die Bretonen waren besonders zahlreich im Ersten Weltkrieg gegen die Deutschen eingesetzt worden. Es gab zahlreiche Veteranenvereine, die sich mit Stolz an die früheren Leistungen erinnerten. Diese Gruppen sympathisierten anfangs mit der konservativ-autoritären Regierung in Vichy, die mit den deutschen Okkupanten zusammenarbeitete (»Collaboration«). Es gab in dieser Zeit eine bretonische Nationalbewegung, es gab bre-

⁴ JACQUELINE SAINCLIVIER, *La Bretagne de 1939 à nos jours*, Rennes: Editions Quest France Université 1989, 500 S., FF 180,-.

tonische Nazis, gelegentlich finden sich auch Gedanken und Zeitungen, die eine Abwandlung der nationalsozialistischen Blut- und Bodentheorie praktizierten. Dem stand aber entgegen, daß ausgerechnet die Deutschen zum ersten Mal seit Jahrhunderten das Land besetzt hatten. Ein weiterer Widerspruch ergab sich aus der kirchlichen Situation. Die Bretagne war traditionell ein bewußt religiöses katholisches Land. Die Bischöfe und der Klerus sympathisierten anfangs mit der Regierung von Vichy, weil deren konservativ-nationales Programm einer »Nationalen Revolution« (»Arbeit, Familie, Vaterland«) ihren Vorstellungen entgegenkam. Die Bretagne hatte vor 1939 traditionell die Parteien der Rechten gewählt. Auch unterstützte die Regierung Pétain im Gegensatz zu der traditionell radikalen Schulpolitik der dritten Republik die freien katholischen Schulen. Im Verlauf des Krieges, der Okkupation, und unter dem Eindruck der Leiden der Bevölkerung durch die schlechte Versorgung, die alliierten Bombenangriffe auf die Hafenstädte, der Arbeitsverpflichtungen für die Deutschen (»Atlantikwall«) ging die Geistlichkeit zunehmend auf Distanz zu der Kollaborationsregierung. Bischöfe hielten Predigten zugunsten der Liberation. Die bekannten Pilgerzüge der Bretagne (»Pardons«) endeten gelegentlich mit dem Absingen der Marseillaise. Überhaupt nahm die Beteiligung an der Sonntagsmesse und an den kirchlichen Feiern nicht ab, sondern zu.

Der eigentliche Widerstand aber wurde von Kreisen der Arbeiterschaft, des Handwerks und des Handels und der Beschäftigten der öffentlichen Unternehmen, der Bahn und der Post, organisiert. Er kam vor allem aus den industrialisierteren Städten der Südbretagne, weniger von den Bauern des Inlands. Man hörte die Botschaften de Gaulles aus London über den BBC, und in Befolgung eines Aufrufs des Generals waren an einem Neujahrstag für eine Stunde lang sämtliche Städte der Bretagne wie leergefegt. Die Mehrheit der Bevölkerung der Bretagne hatte anfangs mit Vichy sympathisiert, gegen Ende des Kriegs – zumal seit der Landung der alliierten Truppen an den Küsten der Normandie und der Bretagne im Juni 1944 – sympathisierte die Mehrheit mit

der Resistance. Nachrichtendienste wurden organisiert, Sabotage betrieben. Es kam zu Attentaten. Später lobte General Eisenhower in seinen Erinnerungen die Leistungen der Bevölkerung der Bretagne zur Einschüchterung der deutschen Okkupanten.

Es gab ein weiteres Paradox. Die Deutschen hatten natürlich von vornherein die wichtigen Kriegshäfen von Nantes, St. Nazaire, Lorient und Brest besetzt und in Lorient die U-Boot-Station ausgebaut. Folglich wurden gerade diese Städte die bevorzugten Angriffsobjekte der britischen und amerikanischen Bombardierungen. St. Nazaire, Lorient und Brest waren gegen Ende des Krieges völlig zerstört, und die Bevölkerung war längst evakuiert. Der gewünschte Sieg der Alliierten mußte also mit Zerstörungen im eigenen Land hingenommen werden. Eine starke Rolle in der Resistance spielten die 1939 verbotenen Kommunisten, aber schließlich fanden sich in ihr alle Richtungen von den Kommunisten bis zu den Monarchisten, vom Werftarbeiter bis zum Aristokraten. Nach dem Krieg und nach der Befreiung kam es ähnlich wie in Deutschland zur Entnazifizierung und zu Verfahren gegen die Kollaborateure, die gelegentlich mit der Todesstrafe endeten.

Die Entwicklung der Bretagne nach 1945 ist nicht mehr so dramatisch. Die Autorin beschreibt ausführlich und souverän die großen wirtschaftlichen, sozialen und nicht zuletzt touristischen Wandlungen, die die Bretagne bis zur Gegenwart durchgemacht hat, schließlich auch noch begünstigt durch die Aufwertung der Regionen Frankreichs durch die Politik Mitterands seit dem Beginn der 80er Jahre. Es zeigen sich sehr viele Parallelen zu regionalen Entwicklungen in Deutschland. Europäische Gemeinsamkeiten lassen sich manchmal besser in den Regionen als im starren nationalen Kontext studieren.

Gemeinsam für Deutschland und Frankreich, wiewgleich in unseren etwas ahistorischen Zeiten kaum noch bewußt, ist der enorme Wandel, der sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts in der Sozialstruktur der Städte und Gemeinden vollzogen hat. Noch bis in die 30er Jahre waren sowohl die deutsche wie die französische Gesellschaft Klassengesellschaften. Dies schlug sich un-

mittelbar in der Politik und bei den Wahlen nieder. Eine Reihe von politischen Problemen, die beide Länder lange Zeit nicht zu lösen vermochten, lassen sich zum Teil nur aus ihrer Sozialgeschichte erklären. Wer beispielsweise vor 1914 eine größere deutsche oder französische Stadt besuchte oder in ihr lebte, hatte die Klassengegensätze tagtäglich vor Augen. Er konnte dies bereits beim Frühstück feststellen, wenn ihm frühmorgens ein Junge aus einer Arbeiterfamilie die Brötchen gebracht hatte. Heute ist das durch das Verbot der Nachtarbeit für Kinder nicht mehr statthaft.

Aber es gibt gravierendere Beispiele. Die Zusammenhänge von Politik und Sozialstruktur in einer deutschen Stadt nach dem Ersten Weltkrieg beschreibt die Untersuchung von Dieter Schott, »Die Konstanzer Gesellschaft 1918 bis 1924«.⁵ Es handelt sich hier nicht um eine Idylle am Bodensee: Schott spricht durchgängig von politischen »Lagern«, die die Stadt in dieser Zeit dominierten. Schott hat den Ehrgeiz, die Stadt Konstanz als ein historisches Paradigma vorzuführen. Dementsprechend konzentriert sich die Studie auf den Aspekt der politischen Öffentlichkeit, der übrigens in der erwähnten deutschen Stadtgeschichte von Krabbe etwas unterschlagen wird. Ganz typisch war diese deutsche Mittelstadt mit etwa 30000 Einwohnern unmittelbar an der Schweizer Grenze mit starken wirtschaftlichen Verflechtungen zum benachbarten Thurgau, die nur während des Ersten Weltkriegs unterbrochen waren, wohl nicht. So waren beispielsweise bereits vor 1914 über 50% der Erwerbstätigen der Stadt im Dienstleistungsbereich beschäftigt, ein soziologisches Faktum, das in der Bundesrepublik gängig erst 50 Jahre später anzutreffen ist. Die politischen Lager in dieser ehemaligen Bischofsstadt, deren Bewohner zu drei Viertel katholisch waren, hatten sich seit den 1860er Jahren herausgebildet. Das auch in dem damaligen Land Baden bestehende Dreiklassenwahlrecht begünstigte die Liberalen, die

rechten Nationalliberalen und die linken Fortschrittler, die bis 1918 über 50% der Sitze der Stadtvertretung innehatten und den Oberbürgermeister stellten. In der Kulturkampfzeit hatte sich das katholische Zentrum gegenüber den Honoratiorenparteien der Liberalen als Volkspartei profiliert, doch hatte es praktisch eine oppositionelle Haltung einnehmen müssen. Das änderte sich alles 1919 mit dem neuen Wahlrecht. Durch das Frauenwahlrecht und den Bevölkerungszuwachs hat sich die Wählerschaft seit der Vorkriegszeit verdreifacht. Sie war zudem komplizierter geworden. Die katholischen Wählerinnen wählten treu das Zentrum, das konstant Wahlergebnisse von etwa 40% erzielen konnte. Die sogenannten bürgerlichen Parteien erzielten anfangs etwa 30, die linken Parteien SPD, USPD und später die KPD gleichfalls etwa 30%.

Während des Kriegs war es in der Grenzstadt nicht zu politischen Unruhen gekommen, selbst den Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19 hatte man mit einer gewissen Gelassenheit akzeptiert, und die ersten Wahlen 1919 hatten den Parteien der Weimarer Koalition jeweils fast 80% der Stimmen gesichert. Überhaupt hatten die Parteien der Weimarer Koalition in Baden in den 20er Jahren einen festen Stamm von etwa 60% der Wählerschaft. Spannungen, die an Kämpfe des 19. Jahrhunderts erinnerten, kamen im kulturellen Bereich auf, etwa bei der Frage der Feuerbestattung, der Stellung zu dem Freidenkerverband, mit dem SPD und DDP teilweise sympathisierten, und damit zusammenhängend der Besetzung der Stelle des Stadtschulrats. Immerhin hatte man die SPD in die Stadtverwaltung integriert und ihr einen Bürgermeisterposten zugewiesen. Neue Probleme gab es seit 1923 mit der »Hyperinflation«, die die Substanz traf. Auch die nationalpolitische Propaganda, die die damalige Ruhrbesetzung auslöste, mobilisierte die Öffentlichkeit der Stadt. Bismarck-Erinnerungsfeiern wurden veranstaltet, die nationalistischen, völkischen und zum Teil antisemitischen Charakter hatten und ein Klima entstehen ließen, bei dem sich erstmals die Nationalsozialisten zu Wort melden konnten.

Eine neue rechtsstehende Mittelstandsbewegung suchte in die bestehenden politischen La-

ger einzubrechen, mit Erfolg. Die linksliberale DDP verlor im Zuge der folgenden Wahlen erheblich, und ein Teil der bürgerlichen Wählerschaft wechselte später in das rechtsradikale Lager. Sogar aus der Arbeiterschaft, deren Wohnungen zum Teil in der wegen der alten Bausubstanz unbeliebten Altstadt lagen, kamen später Stimmen für die Nationalsozialisten: jedenfalls die *jugendlicher* Arbeiter, wie altgediente Sozialdemokraten empört feststellten. Man gewinnt aus dieser Studie von Dieter Schott den Eindruck, daß sich die Lagermentalität in dem lokalen Milieu so verfestigte, daß der politische Konsens darunter litt und nationalistische, ja nationalsozialistische Ersatzideologien an Anziehungskraft gewannen. Man wird das Gefühl nicht los, daß diese Kommunalpolitiker der

Nachkriegszeit auch von den auf sie eindringenden Fragen etwas überfordert waren. Aber solche eher praktisch-menschlichen Fragen werden von dieser manchmal etwas allzu theoriebewußt angelegten Arbeit nicht berührt. Auf der Bismarck-Erinnerungsfeier 1923 in Konstanz wurde ein Ludendorff-Ausspruch zitiert: »Deutschsein heißt Soldatsein. Und Soldatsein heißt Deutschsein.« Es stimmt hoffnungsvoll, daß sich künftige gesamtdeutsche Kommunalpolitiker mit anderen Identitätsproblemen herumzuschlagen haben. Für sie hält das Buch zudem eine historische Tröstung parat: Die Beteiligung bei Kommunalwahlen in den 20er Jahren lag um 10 bis 20% unter der bei Landtags- und Reichstagswahlen.

⁵ DIETER SCHOTT, Die Konstanzer Gesellschaft 1918–1924 (Schriftenreihe d. Arbeitskreises f. Regionalgeschichte Bodensee, Bd. 10), Konstanz: 1989, 580 S., DM 69,-.

Gerhard F. Volkmer

Zur Geschichte der Juden in den Städten

Neuere Literatur

Die staatlich organisierten Judenpogrome 1938 und die daran anknüpfenden Maßnahmen gelten gemeinhin als Einleitung einer qualitativ neuen Phase der Vertreibung der Juden aus Deutschland. In der Bundesrepublik sind die Tage um den 9. November seit Jahren im Vergangenheitsbewältigungsritual fest etabliert: Das übliche Medienfeature, die offizielle Ansprache, die Beschwörung »Nie wieder!«. 50 Jahre nach jenen Pogromen, 1988, fand eine unüberschaubare Zahl von Gedenkveranstaltungen verschiedenster Art auf lokaler Ebene statt, erschienen in den Massenmedien zahllose Beiträge zur Erinnerung an Geschichte, Vertreibung und Ermordung der Juden in Deutschland und Europa.

Nicht alle der im folgenden vorzustellenden Publikationen »verdanken« ihr Entstehen der unmittelbaren Beschäftigung mit der Pogromnacht. Das gilt in besonderem Maße für A. Barkai's Studie über Bevölkerungsentwicklung, Berufsstruktur und Einkommen der jüdischen Minderheit in westdeutschen Städten zur Zeit der Industrialisierung.¹ In mehrjähriger Arbeit in der ersten Hälfte der 1980er Jahre wurde von A. Barkai unter Mitarbeit von S. Barkai-Lasker statistisches Material über die Juden in westdeutschen Städten und Landkreisen zusammengetragen und mit Hilfe eines Computers aufbereitet. Die Ergebnisse sind, in Tabellenform wiedergegeben, im zweiten Teil des vorliegenden Buches auf ca. 90 Seiten abgedruckt. Vorangestellt ist dem Tabellenwerk eine etwa 80seitige Einführung, in der der Vf. die Entwicklung umreißt und knapp die statistischen Befunde beschreibt.

¹ AVRAHAM BARKAI / SCHOSCHANNA BARKAI-LASKER, Jüdische Minderheit und Industrialisierung. Demographie, Berufe und Einkommen der Juden in Westdeutschland 1850–1914, Tübingen: Mohr (Paul Siebeck) 1988 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 46), zahlr. Tabellen, 177 S., DM 98,-.

Für die jüdische Minderheit in Deutschland hatte die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts neben der beginnenden rechtlichen Gleichstellung eine allmähliche wirtschaftliche Konsolidierung gebracht. Diese Entwicklung ging einher mit hoher Auswanderungsrate und rascher Urbanisierung. Um die Zeit der Reichsgründung galten – regional unterschiedlich – nurmehr etwa fünf bis 25 Prozent der Mitglieder der jüdischen Gemeinden als arm.

Die Studie versucht die Frage zu beantworten, ob die Juden ihre günstige wirtschaftliche Ausgangsposition in der Phase der verstärkten Industrialisierung etwa zwischen der Jahrhundertmitte und dem Beginn des Ersten Weltkrieges halten und ausbauen konnten. An sich habe die Entwicklung des Industriereviers an Rhein und Ruhr äußerst günstige Rahmenbedingungen für eine »Normalisierung« der Berufsstruktur der jüdischen Minderheit durch vielfältige neue Tätigkeitsfelder und Aufstiegsmöglichkeiten im industriellen Sektor geboten. Zu erwarten gewesen wäre auch ein verstärkter Zuzug von Juden aus anderen Regionen des Reiches.

Doch erwies sich das westdeutsche Industrierevier keineswegs als besonders attraktiv für die jüdische Minderheit; ihre Zuwanderung in die aufstrebenden Städte blieb im allgemeinen hinter der der Gesamtbevölkerung zurück und rekrutierte sich überwiegend aus der ländlichen Umgebung sowie gegen Ende des Jahrhunderts aus Osteuropa. Auch die erwartete Umstrukturierung des Berufsspektrums fand nicht statt. Wie andernorts blieben die ansässigen Juden auch in Westdeutschland wie bisher hauptsächlich bei kommerzieller Tätigkeit und in selbständigen Positionen. Die hier beobachtete »Beharrungstendenz gruppenspezifischer Berufsstrukturen und traditionellen Wirtschaftsverhaltens« wird auch von anderen Autoren unten erwähneter Arbeiten bestätigt.

Wiederholt werden Probleme der statistischen Zusammenstellungen angesprochen, etwa die Bedeutungsänderungen der erfaßten Einteilungen über die behandelte Zeit, steuergesetzliche Änderungen, fehlende Informationen etc. Vf. spricht in seiner Studie von Westdeutschland, auch vom westdeutschen Industriegebiet, ohne daß er eine genauere Beschreibung des darunter begriffenen Raumes gibt. Die abgedruckten statistischen Unterlagen ergeben für die drei untersuchten Bereiche Bevölkerungsentwicklung, Berufsstruktur und Einkommen keineswegs deckungsgleiche Räume. Den mit Vorsicht gezogenen Schlußfolgerungen, daß die demographischen und sozioökonomischen Merkmale der im westdeutschen Industriegebiet lebenden Juden denen der gesamten jüdischen Minderheit viel ähnlicher blieben als denen der unmittelbaren, d. h. nichtjüdischen Umgebung, dürfte kaum zu widersprechen sein. Die geringe Elastizität überkommener Strukturen, charakteristisch für ethnische Minderheiten, innerhalb wie außerhalb der Gruppe, hat den Mobilitätsspielraum der Juden auch in der Zeit der Industrialisierung Deutschlands sehr verringert; selbst nach der Beseitigung der rechtlichen Beschränkungen haben zähleibige gesellschaftliche und psychologische Barrieren der jüdischen Minorität den Zugang zu objektiv gegebenen Chancen der industriellen Entwicklung vor Ort erheblich erschwert.

Die Situation jüdisch-christlicher sogenannter »Mischfamilien« im Dritten Reich beschreibt U. Büttner exemplarisch am Geschick des Dichters R. Brendel und seiner Familie.² Mehr als 50 Seiten umfaßt allein die Darstellung der Verordnungen, Gesetze, administrativen Maßnahmen, mit deren Hilfe der Lebensraum der Betroffenen aus den sog. »Mischfamilien« mehr und mehr eingengt wurde. Die Lektüre dieses einleitenden Kapitels vermittelt dem Leser das beklemmende Gefühl zunehmender Strangulierung. Die Rede-

² URSULA BÜTTNER, Die Not der Juden teilen. Christlich-jüdische Familien im Dritten Reich. Beispiel und Zeugnis des Schriftstellers Robert Brendel, Hamburg: Hans Christians 1988 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 24), Abb., 314 S., DM 34,-.

weise von der »privilegierten Mischehe« wird gründlichst entlarvt als einer jener Tarnausdrücke zur Verschleierung nationalsozialistischen Terrors.

Der aufrechte Gang des Dichters, Pazifisten, Demokraten, Pädagogen und Christen R. Brendel und seine kompromißlose, ethisch begründete Ablehnung des Nationalsozialismus sind eher atypisch, selbst für Betroffene in ähnlicher Situation. Er verstand den nationalsozialistischen Terror gegen die Juden als »Zeichen für die prinzipielle Gefährdung der Menschlichkeit in einer feindlichen Umwelt«. Dem aus dem Staatsdienst verjagten jüdischen Literaturwissenschaftler W. Kraft versicherte er 1933, daß es Deutsche gebe, »die zu Ihnen und Ihrem Volk sich bekennen in selbstverständlicher Menschlichkeit«. Bekenntnis selbstverständlicher Menschlichkeit bezeichnet den Schlüsselbegriff zum Verständnis von Leben und Tun des Menschen R. Brendel.

Das dritte Kapitel stellt die Anwendung und die Auswirkungen der im ersten Kapitel beschriebenen Regelungen auf die fünfköpfige Familie Brendel dar. Vermutlich vermag dieser Bericht kaum annähernd die Situation unter zunehmender Vereinsamung, ständiger Angst, doppelter Bedrohung durch Krieg und Verfolgung wiederzugeben. Dabei blieb die Familie von Verhaftung und Denunziation noch verschont, Zwangsarbeit des Vaters und drohende Deportation der Mutter nach Theresienstadt konnten nur »dank« schwerer Krankheiten der Eltern zunächst verschoben werden, ehe das Kriegsende die Befreiung brachte. R. Brendel starb 1947 an seiner zerrütteten Gesundheit.

Die zweite Hälfte des Buches überliefert Briefe und Teile des dichterischen Werkes von R. Brendel, Lebensäußerungen, die das Bekenntnis selbstverständlicher Menschlichkeit eindringlich unterstreichen.

Die Vf. hat mit ihrer Arbeit eine der ersten umfassenden Untersuchungen über die »Mischfamilien« als Opfer nationalsozialistischer Rassenpolitik vorgelegt, in der auch die konkreten Auswirkungen der gesetzlichen und administrativen Maßnahmen auf die Betroffenen ausführlich an einem beispielhaften Falle beschrieben werden.

Eine stärkere Einbeziehung von Frau Brendel, die ja als Jüdin ebenfalls dem Terror ausgesetzt war, hätte die Darstellung mehr abgerundet; ihr Bild bleibt merkwürdig unscharf, fast wie ausgespart.

Im einführenden Kapitel seiner Abhandlung über die Juden in Oldenburg zwischen 1930 und dem Novemberpogrom gibt D. Goertz einen knappen und prägnanten Abriss zur Sozialgeschichte der deutschen Juden in der Weimarer Republik.³ Die Entwicklung war gekennzeichnet von gegenläufigen Tendenzen innerhalb der jüdischen Minderheit wie auch im Verhältnis mit der nichtjüdischen Umwelt. Brachte die erste deutsche Republik einerseits die vollendete Emanzipation für die deutschen Juden, fand andererseits in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung ein vehementer Antisemitismus nicht geringe Resonanz. Vor diesem Hintergrund wird das Sozialgefüge der Oldenburger Juden Ausgangs der Weimarer Republik untersucht. Auch in Oldenburg kam es nicht zur »Normalisierung« der Berufsstruktur der jüdischen Einwohner: 1933 waren 68 der 78 Familienoberhäupter mit Waren- oder Viehhandel befaßt. Zunehmende antisemitische Manifestationen in Stadt und Land Oldenburg, schon vor der Jahrhundertwende einsetzend, trübten das Zusammen- oder Nebeneinanderleben von jüdischen und nichtjüdischen Oldenburgern. Der rückständige, überwiegend agrarisch orientierte Freistaat Oldenburg war das erste deutsche Land, in dem – im Mai 1932 – die NSDAP, legitimiert durch Wählervotum, die alleinige Regierung stellen konnte. Die rechtliche Gleichstellung der Juden, in Oldenburg seit März 1848 ununterbrochen Gesetz, wurde nun Zug um Zug zurückgenommen. Von da an wurde das Leben der Juden in Oldenburg von Angst dominiert, während erfinderische nichtjüdische Oldenburger mit der einen oder anderen antijüdischen Maßnahme erneut Priorität auf Reichsebene erreichen konnten. Zahlreiche antisemitische Äußerungen und

³ DIETER GOERTZ, *Juden in Oldenburg 1930–1938. Struktur, Integration und Verfolgung*, Oldenburg: Heinz Holzberg 1988 (Oldenburger Studien 28), zahlr. Abb., 227 S., DM 30,-.

Aktionen, beginnend mit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts bis hin zur Austreibung der Oldenburger Juden im Mai 1940, sind überliefert. In den Erinnerungen verjagter Juden ist dergleichen weitgehend verdrängt, wie die Auswertung einer vom Vf. vorgenommenen Fragebogenaktion ergab.

Die vorliegende Studie überzeugt durch die breite sozialgeschichtliche Fundierung wie durch die behutsame Einarbeitung von Ergebnissen der Fragebogenaktion und von Gesprächen, die mit älteren Bürgern geführt wurden. Dem Buch sind etwa 100 Seiten mit Abbildungen beigegeben, teils von Dokumenten, teils von Bildern aus dem jüdischen Leben, darunter eine Serie von neun Fotos, die den Marsch der Oldenburger Juden durch die Stadt zum Gefängnis am 10. 11. 1938 vor aller Öffentlichkeit festgehalten hat.

Die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Wesel beginnt wie in anderen niederrheinischen Städten spät, gemessen an den großen traditionsreichen rheinischen Judengemeinden.⁴ Der früheste Beleg für die Anwesenheit von Juden stammt aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Ungewiß ist, ob eine größere Gemeinde existierte, jedenfalls scheint es im Zusammenhang mit den Verfolgungen im Zuge der Pestepidemie 1350 auch in Wesel »Excesse« gegeben zu haben. Gut vierzig Jahre später werden zwei (reiche) Juden in die Bürgerliste der Stadt eingetragen – die einzigen Bürgeraufnahmen von Juden in der spätmittelalterlichen Stadtgeschichte. Erst seit 1625 sind wieder dauerhaft Juden nachweisbar. Der Übergang der Stadt in brandenburg-preußischen Besitz lieferte die Bevölkerung bald dem Zugriff des absolutistischen Staates und einer erbarmungslosen Bürokratie aus, worunter die jüdische Minderheit besonders zu leiden hatte. Am Ende des 18. Jahrhunderts waren die Weseler Juden als Folge der preußischen Judenpolitik stark

⁴ JUTTA PRIEUR (Hrsg.), *Auf den Spuren der Juden in Wesel. Aufsätze zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Wesel seit dem Mittelalter*. Wesel: Selbstverlag des Stadtarchivs 1988 (Studien und Quellen zur Geschichte von Wesel 11), Abb., 188 S., DM 20,- (z. Zt. vergriffen).

verarmt. Im Laufe der sich über Jahrzehnte hinziehenden Emanzipation gelang ihnen eine wirtschaftliche Erholung. Sie fügten sich mit ihrer politisch ungewöhnlich konservativ-patriotischen Gesinnung unauffällig in die Stadtgesellschaft ein. Mit dem Ersten Weltkrieg und dem damit verbundenen Zunehmen des Antisemitismus endete die fruchtbarste Epoche der Weseler Juden. Ihre politischen Aktivitäten wie ihre Beteiligung am allgemeinen Vereinsleben waren in der Weimarer Republik eher gering.

Schon die Titelgebung deutet an, daß das Buch nicht den Anspruch einer Gemeindegeschichte erhebt. Dennoch decken die drei Arbeiten den gesamten Zeitraum vom ersten bekannten Auftreten von Juden in Wesel bis zum gewaltsamen Ende der jüdischen Gemeinde im Dritten Reich ab. Die Herausgeberin behandelt die Jahrhunderte, für die eine kontinuierliche Anwesenheit von Juden in Wesel über längere Zeit nicht belegt ist. Ihr Aufsatz macht vor allem die Schwierigkeiten infolge mangelhafter Überlieferung deutlich. Wenn der Vf. eine breitere Öffentlichkeit als Adressat vor Augen gestanden haben sollte, wäre eine Übersetzung der mittelalterlichen Texte (z. B. S. 16, 20, 27) wenigstens in den Anmerkungen sehr nützlich gewesen.

Die Autoren der beiden folgenden Aufsätze begründen methodische und inhaltliche Einschränkungen mit der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit, ein nicht einleuchtendes Argument, da das Gedenkjahr 1988 ja vorausberechenbar war. Der zweite Aufsatz umfaßt einen Zeitraum von etwa 300 Jahren, von den absolutistischen brandenburgisch-preußischen Kurfürsten und Soldatenkönigen bis an die Schwelle des totalitären Führerstaats und dessen tödlicher Verwaltungsmaschinerie. Vermißt wird für diesen für die Geschichte der Juden in Deutschland wichtigen Zeitabschnitt vor allem eine ausführliche Darstellung zur Berufsstruktur und deren Entwicklung. Über den jüdischen Friedhof muß man sich leider andernorts unterrichten. Der Abschnitt über die Jahre der Entrechtung, Vertreibung und Ermordung – Aufsatz drei – basiert überwiegend auf persönlichen Zeugnissen. Das interessante Buch hätte wohl bei größerer zeitlicher Vorgabe gewonnen.

Im Landkreis Bergstraße existierten im 19. Jahrhundert 15 selbständige jüdische Gemeinden. In der größten unter ihnen, in Rimbach im Odenwald, betrug der Anteil der Juden an der gesamten Einwohnerschaft zwischen 1828 und 1885 stets über 10 Prozent.⁵ Die wirtschaftliche Symbiose zwischen der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung Rimbachs und den vor allem mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Vieh u. a.) handelnden ortsansässigen Juden brachte der Gemeinde einen gewissen Wohlstand und merklichen Bevölkerungszug dank neuer Verdienstmöglichkeiten. Zweimal schlugen christliche Rimbacher Angriffe auf jüdische Ortsbewohner handgreiflich zurück (1793 – quellenmäßig unscharf belegt – und 1848). Seit Mitte des 19. Jahrhunderts nahm die Zahl der jüdischen Ortsbewohner wie in anderen Landgemeinden kontinuierlich ab.

Von 1929 bis 1935 wurden die christlichen Rimbacher von einem Pfarrer aus den Reihen der »Deutschen Christen« betreut. Dieser gründete eine NSDAP-Ortsgruppe, eine SA- und eine SS-Gruppe, deren Heimabende er im Pfarrhaus abhielt. Bereits bei den Landtagswahlen 1931 entfielen in Rimbach auf die NSDAP 53,4 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

Im Gegensatz zu manchen anderen Orten scheinen die Unterlagen über die ehemaligen jüdischen Rimbacher weitestgehend erhalten zu sein. Vf. konnte also aus dem Vollen schöpfen und läßt den Leser durch Ausbreitung einer Vielzahl von Zusammenstellungen und Übersichten sowie ausführliche Quellenzitate davon profitieren. Erfreulich ist auch die Wiedergabe einiger geographischer Skizzen. So fällt der Bericht von Leben und Leistungen der jüdischen Minderheit in Rimbach sehr anschaulich aus; das gilt insbesondere für das 19. Jahrhundert, während für die Darstellung in der nationalsozialistischen Zeit eine stärkere Einbeziehung von Zeitzeugen vorteilhaft gewesen wäre. Daß das Schema-Gebet (S. 78) auf dem Kopf stehend wiedergegeben ist, wird dem Vf. längst aufgefallen sein; ebenso,

⁵ WOLFGANG GEBHARD, *Geschichte der Rimbacher Juden*, Rimbach: Gemeinde Rimbach 1987, Abb., 207 S., DM 28,-.

daß der hebräische Ausdruck für Vorsteher im Singular »Parnes« lautet (S. 80).

K. Werners Buch steht unter zwei übergreifenden Fragestellungen.⁶ Zum einen wird untersucht, inwieweit sich die polykratische Struktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems in Offenbach nachvollziehen läßt; ferner geht es um die Frage, ob auf Grund der politischen Tradition Offenbachs, des »roten« Offenbachs, in der Behandlung der jüdischen Minderheit spürbare Unterschiede zu erkennen sind. Diese Interessenschwerpunkte des Vf. führen dazu, daß ein beachtlicher Teil der Untersuchung weit über den Rahmen einer lokalen Studie hinausgreift. Der Leser mag, je nach seinem eigenen Interesse, dies begrüßen oder bedauern. Die umfassende Kenntnis des aktuellen Forschungsstands und die ansprechende Präsentation wiegen aber das Kürzertreten für den lokalen Bereich durch Zugewinn an breiten Hintergrundinformationen entschieden auf. Die Antworten auf die Leitfragen fallen eindeutig aus: Lokale Parteifunktionäre betrieben ihre eigene Judenpolitik; im Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden trat ein krasser Bruch ein.

Über den im Titel abgesteckten zeitlichen Rahmen hinausgehend und besonders begrüßenswert ist ein Kapitel zur jüdischen Gemeinde Offenbachs nach 1945. Die jüdischen Gemeinden in der BRD stehen nicht in der Kontinuität der deutschen Juden, sie sind primär Einwanderungsgemeinden für ausländische Juden. Ihre starke Mitgliederfluktuation deutet darauf, daß eine nennenswerte dauerhafte Neuansiedlung von Juden in Deutschland bisher nicht stattgefunden hat. Ungebrochen ist demgegenüber das Fortwirken antisemitischer Vorurteile. Gleichwohl hat sich nach 1945 in Offenbach wieder jüdisches Leben etabliert und die jüdische Gemeinde Offenbachs heute zur mitgliederstärksten in Hessen werden lassen.

Auf dem Gebiet des heutigen Kreises Stade lebten in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts etwa 30 jüdische Bürger. Von dieser kleinen Gruppe handelt ein aus Anlaß des 50. Jahrestags des Novemberpogroms gehaltener Vortrag von H. Lohmann.⁷ Auch Stade hatte seinen Boykotttag am 1. April 1933 und seinen Pogrom im November 1938. Hierbei wurden erstaunlicherweise »nur« materielle Schäden verursacht, auch Verhaftungen scheint es nicht gegeben zu haben. Von den üblichen Begleiterscheinungen des nationalsozialistischen Terrors gegenüber der jüdischen Minderheit blieben die paar Juden in Stade allerdings nicht verschont. Die gelegentlich geäußerte Vermutung, das Schicksal der Juden in ländlicher bzw. kleinstädtischer Umgebung sei glimpflicher verlaufen, wird für Stade nicht bestätigt. Am Ende waren 15 der 30 Stader Juden ermordet worden.

Der Vortrag entstand im Rahmen eines Projektes mit umfassenderer Themenstellung. Bei seinen Recherchen ist dem Vf. wiederholt, meist anonym, nahegelegt worden, sich mit »sinnvolleren« Themen als gerade mit der Geschichte der Judenverfolgung zu befassen.

Mehrere Gedenkreden zum 9. November 1988 versammelt eine kleine Schrift des Bremerhavener Stadtarchivs.⁸ Bedenken gegen Gedenktage äußert M. Ernst, weil sie als »institutionalisierte Alibis« das Vergessen fördern und uns von der Alltagswirklichkeit ablenken können. Solche Überlegungen sind nicht neu, aber sehr aktuell, wenn deutsche Firmen den Irak und andere Nahoststaaten mit hochmodernen Anlagen und dem know-how zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen ausrüsten, während die Regierung ganz offiziell wegsieht – und wir Gedenkveranstaltungen besuchen. Damals in der Pogromnacht verhaftete ein Polizeimeister in Bre-

⁷ HARTMUT LOHMANN, Von der Ausgrenzung zur Deportation. Zum Schicksal der Juden im Landkreis Stade, Stade: Landkreis Stade 1989 (kostenlos).

⁸ BURCHARD SCHEPER (Hrsg.), Meine Brandlegung war prima ... Vorträge und Reden zur Reichspogromnacht 1938 in Bremerhaven, Bremerhaven: Stadtarchiv 1989 (Kleine Schriften des Stadtarchivs Bremerhaven 5), Abb., 55 S., DM 7,50.

merhaven zwei der Pogromführer mit weiteren SA-Leuten wegen Begehung strafbarer Handlungen!

Als gelungen kann der Vortrag von Schulz/Weiher über die jüdische Emigration nach der Pogromnacht, bei der es sich eher um eine Vertreibung als eine Auswanderung handelte, betrachtet werden. Die Erinnerungen und Überlegungen des Stadtarchivdirektors B. Scheper bringen manches Bedenkenswerte. Bedenklich scheint mir freilich, Hitler als »Wiederkunft des Antichristen« zu interpretieren; »Teufel«, »Wahn und Teufelswerk«, »dämonischer Glanz« (S. 20/21), ich sympathisiere entschieden mehr mit dem Eingeständnis, Hitler und den Nationalsozialismus letztlich nicht vollends erklären zu können. Schepers Vortrag klingt mit der Hoffnung aus, daß Antigones Wort »Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da« heute stärker zu vernehmen sei. Im selben Werk benennt Sophokles freilich auch die Ambivalenz des Menschen: »Nichts ist unheimlicher als der Mensch, ... geht er die Bahn so des Guten, wie des Bösen.«

Die Stadt Lemgo übergab 1988 im Frenkelhaus eine Begegnungs- und Dokumentationsstelle der Öffentlichkeit, die über die Geschichte der Lemgoer Juden und ihre Vertreibung und Ermordung unterrichten soll. Zur Eröffnungsausstellung erschien der vorliegende Band über die Juden in Lemgo und Lippe.⁹ Die 20 Beiträge teilen sich in historische Untersuchungen und autobiographische Zeugnisse.

Die Angehörigen der kleinen jüdischen Gemeinde Lemgos, die um 1900 ihre größte Mitgliederzahl aufwies, waren weitgehend am Leben in der Stadt beteiligt. 1906 z. B. wurde ein jüdischer Bürger Schützenkönig. Dennoch existierten alte Vorurteile gegenüber den Juden weiterhin. Der politische Antisemitismus fand erst nach dem Ersten Weltkrieg stärkere Resonanz.

Für den des Lipper Landes Unkundigen hätte

die Beigabe einiger Landkarten die Brauchbarkeit des Buches erhöht; leider fehlt auch ein Register. Unbeschadet dieser kleinen Einschränkungen ist das mit zahlreichen Abbildungen versehene Werk ein sehr gelungener Start in die Aufarbeitung der Geschichte der jüdischen Minderheit in Lemgo und in Lippe. Neben so interessanten Abhandlungen wie »Das jüdische Wohlfahrtssystem in deutschen Klein- und Mittelstädten im 19. Jahrhundert« oder »Zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte kleinstädtischer Juden am Beispiel des Land- und Viehhandels« stehen Erinnerungen ehemaliger jüdischer Lemgoer, z. B. über Besuche von landwirtschaftlichen Berufsumschichtungskursen zur Vorbereitung auf die Emigration nach Palästina. Natürlich wird auch des in Lemgo geborenen Chr. W. Dohm gedacht, des Verfassers der epochemachenden Schrift »Über die bürgerliche Verbesserung der Juden« (1781).

In der frühen Neuzeit wurden die Juden aus fast allen größeren Städten sowie aus einer ganzen Anzahl von Ländern Deutschlands verjagt. Die Vertriebenen fanden zumeist in mediatisierten Dörfern Aufnahme, wo ihre Nachkommen unter dürftigen Verhältnissen Jahrhunderte überleben konnten, bis im Zuge von Aufklärung, Französischer Revolution und Napoleonischen Kriegen die alte Ordnung zu Bruch ging. Um 1800 lebte der größte Teil der deutschen Juden auf dem Lande. Es gab Ortschaften, in denen zu Zeiten die Mehrheit der Bewohner Juden waren, z. B. Gailingen im Kreis Konstanz oder Hagenbach und Demmelsdorf in Oberfranken. Auch dort, wo ihr Bevölkerungsanteil deutlich darunter lag, hatten die Angehörigen der jüdischen Gemeinde im 19. Jahrhundert oft wesentlichen Anteil am zunehmenden Wohlstand ihrer Heimatgemeinde. Ein Beispiel, Rimbach im Odenwald, wurde oben erwähnt; ein weiteres stellt die Gemeinde Gaukönigshofen in Unterfranken dar.¹⁰ Hier betrug der Anteil der Juden

⁹ Archiv- und Museumsamt der Alten Hansestadt Lemgo (Hrsg.), Juden in Lemgo und Lippe. Kleinstadtleben zwischen Emanzipation und Deportation, Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 1988 (Forum Lemgo, Heft 3), zahlr. Abb., 299 S., DM 19,80.

¹⁰ THOMAS MICHEL, Die Juden in Gaukönigshofen/Unterfranken (1550–1942), Stuttgart: Franz Steiner 1988 (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 38), zahlr. Abbildungen, 712 S., kart., DM 110,-.

an der Gesamtbevölkerung im 19. Jahrhundert durchwegs zwischen 20 und 15 Prozent. Fast genau 400 Jahre lebten, soweit nachweisbar, Juden in Gaukönigshofen, am Anfang mit Steinen und Unflat beworfen und verfolgt, am Ende isoliert, verfolgt, terrorisiert, vertrieben, ermordet. Dazwischen, zwischen den Napoleonischen Kriegen und dem Ersten Weltkrieg, liegen gut 100 Jahre, in denen die rund 90 jüdischen Gaukönigshofener einen überproportionalen Beitrag zur Ortsentwicklung leisteten.

Nahezu alle Juden in Gaukönigshofen verdienten ihren Lebensunterhalt mit Handel, teils mit Waren, teils mit Vieh. So waren um 1810, so war es in den 1920er Jahren, so war es um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als es mehrere jüdische Handwerker im Ort gab, die jedoch alle Handel trieben. Ein 1898 gegründetes Geschäft für landwirtschaftliche Geräte wuchs sich sehr bald zur Maschinenbauanstalt Gaukönigshofen aus, von der vornehmlich landwirtschaftliche Maschinen und Geräte repariert, selbstentwickelte Maschinen hergestellt und aus USA importierte vertrieben wurden. Die jüdischen Unternehmer, zwei Brüder, wurden die größten Arbeitgeber im Ort und beschäftigten zeitweilig über 100 Arbeiter. Das Einzugsgebiet der Fabrik betrug mehrere dutzend Kilometer im Umkreis. Ende 1930 ging die Firma in Konkurs. Weit über den Ort hinausreichende geschäftliche Verbindungen prägten auch die Tätigkeit einiger Viehhändler, die in Compagnien zusammenarbeiteten. Jungvieh wurde in der Oberpfalz und in Niederbayern angekauft, von Gaukönigshofener Bauern gemästet und dann den Schlachtviehmärkten in Frankfurt und im Ruhrgebiet zugeführt.

Die vorliegende Studie über die Juden in Gaukönigshofen gliedert deren Geschichte in fünf Epochen, die jeweils mit der Entwicklung des Reiches gekoppelt sind: Altes Reich, Königreich Bayern, Deutsches Reich, Weimarer Republik, Drittes Reich. Für jeden Zeitabschnitt werden die Verhältnisse innerhalb der jüdischen Gemeinde (Mitglieder, Gemeindeeinrichtungen, religiöses Leben etc.), die wirtschaftliche Lage (Einkommensentwicklung, berufliches Spektrum, soziale Differenzierung usw.) und das Zu-

sammenleben von Juden und Christen in Gaukönigshofen untersucht. Die Arbeit basiert auf der Auswertung umfangreichen Archivmaterials und, für die jüngste Zeit, auf zahlreichen mündlichen Befragungen unter älteren Dorfbewohnern wie unter vertriebenen Juden aus Gaukönigshofen. Der Autor, einer altansässigen Familie vor Ort entstammend, konnte bei den Gesprächen von vornherein auf ein gewisses Vertrauen rechnen und so manche Hemmnisse überwinden, die sich in der Regel ortsfremden Forschern entgegenstellen – besonders für die Zeit zwischen 1933 und 1945. Davon profitiert die Untersuchung in hohem Maße. Die sehr detaillierte Rekonstruktion etwa des Verlaufs des Novemberpogroms in Gaukönigshofen, der hier erst in der Nacht vom 10. auf den 11. November abgehalten wurde und an dem zahlreiche, auch wohlhabende Einwohner als Zerstörer und in größtem Umfang als Plünderer und Diebe (dutzende Stücke Großvieh, landwirtschaftliche Maschinen, erhebliche Futtermengen u. a. m.) ihren Anteil hatten, besticht durch die umsichtige Verarbeitung mündlicher Zeitzeugenaussagen und schriftlicher Quellen, so daß ältere Darstellungen (Kerkshaw u. a.) korrigiert werden konnten.

Im abschließenden Kapitel läßt Vf. noch einmal Entwicklung und Verlauf der wechselseitigen Beziehungen zwischen Juden und Christen in Gaukönigshofen zusammenfassend Revue passieren: Oberflächlich hatten sich um 1930 die beiden Gruppen miteinander eingerichtet, harmonisch an die Gegenwart der jeweils anderen angepaßt; von jüdischer Seite wurde die kulturelle Integration, soweit möglich, vollzogen, von christlicher Seite wurde sie nicht gewährt. Die Juden wurden also in ihrer Heimatgemeinde Gaukönigshofen nie als gleichwertig akzeptiert. Ein bitteres Fazit nach 400 Jahren gemeinsamer Geschichte, und übertragbar auf andere jüdische Gemeinden.

Th. Michel hat mit seinem Buch eine muster-gültige Arbeit vorgelegt, die nicht leicht zu überbieten sein wird. Sie ist zudem in vorzüglich lesbarem Deutsch abgefaßt. Ein paar Winzigkeiten stören: Ein Lubliner General-Gouvernement (S. 580) hat es nicht gegeben, wohl einen Distrikt Lublin im Generalgouvernement; stellen-

weise treten Druckfehler in störender Häufigkeit auf; der Verlag hätte etwas Leim für die Bindung sparen dürfen.

Kataloge historischer Ausstellungen erweisen ihren Gebrauchswert, indem sie die Exponate aufführen und ergänzende Informationen liefern, ohne den Ausstellungsbesucher mit einer Textfülle zu erdrücken. In diesem Sinne ein gutes Muster ist der Katalog des Kommunalarchivs Minden zur Ausstellung »Juden in Minden« im November 1988.¹¹ In fünf Zeitabschnitten vom Mittelalter bis 1945 wird jüdisches Leben in Minden durch Dokumente und Abbildungen punktuell beleuchtet. Die Abschnitte sind jeweils mit einer kurzen Einführung versehen. Für weitergehend Interessierte bietet der Katalog ein mehrseitiges Literaturverzeichnis.

Das Bielefelder Stadtarchiv beschränkt anläßlich seiner Ausstellung zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms einen anderen Weg. Der Katalog zur Ausstellung enthält eine fortlaufende erzählende Darstellung der Geschichte der Juden im Raum Bielefeld, illustriert durch Abbildung der fast 400 Exponate, und faßt damit, leicht zugänglich, das derzeitige Wissen zum Thema zusammen.¹² Wie in anderen Regionen kennt auch die jüdische Geschichte im Raum Bielefeld ihre spezifischen Höhen und Tiefen. Nach der Niederlage Preußens gegen Napoleon 1806 fiel die Bielefelder Gegend an das neugeschaffene Königreich Westfalen unter Napoleons Bruder Jérôme, dessen 1808 erlassenes Emanzipationsgesetz – beispiellos auf deutschem Boden – den Juden die vollkommene Gleichberechtigung brachte.

Über den Abschluß der Geschichte der Juden

¹¹ Juden in Minden. Dokumente und Bilder jüdischen Lebens vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert. Katalog zur Ausstellung vom 1.–20. 11. 1988 im Kommunalarchiv Minden, Texte: HANS NORDSIEK, Minden: Kommunalarchiv Minden 1988, Abb., 88 S., DM 5,-.

¹² MONIKA MINNINGER / ANKE STÜBER / RITA KLUSMANN, Einwohner – Bürger – Entrechtete. Sieben Jahrhunderte jüdisches Leben im Raum Bielefeld. Eine Ausstellung des Stadtarchivs v. 9. 10.–9. 12. 1988, zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms von 1938, Katalog, Bielefeld 1988 (Bielefelder Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte 6), zahlr. Abb., 279 S., DM 15,-.

in Deutschland hinaus setzt sich die Zerstörung jüdischer Kulturdenkmäler fort: 1953 wurde der von 17. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts belegte Friedhof der Bielefelder Juden zugunsten neuer Straßen beseitigt, ohne daß auch nur die Grabsteine dokumentiert wurden. Ein paar Jahre später, 1964, brachte eine Lokalzeitung den Anachronismus jüdischen Lebens in Deutschland auf den Punkt: Unter der Überschrift »Es gibt noch Merkwürdigkeiten« wurden Grabsteine mit hebräischen Inschriften abgebildet.

Zu danken ist den Vf., daß sie ihre Darstellung nicht 1945 abbrechen, sondern bis unmittelbar in die Gegenwart fortführen. So berichtet ein Abschnitt über mehrere vor Bielefelder Gerichten geführte Prozesse gegen NS-Verbrecher, in einem Abschnitt wird die sog. »Wiedergutmachung« an einigen Beispielen behandelt, über die Nachkriegsentwicklung der neuen winzigen jüdischen Gemeinde wird informiert, und das abschließende Kapitel ist den rechtsextremistischen und neonazistischen Aktivitäten in Bielefeld gewidmet. Diese Themen, unmittelbar zur Nachgeschichte der Geschichte der Juden in Deutschland gehörend, bleiben leider in den meisten einschlägigen Veröffentlichungen unberücksichtigt. Beigegeben sind ein ausführliches Literaturverzeichnis und eine Zeittafel. Doch vermißt man ein Register. Mit etwas mehr Sorgfalt hätte man auch einige Flüchtigkeitsfehler vermeiden können: Der hebräische Ausdruck für das jüdische Pfingstfest, auch Wochenfest, lautet »Schabuoth«, jiddisch »Schwues« (S. 44); S. 140 sollte das »deutsche und internationale Judentum« durch Anführungszeichen als Nazi-phrase kenntlich gemacht werden; unmöglich ist »ausselektiert« (S. 251).

Die Gedenkausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln beleuchtete »Jüdisches Schicksal in Köln 1918–1945«.¹³ Der Katalog ist ähnlich angelegt wie der zur Mindener Ausstellung, beschreibt freilich etwa das Fünffache

¹³ Jüdisches Schicksal in Köln 1918–1945. Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln/NS-Dokumentationszentrum vom 8. 11. 1988–22. 1. 1989, Katalog zur Ausstellung, Köln 1988, Abb., 371 S., DM 18,-.

an Exponaten und wird ergänzt um fünfzig Seiten Augenzeugenberichte und Gedanken eines nachgeborenen Kölner Juden zum Novemberpogrom. Ein Schwerpunkt der Kölner Ausstellung lag auf dem Versuch, den Willen der jüdischen Gemeinde zur Selbstbehauptung angesichts einer zunehmend feindlicheren Umwelt zu dokumentieren. Hierher gehören vor allem die Leistungen auf sozialem und kulturellem Gebiet. Die Kölner jüdische Gemeinde war im ersten Drittel unseres Jahrhunderts die fünfgrößte im Reich mit rund 15000 Mitgliedern. Es erstaunt etwas, daß bisher keine Fotos bekannt sind, die die brennenden Kölner Synagogen oder etwa die Verwüstungen jüdischer Geschäfte beim Novemberpogrom dokumentieren. Dabei entsteht bei der genauen Durchsicht des Katalogs der vielleicht sogar zutreffende Eindruck, daß sich der Terror gegen die Juden in Köln ungezügelter, brutaler austoben konnte als in anderen (kleineren) Orten mit kleineren jüdischen Gemeinden.

Zu Ausstellung und Katalog wurde eine Arbeitsmappe mit Unterrichtsmaterialien zum Schicksal der Kölner Juden in der Weimarer Republik und im Dritten Reich entwickelt.¹⁴ Leider ist eine große Anzahl der in die Unterrichtsmaterialien aufgenommenen Dokumente und Fotos bereits im Katalog abgebildet. Vielleicht hätte man zur Einstimmung in das Thema ein paar Zahlen, Daten, Fakten zur Geschichte der Juden in Köln vor 1918 voranstellen können. Gut ist etwa die Wiedergabe eines Stadtplans mit Eintragung der jüdischen Einrichtungen in Köln im Jahre 1933, auch wenn man die Straßennamen kaum entziffern kann. Etwas dürftig scheint mir Kapitel 13 »Arisierung« ausgefallen zu sein.

Die Sammlung ausgewählter Dokumente über die Juden in Recklinghausen erscheint in einer Reihe von Dokumentenmappen zur Kirchen- und Religionsgeschichte des Ruhrge-

biets.¹⁵ Demgemäß ist die Auswahl der etwa siebzig Dokumente mehr auf die Gemeinde ausgerichtet; etwa achtzig Prozent beziehen sich auf die Zeit des Dritten Reiches, so daß der Titel auch »Zeit der Verfolgung« lauten könnte, Verfolgung der Juden, aber auch aufrechter Christen. Während der Bevölkerung der Treitschke-Ausspruch »Die Juden sind unser Unglück« in allen Variationen eingehämmert wurde, predigte ein Pastor der Bekennenden Kirche 1934 in Recklinghausen »Das Heil kommt von den Juden« – und wurde prompt am selben Tag von einem Amtsbruder aus den Reihen der Deutschen Christen bei der Gestapo denunziert. Eine zehnteilige Einleitung stellt die Dokumente in den geschichtlichen Zusammenhang.

In der Reihe Darmstädter Archivdokumente für den Unterricht erschien als erstes eine Mappe mit Dokumenten zum »Jüdischen Leben in Darmstadt 1629–1940«.¹⁶ Die den Dokumenten beigegebene einführende Erläuterung gibt einen knappen vorzüglichen Abriss der Geschichte der Juden in Darmstadt. Die Judenordnung von 1629, rund 150 Jahre fast unverändert immer wieder verkündet, legte die Beschränkungen der jüdischen Lebensbereiche fest. Doch bildete sich praktisch »eine Art Koexistenz« heraus, die bereits um 1700 zu sichtbarer Festigung des jüdischen Lebens führte. Auch Hessen hatte seinen Dohm, den Regierungsrat G. K. Stockhausen, der 1784 in seinen Vorstellungen, »die hiesige Judenschaft betreffend«, z. B. die berufliche Umschulung in Handwerksberufe empfahl. Insgesamt scheinen die Lebensbedingungen der Juden in Darmstadt verhältnismäßig günstig gewesen zu sein, auch wenn die völlige rechtliche Gleichstellung bis 1848 auf sich warten ließ. Etwa ein Viertel der Dokumente entfällt auf die

¹⁵ Zwischen Integration und Verfolgung. Die Juden in Recklinghausen. Eine Sammlung ausgewählter Dokumente, bearb. von GEORG MÖLLERS und HORST D. MANNEL, Recklinghausen: Rudolf Winkelmann 1988 (Dokumentenmappe zur Kirchen- und Religionsgeschichte des Ruhrgebiets 2) DM 14,80.

¹⁶ Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (Hrsg.) Jüdisches Leben in Darmstadt. Dokumente 1629–1940. Ausgewählt und erläutert von THOMAS LANGE, Darmstadt 1988 (Geschichte im Archiv 1), DM 10,–.

¹⁴ Jüdisches Schicksal in Köln 1918–1945. Unterrichtsmaterialien. Köln: Stadtarchiv 1989, DM 6,–.

Zeit bis 1900, dann klafft eine Lücke, alle übrigen Dokumente beziehen sich auf die Jahre von 1933 bis 1940. Hier stehen neben Dokumenten der Repression und Verfolgung zahlreiche Zeugnisse der Reaktion der jüdischen Gemeinde auf die veränderten Lebensbedingungen. Der Dokumentenmappe sind eine Literaturliste sowie Hinweise für die Unterrichtsgestaltung beigegeben.

Der Wiederaufbau des im Krieg stark beschädigten Wormser Doms scheiterte aus Kostengründen. Die Ruine wurde 1955/56 abgebrochen. Auf dem Grundstück wurde später ein mehrstöckiges Mietshaus errichtet, in dessen Eingangsbereich heute eine Gedenktafel hängt. Unvorstellbar? Die Reduzierung jüdischer Kulturdenkmäler auf Gedenktafeln (manchmal fehlen sogar diese) ist eine von den vielen Geschichten, die die »Bilder vom jüdischen Leben in Mannheim« erzählen,¹⁷ eine bilderreiche Geschichte mit den Kapiteln Hauptsynagoge, Klaussynagoge, Jugendheim, Synagoge und Schulhaus in Mannheim-Feudenheim, Mikwe, alter Friedhof. Allein, was wiegt das alte Gemäuer gegen die Vernichtung des blühenden Lebens einer großen jüdischen Gemeinde, des vielfältigen Lebens, das der Bildband näherungsweise atmosphärisch zu vermitteln vermag. Die Bilder zeigen jüdisches Leben fast ausschließlich aus jüdischer Perspektive. Abbildungen mit nichtjüdischen Mannheimern sind äußerst selten. Eines dieser wenigen Fotos erzählt eine weitere Geschichte: 1976 – 31 Jahre nach Kriegsende – wird einer Mannheimerin, die 1945 eine jüdische Familie versteckt und so vor der Deportation bewahrt hatte, das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Neben Auswahl und Fülle der Fotos sowie der angesprochenen Themen ist die Sorgfalt, die auf die Bildunterschriften verwendet wurde, hervorzuheben. Der Vf. wird uns, steht zu hoffen, einen weiteren Bildband liefern, der die Wechselbeziehungen zwischen Juden und Nichtjuden in Mannheim dokumentiert. Der Herr Oberbürger-

meister sollte sich die Förderung eines solchen Projekts »trotz knapper Haushaltsmittel« sehr angelegen sein lassen. Es gab ja Zeiten, in denen die Stadt unmittelbaren Profit aus der Not ihrer jüdischen Mitbürger zog, übrigens ebenfalls eine Geschichte, die die Bilder dokumentieren. Für die sehr gelungene Ausstattung des Bildbandes gebührt auch dem Verlag Anerkennung.

1985 beschloß der Gemeinderat der Stadt Reutlingen, die Reutlinger Schulen und Schüler zu einem Wettbewerb zur Gestaltung einer Gedenktafel für die jüdischen Bürger der Stadt aufzurufen. Einige Schulklassen und Schüler kamen dem Aufruf nach. Eine Broschüre der Stadtverwaltung gibt vor, den Wettbewerb zu dokumentieren, bringt aber vor allem Äußerungen des Oberbürgermeisters (auf mehr als der Hälfte der Textseiten) zum Abdruck.¹⁸ Daß die Schülerin, deren Arbeit die Jury auswählte, am Ende der »Dokumentation« doch noch ins Bild gerät, ist nur der Wiedergabe eines Zeitungsartikels zu verdanken. Dabei scheint mir der preisgekrönte Entwurf, nach dem die Gedenktafel erarbeitet wurde, außerordentlich bemerkenswert. Die Darstellung zeigt in drei Phasen die Geschichte der Juden unter den Christen: Nebeneinanderleben, Verfolgung und, als Ausblick, Versöhnung in überaus einprägsamer und schlüssiger Symbolisierung. Einiges an Aussagekraft des Entwurfs ist bei der Übertragung in die bronzene Gedenktafel verloren gegangen.

Spät, in den 70er Jahren im allgemeinen, in manchen Fällen anscheinend erst im Zuge der Vorbereitungen zum Pogrom-Gedenkjahr, begannen Stadtarchive Material über die ehemaligen jüdischen Gemeinden und deren Mitglieder systematisch zu sammeln. Hier erwies sich die Mitarbeit der früheren jüdischen Mitbürger als ebenso unerlässlich wie hilfreich. Von großer Bedeutung sind auch die Erinnerungen älterer Bürger, wie sie in Oral History-Projekten gesammelt wurden, oft von Autoren im Hinblick auf geplante Veröffentlichungen. Auf dieser Quellen-

¹⁷ VOLKER KELLER, Bilder vom jüdischen Leben in Mannheim, Mannheim: Edition Quadrat 1988 (Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim 19), 450 Abb., 172 S., DM 49,80.

¹⁸ Stadtverwaltung Reutlingen (Hrsg.), Die Reutlinger Gedenktafel zur Erinnerung an die jüdischen Mitbürger. Dokumentation eines Schülerwettbewerbs, Reutlingen 1988, Abb., 48 S. (kostenlos).

grundlage ist in den letzten Jahren eine ganze Reihe von »Gemeindeschichten« entstanden. Diese neueren Arbeiten, von denen hier mehrere vorgestellt wurden, zeichnen sich bezüglich der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg durch umsichtige Verarbeitung der aus Befragungen gewonne-

nen Erkenntnisse aus. Deutlich wird auch ein verstärktes Bemühen, sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze zur Interpretation heranzuziehen. Dagegen scheint die Zeit der Nichtwissenschaftler, der Dilettanten in des Wortes bester Bedeutung, vorüber zu sein.

Hans Ruck zum Gedächtnis



Gemeinden und Verbände, Parteien und Vereine leben nicht von der Satzung, sondern von den Menschen, von den Persönlichkeiten. Die Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt hat ganz wesentlich von Hans Ruck gelebt. Er gehörte zum Kreis jener zwei, drei noch Lebenden, die als Gemeindevorstände bei der Gründung unserer Arbeitsgemeinschaft am 5. September 1960 im alten Gengenbach mit dabei waren. Viele kamen und gingen. Mit Hans Ruck hatte die Arbeitsgemein-

schaft indessen einen bleibenden persönlichen und bald im schönsten Wortsinne freundschaftlichen Kontakt. Er hat in diesem Vierteljahrhundert kaum eine der Sitzungen im Führungsgremium des Verbandes, im Hauptausschuß, versäumt, er war bei nahezu sämtlichen Jahres-Mitgliederversammlungen da, nicht nur in persona und nicht nur auf der Teilnehmerliste, sondern als einer, der mitgedacht und mitgestaltet und mitverantwortet hat.

Sein Wort, sehr überlegt und dosiert und keinesfalls um irgendwelcher »Profilierungen« willen vorgebracht, galt für uns alle mehr und mehr. Er hat als einer der ersten darauf hingewiesen, daß die Beschränkung auf die ehemaligen Reichsstädte des deutschen Südens eine zwar ehrenwerte, aber doch unnötig exklusive Sache sei: es gehe um die deutschsprachige »alte Stadt« an sich. Er hat als einer der ersten das Wechselspiel zwischen Stadtsanierung und Stadtgeschichte zur unumstößlichen Kopula deklariert. Und er hat als einer der ersten deutlich den Finger auf die Verjüngung der »Alten Stadt« (des Verbandes) gelegt. Hans Ruck ging es um die Sache. Er konnte in seinen letzten Amtsjahren als Pfullendorfer Bürgermeister an den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft nach Esslingen die leidenschaftlichsten Briefe schreiben, klärend, informierend, warnend, aber immer helfend.

Die Arbeitsgemeinschaft hat sich zweimal in Pfullendorf versammelt, in ihrer Frühzeit 1963, und wenige Wochen nach seiner Pensionierung im Herbst 1985. Der erste Besuch ist von niemandem vergessen, der dabei war. Noch war »Stadtsanierung« Raristimum oder ein Reizwort; noch war Stadtgeschichte, wenn es gut ging, eine wissenschaftliche Disziplin fürs Museum und Hochschulinstitut. Und dann standen wir im Sitzungssaal seines köstlichen Rokoko-Rathauses, ließen uns ein Glas Weißherbst in die Hand drücken und hörten Hans Ruck zu, wie er vom Werden »seiner« Stadt erzählte, so, als ob er, beiläufig, heiter und voller Hoffnung, von seinen Vätern oder Enkeln erzählte. Hans Ruck war ein Meister städtischer, gemeindlicher Gestaltung und ein Künstler im Stiften ernsthaft-freundschaftlicher Beziehungen. Nicht, daß hinter seinem Charme Wirklichkeitsflucht oder irgend ein halbherziges Laisser-faire gestanden hätte. Er war ein großer, ein zielstrebig-er Arbeiter, und er hatte die seltene Gabe, zwischen Sitzungen und Terminen, zwischen

»floszungen« Reden und Planfeststellungen und aufgedonnerten »Projekten« dem unberührt nachzugehen, was einmal entschieden war und was er für richtig und für notwendig hielt. Als wir das zweite Mal bei ihm waren, hat er uns ein freundliches und aufgeräumtes, »saniertes« Pfullendorf gezeigt, nicht ohne Stolz, aber auch nicht ohne Dank an alle diejenigen, die sich von ihm haben ansprechen und bewegen lassen, in einer Anstrengung, die Wortwendung hätte er gerade noch gelten lassen, zum Wohle des Ganzen.

Seine Geschichtsliebe hatte etwas wohlthuend Unpräzises, Selbstverständliches. Er war einer der aktiven Jünger der Historie und war, wenn auch nicht mit akademischen Ehren bedeckt, einer von der Zunft. Daß er für die Herausgabe stattlicher Geschichts- und Quellenwerke Pfullendorfs gesorgt hat, hat man weiter gar nicht mit Staunen aufgenommen, und daß er die Sanierung seiner Stadt mit zeitgenössischen Bild- und Textbelegen begleitet hat, auch nicht. Hans Ruck hat in der Geschichte gelebt, auch gerade in der regional bestimmten. Der Linzgau war seine Heimat im schönsten, im tiefsten Sinne des Wortes, und wenn ihn einer als einen »Schwab« begrüßte, konnte er ärgerlich werden: er war Alemanne.

Aber kein festgelegter, unbeweglicher Konservativer. Sein Geschichtsverständnis war so sehr vom Leben und von der Gegenwart getragen, daß er das nie kannte, das ohnmächtige Gekettete an »Quellenbelege«, das egale, sich selbst genügende Bewahren, das Erhalten um jeden Preis. Leben sollte man, in seiner Stadt ebenso wie in der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt, der er im Laufe der Jahre so etwas wie ein Ältestenrat geworden war. In den wenigen Ruhejahren, die ihm nach seiner Pensionierung als Pfullendorfer Bürgermeister noch gegönnt waren, konnte er sich in sein Stübchen zurückziehen und Geschichte forschen und Geschichte schreiben. Aber er hat auch die »Alte Stadt« als einen Bund von Verantwortlichen auf die notwendigen Häutungsprozesse und die notwendigen Gefahren der Verkrustung aufmerksam machen können, gar nicht wie ein pausbäckiger Nostalgiker, sondern als einer, der das Führen im besten Sinne des Wortes gewohnt war.

Für bewährte Tradition und gegen bornierten Präsentismus: so hätte seine Parole lauten können. Mit dieser selbstverständlichen, von festem christlichen Glauben genährten Gewißheit hat er sich zu den, eigentlich zu allen Veranstaltungen und Unternehmungen der »Alten Stadt« eingefunden, einer der pünktlichsten Leser dieser Zeitschrift, sie stand in Reih und Glied hinter seinem Schreibtisch im Rathaus. Er hat nie gefehlt, man hat immer mit ihm rechnen, man hat sich immer auf ihn verlassen können. Wenn man die dreißig Jahre gemeinsamer Arbeit bedenkt, war er der Treueste. Dafür danken wir ihm von Herzen. Sein liebenswertes Lachen, seinen »eigenen« und wachen Geist werden wir sehr vermissen.

»Ja, wir können es alle noch nicht fassen«, schrieb uns dieser Tage seine Frau Annegret geborene Kny, die ihn fast regelmäßig auf den Wegen zur »Alten Stadt« begleitet hat, »daß mein lieber Mann nicht mehr bei uns ist. Er steckte noch so voller Pläne und Ideen für seine Hilfe in der Ex-DDR, von wo er ein paar Tage zuvor zurückgekommen war. Er hatte sich in diesen zehn Tagen ziemlich verausgabt und wir wollten uns beim Skifahren wieder fit machen. In der vereisten Liftspur fielen vor uns zwei Mädchen heraus und rissen uns mit. Wir landeten im Tiefschnee und mußten etwa 25 bis 30 Meter steil hinaufsteigen, und das bei Föhnwetter. Plötzlich fiel er um wie ein Baum. Und alle Hilfe kam zu spät.«

Die Autoren

OTTO BORST (1924). Begründer des Lehrstuhls für Landesgeschichte an der Universität Stuttgart, hat einen Großteil seiner publizistisch-wissenschaftlichen Arbeit der Geschichte der deutschen Stadt gewidmet (Bibliographie in Otto Borst, Babel oder Jerusalem. Sechs Kapitel Stadtgeschichte, Stuttgart 1984, Theiss Verlag, S. 605–632). Seit 1960 ist er Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

MARIE-ELISABETH HILGER. Dipl.-Soziologin, studierte Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften und Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Bonn, Köln, Berlin und Hamburg und promovierte 1966 zum Dr. rer. pol. Nach verschiedenen Forschungs- und Assistenz Tätigkeiten seit 1975 Professorin für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Hamburg. Veröffentlichungen u. a. zur Wissenschafts-, Universitäts- und Begriffsgeschichte, dazu zur Sozialgeschichte von Arbeit und Arbeiterschaft, sowie von Stadt und Medizin.

WILHELM RIBHEGGE (1940), lehrt deutsche und europäische Geschichte an der Universität Mün-

ster. Demnächst erscheinen »Hamm. Geschichte der Stadt und Region im 19. und 20. Jahrhundert« bei Patmos/Schwann in Düsseldorf und »Europa, Nation, Region. Perspektiven der Stadt- und Regionalgeschichte« bei der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft in Darmstadt.

WINFRIED SPEITKAMP (1958). Studium der Geschichte an der Universität Marburg. Promotion 1986 in Marburg mit einer Arbeit zum Thema »Restauration als Transformation. Untersuchungen zur kurhessischen Verfassungsgeschichte 1813–1830«. Seit Herbst 1986 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Gießen. Veröffentlichungen zur hessischen Geschichte, zur Bildungsgeschichte sowie zur Geschichte der Denkmalpflege in Deutschland (derzeitiger Forschungsschwerpunkt).

GERHARD F. VOLKMER (1942). Studium der Kerntechnik, später der Geschichte und Psychologie in Tübingen. Mitarbeiter am Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg, Hohenheim. Veröffentlichung: »Ostjudentum und Ostforschung 1933–1945«, u. a.

Besprechungen

EBERHARD RÖHM / JÖRG THIERFELDER, *Juden, Christen, Deutsche, Bd. 1: 1933–1935, Stuttgart: Calwer 1990, 451 S., zahlr. Abb., DM 29,80.*

Wer ob der Fülle der Literatur zum Nationalsozialismus und über das sog. Dritte Reich der Meinung sein sollte, hier könne nun aber wirklich nichts Neues mehr an Informationen, Einsichten und Kenntnissen aufgezeigt werden und deshalb sei hier das Ende der Spurensuche/Oral History gekommen, wird rasch eines Besseren belehrt, wenn er »Juden – Christen – Deutsche« aufschlägt. Was Eberhard Röhm und Jörg Thierfelder bereits im Bd. I (1933–1945) ihres auf 4 Bände angelegten Werkes an neuen Materialien vorlegen und daraus abgeleitet verarbeiten, zeigt nur zu deutlich, daß es noch eine Reihe von Themenfeldern, Berufsgruppen sowie Institutionen gibt, die gefordert sind, historisch-politische Erinnerungsarbeit zu leisten. Dies offensichtlich ganz besonders dann, wenn – wie die beiden Autoren ihre Arbeit methodisch angelegt haben – eine ganzheitliche Betrachtungsweise des Themas mit vielen individuell präsentierten Einzelschicksalen vernetzt wird: »Politik von unten« und/mit »Politik von oben«, wobei die Autoren, ob ihres Untersuchungsgegenstandes gepaart mit vorzüglicher Kompetenz, vorrangig Kirchenpolitik analysieren und in ihrem Werk aufzeichnen. Spezielle Aufmerksamkeit wird immer wieder regional den württembergischen und badischen Kirchen eingeräumt. Die Fülle der vorgelegten Dokumente erhöht dabei die Authentizität der Aussagen. Dies ist – bei einem gewiß besonders sensiblen kirchlich/religiösen Politikbereich – Röhm und Thierfelder exzellent gelungen. Die Fülle der vorgelegten Dokumente erhöht dabei die Authentizität. Eine erste Einsicht, die nicht wenige Leser herausfordernd beschäftigen dürfte: Da wurden Kirchenmänner zu Politi-

kern – ob sie wollten oder nicht; da wurden die Amtskirchen der beiden größten christlichen Religionen in Deutschland zum NS-Selbstverständnis von Rassismus/Christentum parteipolitisch herausgefordert, gebraucht und mißbraucht. Daraus erwachsen, wie die Autoren belegen, tiefgreifende Konsequenzen für Kirche, Kirchenvolk und selbstverständlich für kirchliche Amtsträger. Die Dokumente belegen es: Der Rassismus beeinflusste – oder muß man unter dem Eindruck der Taten/Untaten feststellen – infizierte und steuerte das Christentum partiell so intensiv, daß Anpassung/Widerstand/Verfolgung das Verhältnis von Kirchen und NS-Politik bestimmten. Kreuz und Hakenkreuz kooperierten fallweise, und sie bekriegten sich zunehmend von 1933–1935 mit radikaleren Tendenzen. Rassismus kannte – und kennt – viele Facetten. Für die Nationalsozialisten war entscheidend für die Beurteilung der Kirche: Wie stellt sie sich zum Judentum? Jude war, und daraus ergab sich das Konfliktpotential mit den Kirchen, keine Religions- oder Konfessionszugehörigkeit, sondern durch das Blut bestimmte Rasse. Der Jude war der Feind, und der deutsche Arier wurde zum Maßstab der unterscheidenden Besonderheiten. Dieser Maßstab beherrschte den Kirchenkonflikt, und so ist es alles andere als zufällig, daß die Titelseite des Werkes den Davidstern zeigt mit dem zugeordneten Substantiv »Ausgegrenzt«. Kein Wunder also, wenn das Beziehungsgeflecht Juden/Christen durch die NS-Rassisten für »Nichtarische Christen« ebenso in eine existenzbedrohende Lage geriet wie z. B. die auch als Geistliche selbst in der eigenen Kirche nicht überall anerkannten religiösen Sozialisten. Die von den Nazis so bewertete »politische Geistlichkeit« geriet gezielt in das Feuer der »Geheimen Staatspolizei«. Hier beschreiben und erklären die Autoren bislang – sehr verdienstvoll! – unerforschte Schicksale. Wo dann

die verführerische Norm »Deutschtum« zur unterscheidenden besonderen Wertigkeit führte, findet die NS-Weltanschauung immer wieder auch kirchliche Akzeptanz. Spätestens an dieser Stelle wird dem Leser bewußt, warum im Titel des Werkes »Deutsche« steht. Der Leser fragt sich immer wieder, ob denn nicht erkannt wurde, daß sich unter dem Maßstab »Volk und völkisch / Deutschtum« Rassenstolz und nicht Staatszugehörigkeit versteckt. Der Volksgenosse und Parteigenosse hatte Arier und damit Deutscher zu sein. Dies war die Zielvorstellung der NS-Rassisten.

Fazit: Eberhard Röhm / Jörg Thierfelder, bereits durch die im Auftrag der EKD 1981 zusammengestellte und dokumentierte Ausstellung im Berliner Reichstagsgebäude »Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz«, haben wiederum ein sehr ehrliches und mutiges Werk vorgelegt. Ehrlich deshalb, weil sie nicht, wie heute fast Mode, Name, Funktionen und Untaten hinter Datenschutz verstecken, wenn über betroffene Täter gegen Juden und Judentum aufgeklärt wird, wozu auch die Ausführungen zum Anti-Rassismus beitragen. Das Attribut »mutig« verdienen die Autoren mit ihrer Arbeit auch deshalb, weil sie die Fakten so beim Namen nennen, daß sie nicht nur Beifall finden werden. Die Anstöße zur Selbstbesinnung und Diskussion ermöglichen eine Trauerarbeit, wie sie noch lange nicht überall geleistet wurde. Neue Fragen eröffnen sich: Wer verdient »Heil:« als Zuruf und bei Briefunterschriften? Noch intensiver: Wem sollen die Kirchen ihre Gebete öffnen, wenn sie in der Religion personalisieren? In der Religionspädagogik wird das Buch unentbehrlich: Feindbilder von Antisemitismus/Antijudaismus, die Feindbilder vom Rassismus sind weiterhin aktuell und unter uns. Allein 18 Schändungen jüdischer Friedhöfe/KZ-Gedenkstätten in Baden-Württemberg 1990 aktualisieren den Buch-Inhalt. Gespannt darf man die weiteren Bände erwarten. So richtig es ist, daß die betroffene Kirche zuvorderst das Thema einer problematischen Vergangenheit verarbeitet, wird man weiter fragen müssen, ob ein Dialog darüber mit interessierten Juden nicht eine fruchtbare Bereicherung der Publikationsreihe sein könnte. Martin

Buber hat, wie Röhm und Thierfelder vermitteln, die Begegnung Juden – Christen – Deutsche in der Krise nicht gescheut.

Stuttgart

Heinz Lauber

MICHAEL KLÄGER, *Die Mainzer Stadt- und Festungserweiterung. Kommunale Politik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Beiträge zur Geschichte der Stadt Mainz 28), Mainz: Stadtarchiv 1988, zahlr. Abb., 299 S., brosch. DM 48,-.*

Deutschland ist eines der klassischen Länder mit einem weitgehend dezentralisierten föderalistischen System. Deshalb hat es auch nach der Reichsgründung von 1871 keineswegs einen einheitlichen Rahmen für Verfassung und Aufgabenerfüllung der Gemeinden gegeben, sondern in jedem Bundesstaat, von Preußen über Sachsen oder Baden bis zu den thüringischen Kleinstaaten, einen anderen. Mehr als anderswo wird in Deutschland die Stadtgeschichte zum Vergleichen gedrängt – auf der Grundlage von konkreten Fallstudien. Einen Beitrag dazu kann diese Mainzer Dissertation von 1986 bieten, die jetzt im Druck vorliegt und dank Beihilfen der Stadt, der Sparkasse und des Autors mit Tabellen, Plänen und Graphiken sowie Sach- und Personenregistern gut ausgestattet ist.

Der Autor geht zuerst chronologisch vor (dazu beginnt er bei Adam und Eva, also der Römerstadt, S. 13 ff.), und dann erst nach strukturellen Fragen (wirtschaftliche Interessen, S. 145 ff., Wohnverhältnisse, S. 173 ff., Kommunalpolitik, S. 234 ff.), deren Behandlung ein mitten hinein gerücktes, nicht etwa abschließendes und zusammenbindendes »vergleichendes« Kapitel (S. 212 ff.) unterbricht, das aber deskriptiv bleibt.

Die Frage einer Erweiterung der Festungstadt stellte sich erstmals 1858 (S. 37 ff.). Bis zu den Plänen des Stadtbaumeisters Kreyszig (1872/79) stellt der Autor dann eine Vielzahl von Projekten und Projektchen dar, die er mühe-

voll vor allem aus ungeordneten Aktenbüscheln im Stadtarchiv herausgearbeitet hat. Leider geht aber die gewichtige Beurteilung dieses durchaus interessanten Materials ziemlich unter im Zwang zur chronologischen Folge und im Blick auf unerhebliche Details (z. B. Meinungen der lokalen Presse zum Krieg von 1866, oder Gründung eines Versicherungsvereins, S. 66f.).

Für den stadtgeschichtlich vergleichenden Leser scheint mir jenseits der Mainzer Ereignisse die Art wichtig, in der dort drei allgemeine Probleme bewältigt wurden. Zunächst war allen Stadterweiterungen von Festungsstädten in dieser Zeit (etwa Straßburg, Erfurt, Köln) der zähe Kampf gegen die Militärverwaltung gemeinsam. Sie wollte zwar durchaus auch aus ihren eigenen strategischen Gründen die Festungsanlagen nach außen verschieben, stellte das aber nach außen als reines Entgegenkommen an die Stadt dar und erwartete dafür hohe Ablösungszahlungen, was meist erst einmal zu einer Stockung führte. In Mainz kam entscheidende Bewegung in die Sache erst, als sich 1868 die Besitzer von Grundstücken vor der Stadt, die durch die weitgehenden Bauverbote für das Schußfeld in der baulichen Nutzung ihres Eigentums beschränkt waren, freiwillig erbaten, für die Ablösung eines Teils der Rayonbeschränkungen 150000 Taler aufzubringen (S. 65ff.). Da scheint die preußische Militärverwaltung schnell ihre Chance erkannt zu haben, durch Verzicht auf alle Beschränkungen sogar 4000000 Gulden zu erhalten; allerdings hat der Autor dazu nicht in Merseburg nachgeforscht, dem einschlägigen, doch vor der Wende in der DDR nicht ganz einfach zugänglichen Archiv.

Ein zweites wichtiges Element stellten die Auseinandersetzungen über die Aufbringung solcher für damalige Zeiten gewaltigen Summen dar. Auf Grund der Quellenlage wird hier ein Panorama der lokalen Konfliktparteien geboten: ad hoc gebildete Vereine zur Vertretung der Interessen der Grundeigentümer, einzelne größere Bauunternehmer, eine erste wichtige Terraingesellschaft, eine Art Bündnis im Gemeinderat schließlich zwischen antipreußischen Demokraten und Sozial-Katholiken gegen die Liberalen als Verfechter des »Eigennutzes«. Schließlich

erwuchs aus der 1868 geäußerten Bereitschaft der Besitzer, sich an den Kosten zu beteiligen, die Idee einer Sondersteuer, die nach sechs Zonen der zu erwartenden Werterhöhungen differenziert wurde (S. 92). Der weitere Weg der Stadt (die Akten der Landesregierung sind im Krieg verbrannt, S. 1) zur Durchsetzung dieser für deutsche Verhältnisse außergewöhnlichen Art der Finanzierung wird leider nicht mehr dargestellt; kommentarlos ist im Anhang nur das entsprechende hessendarmstädtische Landesgesetz von 1873 abgedruckt (S. 274–276).

Die dritte Besonderheit der Mainzer Stadterweiterung bestand schließlich – wie auch kurz darauf in Straßburg – im Nebeneinander von kommerzieller Verwertung des von der Stadt aufgekauften Festungsgeländes und administrativer Bändigung der im übrigen Gelände freigesetzten privaten Initiative. Die Zeitgenossen unterschieden die städtische »Gartenfront« vom privaten »Gartenfeld«, was dem nicht ortskundigen Leser leicht entgeht, wie der Autor leider erst am Ende seiner Arbeit bemerkt (S. 250). Nach fast vierzig Jahren konnte die Stadt 1909 in einer letzten Bilanz einen Gewinn von über 1,3 Millionen Mark aus dem Verkauf von Gartenfront-Grundstücken verbuchen (S. 139ff.). Zudem hatte sie sich gut gegen die Privatinteressen behauptet; aus dem Gartenfeld hatte die Sondersteuer weitere 1,4 Millionen Mark eingebracht. Damit konnte die Stadt Mainz das Fehlen von Erschließungskostenbeiträgen, wie sie z. B. als »Anliegerbeiträge« in Straßburg seit 1878 erhoben wurden, teilweise ausgleichen. Die Abtretung von Land für öffentliche Straßen oder die Parzelleneinteilung des Neubaugebietes, von der seine ganze weitere Ausnutzbarkeit für den Bau von Mietskasernen abhing, regelte schließlich seit 1875 ein weiteres Landesgesetz (S. 113ff., Gesetzestext S. 277–281) – freilich in einer durchaus anderen Weise als in Preußen. Zur Relativierung von Preußens übermächtiger Rolle als Objekt der Stadtplanungsgeschichte kann diese Arbeit beitragen – wenn auch unausgesprochen.

Strasbourg/München

Stefan Fisch

ROLF WITTENBROCK, *Bauordnungen als Instrumente der Stadtplanung im Reichsland Elsaß-Lothringen (1870–1918). Aspekte der Urbanisierung im deutsch-französischen Grenzraum (Saarbrücker Hochschulschriften 11)*, St. Ingbert: W. J. Röhrig 1989, 24 Abb., 336 S., brosch. DM 38,-.

Vom Ende des Deutsch-Französischen Kriegs 1870/71 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs 1918 bildeten das Elsaß und ein Teil Lothringens als »Reichsland Elsaß-Lothringen« einen Teil des Deutschen Reiches. An diese Zeit erinnern den Reisenden heute noch beispielsweise das Bahnhofsviertel und die Festungsanlagen von Metz oder die Straßburger »Neustadt« um Universität und Kaiserpalast/Palais du Rhin. Dieses Erbe deutscher neohistoristischer und wilhelminischer Architektur und Stadtgestaltung in Frankreich ist erheblich besser erhalten als etwa in Leipzig oder Berlin – aber erst seit kurzem wird es auch in Reiseführern wie dem neuen »Guide Bleu Alsace« (Verlag Hachette, Paris 1990) eingehend gewürdigt.

Von einzelnen Bauwerken abstrahierend, nimmt sich die Studie von Rolf Wittenbrock eine doppelte Aufgabe vor: das Entstehen allgemeiner städtischer Bauordnungen als Instrument des behördlichen Einflusses auf Architektur und Stadtgestaltung darzustellen, und diesen Prozeß als Beispiel für die Überlagerungen von nationalen Rechtsvorstellungen und Verwaltungstraditionen im Grenzraum zu interpretieren. »Interferenzraum« heißt die Metapher für den Gegenstand eines umfangreichen Forschungsprogramms, in dessen Rahmen Rainer Hudemann diese Saarbrücker Dissertation betreut hat. Die nun vorliegende Buchfassung läßt in ihrer sorgfältigen Ausstattung mit Tabellen, Graphiken und Karten und eingehenden Archivalienverzeichnissen nur den Wunsch nach Personen-, Orts- und Sachregistern offen.

Die Arbeit geht chronologisch vor und setzt damit ein, die recht eigentümerfreundliche Entwicklung des französischen Baurechts bis 1870 zusammenzufassen. Klar herausgearbeitet wird

(S. 47ff.), daß die französische Verwaltung »plans d'alignement«, eine Art Fluchtlinienpläne, nur im Rahmen der »grande et petite voirie« erstellte, nämlich nur für die Grundstücke, die an bestehende öffentliche Straßen grenzten. Noch nicht existierende Straßen, das klassische Objekt der in Deutschland entstehenden Stadtplanung, blieben ebenso außerhalb des Blickfeldes der französischen Administration wie das Innere der Häuser, die das klassische Objekt der jenseits des Rheins entstehenden Bauvorschriften waren – »mehr Licht und Luft« lautete dafür die Formel Reinhard Baumeisters in Karlsruhe. Auch wenn das französische Recht im Prinzip, teils auch nur als Sonderrecht für das Paris Napoleons III. und seines Präfekten Haussmann, eine Reihe weitergehender Interventionsmöglichkeiten kannte, wurden sie vielfach nicht angewendet.

Nach mehr strukturell orientierten Überblicken über Städtewachstum (S. 71ff.) und Verwaltungsorganisation (S. 93ff.) im Reichsland konzentriert sich die eingehende Darstellung dann auf die drei elsässischen Städte Straßburg/Strasbourg, Colmar und Mülhausen/Mulhouse sowie die drei lothringischen Städte Metz, Diedenhofen/Thionville und Saargemünd/Sarreguemines. Straßburg machte bei der Umformung des zunächst unverändert von Frankreich übernommenen allgemeinen Baurechts den Anfang (S. 134ff.), nicht nur als größte Stadt und Hauptstadt des Landes, sondern vor allem deswegen, weil Handlungsbedarf bestand; mit der Festungsverlegung Richtung Westen waren große Bauterrains für die »Neustadt« frei geworden. 1878 legte der Straßburger kommissarische Bürgermeister-Verwalter Otto Back einen Gesetzentwurf zur grundsätzlichen Einschränkung der Baufreiheit in der Straßburger Neustadt vor. Er war stark an der neuen Tendenz zu dichten und umfassenden Regelungen orientiert, die das preußische Fluchtliniengesetz von 1875 beispielhaft ausdrückt. Doch in ihren vom französischen Recht inspirierten Abänderungswünschen zugunsten der Grundeigentümer trafen sich die Notabeln im Landesausschuß in Straßburg durchaus erfolgreich mit Staatssekretär Herzog im Reichskanzleramt für Elsaß-Lothringen in

Berlin – gegen den vordem preußischen Beamten Back.

Das so veränderte Landesgesetz von 1879, das seit 1892 auf weitere Gemeinden ausgedehnt werden konnte und zu dem 1910 noch das vorbildliche Gesetz zum Schutz des Ortsbildes vor Verunstaltungen kam (S. 229f. und 250ff.), öffnete deutschen Auffassungen von der Aufgabe der Verwaltung im Bauwesen in Verbindung mit einer neuen Personalpolitik die Tür. Die Intervention zugunsten des »Gemeinwohls« gegen private Interessen drang vor, erst recht, als ihr örtliche Bauordnungen der Bürgermeister (S. 163ff.) ein weiteres Handlungsfeld gaben. Nachbarrechtliche, feuerpolizeiliche und hygienische Vorschriften für den Bau und Erhalt der Häuser, die im französischen Recht weit verstreut waren, wurden so in der deutschen Verwaltungspraxis zusammengefaßt und intensiviert, wobei man sich – außer in Mülhausen, das 1898 erste Zonungsvorschriften aus Basel übernahm – v.a. an Baumeisters Normal-Bauordnung oder an den Berliner Baupolizeivorschriften orientierte.

Den Abschluß bildet ein Ausblick auf die Kontinuität des Baurechts nach 1918 (S. 278ff.). Einerseits war Paris damals nicht gewillt, partikuläre Besonderheiten im früheren Reichsland zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Dezentralisierung zu machen, andererseits versandete bald auch Millerands weitgespanntes Projekt, das jeweils Geeignetste aus altfranzösischer wie reichsländischer Gesetzgebung zu einer neuen Synthese zusammenzuführen. Teils wurden elsäß-lothringische Vorschriften in neue französische Gesetze integriert, teils wurden sie als »droit local« vorläufig, und seit 1951 (!) endgültig beibehalten. Im Ausbaustand ihrer kommunalen Leistungsverwaltung wie in ihren stadtplanerischen Befugnissen stehen viele ehemals reichsländische Städte daher bis heute deutschen Modellen nahe – für das Frankreich nach 1918 freilich fungierten sie »nur mit erheblichen Einschränkungen als Interferenzraum« (S. 293).

Wie bei jeder empirisch reichen Arbeit lernt man viel – und will noch mehr wissen: Welche Rolle spielte für die Normentstehung der Aufstieg der Parteien seit der Jahrhundertwende,

etwa in Straßburg der Naumannsche Liberalismus von Rudolf Schwander, Bürgermeister von 1906 bis 1917, oder die reformistische Sozialdemokratie, aus der Jacques Peirottes, sozialistischer Maire von 1919 bis 1929 ebenso kam wie Charles Hueber, kommunistisch-autonomistischer Maire von 1929 bis 1935? – Welche Bedeutung für die Normdurchsetzung hatten bestimmte Verwaltungspraktiken, etwa das 1885 aus Berlin oktroyierte deutsche Prinzip der zu meist juristisch-staatswissenschaftlich vorgebildeten Berufsbürgermeister gegenüber der Maire-Verfassung? – In welcher Weise wurden schließlich die Normen der Bauordnung tatsächlich durchgesetzt? Handhabten etwa die Bürgermeister und dann die Maires ihr mit dem neuen Recht zum Erlaß von Bauordnungen verbundenes Recht zur Gewährung von Ausnahmen (vgl. dazu z. B. im Stadtarchiv Straßburg den fortlaufenden Bestand Div. V, 1/1 bis 4/18, baupolizeiliche Anordnungen der Maires 1914–1947) im Sinne alter Notabehn-Politik und Nicht-Anwendung von Gesetzen? Hier sollte angeschlossen werden, um – genau wie dieses Buch – fruchtbar über das Trennende von Epochenjahren wie 1870 oder 1918 hinauszudeuten.

Strasbourg/München

Stefan Fisch

GERD GRÖNING / ULFERT HERLYN (Hrsg.) *Landschaftswahrnehmung und Landschaftserfahrung. Texte zur Konstitution und Rezeption von Natur als Landschaft (Arbeiten zur sozialwiss. orientierten Freiraumplanung 10)*, München: Minerva Publikation 1990, 174 S., DM 32,-.

Die von Wilhelm Heinrich Riehl bereits im Jahr 1859 geäußerte These »Jedes Jahrhundert hat nicht nur seine Weltanschauung, sondern seine eigene Landschaftsanschauung« war für die Herausgeber leitender Gedanke bei der Zusammenstellung von acht Einzelbeiträgen, die alle Wiederabdrucke von zwischen 1913 und 1977 entstandenen Arbeiten sind. Während der öffentliche Diskurs über ökologische Probleme und Na-

turschutzfragen, primär von naturwissenschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt wird, was sich beispielsweise in der Erstellung landschaftspflegerischer Begleitpläne und Umweltverträglichkeitsprüfungen niederschlägt, bemängeln die Herausgeber in ihrer Einleitung die Vernachlässigung sozialwissenschaftlicher Analysen und die Beurteilung des Menschen vorwiegend unter dem Blickwinkel eines Störfaktors im Naturgefüge. Ihr Interesse gilt demgegenüber der historischen Wandelbarkeit des Verhältnis des Menschen zur Natur, unter dem Blickwinkel wie sich »Landschaft« überhaupt erst durch menschliche Bewußtseinsleistung in der Geschichte konstituiert. Mehr als diese grobe Klammer verbindet die im einzelnen recht unterschiedlichen Beiträge allerdings kaum.

So legt der geschichtsphilosophische Beitrag Joachim Ritters »Landschaft. Zur Funktion des Ästhetischen in der modernen Gesellschaft«, der basierend auf einer Rede erstmals 1963 erschien, – im vorliegenden Band leider ohne die im Original umfangreichen Anmerkungen und Belege – seinen Schwerpunkt auf die historische Ausbildung des spezifisch ästhetischen Landschaftserlebnisses in der Neuzeit. Ausgehend von Petrarca's Schilderung seiner im Jahr 1335 durchgeführten Besteigung des Mont Ventoux, kommt Ritter zum Schluß, daß der Mensch Natur erst dann in distanzierter ästhetischer Betrachtung wahrnehmen kann, wenn Freiheit und gesellschaftliche Herrschaft über die Natur erreicht sind. Ritters Arbeit ist geradezu ein Klassiker der Landschaftsästhetik geworden. Georg Simmel dagegen betont in seiner »Philosophie der Landschaft« aus dem Jahre 1913 vor allem den ganzheitlichen Charakter der Wahrnehmung von Landschaft. Auch er setzt eine Distanzierung als Basis ästhetischer Betrachtung voraus, betont aber die Einheitlichkeit der Landschaft, die nicht als mechanische Zusammensetzung aus einzelnen Bestandteilen ableitbar sei.

Auf den engen Zusammenhang, der zwischen spezifischer Landschaftswahrnehmung und dem praktischen Umgang mit der nichtmenschlichen Natur bestehen, weisen mehrere Beiträge des Bandes hin. So untersucht Helmut Schelsky das Freizeitverhalten in der Landschaft, Brigitte

Wormbs innerhalb eines marxistischen Interpretationsrahmen die ökonomische Ausbeutung unersetzlicher Naturressourcen und Hans Freyer die historisch unterschiedlichen Verhaltensweisen gegenüber der Landschaft, wobei er die Subsumierung von Landschaft unter ökonomischen Zweckgesichtspunkten seit der Industrialisierung für dominant hält.

Angesichts der derzeitigen ökologischen Diskussion haben die Beiträge trotz ihrer oft lange zurückliegenden Erstpublikation nicht an Aktualität verloren. Denn sie alle machen deutlich, daß es primär menschliche Werthaltungen und Wahrnehmungsweisen sind, die das Verhalten zur Landschaft bestimmen. Renate Krysmanski macht das in ihrem Beitrag besonders deutlich, wenn sie die Umwandlung der bäuerlichen Landwirtschaft in eine Agrarindustrie schildert und die konkrete Landschaftsplanung immer auch vor der Herausforderung sieht, menschliche Werthaltungen und Zielvorstellungen zu berücksichtigen.

Innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften, dürfte die Grundthese der Herausgeber von der kulturspezifischen Interpretation von Natur und Landschaft weitgehend auf Zustimmung stoßen. Dem vorliegenden Band wäre daher vor allem eine Verbreitung in Kreisen der Landschaftsplaner und Landschaftsökologen zu wünschen, um hier überfällige Diskussionen anzuregen und den bisher fast ausschließlich vorherrschenden naturwissenschaftlichen Bezugsrahmen in der Diskussion um Umweltprobleme in Frage zu stellen. Befördert wäre dies sicher durch Aufnahme eines Beitrages zur spezifischen Interpretation der Natur unter ökologischem Systemdenken worden. Denn auch hierbei handelt es sich um eine historisch gewachsene Wahrnehmungsweise, die gegenüber anderen keinen höheren Objektivitätsanspruch für sich in Beschlag nehmen kann. Immerhin gibt es auch zu diesem Themenkomplex eine Reihe fundierter Arbeiten, so von dem Biologen Ludwig Trepl, der mehrfach die historische Herausbildung des ökologischen Deutungsschemas nachgezeichnet hat.

Schwäbisch Gmünd

Bernd Kleinhans

18. Jahrgang

3/91

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Harald
Bodenschatz

Plädoyer für eine
kulturelle Stadterneuerung

Christine Weiske
Uta Schäfer

Weimar –
Deutung und Selbstdeutung

Sabine Schneider

Touristen beurteilen Trier

Holger Leimbrock
Werner Roloff

Qualitative Stadtforschung

Volker Roscher

Urheberrechtsschutz als
Erhaltungsinstrument

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt, Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht, Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711) 282683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 124,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 97,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 32,50 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

18. Jahrgang

Die alte Stadt

Heft 3/1991

INHALT

ABHANDLUNGEN

- HARALD BODENSCHATZ / JOHANNES GEISENHOF, Plädoyer für eine kulturelle Stadterneuerung 239
- CHRISTINE WEISKE / UTA SCHÄFER, Europäische Provinz Weimar. Deutung und Selbstdeutung 248
- SABINE SCHNEIDER, Denkmalpflege und Tourismus. Touristen beurteilen Trier 259
- HOLGER LEIMBROCK / WERNER ROLOFF, Der qualitative Fallstudienansatz in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung 270
- VOLKER ROSCHER, Urheberrechtsschutz – auch *ein* Erhaltungsinstrument für die Baukunst der 50er Jahre? 284

DIE AUTOREN 295

NOTIZEN

NEUE MITGLIEDSSTÄDTE DER AG DIE ALTE STADT 296

BESPRECHUNGEN

Stadtgeschichte

GESCHICHTE DER STADT BONN, Bde. 3 und 4, hrsg. von DIETRICH HÖROLDT (*Peter Burg*) 303

Gesellschaftsgeschichte

ELISABETH SCHRAUT (Hrsg.), Die Comburg (*Hans Schadek*) 305

KATHARINA SIMON-MUSCHEID, Baseler Handwerkszünfte im Spätmittelalter (*Gudrun Gleba*) 306

MARTHA SCHAD, Die Frauen des Hauses Fugger von der Lilie (*Otto Borst*) 307

UWE PUSCHNER, Handwerk zwischen Tradition und Wandel. Das Münchner Handwerk an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert (*Rainer Breckle*) 308

RICHARD J. EVANS, Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830–1910 (*Dirk Schubert*) 309

PAUL NOLTE, Staatsbildung als Gesellschaftsreform. Politische Reformen in Preußen und den süddeutschen Staaten 1800–1820 (*Peter Burg*) 311

Stadtführer

MARTHA SCHAD, Stadtführer Augsburg (*Otto Borst*) 313

Stadtplanung, Architektur

INGE HABIG / KURT JAUSLIN, Der Auftritt des Ästhetischen.
Zur Theorie der architektonischen Ordnung (*Heide Bernd*) 313

CHRISTIANE KEIM, Städtebau in der Krise des Absolutismus (*Ronald Kunze*) 314

Freiraumplanung

GERT GRÖNING / JOACHIM WOLSCHKE-BULMANN, Von der Stadtgärtnerei
zum Grünflächenamt (*W. R. Albrecht*) 315

Harald Bodenschatz / Johannes Geisenhof

Plädoyer für eine kulturelle Stadterneuerung*

Stadterneuerung – das ist heute schon zu einem Gemeinplatz geworden – ist nicht nur ein baulicher Prozeß, sondern immer – unabhängig vom Willen der Beteiligten – zugleich ein politischer, sozialer und ökonomischer Prozeß. Daß Stadterneuerung aber auch ein kultureller Prozeß ist, kann keineswegs als anerkannte Tatsache gelten – weder in der Öffentlichkeit noch in der Fachwelt. Wir wollen an dieser Stelle nicht nur auf die Notwendigkeit der Beachtung des kulturellen Aspekts in der Stadterneuerung hinweisen, sondern wir möchten eine gewisse Schlüsselfunktion dieses Aspektes behaupten – zumindest für bestimmte Fälle der Stadterneuerung.

Ausgangspunkt unseres Plädoyers für eine kulturelle Stadterneuerung ist die einfache Beobachtung, daß ein gestalteter Sozialraum – etwa ein Platz, eine Straße, ein Gebäude innen wie außen – von der veröffentlichten Meinung zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich bewertet wird. Erinnert sei nur an die schroffe Ablehnung von Barockgebäuden im 19. Jahrhundert, an die Ablehnung mittelalterlicher Stadtstrukturen seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, an die Ablehnung von Massenmiethäusern des Historismus seit der Jahrhundertwende, an die Ablehnung der Siedlungen der 50er, 60er und 70er Jahre in der Bundesrepublik seit den 80er Jahren und an die zunehmende Ablehnung der Plattenbauten in den neuen Bundesländern. Dies sind dominante, die wissenschaftliche Disziplinen sprengende und über den jeweiligen Ort und die Region hinausgehende Prozesse kultureller Entwertung, die im Falle der mittelalterlichen Stadtstrukturen, der Gebäude des Barock wie des Historismus längst wieder umgeschlagen sind. Solche Prozesse der kulturellen Auf- bzw. Entwertung städtebaulicher Bestände prägen die politischen, sozialen und ökonomischen Aspekte der Stadterneuerung, wie diese ihrerseits auf die Muster der kulturellen Wertung zurückwirken.

In der Logik derartiger kultureller Wertungen spielt etwa die Bestimmung des Alters eines Gebäudes eine gewichtige Rolle. So genügte während der 60er Jahre oft der Hinweis auf ein Gebäudealter von 80 und mehr Jahren, um die Notwendigkeit eines Abrisses dieses Gebäudes hinreichend legitimieren zu können. Ganz offensichtlich drückte ein solcher Hinweis weniger den baulichen Verschleiß oder die zweifellos vorhandenen unzeitgemäßen Wohnstandards eines Gebäudes als dessen kulturellen Ver-

* Überarbeitete Fassung eines Vortrages am Bauhaus Dessau, 19. 1. 1991.

schleiß aus, dessen Wertlosigkeit, die nicht im Alter allgemein, sondern in dessen zeitbedingter Gestalt begründet war.

Es läßt sich weiter zeigen, daß auch die Methoden der Ermittlung der Sanierungsbedürftigkeit wesentlich mit der kulturellen Pauschalbewertung des zu sanierenden Gegenstandes zu tun haben. Die Untersuchungen der 60er Jahre etwa kamen ganz selbstverständlich zu dem Ergebnis, daß eine Modernisierung der Massenmietshäuser der Kaiserzeit auch ökonomisch unsinnig wäre. Hier muß gefragt werden, was denn in solche Kostenrechnungen überhaupt eingeflossen ist. Kostenrechnungen sind immer befrachtet mit kulturellen Wertungen. Der scheinbar sachlich quantifizierbare Bereich der Sanierungskosten gehört zu den Bereichen der Politik, die zumindest in Kahl-schlagzeiten weitgehend vernebelt wurden. Es hat erst der oppositionellen Infragestellung der kulturellen Vorverurteilung der sogenannten Mietskaserne bedurft, um andere, differenziertere Methoden und Berechnungsformen entwickeln und bekannt machen zu können, die den Typus der Kahlschlagsanierung als äußerst verschwenderisch erscheinen ließen. Wir könnten uns im übrigen vorstellen, daß sich ein ähnliches Problem bereits jetzt hinsichtlich der Plattenbauten stellt. Viele der Behauptungen, daß der Abriß dieser Bauten in absehbarer Zeit ökonomisch sinnvoll sei, haben sicher noch keine seriöse Berechnungsgrundlage – ganz abgesehen von den sogenannten sozialen Kosten einer solchen Operation.

Kulturelle Entwertungen sind schließlich die Begleiterscheinung jeder sozialräumlichen Segregation. Das Wohnen und Arbeiten in kulturell diskriminierten Beständen erscheint als rückständig, als Ausdruck persönlichen Versagens, als Ausdruck gescheiterter Existenz. Auf der anderen Seite fördert die Zusammenballung sozial diskriminierter Menschen in Teilen der Stadt deren Absinken in der öffentlichen Wertschätzung – die vorindustriellen Altstädte verdeutlichen diesen Prozeß bis in die 70er Jahre hinein.

Heute stehen wir vor der Gefahr eines gewaltigen Schubs neuerlicher sozialräumlicher Segregation in den neuen Bundesländern. Hintergrund dieser Tendenz ist das Scheitern der Versuche zur gleichschaltenden Egalisierung der Wohnbedingungen, die in Siedlungen mit Zeilenbauweise bereits in den 20er Jahren ihre höchste Form und in der Plattenstadt der DDR ihre durchaus nicht nur pervertierte Fortsetzung gefunden haben. Die kulturelle Gleichsetzung von mehr sozialer Gleichheit auf der einen und Wohnen in gleichförmigen Wohnungen und gleichförmiger Umwelt zum anderen ist zu Recht in eine umfassende Krise geraten. Die kulturelle Heroisierung von Beton oder allgemeiner: von sogenannten modernen Baustoffen, die Heroisierung der Industrialisierung des Bauens, der Normierung der Wohnung, der Hypertechnisierung des Wohnalltags ist im Lichte von Asbestverseuchung, realsozialistischem Großplattenbau, mangelnder Flexibilität des Normgrundrisses im Sozialen Wohnungsbau und Energieverschwendung in eine kulturelle Verteufelung umgeschlagen.

Darüber hinaus ist ein weiterer kultureller Grundkonsens der städtebaulichen Mo-

derne zusammengebrochen: das Verdikt des Blickes zurück, in die Geschichte, in die Tradition, in die Heimat, in die als Natur erscheinende Kulturlandschaft, die einseitige Ausrichtung des Blicks nach vorne, nämlich dorthin, wo die Lokomotive des technisch vermittelten sozialen Fortschritts geradlinig und unbeirrt hinrollt. Nur auf den Trümmern der alten Stadt, so das Selbstverständnis der städtebaulichen Moderne, läßt sich eine bessere, neue Stadt errichten.

Mit dem Konzept einer neuen Stadt korrespondierte das sozialautoritäre Projekt eines neuen, modernen Menschen, der mit seiner Vergangenheit radikal bricht – indem er etwa seine alten Möbel zerhackt oder wenigstens all des unnützen Zierats mit der Säge beraubt, eines Zierats, der nicht nur als Staubfänger dysfunktional ist, sondern als Symbol der Verknechtung des Menschen durch die weiterwirkende Vergangenheit gilt. Es korrespondierte mit dem Konzept eines neuen Menschen, dessen Tätigkeit in der Wohnung durch die Analyse seiner Bewegungsabläufe rationalisiert werden sollte. Mit einem solchen Konzept korrespondierte das Projekt sozialer Zwangskarrieren, das rückständige Menschen durch den Abriß ihres Milieus auf den Weg des sozialen Fortschritts bringen sollte, raus aus der schlechten Stadt an die bessere Peripherie, in die Trabantenstadt. Dorthin, wo heute in manchen Fällen zur sozialen und ökonomischen Diskriminierung der Einwohner noch deren räumliche Ghettoisierung kommt. Einer solchen avantgardistischen Kultur der Geschichtslosigkeit entsprachen die Theorien und Methoden zur Erfassung und Messung der Stadt, der Mißstände in der Stadt, die es durch Stadterneuerung auszumerzen galt.

Die alte Stadt wurde nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität mit deutscher Gründlichkeit und gewaltigen öffentlichen Mitteln zerstört. Nicht nur und oft nicht in erster Linie der Markt hat diese Zerstörung vermittelt – durch den Markt allein wäre eine solche Erneuerung nicht zu haben gewesen. Es waren die Politiker unterschiedlicher Couleur, die – getragen vom kulturellen Konsens der Entwertung bestimmter Stadtteile – in der Beseitigung sogenannter Schandflecken in baulicher wie sozialer Hinsicht ihre vornehmliche Aufgabe gesehen haben. Die gewaltigen öffentlichen Mittel mußten legitimiert werden, und sie fanden ein komplexes System der Legitimation: in den Verheißungen der städtebaulichen Moderne, in den Verteufelungen der Stadt der Vergangenheit.

Strategien der Stadterneuerung heute müssen den kulturellen Dimensionen in mehrfacher Richtung Rechnung tragen: Sie erfordern neben der baulichen, sozialen und ökonomischen Bestandsaufnahme auch die Analyse der kulturellen Wertungsprozesse der zu erneuernden städtebaulichen Bestände. Sie bedürfen darüber hinaus der Feldarbeit hinsichtlich der oft verschütteten kulturgeschichtlichen Reichtümer der überkommenen Stadt – durch Auswertung von Archiven, der lokalen Presse, stadtgeschichtlicher Publikationen, im Diskurs mit lokalen Verwaltern der Stadtgeschichte, im Gespräch mit den Bürgern. Beide Aspekte der Bestandsaufnahme erlauben die Ingangsetzung einer kulturellen Strategie in der Stadterneuerung, einer Auseinanderset-

zung mit vorherrschenden kulturellen Entwertungen und die Nutzung kulturgeschichtlicher Ressourcen für die Stadt von morgen. Daß eine solche Strategie im Routineverfahren bundesdeutscher Stadterneuerung nur schwer zu verorten ist, zeigt schon ein Blick auf die Regelkataloge der bei Vorbereitenden Untersuchungen zu leistenden Aufgaben. Kulturarbeit im komplexen Sinne kommt bei Vorbereitenden Untersuchungen nicht vor und wird demgemäß im Normalfall auch nicht honoriert.

Ein Beispiel für kulturelle Stadterneuerungsstrategien, das wir hier anführen wollen, ist die Altstadterneuerung in Ellingen, einer Kleinstadt mit etwa 3000 Einwohnern südlich von Nürnberg. Ellingen, ein katholisch geprägtes Landstädtchen im hauptsächlich protestantischen Mittelfranken, ist vor allem eine Wohnstadt mit bescheidenem Handel und Gewerbe und etwas Landwirtschaft – nicht gerade eine reiche Stadt, aber auch keine wirtschaftliche »Problemstadt«. Regiert wird es von einer absoluten CSU-Mehrheit. Damit ist das Besondere des Städtchens noch nicht benannt: Ellingen war seit dem Mittelalter bis zum Ende des 18. Jahrhunderts Residenzstadt des Deutschen Ordens, bedeutendste Residenzstadt des Deutschen Ordens in der reichsten deutschen Ballei, der Ballei Franken. Schloßlandschaft und Altstadt wurden im wesentlichen durch die kulturelle Tätigkeit des Deutschen Ordens im 18. Jahrhundert geprägt, sie bilden noch heute ein städtebauliches Ensemble des Barock von europäischem Rang. Doch dies blieb – zumindest bis vor kurzem – nicht nur den Kulturtouristen verborgen, sondern auch den meisten Fachleuten, selbst den Einwohnern Ellingens.

Die Altstadt wurde bis zum Jahre 1979 vom Durchgangsverkehr zweier Bundesstraßen gemartet, der ein Wohnen in der Altstadt nur mehr schwer erträglich machte und jeden Neuanstrich der Altbaufassaden gleich wieder mit einem dreckigen Grau überzog. Ellingen verkümmerte zu einem Nadelöhr des überregionalen Automobilverkehrs. Die Qualitäten der Gebäude und des öffentlichen Raums waren nicht mehr erlebbar. In einigen wenigen Fällen wurde der einmalige, durch den Zweiten Weltkrieg nicht allzu stark beeinträchtigte Altbaubestand abgebrochen, um Neubauten Platz zu machen. Mit der Fertigstellung der Umgehungsstraße 1979 veränderte sich die Situation, und die Stadt begann eine Sanierung der Altstadt ins Auge zu fassen. Seit dieser Zeit sind wir mit der Altstadterneuerung Ellingens praktisch beschäftigt – nunmehr 12 Jahre.

Unsere Ausgangssituation war also nicht untypisch: Die fehlende Wertschätzung der einmaligen, aber durch den Autoverkehr tyrannisierten und im öffentlichen Raum verstümmelten Barockstadt drückte sich in Gesprächen mit den Altstadtbewohnern in einer beeindruckenden Klarheit aus. Bei allen berechtigten Vorbehalten gegenüber quantifizierten Wohnungswünschen ergaben unsere Haushaltsbefragungen in der Altstadt zu Jahresbeginn 1979 folgendes Ergebnis: 67% der Haushalte bevorzugten zwar die Altstadt als Wohngebiet, aber nur 37% wollten lieber in einem Altbau wohnen. Immerhin 49% der Altstadt Haushalte bevorzugten das Wohnen im

Neubau. Ja zur Altstadt, nein zum Altbau, ja zum Neubau in der Altstadt, also in der Konsequenz: ja zu einer Altstadt mit Neubauten, zu einer neuen Altstadt. Diese Einstellung war während der 70er Jahre in ländlichen Gebieten keine Ausnahme. In Ellingen gab es noch kein spektakuläres Beispiel eines modernisierten Altbaus, die alten Häuser hatten etliche bauliche Mängel, oft einen ungünstigen Wohnungsgrundriß, eine unzureichende Heizung usw. Sie waren vor allem als Ausdruck kultureller und sozialer Rückständigkeit stigmatisiert. Ihnen fehlte nahezu alles, was in den Neubaugebieten am Stadtrand selbstverständlich war, dort, wo die Neu-Ellinger mit gutem Einkommen sich angesiedelt hatten.

Nun könnte man aus dieser Einstellung vor Ort den Schluß ziehen, die Leute wollen keine Altbauten mehr, daher ist es nur sozial und demokratisch, diesen Mehrheitswillen zu respektieren. Stadterneuerung im besten Sinne sei die Konsequenz des Bürgerwillens. Wir denken, das ist eine falsche Interpretation des Planerberufs. Ein Planer muß seine fachliche Position in die Waagschale werfen, muß seine Position in den kulturellen Streit vor Ort einbringen. Er muß nicht nur als Anwalt vergessenen kulturellen Reichtums vor Ort fungieren, sondern auch auf die Gefahr hinweisen, daß etwa die mit dem Abriß eines Altbaus erwünschte Überwindung scheinbarer Rückständigkeit sich bald als neuerliche Rückständigkeit darstellen könnte, als Ausdruck mangelnden Respekts vor dem inzwischen positiv bewerteten Erbe und verfehlter Huldigung vor dem geschichts- und gesichtslosen Neuen. Position beziehen heißt natürlich nicht, von oben, autoritär das scheinbar Richtige zu dekretieren, sondern das vermeintlich Richtige dem kulturellen Disput vor Ort auszusetzen. Alles andere wäre auch langfristig wenig hilfreich.

Altstadterneuerung – das war uns damals schon klar – konnte in Ellingen nur dann im Sinne einer erhaltenden, von den Bewohnern aktiv getragenen Erneuerung erfolgreich sein, wenn es gelang, eine kulturelle Neubewertung der Altbauten auf den Weg zu bringen. Das ist natürlich ein komplexer Prozeß, zu dem die Planer nur ein wenig beitragen können. Und dieser Beitrag setzt ein ständiges Lernen aller Beteiligten voraus, auch der sog. Fachleute. Diese wissen als Ortsfremde zunächst nur ganz wenig über die Geschichte eines Ortes, die ja nicht nur einfach im Buche nachgelesen werden kann.

Schwerpunkt der kulturellen Rekonstruktion der Stadtbaugeschichte mußte diejenige Zeitepoche sein, deren materielle wie immaterielle Zeugnisse die Stadt noch heute am meisten prägen: am Beispiel Ellingen also des 18. Jahrhunderts, das letzte Jahrhundert der Herrschaft des Deutschen Ordens. Gegenüber der Barockzeit waren – im Gegensatz zu vielen anderen Altstädten – in Ellingen die Kaiserzeit vor dem Ersten Weltkrieg, die Wiederaufbauära und die Wachstumsära der 60er und 70er Jahre nur von nachrangiger Bedeutung für die Struktur der Stadt, ihre Beiträge waren daher vor allem als Auseinandersetzung mit der Barockstadt zu interpretieren.

Vier größere Publikationen, drei Ausstellungen, ein Theaterstück, die Anlage eines

sog. Barockrundweges und natürlich einige Bürgerversammlungen versuchten diesen Prozeß kultureller Rekonstruktion vor Ort zu vermitteln. Tatsächlich änderte sich – sicher gefördert durch die allgemeine, überlokale Krise der städtebaulichen Moderne – in den vergangenen 12 Jahren die Einstellung zum Altbaubestand, wenn auch fast unmerklich langsam. Kulturelle Neuorientierungen brauchen Zeit, und jede Kurzatmigkeit wäre hier fehl am Platze. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die kulturelle Rehabilitierung der Barockstadt Ellingen im Jahre 1990, dem Jahr der 800-Jahrfeier der Existenz des Deutschen Ordens. Dieses Jahr machte Ellingen zumindest im Raum Franken bekannt. Heute besteht auch in Ellingen selbst ein Konsens über die Einzigartigkeit von Stadt und Schloßlandschaft, heute gibt es nur noch wenige Häuser, die nicht zumindest äußerlich – in der Regel in Privatinitiative – instandgesetzt worden sind, und seit 1983 wurde kein Altbau mehr in der Altstadt abgerissen. Ellingen hat vor dem Hintergrund einer veränderten Rezeption auch sein Ansehen wesentlich verändert – selbst in einigen Bereichen des öffentlichen Raums, wo es noch viel Arbeit zur Beseitigung der Schäden zu tun gibt, die dem Durchgangsverkehr geschuldet waren.

Die kulturelle Neuorientierung war in Ellingen nicht von einer sozialen Umschichtung der Altstadtbewohner begleitet. Aufgrund der geringen Bedeutung von Mietwohnverhältnissen in solchen Kleinstädten ist der Spielraum für Prozesse der Gentrification, der sozialen Veredelung, nicht allzu groß. Es sind im wesentlichen die gleichen Menschen, die heute – etwas gealtert – ihre Altstadt mit anderen Augen sehen. Die kulturelle Neuorientierung war auch nicht von einer Veränderung der parteipolitischen Verhältnisse begleitet. Lediglich die ökonomische Situation hat sich durch die Umgehungsstraße marginal verändert: Weniger Durchreisende bleiben zum Mittagessen in den nicht allzu attraktiven Gaststätten hängen.

Wir haben in unserer Darstellung lediglich zwei Momente kurz angesprochen, die Ausgangssituation und die heutige Situation. Der komplexe Prozeß zwischen diesen beiden Momenten war sicher kein harmonischer Prozeß, kein Prozeß ohne Konflikte. Streit gab es immer wieder, insbesondere bei der Interpretation der Geschichte selbst, bei der Interpretation etwa der Leistungen und Taten des Deutschen Ordens. Doch erst solche öffentlich wahrnehmbaren Konflikte machen die Rekonstruktion von Stadtbaugeschichte zu einem kulturellen Prozeß, der mehr ist als oberflächliches Marketing. Nichts nämlich ist kulturtötender als die ewige Wiederholung der erstarrten Deutung der Geschichte aus der herrschenden Sicht der Vergangenheit, aus der Optik der Herrschenden von gestern. Sachwalter dieser erstarrten Geschichte gibt es überall, nicht nur in Ellingen. Und viele Stadterneuerungsuntersuchungen beschränken sich leider darauf, diese Deutungen in einem Vorspann ohne Bezug zu den vorgeschlagenen Maßnahmen einfach wiederzuzukäuen.

Erst die Auseinandersetzung mit der gedeuteten Geschichte bereitet den kulturellen Boden für eine zukunftsgerichtete Nutzung vergangenen Reichtums und ermöglicht

eine an den Besonderheiten des Ortes anknüpfende nichtmuseale Weiterentwicklung etwa in Fragen der Baukunst, der Stadtbaukunst, der Gartenkunst und des kulturellen Austauschs. Ellingen ist nicht ein nur geeigneter Ort zur Erforschung des Barock, sondern auch Beispiel und Gegenstand kultureller Stadterneuerung, angesichts der Deutschordensgeschichte möglicher Ort kultureller Verständigung zwischen Deutschland und Polen.

»Ellingen: Stadt des Deutschen Ordens« und »Ellingen – Perle des fränkischen Barock« – mit diesen beiden sicher etwas zu einfachen und rückwärtsgewandten Fremdenverkehrsparolen der Stadt Ellingen wird aber doch ein Rahmen für die Stadterneuerung abgesteckt. Aber nicht nur das. Die kulturelle Rekonstruktion der Stadtbaugeschichte vor Ort ist nicht nur von allgemeiner Rahmenbedeutung für die Stadterneuerung. Jede Straße, jeder Platz, jedes Gebäude hat seine komplexe Geschichte, die viel mehr ist, als uns die Baugeschichtler berichten, und jede Erneuerung ist zugleich eine Form des Umgangs mit dieser Geschichte. Umgang heißt nicht unbedingt nur Restauration. Die Art des Umgangs ist Gegenstand des notwendigen kulturellen Streits, der der simplen ökonomischen Interessensvertretung wie der bloßen nostalgischen Verklärung eine tiefere Dimension verleihen kann. Patentlösungen gibt es nämlich nicht.

In diesem Zusammenhang möchten wir das Beispiel der Erneuerung der Hinteren Gasse in Ellingen erwähnen. Die Hintere Gasse stellt den ältesten Siedlungsteil der Stadt dar. Ihr angerförmiger Grundriß verweist auf die mittelalterliche Entstehung. Gerade dieser schon in der Barockzeit altstädtische Charakter der Gasse veranlaßte den Deutschen Orden zu Plänen, die alte Gasse gegenüber der Ostfassade des prächtigen Barockschlosses neu zu gestalten. Es existieren Entwürfe zur Kahlschlagsanierung der Gasse von 1771, die die vorbarocke städtebauliche Anlage durch einen strengen spätbarocken Prospekt ersetzen wollten. Die barocke Kahlschlagsanierung kam nicht mehr zur Durchführung. Die kulturelle Geringschätzung dieses im 18. Jahrhundert vor allem von Kleinhandwerkern und Tagelöhnern genutzten Stadtraums wirkte aber weiter – bis heute. Daher schlugen wir vor, mit der Altstadterneuerung in diesem Teil der Stadt zu beginnen, um damit ein Zeichen zu setzen – gegen die jahrhundertealte kulturelle Diskriminierung der Hinteren Gasse. Diese Frage, die sich vordergründig als Reihenfolge bzw. Priorität der Maßnahmen darstellte, wurde erst nach einem längeren Tauziehen entschieden – zugunsten eines Erneuerungsbeginns in der Hintere Gasse.

Soviel zur kulturellen Stadterneuerung in Ellingen. Finanziert wurden der Barockrundweg, die beiden letzten Ausstellungen wie der Katalog zur Jubiläumsausstellung des Deutschen Ordens zum Teil mit Städtebauförderungsmitteln. Die erste Ausstellung mit dem Theaterstück war das Produkt eines Studienprojekts der TU Berlin. Der Einbezug der Schule gelang nur partiell. In der Altstadt hat sich inzwischen eine Gruppe Ellinger Bürger, die stolz darauf sind, ihre Stadt als Führer anderen zu zeigen,

herangebildet. Die Gründung eines kulturell orientierten Vereins ist seit längerer Zeit im Gespräch, bisher aber noch nicht gelungen. Im Stadtrat hat sich zu Beginn der Stadterneuerung ein Sanierungsausschuß konstituiert, der immer noch arbeitet. Die für jede kulturelle Strategie notwendige Abstimmung zentraler öffentlicher, den städtischen Horizont überschreitender Akteure wie etwa der Verwaltung der Bayerischen Schlösser, Gärten und Seen, der Bezirksregierung, des Landesamtes für Denkmalpflege, des Landratsamtes usw. hat eben erst begonnen. Ohne eine dezidierte institutionelle Vernetzungsstrategie bleiben viele Vorhaben Papierprojekte.

Stadterneuerung als kultureller Prozeß, als Prozeß der kulturellen Rekonstruktion der Stadtbaugeschichte, als Prozeß, der über Ausstellungen und andere Kulturarbeiten vermittelt wird, der nicht nur Fachleute anspricht und einbezieht, der Kenntnisse sammelt, in öffentlicher Diskussion verarbeitet und einbezieht, Stadterneuerung als kulturelle Auseinandersetzung um den Umgang mit dem städtebaulichen Erbe – ein solches Verständnis von Stadterneuerung steht im Widerspruch zu technokratischen Konzepten, in denen die Geschichte eines Ortes äußerlicher Flitter bleibt und in denen die beteiligten Menschen allenfalls zu versorgende Objekte sind und in aggregierten Zahlenbündeln erstarren. Selbst Bürgerbeteiligung oder Demokratie in der Stadterneuerung setzt die öffentliche Entfaltung eines Spektrums lokaler kultureller Themen voraus, um überhaupt den Gegenstand eines aktiven demokratischen Diskurses zu konstituieren. Sicher ist dabei auch zu berücksichtigen, daß die beteiligten Personen und Gruppen in sozialer Hinsicht differenziert sind, unterschiedliche Interessen haben und unterschiedliche Formen der Kulturarbeit als Produzent wie Konsument bevorzugen. Sicher setzt die Kraft zur kulturellen Auseinandersetzung ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit voraus, einer Sicherheit des Wohnens und Arbeitens. Aber gesellschaftliches Leben in der Stadt ist mehr als die einfache Reproduktion der Arbeitskraft. Voraussetzung einer Konzeption kultureller Stadterneuerung ist die Anerkennung des Rechtes der Bürger auf Geschichte, auf Auseinandersetzung mit Geschichte, auf Kristallisationspunkte der Erinnerung. Die gebaute Umwelt nämlich bietet bessere Anknüpfungspunkte als etwa Archive und Bücher. Schließlich muß noch betont werden, daß eine kulturell orientierte Stadterneuerung keine Luxusstrategie ist, im Gegenteil. Eine angemessene kulturelle Konzeption zahlt sich für jede Stadt aus – nicht nur über die Einnahmen von Kulturtouristen, aus Kulturveranstaltungen, nicht nur über die Verbesserung dessen, was Werbeleute etwas oberflächlich Image nennen, sondern auch über die Einsparung von Folgekosten, die durch eine Politik der Kulturlosigkeit oder des kulturellen Verfalls entstehen. Die Probleme der historischen Städte in der ehemaligen DDR unterstreichen diese Feststellung.

Ein solches Plädoyer für kulturelle Stadterneuerung ist nicht ohne Widersprüche und Tücken. Kulturelle Aufwertungsprozesse können sozialen Aufwertungsprozessen, also Verdrängungsprozessen den Weg ebnen, und Kulturarbeit hat seit Paul Schultze-Naumburg, dem Papst der Heimatschutzbewegung vor dem Ersten Welt-

krieg und kulturellen Streiter für den Nationalsozialismus gegen Ende der Weimarer Republik, einen schlechten Klang. Dennoch: ich meine, es gibt keine Alternative zu einer kritischen und engagierten Kulturarbeit. Kulturarbeit ist ein Konfliktfeld wie andere kommunalpolitische Themen auch, und auch sozialorientierte Architekten und Stadtplaner dürfen dieses Feld nicht wieder anderen überlassen. Die Vorstellung eines städtischen Bürgers ohne Geschichte, ohne eigene und kollektive Geschichte, ist einer der Alpträume der städtebaulichen Moderne, von dem sich eine Strategie der behutsamen und demokratischen Stadterneuerung schleunigst zu emanzipieren hat.

Veröffentlichungen

Veröffentlichungen der Stadt Ellingen zur Stadtbaugeschichte und Stadterneuerung der Deutschordens- und Barockstadt Ellingen:

- Heft 1* Ellinger Altstadtbuch
Die baulich-soziale Bedeutung der Ellinger Altstadt: Anregungen für die Diskussion einer Gestaltungssatzung, Ellingen 1982, 112 S., zahlr. Abb., Broschur DIN A 4, DM 10,-.
- Heft 2* Altstadterneuerung Ellingen
Die Konsequenzen aus der Umgehungsstraße ziehen – die Qualitäten der historischen Stadt entwickeln! Bericht über die Vorbereitenden Untersuchungen, Ellingen 1983, 254 S., zahlr. Abb., Broschur DIN A 4, DM 10,-.
- Heft 3* Deutschordensresidenz Ellingen
Visionen, Pläne und Bauten einer barocken Schloßlandschaft (Buchpublikation anlässlich des 800jährigen Jubiläums des Deutschen Ordens), Ellingen 1990, 120 S., zahlr. Abb., DM 29,80.

Autoren: Harald Bodenschatz und Johannes Geisenhof, Bezugsadresse: Stadt Ellingen, Rathaus, Weißenburger Str. 1, 8836 Ellingen, Tel. 09141 / 4059, Fax 71521.

Christine Weiske / Uta Schäfer

Europäische Provinz Weimar

Deutung und Selbstdeutung

Weimar, Weimar hopsassa,
Ein Museum bist du ja,

Dass ich stock beim Schreiten,
Wie ein Bilderbuch gescheckt,
Fahnen in das Haar gesteckt,
Je nach Macht und Zeiten.

Weimar, ach du deutsche Stadt,
Die wohl jeder Deutsche hat
Irgendwie gesehen.
Hinterm stromdurchflossnen Draht
oder beim geheimen Rat
Oder beim Durchgehen.

(aus: Das Weimar-Lied
von Hans-Eckardt Wenzel)

Mythos Weimar. Es gibt ihn. Es ist der Mythos der Aufklärung. »Vom Eise befreit...«. Er ruft das Lichte, Frühlingshafte, Pastellfarbene, das Maßvolle auf. Er schwebt über der Stadt – senkt sich nicht in die Gassen, in die Straßen – zu ebener Erde sucht man ihn dennoch. Ist die Annäherung an einen Mythos auch immer seine Zerstörung? Diese Frage war das Leitmotiv für unsere Beschäftigung mit der Stadt.¹ Es ging uns um die Transformation des Mythos' ins Lebbare, um das Auffinden des Sinnstiftenden »in den unscheinbaren Oberflächenäußerungen..., die ihrer Unbewußtheit wegen einen unmittelbaren Zugang zu dem Grundgehalt des Bestehenden« gewähren.² Das Bestehende ist das Spannungsfeld zwischen Mythos und Alltag. Mit den fünf vorgefundenen Bildern Weimars haben wir versucht, dieses Spannungsfeld in der sprachlichen Form zu fassen.

¹ Das Material für die lebensweltliche Annäherung an den Mythos Weimar entstammt einer empirischen Studie im Sommer 1990, die vom Lehrstuhl Stadtsoziologie an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar gemeinsam mit Studenten der Fachrichtungen Städtebau und Raumplanung als »Kommunales Praktikum Weimar '90« durchgeführt wurde. Bestandteile dieser Untersuchung waren u. a. eine Einwohnerbefragung mit 487 Probanden, eine Straßenbefragung von 120 Touristen und 43 Einwohnern sowie Expertengespräche.

² S. Kracauer, Das Ornament der Masse, in: Das Ornament der Masse, Frankfurt a. M. 1977, S. 50.

Neben dem Mythos der Aufklärung gibt es, das wissen wir, noch weitere Mythen, die sich mit Weimar verbinden: Das Bauhaus, Die Weimarer Republik, Der antifaschistische Widerstandskampf in Buchenwald. Auf der von uns gewählten empirischen Ebene waren sie lebensweltlich aber kaum auffindbar. Damit verbindet sich die Vermutung, daß Weimar eine nachklassische Existenzweise eigentlich nicht hat. So wird in der Stadtgeschichte die klassische Ära als »Goldenes Zeitalter« überliefert, die Zeit zwischen 1848 und der Gründung des Deutschen Reiches als »Silbernes Zeitalter«;³ in Fortsetzung gibt die Analogie für die Gegenwart vielleicht das »Blecherne Zeitalter« her.

1. Bild: Weimar als Klassikerstadt

Weimar hat weltweit einen etablierten Ruf als Stadt der deutschen Klassik. Goethe und Schiller sind die Hauptsäulen, auf denen das klassische Image der Stadt ruht. Im Hintergrunde stehen Herder und Wieland.

Der Ruf als olympischer Altar der deutschen Literatur und Geisteskultur wurde von den Heroen selbst geschaffen und wirkt nahezu ungebrochen seit zweihundert Jahren. Das Bild des perpetuum mobile drängt sich auf, das, von der ursprünglichen Energie der Meister in Gang gesetzt, die Wirkung der deutschen Klassik permanent reproduziert. Das physikalische Unding ist auch ein kulturelles. Die Energien, die der Mechanismus verbrauchte, hießen Eckermann, Lenz, Bettina von Arnim, Hölderlin, Kleist... Die neuen literarischen und geisteswissenschaftlichen Strömungen der Romantik und des Vormärzes fanden in Weimar keinen Boden. Die Konservierung der klassischen Hochzeit erzeugte Redundanz, unterstützt durch die Errichtung der Denkmale für Herder (1850), Wieland (1857) sowie Goethe und Schiller (1857). 1886 wurde das Goethewohnhaus zum Nationalmuseum erklärt. Die großen literarischen Gesellschaften wie die Deutsche Schiller-Stiftung (1859) und die Goethe-Gesellschaft (1855) ließen sich in Weimar nieder. Bis heute sind die Tagungen der Goethe- und Shakespeare-Gesellschaften in Weimar Höhepunkte des offiziellen Kulturlebens.

Die Weimarer sind sich der klassischen Bedeutung ihrer Stadt überbewußt und arrangieren sich damit. Auf die Frage nach einer treffenden Kurzbezeichnung für Weimar reproduzieren 22% die gängige Selbstdarstellung der »Klassikerstadt«, »Stadt der Dichter und Denker«, »Kultur- und Dichterstadt« usw. Die Ironisierungen lösen sich vom Muster ab, ohne einen Gegenentwurf zu denken. Das klingt dann so: »Goethenapolis«, »Dichtergruft und Klassikerruine« oder »Stadt der Dichter und des Grauens«.

Dennoch leben die Weimarer mit der Klassik. Auf die Frage, welche Orte sie den Gästen in der Stadt und der Umgebung zeigen, werden zu 61% (von 2443 Nennun-

³ G. Günther / L. Wallraf, Geschichte der Stadt Weimar, Weimar 1975, S. 398 ff.

gen bei 530 Probanden) Gebäude und Ensembles benannt, die in der klassischen Periode entstanden sind oder überbaut wurden, bzw. deren Bedeutungsgehalt sich mit der Wirkungsgeschichte der Klassik verbindet. Auf die Frage, welche Gebäude und Ensembles den Weimarnern selbst die liebsten sind, werden in noch höherem Maße (69% der Nennungen) klassische Orte benannt. Diese Wahl folgt bestimmt nicht der Bildungspflicht, sondern dem hedonistischen Prinzip des Strebens nach Anregung und Entspannung.

Dabei nehmen aber nicht etwa die Gedenkstätten für die Klassiker die ersten Ränge ein, sondern die Landschaftsparks in und um Weimar, deren Charakter von der Philosophie der Aufklärung beeinflusst ist. Das durch die Klassik geprägte Naturverhältnis, das in den Parks erlebt und gelebt werden kann, erweist sich als der am ehesten klassische Bestandteil der Lebenswelten vieler Weimarer. Harmonie und Erhabenheit wirken hier unvermittelt und ungebrochen, während die Gedenkstätten den Eindruck von »Puppenheimen« nicht verwehren können.

2. Bild: Weimar als Parkstadt

Weimars Lage im Naturraum des mittleren Ilmtals und darüber hinaus in Thüringen hat auf die Stadtgestalt gewirkt. Die Parks, Gärten und Friedhöfe der Stadt sind wichtige Elemente der Stadtstruktur und werden als solche im Alltagsleben der Bewohner angeeignet.

Bei der Benennung der Lieblingsplätze in der Stadt rangieren zu 58% (679 Nennungen) die Parks und Gärten in und um die Stadt ganz vorn. Bei dieser Frage nach den Lieblingsplätzen muß keinerlei Repräsentationspflicht Genüge getan werden, vielmehr zeigen die Antworten echte Identifikationen mit gelebten Räumen in der Stadt und ihrer Umgebung.

Erstaunlich ist, daß dieser allgemein anerkannte Lebens- und Repräsentationswert sich in einem Kurzwort für die Stadt kaum wiederfinden läßt, lediglich: »Ilm-Athen« (7 Nennungen), »Parkstadt« oder »Stadt am Park« (5 Nennungen), »Stadt im Grünen« (2 Nennungen). Das erklärt sich unseres Erachtens aus dem latenten Konsens, daß die Parks und Gärten im klassischen Image der Stadt bereits enthalten sind. Für die Selbstdarstellung der Stadt ergibt sich damit die Aufgabe, diese stille Vereinbarung zu aktivieren und nach außen darzustellen.

In den Erwartungshaltungen, mit denen Touristen nach Weimar kommen, tauchen die Parks und Gärten der Stadt so gut wie nicht auf (2 Nennungen). Diese Erwartungen wurden gestützt durch Selbstdarstellungen der Stadt, Reiseliteratur verschiedener couleurs und zahlreiche Artikel in der renommierten Presse⁴ zur Ruin(en)-Romantik

⁴ B. Eichmann, Klassiker, Überlebensgroß, in: Das Parlament 46–47 (1990); Th. Rietzschel, Tore und Straßen nach allen Enden der Welt, in: F.A.Z. Nr. 182 (1990); H. Schütz, In Goethes Quartier, in: Die Zeit Nr. 22 (1990).

Tabelle 1: Vergleich Lieblingsplätze/Vorzeigeobjekte (Prozentangaben beziehen sich auf die Grundgesamtheiten)

	Lieblingsplätze		Vorzeigeorte	
	Rangplatz	Prozent	Rangplatz	Prozent
Ilmpark	1	51	3	36
Belvedere	2	30	1	46
Schillerstraße	3	23	16	6
Tiefurt	4	21	2	41
Parks insgesamt	5	8	9	18
Weimarahallenpark	6	8	29	1
Frauenplan	7	7	23	3
Theaterplatz	8	6	26	2
Friedhof	9	4	13	7
Herderplatz	10	4	14	6

Schillerhaus/ Museum	23	0	4	31
Goethehaus	18	1	5	29
Zentrum/Innenstadt	11	4	6	24
Buchenwald	–	–	7	20
Museen insgesamt	24	0	8	18
Theater	12	3	10	16
Gesamtzahl der Nennungen:		1162	2443	

der DDR, in denen auch Weimar einen gebührenden Platz bekommen hat. Mit dieser Argumentation verträgt sich nicht das Bild der harmonischen Parks und Gärten der Stadt. Das Fatale dieses Vorgangs liegt darin, daß gängige Urteile und Vorurteile immer wieder reproduziert und zu Erwartungshaltungen umgebildet werden, die ihrerseits die Möglichkeit versperren, sich der Stadt und ihren Leuten offen zu nähern. Darin liegt eine Distanzierung vom Alltagsleben – Weimar wird zum »Tempelherrenhaus«.⁵

3. Bild: Weimar als Kulturstadt

Die angelegte Distanzierung zwischen Alltags- und Hochkultur kann mit den derzeitigen Bestrebungen, Weimar als Europäische Kulturhauptstadt zu etablieren, nicht überwunden werden. Diese Bestrebungen liegen in einer Betonung des europäischen Ranges bestimmter kultureller Ereignisse in der Stadt. Beispiele dafür sind das Kunstfest im Sommer 1990, das zum ersten Male stattfand mit namhaften Orchestern und

⁵ Das Tempelherrenhaus ist eine Ruine im Ilmpark. Ursprünglich wurde das Haus 1787 als gotische Kapelle errichtet zur dekorativen Zierde des Parks. Es wurde als Teesalon genutzt.

Tabelle 2: Erwartungen von Touristen an Weimar (Prozentangaben beziehen sich auf die Gesamttheiten)

	Nennungen	Osttouristen (N = 63)		Westtouristen (N = 57)	
		Rang	Prozent	Rang	Prozent
1. Goethe	82	1	75	1	61
2. Schiller	77	2	71	2	56
3. Buchenwald	22	3	22	6	14
4. Kulturstadt	20	4	16	5	18
5. deutsche Klassik	19	6	13	4	19
Weimarer Republik	19	9	5	3	28
6. Nationaltheater	14	5	14	7	9
7. historischer Stadtkern	11	7	11	8	7
8. Studentenstadt	9	6	13	11	2
9. kulturelles Leben	8	8	10	10	4
10. Musiker	4	9	5	11	2
11. Kunst	3	–	–	9	5
12. Parks	2	11	2	11	2
Verwandte	2	10	3	–	–
eigene Jugend-	2	11	2	11	2
erinnerungen					
weitere Nennungen:	11	4		7	

Solisten, oder die bereits traditionellen Tagungen der Goethe- und Shakespeare-Gesellschaften einschließlich der dazugehörigen Theateraufführungen.

Im Außenbild der Stadt werden derzeit die Tore und Straßen nach Europa stärker reflektiert als im Innenbild. Das ist eine Folge der Eingrenzungs- und Abschottungspolitik der letzten Jahrzehnte. Die Fiktion Europa wird leer bleiben, wenn sie mit einer Negierung der Regionalität verbunden ist. Weimar liegt in Thüringen, Thüringen liegt in Europa neben den Masuren, der Toscana, dem Rheinland... Das abstrakte Ziel, Weimar als Europäische Kulturhauptstadt zu küren, suggeriert die Vorstellung, Weimar läge bislang nicht in Europa, und es wiederholt sich sozialpsychologisch gesehen die Konstellation, nach Artikel 23 angeschlossen werden zu müssen.

Gleichzeitig aktiviert die Formulierung »Hauptstadt« Hierarchie-Denken, das Vorherrschaft über andere notwendig einschließt, was angesichts des lädierten Selbstbewußtseins der ehemaligen DDR-Bürger problematisch ist. Gerade einer europäischen Gemeinschaft wird damit die Akzeptanz abgegraben. Es liegen vor Weimar als Kulturstadt zwei mögliche unterschiedliche Entwicklungslinien:

1. Die klassische Innenstadt Weimars wird als Reservat aufgebaut und funktioniert als in sich geschlossener Kulturbetrieb für und durch die Besucher von außen. Dieser Vorgang würde stadträumlich zur Verdrängung der Alltagskultur und des alltäglichen Lebensvollzugs – Wohnen, Einkaufen, Kommunikation – aus dem Innenstadtbereich in Randbereiche der Stadt führen. Diese Vision ist nicht so weit ablie-

gend, in unserer Befragung tauchen Bezeichnungen wie »Disney-Land der Klassiker« auf, die sie sehr genau intentionieren können.

2. Die andere mögliche Entwicklungslinie kann die Verräumlichung eines lebendigen Kulturbegriffes verfolgen, der in seinen Wurzeln bis in die klassische Zeit zurückgeht und in Weimar Lebensrealität geblieben ist. Die Tafelrunde Anna Amalias, der Freundeskreis um Liszt, das Bauhaus Weimar sind Beispiele für diese Art von Kultur, bei der Kommunikation in sowohl formellen als auch informellen Beziehungen gleicher Bürger Ziel und Mittelpunkt war. Soziale Hierarchien wurden aufgeweicht und soziale Dynamik und Mobilität konnten entstehen. Hier liegen die echten Verknüpfungspunkte zwischen Alltagskultur und Hochkultur in der Weimarer Tradition.

Die Weimarer Stadtstruktur ist im höchsten Maße geeignet, diese kommunikative Tradition fortzuführen. Der Stadtgrundriß ist überaus kompakt. Unterschiedlichste kulturelle Lebensräume und Ausdrucksformen liegen dicht nebeneinander. In diesem Sinne ist Weimar eine vormoderne und schwachsegregierte Stadt. Für den Passanten und Besucher bestünde die Möglichkeit, Subjekt der Stadtkultur zu sein, indem er nicht ein Rezeptionsschema aufgedrängt bekommt, sondern die Akzente der Wahrnehmung und der Beteiligung an der Aktivität der Stadt selbst wählt. Weimar trägt damit die Potenz in sich, eine kommunikative Stadt zu sein und zu bleiben. Allerdings ist die Charakteristik Weimars als Stadt nicht ganz unbestritten.

Tabelle 3: Raumbegriffe zu Weimar

Städtischer Charakter, Stadt	74%
Metropole/Hauptstadt	7%
Anspruch auf Metropole	1%
Dorf	13%
Vergleich mit Innenräumen (wie Museum...)	2%
Gesamtzahl der Nennungen	348

Von einigen, immerhin 16% der Befragten, wird Weimar der Urbanisierungsgrad einer Stadt überhaupt abgesprochen. Das äußert sich in Kurzbezeichnungen wie: »Kulturdorf«, »Provinzhauptstädtchen«, »Provinznest«, »Residenzdorf«.

4. Bild: Weimar als Provinzstadt

Mit dieser räumlichen Kategorisierung wird Weimar eingebettet in eine Region und eine Landschaft. Diese Einbettung bezeichnet nicht nur die topographische Situation, sondern die realen starken Beziehungen der Stadt zu ihrem Umland. Diese Beziehun-

gen orientieren sich auf der Identitätsebene nach Norden (Ettersburg), nach Osten (Tiefurt, Kromsdorf, Denstedt, Oßmannstedt) und nach Süden ins mittlere Ilmtal. Im Westen sind die Beziehungen unentwickelt; offensichtlich reicht der Einflußbereich von Erfurt bis dicht an die Stadtgrenzen Weimars heran.

Tabelle 4: Topographische Lage der Lieblingsplätze und Vorzeigeorte (Prozentangaben beziehen sich auf die Gesamtzahl der Nennungen)

	innerstädtisch	Nord	Süd	Ost	West	Nennungen
Liebingsplätze	76%	1%	14%	9%	–	1162
Vorzeigeorte	64%	11%	14%	10%	1%	2443

Trotz der Ost-West-Anbindung, die mit dem Beginn der Industrialisierung 1847 durch den Eisenbahnanschluß erreicht wurde, trotz der starken Verkehrs- und Pendlerbeziehungen nach Erfurt auf Schiene und Straße haben sich um Weimar die vormodernen regionalen Beziehungen erhalten. Die Weimarer ignorieren auf der Identitätsebene die Zentralität Erfurts. Weimar entwickelt einen starken Selbstbezug und eine Rivalität zu Erfurt. In der Diskussion um die Landeshauptstadt Thüringens wird derzeit diese Rivalität ausgetragen. Das kommt zum Ausdruck in solchen Kurzbezeichnungen wie: »Weimar – die Alternative« oder »Weimar ist Weimar«.

So erfährt die seit Goethe geschätzte und beklagte Provinzialität der Stadt zunehmend eine neue Wertung als Widerstandsform gegen Zentralgewalt und kulturelle Nivellierung. Für die Image-Pflege der Stadt wäre ein gekonntes Understatement angeraten, weil im Kampf um eine hierarchisch definierte Position das Unvergleichbare und Originäre auf das Maß vergleichbarer Merkmale (Zahl der Einwohner, der Quadratmeter Museumsfläche, der Anzahl der Zuschauerplätze) gedrückt werden muß. Die ungewöhnliche Verkettung und Vernetzung von Lebensäußerungen in ihrer qualitativen Natur fällt durch die Raster des quantitativen Vergleichs.

Kulturelles Hegemoniestreben der Stadt liefe auf einen Kampf mit den Giganten des europäischen Kulturbetriebes hinaus. Weimar lebt im Spannungsfeld von Provinzialität und europäischer Geltung. Diese Provinzialität schamvoll verbergen zu wollen, heiße, das Spannungsfeld in Langeweile aufzulösen.

Die Übereinstimmung des Lebensgefühls der Bewohner mit der Stadtgestalt kann dagegen Glaubwürdigkeit hervorbringen, die für Besucher authentisch, stimmig und anziehend wirkt. Das würde bedeuten, daß sich für Weimar eine europäische Geltung gerade über seine Provinzialität aufrechterhalten ließe: Europäische Provinz Weimar. Diese Argumentation läßt sich stützen aus einer Mentalitätsanalyse der erfragten Kurzbezeichnungen für die Stadt.

Diese Mentalitätskategorien (klassisch, dominant, biedermeierlich etc.) wurden von uns in einem mehrstufigen Prozeß aus dem empirischen Material herausgearbei-

Tabelle 5: Mentalitätsanalyse

Mentalität	Zahl der Nennungen	Beispiele
1. <i>provinziell</i>	73	Residenzdorf, provinzielles Dichter- und Drecknest, ruhige Kulturstadt
2. <i>kulturvoll</i>	51	Kulturstadt, Kulturstadt der Welt als Idee, kleine Stadt mit kulturellem Touch
3. <i>klassisch</i>	47	Klassikerstadt, Stadt mit unbeschreiblichem klassischem Flair, spießige Klassikerstadt
4. <i>dominant</i>	27	Ilrn-Athen, Thüringer Hauptstadt, Kulturbombe, überhebliches Provinznest
5. <i>ruiniert</i>	25	Das letzte Elend. Schöne Ruine. Es war einmal...
6. <i>aufstrebend</i>	18	Thüringer Babylon, Kommerz-Weimar, Weimar – die Alternative
<i>selbstreflektiv</i>	18	Weimar – ein Begriff an sich, Weimar ist Weimar, Weimarmarmelade
7. <i>kleinbürgerlich</i>	16	kleinbürgerliche Stadt, schmutzige kleinbürgerliche, vom Hauch der Klassik angewehte Stadt
<i>bürokratisch</i>	16	Bürokratenhochburg, Advokatenhügel
8. <i>weltrangig</i>	15	Kulturmetropole, Kulturmekka, Goethenapolis
9. <i>biedermeierlich</i>	12	Spießbürgerstädtchen, Schilda, liebevoll-spießig
10. <i>verschlafen</i>	9	Stadt der Schlafmützen, verträumt, verschlafene Stadt

tet. Bei ambivalent geladenen Kurzbezeichnungen erfolgte eine Mehrfacheinordnung in verschiedene Mentalitätskategorien. Zum Beispiel »Thüringer Babylon« wurde zugeordnet bei provinziell, dominant, aufstrebend und integrativ.

Gerade die schwächer besetzten Kategorien erfassen Mentalitäten in der Stadt, die *nicht* im Offizial-Image wiedergespiegelt werden: konserviert/museal (achtmal), morbide (sechsmal), faschistoid (viermal), anmaßend (siebenmal), idyllisch (zweimal). Damit werden latente Geisteshaltungen dargestellt, die ein differenzierteres Bild als die offiziellen Selbstdarstellungen abgeben, diese aber gleichzeitig untermauern, problematisieren und bereichern. Diese unverwechselbaren Singularitäten liegen als latente Struktur unter dem im Massenbewußtsein wiedergespiegelten Bild von der Stadt und können damit zukünftig mögliche Entwicklungslinien andeuten. Es hängt von den realen Umständen der Stadtentwicklung ab, welche der latenten Möglichkeiten sich durchsetzen wird. Die Sozialstruktur der Stadt wird darauf einen wachsenden Einfluß haben.

5. Bild: Weimar als Bürgerstadt

Deshalb ist es angeraten, nachzudenken über Weimar als Bürgerstadt. In der Stadtgeschichte gab es mit der politischen Entwicklung nach 1945 sowohl einen offiziellen Bruch als auch eine latente Kontinuität der Sozialstrukturentwicklung. Das Bildungsbürgertum erfuhr eine Abwertung seines Sozialprestiges zugunsten der Arbeiterklasse. Um eine sozialistische Nationalkultur, die ihrem Wesen nach alle progressiven Elemente der deutschen Kultur- und Geistesgeschichte enthielte, konstituieren zu können, war auf Weimar nicht zu verzichten. Um das nationale Kulturerbe in Anspruch nehmen zu können, brauchten die »Kulturarbeiter der Klasse« die Vermittlung durch das Bildungsbürgertum – nicht als einmaligen Akt, sondern als fortdauernde Leistung. Dazu war es nötig, dieser sozialen Schicht die Existenzbedingungen in der Stadt nicht gänzlich abzuschneiden.

In einer eigenartigen Symbiose lebten die Kulturfunktionäre und das Bildungsbürgertum voneinander und nebeneinander. Die einen erhielten vergleichsweise gute und sichere Arbeits- und Lebensbedingungen, die anderen konnten aus dem Spektrum der geistigen Produktion nach eigenem Ermessen auswählen und verfügen. Daraufhin versuchte das Bildungsbürgertum, wenigstens seine Kommunikationsphäre durch gruppeninterne Kommunikationsformen zu schützen. Diese Behauptung wird schwer zu stützen sein, denn die »Donnerstag-Vorträge«⁶ waren immer plakatiert. Dennoch hat die Grenzziehung stattgefunden. Der Preis, der dafür gezahlt wurde, war der Verlust von bürgerlicher Öffentlichkeit (der Habermas'sche Forschungsansatz vom »Strukturwandel der Öffentlichkeit« müßte für die DDR-Geschichte fortgeschrieben werden). In dieses Vakuum hinein entwickelten sich neue Formen von Teilöffentlichkeit in den Clubs: Studentenclubs, Filmclub, Club des Kulturbundes, unter dem Dach der Kirche und in den Wohnzimmern. In diesen Teilöffentlichkeiten konnten soziale Dynamik und Durchmischung gelebt werden, weil der Zugang zu diesen Gruppen vorwiegend über Persönlichkeitsmerkmale geregelt war.

Hier liegt die Analogie zu Kommunikationsweisen der Tafelrunde, der Teestuben und Salons der klassischen Zeit. Damit konnte eine Traditionslinie aufgenommen, persifliert, fortgesetzt, letztlich in das eigene Leben integriert werden: »Goethe trifft Nina«. Gemeint ist Nina Hagen und es handelt sich um das Motto des ACC, des »Alternativen Cultur Centrums« in Weimar.

In diesem geistigen Umfeld konnten sich Bürger im Sinne von Citoyens entwickeln. Hier liegt eine Wurzel für die Akzeptanz der Bürgerbewegungen und der Liberalen, die in Weimar größer ist als in thüringischen Städten vergleichbarer Bedeutung. Das läßt sich mit den Wahlergebnissen belegen.

Nicht unterschlagen werden darf die kleinbürgerliche Mentalität, die wie der ge-

⁶ Regelmäßige öffentliche Vortragsreihe seit Jahren im Goethe-Nationalmuseum.

Tabelle 6: Ergebnisse der Volkskammer- und der Landtagswahlen in Thüringen

	Liberales (FDP, DFP, LDP)	Bürgerbewegungen (Bündnis 90, Grüne Partei, UFV)
Volkskammerwahl ⁷ 18. 3. 1990		
Thüringen	4,64%	4,11%
Weimar	7,66%	7,99%
Erfurt	4,39%	5,77%
Jena	6,57%	7,72%
Landtagswahl ⁸ 14. 10. 1990 Zweitstimmen		
Thüringen gesamt	9,27%	7,15%
Weimar	12,96%	13,25%
Erfurt	8,76%	11,43%
Jena	12,23%	12,97%

meine Hausschwamm (*serpula lacrimans*), nach dem auch die Galerie »Schwamm« in Weimar benannt ist, die Stadt zu durchziehen scheint. Kleinbürgerlichkeit ist nicht allein festzumachen an einer sozialen Schicht oder einem Berufsstand, sie funktioniert als diffamierendes Argument zur Herabsetzung anderer. Es ist die Generalbeschimpfung. Kleinbürgerlich sind immer die anderen: die Beamten, die Bürokraten, die Spießbürger, die spinnerten Intellektuellen. Der Vorwurf von Kleinbürgerlichkeit ist eine Mischung aus Sozialneid und Aggressivität. (Wir haben vorläufig Kleinbürgerlichkeit als verbale Grenzziehung behandelt. Unbelichtet bleibt die reale Existenzform des Kleinbürgers, sie wäre eine Forschung wert.)

Abgesang

Durch den Druck des empirischen Materials haben wir für die Identität von Weimar 5 Bilder entwickelt, auf denen sich wie auf Säulen ein zukunftssträchtiges Image der Stadt aufbauen kann: Weimar – die Klassikerstadt, die Kulturstadt, die Parkstadt, die Europäische Provinz und die Bürgerstadt. Diese fünf Elemente der Selbstidentifikation hängen systematisch wie ein Pentagramm zusammen und müssen im System

⁷ Ergebnisse der Volkskammerwahlen nach Wahlkreisen der Landtagswahlen am 14. 10. 1990 nach Ländern hrsg. vom Statistischen Amt der DDR, Hauptabteilung Territorialstatistik und Wahlen, Berlin, 1990.

⁸ Landtagswahl Thüringen am 14. Oktober 1990: Vorläufiges Ergebnis hrsg. vom Landeswahlausschuß Thüringen, Statistisches Landesamt Thüringen Erfurt, 15. 10. 1990, Erfurt, 1990.

ganzheitlich betrachtet werden. Image-Pflege muß auf Außen- und Innenwirkung gerichtet werden, um ein gesundes städtisches Selbstbewußtsein zu befördern. Gerade jetzt, wo die politischen Identifikationsebenen zusammengebrochen sind, bekommt regionale Identität eine hervorragende Bedeutung. Über die Identifikation mit der Stadt als Lebensraum eröffnen sich die Tore und Wege nach Europa. In der Außenwirkung wiederum wäre eine Bürgerschaft, die im Einklang mit sich selbst und ihrer Stadt ist, anziehend für Fremde, sowohl für Touristen als auch für mögliche künftige Bürger der Stadt.

Sabine Schneider

Denkmalpflege und Tourismus

Touristen beurteilen Trier

Spätestens seit dem Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 wird der Denkmalpflege nicht nur von der Fachwelt, sondern auch von der Bevölkerung verstärktes Interesse entgegengebracht. Wenn man voraussetzt, daß die unterschiedlichen Auslegungsmöglichkeiten eines Denkmalpflegeverständnisses, sowohl von Experten, als auch von Laien, immer schon stark vom Zeitgeist geprägt waren, so läßt sich erkennen, daß eigentlich erst in den 80er Jahren intensiv versucht wurde, die Beziehungen zwischen Denkmalpflege und Fremdenverkehr zu durchleuchten und Lösungen für die Konfliktbereiche zu finden. Die Entstehung dieses relativ neuen Denkansatzes – neu in seiner momentanen Bedeutungsintensität – wird nur allzu verständlich in einer Zeit, in welcher der Tourismus überdimensionale Formen angenommen hat, alte Bausubstanz jedoch immer pflegebedürftiger wird und aufgrund der Gefährdung durch Umweltverschmutzung und Besucherströme oftmals schnelle Erhaltungsmaßnahmen fordert.

In einer Stadt wie Trier, die Zeugnisse der Stadtgeschichte aus zwei Jahrtausenden vorweisen kann, besitzt diese Problematik Modellcharakter. Die Diskussionen um eine bestehende »mißtrauische Distanz oder fruchtbare Partnerschaft« zwischen Denkmalpflege und Tourismus fanden hier ihre Steigerung im gleichnamigen internationalen Symposium, das schon dreimal Fremdenverkehrsexperten und Denkmalpflegern die Gelegenheit gab, vor einem fachkundigen Publikum ihre Positionen zu klären.

Die Fachwelt bleibt aber gerne unter sich. Betroffen von den praktischen Ergebnissen solcher Diskussionen sind letztendlich jedoch alle Bewohner und Besucher einer Stadt. Aus diesem Grund wurde 1989 in Trier im Rahmen einer Diplomarbeit ein Meinungsbild speziell von Touristen erstellt, die sich mit schon getätigten oder noch geplanten denkmalpflegerischen Maßnahmen auseinandergesetzt hatten.

Bisher beschränkten sich die Äußerungen von Gästen weitgehend auf ihre Meinung über besuchte Hotel- und Restaurationsbetriebe oder über die Nutzung von Freizeit-Infrastruktur. Um aber spezifische Aussagen über eine abstrakte Problematik wie ästhetische Vorstellungen und allgemeine Trends im Zeitgeschmack der Bevölkerung machen zu können, war eine andere Art der Befragung notwendig.

Die Erhebung konzentrierte sich deshalb vorwiegend auf Übernachtungsgäste, die – im Gegensatz zu Tagestouristen – länger am multifunktionalen städtischen Leben

teilnahmen und somit die Möglichkeit hatten, intensiv über spezielle Probleme und Situationen Triers zu reflektieren. Eine Intensiv-Befragung ohne die Anwesenheit des Interviewers gewährleistete dabei eine höhere Antwortqualität als bei einer Direktbefragung auf der Straße. Trotzdem war es ein recht schwieriges Vorhaben, wie sich schnell herausstellte, denn aufgrund des Jahrhundertssommers hatten nur wenige Touristen die Muße, ihre Urlaubszeit mit dem Ausfüllen eines Fragebogens zu verbringen. Aber es ist ja alles nur eine Frage der Zeit, und somit gibt nun das Ergebnis der Antworten von den (zwischen April und Oktober 1989) befragten 115 Touristen einen interessanten Einblick in das gesamte Wirkungsspektrum Triers, das heißt über Erlebnisschwerpunkte der Fremden, ihre Kritik zum äußeren Erscheinungsbild der Stadt und vor allem über die Akzeptanz denkmalpflegerischer Arbeit in der Bevölkerung.

Die Untersuchung sprach für den Bereich Denkmalpflege ganz spezielle Projekte an. Mit Hilfe statistischer Auswertung zeigte sich dann auch tatsächlich eine gruppenübergreifende Meinungstendenz, die auf die Existenz eines einheitlich zeitgenössischen »Geschmacks« hindeutet.

Kaiserthermen

So z. B. im Fall der Trierer Kaiserthermen. Typisches Kennzeichen dieser zu Beginn des 4. Jahrhunderts unter Konstantin dem Großen entstandenen Bade- und späteren Palastanlage sind die Konchen mit ihren monumentalen Fenstern, die die ehemaligen Wasserbecken halbkreisförmig umschließen. Da die Südapsis im Mittelalter als Stadtort genutzt wurde, haben sich die Mauern des Caldariums, des Warmbadesaals, bis in die heutige Zeit hinein erhalten und zeigten sich jahrhundertlang als pittoreske Ruine im Trierer Stadtbild. Diese Ansicht ersetzte man 1984 – anlässlich des 2000jährigen Stadtjubiläums – durch eine »neugeschaffene Ruinensituation«, so die Kritik der Landesdenkmalpflege Rheinland-Pfalz. Es erfolgte nämlich ein Wiederaufbau der mittleren Ostkonche durch die vollständige Rekonstruktion der Fensterreihen bis in stattliche 30 m Höhe, eine Höhe, die in römischer Zeit Bauwerken kaiserlichen Ranges vorbehalten blieb. Die Touristen waren sich einig: Knapp 90% der Befragten befürworteten die Maßnahme aufgrund der besseren Anschaulichkeit dieser imposanten Mauern.

Mehrere Gedanken zur Nutzung der Kaiserthermen beschäftigten sich mit deren »Wiederbelebung«. Die Vorschläge reichten von einer Wiedernutzbarmachung »Römischer Thermen« als Badeanstalt über ein »vollständig instandgesetztes Gebäude als Museum, in dem sich Aussehen und Gewohnheiten vergangener Zeiten nachvollziehen lassen«, bis hin zum römischen Vorbild einer »Ansiedelung von Katzen, um die Thermen mit Leben zu füllen«. Hierin zeigt sich, daß oftmals bei Betrachtern antiker

Ruinen die eigene Vorstellungskraft nicht ausreicht, und sie tatsächlich mehr didaktische Hilfe benötigen, um sich historische Situationen ausmalen zu können.

Repräsentationshaus Steipe

Eindeutig war auch die touristische Einstellung zur Steipe, dem gotischen Repräsentationshaus der Trierer Bürgerschaft aus dem 15. Jahrhundert, welches bis zu seiner vollständigen Zerstörung im Zweiten Weltkrieg als Symbol bürgerlichen Selbstbewußtseins gegolten hatte. Nach jahrzentelangen kontroversen Diskussionen entstand 1970 auf dem ursprünglichen Standort am Trierer Hauptmarkt eine nach alten Plänen genau rekonstruierte neue Steipe. Wiederum Begeisterung unter den Touristen: Von den Besuchern, die hierzu Stellung nahmen, vertrat lediglich eine Person die Meinung, das Gebäude hätte mit Hilfe moderner Ausdrucksformen seine Bedeutung zurück erhalten müssen. Es wurde unter anderem bedacht, daß »moderne Stilmittel der Harmonie des Marktplatzes sehr schaden und zudem die Geschichte verfälschen«, da sie nur über das Stilempfinden der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, nicht aber über das 15. Jahrhundert aussagen können. Ein Gast verwies darauf, daß zahlreiche deutsche Städte solche Rekonstruktionen praktizieren. »Ansonsten würden wir in wesenlosen, modernen, dem Zweck entsprechenden Städten wohnen, die nicht mehr von ihrer Vergangenheit erzählen können.« Da die Steipe jedoch ihr heutiges Aussehen schon seit mittlerweile 20 Jahren zeigt, und die Kenntnis der früheren Baulückensituation bei Besuchern nur in Ausnahmefällen erwartet werden kann, beweist sich auch hier wiederum der starke Erlebniswert eines attraktiven Gebäudes, der die Frage um Original oder Kopie in den Hintergrund zu drängen scheint. Laut Information der städtischen Denkmalpflege Trier gehören mittlerweile schon viele der früheren Gegner des Steipen-Wiederaufbaus zu dessen Befürwortern, so daß man von einer allgemeinen Akzeptanz der heutigen Steipe ausgehen kann.

Konstantinplatz

Das Zusammenspiel von alt und neu kam auch in Bezug auf den neugestalteten Trierer Konstantinplatz zur Sprache. Diese Freifläche vor der Basilika, der imposanten römischen Palastaula Kaiser Konstantins, hatte jahrelang als Parkraum gedient, bis Anfang der 80er Jahre der Kölner Architekt O. M. Ungers den Auftrag zur Umgestaltung bekam. Den neuen Basilikavorplatz nahmen die Trierer unterschiedlich auf: Die einen sprachen der auf römisches Bodenniveau abgesenkten Fläche großes Lob aus, die anderen empfanden die platzbegrenzende Arkadenarchitektur (von älteren Bürgern teilweise als »Feldherrenhalle« tituliert) als zu steril. Tendenziell ähnlich urteilten auch die Besucher der Stadt: Die überwiegende Mehrheit (77%) akzeptierte den Platz als modernen städtebaulichen Akzent, die übrigen Befragten waren aber der

Meinung, daß Moderne und Antike generell nicht so eng nebeneinander stehen sollten. In einer Werteskala beurteilten 80% das heutige Aussehen des Konstantinplatzes als »sehr gut« oder »gut«, nur knapp 4% lehnten es völlig ab. Die Stellungnahmen zeigten die Tendenz, daß die Absenkung des Platzes auf römisches Niveau bei fast allen Befragten positiven Anklang fand, weil so die Basilika selbst noch besser zur Geltung komme. Die nach Meinung eines Besuchers ästhetischere Alternative einer Ziegelsteinverkleidung der Arkaden weist hier aus Laienmund auf die ursprüngliche Planung des Architekten Ungers zurück, die von der Stadt Trier letztendlich nicht ausgeführt worden war. Als eine der positiven Stimmen zur Platzgestaltung bezeichnet ein Besucher die Baugruppe Basilika/Kurfürstliches Palais als »Epochenakkumulation«, die nun gemeinsam mit der modernen Architektur in einer »Kontinuität« zu sehen sei. Eine weitere Äußerung berücksichtigt, daß auch in der Vergangenheit »die großen Baumeister würdiger alter Architektur Respekt zollten, indem sie dezent zeitgenössisch weitergebaut haben«.

Amphitheater

Zum Planungsvorhaben, das Trierer Amphitheater als Freilichtbühne für musikalische Großveranstaltungen in seiner ursprünglichen Form wiederherstellen zu lassen, waren die Touristen unterschiedlicher Meinung. Bei dieser Thematik sahen sie sich aber auch zum ersten Mal dem Problem gegenübergestellt, nicht über ein schon realisiertes Projekt, sondern über die positiven oder negativen Auswirkungen einer Planungsvorstellung nachdenken zu müssen. Insgesamt lehnte aber eine Zwei-Drittel-Mehrheit, übereinstimmend mit der Meinung der Landesdenkmalpflege, die Umgestaltung des Amphitheaters ab. Die Gründe dafür reichten von befürchteten Verkehrsproblemen bis hin zu gravierenden Eingriffen in die originale römische Bausubstanz. »Weder Hotellerie noch Zufahrtswege noch Parkplätze würden ein ›Verona in Trier‹ bewältigen«. Zudem erhoben die befragten Gäste Zweifel, ob die Stadt Trier in der Lage sei, solche Aufführungen zu bieten und die Unterhaltungskosten für eine Festspielarena zu tragen. Berücksichtigt man Triers schwaches Image als Anbieter kultureller Veranstaltungen, so sind diese Zweifel keineswegs unberechtigt.

Tempelbezirk Altbachtal

Ein ähnlich differenziertes Bild ergab die Beurteilung des Tempelbezirks im Altbachtal. 1924 war hier bei den ersten Grabungen zum Bau einer Rampe südlich der Kaiserthermen ein gallo-römischer Tempelbezirk entdeckt worden, der etwa doppelt so groß ist, wie das Kultplateau der Akropolis in Athen. Es stellte sich bald heraus, daß hier kein einheitlich, zeitlich geschlossener Bezirk durch die Abtragung einer einzigen Schicht freigelegt werden konnte, sondern circa fünf Meter Boden mit stellen-

weise acht und mehr archäologischen Schichten zu durchgraben waren, in denen Kulturreste aus vier Jahrtausenden lagerten. Mit der beginnenden Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre fanden die Grabungsarbeiten wegen schwindender finanzieller Mittel ihr Ende, obwohl von der Gesamtfläche bisher nur etwa ein Siebtel untersucht worden war. Das Gelände wurde nach 1945 mit Trümmerschutt abgedeckt, darauf entstand eine Schrebergartenanlage. Im Vorfeld der 2000-Jahr-Feier stand der Plan einer erneuten Ausgrabung des Tempelbezirks im Altbachtal wieder zur Diskussion, wurde aber auch wieder verworfen. Man war sich von Anfang an der Tatsache bewußt, daß hier eine absolute Großgrabung notwendig sein würde, die im Zusammenhang mit anderen Vorhaben nicht mehr finanzierbar wäre. Ganz zu schweigen von der gesellschaftspolitischen Problematik, die sich durch das Vorhandensein der Schrebergärten stellte.

Von den hierzu befragten Touristen, die die finanziellen Schwierigkeiten einer Großgrabung nicht kannten und deshalb nicht berücksichtigten, sprachen sich 55% für eine erneute Freilegung des Gräberfeldes aus. 13% fanden dagegen einen zusätzlichen Tempelbezirk in einer von der Antike schon so stark geprägten Stadt wie Trier relativ unwichtig. Für die Erhaltung bzw. Verlegung der Schrebergärten plädierten insgesamt 30% der Besucher. Wie man sieht, treten hier also recht unterschiedliche Tendenzen auf. Obwohl die Mehrheit der Befragten für eine Grabung im Tempelbezirk stimmte, veranlaßte die Unkenntnis über die technische und finanzielle Durchführbarkeit eines solchen Projekts viele dazu, mit Hilfe von Mehrfachnennungen Kompromißlösungen zu suchen und konkrete Entscheidungen, wie sie in den vorhergehenden Fällen getroffen wurden, zu umgehen.

Trierer Viehmarkt

Die Problematik Viehmarktplatz – mittlerweile das Trierer Politikum schlechthin – stellte in ihrer Komplexität ebenfalls hohe Anforderungen an die Vorstellungskraft der Befragten. Auf diesem Ausgrabungsgelände waren die Bauten einer Tiefgarage und einer Stadtparkasse geplant, bis dann bei Ausschachtungsarbeiten die dritte und gleichzeitig älteste Thermenanlage der Augusta Treverorum, dem Trier zur Römerzeit, zum Vorschein kam. Für deren Erhaltung und Konservierung an Ort und Stelle entstand der Plan einer gläsernen Vitrine (ebenfalls von Ungers), die als Thermenmuseum Einblick in die älteren Grabungsschichten gewährleisten soll. Umstritten bleibt dabei jedoch die Konservierungsfläche, da das Museum nur einen Teil der antiken Thermenanlage abdecken, und der Bau von Sparkasse und Tiefgarage den restlichen Bereich zerstören würde. Eine Translozierung der Funde, d. h. die Thermenmauern abzutragen und an anderer Stelle wiederaufzubauen, ziehen weder die Trierer Bürger noch die Besucher der Stadt in Erwägung.

Im touristischen Meinungsbild überwiegen dagegen eindeutig die Stimmen für eine Kompromißlösung (56%), die in Trier auch voraussichtlich realisiert wird: die flächenmäßige Reduzierung von Sparkassengebäude und Tiefgarage sowie der Bau des einsehbaren Glaskubus als Museum. Knapp 29% plädierten dafür, auf die beiden städtischen Baumaßnahmen zu verzichten, um die vollständige Thermenanlage in situ konservieren zu können – ein Vorschlag, der den Vorstellungen der Bürgerinitiative entspricht, in der Planung aber nie Anerkennung gefunden hat und wohl auch weiterhin nicht finden wird. Interessant hierbei war die Erkenntnis, daß das touristische Meinungsbild die tendenzielle Einstellung der Trierer in ihren zwei Hauptrichtungen (seitens der Stadt und der Bürgerinitiative) widerspiegelt, ohne von der stadintern vorherrschenden politischen Argumentation beeinflusst worden zu sein.

Allgemeines Wirkungsspektrum Triers

Um neben den erwähnten Problemstellungen weitere Aspekte über die Auseinandersetzung der Touristen mit der denkmalpflegerischen Situation in Trier gewinnen zu können, untersuchte eine gesonderte Fragestellung positive bzw. negative Eindrücke zur optischen Rezeption von Baudenkmalern/Sehenswürdigkeiten. Die genannten Negativ-Faktoren konzentrierten sich hauptsächlich auf die Groß-Kaufhäuser, deren »gesichtslose« Fassaden nach Meinung der Gäste nicht ins Stadtbild passen und auf den Störeinfluß von »laut schreiender Reklame« an alten Hausfassaden. Weiterhin wiesen Vorschläge zur Renovierung verschiedener (nicht-römischer) Bauten auf touristisches Mißfallen über das »Nebeneinander von ›Paradedenkmalern‹ und ›vergammelten‹ anderen historisch-künstlerischen Werten« hin.

Ein weiteres Ziel der Untersuchung 1989 war, das allgemeine Wirkungsspektrum Triers im touristischen Meinungsbild aufzudecken. Um zu erfahren, welche Vorstellungen die Besucher von Trier hatten, bevor sie die Stadt zum ersten Mal sahen, behandelten einige Fragen das bestehende Image der »Moselmetropole«.

Es ergab sich ganz deutlich, daß fast 80% der Besucher mit dem Begriff Trier sofort die antiken Baudenkmal und den Charakter einer historischen, geschichtsträchtigen Stadt assoziieren. Dies war zu erwarten, da natürlich gerade in diesen Punkten die Fremdenverkehrswerbung einer so alten Stadt ansetzt. Der Altstadtcharakter, das heißt unter anderem das Vorhandensein schöner Bürgerhäuser, war nur wenigen bekannt. Ebenso würdigte nur ein kleiner Prozentsatz der Befragten das Privileg Triers als älteste Stadt Deutschlands sowie deren religiöse Bedeutung als Bischofssitz mit zahlreichen Kirchen und Klöstern, und als Pilgerziel zum Aufbewahrungsort des Gewandes Jesu, dem sogenannten Heiligen Rock. Der Geburtsort von Karl Marx spielt im Vorstellungsbild der Gäste ebenfalls eine geringe Rolle.

Eine etwas größere Gruppe, nämlich 14% der befragten Personen, hatte sich Trier vor ihrem Besuch als eine romantisch ins Moseltal eingebettete Stadt vorgestellt.

Eine interessante Entwicklung scheint die Bedeutung Triers als WeinStadt in den letzten zehn Jahren erlebt zu haben. Nachdem in einer Gästebefragung 1978 der Wein noch als völlig irrelevant für die Attraktivität der Stadt angesehen wurde, machte sich in der neueren Untersuchung doch eine deutliche Imageänderung bemerkbar: 13,0% erwähnten in ihren Vorstellungen von der Stadt den Wein. Hierfür dürfte die verstärkte Weinwerbung der letzten Jahre ausschlaggebend sein.

Die Frage, ob sich all diese Eindrücke, die die Besucher vor ihrer Ankunft von Trier hatten, während ihres Aufenthalts in der Stadt nun bestätigten oder nicht, wurde von 72% bejaht. 8% sahen dagegen ihre Vorstellungen nicht realisiert, während 20% sich dazu nicht eindeutig äußerten. Diese Werte zeigen also weitgehend eine Übereinstimmung des Images Triers mit den späteren touristischen Erlebnisschwerpunkten.

Eine grobe Bewertung Triers läßt sich aus der Nennung der von den Befragten schon besuchten deutschen Städte erzielen. Sie äußert sich dabei in dem Stellenwert, der Trier innerhalb einer Städterangordnung zugewiesen werden sollte. Von insgesamt 50 genannten Städten stellten sich Köln, München, Bremen, Celle, Würzburg, Berlin, Hamburg und Bamberg als die attraktivsten im Hinblick auf die Besucherhäufigkeit der Befragten heraus. Dies sind somit die acht stärksten Konkurrenten Triers für den erbetenen Vergleich, der von insgesamt 74% der Befragungsteilnehmer angestellt wurde. 26% gaben keine Wertung ab. In der von den Gästen erstellten Städterangordnung schneidet die älteste Stadt Deutschlands sehr gut ab. Knapp 80 Prozent aller Antwortenden setzten Trier an die erste oder zweite Stelle, wobei sie den zweiten Platz am häufigsten vergaben. 16,5% aller hierzu stellungnehmenden Touristen wählten Trier auf Platz drei, 4% stimmten für Platz vier. Nur eine Person nannte die 6. Stelle.

Auch wenn man berücksichtigt, daß der Eindruck der Stadt auf die Besucher noch sehr stark war, da die Befragung während ihres Aufenthaltes in Trier durchgeführt wurde und nicht danach, läßt sich hier wohl von einem hervorragenden Ergebnis sprechen.

Erlebnisschwerpunkte

Man kann davon ausgehen, daß besonders bedeutende oder beeindruckende Erfahrungen vom Gast in einer spontanen Aufzählung als Erste untergebracht werden. Deshalb wurden die Besucher in einer offenen Fragestellung gebeten, ihre bisherigen Eindrücke von Trier aufzuschreiben. Dieser Bitte entsprachen 82% aller Befragten, die gegebenen Antworten können demnach als aussagekräftig für die Grundgesamtheit der Erhebung 1989 gewertet werden.

Außer den Römerbauten, die von fast allen Befragten besonders erwähnt wurden, stellt der am häufigsten genannte Erlebnisschwerpunkt eindeutig Triers Fußgängerzone dar. Von den 94 Personen, die sich zu ihren Eindrücken äußerten, wurde der

Fußgängerbereich allein 20mal direkt hervorgehoben, zusätzlich aber auch mehrmals indirekt erwähnt (z. B. »ansprechender Innenstadtbereich«.) Er wird u. a. mit Attributen wie »lebendig«, »weitläufig« und »pulsierend« charakterisiert. Große Bedeutung finden dabei die optischen Reize des Hauptmarktes, aber auch die »schönen Häuserfassaden« und die »gepflegten bzw. gut restaurierten Altbauten, die einen gewissen Stolz auf die Vergangenheit zeigen«.

Das Stadtbild wird sehr oft als besonders erwähnenswert betrachtet. Sehr beeindruckt waren die Gäste von den zahlreichen Grünanlagen und von der Möglichkeit, »schöne, lange Spaziergänge an der Mosel entlang« machen zu können. Die Tatsache, daß die meisten Sehenswürdigkeiten zu Fuß zu erreichen sind, erlebten sie positiv, ebenfalls die Freundlichkeit der Bewohner (»man fühlt sich aufgenommen«) und die Sauberkeit in der Stadt.

Sehr oft sprachen die Besucher ihren Eindruck vom Nebeneinander antiker und moderner Bauten aus. In diesem Punkt gehen die Meinungen jedoch stark auseinander. Wo mancher die »gelungene Mischung von Altem und Neuem« lobt, finden andere die Synthese von »kulturellen, antiken Bauten und neuerer, moderner Architektur« nicht ganz geglückt. Einigen Besuchern war auch aufgefallen, daß aufgrund der Fülle an historischen Bauwerken, sich einige davon in schlechtem Zustand befinden, »z. B. der Jugendstilbau mit den Eichhörnchen-Ornamenten/Fleischstraße und das Gußeisenhaus/Karl-Marx-Straße«.

Als ein positives Erlebnis werteten die Befragten die Leistungen der Stadt Trier im touristischen Bereich. Den Ausschlag dafür gaben die »gute Betreuung bereits im Vorfeld (gutes Informationsmaterial)« und die »qualifizierten Stadtführungen«, wobei ein Gast, der an beiden Führungsarten teilgenommen hatte, einen Vergleich zog und den Stadtrundgang als informativer und individueller beurteilte als die Busrundfahrt.

Das touristische Angebot hatte bei den meisten Besuchern einen positiven Eindruck hinterlassen – vor allem die Pflege der historischen Stätten, der Ausgrabungen (besonders der Thermen) und der Museen. Das neue Diözesan-Museum wurde als eine »Augenweide« besonders empfohlen. Pluspunkte verzeichnete auch der restaurierte Dom mit den ihn umgebenden »romantischen, stillen Gassen«. Als positiv galt der ungehinderte Zutritt zum Dom und zu allen anderen sehenswerten Kirchen, negativ dagegen die verschlossene Synagoge und die um die Mittagszeit geschlossenen öffentlichen Baudenkmäler. Außerdem böte sich abends, »wenn Museen, Archive usw. geschlossen sind, besonders für alleinreisende Frauen, sehr wenig Abwechslung.«

Einen Kritikpunkt aus dem sozialen Bereich stellt auch in Trier die Stadstreicherproblematik dar. Sie findet vor allem in den vom Tourismus stark frequentierten Städten immer wieder besondere Beachtung und formuliert sich auch in der Befragung 1989 im Mißfallen eines Gastes, der sich gestört fühlte durch »randalierende Stadstreicher im Schloßpark am frühen Abend und schlafende Stadstreicher im Schloßpark am späten Vormittag.«

Allgemein negative Beurteilung erfährt die Verkehrssituation in Trier. Der Verkehrsablauf – »vor allem nachts in der Innenstadt« – wird als »unorganisiert, laut und störend« bezeichnet, von einem Besucher sogar als »genauso brutal (Raser, Abgase, Lärm)« wie in seiner Heimatstadt München. Bei diesen Wertungen schwingt die spezielle Problematik der Hotels im Innenstadtbereich mit, deren Gäste von den Verkehrsbelastungen am ehesten betroffen sind.

Weiterhin machte die Befragung die herrschende Parkplatznot deutlich, die »relativ hohe Umweltbelastung durch Autoabgase« und die äußerst harte Kritik daran, daß die Tourist-Information für neuankommende Autofahrer »praktisch unerreichbar« sei – nämlich in einer Fußgängerzone ohne zugehörige Parkplätze. Mehrere Personen kritisierten zudem die »für Ortsunkundige nicht ausreichende Beschilderung der Straßenzüge«. Schilder nur am Beginn und am Ende einer Straße würden einem Fremden die Orientierung erschweren, vor allem wenn ein Fußgänger »in der Mitte auf die Straße trifft, und nicht weiß, ob es die richtige ist«.

Die eindeutig negativste Bewertung erhielt der öffentliche Busverkehr. Als äußerst ungünstig für die touristische Nutzung erwiesen sich dabei fehlende Netzpläne an den Haltestellen, welche die einzelnen Linienführungen ersichtlich machten. Es sei z. B. »schwer verständlich für einen Fremden, wenn eine Buslinie von der Porta Nigra an verschiedenen Punkten in verschiedene Richtungen führt«. Außerdem fanden der »veraltete Taschensfahrplan« und die »fehlende Haltestelle am Amphitheater« negative Erwähnung.

Die übrigen Angaben zu Spontaneindrücken der Touristen bezogen sich auf das umfangreiche Restaurations- und Einzelhandelsangebot »auf relativ engem Raum«. Positiv hervorgehoben wurde diesbezüglich das gute Preis-Leistungs-Verhältnis, gute, »nette« Lokalitäten, viele Straßencafés und Restaurants als »Ausruhlplätze« und das Vorhandensein wenigstens einer Gaststätte mit römischen Spezialitäten. Einige Gäste vermißten allerdings »ein paar bodenständige Restaurants, wo man auch landesüblich essen kann«.

Gegenüber »guten Geschäften« erwähnen die Gäste auch zahlreiche Billigläden, »deren Interieur nur auf Profitgier ausgerichtet ist und jedes Gefühl des Besuchers, sich in einer antiken Stadt zu befinden, vernichtet«. Außerdem werden zu viele »leerstehende Läden« beklagt und »manche Werbeanlage an einer alten Fassade«, womit man behutsamer umgehen sollte.

Man sieht also, daß sich aus den direkten Erlebnissen von Touristen ganz klare Eindrücke zu bestimmten städtischen Situationen erkennen lassen, die in der Fremdenverkehrsplanung noch keine Beachtung fanden, (z. B. Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit des ÖPNV für den Tourismus) oder aber in städtischen Institutionen diskutiert wurden, bisher jedoch nicht geändert werden konnten (z. B. die verschlossenen römischen Baudenkmäler um die Mittagszeit).

Zusammenfassend ergab sich ein enger Zusammenhang zwischen den Erlebnis-

schwerpunkten der Gäste und ihrem Denkmalpflegeverständnis. Die Äußerungen zeigen, daß die Stadtbesucher von den Zielobjekten ihrer Besichtigungsreise einen gepflegten und ästhetischen Zustand erwarten, und ein insgesamt gutes Aussehen das zeitgenössische Idealbild zu sein scheint. Immer wieder zeigt sich der Wunsch nach Perfektion, besonders in den freien Antwortformulierungen, in denen die Gäste ihren Ideen und Verbesserungsvorschlägen Ausdruck verliehen. Hier tauchte mehrmals die Forderung auf, Ruinenmauern zu komplettieren, beispielsweise im Vorschlag zum Wiederaufbau der Kaiserthermen als Badeanlage. Nach modernem Zeitgeschmack scheinen also gepflegte, »adrette« Ruinen wirklich »in« zu sein, eine Volksmeinung, die wohl Denkmalpfleger erschrecken, Stadtväter dagegen nachdenklich werden läßt.

Andererseits ließen sich unter den touristischen Verbesserungsvorschlägen mehrmals Aspekte erkennen, die vorher schon von Experten aufgegriffen worden waren (z. B. Ziegelsteinverkleidung der Arkaden auf dem Konstantinplatz). Solche Äußerungen beweisen, daß Gästemeinungen eine konstruktive und ernstzunehmende Kritik darstellen, selbst wenn die Thematik den üblichen Befragungsrahmen sprengt und sich mit komplexeren Problemen befaßt.

Die Analyse der touristischen Erlebnisschwerpunkte ergab einen weitgehenden Konsens mit der Vorstellung, welche sich die Gäste vor ihrem Besuch in der Stadt gebildet hatten. Von besonderem Interesse war hierbei die Erkenntnis, daß neben der sofortigen Assoziation Triers mit der Römerzeit beispielsweise auch eine romantische Flußlandschaft erwartet wird, demgegenüber aber das Image einer Altstadt mit historischen Bürgerhäusern nicht besteht.

Es äußerten sich erstmals Stärken und Schwächen im städtischen Funktionsbetrieb, deren direkte Auswirkungen auf den Tourismus bisher nicht erkennbar waren. Die kritischen Stellungnahmen zur allgemeinen Verkehrssituation oder speziell zum öffentlichen Personen-Nahverkehr, aber auch zu positiv erlebten Dienstleistungen innerhalb des Aufgabenbereiches der Tourist-Information, dürften hauptsächlich für die Trierer Stadtväter und die entsprechenden Institutionen von besonderem Interesse sein.

Schlußbemerkung

Mit der Untersuchung konnten zum ersten Mal auch Entwicklungstendenzen der letzten zehn Jahre empirisch belegt werden (z. B. die gestiegene Bedeutung Triers als Weinstadt). Es zeigte sich letztendlich, daß eine Intensiv-Befragung von Touristen ohne Beisein des Interviewers eine höhere Antwortqualität gewährleistet, als eine Direktbefragung »auf der Straße«. Nur die zeitliche Möglichkeit einer längeren Reflektion über teilweise recht komplexe Themen konnte bei den Gästen ernstzunehmende freie Antwortformulierungen und eventuelle Verbesserungsvorschläge hervorrufen,

auch wenn bei dieser Art der Befragung, im Gegensatz zum Straßeninterview, ein weit- aus geringerer Rücklauf einkalkuliert werden muß.

Die Vorgehensweise, die der Untersuchung zugrunde liegt, läßt sich auch in anderen Städten problemlos anwenden – vorausgesetzt, die Fragen zur Denkmalpflege mit ihren Antwortvorgaben werden der jeweiligen Problematik entsprechend ausgetauscht. Die gesamte übrige Erfassung von Vorstellungsbildern, Erlebnisschwerpunkten und sozio-demographischen Angaben sowie der Aufenthaltsmotive und der Städtehierarchie, eignet sich in Fremdenverkehrsorten jeder Art und Größe zu empirischen Studien.

Es empfiehlt sich also, in zukünftigen Untersuchungen zum Tourismus auch Fragen zur Denkmalpflege, zum Stadtbild und zu Erlebnisschwerpunkten der Besucher verstärkt zu berücksichtigen, um die Anzahl touristischer Meinungsbilder zu erhöhen und somit den Stand der Forschung auf diesem Gebiet zu verbessern.

Holger Leimbrock / Werner Roloff

Der qualitative Fallstudienansatz in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung

Die folgende Darstellung umreißt die methodologischen, methodischen und forschungspraktischen Probleme und Schwierigkeiten, mit denen sich die Autoren im Rahmen einer von ihnen durchgeführten Stadtforschung auseinandersetzen hatten. Im Verlauf dieses mehrstufig angelegten, auf dem qualitativen Fallstudienansatz basierenden und dessen möglichst optimale Anwendung anstrebenden Forschungsprojekts wurden unter schrittweiser Steigerung des Interpretations- und Abstraktionsniveaus zunächst theoriegeleitet detaillierte Fallberichte erarbeitet, dann die Gemeinsamkeiten der dazu ausgewählten Fallbeispiele aufgezeigt und daraus schließlich generalisierende Schlußfolgerungen gezogen.¹ Gegenstand der Analyse waren die nach wie vor »im Windschatten« des wissenschaftlichen Forschungsinteresses liegenden Städte mittlerer Größe und die dort in den letzten Jahrzehnten konkret abgelaufenen Veränderungs- und Umstrukturierungsprozesse sozioökonomischer und baulich-räumlicher Art, die sich aus dem von einem komplexen Zusammenhang lokaler und überlokaler Kontextvariablen beeinflussten Ineinandergreifen der im städtischen Raum wirkenden Ordnungsprinzipien »Markt« und »Plan« ergeben.

Angesichts der vorliegenden Prämissen eines weitgehend vernachlässigten Forschungsobjekts in Gestalt der Mittelstädte sowie einer inhaltlich und zeitlich weit gefaßten, sich auf vielschichtige Wirkungszusammenhänge und -abläufe beziehenden Themenstellung erschien es begründet, eigene empirische Untersuchungen durchzuführen, sie als Fallstudien anzulegen und bei den notwendigen Erhebungs- und Auswertungsschritten auf die »neuen« *Methoden qualitativer Art* zurückzugreifen, die neben den herkömmlichen quantitativen Methoden empirischer Sozialforschung in jüngster Zeit erheblich an Relevanz gewonnen haben. Mit diesen Relevanzgewinnen war insofern eine signifikante Neubewertung der qualitativen Verfahren verbunden, als das ursprüngliche, offensichtlich nicht haltbare Schlagwort vom Modetrend heute schon historisch erscheint und statt dessen eher die Frage diskutiert wird, ob und inwieweit die aktuelle Rede vom neuen Königsweg und vom bevorstehenden bzw. bereits stattgefundenen Paradigmenwechsel gerechtfertigt ist. Dabei werden die qualita-

tiven Vorgehensweisen wegen ihrer spezifischen, Erkenntnisfortschritte versprechenden Einsatzmöglichkeiten gefordert, wenn es um die Suche nach geeigneten Verfahren zur empirischen Erforschung der komplexen und heterogenen gesellschaftlichen Wirklichkeit geht, und wegen ihrer Anwendungsbezogenheit überdies aus Professionalisierungsgründen ins Gespräch gebracht, wenn die Diskussion auf die Behebung der Identitäts- und Orientierungskrise der Sozialwissenschaften im allgemeinen und der beruflichen Chancenlosigkeit ihrer Absolventen im besonderen zielt.

Inhaltlich basiert die qualitative Sozialforschung auf der Vorstellung und Hoffnung, an verborgene Bereiche sozialer Wirklichkeit mit »Beobachtungsverfahren und Fallstudien heranzukommen, die die Handlungsabläufe in ihrem situativen und sinnhaften Kontext so weit wie irgend möglich zu erhalten versuchen. Bevorzugt werden Vorgehensweisen, die vermeiden, Teilaspekte voreilig zu isolieren, und die sich bemühen, die beobachteten Vorgänge nicht unter Gesichtspunkten vorab definierter Konstrukte oder Hypothesen analytisch zu zergliedern, sondern alle Anstrengung darauf verwenden, einzelne Prozesse und einzelne Fälle bis ins Detail zu erfassen.«² Dabei ist zu beachten, daß die methodologischen Grundlagen qualitativer Sozialforschung zwar mittlerweile auf breiter Ebene ausgearbeitet sind, aufgrund der verfolgten Grundprinzipien der Offenheit und Flexibilität des Vorgehens Patentlösungen bei der Anwendung qualitativer Verfahren jedoch konsequenterweise fehlen. »Es gibt keine Vorschriften, denen man bei der Verwendung irgendeiner dieser Vorgehensweisen folgen muß; die Vorgehensweise sollte an ihre Umstände angepaßt und an der Einschätzung ihrer Angemessenheit und Fruchtbarkeit orientiert werden.«³

Qualitative Sozialforschung ist folglich zu verstehen und zu bewerten als eine den jeweils behandelten Forschungsobjekten und Fragestellungen in spezifischer Weise angepaßte, nicht mit standardisierten Erhebungs- und Auswertungstechniken wie die quantitative Sozialforschung operierende Forschungsstrategie. Sie bietet aufgrund ihrer offenen und flexiblen Vorgehensweise den Vorteil, die Vielschichtigkeit des Untersuchungsobjekts nicht vorab reduzieren zu müssen, und trägt so der Tatsache Rechnung, daß sich komplexe und heterogene Problemfelder mit einer Vielzahl relevanter Einfluß- und Erklärungsfaktoren und kausale Prozesse in nicht standardisierbaren Wirkungszusammenhängen und -abläufen gegen die Anwendung der methodisch »sauberen«, aber rigorosen und voraussetzungsvollen quantitativen Verfahren sperren. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die Anwendung qualitativer Verfahren quantifizierende Aussagen a priori ausschließt. »Entscheidend ist, daß diese Quantifizierung im Nachhinein erfolgt, auf der Basis einer umfangreichen Auseinandersetzung

¹ Vgl. H. Leimbrock / W. Roloff, (Mittel-)Stadtentwicklung – (Mittel-)Stadtplanung, Frankfurt am Main 1987; sowie dies., Mittelstädte im Wandel, Pfaffenweiler 1991; vgl. auch die unter dem Titel »Städtische Veränderungs- und Umstrukturierungsprozesse und kommunale Planung in Mittelstädten« veröffentlichten Zwischenresultate in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 367ff.

² L. Krappmann / U. Oevermann / K. Kreppner, Was kommt nach der schichtspezifischen Sozialisationsforschung?, in: M. R. Lepsius (Hrsg.), Zwischenbilanz der Soziologie. Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages, Stuttgart 1976, S. 258ff., hier S. 263.

³ H. Blumer, Methodologische Prinzipien empirischer Wissenschaft, in: K. Gerdes (Hrsg.), Explorative Sozialforschung, Stuttgart 1979, S. 41ff., hier S. 55.

mit dem qualitativ erhobenen Material und nicht auf der Grundlage von Daten, die im Rahmen standardisierter Vorgehensweisen erhoben wurden.«⁴

Die Kritik an den »neuen« Verfahren qualitativer Art, die sich konsequenterweise in anderen Darstellungsformen niederschlagen als herkömmliche theoretische und empirische Vorgehensweisen, ist bekannt: Als Resultat einer wenig angemessenen und fruchtbaren Anwendung paradigmefremder Beurteilungskriterien waren in der Vergangenheit und sind nach wie vor Tendenzen auszumachen, qualitative Verfahren ungeachtet ihrer spezifischen Leistungsfähigkeit als präwissenschaftliche und vorläufige »weiche« Methoden einzustufen und darunter zu verstehen, daß mit ihrer Hilfe lediglich Erkenntnisse von relativ geringer Validität, Repräsentativität, Generalisierbarkeit und damit Theoriefähigkeit gewonnen und folglich kaum mehr als individuelle Besonderheiten beschrieben werden können. Qualitative Vorgehensweisen werden so leicht zum impressionistischen Deskriptionen liefernden Journalismus degradiert, der sich mit Trivialitäten und Hintertreppengeschichten beschäftigt. Dies gilt speziell für diejenigen Fälle, in denen darauf verzichtet wurde bzw. angesichts des nicht hinreichenden Bestandes an verwertbarem Vorwissen darauf verzichtet werden mußte, die qualitativen Verfahren auf der Basis eines ausgearbeiteten theoretischen Konzepts anzuwenden.

Begünstigt durch diverse Einflußfaktoren, wobei insbesondere an die unreflektierte Verabsolutierung der standardisierten Forschungsverfahren und das Streben nach kaum noch angreifbaren hochabstrakten theoretischen Aussagen einerseits sowie den ungesicherten Status der qualitativen Vorgehensweisen andererseits gedacht ist, zeigte die angesprochene Kritik in der Vergangenheit unterschiedliche, teils fragwürdige Wirkungen. Hierzu zählte der »Etikettenschwindel«, vor dem von Alemann warnt⁵ und unter dem im vorliegenden Kontext zu verstehen ist, daß eine in Wirklichkeit qualitative Forschung etwa aus Reputationsgründen nicht als solche ausgegeben und präsentiert wird. Hinzu kommen Fälle, in denen der von den Auftraggebern einer Untersuchung »ausgeübte Zwang zur großen Zahl (Repräsentativuntersuchung)«⁶ zum Tragen kam oder in denen – umgekehrt – die Auftragnehmer ohne Zwang des Auftraggebers einen qualitativen Fallstudienansatz um standardisierte Erhebungs- und Auswertungstechniken erweiterten.⁷ Dabei bzw. darüber hinaus wur-

⁴ Ch. Hopf, Soziologie und qualitative Sozialforschung, in: Ch. Hopf / E. Weingarten (Hrsg.), *Qualitative Sozialforschung*, Stuttgart 1979, S. 11ff., hier S. 13f.

⁵ Vgl. H. von Alemann, *Der Forschungsprozeß. Eine Einführung in die Praxis der empirischen Sozialforschung*, Stuttgart 1984, S. 157.

⁶ J. Schulz zur Wiesch, *Wirkungsanalysen in der Stadterneuerung. Beispiel Berlin*, in: G.-M. Hellstern / H. Wollmann (Hrsg.), *Evaluierung und Erfolgskontrolle in Kommunalpolitik und -verwaltung*, Basel 1984, S. 365ff., hier S. 376.

⁷ Vgl. G.-M. Hellstern / H. Wollmann, *Methoden- und Nutzungsprobleme von Evaluierungsuntersuchungen in Auftragsforschung. Ein Fallbericht*, in: dies. (Hrsg.), *Evaluierung und Erfolgskontrolle in Kommunalpolitik und -verwaltung*, Basel 1984, S. 481ff., hier S. 485.

den selbst sich auf komplexe und heterogene Wirkungszusammenhänge und -abläufe beziehende Prozeß- und Kontextanalysen immer wieder mittels quantitativer Verfahren angegangen, wobei allerdings auch auf diese Weise agierende Forscher zunehmend erkennen und zugestehen, »daß das gegenwärtig zur Verfügung stehende (standardisierte; d. Verf.) Instrumentarium nicht ausreicht, um Kontextanalysen problemlos durchzuführen«,⁸ und bei der Suche nach Methoden zur Erfassung verborgen gebliebener Bereiche sozialer Wirklichkeit auf die qualitativen Verfahren und ihre spezifische Leistungsfähigkeit verweisen und teils auch zurückgreifen.

Die kritischen Bewertungen qualitativer Vorgehensweisen und die daraus resultierenden, teils fragwürdigen Auswirkungen auf die Forschungspraxis basieren nicht selten auf dem Einfluß eines übertriebenen methodologischen Rigorismus, dessen Kennzeichen das strikte Beharren auf einer naturwissenschaftlichen Beweisführung mittels standardisierter Forschungsverfahren sowie das Ausblenden der »Frontprobleme«⁹ empirischer Sozialforschung sind und dessen Auflockerung durchaus auch von »konventionellen« Sozialforschern gefordert und praktiziert wird, die nach neuen und zeitgemäßen Wegen zur möglichst optimalen Anwendung der von ihnen vertretenen Forschungsansätze suchen. Inhaltlich charakterisieren die Postulate des methodologischen Rigorismus eine nicht erst mit dem kritischen Rationalismus Poppers beginnende Wissenschaftstradition, »die andere als auf die Formulierung von Gesetzmäßigkeiten bezogene Hypothesen und Theorien nicht kennt. ... Sie ist gekennzeichnet durch eine durchgehende Ablehnung von Fragen, die sich auf »historische Gesetze« beziehen, auf systematische Trends der Entwicklung, eine je spezifische Entwicklungslogik und vergleichbare Fragen. Diese erscheinen schlimmstenfalls als metaphysisch, günstigenfalls als Fragen einfacher historischer Deskription«.¹⁰ Unter Anwendung der Postulate des methodologischen Rigorismus bereitet es folglich wenig Schwierigkeiten, bei einer Bewertung der bewußt und ausdrücklich alternative Wege beschreibenden qualitativen Verfahren die massive Verletzung von Kunstregeln zu konstatieren, die – um es noch einmal deutlich zu wiederholen – zumindest innerhalb des so kritisierten Paradigmas nicht existieren. Damit ist bereits angedeutet, daß die den qualitativen Verfahren inhärente Stärke der gewährleisteten offenen und flexiblen Vorgehensweise durchaus gleichzeitig zu ihrer Schwäche werden kann, wenn es um die Verfahrensanwendung und -bewertung geht, denn in beiden Fällen ist kaum auf feststehende und allgemeingültige Richtlinien zurückzugreifen.

Um nun insgesamt nicht den falschen Eindruck entstehen zu lassen, daß die kriti-

⁸ H. Alpheis, *Das Wohnquartier und die Zufriedenheit seiner Bewohner. Kontextanalysen – Anwendung und Kritik*, in: J. Friedrichs (Hrsg.), *Soziologische Stadtforschung*, Opladen 1988, S. 328ff., hier S. 353.

⁹ G.-M. Hellstern / H. Wollmann, *Evaluierungsforschung. Ansätze und Methoden – dargestellt am Beispiel des Städtebaus*, Basel 1983, S. 63.

¹⁰ Ch. Hopf (s. A 4), S. 32.

sierte unreflektierte Verabsolutierung der standardisierten Forschungsverfahren durch eine unreflektierte Verabsolutierung der qualitativen Vorgehensweisen substituiert werden soll, ist hier ausdrücklich darauf zu verweisen und keineswegs zu bestreiten, daß der Einsatz qualitativer Verfahren nach wie vor vielfältige Fragen aufwirft, die sich speziell auf die Theoriefähigkeit der qualitativ gewonnenen Erkenntnisse beziehen und offensichtlich nur schrittweise zu lösen sind. Dies ist im folgenden anhand des von uns für die Mittelstadtanalyse gewählten *Fallstudienansatzes* zu konkretisieren, bei dessen Anwendung charakteristischerweise qualitative Verfahren reaktiver und nichtreaktiver Art wie nicht oder wenig standardisierte Interviews, teilnehmende Beobachtungen, Diskussionsrunden oder Textauswertungen miteinander kombiniert werden.

Die Stärke einer Forschungsprozedur, die bei der Analyse komplexer und heterogener Problemfelder, wie sie für die Stadtentwicklung typisch sind, auf einen breit angelegten Fallstudienansatz verzichtet und sich statt dessen auf die Überprüfung der Beziehungen zwischen wenigen Variablen nach den Regeln experimenteller und statistischer Verfahren beschränkt, liegt darin, daß sie präzise Daten liefern kann. Dies geschieht jedoch um den Preis nicht berücksichtigter Wirkungszusammenhänge und -abläufe, denn solche Faktoren, die im jeweiligen Untersuchungsdesign keinen Platz finden, werden mit Hilfe der »ceteris-paribus«-Klausel ausgeschaltet, wodurch die Formulierung stimmiger Aussagen erleichtert, aufgrund der vernachlässigten Aspekte der Realität das »Verständnis der empirischen sozialen Welt«¹¹ aber erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht wird. Als Reaktion hierauf gipfelt die Bewertung der spezifischen Leistungsfähigkeit von Fallstudien in der sich allmählich etablierenden Position, diesen Ansatz nicht nur als sinnvolle Ergänzung quantitativer Verfahren anzusehen, sondern als die überlegene Forschungsstrategie, die allein in der Lage ist, Ursachenforschung zu betreiben. Während »Daten, die bisher in approbierten methodischen Verfahren erhoben wurden, ... nur noch als Hinweis auf tiefer liegende Prozesse und Zusammenhänge akzeptiert«¹² werden, kommt Fallstudien dann die Funktion zu, jene sich hinter den Daten verbergenden Bereiche sozialer Wirklichkeit aufzudecken.

Besteht der Vorzug des Fallstudienansatzes im Vergleich zu methodisch rigoroseren Verfahren in der Gewährleistung einer offenen und flexiblen Vorgehensweise und intensiven Analyse der herangezogenen Einzelfälle, so liegt seine Schwäche in der in Frage gestellten Generalisierbarkeit der mit seiner Hilfe gewonnenen Erkenntnisse. Da sie auf der Untersuchung je besonderer Beziehungen zwischen interessierenden Va-

¹¹ W. J. Filstead, Soziale Welten aus erster Hand, in: K. Gerdes (Hrsg.), Explorative Sozialforschung, Stuttgart 1979, S. 29ff., hier S. 30.

¹² Th. Heinze, Qualitative Sozialforschung. Erfahrungen, Probleme und Perspektiven, Opladen 1987, S. 7.

riablen beruhen und insofern einmalige Wirkungszusammenhänge und -abläufe unter dem Einfluß unterschiedlicher Rahmenbedingungen wiedergeben, können sie im streng statistischen Sinn nicht repräsentativ sein.

Vor diesem Hintergrund begründen Hellstern/Wollmann am Beispiel der Evaluierung kommunaler Sanierungsmaßnahmen – also der Analyse politisch-administrativ unterstützter lokaler Veränderungs- und Umstrukturierungsprozesse – die Optimierungsstrategie, bei der Anwendung des Fallstudienansatzes gerade nicht die üblicherweise als Grundlage für die Generalisierbarkeit von Aussagen angesehene Zufallsauswahl der Untersuchungsfälle vorzunehmen, sondern statt dessen eine *bewußte, problemorientierte Auswahl* (»purposeful selection«) *instruktiver Fälle* zu treffen.¹³ Eine echte Zufallsauswahl würde bedeuten, nach dem Zufallsprinzip solche Fälle heranzuziehen, »bei denen in bezug auf die interessierenden Variablen der *Unterschied* (»*Varianz*«) möglichst groß und in bezug auf die anderen möglicherweise relevanten Variablen die *Identität* (»*ceteris paribus*«) möglichst groß sei.«¹⁴ Diese Bedingungen »einer hinreichend großen Zahl von Fällen der Grundgesamtheit und einer hinreichend geringen Komplexität ihrer Merkmalskombinationen«¹⁵ sind schon bei der Analyse kommunaler Sanierungsmaßnahmen kaum zu erfüllen und im Zuge der Erforschung von noch übergreifender aufzufassenden lokalen Veränderungs- und Umstrukturierungsprozessen sozioökonomischer und baulich-räumlicher Art gänzlich unrealistisch. Dagegen wird das von der Zufallsstichprobe abweichende Verfahren der bewußten, problemorientierten Auswahl einzelner oder mehrerer instruktiver Fälle, die von vornherein eben nicht repräsentativ im statistischen Sinn sein müssen, von der Zielvorstellung geleitet, eine möglichst große Zahl relevanter Einfluß- und Erklärungsfaktoren zu erfassen und so die erkenntnisgenerierende Leistung der durchgeführten Fallstudien zu steigern.

Der methodische Status von Fallstudien läßt sich mit Hilfe eines Klassifizierungsschemas bestimmen, wie es etwa bei Lijphart zu finden ist.¹⁶ Sind die Studien dem auf »common-sense«-getränktem, nicht systematisiertem Vorwissen beruhenden Untersuchungstypus zuzurechnen, dann handelt es sich um »atheoretical case studies«. »They are entirely descriptive and move in a theoretical vacuum«,¹⁷ haben folglich rein explorativen Charakter und können zur Formulierung hypothetischer Aussagen bis hin zu Gesetzhypothesen beitragen. Einen größeren methodischen Stellenwert besitzen »theory-confirming« und »theory-infirming case studies«, die sich »within the framework of established generalizations«¹⁸ bewegen. Auf der Basis problem-

¹³ Vgl. G.-M. Hellstern / H. Wollmann (s. A 9), S. 47 u. 72.

¹⁴ Ebda., S. 72; Hervorhebungen im Text.

¹⁵ Ebda.

¹⁶ Vgl. A. Lijphart, Comparative Politics and the Comparative Method, in: The American Political Science Review, 65 (1971), S. 682ff., hier S. 691.

¹⁷ Ebda.

orientiert und differenziert angelegter, auf verwertbares Vorwissen zurückgreifender theoretischer Konzepte sind sie in der Lage, hypothetische Aussagen empirisch glaubwürdig und plausibel zu untermauern oder in Frage zu stellen. Das Ausmaß, in dem Fallstudien zur weiteren Theoriebildung beitragen, hängt mithin davon ab, inwieweit sie auf einer angemessenen und fruchtbaren Theoriegrundlage aufbauen können. Um der bei einer Anwendung des Fallstudienansatzes bestehenden »Gefahr, sozusagen immer wieder von vorn anzufangen«,¹⁹ nach Möglichkeit zu entgehen, wäre bei einer solchen *theoretischen Fundierung* zweckmäßigerweise im Sinne von »Ockhams Prinzip«²⁰ vorzugehen, das beim Streben nach Erkenntnisfortschritten »auf Kontinuität und Kumulativität der Forschung«²¹ setzt und sich »gegen Moden in der Wissenschaft«²² richtet.

Im Gegensatz zum relativ unumstrittenen Fallstudientypus rein explorativen Charakters, der eindeutig nur der Generierung von auf anderen Wegen zu überprüfenden Hypothesen jeglicher Ausprägung dient, kommt bei der theoriegeleiteten Variante des Fallstudienansatzes das äußerst umstrittene, in keiner Weise zugunsten irgendeiner Position entschiedene Moment der Überprüfung theoretischer und hypothetischer Aussagen hinzu. Typischerweise geht es dabei jedoch nicht um das aus der quantitativen Sozialforschung bekannte Testen einer begrenzten Anzahl von Gesetzhypothesen, die mit universellem Geltungsanspruch regelhafte Wenn-dann-Kausalitäten zwischen zwei oder mehr interessierenden Variablen unterstellen, sondern eher um eine das Kriterium inhaltlicher Validität in den Vordergrund stellende Prüfung der Glaubwürdigkeit und Plausibilität hypothetischer Existenzaussagen in Form von begründeten Annahmen, Thesen oder Orientierungshypothesen. Diese »Es-gibt«-Aussagen²³ sind als »orientierende Feststellungen«²⁴ aufzufassen und einzustufen und haben die Funktion, unter Berücksichtigung der Grundprinzipien der Offenheit und Flexibilität die Erhebung und Auswertung von Daten und Fakten anzuleiten und behutsam zu strukturieren. Damit ist bereits angedeutet, daß sie zumindest in der Anfangsphase einer qualitativen Forschung relativ zahlreich und weit gefaßt sein sollten und werden, ehe sich die sinnvollen und notwendigen Schritte einer allmählichen Reduzierung und Verdichtung anschließen.

Eine weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit von Fallstudien läßt sich dadurch er-

¹⁸ Ebda., S. 692.

¹⁹ H. Wollmann, Implementationsforschung – eine Chance für kritische Verwaltungsforschung?, in: H. Wollmann (Hrsg.), Politik im Dickicht der Bürokratie. Beiträge zur Implementationsforschung, Opladen 1980, S. 9ff., hier S. 29.

²⁰ Vgl. H. von Alemann (s. A 5), S. 248ff.

²¹ Ebda., S. 248.

²² Ebda.

²³ Vgl. ebda., S. 47f.

²⁴ Vgl. D. Jauch, Auswirkungen der Verwaltungsreform in ländlichen Gemeinden, Stuttgart 1975, S. 39, Anm. 1.

reichen, daß der sinnvollerweise jeweils anzustrebende »Methodenmix«,²⁵ der als offene und flexible Kombination unterschiedlicher Verfahrenstechniken zu verstehen ist und gegebenenfalls neben den qualitativen auch quantitative Verfahren umfaßt, nicht auf einen ausgewählten Fall beschränkt bleibt, sondern in einer vergleichenden Analyse angewandt wird. Allerdings können *vergleichende Fallstudien* nicht den Anforderungen rigoroser vergleichender Verfahren genügen, deren Untersuchungslogik entsprechend den anderen um eine präzise Beweisführung bemühten Methoden darin besteht, die Beziehungen zwischen zwei oder mehr interessierenden Variablen zu untersuchen und alle anderen Variablen zu kontrollieren bzw. zu isolieren, mithin durch Manipulation konstant zu halten bzw. auszuschneiden (»ceteris-paribus«-Klausel). Bei den vergleichenden Fallstudien handelt es sich vielmehr um ein »weicheres«, methodisch wie heuristisch offeneres und flexibleres Verfahren, mit dessen Anwendung sich charakteristischerweise die Absicht verbindet, möglichst viele instruktive Fälle und relevante Faktoren in die Untersuchung einzubeziehen und auf der Basis von Unterschieden Gemeinsamkeiten mit dem Ziel der Verallgemeinerung herauszuarbeiten. Zu interpretieren ist dieser Generalisierungsanspruch als die Suche nach dem »Typischen«, nach Sachverhalten, die nicht nur für die begrenzte Auswahl, sondern auch für die übergeordnete Grundgesamtheit typisch erscheinen. Die im Rahmen qualitativer Forschungen vorgenommenen Generalisierungen erfolgen charakteristischerweise in Form von Existenzaussagen, wobei »eine eher *ganzheitliche*, weil *realitätsge-rechtere* Sicht gepflegt«²⁶ wird und statt der Forderung nach statistischer Abgesichertheit Begriffe wie Glaubwürdigkeit und Plausibilität zentrale Bedeutung erlangen.

Beim Rückgriff auf die angesprochenen Optimierungsstrategien ist allerdings gerade bei vergleichenden, auf einer theoretischen Grundlage aufbauenden und mit unterschiedlichen Verfahrenstechniken durchgeführten Fallstudien ausgewählter Städte relativ schnell der Punkt erreicht, daß der im Zusammenhang mit der Erhebung und Auswertung der benötigten Daten und Fakten entstehende, von Anfang an nicht zu unterschätzende Forschungsaufwand zu einem den Forschungserfolg in Frage stellenden Problem wird. Die sich vielfach auswirkenden Negativeffekte nicht existierender, nicht zugänglicher, nicht aktueller, nicht vergleichbarer, nicht hinreichend abgesicherter und/oder aus rechtlichen Gründen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes nicht verwertbarer Daten und Fakten tragen einerseits dazu bei, Forderungen nach einem generellen Abrücken von derartigen stadtdanalytischen Projekten zu generieren, und führen andererseits nicht selten zu ihrem tatsächlichen, teils anschließend in Publikationen dokumentierten und erklärten Scheitern. Dennoch erscheint es unter Berücksichtigung

²⁵ Vgl. G.-M. Hellstern / H. Wollmann, Zur Leistungsfähigkeit von Fallstudien – am Beispiel einer Sanierungsuntersuchung, in: P. Kevenhörster / H. Wollmann (Hrsg.), Kommunalpolitische Praxis und lokale Politikforschung, Berlin (West) 1978, S. 349ff., hier S. 354.

²⁶ S. Lammek, Qualitative Sozialforschung. Band 1. Methodologie, München/Weinheim 1988, S. 176; Hervorhebungen im Text.

sichtigung der von uns gemachten Erfahrungen durchaus begründet, sich den Schlußfolgerungen von Simon anzuschließen und zu fordern, »angesichts der unbestreitbaren Vorteile vergleichender Analysen für weitere theoretische Erkenntnisfortschritte auch mit praktischer Relevanz«²⁷ eben nicht auf die vergleichenden Stadtanalysen zu verzichten. Allerdings bedingen die unbestreitbar auftretenden methodologischen, methodischen und forschungspraktischen Probleme und Schwierigkeiten eine ständige Suche nach angemessenen und fruchtbaren Lösungswegen. Nicht zuletzt bliebe bei einer Bewertung dieser Vorgehensweisen zu klären, ob die damit strukturell verbundenen Schwächen zu kritisieren oder die Bemühungen um deren Reduzierung hervorzuheben wären.

Ausgehend von den bisherigen Ausführungen zur qualitativen Sozialforschung im allgemeinen und dem kaum bestreitbaren, konsensfähig erscheinenden Fazit des »konventionellen« Forschers von Alemann im besonderen, daß es »für die Durchführung von Fallstudien ... (auch in Lehrbüchern) nur relativ wenige Kunstregeln«²⁸ gibt, wäre bei der Anwendung des Fallstudienansatzes letztlich sogar eine Position des »anything goes«²⁹ nicht gänzlich auszuschließen. Sieht man einmal von dieser Position ab, die hier nicht propagiert werden soll und nur bei fehlenden Alternativen wirklich vertretbar erscheint, so fallen im wesentlichen vier Fehler auf, die im Zusammenhang mit der Anwendung des Fallstudienansatzes gemacht werden und nach Möglichkeit zu vermeiden sind. Die folgenden Aussagen gehen auf diese vier Hauptfehler ebenso ein wie auf die entsprechenden Vermeidungsstrategien, die wir im Verlauf unserer mehrstufig angelegten Mittelstadtforschung verfolgt haben.

Konkret wäre *erstens* davor zu warnen, bei der Anwendung des Fallstudienansatzes die paradigmafremden Maßstäbe eines übertriebenen methodologischen Rigorismus anzulegen. Gefordert, intendiert und sinnvoll ist vielmehr, verborgene Bereiche der komplexen und heterogenen gesellschaftlichen Wirklichkeit möglichst umfassend zu erforschen und dabei mit offenen, flexiblen und pragmatischen, sowohl den Untersuchungsobjekten als auch den »Frontproblemen« empirischer Sozialforschung gerecht werdenden Vorgehensweisen zu operieren, wobei »reine«, exakt definier- und abgrenzbare Erhebungs-, Auswertungs- und Darstellungsformen speziell im Fall einer offenen und flexiblen Kombination unterschiedlicher Verfahrenstechniken kaum zu erhalten sein werden. Typisch für den angemessen und fruchtbar angewandten Fallstudienansatz sind vielmehr Mischformen mit fließenden Übergängen jeglicher Art. Derartige fließende Übergänge finden sich etwa zwischen Datenerhebung und Datenauswertung, induktivem bzw. abduktivem und deduktivem Vorgehen, Hypothesengenerierung und Hypothesenüberprüfung oder Deskription und Explikation.

²⁷ K.-H. Simon, Probleme vergleichender Stadtforschung, in: J. Friedrichs (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung, Opladen 1988, S. 381ff., hier S. 405.

²⁸ H. von Alemann (s. A 5), S. 180.

²⁹ Vgl. S. Lammek (s. A 26), S. 240.

Im konkreten Fall der von uns durchgeführten vergleichenden Stadtanalysen sind wir in Übereinstimmung mit den bereits erwähnten, sich bewußt und ausdrücklich vom Paradigma naturwissenschaftlicher Beweisführung absetzenden Strategien zur möglichst optimalen Anwendung des Fallstudienansatzes vorgegangen. Hierzu zählte zunächst und vor allem die »purposeful selection« instruktiver Fälle, in deren Verlauf wir mit Detmold, Hameln, Herten, Marburg und Unna Mittelstädte unterschiedlichster Größe, Lage, Funktion, Struktur und Entwicklung ausgewählt haben. Geleitet wurde die vorgenommene Mittelstadtauswahl von dem Interesse, einerseits aufzuzeigen, daß sich die einzelnen zum Stadttypus Mittelstadt gehörenden Städte durchaus erheblich voneinander unterscheiden können, und andererseits auf der Basis dieser Unterschiede und eines ausgearbeiteten, auf verwertbares Vorwissen zurückgreifenden theoretischen Konzepts Gemeinsamkeiten mit dem Ziel der Verallgemeinerung herauszuarbeiten, um so schließlich zu Aussagen über Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsphänomene zu kommen, die für Mittelstädte allgemein typisch erscheinen.

Im Anschluß an die Warnung vor einem übertriebenen methodologischen Rigorismus wäre bei der Anwendung des Fallstudienansatzes *zweitens* davor zu warnen, Daten und Fakten, die im Verlauf der qualitativen Analyse objektiver Gegebenheiten erhoben werden, ungeprüft zu übernehmen und so die Objektivität und Validität der gefundenen Resultate zu gefährden. Allerdings stehen der Erfüllung dieses aus methodologischer Sicht gebotenen Postulats nicht selten die bereits erwähnten forschungspraktischen Restriktionen einer unbefriedigenden Informationsbasis entgegen, so daß es angesichts fehlender Alternativen vielfach kaum zu umgehen sein wird, pragmatisch vorzugehen und bestehende Informationslücken auch mit nicht weiter überprüfbareren, etwa in Form informeller Einzelhinweise vorliegenden Daten und Fakten zu schließen. »Gerade wenn man sich den Problemstellungen der Praxis nicht verschließen will, muß man sich mit dieser – aus wissenschaftlicher Sicht – unbefriedigenden Situation abfinden, aus dem vorhandenen Material herausholen, was sinnvollerweise herauszuholen ist, und die Einschränkungen deutlich machen, unter denen vernünftige Aussagen möglich sind.«³⁰

Dabei ließ die von uns durchgeführte Mittelstadtforschung erkennen, daß sich das schon bei den Fallstudien der Großstadtforschung auswirkende Problem einer unbefriedigenden Informationsbasis in mittelgroßen Städten offensichtlich in signifikanter Weise verschärft. Faktoren wie die aus der eng begrenzten Personalausstattung der städtischen Verwaltungsinstanzen resultierenden organisatorischen Restriktionen oder das mangelnde Interesse wissenschaftlicher Forschung an Stadtentwicklungs-

³⁰ B. Hamm / J. J. Savelsberg, Evaluierung komplexer Maßnahmen. Beispiel Einrichtung einer Fußgängerzone in Trier, in: G.-M. Hellstern / H. Wollmann (Hrsg.), Evaluierung und Erfolgskontrolle in Kommunalpolitik und -verwaltung, Basel 1984, S. 404ff., hier S. 411.

und Stadtplanungsproblemen unterhalb der Großstadtebene wirkten sich dahingehend aus, daß in den von uns untersuchten Mittelstädten problembezogene, zur Beantwortung unserer Fragestellungen heranziehbar Arbeiten gehobenen Standards, sei es in Form entsprechender politisch-administrativer Aufbereitungen, Auswertungen und Veröffentlichungen, sei es in Form wissenschaftlicher Prozeß- und Wirkungsanalysen, fast völlig fehlten. Den Schwerpunkt der existierenden und zugänglichen schriftlichen Quellen bildeten wenig ambitionierte und nur bedingt ertragreiche Alltagsdokumente, zu denen Zeitungsartikel, Heimatkundeberichte und Praktikerbeiträge, von Städten und Bürgerinitiativen herausgegebene Informationsbroschüren und Presseerklärungen, (Leser-)Briefe und Flugblätter zählten, sowie interne Grundlagen der Planungs- und Verwaltungspraxis wie Pläne, Entwürfe, Gutachten, Statistiken, Bilanzen und Protokolle. Aber selbst das von den bzw. für die Stadtverwaltungen erarbeitete und als Grundlage für das politisch-administrative Planungs- und Verwaltungshandeln dienende Material ließ speziell im Fall marktinduzierter Stadtentwicklungsprozesse und -probleme sehr schnell unerwartete Lücken erkennen.

Vor diesem Hintergrund, der im übrigen bereits auf einige mittelstädtische Spezifika verweist, drohte unser mehrstufig angelegtes Forschungsprojekt frühzeitig zu scheitern. Den intendierten Forschungserfolg konnte erst ein komplexes Bündel ineinandergreifender Maßnahmen und Faktoren sichern. Abgesehen vom sich auswirkenden »Glücksfall«³¹ aufgeschlossener und hilfsbereiter Ansprechpersonen und -stellen, zählte dazu insbesondere eine offene und flexible Kombination unterschiedlicher qualitativer Verfahrenstechniken. Sie umfaßte Interviews, eigene Beobachtungen sowie Quellenanalysen und ermöglichte es, unter den gegebenen Bedingungen ein Höchstmaß an Informationen zu erhalten, erhobene, natürlich immer noch Fragen offenlassende Daten und Fakten zu ergänzen und hinreichend abzusichern sowie die innerhalb des gesammelten Materials aufgedeckten, allerdings nicht selten als Ausdruck real existierender Ambivalenzen der empirischen sozialen Welt einzustufen und zu akzeptierenden Widersprüche aller Art in mehr oder weniger langwierigen Verfahren aufzulösen. Gefordert waren dabei Vorgehensweisen und Fähigkeiten, für die sich in der problembezogenen Literatur Qualifizierungen wie »mühselige, sensible ›Felderschließungsarbeit‹«,³² »mühsame Kärrnerarbeit«,³³ »detektivisches Denken«³⁴ oder »detektivischer Spürsinn«³⁵ finden und die beim qualitativen Fallstudienansatz not-

³¹ Vgl. H. Wollmann (s. A 19), S. 38.

³² Vgl. ebda.

³³ Vgl. H.-U. Wehler, Alltagsgeschichte: Königsweg zu neuen Ufern oder Irrgarten der Illusionen?, in: H.-U. Wehler, Aus der Geschichte lernen?, München 1988, S. 130ff., hier S. 136.

³⁴ Vgl. P. Zedler, Empirische Hermeneutik. Eine Problemskizze, in: P. Zedler / H. Moser (Hrsg.), Aspekte qualitativer Sozialforschung. Studien zu Aktionsforschung, empirischer Hermeneutik und reflexiver Sozialtechnologie, Opladen 1983, S. 144ff., hier S. 159.

³⁵ Vgl. H. von Alemann (s. A 5), S. 180.

wendigerweise an die Stelle des aus Wissenschaftssicht sicherlich nach wie vor höher eingeschätzten Strebens nach brillant ausgearbeiteten Theorien, Prognosen und Modellen treten.

Um die Analyse der bei einer Anwendung des Fallstudienansatzes auftretenden Fehlerquellen fortzusetzen, wäre *drittens* davor zu warnen, frühzeitig Interpretationen und Verallgemeinerungen erhobener Daten und Fakten sowie dargestellter Phänomene und Details vorzunehmen und sich damit im Rahmen der Erforschung räumlicher Entwicklungen und Planungen der »Gefahr einer tendenziellen Vernachlässigung der besonderen verräumlichten Probleme konkreter Planungsprozesse und deren Geschichtlichkeit«³⁶ auszusetzen. »Zu oft wurde die Methode unkritisch angewandt und ihre meist sehr plastischen – weil auf konkreten belegbaren Beispielen beruhenden – Ergebnisse vorschnell interpretiert und grob verallgemeinert.«³⁷ Gefordert, intendiert und sinnvoll ist vielmehr eine voreilige und aufgesetzt wirkende Schlußfolgerungen vermeidende Strategie der behutsamen und schrittweisen Interpretation und Abstraktion, wie wir sie im Verlauf unserer mehrstufigen Mittelstadtforschung zu praktizieren versucht haben.

Ausgehend von den eher explorativ, deskriptiv und dokumentierend angelegten Fallstudien der ersten Untersuchungsstufe, bei denen es um eine detaillierte, den situativen Kontext möglichst weitgehend erhaltende Darstellung von Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsphänomenen ging und sich über theoriegeleitete explikative Deskriptionen hinausreichende Explikationsversuche analog den Vorstellungen Schützes im wesentlichen auf »Stellen mangelnder Plausibilität – Umschlagstellen, Brüche, Krisen: letztlich unaufhebbare Problemstellen –«³⁸ konzentrierten und beschränkten, erfolgte unter sukzessiver Verschiebung der Forschungsperspektive in der zweiten Untersuchungsstufe der allmähliche Übergang zu den zunächst bestenfalls in begrenztem Umfang möglichen und intendierten, die gesammelten und beschriebenen Daten und Fakten verdichtenden Explikationen höheren Interpretations- und Abstraktionsniveaus.

Im letzten, durchaus nicht unproblematischen Interpretations- und Abstraktionsschritt wurden generalisierende, nicht nur für die untersuchten Fallbeispiele, sondern für Mittelstädte allgemein typisch erscheinende Schlußfolgerungen gezogen. Bei deren Bewertung ist zu berücksichtigen, daß sie trotz einer breiten theoretischen und empirischen Fundierung nicht den Status einer abgeschlossenen und endgültigen Argu-

³⁶ H. Bodenschatz, Zur Aktualität der Stadt-Planungsgeschichte heute, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 329ff., hier S. 335.

³⁷ K. Fabrenkrug u. a., Beitrag 1: Entwicklungschancen abgelegener Dörfer, in: Zukunftschancen für das Dorf – zwei Beiträge zur Dorfentwicklung (Schriftenreihe »Forschung« des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 466), Bonn-Bad Godesberg 1988, S. 15.

³⁸ F. Schütze, Was ist »kommunikative Sozialforschung«? Thesen zum Forschungs- und Argumentationsstil interpretativer Soziologie (vervielfältigtes Manuskript), Bielefeld, ohne Jahr, S. 8.

mentation beanspruchen. Sinnvoll und jederzeit möglich ist vielmehr, die weiteren Forschungsbemühungen darauf zu konzentrieren, die gefundenen mittelstadtbezogenen Resultate mittels einer problemorientierten Sampleerweiterung zu überprüfen und gegebenenfalls zu modifizieren oder zu revidieren, denn »an die Stelle vorab festgelegter Stichproben tritt in der qualitativen Forschung die *fortlaufende Erweiterung des Samples gemäß den für die Theoriebildung wichtigen Aspekten*«. ³⁹ Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen erscheint der Verfahrenshinweis fast schon überflüssig, daß der Versuch einer angemessenen und fruchtbaren Überprüfung und Weiterentwicklung der gefundenen mittelstadtbezogenen Resultate bei einer Beibehaltung der inhaltlich und zeitlich weit gefaßten, sich auf komplexe und heterogene Wirkungszusammenhänge und -abläufe beziehenden Themenstellung analog dem im Zuge unserer mehrstufigen Forschung praktizierten Vorgehen unter Rückgriff auf einen entsprechend zugeschnittenen qualitativen Fallstudienansatz zu erfolgen hätte.

Um die Analyse der bei einer Anwendung des Fallstudienansatzes auftretenden Fehlerquellen abzuschließen, wäre *viertens* davor zu warnen, angesichts der mehr oder weniger großen und unüberschaubaren Zahl erhobener Daten und Fakten sowie dargestellter Phänomene und Details das Ziel aus den Augen zu verlieren, schrittweise allgemeine Zusammenhänge und Strukturen zu entdecken und herauszuarbeiten. Anders formuliert, hat der entsprechend dem hier vertretenen Fallstudienansatz agierende qualitative Sozialforscher nicht nur die »Frontprobleme« aller Art aufwerfende Felderschließungs- und Feldarbeit zu leisten, sondern er muß in weiteren notwendigen Schritten auch »aus der untersuchten sozialen Welt zurückkehren, ein abstraktes, aber möglichst zutreffendes Bild von ihr entwickeln und an seine Fachkollegen und die weitere Öffentlichkeit vermitteln« ⁴⁰ – Fähigkeiten, die ihm bisweilen abgesprochen werden: »Forscher, die man mit dem Auftrag, festzustellen, wie es wirklich war, ins Feld jagt, kommen nicht zurück; sie apportieren nicht, sie rapportieren nicht, sie bleiben stehen und schnuppern entzückt an den Details.« ⁴¹

So sinnvoll und notwendig detaillierte, den situativen Kontext möglichst weitgehend erhaltende Fallstudien beim Verfolgen einer voreilige und aufgesetzt wirkende Schlußfolgerungen vermeidenden qualitativen Forschungsstrategie der behutsamen und schrittweisen Interpretation und Abstraktion erscheinen, so unbestritten ist die mit den zunächst bestenfalls ansatzweise Schlußfolgerungen liefernden Detailanalysen verbundene Problematik, daß die Wirkungskraft ihrer Aussagen immer auch von der Interpretationsfähigkeit und -bereitschaft der unterschiedliches Vorwissen ein-

³⁹ S. Lamnek (s. A 26), S. 175; Hervorhebung im Text.

⁴⁰ K. Gerdes, Einführung, in: K. Gerdes (Hrsg.), *Explorative Sozialforschung*, Stuttgart 1979, S. 1 ff., hier S. 6.

⁴¹ N. Luhmann, *Ideengeschichten in soziologischer Perspektive*, in: J. Matthes (Hrsg.), *Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980, Frankfurt am Main 1981*, S. 49 ff., hier S. 49.

bringenden Leserschaft abhängt und daß angesichts der Fixierung auf eine detailgenaue Darstellung eben leicht das Ziel in Vergessenheit zu geraten droht, schrittweise allgemeine Zusammenhänge und Strukturen zu entdecken und herauszuarbeiten und so allmählich ein unterschiedliche Interpretations- und Abstraktionsebenen verbindendes »Netz« glaubwürdiger und plausibler Erkenntnisse zu generieren.

Im konkreten Fall unserer mehrstufigen Mittelstadtforschung diente die zweite Untersuchungsstufe dazu, dieser unbestrittenen Problematik entgegenzuwirken und bei sich allmählich steigendem Interpretations- und Abstraktionsniveau allgemeine Zusammenhänge und Strukturen theoretisch stringenter herauszuarbeiten, als das in der ersten Untersuchungsstufe möglich und intendiert war. Dabei bedeutete die vorgenommene Verschiebung der Forschungsperspektive natürlich zwangsläufig, daß die im Vordergrund der ersten Untersuchungsstufe stehende Orientierung an den Forderungen nach einer detaillierten, den situativen Kontext möglichst weitgehend erhaltenden Darstellung sukzessive aufgegeben wurde.

Die vorangegangenen Aussagen zum qualitativen Fallstudienansatz im allgemeinen und zu seiner Anwendung im Bereich der Stadtforschung im besonderen bezogen sich sowohl auf die im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Fallstudien gemachten Fehler als auch auf entsprechende Handlungsstrategien zu deren Vermeidung und zur Optimierung des Vorgehens. Auf dieser Basis läßt sich folgendes abschließende *Fazit* ziehen: Gelingt es, die umrissenen Optimierungsstrategien möglichst weitgehend anzuwenden und die umrissenen Fehler möglichst weitgehend zu vermeiden, so sollte trotz der bekannten Einwände gegen den qualitativen Fallstudienansatz das angestrebte Ziel erreichbar sein, einerseits stadtbezogene Fallstudien »gedanklich so weit von ihrem Lokalkolorit zu entkleiden, daß dahinter allgemeine Bedingungen, Determinanten, Strukturen des gesellschaftlichen Lebens deutlich werden«, ⁴² was den Vorwurf entkräften würde, lediglich individuelle Besonderheiten zu beschreiben, andererseits tatsächlich bestehende individuelle Besonderheiten auch als solche zu erkennen und zu behandeln.

⁴² T. Rhode-Jüchtern, *Gründung eines Neubauviertels und eines Universitätscampus in Marburg – oder: Was leisten Fallstudien in der Kommunalpolitik?*, in: P. Jüngst / H.-J. Schulze-Göbel / H.-J. Wenzel (Hrsg.), *Stadt und Gesellschaft. Sozioökonomische Aspekte von Stadtentwicklung (Urbs et Regio – Kasseler Schriften zur Geographie und Planung, Sonderband 13 / 1979)*, Kassel 1979, S. 361 ff., hier S. 396.

Volker Roscher

Urheberrechtsschutz Auch *ein* Erhaltungsinstrument für die Baukunst der 50er Jahre?¹

Die Pflege der Baukultur – und damit auch der Baukunst – ist sicher mehr als einfach nur die Erhaltung von Bauwerken. Sie ist mindestens die Art und Weise des Umgangs mit den gegenwärtigen Nutzungsansprüchen von Stadt und Gesellschaft, die sich auf ganz unterschiedliche Weise in gebaute Umwelt umsetzen lassen. Diese – auch als Wachstumsbedürfnisse zu beschreibenden – Ansprüche geraten in letzter Zeit häufiger in Widerspruch zum jüngeren historischen Bestand, der bedeutende bauliche und gesellschaftliche Eckpfeiler – die bisher entweder noch gar nicht wahrgenommen oder gar ignoriert wurden – für unsere Stadt repräsentiert und in seinen Ausführungen auch präsentieren kann.

Aus den Nachkriegsjahren, besonders den 1950ern,² sind noch einige Bauwerke, teils an markanter Stelle, in Hamburg vorhanden.³ Der Umgang damit entsprach und

¹ Überarbeitetes Skript eines Vortrags, gehalten bei dem Werkstattgespräch des Arbeitskreises Hamburger BauhistorikerInnen (AHB) am 5./6. Oktober 1990 in der Hochschule für Bildende Künste Hamburg, zum Thema: »Hamburger Architektur und Stadtplanung der Kriegs- und Nachkriegsjahre.«

² Eine allgemein gute Einführung in die Problematik der Architektur der 50er Jahre geben *W. Durth / N. Gutschow*, *Architektur und Städtebau der Fünfziger Jahre*, Bonn 1987; in Bremen z. B. ist man mit den 50er Jahren schon weiter als in Hamburg, dort haben jüngst in Gemeinschaft Architektenkammer, Deutscher Werkbund Niedersachsen-Bremen und der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Referat für Kunst im öffentlichen Raum herausgegeben, redigiert von *F.-P. Mau*, *Flugdächer und Weserziegel, Architektur der 50er Jahre in Bremen*, Worpsswede 1990; in Köln war die Denkmalpflegerin noch etwas eher auf die 50er gekommen, *H. Kier*, *Köln: Architektur der 50er Jahre, Reihe Stadtpuren – Denkmäler in Köln*, Bd. 6, Köln 1986; schon früh setzte sich auch die Zeitschrift *ARCH+* (Nr. 56, April 1981) mit dem Thema auseinander: Die 50er Jahre – oder warum es keine deutsche Architektur gibt.

³ Um nur einige der gerade in der Diskussion stehenden zu nennen: der Alsterpavillon 1952/53 (Arch. Ferdinand Streb) vgl. dazu *K. v. Behr*, *Der Alsterpavillon in Hamburg*, in *db deutsche bauzeitung* 10/90; das Zuschauerhaus der Hamburgischen Staatsoper 1953–55 (Arch. Gerhard Weber); das Neue Heimat Hochhaus 1955/56 (Arch. Ernst May); aber auch die Wohnanlage der Grindelhochhäuser 1946–56 (Architektengemeinschaft Hermkes, Hopp und Jäger, Lodders, Sander, Streb, Trautwein, Zess), vgl. besonders *A. Schildt*, *Die Grindelhochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage, Hamburg 1988*; oder die Randbebauung der Ost-West-Straße, die momentan stark verändert wird; oder die Universitätsbauten von Paul Seitz und seine »Kunstinsel«; die von Bernhard Hermkes entworfene Großmarkthalle (1958–62), die wohl durch eine Auslagerung des Marktbetriebes, aufgrund der Standortentscheidung für eine sog. Mehrzweckhalle in der Nachbarschaft, ihrer Nutzung verlustig geht und bedauerlicherweise evtl. dem Umbau anheimfällt.

entspricht nicht immer ihrem baukulturellen Rang.⁴ Häufig geschehen allein aus Unwissenheit oder Eile unbedachte oder nicht unbedingt notwendige Eingriffe, die dann nicht mehr reparabel sind und damit Stadtbild und Baukultur unnötig beeinträchtigen. Wenn also – wie in solchen Fällen leider nicht selten – offizieller städtischer Wille und Denkmalschutz nicht mehr helfen können, dann kann vielleicht ein sehr individuelles Instrument die Baukultur unterstützen, der Urheberrechtsschutz. Seine Möglichkeiten und Grenzen will ich unten – in geraffter Form – beleuchten. Da das Thema für mich aus mehreren Anlässen und Erkenntnisschritten entstand, möchte ich diese kurz vorausschicken:

1. Bei meiner Tätigkeit für den Bund Deutscher Architekten (BDA) in Hamburg, bekam ich einige Male Anrufe von älteren Architekten, die sich bereits aus der aktiven Architekturproduktion zurückgezogen hatten und sich nach den Möglichkeiten des Schutzes der Bauten erkundigten, die sie meist in den 50er Jahren entworfen hatten.
2. Aufgrund der Sachlage kam es zu Gesprächen mit einer in Baufragen erfahrenen Anwaltssozietät,⁵ um zu erörtern, was es für Möglichkeiten zum Erhalt von Bauten gäbe, wenn eine sonstige Unterschutzstellung nicht im Rahmen gesellschaftspolitischer Möglichkeiten liege. Die Möglichkeiten des Urheberrechts waren von den Anwälten bereits – allerdings mit unterschiedlichem Erfolg – angewandt worden.
3. Es ist nicht immer gesagt, daß die Anwendung des Urheberrechtsschutzes auch im Interesse der Erhaltung eines Bauwerkes liegt – abgesehen davon, daß dieses m. E. in einem breiten gesellschaftlichen Erörterungsprozeß⁶ geschehen sollte – denn es sind Fälle bekannt geworden, wo sich der Urheber lieber hat Schadensersatzleistungen auszahlen lassen als »Beseitigung« zu verlangen. Es muß also auch darum ge-

⁴ Ein positives Beispiel, wenn auch nicht aus Hamburg, sei an dieser Stelle ausdrücklich genannt: die Ruhrkohle AG Essen fragte die Witwe von Egon Eiermann um Vorschläge zur Auswahl eines Architekten, den sie mit der Renovierung und der evtl. Umgestaltung der schadhafte Gebäudefassade zu beauftragen vorschlägt, um schon von vorn herein dem Geiste Eiermanns nahe zu bleiben. Erwähnt bei *U. S. v. Altenstadt*, *Das Urheberrecht des Architekten*, in: *Der Architekt* 4/1990, S. 179.

⁵ Anwaltssozietät *Usslar. Morgen. Borcke* in Hamburg, hiermit sei besonders Frau *v. Borcke* und Herrn *v. Usslar* für die intensiven Gespräche und Beratungen, die eine Bearbeitung des Themas erst ermöglichten, gedankt.

⁶ Es entstand in der Diskussion zum Vortrag beim o. a. Werkstattgespräch der Begriff »diskursive Denkmalpflege«, den m. E. Ilse *Rüttgerodt-Riechmann* einwarf und damit ausdrücken wollte, daß diese nicht geeignet sei, Werke der Baukunst zu erhalten. Ich halte dagegen den Begriff für sehr geeignet, endlich einen notwendigen gesellschaftlichen Prozeß in Gang zu bringen, der Baukultur und Baugeschichte als Teil lokaler und überlokaler Lebensgeschichte behandelt. Hier könnten die Denkmalämter eingreifen und breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Besser allerdings wäre die Einrichtung eines Referates für Baukultur. Dann wäre – auf lange Sicht – der Zusammenhang vom Umgang mit Werken der Baukultur und Stadtentwicklung besser im öffentlichen Bewußtsein verankert und bedürfte nicht allein der ohnehin schwachen Lobby der Denkmalschützer, die sich dann vermehrt um die öffentliche Debatte bemühen könnten und von ad hoc (Retungs-)Aktionen befreit wären. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Begriffsschöpfung.

hen, daß solche – manches Mal durchaus im Bedarfsrahmen älterer Architekten liegenden Ziele – anderweitig aufgefangen werden können.

4. Meines Erachtens sollte es hier auch *nicht* um die Anwendung des Urheberrechtsschutzes um jeden Preis gehen – in einigen Bundesländern soll es ja schon so viele Denkmäler geben, daß sie eher eine Last denn eine irgendwie geartete gesellschaftlich-historische Botschaft sind,⁷ was allerdings auf Hamburg in keinem Fall zutrifft, – sondern Urheberrechtsschutz sollte jeweils nur das allerletzte Mittel zur Erhaltung sein.

Handgreiflich

Frank Lloyd Wright – ich wähle ihn, weil er sich, oder besser gesagt die Geschichten, die über ihn erzählt werden, ja beinahe für alle Lebens- und Architektursituationen eignen – Frank Lloyd Wright also, war eines schönen Tages wieder einmal auf Rundreise, um seine Bauwerke zu besuchen. Die Prärie-Häuser (vom ersten, dem Winslow House 1894 bis zum letzten, dem Robie House 1904) waren auf seinem Plan. Frank Lloyd Wright, nun in einem der Häuser angekommen, ging wortlos an den Tisch, rückte die Stühle beiseite, zog den Tisch ein Stückchen weiter und sagte: »Da muß er stehen, da habe ich ihn auch eingeplant!«⁸

Wie die Eigentümer reagierten, ist nicht überliefert, jedoch, wäre Frank Lloyd Wright nicht so praktisch und handgreiflich gewesen, so hätte er, in Deutschland jedenfalls, auch das Urheberrecht in Anspruch nehmen können, denn der Bundesgerichtshof (BGH) hat bei einer Entscheidung 1981 zum Ausdruck gebracht, daß das »Recht gegen Entstellung« – eine »Änderung« lag mangels Eingriffs in die Bausubstanz nicht vor – einer urheberrechtlichen Innenraumgestaltung (nur ausnahmsweise) durch die Aufstellung von Einrichtungsgegenständen berührt werden könne. Dies setze voraus, daß diese Gegenstände entsprechend der architektonischen Planung derart in die bauliche Innenraumgestaltung mit einbezogen werden würden, daß sie das Raumbild entscheidend mitprägen. Die Entstellung müsse sich allerdings auf den künstlerischen Gesamteindruck und damit auf die diesen prägenden schutzfähigen Gestaltungselemente beziehen.«⁹

⁷ Vgl. O. Borst, Vom Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben, in: Die Alte Stadt 15 (1988), S. 1 ff.

⁸ Wenn die Geschichte auch nicht unbedingt wahr sein sollte, so ist sie mir doch von Gerhard Fehl wenigstens schön erzählt worden.

⁹ BGH vom 2. Oktober 1981, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR) 1982, 107. Alle Zitate von Rechtsgrundlagen und Entscheidungen nach R. Schmidt. Das Urheberrecht der Architektin an einem Bauwerk und die Zulässigkeit von Veränderungen, Eine Untersuchung der Rechtsprechung, im Auftrag der S.T.E.R.N. Berlin 1988, hier S. 24/25. Weitere Ausführungen das Urheberrecht betreffend, die besonders im Architekturbereich relevant sind, geben die Beiträge des Themenheftes von Der Architekt 4/1990. Folgende Autoren differenzieren darin besonders die rechtliche Lage: H. Beigel, Urheber und Miturheber, in: Der Architekt 4/1990; G. Moser, Was für

Definitionen

In der zitierten Entscheidung werden bereits alle notwendigen Merkmale¹⁰ des Urheberrechtsanspruches beschrieben. Es gilt:

- grundsätzlich ist die Veränderung eines urheberrechtlich geschützten Gebäudes *unzulässig*.¹¹
- Nach § 2 des Urheberrechtsgesetzes¹² (UrhG) können folgende Arbeitsergebnisse von Architekten/innen geschützt werden:
 - Sprachwerke, Schriftwerke und Reden ... (§ 2 Abs. 1 UrhG),
 - Werke der bildenden Künste einschließlich der *Werke der Baukunst* und Entwürfe solcher Werke (§ 2 Abs. 1 Nr. 4 UrhG),
 - Darstellungen wissenschaftlicher und technischer Art, wie Zeichnungen, Pläne, Karten, Skizzen, Tabellen und plastische Darstellungen (§ 2 Abs. 2 UrhG).
- Wichtig im Sinne des UrhG ist, daß es nur *schutzfähige Werke* sein können, wenn sie »persönliche geistige Schöpfungen« (§ 2 Abs. 2 UrhG) sind. Daß es welche sind, muß im Zweifel ein Gericht feststellen. Da wir den Gegenstand Baukunst erörtern wollen, seien hier einige Definitionen vorgetragen, die der Bundesgerichtshof (BGH) über diese Kunst abgibt:
 - »... ist unter ›Kunstwerk‹ eine eigenpersönliche, geistige Schöpfung zu verstehen, die mit Darlegungsmitteln der Kunst durch formgebende Tätigkeit hervorgebracht ist und deren ästhetischer Gehalt einen solchen Grad erreicht hat, daß nach den im Leben herrschenden Anschauungen noch von Kunst gesprochen werden kann, und zwar ohne Rücksicht auf den höheren oder geringeren Kunstwert und ohne Rücksicht darauf, ob das Werk neben dem ästhetischen Zweck auch einem praktischen Zweck dient«¹³ (1957).
 - »Maßgebend ist allein, ob der ästhetische Gehalt als solcher ausreicht, um noch von einer künstlerischen Leistung sprechen zu können«¹⁴ (1957).

Architekten zu wissen wichtig ist. Die wichtigsten Vorschriften des Urheberrechtsgesetzes, in: Der Architekt 4/1990; S. Theis, Plagiate urheberrechtlich und begrifflich, in: Der Architekt 4/1990.

¹⁰ Nach R. Schmidt, S. 2.

¹¹ Ausnahmsweise ist sie dann zulässig, wenn die Urheberin ihre Einwilligung nach Treu und Glauben nicht versagen kann oder in Verträgen z. B. bereits eine Änderungsbefugnis vereinbart wurde, nach R. Schmidt, S. 34; vgl. auch G. Moser (s. A 9), S. 188; die vorherige Regelung in Verträgen in Richtung Änderungsbefugnis nutzt z. B. das Vertragsrecht für die Bauten des Bundes in der RBBau regelmäßig; vgl. W. Ehlers, Urheberrecht und RBBau – eine Gesetzesschwäche, in: Der Architekt 4/1990, S. 186.

¹² Vom 9. Mai 1965, jedoch wurden vorher auch schon urheberrechtliche Belange von Gerichten entschieden. Der unmittelbare Vorläufer dieses Gesetzes ist das Urhebergesetz von 1907, denn damit wurden erstmals auch Bauwerke geschützt. Vorher betraf das Urheberrecht zunächst hauptsächlich »Privilegien«, also eine Art von Gewerbemonopolen, die mit der Wiedererfindung der Buchdruckerkunst – nun in Europa – gewährt wurden, vgl. K. Neuenfeld, Die Wurzeln des Urheberrechts, in: Der Architekt 4/1990, S. 185.

¹³ BGH vom 29. März 1957, GRUR 1957, 391, 392, nach R. Schmidt, S. 2.

¹⁴ Ebda., S. 391.

Seit Anfang der 1980er Jahre wird die Betonung stärker, daß
 – »... das Bauwerk aus der Masse des alltäglichen Bauschaffens herausragt und das Ergebnis (s)einer persönlichen geistigen Schöpfung ist«¹⁵ (1981, 1986) oder
 – ... sich deutlich vom durchschnittlichen Architektenschaffen abhebt.«¹⁶ (1987)
 Bemerkenswert – auch für die Chancen der erfolgreichen Anwendung des UrhG – erscheint mir, daß die Definitionen der Gerichte die Tendenz haben, von früher eher absoluter, zu heute eher relativer Aussage fortzuschreiten.

Wer ist Urheber/in?

In den bereits genannten Fällen sind die »Schöpfer der persönlichen geistigen Leistung« die *Architekten/innen*. Es handelt sich hierbei um das sog. Urheberpersönlichkeitsrecht, das gilt – und das kann ich manchen Fällen, z. B. in Hamburg, evtl. wichtig werden – auch für Beamte und Angestellte,¹⁷ die im Dienst ein Stück Baukunst geschöpft haben. Es sei in diesem Zusammenhang nur auf die Bauten von Paul Seitz¹⁸ hingewiesen, die ja leider teils stark gefährdet sind.

Da das Urheberrecht an die persönlich schöpfende Person gebunden ist, will ich kurz auf die Gruppe dieser Personen eingehen, weil sich aus ihrer persönlich-gesellschaftlichen Lage eine Seite der Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung des UrhG für die Pflege der Baukultur ergibt.

1. Ihr Verhalten richtet sich wohl stets nach deren Stellung im Berufslebenszyklus, d. h., wenn sie im Berufsleben stehen, dürften sie aus Berufsgründen nur sehr begrenztes Interesse am Urheberrecht haben können, denn sie sind potentiell selbst in den Konflikt hineingezogen, müssen oder wollen sie doch anderer »Schöpfer« »Baukunst« um- oder anbauen etc. ...,¹⁹ also verändern.

Die Art und Weise der nötigen Unterrichtung der vorausgegangenen Urheber geht dann meistens auch sehr unpathetisch und formlos ab und wird von diesen überwiegend zustimmend und höchstens einmal und mit verhaltenem Bedauern bestätigt.

¹⁵ BGH vom 2. Oktober 1981, GRUR 1982, 107; OLG Celle vom 9. Oktober 1985, BauR, 601, nach R. Schmidt, S. 3.

¹⁶ BGH vom 10. Oktober 1987, Baurecht (BauR) 1988, 361, nach R. Schmidt, S. 3.

¹⁷ Darauf weist H. Beigel (s. A 9), S. 191f., besonders hin.

¹⁸ Paul Seitz (1911–1989), 1953–1963 Erster Baudirektor und damit Leiter des Hochbauamtes der Baubehörde Hamburg, in dieser Funktion Entwurf vieler bedeutender Bauten in Hamburg (z. B. Schulen, Kunstinsel, Universitäts-Campus).

¹⁹ Als Beispiele seien erwähnt: der Umbau des Kaufhauses Horten in Wandsbek (entworfen von Architekt Martin Kirchner (fertiggestellt 1982), Umbau durch Architekten A. P. B. (1989); die bis vor kurzer Zeit diskutierte Überbauung mit einem Großkino und damit die Änderung oder der Abriß des Bus/U-Bahnhofes Wandsbek Markt, entworfen von Architekt Heinz Graaf (fertiggestellt 1962); auch das ehemalige Parkhaus Große Bleichen der Architekten Sprotte und Neve (fertiggestellt 1956) und der Umbau zum Bleichenhof (fertiggestellt 1990) durch das Nachfolgebüro Nietz. Präsch. Sigl, vgl. dazu V. Roscher, Des Parkhaus' neue Kleider. Permanenter Umbau in der City, in: Bausubstanz 11–12/1990.

2. Wenn die Urheber (Architekten/innen) nicht mehr im Berufsleben stehen, dann sind sie (empirisch) eher am UrhG interessiert. In der Regel scheiden sie jedoch später aus dem Berufsleben als in anderen Berufen üblich – der BDA z. B. rechnet frühestens mit einem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben oder Büro mit dem vollendeten 70. Lebensjahr. Einige arbeiten jedoch bis zum 80. oder darüber hinaus weiter. Dazu allen bekannt gewesen sein dürfte der Hamburger Architekt Cäsar Pinnau, der bis zu seinem Tode²⁰ im 82. Lebensjahr arbeitete. Damit möchte ich darauf hinweisen, daß auch die nach Überschreiten der üblichen Altersgrenze weiterarbeitenden Personen mit geringerer Wahrscheinlichkeit für UrhG-Verfahren zur Verfügung stehen.

So bleibt nur die Gruppe der »Ruheständler« und von denen wiederum auch nur eine noch kleinere Anzahl, die überhaupt noch das Baugeschehen in der Stadt beobachtet. Das sind dann diejenigen, die z. B. auch mich – selten genug – beim BDA anrufen und fragen, »was kann ich tun, mein Bau XYZ wird gerade verändert?«

Ein weiterer Hinweis auf die geringe Größe der Gruppe der potentiell am UrhG Interessierten ist: Im BDA Mitteilungsblatt 3/90, vom August 1990, habe ich eine Umfrage durchgeführt, die danach fragte, welche möglichen und tatsächlichen Berührungen und Interessen mit dem Urheberrecht bestehen oder bestehen könnten. Die Antwort war gleich Null, lediglich ein Architekt erwähnte – allerdings erst auf mein Nachfragen – daß wohl sein junger Partner Probleme mit dem Urheberrecht gehabt habe. Jedoch der solle mich selbst ansprechen. Dazu kam es jedoch nicht. Diese einschränkenden Gründe sprechen dafür, daß es m. E. nicht richtig ist, der Gruppe der Urheber allein die Geltendmachung des Urheberrechts aufzubürden, da sie, wie dargestellt, zu vielen unmittelbaren äußeren Zwängen unterliegt, die sie evtl. an der Wahrnehmung ihres Rechts hindern könnte.

Übertragbarkeit und Rechtsnachfolge

Übertragbar ist das Urheberrecht nicht – auch nicht vertraglich – jedoch seine Nutzungsrechte. Dieses kann bei UrhG-Verfahren Auswirkungen haben, denn im Architektenvertrag könnten Klauseln enthalten sein, die Regelungen über Veränderungen beinhalten. Dieses nennt sich dann »Änderungsbefugnis«. In solchen Fällen kann es also sein, daß man mit dem UrhG nichts erreicht. Wichtig ist jedoch, daß das Urheberrecht vererbbar²¹ ist. Häufig sind es die Erben, oft die Witwe, die sich für den Fortbestand der Baukunst ihrer verstorbenen Ehepartner einsetzen. In Frankfurt/M. engagiert sich Frau Lore Kramer für die Erhaltung und gegen die Entstellung der Universi-

²⁰ Am 29. November 1988

²¹ Nur hier könnten eventuelle Nachfolgebüros auftreten, was jedoch nicht unbedingt der Fall sein muß. Ein mögliches Beispiel könnte sein der Umbau des ehemaligen Parkhauses Große Bleichen zum Bleichenhof (vgl. Anmerkung 19).

tätsbauten ihres verstorbenen Mannes Ferdinand Kramer²² aus den 50er Jahren. Ebenfalls dort bemühten sich Denkmalschützer und Maria Schwarz, die Witwe des verstorbenen Architekten Rudolf Schwarz, um die Erhaltung der Schlichtheit des Innenraumes der Kirche St. Michael mit Hilfe des UrhG.²³

Gültigkeitsdauer

Die Zeitspanne der Gültigkeit ist im Normalfalle nicht verlängerbar und beträgt 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers.

Bevollmächtigte

Im Zusammenhang eines möglichen und effektiven »Schutzinstrumentes« UrhG ist noch anzumerken, daß sehr wohl Bevollmächtigte den Urheberrechtsinhaber vertreten können. Das können im Prinzip viele unterschiedliche Instanzen sein, auch Anwälte oder/und ein Verein etc.

Rechtliche Verfahrensweisen nach dem Urheberrecht

I. Außergerichtlich

1. Einigung (Unterwerfungserklärung)

II. Bei Gericht

a) ordentlich

1. Unterlassung

2. Beseitigung

3. Schadensersatz (evtl. auch Schmerzensgeld, z. B. bei nachhaltigen Verletzungen des Persönlichkeitsrechts)

b) vorläufig

1. vorläufige rechtliche Klärung (einstweilige Verfügung)

Die Ansprüche beziehen sich immer nur auf »Entstellung« oder »Änderung«,²⁴ die beide für eine Nutzung des Urheberrechts im Sinne der Pflege der Baukultur nützlich erscheinen. Die folgenden Definitionen sollen ihren Unterschied verdeutlichen. Leider, so muß angemerkt werden, gegen Abbruch hilft das Urheberrecht bisher nicht.

²² Vgl. V. Roscher, »... von einer fast zarten Form«, Übungen zum Bauen im Bestand (Uni Frankfurt), in: Bausubstanz 8/89.

²³ Vgl. M. Neumann, Ängstliche Gedanken über den Kirchenbau der 50er Jahre, in: Architektur und Städtebau der Fünfziger Jahre, hrsg. vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, Schriftenreihe Bd. 36, S. 47f.

²⁴ Siehe oben Frank Lloyd Wright.

Es sei darauf hingewiesen, daß ein Anwalt anmerkte, daß sich hier in Zukunft evtl. etwas verändern könnte.

Wichtige Voraussetzungen für die aussichtsreiche Anwendung des UrhG ist immer die vorherige genaue Untersuchung der Rechtslage, d. h. Rechtsinhaber/in und Rechtsübertreter/in müssen festgestellt werden.²⁵

Vorsicht ist ebenfalls geboten, »blind darauflos« zu klagen oder eine einstweilige Verfügung zu erwirken, wenn noch nicht bekannt ist, ob nicht vertraglich, z. B. im Architektenvertrag, bereits vom Architekten Rechte an die Bauherrin abgetreten worden sind, so daß ein Anspruch nicht mehr besteht.²⁶

Was ist schutzwürdig durch das UrhG?

Zusammenfassend kann man sagen, fast alles, z. B.:

- Gesamtanlage
- Außenanlage
- Erweiterung und Anbau
- Anordnung zur Umgebung (sei es zur Landschaft oder zum Städtebau)
- Material
- Teile des Bauwerks
- Grundriß
- Raumaufteilung und -gestaltung
- Art und Weise des Bauens
- Innenräume
- Gliederung der Baukörper
- Farbe und Putz
- selbst die Lichtführung innen, die z. B. durch Fensteröffnungen erzeugt ist etc.

Für all die aufgezählten Merkmale gilt, daß es sich niemals um solche handeln darf, die durchschnittlich in genau dieser oder jener zur Diskussion stehenden Art den Ausführungsstandards entsprechen, nein, immer muß es sich um Besonderheiten handeln, d. h. das Werk muß eine »eigenpersönliche geistige Schöpfung« darstellen, einen »ästhetischen Gehalt«, »Individualität« oder eine »eigene Handschrift« aufweisen.²⁷ Dies ist m. E. jedoch verblüffend leicht nachzuweisen: wenn z. B. aus einer ganz üblichen Konstruktion ein Gebäude eines ganz gewöhnlichen Typs entstanden ist, welches jedoch z. B. kleinere oder größere Fenster oder andere Dachneigungen etc.,

²⁵ Es wurden schon Prozesse geführt gegen die falsche Beklagte, was gar nicht so abwegig ist, wie es klingt und die somit nicht zuständig war resp. beklagt werden konnte, obwohl der Sachverhalt anerkannt wurde. Darauf wies mich RA v. Usslar hin.

²⁶ Wir haben oben schon auf die üblichen Regelungen in der RBBau hingewiesen, vgl. W. Ehlers (s. A 11), S. 186.

²⁷ Vgl. auch S. Theis (s. A 9), S. 197.

also damit wieder etwas von der Norm Abweichendes aufweist, was gerade wegen der sonst durchschnittlichen Ausführung an Bedeutung gewinnen kann. Alles, so glaube ich aus den meisten Gerichtsentscheidungen herausgelesen zu haben, bedarf lediglich der Besonderheit der Argumentation! Um dies zu verdeutlichen will ich in der Folge einige Entscheidungen zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten auszugsweise zitieren:

Innenraum und Licht

»In einem Urteil über die Berechtigung eines Fototermins im Inneren eines Wohngebäudes mit Atrium geht das Landesgericht Düsseldorf 1979 von der Schutzfähigkeit sowohl des Gebäudeäußeren als auch des -inneren aus. Die vollständige Verglasung der Außenwände einschließlich der Wände zum Atrium, die dadurch erreichte Wirkung des Tageslichts auf die Innenräume, der Einbau von Raumteilern als Zwischenwände und die Ausführung einer raumübergreifenden Decke einschließlich entsprechender Beleuchtung offenbarten dem Gericht einen hinreichend hohen ästhetischen Gehalt, der es rechtfertigte, von einer künstlerischen Leistung zu sprechen.«²⁸

Innenraum und schlicht gehaltene Sichtbetonwand

»In dem 1981 verkündeten Urteil des Bundesgerichtshofs zu einer Kirchen-Innenraumgestaltung ... bestätigte das Gericht, daß sich der Bauwerksschutz auch auf die bauliche Innenraumgestaltung erstreckte. Der Innenraum gewinne eine architektonische Eigenprägung durch die bewußt schlicht gehaltene Sichtbetonwand des Altarraumes...«²⁹

Anbau = Plagiat, Aufstockung = Änderung

Es ging um das 1911/12 in Berlin erbaute Eden-Hotel. »Die Eigentümerin hatte das Gebäude aufstücken und durch einen Anbau erweitern lassen. Der Anbau sei ein Nachbau, da an ihm nichts Besonderes, von dem ursprünglichen Bau Abweichendes gestaltet, sondern lediglich die Gestaltung des ursprünglichen Werkes wiederholt worden sei. Es handle sich insoweit um eine unzulässige Vervielfältigung. Bei der Aufstockung handle es sich um eine Änderung. Durch diese Maßnahme sei der ästhetische Eindruck des ursprünglichen Bauwerks erheblich gestört worden.«³⁰

Gliederung des Gesamtkomplexes allgemein üblich, jedoch besonders ausgeführt

»Bei einem Ledigenheim hielt der Bundesgerichtshof im Jahre 1957 in Bestätigung der Vorinstanz Urheberrecht für geboten. Er erblickte die persönliche geistige Schöpfung in der Aufgliederung dreier Baukörper, und zwar insofern, als die jeweils im Süden gelegenen Teile mit den Gemeinschaftsräumen gegenüber den nördlichen Teilen, die vorwiegend Schlafräume enthielten, in besonderer Weise versetzt angeordnet seien. Dies sei zwar zum damaligen Zeitpunkt zunehmend üblich, allerdings hier in besonderer Weise verwirklicht.«³¹

Grundriß und bekannter Formenschatz

»Es könne auch auf den durch den Entwurf in seiner konkreten Ausgestaltung hervorgetretenen Gesamteindruck hinsichtlich Außenansicht und Grundrißgestaltung ankommen. Dann schade es nicht, daß Einzelelemente dem vorbekannten Formenschatz angehörten.«³²

²⁸ LG Düsseldorf vom 27. Juni 1979, BauR 1980, 86, nach R. Schmidt, S. 9.

²⁹ BGH 2. Oktober 1981, GRUR 1982, 107, nach R. Schmidt, S. 12.

³⁰ OLG Hamm vom 9. September 1969, GRUR 1970, 565, nach R. Schmidt, S. 22.

³¹ BGH vom 29. März 1957, GRUR 1957, 391, nach R. Schmidt, S. 5.

³² LG München I vom 9. Dezember 1976, Schulze LGZ 157, nach R. Schmidt, S. 2.

Farbe und bekannte Elemente

»Der Architekt habe nun ... die beauftragte Malerfirma angewiesen, den Flachbau im Erdgeschoß weiß oder weiß-grau, den hohen Bauteil einschließlich des Fahrstuhlschachts gelblich und die Wandscheiben außen links und rechts der Treppfenster in einem kräftigen Blau zu streichen. Dem gegenüber habe die Bauherrin angeordnet, daß die Fassade der Obergeschoße in weißem Spritzmosaik und der Treppenhauskomplex einschließlich des Fahrstuhlschachtes sowie der Erdgeschoßflachbau graphitgrau gehalten werden solle. Das Kammergericht erkannte dem Gebäude Urheberrechtsschutz zu, da sich in der Zuordnung der einzelnen Gebäude- und Fassadenteile zueinander, in den Proportionen, aber auch in der Einzelausstattung etwa des Fahrstuhl- und Treppentrakts mit den Wandscheiben und Balkonen mit ihrer auffälligen Größe, Form und Abstützung eine künstlerische Leistung zeige. Auch die noch nicht aufgebraachte Farbgebung sei Teil dieser persönlich geistigen Schöpfung.«³³

Persönliche geistige Schöpfung muß in den Planunterlagen vermerkt sein

Bei einer Entscheidung des BGH 1970 wurde einem Gebäude zwar Urheberrecht gewährt, jedoch nicht der Farbgebung und zwar aus dem Grunde, weil sie nicht in den Planunterlagen vermerkt und mit der Eigentümerin abgestimmt war. Der Architektenvertrag ist in aller Regel ein Werkvertrag. Dabei dürfe grundsätzlich nur nach Entwürfen gebaut werden, die vom Bauherrn genehmigt worden seien. Komme es in dem Falle zu keiner Einigung zwischen Bauherrn und Architekten, so hat letzterer keinen Anspruch auf Realisierung des Bauwerks nach seinem Plan. Das gilt auch, wenn in diesem Falle das Gericht feststellte, daß »die farbliche Gestaltung des Außenanstrichs den künstlerischen Gesamteindruck des Bauwerks entscheidend mitbestimme.«³⁴

Es läßt sich aus den Zitaten sicher entnehmen, daß das UrhG auch bereits in der Bau-phase relevant werden kann, was für dessen angezielte Anwendung bezüglich eines evtl. zu schützenden Bauwerks schon von daher von Bedeutung sein kann, daß bestimmte entwurfliche Merkmale vorher in Plänen und Verträgen festgelegt sind.³⁵ Andererseits könnten zu den angeführten Beispielen – und das soll nicht verschwiegen werden – sicher auch ebensoviele Gegenbeispiele vorgetragen werden, in denen ähnlich gelagerte Fälle als nicht schutzfähig bezeichnet wurden. Auch muß darauf hingewiesen werden, daß die Erfahrung lehrt, daß Gerichte nicht abgeneigt sind, aus wirtschaftlichen Gründen gegen die Urheber zu argumentieren.

Anwendung

Wenn man sich nun entschließt urheberrechtlich vorzugehen, muß man wissen, daß es sich um einen sog. Parteienprozeß (Zivilgericht) handelt. Das bedeutet z. B., daß das Gericht nur diejenigen Tatsachen berücksichtigt, die die Parteien vortragen. Daraus resultiert, daß eine differenzierte und überlegte Argumentation (evtl. Gutachten) eine hohe Wichtigkeit erlangt.

³³ OLG Celle vom 10. Dezember 1987, BauR 1988, 361, nach R. Schmidt, S. 10.

³⁴ BGH vom 11. Dezember 1970, Schulze BGHZ 201, nach R. Schmidt, S. 10/11.

³⁵ H. Beigel (s. A9), S. 193, schlägt vor, auch die Pläne vertragsmäßig abzusichern, z. B. mit folgender Formulierung: »Die Pläne sind mein/unser geistiges Eigentum. Sie dürfen ohne meine/unsere Genehmigung weder vervielfältigt noch Dritten zugänglich gemacht werden.«

Eine besondere Belastung dabei ist, daß die Urheber die Darlegungs- und Beweislast für das Vorliegen der tatsächlichen Voraussetzungen einer Urheberrechtsverletzung tragen. Bei einem UrhG-Vorgehen sollten auch die Risiken und Kosten (evtl. mehrere Instanzen) und die evtl. lange Dauer (evtl. mehrere Jahre) vorher eingeschätzt werden.

Wenn man nun das UrhG – als Individualrecht unter der Perspektive gesellschaftlichen Nutzens – als Instrument zur Erhaltung einiger Werke der Baukultur der 50er Jahre nutzen will, benötigt man wenigstens:

- die Initiative oder das Einverständnis der Urheber oder Rechtsinhaber
- vorherige und kontinuierliche Information darüber, daß oder ob ein Verstoß gegen das UrhG geplant oder durchgeführt worden ist (aus Bauanzeigen möglich)
- eine Institution oder einen Apparat, die/der
 1. das Verfahren betreibt/ begleitet, resp. Rechtsvertreter einschaltet oder zur Verfügung hat
 2. vor allem das Kostenrisiko abfedert oder auffängt.

Hiermit möchte ich vorschlagen, daß sich interessierte Personen und Institutionen zu diesem Zwecke zusammenschließen mögen, etwa zu einem Verein³⁶ zur Erhaltung bedeutender Werke der Baukunst der jüngeren Geschichte unserer Stadt. Darin könnten z. B. organisiert sein:

- Arbeitskreis Hamburger BauhistorikerInnen (AHB)
- Kulturbehörde/Denkmalschutzamt (oder ein Referat für Baukultur)
- Verbände (Architektenverbände können evtl. eher und unverfänglicher im Sinne der Baukultur tätig werden als Einzelpersonen)
- Vereine des Denkmalschutzes
- interessierte Einzelpersonen
- größere Förderer, die am Erhalt der Baukultur in unserer Stadt Interesse haben
- Personen des öffentlichen Lebens, die für den Zusammenschluß (Verein) in der Öffentlichkeit bürgen und werben
- Stiftungen (könnten fördern)

Im Augenblick stelle ich mir die Vertretung in Analogie etwa zur GEMA oder VG Wort vor. Es scheint mir gangbar, daß auch das Urheberrecht *ein* Erhaltungsinstrument für die Baukunst der 50er Jahre sein kann.

³⁶ Oder einer anderen Organisationsform, die noch zu finden wäre.

Autoren

HARALD BODENSCHATZ, geb. 1946, Privatdozent. Studium der Soziologie, Politikwissenschaften, Psychologie und Ökonomie in München und Berlin. Hochschultätigkeit seit 1972 an der RWTH Aachen und an der TU Berlin. Lehre, Forschung, Praxis (als Stadtplaner), Veröffentlichungen und Ausstellungen vor allem im Bereich Stadtbaugeschichte und Stadterneuerung.

JOHANNES GEISENHOF, geb. 1948. Studium der Architektur in Berlin, Hochschultätigkeit 1978–1983 an der TU Berlin, Fachgebiet Denkmalpflege. Arbeiten zur Dorferneuerung am Landesamt für Denkmalpflege München. Praxis im Bereich der Bebauungsplanung, der Dorf- und Stadterneuerung und der Sanierung historischer Gebäude. Ausstellungen und Veröffentlichungen zu Fragen der Baugeschichte, Stadtbaugeschichte und Stadterneuerung.

HOLGER LEIMBROCK, geb. 1953, Stadtsoziologe in Osnabrück / WERNER ROLOFF, geb. 1954, Sanierungsplaner in Extertal.

Den zur Zeit von den Autoren ausgeübten Tätigkeiten gingen jeweils Studium, Diplom, Promotion und Forschungen an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld voran. Teils gemeinsam, teils individuell realisierte Arbeiten und Veröffentlichungen beschäftigten sich schwerpunktmäßig mit Wohn- und Standortproblemen, Grundrenten und Bodenpreisen, der Erfolgskontrolle in der Stadtplanung, der spezifischen Situation von Mittelstädten sowie mit den methodologischen, methodischen und forschungspraktischen Problemen und Schwierig-

keiten qualitativer und explorativer Sozialforschung. Die aktuelle gemeinsame Buchveröffentlichung »Mittelstädte im Wandel« ist Anfang 1991 in der Schriftenreihe »Beiträge zur gesellschaftlichen Forschung« erschienen.

VOLKER ROSCHER, geb. 1948, Dipl.-Soz. Studium der Architektur und des Städtebaus an der HfbK Hamburg, Soziologie, Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Hamburg. 1977–1985 wiss. Assistent an der RWTH Aachen. Seit 1985 Geschäftsführer und wiss. Mitarbeiter beim BDA Hamburg. Mitherausgeber der Buchreihe »Stadt – Planung – Geschichte«.

SABINE SCHNEIDER, geb. 1963; ab 1983 Studium der Angewandten Geographie/Fremdenverkehrsgeographie und Kunstgeschichte an der Universität Trier. Abschluß 1990 mit der Diplomarbeit: »Denkmalpflege und Tourismus in der Stadt Trier«. Seither Marketing-Leiterin für Studien- und Kongreßreisen.

UTA SCHÄFER, geb. 1962; 1982–1987 Studium der Ingenieurwissenschaften in Weimar, seit 1987 Promotionsstipendiatin am Lehrstuhl Soziologie der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar.

CHRISTINE WEISKE, geb. 1950; Studium der Philosophie und Soziologie in Halle, 1984 Promotion in Jena auf dem Gebiet der Kultursociologie, 1990 Habilitation. Derzeit Stadtsoziologin an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar.

Notizen

Neue Mitgliedstädte der AG Die Alte Stadt

Bautzen; Kreisstadt in Sachsen, ca. 48500 Einwohner.

Der bereits in ur- und frühgeschichtlicher Zeit genutzte Siedlungsplatz entwickelte sich im Zuge der beiden deutschen Ostexpansionen zur wichtigsten Stadt der Oberlausitz (1002 ersturkundliche Erwähnung, 1250 Stadtrecht, 1346 Gründung des Sechsstädtebundes unter der Führung von Bautzen gemeinsam mit Görlitz, Löbau, Zittau, Lauban und Kamenz). 1391 wird Bautzen böhmisch und ist seit 1648 zu Sachsen gehörig.

Das Prägende der um einen Doppelmarkt gewachsenen Altstadt ist ein Wechselspiel von zahlreichen Turmdominanten (Dom St. Petri 1303/1497; Alte Wasserkunst 1558; Michaeliskirche 1634; Türme der Stadtbefestigung) und einzigartigen Gebäudeensembles u. a. des sächsischen Hochbarocks. Bedeutendste Sehenswürdigkeit ist die oberhalb der Spree erbaute spätgotische Ortenburg mit gotischem Matthiasturm und 1698 aufgesetzten Renaissancegiebeln.

Bautzen ist im Ergebnis jahrhundertewährnder binationaler Entwicklung von Sorben und Deutschen heute kulturelles und administratives Zentrum der sorbischen nationalen Minderheit.

Sanierungsarbeiten in einem kleinen Teil der östlichen Altstadt sind abgeschlossen. Ein weiterer Abschnitt befindet sich in der Realisierung. Seit 1987 Vorbereitung der Sanierung im Westteil. Gegenwärtig Qualifizierung der Planungsdocumentation bis zur förmlichen Festlegung als Sanierungsgebiet nach Baugesetzbuch.

Bingen am Rhein; Landkreis Mainz-Bingen, Rheinland-Pfalz, ca. 24500 Einwohner.

Siedlungsursprünge reichen weit in die vorrömische Zeit; Funde keltischen Kulturgutes. In der Römerzeit Errichtung des Castells Bingium.

983 übertrug Kaiser Otto II. auf dem Reichstag zu Verona dem Erzbischof Willigis von Mainz die Herrschaftsrechte über die Stadt Bingen und das Binger Land. Trotz großer Zerstörungen durch Kriege und Brände sind bedeutende Bauwerke erhalten geblieben: Die Brückenskapelle in einem Pfeiler der Drususbrücke (älteste nachrömerzeitliche Steinbrücke Deutschlands), die spätgotische Basilika und ehemalige Stiftskirche St. Martin mit romanischer Krypta des 11. Jh., die im 19. Jh. wiedererrichtete Burg Klopp mit dem aus dem Mittelalter stammenden Bergfried, Sitz der Stadtverwaltung und des Heimatmuseums, der sog. Mauseturm auf einer Rheininsel und die nach einem Brand im Juli 1889 wieder aufgebaute Rochuskapelle auf dem Rochusberg. Bedeutende Persönlichkeiten der Stadt sind die Hl. Hildegard von Bingen und der Dichter Stefan George.

Bekannte Weinlagen wie der Scharlachberg, das Naherholungszentrum Binger Wald, Schwerpunkte in der Getränke-, Elektrozubehör- und Automatenindustrie sind florierende Wirtschaftszweige.

Die Stadterneuerung von Bingen als kommunalpolitische Daueraufgabe ebnet den Weg zwischen den Baudenkmalern geschichtlicher Vergangenheit, der Unverwechselbarkeit des Binger Stadtbildes und der Anpassung an die Urbanität. Einen Eindruck in die Sanierungsarbeiten vermittelt die 1990 erschienene Broschüre „Stadterneuerung Bingen“.

Eberbach; Rhein-Neckar-Kreis, Baden-Württemberg, ca. 15000 Einwohner.

Die Siedlung wurde um das Jahr 1000 angelegt und 1196 erstmals bezeugt. 1227 ist die Burg im Besitz der Staufer, 1241 wird Eberbach im Reichssteuerverzeichnis erwähnt. Seit dem

Ende des 13. Jh. mehrmals verpfändet, kam Eberbach 1330 als Reichspfand in den Besitz der Kurpfalz. Im 15. Jahrhundert gehörte die Stadt zur pfälzischen Seitenlinie in Mosbach, fiel aber 1499 an die Kurpfalz zurück. 1802 wurde Eberbach leiningisch, 1806 badisch. Auf einem Sporn oberhalb der Stadt, der sog. Burghalde, stehen eng nebeneinander die als Ruinen gesicherten Burgen zu Eberbach. Die Altstadt weist einen planmäßig angelegten rechteckigen Grundriß mit der Längsseite am Neckar auf. Gut erhalten sind Teile der Stadtmauer und der Stadtbefestigung (Blauer Hut, Pulverturm).

Sanierungsgebiete sind die gesamte Altstadt mit dem Alten Markt als Mittelpunkt, der westlich angrenzende Leopoldsplatz mit dem Neuen Rathaus und der Lindenplatz mit dem restaurierten Badhaus.

Lutherstadt Eisleben; Kreisstadt in Sachsen-Anhalt, ca. 30000 Einwohner.

Eisleben verdankt seine Berühmtheit dem am 10. November 1483 geborenen Martin Luther. Auf dessen Spuren erlebt der Besucher denn auch die schönsten Bauwerke der Stadt: das Geburtshaus des Reformators, das bereits drei Stadtbrände überstanden hat, die Taufkirche St. Petri, deren Lage zum Stadtgraben hin fast dörfliche Atmosphäre verbreitet, und die aus dem 13. Jh. stammende frühgotische Basilika St. Andreas, welche im 15. und 16. Jh. zur spätgotischen Hallenkirche umgebaut wurde und in der Luther einige Male predigte. In der Nachbarschaft befindet sich das Luther-Gymnasium (einstige Lateinschule) und das »Drachstedticher Haus«, in dem Luther am 18. Februar 1546 starb.

Sehenswürdigkeiten sind der Marktplatz, der in seiner Kleinteiligkeit im Ensemble von gotischem Rathaus, der Andreaskirche und mehreren restaurierten Bürgerhäusern einen passenden Rahmen für die Anlässe städtischen Lebens bietet. In unmittelbarer Nähe findet man auch heute noch gut nutzbare Gebäudeteile des einstigen, im spätgotischen Stil erbauten Stadtsitzes der Mansfelder Grafen.

St. Nicolai, die älteste rein gotische Stadtkir-

che von Eisleben, wurde in den letzten 25 Jahren des Bestehens der DDR dem Verfall preisgegeben. Heute will ein Kuratorium dafür sorgen, daß sie wieder für die Bewohner der Stadt nutzbar wird. Im April 1991 beantragte Eisleben Fördermittel für die städtebauliche Sanierungsmaßnahme »Innenstadtsanierung Lutherstadt Eisleben«. Ausgangspunkt ist die Bedeutung der Stadt als Verwaltungs- und Versorgungszentrum sowie als Zentrum von Kultur und Tourismus für einen Einzugsbereich von ca. 69000 Einwohnern. Unter städtebaulich/denkmalpflegerischen Gesichtspunkten ist der historische Stadtkern mit seinen reizvollen Straßen- und Platzsituationen der Ausgangspunkt für eine umfassende Stadterneuerung, die unverwechselbare Stadtstrukturen erhalten wissen will.

Herrenberg; Große Kreisstadt, Kreis Böblingen, Baden-Württemberg, ca. 27000 Einwohner.

Herrenberg ist eine Gründung der Pfalzgrafen von Tübingen. Das älteste Stadtsiegel stammt aus dem Jahre 1278. Unverwechselbar ist die Herrenberger Stiftskirche, die auf einer Terrasse in halber Höhe des Schloßbergs liegt. Sie ist zum Wahrzeichen der Stadt geworden. 1275–1294 erbaut, 1471–1482 vollendet, wurde sie 1982 nach mehr als 10jähriger Renovierung wieder neu eingeweiht. Der Markt mit dem schönen Brunnen, das Rathaus und die alte Vogtei, zahlreiche Fachwerkhäuser, schmale Gäßchen und Staffeln und die verwinkelten Hinterhöfe zeugen von einer reichen und bewegten Vergangenheit.

In Herrenberg ist »der Sanierungszug in voller Fahrt«. Gerade in den letzten Jahren wurden vielfältige Maßnahmen im Sanierungsbereich durchgeführt. Nicht nur im öffentlichen Bereich konnten Fortschritte erzielt werden – durch städtische Initiative und entsprechende Zuschüsse wurden eine Vielzahl privater Investitionen angeregt. Ein Beispiel für die Flächensanierung in Herrenberg ist das entstehende Wohn- und Geschäftszentrum »Nufringer Tor«. Schon abgeschlossen sind eine Reihe privater Vorhaben. Eine »Gestaltungssatzung« zeigt die »altstadtverträgliche Richtung« auch für solche, neue Vorhaben auf. Sanierungsmaßnahmen an histori-

scher Bausubstanz wurden durchgeführt, sind in Durchführung oder in Vorbereitung.

Holzminden an der Weser; Kreisstadt in Niedersachsen, ca. 22000 Einwohner.

Erstmals mit Siedlungsnamen um 825 erwähnt, verliehen die Grafen von Everstein Holzminden 1245 die Stadtrechte. Holzminden beherbergt die älteste Baugewerkschule Deutschlands – jetzt Fachhochschule Hildesheim/Holzminden und das Landschulheim am Solling. Im Laufe der Industrialisierung hat sich Holzminden von einer Ackerbürgerstadt zum Zentrum der deutschen Riechstoff- und Aromaindustrie entwickelt.

Die 1640 völlig zerstörte Innenstadt wurde auf dem alten Stadtgrundriß wieder aufgebaut. Die Bausubstanz, insbesondere die der Fachwerkhäuser, dokumentiert die Wiederverwendung der Baumaterialien aus den zerstörten Gebäudeteilen. 80% der Substanz wurde vor 1900 errichtet. Im geordneten Wechsel von Trauf- und Giebelstellung sind historische Straßenzüge durch schlichte Fachwerkbauten (Acker- und Kleinbürgerhaus) bestimmt. Umfassende Sanierungskonzepte wurden Mitte der 70er Jahre erstellt. Diese sind Grundlage der noch nicht abgeschlossenen Gebäudesanierung und der Maßnahme zum Umbau öffentlicher Flächen.

Jüterborg; Kreisstadt in Brandenburg, ca. 14000 Einwohner.

Die erste Erwähnung der Stadt erfolgte 1007, als ein deutsches Heer polnische Truppen bis »Jutribic« verfolgte, einem slawischen Siedlungsgebiet. 1174 entschied sich Bischof Wichmann zu einer planmäßigen Stadtentwicklung östlich des Suburbium und schuf damit ein markantes Beispiel für die planmäßige Gestaltung von Stadt-Land-Beziehung in der Frühphase der deutschen Ostexpansion. Im gleichen Jahr wurde das Stadtrecht verliehen, 1317 erhielt die Stadt ihre Wallanlagen, Mauern, Türme und Toranlagen in Richtung Neumarkt, Zinna und Damm. 1478 leidet die Stadt unter dem ersten großen Stadtbrand. Erzbischof Ernst von Magdeburg veranlaßte den Neubau der Wohnhäuser mit Ziegeleindeckung, die Befestigungsanlagen

wurden ausgebaut, die Mauer erhöht und die Torbauten mit Außentoren versehen. Mit Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges erlebt die Stadt einen tiefen Geschichteinschnitt. Aus einer bedeutenden, blühenden Handelsstadt mit 4000 Einwohnern wurde eine Stadt mit 300 Einwohnern. Erst 1855 wurde wieder eine Häuseranzahl von 1620 erreicht. Im 19. Jh. wurde Jüterbog zur wichtigsten Garnison Preußens. Mit dem Militär kam auch ein erneuter Aufschwung.

Das mittelalterliche Stadtbild dominieren die Hauptkirche St. Marien (12. Jh.), die Nikolaikirche und die ehem. Franziskanerkirche (15. Jh.), das Rathaus (15. Jh.) sowie Stadttore und Stadttürme.

Für den mittelalterlichen Stadtkern einschließlich der drei Vorstädte ist der Beschluß gefaßt, vorbereitende Untersuchungen für eine Städtebausanierung durchzuführen.

Miltenberg am Main; Kreisstadt in Unterfranken, Bayern, ca. 9500 Einwohner.

Am wichtigsten Mainübergang der Nürnberg-Frankfurter-Straße an der Südwestspitze des Mainviertels errichtete der Mainzer Erzbischof am Ende des 12. Jh. eine Zollstelle, die er durch eine Burg absicherte. Unterhalb der Burg entstand eine Siedlung, die 1237 in einer Urkunde des Erzbischofs für das Kloster Bronnbach als Stadt erscheint. Die Lage an Fluß- und Handelsstraße sorgte für einen raschen Aufschwung, der bis 1379 bereits zur heute noch erkennbaren Ausdehnung der Altstadt zwischen Würzburger- und Mainzer Tor führte. Neben der vorteilhaften Verkehrslage bildeten Weinbau und Weinhandel die Grundlagen der städtischen Wirtschaft, deren Blütezeit vor dem Dreißigjährigen Krieg liegt. Die Fachwerkbauten dieser Zeit, z. B. der »Riesen« von 1590 oder die Amtskellerei von 1541/1611 am Marktplatz, bestimmen das noch recht geschlossene Stadtbild.

Die gesamte Altstadt steht unter Ensemblechutz. Seit Mitte der 70er Jahre ist eine Altstadt-sanierung im Gange, die fast alle großen historischen Gebäude umfaßt und auch die Stadtmauern und den Stadtboden einschließt. Hinzu kommt die statische und bauliche Sanierung der Mildenburg, die als Zweigmuseum der Bayeri-

schen Staatssammlungen vorgesehen ist. Die Erhaltung und Revitalisierung der Altstadt wird noch auf Jahre hinaus zu den großen Aufgaben der Stadt Miltenberg gehören.

Pirna; Kreisstadt in Sachsen, ca. 43000 Einwohner.

Ihre geographische Lage machte die Stadt – 1233 erstmals urkundlich erwähnt – bereits im frühen Mittelalter zu einem erstrangigen Verkehrs- und Handelsknotenpunkt im Oberen Elbtal. Schon im 12. Jh. ließen sich deutsche Kaufleute neben den bereits ansässigen sorbischen Bauern und Fischern nieder und gründeten an der Kreuzung uralter Handelswege und im Schutz einer schon bestehenden Burgwarte – der heutigen Feste Sonnenstein – einen Ort mit regelmäßigen Grundrissen. Wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand der Stadt erlebten im 15. Jh. ihren Höhepunkt. Der Dreißigjährige Krieg brachte dann Stagnation, Not und Verarmung. Mit der Gründung einer Kattundruckerei begann um 1780 die Manufakturperiode, die 1837 mit der Dampfschiffahrt, 1848 bis 1851 mit dem Bau der Eisenbahn bis Prag und mit dem Bau der Elbebrücke 1873 in die industrielle Entwicklung überging. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollzog sich die Entwicklung zu einer bedeutenden Industriestadt.

Die mittelalterliche Stadt blieb in ihrer ursprünglichen Struktur mit Markt, Kirchplatz und umliegenden Gassen erhalten. Hinzu kommen die Burg- und Hausbergsiedlung und die Schiffervorstadt. Der Massenwohnungsbau in der Stadtrandlage in den 60er und 70er Jahren und die natürliche Zäsur durch die Elbe führte zu einer wirtschaftlichen und städtebaulichen Teilung in den linkselbigen Teil mit ca. 22000 und den rechtselbigen Teil mit ca. 21000 Einwohnern.

Mit der Erarbeitung des Flächennutzungsplanes sind für die perspektivische Entwicklung der Stadt Proportionen zu erarbeiten, die einer überwiegend touristischen Prägung des Stadtbildes gerecht werden. Insbesondere die industriellen Ballungsräume im Eingangsbereich von Dresden her sind auf verträgliche, diesem Charakter gerecht werdende Gewerbegebiete zurückzu-

bauen. Pirna, das Eingangstor zur Sächsischen Schweiz, soll sich künftig auch als solchen präsentieren.

Rechberghausen; Kreis Göppingen, Baden-Württemberg, ca. 5300 Einwohner.

Erstmals urkundlich erwähnt als »Husen« wurde Rechberghausen 1245. Unter den zahlreichen wechselnden Besitzern taucht immer wieder eine Linie der Herren von Rechberg auf. Von diesen ging der Ort 1789/90 an die Grafen von Degenfeld-Schonburg und 1806 an Württemberg über. 1525 wurden Burg und Städtchen während des Bauernkrieges teilweise zerstört; seit 1938 ist der Ort, der auf noch ungeklärte Weise seine Stadtrechte verloren hat, dem Landkreis Göppingen zugeordnet. Sehenswerte Kulturdenkmäler sind das 1721 erbaute, heute als Rathaus genutzte Schloß mit dem rechberghausischen Wappen über dem Eingang, die katholische Friedhofskapelle St. Michael aus dem Jahre 1707, das Obere Tor, welches das einzig erhaltene historische Stadttor im Kreis ist, und Tor und Kapelle im Schloßhof der 1685 niedergebrannten Burg. Durch die zentrale Lage hat sich die Gemeinde nach dem Zweiten Weltkrieg kräftig ausgedehnt und zu einem modernen Gemeinwesen entwickelt. Seit 1971 ist Rechberghausen Sitz des Gemeindeverwaltungsverbandes Östlicher Schurwald, dem noch die Gemeinden Adelberg, Birenbach und Börtlingen angehören.

Der historische Stadtkern wurde behutsam umgestaltet, erneuert und modernisiert. Mit dem »Schloßmarkt« auf dem ehemaligen Firmengelände Seitz wird die Ortskernsanierung ihre Fortsetzung finden. Im »Herzen« der Gemeinde entsteht somit durch zahlreiche neue Geschäftsgründungen eine attraktive, konkurrenzfähige und heimelige Einkaufsatmosphäre für einen Einzugsbereich von bis zu 18000 Einwohnern.

Schmalkalden; Kreisstadt in Thüringen, ca. 18100 Einwohner.

874 erstmals urkundlich erwähnt, spiegelt sich in der Geschichte Schmalkaldens die Entwicklung der Landgrafschaft Thüringen, der Grafschaft Henneberg-Schleusingen und der

Landgrafschaft Hessen-Kassel. Berühmt wurde Schmalkalden als Gründungs- und Tagungsort des Schmalkaldischen Bundes zwischen 1530 und 1547. Seit dem Mittelalter ist Schmalkalden ein bedeutendes Zentrum der Metallverarbeitung.

Die Stadt besitzt einen spätmittelalterlich geprägten Stadtkern mit einigen auffallenden massiven gotischen Häusern; ansonsten dominieren fränkische Fachwerkhäuser des 15. und 18. Jahrhunderts. Zu den herausragenden Denkmälern zählen die Stadtkirche St. Georg, das Schloß Wilhelmsburg und im Ortsteil Weidebrunn die »Neue Hütte«. St. Georg gehört zu den schönsten spätgotischen Hallenkirchen in Thüringen, in ihr predigte Luther 1537. Das Schloß, 1585–1590 als Jagd- und Sommersitz Landgraf Wilhelms IV. von Hessen-Kassel erbaut, dürfte mit seinen gut erhaltenen Räumen sowie den Nebengebäuden und Gärten zu den besterhaltenen und schönsten Anlagen der Spätrenaissance in Mitteleuropa gehören. Ein in Europa nahezu einmaliges historisches Denkmal ist die »Neue Hütte«, eine spätklassizistische Hochofenanlage, in der bis 1924 heimisches Eisenerz verhüttet wurde.

Nach den Ereignissen des Jahres 1989 beginnt Schmalkalden sich zu einem touristischen Zentrum Südthüringens zu entwickeln. Neben der landschaftlichen Lage ist es vor allem die architektonisch schöne Altstadt, die als Besuchermagnet wirkt. Die Stadtverwaltung trägt dieser Entwicklung Rechnung, indem sie eine Reihe von Sanierungsmaßnahmen zur Rekonstruktion und Verschönerung eingeleitet hat.

Torgau; Kreisstadt in Sachsen, ca. 23000 Einwohner.

Der Ort »Ubi Turguo stat« wird 973 erstmals urkundlich erwähnt. Der wichtige slawische Handelsplatz erhält im 10. Jh. eine Burg, das Stadtrecht um 1180. Seit 1456 bis Mitte des 16. Jh. ist Torgau kurfürstliche Residenzstadt. Davon zeugen zahlreiche Bauten wie das Renaissanceschloß Hartenfels, Marien- und Alltagskirche, das Breitwandrathaus sowie zahlreiche bedeutende Patrizierhäuser der Renaissance und des Barock. Als »Amme der Reformation« be-

zeichnet, befindet sich in Torgau neben der ersten von Martin Luther geweihten Kapelle auch das Sterbehaus und die Grabstätte seiner Frau. Neben Luther wirkten weitere bedeutende Persönlichkeiten wie Philipp Melancthon, der Maler und Bildhauer Lucas Cranach d. Ä., der Baumeister Konrad Krebs und der Naturwissenschaftler und Arzt Johann Kentmann. Der Große Teich, heute Naherholungs- und Naturschutzgebiet wurde 1483 künstlich angelegt. Auf Grund der strategischen Lage an der Elbe und der Grenze zwischen Preußen und Sachsen wurde Torgau im 18. Jh. Garnisonsstadt. Ab 1809 hemmt der Festungsbau unter Napoleon die weitere Entwicklung. Danach erfolgte auf der geschliffenen Festungsanlage ringförmig eine bemerkenswerte Villenbebauung. Eine Entwicklung der Industrie setzte erst mit Ende des 19. Jh. ein. Erwähnenswert sind weiterhin die historischen Ereignisse der Begegnung an der Elbe 1945 zwischen der Vorausabteilung der 1. ukrainischen Front und der 1. US-Armee.

Aktivitäten zur Stadtsanierung wurden seit 1978 durchgeführt, wobei auf denkmalpflegerische Aspekte besonders Wert gelegt wurde. Als eine von nur 24 Städten der neuen Bundesländer steht die Torgauer Altstadt seit 1979 per Gesetz unter Denkmalschutz. Weitere ca. 300 einzelne Baudenkmäler befinden sich in der traditionsreichen Stadt. Seit 1991 Beginn vorbereitender Untersuchungen und Aufnahme in die Förderprogramme »Städtebauliche Erneuerung« und »Städtebaulicher Denkmalschutz« von Bund und Land sowie Inkrafttreten einer »Örtlichen Bauvorschrift für den historischen Altstadt kern« (Gestaltungssatzung).

Weilburg; Kreis Limburg-Weilburg, Hessen, ca. 12000 Einwohner.

Weilburg wurde 906 erstmals urkundlich erwähnt; Stadtrechte seit 1225. Auch als »Barockinsel an der Lahn« bezeichnet, besitzt Weilburg eine eindrucksvolle mittelalterliche Stadanlage auf schmalem Höhenrücken über einer großen Lahnschleife; auch eine der am besten und geschlossensten erhaltenen Kleinresidenzen des Alten Reiches mit Schloß und Hofkirche (Nationaldenkmal) als das Stadtbild entscheidend prä-

gende Baugruppe. Ensemble-Denkmalschutz besteht für die ganze Altstadt.

Erfolgreiche Sicherung der historischen Bausubstanz durch städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den zurückliegenden Jahren (z. B. Altes Rathaus, Marktplatz, Stadtpfeiferhaus, Schloßkirche). Der Rahmenplan für die Altstadtsanierung aus dem Jahre 1991 wurde 1988 aufgrund der zwischenzeitlichen Erfahrungen als Handlungskonzept fortgeschrieben. Zielsetzung ist weiterhin die Behebung städtebaulicher Mißstände, die Verbesserung des fließenden und ruhenden Verkehrs sowie der Ausbau der Lahnaue als Erholungsgebiet. Auch als staatlich anerkannter Luftkurort hat die barocke Residenzstadt ihre Reize (waldreiche Landschaft, markante Topographie, Fluß, Kristallhöhle, Bergbaumuseum, Heilig-Grab-Kapelle, Wildpark, Schloßkonzerte etc.).

Weimar; Kreisstadt in Thüringen, ca. 62000 Einwohner.

Erste urkundliche Erwähnung 975, Stadtgründung um 1250. Mitte des 16. Jh. wurde Weimar Residenz des Herzogtums Sachsen-Weimar. Erste kulturelle Höhepunkte sind mit dem Aufenthalt Lucas Cranach d. Ä. und J. S. Bachs Tätigkeit als Hoforganist verbunden. Als Wieland, Goethe, Herder und Schiller sich in der 2. Hälfte des 18. Jh. in Weimar niederließen, wurde die Stadt zum geistig-kulturellen Zentrum Deutschlands und zum Symbol für das Zeitalter der klassischen deutschen Literatur. In der nachklassischen Zeit gaben Franz Liszt und die Weimarer Malerschule der Stadt das Gepräge. Friedrich Nietzsche verbrachte hier seine letzten Lebensjahre. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts setzten der belgische Architekt Henry van de Velde und Walter Gropius die Traditionen von Kunst und Architektur fort. Im Deutschen Nationaltheater tagte 1919 die Nationalversammlung und beschloß die Verfassung der ersten deutschen Republik. Für immer schmerzhaft mit dem Namen Weimar verbunden bleibt das Konzentrations- und Internierungslager Buchenwald auf dem Ettersberg.

Das ausgedehnte Denkmalschutzgebiet umfaßt u. a. den eigentlichen Altstadt kern von ca.

20 ha und zwei seit dem Mittelalter besiedelte Vorstädte. Die zu einem großen Teil denkmalwürdige Bausubstanz dieses Kernbereichs stammt z. T. noch aus dem 16. und 18., im wesentlichen jedoch aus dem 19. Jahrhundert und gibt insbesondere in räumlichen Zusammenhängen noch einen Eindruck vom klassischen Weimar. Dieser »Altstadtkern« ist zu großen Teilen gleichzeitig Stadtzentrum und mit anschließenden Erweiterungsflächen zum vorläufigen Sanierungsgebiet erklärt worden. Markt und Schloßerbereich sowie Jakobsvorstadt haben dabei Priorität. Als Sanierungsträger fungiert die Deutsche Städteentwicklungsgesellschaft mbH.

Weinstadt; Große Kreisstadt im Rems-Murr-Kreis, Baden-Württemberg, ca. 24000 Einwohner.

Mit den traditionsreichen Orten Beutelsbach, Endersbach, Großheppach, Schnait und Strümpfelbach bildet Weinstadt seit 1975 eines der größten Weinbauzentren des Landes. Neben städtischem Charakter wird dem Besucher noch manches Ländliche und viel Idyllisches geboten. Reich ist die geschichtliche Vergangenheit der einzelnen Orte. In Beutelsbach z. B. stand die Wiege des Hauses Württemberg, durch dessen Stammutter Luitgard von Beutelsbach. Bis ins späte 13. Jahrhundert diente die Beutelsbacher Stiftskirche als Grablege der Württemberger. Nicht weniger bedeutend waren die Auswirkungen der ersten deutschen Freiheitsbewegung, die im »Aufstand des armen Konrad« ebenfalls von hier ausging. Weltgeschichtliches vollzog sich 1704 in Großheppach: Prinz Eugen, der Herzog von Marlborough und Markgraf Ludwig von Baden hielten dort Kriegsrat, bevor bei Höchstädt die Entscheidungsschlacht des Spanischen Erbfolgekrieges geschlagen wurde.

Sichtbare Erfolge zeigen die Ortskernsanierungen in allen Stadtteilen, einer Daueraufgabe, der sich Weinstadt seit langem mit dem Anspruch stellt, den Charakter der Teilorte zu erhalten und Wohnen und Arbeiten modernen Erfordernissen anzupassen.

Lutherstadt Wittenberg; Kreisstadt in Sachsen-Anhalt, ca. 55000 Einwohner.

Wittenberg wurde 1180 erstmals als Burgwart erwähnt. Die zentrale Lage am Schnittpunkt alter Handelsstraßen sowie einem wichtigen Elbeübergang ließen die Siedlung alsbald aufblühen. Als Wittenberg 1489 Residenz sächsischer Kurfürsten geworden war, wurde es zur kurfürstlichen Residenz und Festung ausgebaut. 1502 Bau der ersten landesfürstlichen Universität Deutschlands. Hervorragende Wissenschaftler wie Ulrich von Hutten, Giordano Bruno, Senner, Trautmann und andere erlangten über die Landesgrenze hinaus europäische Bedeutung. 1508 übernahm der Augustinermönch Martin Luther den Lehrstuhl für Moralphilosophie; 1517 schlug er seine 95 Thesen gegen den Mißbrauch des Ablasshandels an die Tür der Schloßkirche an. Mit dem Ende des Schmalkaldischen Krieges verlor Wittenberg seine Rolle als kur-sächsische Residenzstadt an Dresden. Als Festungsstadt wurde es wiederholt durch Kriege schwer heimgesucht. Nach den Napoleonischen Kriegen wurde Wittenberg 1815 Preußen zugesprochen und die Universität nach Halle verlegt. Dies und die Beschränkungen durch das Militär waren ein schwerer Schlag für die Wirtschaft. Erst als im Jahre 1873 die Festungswälle abgetragen wurden, konnte Wittenberg von seiner zentralen Lage profitieren; die Einwohnerzahl verdoppelte sich bis 1913, die Zahl der Industriebeschäftigten verzehnfachte sich. Obwohl sich in den 30er Jahren das Arado-Flugzeugwerk als Rüstungsbetrieb etabliert hatte, blieb Wittenberg im Zweiten Weltkrieg von größeren Bombenangriffen verschont, so daß sich vor allem die Altstadt in ihrem Grundriß noch so äh-

lich präsentiert wie zu Luthers Zeiten. Allerdings wurde dieses kulturelle Erbe der Stadt von den Regierungen der DDR weitgehend vernachlässigt und die Stadt systematisch zu einer Industriestadt mit dem Stickstoffwerk als größtem Betrieb ausgebaut.

In den Tagen der Revolution vom Herbst 1989 gingen von der evangelischen Gemeinde entscheidende Impulse aus. Heute besinnt sich die Stadt auf ihre alten Traditionen und fördert ein ausgewogenes Neben- und Miteinander von Industrie, Handel, Dienstleistung und Kultur. Besonderes Anliegen ist aber die Erhaltung und Wahrung der alten geschichtlichen Stadt mit dem Ensemble von historischen Gebäuden (Lutherhaus, Stadt- und Schloßkirche, Schloß, Rathaus, Melanchthonhaus, Cranachhaus) und Bürgerhäusern, dem Raumgefüge von Straßen und Plätzen, mit den die Innenstadt umgebenden Grünflächen der Wallanlagen und dem Landschaftsraum der Elbaue. Aber mehr als 40 Jahre Sozialismus haben auch in der Innenstadt ihre Spuren hinterlassen – man denke nur an den trostlosen Verfall der Cranachhöfe –, so daß die Einleitung von Sanierungsmaßnahmen dringend geboten ist. Die Stadtverordnetenversammlung hat daher dieser Tage die Innenstadt einschließlich der Wallanlagen als Sanierungsgebiet durch Satzung förmlich festgelegt.

Gegenwärtig sind nachhaltige Sanierungsmaßnahmen für einen der Cranachhöfe sowie für ein historisch bedeutsames größeres Bürgerhaus angelaufen, überalterte Entwässerungsleitungen werden durch einen neuen Hauptsammler ersetzt, der in ein neu zu errichtendes Klärwerk einmündet, das als Modellvorhaben gefördert wird.

Rezensionen

GESCHICHTE DER STADT BONN, Band 3: *Bonn als kurkölnische Haupt- und Residenzstadt 1597 bis 1794*, hrsg. von DIETRICH HÖROLDT, 307 Abb., 693 S.; Band 4: *Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1794–1989*, hrsg. von DIETRICH HÖROLDT, 526 Abb., 896 S., Bonn: Dümmler 1989, beide Bände DM 180,-.

Aus Anlaß der 2000-Jahr-Feier im Jahre 1989 erteilte die Stadt Bonn den Auftrag zu einer umfassenden Darstellung ihrer Geschichte. Die oben genannten zwei der auf vier Bände geplanten Stadtgeschichte sind im Jubiläumsjahr erschienen. Die Herausgabe des monumentalen Werkes liegt in fachkundigen Händen. Für die Bände 3 und 4, die die neuere Geschichte betreffen, zeichnet Dietrich Höroldt, Leitender Archivdirektor des Stadtarchivs Bonn, verantwortlich, Manfred van Rey betreut die Bände 1 und 2, die mit der Urgeschichte beginnen und bis zum Zeitalter der Glaubenskämpfe reichen. Beim dritten Band handelt es sich im wesentlichen um eine Neubearbeitung des 1962 erschienenen zweiten Teils der »Geschichte der Stadt Bonn« von Edith Ennen und Joseph Nießen, der mittlerweile vergriffen ist. Die Neubearbeitung trägt der Veränderung des Stadtgebietes infolge der kommunalen Gebietsreform des Jahres 1969 Rechnung und bezieht die eingemeindeten Ortschaften in die historische Bestandsaufnahme ein. Während sich Edith Ennen nach wie vor mit der allgemeingeschichtlichen Entwicklung befaßt, sind jetzt für spezifische Sachgebiete weitere ausgewiesene Autoren gewonnen worden: Wilfried Hansmann für die Bau- und Kunstgeschichte, Claudia Valder-Knechtges für die Musikgeschichte, Arnold E. Maurer für die Theatergeschichte. Band

4 konnte nicht auf eine vergleichbare Vorarbeit zurückgreifen, lediglich auf die erstmals 1967, in vierter Auflage 1985 erschienene »Kleine Geschichte der Stadt Bonn« von Edith Ennen und Dietrich Höroldt. Erstere hat auch an Band 4 mitgearbeitet, und zwar am Kapitel »Bonn unter französischer Herrschaft (1794–1814)«, letzterer behandelt die folgenden hundert Jahre (1814–1914). Verfasser der Kapitel »Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten (1914–1948)« und »Bonn als Bundeshauptstadt (1949–1989)« sind Helmut Vogt und Gabriele Müller-List.

Beide vorliegenden Bände haben die einschlägige Forschung nicht nur umfassend und intensiv rezipiert, sondern gelegentlich sogar erweitert. Das geht aus dem wissenschaftlichen Anmerkungsapparat hervor, der neben exakten Quellen- und Literaturbelegen zahlreiche Verweise auf Archivmaterial enthält. Leider befindet sich im Anhang keine Auflistung der benutzten Archive und werden Quellen und Literatur in einem einzigen Verzeichnis zusammengefaßt. Für die gezielte Erschließung des Inhalts sind die gleichfalls ungeschiedenen Namen- und Sachweiser am Ende jedes Bandes hilfreich. Das Verzeichnis der Abbildungen im jeweiligen Anhang macht deutlich, welche Schätze vor allem das Stadtarchiv Bonn beherbergt. Quantität und Qualität der Porträts, Karten, Fotografien usw. tragen erheblich zur prachtvollen Ausstattung der »Großen Stadtgeschichte« bei.

Die inhaltliche Darstellung ist über weite Strecken sehr detailliert, doch geraten die großen Linien nicht aus dem Blick. Die Stadtgeschichte wird überzeugend in den Kontext der Allgemeingeschichte gestellt. Vergleiche mit anderen Städten (z. B. Köln, Düsseldorf, Koblenz, Ruhrgebietsstädte) lassen typische und besondere Merkmale erkennen. Band 3 befaßt sich

mit Bonn in einer herausgehobenen Stellung. Rund zweihundert Jahre lang war es die Haupt- und Residenzstadt des Kurfürstentums Köln. Im Zeitalter der Gegenreformation wurde Bonn unter Kurfürst Ferdinand aus dem Hause Wittelsbach rekatholisiert, ein für die Folgezeit wichtiges Faktum. Nach dem Abschluß des Westfälischen Friedens traten machtpolitische Konflikte an die Stelle der konfessionellen. Kurköln stellte sich im Ringen zwischen Habsburg und Frankreich auf die Seite des letzteren, Bonn wurde zur Hauptlandesfestung ausgebaut. Doch es geht in diesem Band nicht nur um die politische und militärische Funktion der Stadt, sondern auch um das Verhältnis von Landesherr und Selbstverwaltungsorganen im Zeichen von Absolutismus und Aufklärung, um ständische Sozialstruktur, Wirtschaftsleben und Bildungswesen. Anschaulich wird das Stadtbild beschrieben; Persönlichkeiten aus Politik (allen voran die Kurfürsten) und Kultur (so Ludwig van Beethoven) werden angemessen gewürdigt, wobei sich die Autoren nicht mit einer Gratwanderung begnügen.

Band 4 beginnt mit der französischen Besetzung des linken Rheinuferes. Dieses Ereignis führte zu einer negativen Statusveränderung für Bonn. Nachdem es einige Jahre als Sitz einer provisorischen Verwaltungskommission fungiert hatte, wurde es Hauptort eines von drei Arrondissements im Rhein-Mosel-Department, dessen Präfektur sich in Koblenz befand. Die katholische Kirche verlor im Zuge der Säkularisation ihren beträchtlichen Besitz. Wirtschaft und Gesellschaft wurden durch die Prinzipien der rechtlichen und sozialen Gleichheit, der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit modernisiert. Der Schutz vor der fortgeschrittenen englischen Industrie infolge der Kontinentalsperre führte in Bonn vor allem in der Textilbranche zu einem Aufschwung. Nach dem Übergang an Preußen führte die Überschwemmung mit englischen Waren zu einem wirtschaftlichen Rückgang. Der Herrschaftswechsel im Jahre 1814 brachte keine administrative Besserstellung; Bonn wurde Kreisstadt im Regierungsbezirk Köln, allerdings – nach dem bildungspolitischen Niedergang in französischer Zeit – wieder eine Universitätsstadt mit der nach Berlin zweitgrößten

preußischen Universität, die sich im Laufe der Zeit mit illustren Gelehrtennamen (wie Ernst Moritz Arndt, August Wilhelm von Schlegel, Barthold Georg Niebuhr, Heinrich von Sybel, Hermann Helmholtz) schmücken konnte.

In fünf chronologisch gegliederten Kapiteln wird die Geschichte der Stadt Bonn von den Befreiungskriegen bis zur Gegenwart dargestellt. Dietrich Höroldt verfährt in den von ihm verfaßten drei Kapiteln zu den Zeitabschnitten 1814–1849, 1850–1870, 1871–1914 nach dem gleichen inhaltlichen Schema. Er beschreibt jeweils Verfassung, Verwaltung und Repräsentation, Finanzwesen, Bevölkerungsentwicklung, äußeres Erscheinungsbild, wirtschaftliche Entwicklung und Sozialstruktur, kirchliche Angelegenheiten, Bildungswesen, kulturelles Leben und schließlich die politische Entwicklung. Die Stellung der Stadt Bonn im und zum preußischen Staat war weitgehend identisch mit der der Rheinprovinz. Mit dieser verteidigte sie die aus der französischen Zeit stammenden sog. »rheinischen« Institutionen. Sie partizipierte an der im Rheinland besonders starken Opposition der katholischen Kirche und Politiker gegen die Regierung in Berlin, wenngleich nicht unisono.

In Helmut Vogts Beitrag vermißt man das breite Themenspektrum der vorangegangenen Kapitel, politische und Ereignisgeschichte stehen im Vordergrund: die beiden Weltkriege mit den anschließenden Besatzungszeiten, relativ knapp die Jahre der Weimarer Republik, ausführlicher die nationalsozialistische Herrschaft. Näher geht er auf die Wirtschaftsentwicklung und Baugeschichte ein, während konfessionelle Fragen, Bildungswesen, kulturelles und gesellschaftliches Leben kaum zur Sprache kommen. Wenn auch die nationalsozialistische Partei in Bonn, in dem die bürgerlichen Parteien traditionell eine Hochburg besaßen, verhältnismäßig wenig Anklang fand, so hat sich seine Universität doch mit der Aberkennung der Ehrendoktorwürde von Thomas Mann 1936 international in ein schlechtes Licht gestellt.

Gabriele Müller-Lists Beitrag weist wiederum eine breitere Themenpalette auf. Zunächst zeigt sie, wie Bonn zur Bundeshauptstadt wurde, aus den systematisch angelegten folgenden Abschnit-

ten (Stadt und Region, Bevölkerung und Erwerbsleben, wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung, Infrastruktur) geht hervor, welche große Bedeutung dieses Faktum für alle Lebensbereiche besaß und noch besitzt. In den vergangenen vier Jahrzehnten hat die Stadtgeschichte ihren Höhepunkt erreicht und allem Anschein nach momentan bereits überschritten. Das vorliegende repräsentative Werk verdankt wohl nicht zuletzt diesem Höhepunkt seine Entstehung. Das letzte Kapitel – »Bonn als Bundeshauptstadt« – ist noch nicht abgeschlossen.

Münster

Peter Burg

ELISABETH SCHRAUT (Hrsg.), *Die Comburg. Vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert (Kataloge des Hällisch-Fränkischen Museums Schwäbisch Hall 3), Sigmaringen: Jan Thorbecke 1989, 261 Abb., 280 S., DM 46,-.*

Die bewegte Geschichte der Comburg war 1989, anlässlich der 900. Wiederkehr der Weihe ihrer ersten Kirche, Gegenstand einer Ausstellung, zu der der hier anzuzeigende Begleitband erschienen ist. 1078 als Benediktinerkloster gegründet und 1488 in ein Chorherrenstift umgewandelt, diente die Comburg nach der Auflösung des Stifts 1802 zunächst dem Königlich-württembergischen Ehreninvalidencorps als Versorgungsanstalt – 200 Veteranen mit ihren Familien fanden hier Platz, dann, seit 1926, als Tagungsort der »Heimvolkshochschule«, die ihre Auflösung bis 1937 hinauszögern konnte, schon seit 1931 auch als Arbeitsdienstlager, später als Stätte einer Bauhandwerksschule und nach Kriegsbeginn als Kriegsgefangenen- und Fremdarbeiterlager. Seit dem Kriegsende steht die Comburg als Akademie im Dienst der Lehrerfortbildung.

Der Band ist in zwei Teile gegliedert: Dem Katalogteil (S. 110–277) ist ein Vorspann mit sieben Aufsätzen vorangestellt, von denen sich vier mit der eben stichwortartig skizzierten Geschichte der Comburg von ihren Anfängen bis in unsere Tage beschäftigen (S. 17–21;

S. 81–108). Sie behandeln in ausführlicherer Weise eben jene Bereiche, die in der Ausstellung in textlich verknappeter Form anhand von 251 Exponaten augenfällig vorgeführt worden sind. Zwei weitere Beiträge des Aufsatzteils befassen sich mit der Baugeschichte der Stiftskirche von 1707/15 (S. 22–35) und ihrer barocken Ausstattung (S. 36–56), ein dritter Beitrag erläutert die zahlreichen Grabmäler der Comburg aus der Zeit des 12. bis 17. Jahrhunderts (S. 57–80), unter ihnen »einige kunsthistorisch bedeutsame Werke«. Nur im Katalogteil – dort allerdings mit zahlreichen Beispielen (Nrn. 43–69) – wird die Bestandsgeschichte der wertvollen Comburger Bibliothek behandelt, der 1805 das günstige Geschick widerfuhr, geschlossen in die landesherrliche Bibliothek in Stuttgart überführt zu werden. Auch die Funktion der Comburg als Sitz des Königlich-württembergischen Ehreninvalidencorps (1817–1909) wird nur im Katalog-, nicht im Aufsatzteil dargestellt (Nrn. 115–145).

Besonderes Interesse dürften von den genannten Aufsätzen jene beanspruchen, in denen das Schicksal der Comburg in der Weimarer und in der NS-Zeit schildert wird. Die »Heimvolkshochschule Comburg« (S. 81–94), die 1926 eingerichtet wurde – von Theodor Bäuerle, dem späteren Kultusminister von Württemberg-Baden, damals Leiter des von Robert Bosch mitbegründeten Vereins zur Förderung der Volksbildung –, war eine der ersten in Württemberg und widmete sich als einzige speziell der Arbeiterbildung. Den Zielen der Reformpädagogik verpflichtet, vermittelte sie Bildungsinhalte ganz im Sinne der bürgerlich-liberalen Arbeiterbildungsvereine des 19. Jahrhunderts. Die schon zum Ende der Weimarer Republik einsetzende heftige Kritik der politischen Rechten an der Volkshochschule als einer »Stätte marxistischer Indoktrination und sittlicher Verwahrlosung« führte nach 1933 über Repressionen zur raschen Gleichschaltung – Ende 1936 folgte die Auflösung. Der Katalogteil belegt mit zeitgeschichtlich informativen und ausführlich erläuterten Bildexponaten die Geschichte dieser Einrichtung, deren Initiator Theodor Bäuerle nach 1945, nach dem Ende der Comburg als »Fe-

stung des neuen Staates« (S. 95–103), die Bildungsarbeit auf der Comburg wiederbelebte (S. 104–108).

Freiburg i.Br.

Hans Schadek

KATHARINA SIMON-MUSCHEID, *Baseler Handwerkszünfte im Spätmittelalter. Zunftinterne Strukturen und innerstädtische Konflikte (Europäische Hochschulschriften, Reihe III; Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 348)*, Frankfurt a.M.: Lang 1988, 475 S., DM 114,-.

Auf einer breiten, zu einem guten Teil noch nicht edierten Quellenbasis untersucht die Autorin am Beispiel Basel den inneren Aufbau und die sozialtopographische Verteilung fünf ausgewählter Zünfte und sucht nach Verbindungen zwischen Zunftstrukturen und der Entwicklung bzw. dem Verlauf von innerstädtischen Konflikten, die auf zwei Ebenen ausgetragen werden: einerseits innerhalb einer Zunft in den Auseinandersetzungen zwischen der Zunftgemeinde und/oder einfachen Meistern mit dem Zunftvorstand, zwischen einzelnen mächtigen Familien innerhalb einer Zunft oder zwischen Meistern und Gesellen, andererseits zunftübergreifend in den Erhebungen gegen den Rat.

Die Analysen von zwei Baseler Aufständen 1402 und 1482 fungieren als Klammer um den Mittelteil, in dem verschieden strukturierte Zünfte der oberen, mittleren und unteren Zunfthierarchie vorgestellt werden (unter Ausschluss der vier oberen Handelszünfte). Die Klammer greift nicht ganz gleichmäßig, denn die beiden Aufstände werden in unterschiedlicher Weise behandelt. Während für 1402 nach dem Wie, Wer und Warum gefragt wird, erscheinen die Ereignisse von 1482 in einer besonders starken Beleuchtung der Motivation der einzelnen Beteiligten. Aufgrund des vorrangigen Interesses der Arbeit, die inneren Zunftstrukturen, unterbleibt – durchaus zu Recht – eine detaillierte Analyse der Verfassungsänderungen in den einzelnen Entwicklungsschritten des 14. und 15. Jahrhunderts.

Um so interessanter sind die Ergebnisse, die

durch die Untersuchungen der Steuerlisten, Aufnahme- und Statutenbücher der Zünfte erbracht werden. Im Hinblick auf die Sozialtopographie der Stadt bestätigen sie die Resultate, die seit einigen Jahren die Vorstellung der nach Handwerksbereichen klar gegliederten Straßenzüge einer mittelalterlichen Stadt in Zweifel ziehen.

Das »Orientierungsraster« für die Ansiedlung von Zunftmitgliedern ist nicht nur bestimmt durch das Gefälle zwischen Zentrum und Peripherie (Vorstädten), sondern wählt neben einer guten Geschäftslage möglichst eine prestigereiche Nachbarschaft und die Absetzung der reicheren von den ärmeren Zunftgenossen. Die Zunfhäuser als architektonisches Zeichen für die zünftische Selbsteinschätzung befinden sich jedoch weiterhin überwiegend im Zentrum, die Vorstädte bleiben mit eher negativem Prestige behaftet. Einigermaßen homogene »Handwerksquartiere« finden sich je am oberen und unteren Ende der Hierarchie, die »Mitte« dagegen verteilt sich über die ganze Stadt.

Die Steuerleistungen der Zunftmitglieder zeigen, daß die sozial hochstehenden Zünfte die größten inneren Spannungen aufweisen, da sich in ihnen eine große soziale und finanzielle Kluft zwischen den Mitgliedern aufzutut, im Gegensatz zu den ärmeren Zünften mit einer homogenen Struktur.

Eine besondere Berücksichtigung der handwerklichen Frauenhaushalte ergab einen hohen Anteil von Frauen in der untersten Steuerklasse, ebenso eine höhere Konzentration von Frauenhaushalten in den Vorstädten als im Zentrum. Auch ein Untermietverhältnis – sei es als Mieterin oder als Vermieterin – war bei alleinstehenden Frauen besonders ausgeprägt.

In der Zusammenschau von inneren Zunftstrukturen und innerstädtischen Konflikten sieht die Autorin Zunft und Nachbarschaft als die wichtigsten »Orientierungsfelder« an, in denen sich die Zünftler bewegen, und als die bedeutendsten Möglichkeiten des kommunikativen Austauschs. Der herrschenden Ratsordnung gefährlich werden könnte nur ein zunftübergreifender Zusammenschluß mit einem homogenen Potential an Unzufriedenheit, d. h. einem von allen gleich bewerteten Beschwerdekatalog. Zwar

gibt es »Dauerkonflikte« zwischen einzelnen Zünften, besonders aus der Lebensmittelbranche, und dem Rat; auch kann man von manchen Zünften bzw. einzelnen Familien von einer Tradition des Ungehorsams sprechen. Jedoch sind die Unterschiede innerhalb der Zünfte sowie zwischen den einzelnen Zünften so groß, daß ein wirksames gemeinsames Vorgehen gegen die ratsherrliche Obrigkeit nicht zustande kommt.

In der Reformation, so die Autorin, erreichen die innerstädtischen Auseinandersetzungen in Basel ihren Höhepunkt und Abschluß. Im 16. Jahrhundert wäre dann eine neue Phase erreicht, die Verlagerung der Konflikte auf die Ebene zwischen Handels- und Handwerkszünften auf dem Hintergrund der Glaubensstreitigkeiten.

Katharina Simon-Muscheid hat ihre Ergebnisse ausführlich dargelegt und durch Tabellen und Graphiken anschaulich gemacht. Ein Vergleich mit den Untersuchungen über andere Städte (schon vorhandene oder auch durch diese Arbeit angeregte) könnten helfen, die für Basel formulierten Thesen zur innerzünftischen Sozialstruktur, Sozialtopographie und ihrer Bedeutung für die zünftische Beteiligung an innerstädtischen Konflikten zu festigen. Nach den zahlreichen Arbeiten zur rechtlichen Situation und wirtschaftlichen Funktionsweise der Handwerksverbände würde damit auch die Zunftforschung wieder unter einem neuen Aspekt intensiviert, der sich ebenso für verschiedene Problemfelder der Stadtgeschichtsforschung als fruchtbar erweisen dürfte.

Bochum

Gudrun Gleba

MARTHA SCHAD, *Die Frauen des Hauses Fugger von der Lilie (15.–17. Jahrhundert)*, Augsburg – Ortenburg – Trient (Schwäbische Forschungsgemeinschaft bei der Komm. f. bayer. Landesgeschichte, Reihe 4, 22; Studien zur Fuggergeschichte 31), Tübingen: Mohr (Siebeck) 1989, 53 Abb., davon 5 in Farbe, 231 S., Ln., DM 68,-.

Die Frauen verhelfen zum familiären Aufstieg, die »Habe« der Gattin macht es Hans Fugger schon 1379 möglich, aus dem armen Weberviertel zu Augsburg in die spätere Maximilianstraße zu ziehen. Die Heiratspolitik der Fugger hat auf so zahlreichen und direkten Wegen in den mitteleuropäischen Hochadel hineingeführt, daß Genealogen von einem ständegeschichtlichen Sonderfall reden. Manchmal konnte die Ahnherrin selber die Fäden in die Augsburger Patrizierhäuser und die Landschlösser der Umgebung ziehen. Aber ab 1548 wollten die Fugger als Universalen nur noch ihre Söhne sehen. Die Frauen blieben draußen, wenn es um Geld und Grundbesitz ging.

Sind Zeichen von Emanzipation zu sehen? Die Frauen der ersten beiden Fugger-Generationen in Augsburg sind als Kauffrauen tätig; sie unterstützen zuerst die Geschäfte ihrer Männer, dann treiben sie als Witwen selbständig Handel. Aber Händlerinnen und Kauffrauen mit großem Vermögen bleiben in Augsburg im wesentlichen auf die Fuggerinnen beschränkt. Frauenzünfte wie anderswo gibt es in Augsburg nicht. Und am Ende des Reformationsjahrhunderts werden die Frauen allmählich aus der Berufsarbeit verdrängt; auch für die Frauen des Hauses Fugger meldet sich ein Niedergang und ein sozio-ökonomisches Vakuum an.

Sonderbelege für gewonnene frauliche Selbständigkeit zeigen sich freilich lange. Die Ehe der Ursula Fugger mit dem Grafen zu Ortenburg hat etwas von einer modernen Liebesehe an sich, und Martha Schad meint, es dürfte auch Witwen unter den Fuggerfrauen gegeben haben, »die aus Freiheitsliebe den Witwenstand beibehielten«. Der Weg zur Selbständigkeit kann knapp und lapidar sein. Hier spricht ein Fuggerisches Frauenverhör davon, dort ein von einer Fuggerin höchst eigen errichtetes Testament, hier zeigen sich Bilder von Frauen, die auch politisch »ihren Mann stehen«, dort stößt man auf »die eminent wichtige Rolle, die die Damen des Hauses Fugger bei der Gründung eines Kollegs in Augsburg spielten«. Eine Fuggertochter wird mit »blanditiis« und »minis« ins Kloster gelockt, wo sie nach 21jährigem (!) Klosteraufenthalt am Franziskustag 1582 einen Zettel auf den

Tisch ihrer Zelle legt: »Got allain die ehr, in disekutten komb ich nicht mehr.« Wenig später heiratet sie 38jährig den um neun Jahre jüngeren und dazuhin evangelischen Grafen zu Ortenburg. Im Heiratsvertrag, von den Fugger-Brüdern arrangiert, weist das Vermögen des »Freyleins« die stattliche Summe von 30000 Gulden auf. 39jährig schenkt sie im Mai 1586 einer Tochter das Leben und stirbt bald danach, zwei Jahre nach ihrer Eheschließung. Ein anderes Beispiel für erstaunliche Selbständigkeit gibt die Gräfin Maria Theresia Fugger-Babenhausen, die nach acht Ehejahren mit ihrem in Schwachsinn dahindämmenden Gatten einer Magd des Hauses aufträgt, in Memmingen und Weißenhorn Mäusegift zu besorgen. Aber der Graf trinkt nur ein Viertel vom Giftglas, die Magd schlüpft hurtig in die Rolle der Retterin, erzählt die ganze Geschichte, und die Ehe wird ohne weitere Sanktionen rechtskräftig geschieden.

Verraten die Jahre der Gegenreformation auch noch emanzipatorische Ansätze? Die Aktionen des Petrus Canisius in Augsburg gehören nicht zuletzt in »die von München aus gesteuerte Bekehrung des niederbayerischen Volkes durch die Jesuitenkommission«. Die Augsburger Fugger-Damen kommen zuhauf, die Kloster-Gelübde und Kloster-Eintritte häufen sich ebenso wie die Konversionen von Fugger-Frauen, die nicht lange zuvor evangelisch geworden waren. Von »exaltierten« Frauen spricht die Verfasserin; sie hat von einer um sich greifenden Leichtgläubigkeit für Geschichte und Erscheinungen ebenso zu berichten wie von Exorzismus und Dämonenkampf. Es sei »offensichtlich, daß die Jesuiten über die Damen des Hauses Fugger pastoralen Einfluß auf deren Ehemänner gewannen«.

Keine Frage, daß man derlei Kapitel von »Frauengeschichte« wie das hier angegangene sträflich vernachlässigte und zu kurz kommen ließ. Martha Schad hat allein in Sachen Alltags-schilderung, im Blick auf die stupenden Kinderzahlen, die Kleidung, die Kinderbildnisse, die primäre (oder auch nebensächliche) Bedeutung des Geldes und so weiter ungemein interessantes Material zutage gefördert. Ob freilich damit dabei die – von ihr so gesehene – noch heute weit-

hin von Männern dominierte Geschichtswissenschaft« in Zusammenhang gebracht werden kann, bleibt ein Problem für sich. Spezifischer Frauenthematik scheint sich auch Martha Schad nur zögernd genähert zu haben. Ihre biographisch und ereignisgeschichtlich orientierte Arbeitsperspektive verfährt nach eher konservativem, vertikalen statt horizontalen Muster. Lebensbilder wie die hier gesammelten können ohne Frage höchst unterhaltend sein. Aber im Querschnitt gefundene Themengruppen grundsätzlicher und allgemeiner Art gehören dazu, die Frage etwa, was das bedeutet hat, wenn die Mädchen der Fugger-Häuser an der Seite ihrer Brüder Latein gelernt haben. Hat da nicht auch das Kloster geholfen, zumal die eingetretenen Fugger-Novizen dreizehnjährig sein konnten? Wenn bei einer Fugger-Frau von ihrem »Stüblin« mit »viel schönen Büchern« die Rede ist: was waren das für Bücher? Und was haben sie der belesenen Fuggerin gebracht? Und schließlich: was machte den im Stadtpalast der Fugger an der Augsburger Maximilianstraße geübten »Repräsentationsstil« aus? Haben auch die Frauen dabei bewußt eine gesellschafts- und kulturstiftende Rolle gespielt?

Daß derlei Fragen jetzt allmählich auftauchen, das haben Bücher wie diese fleißige Untersuchung überhaupt erst möglich gemacht. Sofern es sich um originäre und den gesamten kulturwissenschaftlichen Bereich absteckende Arbeiten handelt, dürfen weitere Studien auf diesem Terrain nur erhofft werden.

Stuttgart

Otto Borst

UWE PUSCHNER, *Handwerk zwischen Tradition und Wandel. Das Münchner Handwerk an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert*, Göttingen: Otto Schwarz 1988, 417 S., kart., DM 48,-.

Handwerk zwischen Tradition und Wandel. Handwerk zwischen »Alter Zunftherrlichkeit« und Krise an der Wende zum 19. Jahrhundert. Die bei Eberhard Weis in München entstandene Dissertation versucht anhand eines reichlich vor-

handenen Quellenmaterials – beruhend auf den »Dachsbergischen Volkszählungen« von 1771 und 1781 und der Handwerkerzählung von 1792 – nachzuvollziehen, warum die Münchner Handwerker gegen Ende des 18. Jahrhunderts über zunehmende wirtschaftliche Not klagten.

Während die zünftig organisierten Handwerker einerseits über eine zunehmende Zahl von Hofschutzprivilegierten, Puschern, Manufakturen und unzünftigen Landhandwerkern klagten, wurde ihnen von zeitgenössischen Autoren ein Hang zu Luxus, Faulheit (blauer Montag) und betriebswirtschaftliche und technologische Innovationsfeindlichkeit vorgeworfen. Diese zeigte sich nicht nur im Einsatz neuer Technologie im Handwerk – im zünftigen Handwerk selten eingesetzt –, sondern vor allem, ganz besonders im Münchner Fall, in der Beschränkung auf den städtischen Markt. Die Exportquote der Münchner Handwerker betrug nur 3%.

Diese Fixierung auf einen einzelnen Markt, verbunden mit den im damaligen München hohen Aufwendungen für Meisterstellen, Erwerb der Gerechtigkeiten, Meistertrunk, Hochzeit etc., entließ den neuen Meister schon mit hohen Belastungen in die Arbeitswelt. Den meisten Gesellen blieb aber dieser Aufstieg verwehrt. Ihre Aufstiegschancen beschränkten sich auf die Zulassung zum Landhandwerk oder den Weg ins Puschertum. Von hier aus drängten sie auf den Münchner Markt und bedrängten die zünftigen Handwerker durch ihre billiger angebotenen Produkte.

Wie Puschner zeigt, haben Reformansätze, wie von Montgelaß durchgeführt, keine großen Auswirkungen auf das Handwerk. Wegen Handwerksprotesten, die in revolutionäres Treiben münden können, siehe die Rolle der Handwerker bei Unruhen um 1780 in München und bei der 1848er Revolution, konnten die Reformen des Handwerks nicht strikt durchgeführt werden. So konnte eine Aufhebung der Zünfte nicht durchgesetzt werden. In München fand zwischen Stadt und Handwerk einerseits und dem Staat auf der anderen Seite ein Ringen um die Verbesserung des Handwerkswesens statt. Stadt und Handwerk wollten das zünftige Handwerk – u. a. durch stärkeres Eingreifen gegenüber den

Puschern – stärken und damit die wirtschaftliche Lage verbessern. Der Staat versuchte durch grundlegende Änderungen des Zunftsystems, so 1804 Beschränkung des Verkaufs- oder Versteigerungsrechtes der Realgerechtigkeiten, Aufhebung des Zwang- und Bannrechtes etc., das Handwerk von Grund auf neu zu organisieren. Hauptbetroffene dieser Regelungen waren die Gesellen. Die Gesellenladen wurden in die Zünfte integriert und damit ihrer Funktionen entledigt. Zusätzlich wurde die Mischung aus Geld-, Natural- und Sachleistung zugunsten eines Stücklohnes abgeschafft.

Alle diese Bemühungen führten aber nicht dazu, daß das zünftige Handwerk abgeschafft wurde und in ein sich den neuen Anforderungen gewachsenes Gebilde gewandelt hat. Mit der Gründung der Sonn- und Feiertagsschulen wurde dann ab 1793 ein Grundstein gelegt, um über den Weg einer besseren Bildung die Handwerker für technische Neuerungen empfänglich zu machen.

Bedauerlich ist, daß der Gesamteindruck durch z.T. unübersichtliche Grafiken – z.B. S. 55, S. 57, S. 60; erst im Anhang – und vertauschte Tabellenspalten – S. 61 –, Textauslassungen, S. 37 Anmerkung – und einigen ärgerlichen Schreibfehlern – Tabelle S. 159 – getrübt wird. Sehr nützlich ist das große Zahlenmaterial im Anhang, das es erlaubt, die Verhältnisse des Münchner Handwerkers mit den Handwerkern in anderen Städten zu vergleichen. Puschner zeigt zwar die Vorreiterrolle der Münchner Handwerksgesetzgebung für das übrige bayerische Gebiet, Vergleiche mit anderen Ländern, bzw. Auswirkungen von Bayern auf andere Gebiete und Einflüsse außerbayerischer Regelungen auf die bayerische Gesetzgebung fehlen allerdings.

Stuttgart

Rainer Breckle

RICHARD J. EVANS, *Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830–1910 (aus dem Englischen von Karl A. Klewer)*, Reinbek: Rowohlt 1990, Abb., Tab., 848 S., DM 78,-.

Am 15. August 1892 brach in Hamburg eine der schwersten Cholera-Epidemien des 19. Jahrhunderts aus, bei der über 10000 Menschen starben. Die Cholera überfiel ihre Opfer jäh und ohne Vorwarnung, die Symptome erregten allgemeines Entsetzen, das Ende kam schnell und unter Qualen. Die Cholera, aus Indien eingeschleppt, fand in den rasch wachsenden, unhygienischen und von Verschmutzung geplagten Großstädten Europas einen günstigen Nährboden. Diese Epidemie stellt Evans ins Zentrum seiner komplexen Stadt- und Gesellschaftsgeschichte Hamburgs im 19. Jahrhundert. Ausgehend von den sechs Wochen des Spätsommers 1892 und der Analyse der Epidemie selbst, die im Zentrum der Arbeit steht, entwickelt der Autor in beispielloser Detailtreue eine umfangreiche Längsschnittstudie des Innenlebens einer deutschen Großstadt. Da eine Epidemie das Funktionieren von Staat und Gesellschaft deutlich machen, den Blick auf Strukturen der gesellschaftlichen Ungleichheit lenken und gleichzeitig Strukturen des täglichen Lebens, Werthaltungen, Ideologien und Ansichten transparenter machen kann, bietet sich die Analyse des »Außergewöhnlichen« an. Epidemien lassen sich damit als methodisches Instrument nutzen, um das außer Kraft gesetzte normale Funktionieren einer Gesellschaft zu studieren und die damit dann an die Oberfläche tretenden latenten Gegensätze.

Evans beschreibt die Fraktionen des Hamburger Kapitals, die Ungleichheit im Alltag und die überkommenen und verkrusteten Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen sowie die einende Ideologie, was dem Hafen und dem Handel nützt, nütze auch Hamburg und den Armen. Die Krise der städtischen Umwelt, Gewohnheiten der Tierhaltung, Ursachen der Umweltverschmutzung, Eß- und Trinkgewohnheiten, Krankheiten und Stand der Medizinischen Forschung werden dargestellt. Die Versäumnisse in Hamburg beim Bau einer Sandfiltrationsanlage für die Wasserversorgung, die Unzulänglichkeiten der Sanitäreinrichtungen und schließlich die Wohnverhältnisse des Proletariats in den Gängevierteln bildeten einen Rahmen, der schließlich den Ausbruch der großen Epidemie ermöglichte.

Nie zuvor war eine Epidemie derartig einge-

hend studiert und analysiert worden, wie die Hamburger Choleraepidemie 1892. Dabei stellte sich heraus, daß die ärmeren Bevölkerungsklassen von der Krankheit weitaus stärker ergriffen worden waren als die besser gestellten Schichten. Der Autor zeichnet eine detaillierte Studie des Ausbruchs, der Verbreitung und des Verlaufes der Seuche und analysiert die unterschiedliche Betroffenheit von Arm und Reich, Jung und Alt, Mann und Frau und die sozialräumliche Widerspiegelung. Vom Verschweigen zur Katastrophe, von der Angst zur Panik und schließlich die Suche nach den Schuldigen ist zugleich eine Skizze menschlichen und politischen Versagens. Ausgerechnet im selbstbewußten und traditionsstolzen Hamburg führten das Versagen der Behörden, die Verzweiflung der Kranken und die Angst vor der heimtückischen Seuche zu Panik und Chaos. Nach der Lektüre dieses Abschnitts meint man förmlich sich die Hände waschen und Leitungswasser meiden zu müssen.

Die unterschiedliche Einschätzung der Gründe und der Übertragbarkeit der Epidemie durch die Mediziner, die Auseinandersetzung zwischen den führenden Ärzten auf diesem Gebiete, Pettenkofer und Koch, illustriert zugleich die Verknüpfung von Medizin, Wirtschaftsinteressen und Ideologie. Als Koch am 24. August 1892 im Auftrage der preußischen Regierung nach Hamburg kam, entsetzten ihn Dilettantismus und Schlendrian gleichermaßen wie die elenden Wohnverhältnisse. Koch erklärte: »Meine Herren, ich vergesse, daß ich in Europa bin«, leitete Aufklärungsaktionen, Quarantänemaßnahmen und Desinfektionsprogramme ein, die ihn zum »heimlichen Bürgermeister« werden ließen.

Im letzten Abschnitt wird schließlich untersucht, welche Reformen und Umgestaltungen der Gesellschaft nach der Epidemie erfolgten. Von der Reform des Wahlrechts, über den Bau einer Trinkwasserfiltrationsanlage bis zur Sanierung ganzer Stadtteile reichten die Forderungen, die unter dem Schock der Cholera erhoben wurden und die mit dem Ziele der gesellschaftlichen und politischen Reform an die Herrschenden herangetragen wurden. Doch der Reformeifer

begann bald wieder zu verblassen. Das größte Sanierungsvorhaben in Deutschland, die Sanierung der Gängeviertel, wurde in Hamburg erst nach dem Hafentarbeiterstreik 1898 begonnen. Obwohl Evans die Sanierungsvorhaben nach der Cholera ein gutes Dutzend Mal erwähnt, tauchen sie im Register nicht auf und im Text wird die Bedeutung eher heruntergespielt (665).

In Gabriel Garcia Marquez Roman »Die Liebe in den Zeiten der Cholera« läßt der Held Florentino Ariza die Choleraflage auf einem Schiff hissen, um mit seiner Angebeteten allein zu sein, er nutzt die Ausschlußfunktion der Quarantäne. In Hamburg griff man zu einem anderen Mittel, »Kognak ist gut gegen Cholera« hieß es damals im Volksmund. Evans hat mit seiner Studie nicht nur »die« Studie über die große Seuche über »King Cholera« geschrieben, er hat gleichzeitig eine faszinierende und lebensnahe Schilderung der Kaufmannsstadt Hamburg im ausgehenden 19. Jahrhundert geliefert. Das Buch ist nicht nur methodisch mit einer »Sozialgeographie der Cholera« bahnbrechend, es ist auch von der Darstellungsform her ein Meilenstein in der Stadtgeschichtsschreibung, der eine Vielzahl interessanter weiterer Fragen eröffnet. Für Leser mit Interesse an methodischen Fragen sei auf die englische Ausgabe und den Anhang (dort S. 569–594) verwiesen.

Hamburg

Dirk Schubert

PAUL NOLTE, *Staatsbildung als Gesellschaftsreform. Politische Reformen in Preußen und den süddeutschen Staaten 1800–1820 (Historische Studien 2), Frankfurt a. M.: Campus 1990, 278 S., DM 48,-.*

Die vorliegende Untersuchung widmet sich einem Teilaspekt der Reformen, die in napoleonischer Zeit in Preußen und in den süddeutschen Staaten durchgeführt oder zumindest initiiert wurden. Der Einschränkung auf »politische« Reformen steht ein sehr weites Begriffsverständnis von Politikgeschichte gegenüber. Daß Nolte diese unter die Gesellschaftsgeschichte subsu-

miert, zeigt bereits seinen Standort im gegenwärtigen Selbstverständnis der Historikerzunft an, mehr aber noch die in der Einleitung formulierten theoretischen und methodischen Prämissen. Der Verfasser ist ein Anhänger der Modernisierungstheorie; Max Webers Herrschaftssoziologie dient ihm als Erklärungsmodell. Die Reformen interessieren ihn als »Knotenpunkt eines säkularen Prozesses politisch-sozialer Transformation« (S. 15). Ein enger, ereignisgeschichtlicher Begriff der Reformzeit verbietet sich bei dieser Aufgabenstellung. Der Untersuchungszeitraum ist daher auf die beiden ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts ausgedehnt, der Wiener Kongreß verliert seine traditionelle Funktion als Epochenscheide. Dadurch kann der Verfasser kurz- bis mittelfristige Nachwirkungen der Reformperiode in seine historische Beurteilung einbeziehen.

In Sprache, Stil und Gedankenführung befindet sich das Buch auf einem sehr hohen Niveau. Die inhaltlichen Ziele werden stringent verfolgt, die theoretischen Vorgaben konsequent angewandt. Dadurch erhält der Themenkomplex eine neue, in sich geschlossene Beleuchtung. Die Materialien, die dem Werk zugrundeliegen und ausgewertet werden, sind hingegen nicht neu; es handelt sich ausschließlich um gedruckte Quellen und Literatur, die im Verzeichnis leider nicht voneinander geschieden werden. Inwieweit die Beschränkung der Materialgrundlage ein Manko darstellt, erörtert der Autor nicht.

Das Buch ist in zwei Teile mit je drei Kapiteln gegliedert. Der erste Teil widmet sich Preußen, der zweite den süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden. »Repräsentation der Gesellschaft«, auf diesen Begriff bringt Nolte das Ziel der preußischen Reformpolitik. Da der Monarch sein wiederholtes Verfassungsverprechen nicht einlöste, scheiterte dieses Ziel. Worin lagen nach Nolte die Gründe des Scheiterns? Im ersten Kapitel werden die Reformer Stein und Hardenberg und ihre Opponenten charakterisiert. Die Ortsbestimmung der Reformer ist nicht überraschend: Freiherr vom Stein gilt als im wesentlichen rückwärtsgewandt, sein Nachfolger hingegen als progressiv; ersterer hatte einen Ständestaat vor Augen, letzterer wollte zu-

nächst eine Steigerung der Staatsmacht, einen Etatismus, der schließlich in eine allgemeine Repräsentation münden sollte. Beiden stand eine für Preußen kennzeichnende, besonders starke Adelsopposition gegenüber.

In bezug auf die Verwaltungsreformen, von denen das zweite Kapitel handelt, gelangt der Verfasser zu einer ambivalenten Bilanz. Positiv bewertet er die Schritte, die vom Patrimonialstaat wegführten: die Bildung moderner Fachministerien, die Trennung von Justiz und Verwaltung, die Aufstellung eines Staatshaushalts, die Trennung von Staatseigentum und Privatbesitz der Herrscher. Die Kommunalreform qua Gesellschaftsreform, weniger qua Organisationsreform hält er für gescheitert. Die These gilt mehr für die östlichen Provinzen, in denen die Landgemeinden den traditionellen Gewalten überlassen blieben, während die westlichen Provinzen die in französischer Zeit eingeführte Gleichstellung von Stadt und Land verteidigten. Das dritte Kapitel widmet sich der gescheiterten Verfassungspolitik, für Nolte war dies gleichbedeutend mit dem Scheitern des modernen Staates und dem Sieg der traditionellen Gesellschaft.

Die Reformpolitik in den süddeutschen Staaten, das Thema des zweiten Teils, wird auf die Formel »Durchsetzung des Staates« gebracht. Im Vergleich zu Preußen, der ständig durchgeführt wird, war dies nach Nolte das erfolgreichere Konzept, führte es doch trotz eines scheinbaren Umwegs – eines gesteigerten Etatismus – schließlich zu dem in der norddeutschen Großmacht gescheiterten Ziel: zu modernen Repräsentativverfassungen. Im vierten Kapitel werden die führenden Reformer vorgestellt: Montgelas und Reitzenstein als leitende Minister Bayerns und Badens, König Friedrich in Württemberg. Ihnen gelang, anders als den preußischen Staatsmännern, eine Unterwerfung der traditionellen Kräfte und eine Schwächung der Adelsopposition. Nach der Monopolisierung der Herrschaft schufen sie eine moderne Staatsbürgergesellschaft, die auf dem Grundsatz der Gleichheit beruhte, bauten auf allen Ebenen bis zu den Gemeinden hinunter die Verwaltung aus, zogen

sich loyale Beamte heran, um dann andererseits politische Partizipationsrechte zu gewähren. Während das fünfte Kapitel diesen Vorgang beschreibt, handelt das sechste von der Entstehungsgeschichte der Verfassungen, die in der Rheinbundzeit einsetzte und in den Jahren 1818/19 ihren krönenden Abschluß fand.

Nolte beendete seine Darstellung mit einem umfassenden Resümee. Er hebt die Vorbildfunktion der Französischen Revolution und den Anpassungsdruck durch die napoleonische Herrschaft als Katalysatoren der Entwicklung hervor. Als Charakteristikum der Reformen gilt, daß sie von oben in Gang gebracht wurden, als bedeutsamer Unterschied zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten der rigorose Zentralismus der letzteren, der nichtsdestotrotz mit der Etablierung einer Repräsentativverfassung zum größeren Erfolg auf dem Weg zur Ausbildung des modernen Staates führte. Trotz oder besser wegen eines Entwicklungsvorsprungs im Ausbau eines bürokratischen Herrschaftsapparates am Ende des 18. Jahrhunderts wurde, so der Verfasser, die norddeutsche Großmacht vom Süden überrundet.

Die Thesen des vorliegenden Buches sind anregend und bedenkenswert. Dennoch drängt sich die Frage auf, ob die theoretischen Vorgaben den Geschichtsverlauf nicht doch zu sehr in ein Korsett zwängen. Hinsichtlich des Vergleichs zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten werden die Unterschiede überpointiert herausgearbeitet. Immerhin besaß auch Preußen in seinen westlichen Provinzen (Rheinland, Westfalen) Territorien, die den französischen bzw. rheinbündischen Zentralismus intensiv erlebt haben. Relativierende oder falsifizierende Gegenbeispiele fehlen in Noltens Argumentation, die dadurch zwar schlüssiger wirkt, aber doch an Überzeugungskraft verliert. Ungeachtet dieses Vorbehalts ist in dem Buch ein wichtiger Beitrag zur Historiographie der Reformzeit zu sehen, eine fruchtbare Lektüre für jeden, der sich in wissenschaftlicher Weise mit der Thematik befaßt.

Münster/W.

Peter Burg

MARTHA SCHAD, *Stadtführer Augsburg. Mit Fotografien von HELMUT MÜLLER, Bindlach: Gondrom 1990, 183 S., DM 12,80.*

Warum der Verlag dem äußeren, lackierten Farbumschlag den Autorennamen vorenthalten hat, bleibt dem Rezensenten unerfindlich. Der Stadtführer stammt von Martha Schad, die mit ihrer Dissertation über die Fugger-Frauen die oberdeutsche Dynasten- und Alltagsgeschichte auf beste bereichert hat. Jetzt also halten wir den aus ihrer Feder stammenden Augsburger Stadtführer in der Hand, ein schmales, gut und flexibel gebundenes Bändchen, nach dem man sich vor zwei, drei Generationen die Hände gerieben hätte. Die von Helmut Müller besorgten Aufnahmen sind ganz vorzüglich, keine Effekthascherei und keine Verspieltheit, die Marburger Schule, wenn auch wahrscheinlich unbewußt, schlägt durch: die Kirchtürme, die Kirchentüren, die Fresken, die Gassenbilder und so weiter sollen instruktiv abgebildet sein, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Aufnahmetechnik läßt kaum etwas zu wünschen übrig – nur der Goldene Saal, der wiederhergestellt, war anscheinend zu golden –, und das Papier ist trotz der Farbfotos matt geblieben: endlich kann man einmal einen Bildband auch wieder lesen!

Die Verfasserin hat sich mit ihrem Text dieser sozusagen klassischen Bildwiedergabe angeglichen: auch ihre Sprache enthält sich der gängigen Fremdenführer-Superlative, gibt fürs erste Daten und Fakten, aber informiert dann auch mit Wertungen und nicht ohne die Verklammerung mit den größeren kunst- oder sozialgeschichtlichen Zusammenhängen. Die im Faltpapier angegebenen blauen Nummern verweisen auf die Beschreibung der Sehenswürdigkeiten des Stadtrundgangs. Er ist dadurch gewissermaßen in Szene gesetzt und didaktisch aufbereitet, daß in diesen Stadtrundgang auch der »Augsburger Handwerkerweg« integriert wurde, »der in seiner Art einmalig ist in Deutschland. Der Besucher erlebt historisches Handwerk in Betrieben, die noch heute Bestandteil der gewachsenen Struktur des Lech- und Ulrichviertels sind.« Ich meine, derlei unmittelbare und noch (oder wie-

der) lebendige Begegnung mit der eigenen Tradition, die ich in dieser Art auch im Westen der USA erlebt habe, ist eine nützliche und auch in seriöserer Perspektive verantwortbare, ja empfehlenswerte Sache.

Stuttgart

Otto Borst

INGE HABIG / KURT JAUSLIN, *Der Auftritt des Ästhetischen. Zur Theorie der architektonischen Ordnung, Frankfurt a.M. Fischer 1990, 232 S., DM 19,80.*

In einer Zeit, da sog. moderne funktionale Architektur zu einer besonderen Form der Umweltzerstörung beiträgt, scheint eine Besinnung auf eine »Theorie der architektonischen Ordnung« ange-raten. Was hier jedoch geboten wird, sind bilderlose Ausführungen zu Theorien über Architektur, nicht aber eine Theorie selbst.

Zwar stehen die Autoren der modernen Architektur kritisch gegenüber, und ein Teil ihres Vokabulars ist der kritischen Gesellschaftstheorie, der »Dialektik der Aufklärung« (Horkheimer/Adorno) entlehnt; aber der kritische Impuls erschöpft sich in schöngestigen Anmerkungen, dringt nicht vor zu einer Fragestellung, die einen Zusammenhang zwischen Architekturformen und Sozialverfassung oder gar Sozialcharakter sichtbar machte. Allein eine solche Fragestellung könnte den Untertitel »Theorie der architektonischen Ordnung« rechtfertigen. Dazu hätten sich die Autoren allerdings in ganz anderer Weise in Baugeschichte, Archäologie, Ethnologie, Mythenforschung, Wirtschafts- und Religionsgeschichte vertiefen müssen. Ihr philosophischer Ansatz bleibt abstrakt.

Daran ändert auch Jauslins Versuch nichts, sich zur Veranschaulichung des »Auftritts des Ästhetischen« (S. 198) auf das Märchen vom Allerleirauh zu beziehen. Wer das Märchen kennt, weiß, daß hier die Verkleidung, das Häßlichmachens, der Tarnung inzestuöser Wünsche dient. Auf dieses Hauptmotiv geht Jauslin aber kaum ein, weil er eine bestimmte These durchziehen will: »Allerleirauh verkörpert im Widerspruch zu allen Zwängen die Kraft der Vorstellung, der

Imagination, die, sofern sie ästhetisch wirksam wird, die aus der Kausalität resultierenden Notwendigkeiten allesamt zunichte macht.« (S. 165) Allerleirauh bleibt freilich, wenn man die Botschaft des Märchens ernst nimmt, in der »Kausalität« gefangen: Sie gibt den Inzestwunsch nicht auf und heiratet ihren Vater. Ihre »Imagination« besteht darin, sich einerseits unkenntlich zu machen, indem sie sich häßlich macht, andererseits aber Erkennungszeichen für den Vater zu bewahren, daß ihre sexuelle Verbindung schließlich doch zustande kommt. Was dieses Häßlichmachen mit modernen Architekturformen zu tun hat, könnte Anlaß zu ganz anderen Gedankenassoziationen geben, als Jauslin sie anstellt. Auch das ist ein Theorieproblem: aus der Fülle möglicher Gedankenverknüpfungen diejenigen herausgreifen, die für die bestehende Wirklichkeit von Gewicht sind.

Von Gewicht für jede Theorie ist die jeweilige gesellschaftstypische Lösung des Inzestproblems, der Festlegung unseres Fühlens und Denkens auf das unserer Eltern, immer. Gibt Musil hier mit seinem »Mann ohne Eigenschaften«, der seine Schwester Agathe liebt, nicht zeitgemäßere Hinweise als Allerleirauh? Loos, einer der bedeutendsten Wegbereiter der architektonischen Moderne, war Zeitgenosse und Landsmann von Musil. Er bezeichnete »Ornament als Verbrechen«. Stehen die Ornamente in der Architektur für die verpönten »Partialtriebe«, wie mein ehemaliger Kollege vom Sigmund Freud Institut, Alfred Lorenzer, postulierte? (Architektur als Ideologie, 1968) Oder steht das »Weiße, Glatte, Helle«, das die Moderne in der Architektur ästhetisierte, bis es zum grauenhaften Schema wurde, für die anti-analen Reaktionsbildungen, wie sie von der bürgerlichen Hygienebewegung erzwungen wurden? Und was hat das mit der heutigen Eltern-Kind-Beziehung zu tun, in der wie in jeder bisherigen Generation das Inzestmotiv lebendig wird? Das wären konkrete theoretische Fragestellungen, auf die es aber in dem feingeistigen Assoziationsgeflecht der beiden Autoren keine Antwort gibt.

Berlin

Heide Berndt

CHRISTIANE KEIM, *Städtebau in der Krise des Absolutismus, Die Stadtplanungsprogramme der hessischen Residenzstädte Kassel, Darmstadt und Wiesbaden zwischen 1760 und 1840 (Studien zur Kunst- und Kulturgeschichte 7)*, Marburg: Jonas 1990, 125 Abb., 175 S., geb. DM 38,-.

Im Mittelpunkt der Veröffentlichung hätte man an sich nach der programmatischen Überschrift (»Städtebau«) eine umfassende, unter kunsthistorischem Aspekt stehende Darstellung der baulich-räumlichen Entwicklung der drei zu untersuchenden hessischen Residenzstädte Kassel, Darmstadt und Wiesbaden erwartet; genau dieser zentrale Teil der Untersuchung fällt aber leider inhaltlich wie auch vom Umfang her eher dürftig aus und kommt kaum über eine kurze Beschreibung der abgebildeten historischen Pläne hinaus. Dennoch muß man natürlich positiv anmerken, daß in der Einleitung eine kurze Einordnung der drei Fallbeispiele in die im inländischen wie europäischen Umfeld stattgefunden habende Entwicklung geleistet wird.

In dem Hauptteil der Arbeit skizziert die Autorin den zur Aufstellung der gezeigten Stadterweiterungspläne führenden Vorgang und berichtet über die praktische Umsetzung der Pläne durch die Verwirklichung von meist repräsentativen Bauten. Interessant ist die dabei auftretende Verlagerung des städtischen Schwerpunktes von der wenig repräsentativen und an sich zur Sanierung anstehenden Altstadt hin zur neu errichteten Vorstadt und enge Verbindung von städtebaulicher Planung und der Entwicklung neuer und jeweils für einzelne Straßenzüge charakteristischer Wohnhaustypen.

Vermißt wird vor allem ein tieferes Eingehen auf die politischen und sozialen Randbedingungen der analysierten Entwicklungen, so zum Beispiel auf die gewollte Ansiedlung der Hugenotten in Kassel in der doch wohl bewußt vom Bestand abgetrennt und streng nach dem Rasterprinzip entworfenen Oberen Neustadt. Bei einer mittelalterlichen Altstadt wie der Kassels und einer danebengestellten Hugenotten-Neustadt eine organische Verbindung überhaupt zu erwar-

ten, fällt schon schwer; der an sich meist als gelungen empfundenen Planung von du Ry dieses Fehlen als Mangel anzukreiden, muß wohl auf einer streng kunsthistorischen Sichtweise beruhen und ist entsprechend kaum planerisch nachvollziehbar. Auch die beiden folgenden kurzen Abrisse zu Darmstadt und Wiesbaden sind nicht ganz unumstritten, zumal wegen der wesentlich zu kurzen Abhandlung der Entwicklung der Alten Vorstadt von Darmstadt und sich eingeschlichen habender kleinerer Ungenauigkeiten.

In der vorliegenden Untersuchung werden die »Planungen S. L. du Ry's für Kassel, Zais' für Wiesbaden und Mollers für Darmstadt... auf diese Weise wie eine Art ›land art‹ abgehandelt« (HOFFMANN-AXTHEIM 1990): Bildlich anschaulicher kann man die Kritik an der vorliegenden Arbeit nicht fassen.

Über diesen Mangel in der städtebaulichen Aufarbeitung kann auch nicht die auf den »Hauptteil« folgende ausführliche Darstellung einzelner wichtiger Bauwerke wie des Friedricianums von Kassel und des Darmstädter Hoftheaters hinweghelfen; eher wird mit dem Blick auf die gesamtstädtische Entwicklung der kunsthistorisch sicherlich fundiertere Teil der als Dissertation erfolgreich eingereichten Arbeit als etwas bedrückend empfunden.

Kassel

Ronald Kunze

GERT GRÖNING / JOACHIM WOLSCHKE-BULMAHN, *Von der Stadtgärtnerei zum Grünflächenamt. 100 Jahre kommunale Freiflächenverwaltung und Gartenkultur in Hannover (1890–1990)*, Berlin: Patzner 1990, Abb., 183 S., DM 78,-.

So ist der vorliegende Band betitelt, in dem Gert Gröning und Joachim Wolschke-Bulmahn am Beispiel Hannover die Geschichte der kommunalen Freiflächenverwaltung unter verwaltungsrechtlichen, grünflächenpolitischen und (garten-)kulturgeschichtlichen Aspekten aufarbeiten.

Die Notwendigkeit, kommunale Gartenverwaltungen aufzubauen, ergab sich in Deutschland im Zuge des durch die Industrialisierung be-

dingten Städtewachstums mit seinen hohen Baukosten und dem Aufsaugen bestehender Grünflächen vor der alten Stadt einerseits und der langsamen, aber stetigen Ablösung feudaler Gartenhoheit andererseits. Dieser Prozeß setzte Mitte des 19. Jahrhunderts ein; dementsprechend wurden die ersten kommunalen Gartenämter in Köln (1850), Lübeck (1855), Mainz (1860), Berlin (1870), Aachen (1882) und – eben auch – Hannover (1890) eingerichtet. Dabei standen zunächst die Freiflächeninteressen des Bürgertums, die sich in Villengärten, städtischen Schmuckplätzen und Parkanlagen widerspiegelten, im Vordergrund. Zunehmend artikulierten sich aber auch »proletarische Freiflächeninteressen« und fanden in Kleingärtenanlagen und Sportplätzen ihre Form. Zusammen mit der Säkularisierung des Friedhofwesens waren somit die Aufgabenbereiche kommunaler Gartenverwaltungen abgesteckt.

In Hannover kam es 1890 mit der Einsetzung des neuen Stadtgärtners J. Trip zur Einrichtung einer eigenständigen, von der Bauverwaltung losgelösten Organisationseinheit Gartenverwaltung. Gleichzeitig wurde im Magistrat ein »Ausschuß für die städtischen Anlagen der königlichen Haupt- und Residenzstadt Hannover« gebildet, der eng mit der Verwaltung zusammenarbeitete.

Die Darstellung der Entwicklung des Grünflächenamtes als eigenständige Organisationseinheit der Stadtverwaltung Hannovers widmen die Autoren nahezu 70 Seiten des Bandes: Aufgearbeitet werden die Organisationsstruktur, der Personalbestand und die Finanzausstattung der Behörde, dazu gärtnerische Arbeitstechniken und Arbeitsumfang im Freiflächenbereich. In diesen relativ trockenen Verwaltungsdetails widerspiegeln sich aber auch grünflächenpolitische und gartenkulturgeschichtliche Prioritätsänderungen der letzten 100 Jahre.

Im zweiten Teil des Bandes werden dann »Spezifische Aspekte Hannoverscher Freiflächenpolitik« näher untersucht und dargestellt. Dabei geht es etwa um historische Kontinuität und Wandel von Bürgerbeteiligung in Ausschüssen und Kommissionen, von Planung und Anlage von Kinderspielplätzen, bei der Gestaltung öf-

fentlicher Plätze, des Kleingartenwesens, der Landschaftsplanung und der von Naherholungsgebieten, der Gestaltung der 1. Bundesgartenschau 1951 und der kommunalen Gartendenkmalpflege, die besonders für Hannover mit seinen großen, ehemals feudalen Gärten, Park- und Alleenanlagen bedeutsam ist. Dabei betonen die Autoren an verschiedenen Stellen nachdrücklich den sozialen Charakter städtischer Freiflächenpolitik, den sie als Teil kommunaler Daseinsfürsorge hervorheben. Allerdings tritt der Auftragscharakter des Bandes an verschiedenen Stellen überdeutlich hervor, insbesondere in den wiederholten Forderungen nach besserer Fi-

nanz- und Personalausstattung der Behörde, dem Hervorheben der Leistungskraft der Verwaltung und ihrer Mitarbeiter sowie der Bürgernähe in der Verwaltungstätigkeit und politischer Entscheidungsfindung.

Eine schmale Dokumentation und ein Anhang vervollständigen den Band, der im wesentlichen mangels kritischer Auseinandersetzung doch den Charakter einer Festschrift besitzt und der Selbstdarstellung sozialdemokratischer Grün- und Freiflächenpolitik dient.

Bad Münstereifel

W. R. Albrecht

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Prospekte der »Alten Stadt« und des Verlags W. Kohlhammer GmbH bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.



**Deutscher
Gemeindeverlag**

Denkmalschutz – Denkmalpflege

<p>Ernst-Rainer Hönes Denkmalrecht und Dorferneuerung Eine praxisbezogene Abhandlung zur Erhaltung des ländlichen Raumes 1988. Format DIN A 5. Kartoniert. 228 Seiten. DM 49,80. ISBN 3-555-00777-7</p>	<p>Memmesheimer/Upmeier/Schönstein Denkmalrecht in Nordrhein-Westfalen Kommentar 2., neubearbeitete und erweiterte Auflage 1989. Format DIN A 5. Kunststoffumschlag. 560 Seiten. DM 149,-. ISBN 3-555-30269-8</p>
<p>Ernst-Rainer Hönes Die Unterschutzstellung von Kulturdenkmälern Das denkmalrechtliche Schutzverfahren und das Rechtsschutzsystem 1987. Format DIN A 5. Kartoniert. 348 Seiten. DM 39,-. ISBN 3-555-00724-6</p>	<p>Ernst-Rainer Hönes Denkmalschutz und Denkmalpflege in Rheinland-Pfalz Kommentar für die Praxis Format DIN A 5. Kartoniert. 224 Seiten. DM 86,-. ISBN 3-555-45074-3</p>
<p>Gebefler/Eberl Schutz und Pflege von Baudenkmalern in der Bundesrepublik Deutschland Ein Handbuch Format DIN A 5. 496 Seiten mit zahlreichen Zeichnungen und Fotos. Leinen. DM 96,-. ISBN 3-17-004987-9</p>	<p>Eberl/Martin/Petzet Bayerisches Denkmalschutzgesetz Kommentar 4., neubearbeitete und erweiterte Auflage 1991. Format DIN A 5. Kartoniert. Ca. 380 Seiten. Ca. DM 124,-. ISBN 3-555-50094-5</p>
<p>Dörfeldt/Viebrock Hessisches Denkmalschutzrecht Kommentar 2., neubearbeitete und erweiterte Auflage 1991. Format DIN A 5. Kartoniert. Ca. 310 Seiten. Ca. DM 108,-. ISBN 3-555-40132-8</p>	<p>Für das Dorf Gestaltung des ländlichen Lebensraumes durch Dorfentwicklung Stellungnahme des Fachbeirats für Dorfentwicklung des Instituts für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung 1983. Format 16,5 x 24 cm. Kartoniert. 212 Seiten. DM 25,- (Mengenpreise). ISBN 3-555-00570-7</p>

Ergänzend zu unseren Fachbüchern liefern wir unser umfassendes Formularsortiment. Bitte Sonderprospekt anfordern!



**Deutscher
Gemeindeverlag** Postfach 40 02 63 Tel. (0 22 34) 10 60
5000 Köln 40 Fax (0 22 34) 106-284

18. Jahrgang

4/91

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Stadt – Energie – Umwelt: Schnittstelle Infrastruktur

Dieter Schott u.a.

Wege städtischer Elektrifizierung

Matthias Gather

Hundert Jahre Müllnotstand
in Frankfurt am Main

Karl Christian
Schäfer

Kommunale Gaswerkkontrolle
in Krefeld vor 1914

Johann Paul

Rheinverschmutzung
in Köln und Leverkusen

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt, Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht, Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711) 282683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 124,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 97,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 32,50 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

**Stadt – Energie – Umwelt:
Schnittstelle Infrastruktur**

EDITORIAL	317
SIEGFRIED BUCHHAUPT / WALTER HOCHREITER / DIETER SCHOTT, Von der Blockstation zum Großkraftwerk. Wege städtischer Elektrifizierung im Rhein-Main-Neckarraum	321
MATTHIAS GATHER, Hundert Jahre Müllnotstand. Der lange Weg wiederkehrender Ratlosigkeit in Frankfurt am Main	358
KARL CHRISTIAN SCHAEFER, Wußten sie, was sie tun? Die Kontrolle der Krefelder Stadtverordneten über das kommunale Gaswerk vor 1914	370
JOHANN PAUL, Die Rheinverschmutzung in Köln und Leverkusen im 19. und 20. Jahrhundert	385
 SANIERUNGSBERICHT	
NORBERT KOCH, Altstadtsanierung: zum Beispiel Plauen	403
 DIE AUTOREN	
 420	
 BESPRECHUNGEN	
<i>Stadtgeschichte</i>	
DAS RUHRGEBIET IM INDUSTRIEZEITALTER, hrsg. von Wolfgang Köllmann u.a. (Wolfgang R. Krabbe)	421
PETER GRAFE / BODO HOMBACH / GERD MÜLLER (Hrsg.), Mülheim an der Ruhr (Ludger Grevelhörster)	422
 <i>Städtische Sozial- und Gesellschaftsgeschichte</i>	
ANDREA DIRSCH-WEIGAND, Stadt und Fürst in der Chronistik des Spätmittelalters (Gudrun Gleba)	423
MARTINA REILING, Bevölkerung und Sozialtopographie Freiburgs i. Br. im 17. und 18. Jahrhundert (Peter Burg)	424

Architektur und Städtebau

- THEO VAN DOESBURG, Über Europäische Architektur (*Ronald Kunze*) 425
- ERICH MENDELSON, Amerika. Bilderbuch eines Architekten (*Ronald Kunze*) 426
- ERICH MENDELSON, Rußland – Europa – Amerika. Ein architektonischer Querschnitt
(*Ronald Kunze*) 427
- MARIA BERNING / MICHAEL BRAUM / ENGELBERT LÜTKE DALTRUP, Berliner Wohnquartiere
(*Dirk Schubert*) 428

Freiraumplanung, Gartenkunst

- JOACHIM WOLSCHKE-BULMAHN, Auf der Suche nach Arkadien (*Bernd Kleinhaus*) 429
- VALENTIN HAMMERSCHMIDT/JOACHIM WILKE, Die Entdeckung der Landschaft
(*Dorothee Nehring*) 430

Editorial

Stadt – Energie – Umwelt: Schnittstelle Infrastruktur

»Klimakatastrophe«, »Waldsterben«, »Verkehrsinfarkt«, »Bodenverseuchung«, »Wassernot«, alle diese düsteren Problemszenarios, die vor Jahresfrist noch die Schlagzeilen der Medien bestimmten, sind angesichts der Urgewalt der politischen Ereignisse (Golfkrieg, Osteuropa) plötzlich völlig von der Bildfläche der Medienöffentlichkeit verschwunden. In Kontrast mit dem Schreckensbild des real kollabierten »Sozialismus« leben wir doch in der besten aller möglichen Welten!? Und dennoch, wenn wir nicht bald und in globaler Perspektive den Blick wieder auf die eingangs angerissenen Fragen richten, wird der Triumph von Demokratie und Marktwirtschaft letztlich in Verzweiflung über die Unfähigkeit oder Unwilligkeit der führenden Staaten der Erde münden, die Überlebensfragen der Gattung Mensch anzugehen.

Sieht man sich die Probleme und die vorliegenden Lösungsvorschläge und Strategie-Entwürfe genauer an, so stößt man immer wieder auf einen neuralgischen Punkt: die Schnittstelle zwischen Mensch und Natur im Hinblick auf Versorgung mit den lebensnotwendigen Ressourcen (Wasser, Energie) und der Ent-Sorgung der Abfallprodukte der Menschen (und Tiere) in einer das Zusammenleben in dicht bevölkerten Räumen nicht gefährdenden Art und Weise. Diese Schnittstelle ist seit rund hundert Jahren materiell repräsentiert durch die komplexen Systeme technischer Ver- und Entsorgungsinfrastruktur mit Netzform und Monopolcharakter.¹ Politisch liegt in ihrer Existenz der zuerst von den Kommunen formulierte Anspruch, für den einzelnen Stadtbürger, der dazu in der urbanen Lebenswelt nicht mehr in der Lage war, »Daseinsvorsorge« zu leisten, und so auf städtischer Ebene Vorformen des Sozialstaats zu entwickeln. Soziokulturell bedeutete die Etablierung dieser »Schnittstelle« ein Dazwischentreten vermittelnder Sachsysteme in den Stoffwechsel Mensch – Natur, wodurch zwar einerseits die Naturnutzung in gewisser Weise geordnet und reguliert wurde, andererseits jedoch die sinnliche Wahrnehmung der Voraussetzungen, Formen und Folgen menschlicher Naturnutzung weitgehend unterbunden wurde. Konkret: Wer zu Hause den Wasserhahn aufdreht, kann in der Regel erwarten, daß ausreichend und gesundheitlich einwandfreies Wasser fließt. Er wird sich jedoch kaum Gedanken machen, woher dieses Wasser kommt, wie es behandelt wurde und welche

¹ Zur Entstehung der technischen Infrastruktur vgl. *D. Schott / H. Skroblied*, Die ursprüngliche Vernetzung. Die Industrialisierung der Städte durch Infrastrukturtechnologien und ihre Auswirkungen auf Stadtentwicklung und Städtebau, in: *Die alte Stadt* 14 (1987), S. 72–99.

Energie gebraucht wird, um das Wasser in die Wohnung zu pumpen. In der vorindustriellen Wasserversorgung ist dagegen der Zusammenhang von Umweltverschmutzung und Wasserqualität nachvollziehbar; das Beschaffen von Wasser kostet Kraft und Zeit. Dies bedeutet natürlich nicht, daß eine vorindustrielle Versorgungswirtschaft frei von Naturausbeutung wäre, die ökologisch katastrophalen Folgen der Holzwirtschaft in vielen Ländern der Dritten Welt bezeugen das Gegenteil. Aber dennoch ist der zunehmende Mangel an Ressourcen hier sinnlich in Form weiterer Wege, der Versteppung der Böden und anderen Phänomenen wahrnehmbar, während im technisch vermittelten Stoffwechsel Knappheit sich nur im Preis ausdrückt. Naturnutzung wird daher zu einer Ware wie andere auch.

Daß die technische Infrastruktur in einem umfassenden Sinn, also nicht nur als Netzwerk von Rohren und Leitungen, sondern auch als Komplex von Einstellungen, Erwartungen und Konsummustern, derzeit wieder in die Diskussion kommt, hat eine ganze Reihe von Gründen:

1. Die »alte« Infrastruktur ist hochgradig reparaturbedürftig. »Die Zeitbombe tickt im Untergrund« überschrieb die »Süddeutsche Zeitung« 1989 einen alarmierenden Bericht über den katastrophalen Zustand des Abwasser-Kanalnetzes in der Bundesrepublik. Die Kosten für eine umfassende Sanierung des Kanalnetzes werden bis zum Jahr 2000 auf 50–100 Milliarden DM geschätzt.² Die Vereinigung mit der Ex-DDR dürfte diese Schätzung mittlerweile längst überholt haben, die Horror-Meldungen über den Zustand der öffentlichen Infrastruktur in den neuen Bundesländern lassen den Finanzbedarf für Sanierungsmaßnahmen in unvorstellbare Größenordnungen wachsen.

2. Die Anlaufschwierigkeiten in den neuen Bundesländern, etwa im Bereich der Telekommunikation oder des Verkehrswesens, machten schlaglichtartig deutlich, wie abhängig eine hochintegrierte und arbeitsteilige Volkswirtschaft von einer leistungsfähigen technischen Infrastruktur immer noch ist. Auch wenn es in Teilbereichen Substitutionsmöglichkeiten gibt (Telefon per Satellit), so bleibt im ganzen die Bindung der Infrastruktur an reale funktionsfähige Netze ein wesentlicher Faktor.

3. Die Konflikte über den Stromvertrag in den neuen Bundesländern zwischen der Treuhand-Anstalt, den westdeutschen Energieversorgungs-Unternehmen und zahlreichen ostdeutschen Städten verweisen auf Abgrenzungen zwischen Städten und Stadtwerken und der Elektrizitätswirtschaft, wie sie sich in Westdeutschland über die letzten Jahrzehnte herausgebildet haben. Auch wenn die Forderungen der ostdeutschen Städte vor allem durch die Hoffnung auf Gewinne aus dem Stromgeschäft für die Stadtfinanzen motiviert sind, so dürfte dennoch der strategische Stellenwert einer Kontrolle über das städtische Verteilungsnetz mittlerweile deutlich geworden sein.³

² Süddeutsche Zeitung v. 29./30. 7. 1989, Nr. 172, S. 33.

³ In einigen Fällen versuchen westdeutsche Kommunen, das Auslaufen der Konzessionsverträge mit

4. Die vorhandene Infrastruktur in materieller wie immaterieller Hinsicht (Gesetze, Vorschriften) erweist sich immer wieder als gravierendes Hindernis für Kommunen, die eine dezidiert ökologische Energie- und Umweltpolitik betreiben wollen. So erschwert etwa die Mischkanalisation Versuche, nur geringfügig verschmutztes Wasser in Brauchwassersystemen zu nutzen, sehr erheblich; die Kosten eines grundlegenden Umbaus dieser Infrastrukturen sind faktisch prohibitiv.

5. Ein Großteil der heute auftauchenden ökologischen Probleme besteht in der Bewältigung von Altlasten, u. a. solchen, die Resultate früherer Problemverlagerung anstatt Problemlösung mittels technischer Infrastruktur darstellen. In dem Maß, wie die Städte durch Kanalisation sauberer wurden, verdreckten die Flüsse; die reinere Luft in den Städten wurde letztlich auch mit dem Waldsterben aufgrund flächendeckender Verteilung der Schadstoffe mittels hoher Schornsteine bezahlt.

6. Eine neue, qualitativ andere Generation von Infrastruktur im Bereich der Informations- und Kommunikations-Techniken wird derzeit, wieder zuerst in den Städten, implementiert. Im Gegensatz zur Entfaltung der traditionellen Infrastruktur haben die Städte praktisch keine Steuerungs- und Mitwirkungschancen in diesem Prozeß, obwohl zumindest mittelfristig recht erhebliche raumstrukturelle Wirkungen von der informationstechnischen Vernetzung erwartet werden.

Für die aktuelle Thematisierung von Infrastruktur als Schnittstelle im Verhältnis Stadt – Umwelt dürften Rückblicke wie die hier im Heft versammelten auf die Genese der technischen Infrastruktur durchaus hilfreich sein. Denn diese Beiträge, die ihren zeitlichen Schwerpunkt Ende 19./Anfang 20. Jahrhundert haben, zeichnen den Aufbau der technischen Infrastruktur nicht bloß als Erfolgsgeschichte einer selbstbewußten und verantwortungsvollen Kommunalbürokratie oder eines innovativen und kreativen Ingenieurstands in der Bewältigung aktueller Mißstände der rasch wachsenden Städte. Ihnen geht es auch darum aufzuzeigen, wie in der zeitweisen Problemlösung, etwa in der Abwasserfrage oder der Müllentsorgung, im Kern bereits wieder neue gravierende Umweltmißstände angelegt waren. So zeigt Mathias Gather überzeugend am Beispiel des Frankfurter Raums, wie durchgängig die Präferenz der Kommunalpolitiker für zentralisierende großtechnische Lösungen, etwa die Müllverbrennung, war; andere Lösungen, wie die Müllsortierung wurden – obwohl auch damals schon artikuliert – kaum verfolgt und weiterentwickelt. Oder wenn Karl Christian Schaefer am Beispiel des Krefelder Gaswerks die Möglichkeiten und Grenzen realer kommunalpolitischer Kontrolle über einen städtischen Gewerbebetrieb untersucht und diese eher skeptisch beurteilt, so vermag dies der oftmals ideologischen Debatte

den EVUs zur Übernahme der Netze zu nutzen, um damit ihre eigene, auf Energiesparen ausgerichtete Tarifpolitik betreiben zu können. Als Musterbeispiel einer kommunalen Energiepolitik wird häufig Rottweil angeführt. Vgl. z. B. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 29. 8. 1991, S. 40: »Ein Verlustgeschäft ist nicht zu befürchten. Taunusstein und Niedernhausen erwägen Alleingang in der Energieversorgung«.

um Privatisierung oder Kommunalisierung eine Wendung hin zu stärker qualitativ orientierten Fragen zu geben: Nicht die kommunale Kontrolle als solche ist entscheidend, sondern der Zielhorizont, in dem eine solche Kontrolle stattfindet. Die immer wiederkehrenden Mechanismen der Verharmlosung, Vertröstung oder Verzögerung, die Johann Paul in seiner Studie über die Rheinverschmutzung bei Köln aufzeigt, münden letztlich nach wie vor aktuell an, genau wie die historischen Debatten über Belastbarkeit, Selbstreinigungskraft und Grenzwerte, die er nachzeichnet.

Buchhaupt, Hochreiter und Schott geht es schließlich in ihrem Vergleich der Elektrifizierungsprozesse in Darmstadt, Mainz und Mannheim darum, die Elektrifizierung als einen in den ersten Jahrzehnten durchaus lokal spezifischen, vom konkreten Kontext und den jeweiligen lokalen Bedingungen und Konstellationen von Akteuren abhängigen Prozeß darzustellen. Eine solche Interpretation hat natürlich auch Konsequenzen für die Einschätzung von Handlungsspielräumen in der Gestaltung aktueller Innovations- und Diffusionsprozesse.

Nicht ganz zufällig gehen drei der vier Beiträge ursprünglich aus Forschungsprojekten hervor, die im Rahmen des DFG-Schwerpunkt-Programms »Die Stadt als Dienstleistungszentrum« gefördert wurden. Auch wenn eine abschließende Auswertung der Ergebnisse dieses Schwerpunkt-Programms noch aussteht, kann man wohl jetzt schon feststellen, daß das Schwerpunkt-Programm mit seiner interdisziplinären Ausrichtung der historisch orientierten Stadtforschung wesentliche Impulse gegeben hat und es wäre sehr bedauerlich, wenn die Förderung der so entstandenen Arbeitsansätze und Schwerpunkte ohne Fortsetzung bleiben würde, zumal gerade die deutsche Vereinigung eine interdisziplinäre historische Stadtforschung mit einer Fülle reizvoller und letztlich hochaktueller Themen herausfordert.

Oktober 1991

Helmut Böhme / Dieter Schott

Siegfried Buchhaupt / Walter Hochreiter / Dieter Schott

Von der Blockstation zum Großkraftwerk

Wege der städtischen Elektrifizierung im Rhein-Main-Neckarraum

I. Einleitung – II. Die Residenz und der Fortschritt: Darmstadts Elektrifizierung – III. Die Elektrifizierung von Mainz. Ein Beitrag zur Überwindung des »Tiefs« im 19. Jahrhundert – IV. Regionale Energieplanung oder Großraumverbund? Mannheimer Elektrizitätsversorgung in den zwanziger Jahren – V. Fazit

I. Einleitung

Als im November 1885 der Beigeordnete Riedlinger in der Darmstädter Stadtverordneten-Versammlung den Antrag stellte, man möge die Errichtung einer »Centralstation für elektrische Beleuchtung« prüfen, war die elektrische Beleuchtung noch eine revolutionäre und viel bejubelte Errungenschaft in diesen von technischem Fortschritt so faszinierten Zeiten. Erst vier Jahre zuvor hatte Edison in Paris sein Beleuchtungssystem der europäischen Öffentlichkeit vorgestellt, mit dem das elektrische Licht nun auch in die Wohnungen und Innenräume Einzug halten konnte. Und in Berlin, der Metropole industriell-technischen Fortschritts im Reich, war erst 1884 eine Zentralstation in der Markgrafenstraße eingerichtet worden, die Abnehmer in den besten City-Lagen Berlins mit Strom versorgte. Von daher mag zunächst erstaunen, daß Darmstadt als mittlere Residenzstadt mit rund 50 000 Einwohnern¹ – geprägt vom großherzoglichen Hof mit vielen Beamten und Pensionären und wenig größerer Industrie – so weit an der Spitze technisch-infrastrukturellen »Fortschritts« marschierte. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Städten, wo auch Überlegungen stattfanden,² wurde in Darmstadt die Perspektive einer öffentlichen Elektrizitätsversorgung tatsächlich innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums auch realisiert.

Wieso gerade Darmstadt und nicht Dortmund oder Duisburg, wo die Schloten doch viel heftiger qualmten und die Dynamik der Hochindustrialisierung wesentlich stärker spürbar war? Frühe Elektrifizierung – so eine erste These – war kein Reflex auf industrielle Wachstumsdynamik, auf drängenden wirtschaftlichen Bedarf, sondern war ein Innovationsprozeß, in dem politische, wirtschaftliche, kulturelle und technisch-

¹ Mit dem erst 1888 eingemeindeten Vorort Bessungen 51.302. Vgl. E. Wiest, Stationen einer Residenzgesellschaft. Darmstadts soziale Entwicklung vom Wiener Kongreß bis zum Zweiten Weltkrieg (1815–1939), Darmstadt 1978, S. 33. Zur Stadtgeschichte Darmstadts vgl. E. Franz, Vom Biedermeier in die Katastrophe des Feuersturms, in: F. Battenberg u. a., Darmstadts Geschichte. Fürstenresidenz und Bürgerstadt im Wandel der Jahrhunderte, Darmstadt² 1984.

² Insbesondere im Hinblick auf die Feuersicherheit von Theatern, ein zentrales Problem nach dem verheerenden Brand im Wiener Ringtheater 1881, beschäftigten sich viele mittlere und größere Städte mit der Elektrifizierung, etwa auch Mannheim und Mainz im Jahr 1886.

wissenschaftliche Faktoren vielfältig zu Konstellationen von Akteuren und Motivationen verflochten waren. Diese Konstellationen waren bis zu einem gewissen Grad vor allem lokal spezifisch, denn der Handlungsraum der frühen Elektrifizierung war die Stadt: in ihr wurden zuerst Elektrizitätswerke und Verteilungsnetze gebaut, die es ermöglichten, die spezifische Überlegenheit der Elektrizität gegenüber anderen Energieformen zu entfalten: Als universal verwendbare »Zwischenenergie« wird sie mittels einer ersten Energieumwandlung aus mechanischer Energie gewonnen und am Verwendungsort in die gewünschte Energieform (Licht, Kraft, Wärme) umgewandelt. Allerdings traf die Elektrizität auf ein mit Konkurrenztechnologien bereits besetztes Feld: in der Wohnraumbeleuchtung vor allem die billige und flexible Petroleumlampe, in bürgerlichen Haushalten teilweise das im Gebrauch nicht unproblematische Gaslicht. Für den Motorenantrieb gab es neben der traditionellen Wasserkraft Dampfmaschinen, Verbrennungsmotoren (Gas, Benzin), aber auch Druckluftsysteme. Wollte sich die Elektrizität gegen diese Konkurrenztechnologien durchsetzen, so mußte neben den unbezweifelbaren Vorteilen (Helligkeit des Lichts, kaum Erwärmung, sofortige Verfügbarkeit der Energie, Bedienungsfreundlichkeit) aber auch der Preis der Energie in etwa mit dem der Konkurrenztechnologien vergleichbar sein. Der einzige Weg dahin führte über die Verknüpfung zentraler Energieerzeugung mit dezentralisiertem Energieverbrauch in einem Netzwerk, eine Perspektive, die Anfang der 1880er Jahre formuliert wurde und die auch im System der Gasversorgung ihr betriebswirtschaftlich-technisches Vorbild hatte. Die Realisierung einer solchen »öffentlichen Elektrizitätsversorgung« bedurfte jedoch – auch wenn die Initiative häufig von den Elektrofirmen ausging – der Mitwirkung der Stadt als politischer Körperschaft, zumindest durch die Überlassung der Straßen für den Aufbau des Versorgungsnetzes. Die Kommune wurde somit zum zentralen Akteur, im Feld der Kommunalpolitik fanden letztlich die Weichenstellungen in den ersten 15 Jahren der Elektrifizierung statt. Elektrifizierung, d. h. der Aufbau öffentlicher Elektrizitätswerke und die Einführung des elektrifizierten Nahverkehrs wurde zum Bestandteil der sich formierenden Leistungsverwaltung,³ wobei – wie im folgenden zu zeigen sein wird – die Städte bald auch an ihre Grenzen stießen; Grenzen, die unter anderem in der Bewältigung komplexer technischer Sachverhalte, den Marktstrategien großer Unternehmen, der Ordnungspolitik des zunehmend interventionistischen Staates lagen.

Was waren nun die Erwartungshaltungen, was der Erfahrungshorizont der Kommunalpolitiker gegenüber der neuen und doch etwas mysteriösen Technologie? War man in der Lage, die anstehenden Fragen und Alternativen sachlich angemessen zu be-

³ Zur Leistungsverwaltung vgl. H. Matzerath, »Kommunale Leistungsverwaltung«. Zu Bedeutung und politischer Funktion des Begriffs im 19. und 20. Jahrhundert, in: H. H. Blotevogel (Hrsg.), Kommunale Leistungsverwaltung und Stadtentwicklung im Vormärz bis zur Weimarer Republik, Köln / Wien 1990, S. 3–24.

urteilen, qualifizierte Entscheidungen zu treffen? Welche Vorstellungen hatte man von der zukünftigen Entwicklung der Elektrifizierung, ihrem Stellenwert für Stadtentwicklung, Gemeindefinanzen und Gewerbepolitik? In welcher Weise bediente man sich des technischen Sachverständes von Experten? Inwieweit waren diese selbst Partei bzw. durch persönliche Motive bestimmt? Welche Rolle spielte die elektrotechnische Industrie und ihre Protagonisten? Welche anderen Akteure (Staat) traten im Laufe der Zeit hinzu, veränderten das Handlungsfeld? Inwieweit entfalteten bestimmte technische Optionen eine langfristige, spätere Entwicklungen prägende Wirkungskraft?

Diesen Fragestellungen wird im vorliegenden Aufsatz⁴ am Beispiel der Elektrifizierungsprozesse in Darmstadt, Mainz und Mannheim nachgegangen. Ziel ist dabei nicht, eine parallele Vergleichsanalyse vorzulegen, sondern vielmehr aus den Einzelfällen die Aspekte herauszuarbeiten, die für bestimmte Probleme besonders charakteristisch erscheinen. So steht Darmstadt für eine früh elektrifizierte Stadt, deren Motivation eher in der Aufwertung des kulturellen Renommées der Residenzstadt zu suchen ist, wobei sich die früh getroffene Wahl des Stromsystems im Laufe des späteren Wachstums als problematisch erwies. An Mainz wird besonders der langwierige und eher tastende Planungs- und Entscheidungsprozeß untersucht, der im Kontrast zu den erst im September 1991 veranstalteten Jubelfeiern »100 Jahre Drehstrom« die Systemwahl trotz der spektakulären Drehstromübertragung Lauffen – Frankfurt auf der Elektrizitätsausstellung von 1891 noch für viele Jahre als durchaus offen und kontrovers erweist. Bei Mannheim liegt das Augenmerk – neben der ebenfalls späten Gründung des E-Werks im Kontext kommunaler Industriepolitik – vor allem auf der Herausbildung einer veränderten Akteurskonstellation und Elektrifizierungsperspektive nach 1910, wobei gefragt wird, inwieweit es der Stadt Mannheim durch ihre Beteiligung am Großkraftwerk gelang, in diesem neuen Rahmen der Großenergieerzeugung und Verbundwirtschaft weiter eine gestaltende Rolle zu spielen.

I. Die Residenz und der Fortschritt: Darmstadts Elektrifizierung

Elektrisches Licht für das Darmstädter Theater

Elektrisches Licht hatten die Darmstädter schon bewundert, als Riedlinger seinen Antrag stellte: Am Bahnhof der Main-Neckar-Bahn war im Juli 1885 die elektrische Be-

⁴ Der Text entstand aus dem Forschungsprojekt »Elektrifizierung und Stadtentwicklung in südwestdeutschen Städten 1880–1935« an der Technischen Hochschule Darmstadt, das von Helmut Böhme und Dieter Schott geleitet wird. Das Projekt wird von der DFG im Rahmen des Schwerpunktprogramms »Stadt als Dienstleistungszentrum« gefördert. Kontaktanschrift: Prof. Dr. Helmut Böhme / Dr. Dieter Schott, Institut für Geschichte, FB 2, TH Darmstadt, Residenzschloß, 6100 Darmstadt.

leuchtung des Bahnhofvorplatzes, der Wartehallen, Bahnsteige wie auch der Büros in Betrieb gegangen; die neue Beleuchtung mit 15 Bogen- und 144 Glühlampen verbreitete doppelt so viel Licht wie die alte Gasbeleuchtung, »funktioniert ganz vortrefflich und übertrifft alle gehegten Erwartungen.«⁵

Auch bei einzelnen Industriebetrieben wurde 1885 elektrische Beleuchtung eingeführt.⁶ Darmstadt war aber nicht nur praktisch mit dem elektrischen Licht konfrontiert, sondern auch theoretisch-wissenschaftlich: An der TH Darmstadt war 1882 als der ersten Hochschule im Reich ein Lehrstuhl für Elektrotechnik eingerichtet worden, auf den der gerade dreißigjährige Physiker Erasmus Kittler berufen wurde, der 1882 bei einer Elektrizitäts-Ausstellung in München eine wichtige Rolle als Assistent des technischen Leiters Oskar von Miller gespielt hatte. Bereits 1888 studierte ein knappes Drittel der 279 Darmstädter Studenten Elektrotechnik.⁷ Damit halfen Kittler und die Elektrotechnik der Darmstädter TH aus einer schweren Krise, die um 1880 fast zur Schließung der Hochschule geführt hätte. Kittler begnügte sich nun nicht mit einem zurückgezogenen Gelehrten-Dasein, sondern versuchte aktiv und auf populäre Weise das Interesse an der Elektrizität zu wecken und zu verbreiten. Er formte, was als »Darmstädter Modell« bezeichnet wurde: Die Verknüpfung von Lehre und Forschung mit Beratertätigkeit bei der Projektierung von privaten wie öffentlichen Elektrizitätswerken im ganzen Reich bis hin zur Vermittlung von Absolventen des Darmstädter Studiengangs auf Führungspositionen in diesen so konzipierten E-Werken oder in der entstehenden Elektro-Industrie.⁸ Es war daher nur folgerichtig, daß der Ruf an Kittler erging, an einer Kommission zur Vorbereitung einer elektrischen Zentralstation mitzuwirken.

Im März 1886 erklärte Kittler der mit den Vorarbeiten beauftragten Gasdeputation, »... daß die Stadt bei der vorgeschrittenen und sich immer mehr entwickelnden elektrischen Beleuchtung die Anlegung einer Centralstation nicht versäumen dürfe, um das betreffende Geschäft theils im Interesse ihrer Finanzen, theils in dem der Beleuchtungsbedürftigen selbst, nicht aus der Hand zu geben.«⁹

Im Juni 1887 lag der Stadtverordnetenversammlung ein Bericht¹⁰ vor, der das allgemeine Vordringen der elektrischen Beleuchtung und die Vorzüge des elektrischen

⁵ Darmstädter Tagblatt, 28. 7. 1885 (i. f. abgekürzt als DT); Zahlen nach DT 13. 3. 1885.

⁶ DT 25. 7. u. 13. 11. 1885.

⁷ W. König, Erasmus Kittler und die Frühzeit der Elektrotechnik, (Einführung zu:) Erasmus Kittler, Handbuch der Elektrotechnik. 2 Bde, Stuttgart 1886–90 (Reprint Düsseldorf 1986), S. XV–XLII, hier S. XXXI.

⁸ Der Begriff »Darmstädter Modell« wurde geprägt von W. König, Hochschullehrer und Elektrifizierungsberater Erasmus Kittler, das »Darmstädter Modell« und die frühe Elektrifizierung im Spiegel seiner Briefe aus den Jahren 1888/89, in: Technikgeschichte 54 (1987), S. 1–14.

⁹ HEAG-Archiv: »Errichtung einer Centralstation für elektrische Beleuchtung in Darmstadt« (Beschlussvorlage für Stadtverordnetenvers. v. 15. 6. 1887), S. 1.

¹⁰ Ebenda. Die folgende Zusammenfassung beruht auf diesem Bericht.

Lichts gegenüber dem Gaslicht herausstellte: das elektrische Licht verbräuche keinen Sauerstoff, erzeuge keine schädlichen Gase und schließe auch die Feuergefahr weitgehend aus. Im Zentrum des Berichts standen die Folgen der Einführung elektrischer Beleuchtung für die in städtischer Hand befindliche Gasversorgung: Die Einrichtung einer Zentralstation in städtischer Regie erhalte der Stadt Handlungsspielraum, indem eine problematische Konkurrenz zwischen städtischem Gaswerk und privatwirtschaftlichem E-Werk verhindert werde. Die Theaterbeleuchtung sorgte dann für den nötigen Zeitdruck. Kittler hatte Anfang 1887 Großherzog Ludwig IV. über die Einführung der elektrischen Beleuchtung im Hoftheater informiert, und dieser hatte beschlossen, auf jeden Fall 1888 elektrische Beleuchtung installieren zu lassen, entweder unabhängig oder im Anschluß an eine städtische Zentralstation. Durch diese »allerhöchste Entscheidung« war für die Stadtverordneten ein – sicher auch von Kittler bewußt mit herbeigeführter – Handlungsdruck entstanden. Der Bericht plädiert daher – auch angesichts der sonst zu befürchtenden privaten Initiativen – für Bau und Betrieb einer Zentralstation in städtischer Regie. Der sorgfältig ausgearbeitete, detaillierte Bericht bleibt nur hinsichtlich einer entscheidenden technischen Frage, der Stromart, stumm. Die Option eines Wechselstromsystems, damals immerhin schon am Horizont aufgetaucht und 1890 dann in Köln auch realisiert,¹¹ wurde von Kittler nicht erwähnt. Gegenüber möglichen Einwänden, daß durch technische Fortschritte in naher Zukunft eine rasche Entwertung der Anlagen zu befürchten sei, betonte Kittler, daß es immer möglich sei, »das Alte neben dem neuen bestehen (zu) lassen, wie in jeder Industrie, in welcher ganz alte und neue Maschinen zu gleichem Zweck friedlich nebeneinander arbeiten.«¹² Dies trifft natürlich gerade in der Elektrotechnik bezüglich grundlegender Parameter wie der Stromart nicht zu. Kittler war offensichtlich bemüht, mögliche Bedenken der Stadtverordneten bezüglich früherer Festlegung in einer so jungen, rasch sich verändernden Technik von vornherein zu zerstreuen.

Die Stadtverordneten ließen sich jedenfalls überzeugen und gaben dem Projekt – mit zunächst veranschlagten 400 000 M eine Großinvestition für eine Stadt wie Darmstadt – ihr Plazet.¹³

Elektrifizierung als »Luxusillumination«: Die ersten Betriebsjahre

Zunächst war der Drang zum Strom trotz großer öffentlicher Aufmerksamkeit für die neue Lichttechnik doch recht gebremst. Erst Kittlers intensive Werbung und das Vorbild einiger renommierter Abnehmer brachten dann bis zur Eröffnung im September 1888 rund 70 Stromabnehmer zusammen. Am 1. September 1888 meldete das

¹¹ Vgl. H. Lindner, Strom. Erzeugung, Verteilung und Anwendung der Elektrizität, Reinbek b. Hamburg 1985, S. 189–195.

¹² HEAG-Archiv (s. A 9), S. 15.

¹³ DT 25. 6. 1887.

»Darmstädter Tagblatt«, daß neben dem Großherzoglichen Hof, der »Hofhaltung Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Alexander« etwa 70 Anmeldungen vorliegen würden. »Wie man sieht, beschränkt sich die Beteiligung zunächst im großen und ganzen auf die Hauptgeschäftslagen im Innern der Stadt und sind weitaus die Mehrzahl der Abnehmer Ladenbesitzer in diesen Straßen.«¹⁴ Elektrische Beleuchtung war also in den Anfangsjahren und noch recht lange Zeit in erster Linie Sache der Geschäftswelt, die sich aus Gründen des Prestiges, der Fortschrittlichkeit, natürlich aber auch der Feuer-sicherheit und der Luftverhältnisse diese moderne »Luxusillumination« leisten wollte, konnte oder mußte. Schon von den Kosten her war dies zwangsläufig: Im ersten Betriebsjahr hatten die privaten »Lichtabnehmer« durchschnittlich 18 Glühlampen à 16 Kerzen installiert. Die Installationskosten betragen hierfür etwa 270 Mark, hinzu kamen Lampengebühren von 108 Mark, Zählermiete von ca. 14 Mark und die Verbrauchskosten von rund 200 Mark.¹⁵ Die Kosten für das elektrische Licht lagen also im ersten Jahr für den durchschnittlichen Abnehmer bei knapp 600 Mark, was fast einem durchschnittlichen Jahresverdienst eines Arbeitnehmers in der Industrie entsprach.¹⁶ Vom Preis her konnte das elektrische Licht also zunächst keine Konkurrenz zum Gaslicht sein, das – abgesehen von den hohen Fixkosten beim elektrischen Licht – pro Brennstunde knapp 20% billiger war.¹⁷ Dies entsprang auch bewußter städtischer Politik, wie Kittler in einem Vortrag skizzierte: »Die Stadt kann und will das Gas nicht entwerten und muß demnach den allgemeinen Zudrang zum elektrischen Licht abhalten.«¹⁸ 1890 verschob sich die preisliche Relation durch eine Senkung des Gaspreises weiter zu Gunsten des Gases.¹⁹

Das an einem zentralen innerstädtischen Standort errichtete E-Werk konnte nach recht kurzer Bauzeit bereits Mitte August 1888 den Probetrieb aufnehmen. Das Gleichstromkraftwerk, dessen elektrotechnischer Teil von Siemens geliefert worden war, wies eine Maschinenleistung von insgesamt 380 PS und eine Generatorenleistung von 246 kW auf. Die als technisch sehr fortschrittlich geltende Anlage wurde

¹⁴ DT 1. 9. 1888.

¹⁵ In den ursprünglichen Vertragsbedingungen war eine Lampengebühr von 6 Mk pro Glühlampe und Jahr vorgesehen, die Glühlampe wurde dann vom E-Werk ausgewechselt. Die Zählermiete war anfangs mit 10% des Anschaffungswertes eingesetzt. Die Verbrauchskosten lagen bei 4 Pf pro Brennstunde einer Glühlampe von 16 englischen Normalkerzen (= ca. 50 Watt), d. h. etwa 74 Pf/kWh.

¹⁶ A. Desai, *Real Wages in Germany 1871–1913*, Oxford 1968, S. 112 ff., gibt für 1890 650 Mk an. Zit. nach G. Hohorst / J. Kocka / G. A. Ritter, *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914*, München 1975, S. 107.

¹⁷ In den meisten Darmstädter Haushalten brannte allerdings noch weit über die Jahrhundertwende hinaus die Petroleumlampe.

¹⁸ DT 26. 7. 1887.

¹⁹ Vgl. H. Hubertus, *Die gewerblichen Betriebe der Stadt Darmstadt und ihre Bedeutung für die städtischen Finanzen* (Diss.), Berlin 1929, S. 43.

von der Firma Siemens & Halske stolz in der Öffentlichkeitsarbeit präsentiert, insbesondere die direkte Kupplung von Dampfmaschinen und Dynamos, die relativ langsam laufenden Innenpolmaschinen und das Dreileitersystem.²⁰

Das elementare Problem jedes öffentlichen Elektrizitätsversorgungsnetzes ist, mit der tageszeitlich und jahreszeitlich sehr ungleichen und letztlich unvorhersehbaren Inanspruchnahme des Werkes durch die Abnehmer umzugehen, insbesondere wenn in erster Linie Lichtstrom abgenommen wird. In Darmstadt zeigt sich in der Konzeption der Maschinenanlage die damals übliche Methode, die Belastungsschwankungen aufzufangen: Tagsüber reichte eine kleine Dampfmaschine mit 80 PS zur Stromerzeugung, für den Spitzenverbrauch wurden dann auch die drei größeren Maschinen in Betrieb genommen, die zugleich die Akkumulator-Batterie für die Versorgung in den Nachtstunden und als Reserve während der Theateraufführungen wieder aufluden.²¹ Die besondere Rolle des Theaters als prestigeträchtiger Großabnehmer mit anfangs über 40% des Stromabsatzes²² wurde auch durch ein Extrakabel unterstrichen, das direkt vom E-Werk zum Theater führte, so daß das Theater einmal durch die Speiseleitung in Theaternähe, zum andern durch das direkte Kabel versorgt werden konnte. Diese Vorsichtsmaßnahme bewährte sich auch schon bei der Einweihung der elektrischen Beleuchtung anlässlich einer Operngala zu Ehren des Geburtstags des Großherzogs: Als die normale Theaterbeleuchtung plötzlich zusammenbrach, konnte die Notbeleuchtung durch die direkte Leitung, gespeist von den Akkumulatoren, aufrechterhalten werden.²³ Zwei Tage nach der mißlungenen Premiere funktionierte die elektrische Beleuchtung bei »Zar und Zimmermann« jedoch einwandfrei und laut »Darmstädter Tagblatt« »hatte das Publikum nur Gelegenheit, sich über die ungewohnte Helle, die Ruhe und Klarheit desselben zu freuen.«²⁴ In einer anderen Vorstellungskritik werden die »magischen Wirkungen des elektrischen Lichts« betont.²⁵ Ein ähnliches Malheur wie bei der Premiere sollte den Großherzog auch noch bei einer »Hoftafel« im Palais ereilen.²⁶ Allerdings waren dies wohl Kinderkrankheiten, fortdauernde Störungen sind nicht überliefert. Rasch zeigte sich jedoch, daß die Anlage angesichts der wachsenden Nachfrage zu klein dimensioniert war. Bereits im Februar 1890 mußten eine neue 200 PS Dampfmaschine und zwei direkt gekuppelte Dynamos eingebaut

²⁰ Z. B. in: F. Uppenborn (Bearb.), *Die Versorgung von Städten mit elektrischem Strom*, Berlin / München 1891, S. 253.

²¹ Stadtarchiv Darmstadt (StadtA DA), *Verwaltungsbericht der Großherzoglichen Bürgermeisterei der Haupt- und Residenzstadt Darmstadt 1888/89*, S. 114 (i. f. zit. als »Verwaltungsbericht Darmstadt 18..«).

²² Vgl. *Verwaltungsbericht Darmstadt 1889/90*.

²³ DT 18. 9. 1888.

²⁴ DT 18. 9. 1888.

²⁵ DT 18. 9. 1888.

²⁶ DT 26. 10. 1888.

werden, und bis 1897 folgten immer wieder bauliche Vergrößerungen wie Leistungssteigerungen des Werkes.²⁷

Die hohen Kosten des elektrischen Lichts provozierten auch erhebliche Proteste. So mußte die Stadt die ursprünglich auf 10% des Anschaffungswerts angesetzte Zählermiete auf 5% reduzieren.²⁸ Im März 1889 forderte eine »zahlreich besuchte« Versammlung von Stromkonsumenten den Wegfall der Lampengebühr und protestierte gegen fixe, verbrauchsunabhängige Kosten und das Installationsmonopol der Stadt. Auf dieser Versammlung traten einige der frühen Stromkunden auf: zwei Möbelfabrikanten, ein Tapetenfabrikant, ein Bankier, ein Brauereibesitzer, verschiedene Ladeninhaber an den Hauptgeschäftsstraßen sowie der Obersthofmarschall als Vertreter der Hofhaltung des Großherzogs.²⁹ Teilweise kam die Stadt dem Protest entgegen: die Installationsrechnungen wurden reduziert und an Stelle der Lampengebühr eine Minimalverbrauchsgebühr eingeführt.³⁰ Aber noch 1896 klagte der Verein der »Detailisten«, die »Kosten des Elektrizitätswerks seien hauptsächlich auf die Geschäftsleute abgewälzt, denen doch die Gründung des Werkes in erster Linie zu verdanken sei.«³¹

Das Darmstädter E-Werk erfuhr eine stetige, wenngleich keinesfalls explosive Absatzsteigerung, die teilweise auch durch Kapazitätsengpässe gebremst war. Bis März 1897 stieg die Zahl der Stromkunden auf 361. Versorgt wurden 150 Ladengeschäfte, 11 Gasthöfe und Restaurants, 42 Banken und Büros, 201 Wohnungen, 4 Schulen, 1 Heilanstalt, 20 Fabriken, 22 Gewerbebetriebe sowie das Hoftheater.³² Das Theater hatte seine überragende Rolle als Großabnehmer mittlerweile eingebüßt; 1897 entfielen nur noch 11,7% des Stromabsatzes auf Theaterbedarf. Bis 1897 blieb der Charakter einer »Zentralstation für Beleuchtung« gewahrt, fast 90% der Stromabgabe entfielen auf Lichtstrom, nur 31 Elektromotoren und Apparate waren an das E-Werk angeschlossen. Dies war sicherlich auch Resultat der Tarifpolitik: Im Gegensatz zu anderen E-Werken wurde in Darmstadt erst 1897 ein spezieller Kraftstromtarif von 25 Pf/kWh eingeführt. Damit lag Darmstadt deutlich hinter anderen früh elektrifizierten Städten zurück; in Berlin lag der Kraftstromtarif seit 1894 bei 16 Pf/kWh.³³ Diese Vernachlässigung des Kraftstromeinsatzes erstaunt zunächst, offenbar spielte der Elektromotor in den Planungsperspektiven und Absatzstrategien der Verantwortlichen kaum eine Rolle. In der kommunalpolitischen Debatte jedenfalls waren der Gasmotor und der Gaspreis sehr viel wichtiger; in Haushaltsdebatten der Jahre 1888 bis 1890

²⁷ Vgl. Verwaltungsberichte Darmstadt 1890ff.

²⁸ DT 15., 22. 6., 14. 7. 1888.

²⁹ DT 22. 3. 1889.

³⁰ DT 27. 6. 1889.

³¹ DT 18. 4. 1896.

³² Verwaltungsbericht Darmstadt 1896/97.

³³ Vgl. *Th. Hughes*, *Networks of Power. Electrification in Western Society 1880–1930*, Baltimore / London 1983, S. 188.

wurde wiederholt eine Reduzierung des Gaspreises mit Rücksicht auf das Kleingewerbe gefordert.³⁴ Tatsächlich fand der Gasmotor recht große Verbreitung und überwog bis 1901 nach PS-Zahl die Stärke der angeschlossenen E-Motoren. Der Elektromotor war allerdings in den 1890er Jahren noch ausgesprochen teuer, und – da im Anschluß an das Darmstädter Werk nur ein Gleichstrom-Motor in Frage kam – für viele Einsatzzwecke wegen seiner Feuergefährlichkeit wenig geeignet. Schließlich lagen, und dies zeigt wiederum den ursprünglichen Schwerpunkt der Darmstädter Elektrifizierung als »Luxusillumination«, die größeren Industriebetriebe mit höherem potentiellen Bedarf an Kraftstrom außerhalb des Kabelnetzes.³⁵ Der Ausbau des Kabelnetzes erfolgte keinesfalls konzentrisch um die Zentralstation, sondern ging, nachdem die Straßen des sogenannten Geschäftsviertels erschlossen waren, in südliche Richtung in die Stadterweiterungsgebiete, die vor allem von bürgerlichen Haushalten bewohnt wurden. Andere Stadtteile wie die Altstadt, die in der Nähe der Zentralstation lag, oder auch die nördlichen Stadtteile Martinsviertel und Johannesviertel, die durchaus im Versorgungsradius des Kraftwerks gelegen hätten, wurden bis 1900 überhaupt nicht verkabelt. Die Schwerpunkte und Hauptrichtungen der Verkabelung erweisen sich also als sozial recht selektiv. Angesichts der eher geringen Abnehmerzahl in diesen Vierteln mit vorwiegend Unterschichtenbevölkerung hielt man es nicht für rentabel, hier Versorgungsleitungen zu legen.

Mit der Straßenbahn zur »elektrischen Stadt« 1897–1907

Die Entwicklung zur »elektrischen Stadt« erfuhr dann mit der Straßenbahn eine erhebliche Beschleunigung. Mit ihrer Inbetriebnahme 1897 änderte sich die Anschlußstruktur des E-Werks schlagartig, Ende März 1898 entfielen dank der Straßenbahnmotoren bereits über 40% des Anschlußwerts auf Motoren. Das Werk verfügte nun über eine Gesamtleistung von 1250 PS und hatte damit seine Maschinenleistung gegenüber der Gründung mehr als vervierfacht. Die Straßenbahn blieb in den folgenden Jahren wichtigster einzelner Stromkunde, z. T. mit über 50% des Gesamtverbrauchs und verbesserte damit die Kapazitätsauslastung und Rentabilität des Werkes in hohem Maße.

Die Einführung der elektrischen Straßenbahn bildete einen Einschnitt in der Darmstädter Stadtentwicklung. Seit 1886 verband eine private schmalspurige Dampfstraßenbahn das Stadtzentrum mit drei Nachbarorten. Die zunächst gefeierte Dampfstraßenbahn, von der Bevölkerung »Feuriger Elias« genannt, befriedigte zwar die Verkehrsbedürfnisse der Vororte einigermaßen, konnte aber die innerstädtischen Verkehrsprobleme in keiner Weise lösen, zumal Rauch, Dampf und Lärm der Dampfstraßenbahn immer

³⁴ DT 25. 5. 1888, 27. 4. 1889, 29. 5. 1889.

³⁵ Die Großbetriebe hatten folglich auch eigene Elektrizitätswerke im Anschluß an ihre zentrale, mit Dampf betriebene Kraftanlage.

stärker als störend und nicht einer modernen Stadt gemäß empfunden wurden. Ab 1893 setzte eine lebhaftere öffentliche Diskussion über die Einrichtung einer elektrischen Straßenbahn und die geeignete Linienführung ein.³⁶ Ende 1895 beschloß die Stadtverordneten-Versammlung, eine elektrische Straßenbahn mit zwei sich im Stadtzentrum kreuzenden Linien zu bauen. Die Realisierung des Projekts verzögerte sich allerdings wegen der Weigerung der Betreiberin der Dampfbahn, der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft, der Stadt die Mitbenutzung der von ihr befahrenen Straßen zu gestatten. Erst am 23. November 1897 wurde die von Siemens & Halske erbaute Straßenbahn feierlich eröffnet.³⁷ Ein Artikel des »Darmstädter Tagblatts« zur Eröffnung formuliert die Erwartungen so: »Die elektrische Straßenbahn, deren Glocke von jetzt ab nun regelmäßig in den Straßen ertönen und daran erinnern wird, daß unsere Stadt in ein neues Zeichen des Verkehrs getreten ist, soll in dem inneren Verkehr der Stadt einem längst gefühlten Bedürfnis abhelfen. Sie wird mit den erleichterten und vermehrten Verbindungen zwischen den einzelnen Stadtteilen auch größeres Leben in unsere Stadt bringen und ihrerseits weiter dazu beitragen, ihr den Charakter einer »ruhigen« Stadt zu nehmen.«³⁸ Diese Erwartungen, vor allem aber die Hoffnungen auf gute Gewinne für die Stadtkasse wurden nur teilweise erfüllt: Trotz lebhafter Benutzung stieß der Ausbau wegen der Streckenkonkurrenz mit der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft auf enge Grenzen: die rentabelsten Strecken blieben im Besitz der Dampfstraßenbahn.

Die Straßenbahn war praktisch die erste für fast alle Stadtbewohner sichtbare und erfahrbare elektrische Maschine, die mit ihren Eigenschaften der Geräuscharmheit, der Beschleunigung, der Vernetzung des Stradtraums, aber auch der durch sie erzwungenen Disziplinierung und Regulierung des Straßenverkehrs die Eigenschaften der neuen Energieform in allgemeiner Weise zum Ausdruck brachte. So können wir wohl nicht ganz zufällig, mit eingeleitet durch die Straßenbahn, nach 1900 eine beschleunigte Elektrifizierung, vor allem auch eine zunehmende Nutzung für motorische Zwecke beobachten.

Wachstum in technische Sackgassen und der verspätete Übergang zu Drehstrom

Im Zuge erheblicher Erweiterungsmaßnahmen bis 1906 traten die Grenzen des in Darmstadt verfolgten Elektrifizierungspfades immer deutlicher zum Vorschein. Wegen des Gleichstromsystems war eine Ausdehnung des Versorgungsgebietes, etwa im Hinblick auf die an der Peripherie sich ansiedelnden Industriebetriebe, vom innerstädtischen Kraftwerksstandort aus wegen der enormen Leitungsverluste, der großen

³⁶ Wichtig hierbei F. Scheyrer, Die Elektrische Straßenbahn und ihre Anwendung auf Darmstadt, Darmstadt 1894. Im Darmstädter Tagblatt finden sich 1893 zahlreiche Artikel zur öffentlichen Diskussion über die Linienführung.

³⁷ DT 23. 11. 1897.

³⁸ DT 23. 11. 1897.

Umweltbelastung³⁹ und der hohen Transportkosten für die Kohle (kein Bahnan-schluß!) ökonomisch rentabel nicht zu bewältigen. Das Drehstromsystem hatte zwar bei der Frankfurter Ausstellung von 1891 seine Anwendbarkeit bewiesen,⁴⁰ dennoch setzte sich dieses technische Prinzip keineswegs unmittelbar und vollständig durch. Nicht nur in Darmstadt wurde auch noch nach 1900 in erheblichem Maße in Leistungssteigerungen von großen Gleichstromkraftwerken investiert. Die »Trägheit« des vorhandenen Systems, der Wert der bereits installierten Aggregate und die durchaus gegebene Funktionalität des Gleichstromsystems für den vorhandenen artikulierten Bedarf verhinderten offenbar einen radikalen Wechsel zu einem frühen Zeitpunkt, solange nicht andere Bedingungen dies unabweisbar erscheinen ließen.

Die Verlegung der Bahnhöfe an einen 800 m weiter westlich (stadtauswärts) geeigneten Standort schuf dann solche anderen Bedingungen. Mit diesem Großprojekt sollte endlich die städtebauliche Einschnürung von Darmstadts Nordhälfte durch die Bahn beseitigt werden. Da die Bahndirektion bei der Stadt anfragte, ob sie in der Lage sei, die neuen Bahnanlagen, vor allem auch die Reparaturwerkstätten mit Strom in sehr erheblichen Größenordnungen zu versorgen, beschloß die Stadt 1907, westlich des neuen Bahngeländes ein neues Kraftwerk zu bauen. Dieses sollte dann die Versorgung der Bahnanlagen und der rasch wachsenden Industrie im Industriegebiet nordwestlich der alten Bahntrasse übernehmen.⁴¹

Das im Oktober 1909 eingeweihte Werk II arbeitete mit Dampfturbinen mit einer Gesamtleistung von 5000 PS. Diese wurden von MAN, die elektrotechnischen Aggregate wiederum von Siemens geliefert. Das Werk konnte Drehstrom und Gleichstrom erzeugen.⁴²

Damit war ein entscheidender Modernisierungsschritt erfolgt. Bereits 1910 wurden fast zwei Drittel des gesamt erzeugten Stroms in Werk II produziert, das alte innerstädtische Werk I wurde in wachsendem Maße zur Umformerstation. Für das Industriegebiet und die Außenviertel wurde ein Drehstromnetz aufgebaut und der Drehstrom jeweils in Verbrauchernähe in Transformatoren auf die Gebrauchsspannung von 220 Volt heruntertransformiert.⁴³

³⁹ Bereits anlässlich der Fernübertragung hochgespannten Drehstroms auf der Frankfurter Ausstellung wurde in der Presse die Hoffnung artikuliert, die Städte von den »Dampfschornsteinen« zu befreien; DT 12. 9. 1891. Die Beseitigung der »Rauchplage« war dann eines der stärksten Argumente der Drehstrom-Fraktion, die Kraftwerke aus den Verbrauchszentren in die Nähe der Primärenergie zu verlegen. Vgl. auch J. Radkau, Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. 1989, S. 207.

⁴⁰ Vgl. J. Steen (Bearb.), Die Zweite Industrielle Revolution. Frankfurt und die Elektrizität 1800–1914, Frankfurt/M. 1981.

⁴¹ DT 16. 8. 1907; Verwaltungsbericht Darmstadt 1908.

⁴² Verwaltungsbericht Darmstadt 1909.

⁴³ Vgl. HEAG (Hrsg.): 25 Jahre Hessische Eisenbahn-A.G. Darmstadt. 1912–1937, Darmstadt o.J. (1937) S. 42 ff.

Von der Insel zum Verbund: Die HEAG und das Ende kommunaler Elektrifizierung

Mit dem Drehstromkraftwerk hatte Darmstadt nun zwar eine sehr fortschrittliche Erzeugungs- und Fortleitungstechnik und mit der Staatsbahn auch einen Großabnehmer, dessen Strombedarf half, das »Tagestal« im Stromabsatz ein Stück weit aufzufüllen. Dennoch blieb die Elektrifizierung merkwürdig unentschieden und blockiert. Es zeichnete sich noch immer keine Strategie ab, durch Reduzierung der Kleinverbraucherpreise eine breitere Abnehmerbasis zu schaffen, und auch eine Versorgung des Umlands durch die durchaus leistungsfähige Darmstädter Zentralstation wurde 1907 öffentlich noch nicht erwogen. Als Gemeinden aus dem benachbarten Kreis Groß-Gerau in Darmstadt anfragten, ob das Werk eine Überlandversorgung für sie übernehmen könne, scheiterten die Verhandlungen an überzogenen Preisvorstellungen der Darmstädter Seite.⁴⁴ Letztlich wirkte wiederum das Verkehrsdilemma, die Konkurrenz zwischen (privatwirtschaftlicher) Dampfstraßenbahn und (städtischer) elektrischer Straßenbahn, als Katalysator: Zur Anbindung des neuen Hauptbahnhofs und zur von allen Seiten gewünschten Elektrifizierung der Dampfbaulinien sah sich die Stadt gezwungen, mit der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft (SEG) zu einer Übereinkunft zu kommen. Im April 1912 wurde eine gemischtwirtschaftliche Gesellschaft gebildet, die »Hessische Eisenbahn Aktiengesellschaft« (HEAG), in die die Stadt ihre Straßenbahn, die SEG ihre Dampfbahn einbrachte. Dazu verkaufte die Stadt ihre E-Werke an die neue Gesellschaft. 50% des Aktienkapitals hielt die Stadt, 49% die SEG, die ein Paket von 10% an die Rheinische Schuckert-Gesellschaft (Mannheim)⁴⁵ weitergab, und 1% die Provinz Starkenburg. Ziel der Gesellschaft war, den Verkehrsbetrieb zu vereinigen, die Dampfstrecken zu elektrifizieren, Lokal- wie Vorortverkehr auszubauen und außerdem die Stadt Darmstadt und die Provinz Starkenburg, das südhessische Gebiet zwischen Rhein und Main, mit elektrischem Strom zu versorgen.⁴⁶ Auch wenn nach außen die Lösung des Verkehrsproblems im Vordergrund stand, so zeigte sich doch nach wenigen Jahren, daß das Stromgeschäft vom Umsatz und Ertrag wesentlich bedeutsamer war als das Verkehrsgeschäft. Hier lagen wohl auch die Hauptinteressen der führenden Personen der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft. Die SEG war nämlich ab 1908 zu einem Vehikel des Ruhr-Industriellen Hugo Stinnes und der von ihm geführten RWE geworden, die über diese in zahlreichen Städten des Rhein-Main-Neckar-Raumes mit Vorortlinien vertretene Gesellschaft sich den Zutritt zur Überlandversorgung mit Strom verschaffen und Stütz-

⁴⁴ Die wenig strategische Haltung der Stadt Darmstadt in der Überlandversorgung kam in der Debatte des hessischen Landtags (2. Kammer) im Frühjahr 1912 zur Sprache. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt: Protokolle der Sitzungen der II. Kammer des Hessischen Landtags, 22. 2. 1912.

⁴⁵ Zur Rheinischen Schuckert-Gesellschaft ausführlicher in Teil III dieses Aufsatzes.

⁴⁶ Zusammenfassung der Vorgeschichte und der Vertragsbestimmungen in Verwaltungsbericht Darmstadt 1912.

punkte in Süddeutschland sichern wollte.⁴⁷ Mit Stinnes wurde nun also ein herausragender Vertreter des Ruhrbergbaus und der großbetrieblichen Elektrizitätswirtschaft Vorsitzender des Aufsichtsrats der HEAG neben dem Darmstädter Oberbürgermeister. Die Darmstädter Elektrifizierung war damit in andere wirtschaftliche und räumliche Dimensionen einbezogen.

Der Verzicht auf kommunale Regie war wohl für viele Darmstädter Stadtverordnete nicht ganz leicht zu schlucken, aber Oberbürgermeister Glässing vermochte es, letztlich die Vorteile des Vertrags, die in jährlichen Festbetragsleistungen und auch »Naturalleistungen« für die Stadt (Strom, Fahrscheine) bestanden, schmackhaft zu machen und außerdem die doppelte Zwangslage, in der sich die Stadt befand, aufzuzeigen: Einerseits war sie zur Lösung des Verkehrs-Dilemmas auf ein Arrangement mit der SEG angewiesen. Alle anderen Alternativen hatten sich als nicht praktikabel erwiesen, die SEG hatte mit ihrer noch bis 1936 laufenden Konzession ein starkes Faustpfand. Andererseits lief Darmstadt Gefahr, in der Elektrifizierung des Umlandes ins Hintertreffen zu geraten, da das nach Darmstadts Desinteresse 1910 entstandene Mainzer Überlandwerk bereits die Gemeinden im Ried versorgte und von Mannheim aus die 1911 gegründete OEG die Versorgung der Gemeinden an der südlichen Bergstraße und im Odenwald in Angriff nahm. Wenn Darmstadt also weiterhin untätig blieb, so wäre ein Absatzgebiet für eine Überlandversorgung nicht mehr vorhanden gewesen.⁴⁸

Nach 1912 setzte mit der HEAG eine qualitativ andere Stufe der Elektrifizierung ein, die den kommunalen Rahmen abstreifte. Zunächst änderte sich die Preispolitik radikal zu Gunsten der Verbraucher, der Lichtstrompreis sank von sehr hohen 70 auf 50 Pf/kWh. Die Überlandversorgung des Darmstädter Umlands wurde von der HEAG sehr zielstrebig und durch den Ersten Weltkrieg kaum gebremst in Angriff genommen: Bereits bei Kriegsende waren 40 Ortsnetze in Südhessen an das Netz der HEAG angeschlossen. Die lokale Stromerzeugung verlor allerdings immer mehr an Bedeutung. Schon vor dem Weltkrieg verband die HEAG ihr Netz mit den benachbarten Überlandwerken der Überlandzentrale Mainz und der OEG. Nachdem bereits 1915 die Stromerzeugung im innerstädtischen Werk I aufgegeben wurde – es ist unwahrscheinlich, daß zu diesem Zeitpunkt die 1906 neu aufgestellten Maschinen bereits abgeschrieben waren – wurde 1931, nachdem die HEAG Strom aus den Wasserkraftwerken Neckarsteinach und Hirschhorn der Neckar-AG bezog, auch die Stromerzeugung im Werk II stillgelegt.⁴⁹ Der Strombedarf wurde seit 1918 in erster Linie

⁴⁷ Zur Funktionalisierung der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft vgl. OEG (Hrsg.), OEG 1911–1951. Zum 40jährigen Bestehen der Oberrheinischen Eisenbahn-Gesellschaft AG, Mannheim 1951.

⁴⁸ So die Argumentation im Verwaltungsbericht Darmstadt 1911/12.

⁴⁹ Vgl. HEAG (Hrsg.): 25 Jahre Hessische Eisenbahn-A.G. Darmstadt. 1912–1937, Darmstadt o. J. (1937).

vom Braunkohlekraftwerk Gewerkschaft Gustav bei Stockstadt am Main gedeckt, mit dem die HEAG mit einer Hochspannungsleitung verbunden wurde. Bereits 1919/20 wurden zwei Drittel des Stroms von auswärts bezogen.⁵⁰ Anscheinend war der Strom trotz moderner Kraftwerkstechnik in Darmstadt preislich nicht konkurrenzfähig herzustellen. Ein kurzer Blick auf die Erzeugungs- und Selbstkosten der Darmstädter Elektrizitätswerke im Vergleich mit Mannheim und Mainz um 1910, also an der entscheidenden Nahtstelle von kommunaler zu Überlandversorgung, mag dies verdeutlichen: Während in Mainz und Mannheim jeweils rund 1,6 kg Kohlen für jede Kilowattstunde nutzbar abgegebenen Stroms verfeuert wurden, brauchte man in Darmstadt 2,2 kg. Darmstadt mußte zudem die Kohlen deutlich teurer bezahlen: 22,14 M/t gegenüber 16,92 M/t in Mainz. Die spezifische, in Darmstadt aufgrund verschiedener Faktoren ungünstigere Kostenstruktur schlug sich dann in einem erheblich höheren Selbstkostenpreis pro abgegebene kWh nieder: in Darmstadt 21,5 Pf gegenüber 11,3 Pf in Mannheim und 12,2 Pf in Mainz.⁵¹

Die Pionierrolle Darmstadts mit seinem frühen, ständig etwas zu klein dimensionierten Gleichstromwerk, die einseitige Orientierung auf die Versorgung der Lichtstromabnehmer unter Vernachlässigung des Kraftstromabsatzes, hatte letztlich in eine Sackgasse geführt. Die Umorientierung auf Drehstrom mit dem zweiten Kraftwerk erfolgte zu spät, um in erheblichem Maße Kraftstromabsatz sichern zu können. Perspektiven auf Überlandversorgung und eine expansive Tarifpolitik wurden nicht entwickelt. Letztlich dürfte die sich im Betrieb als teuer und aufwendig darstellende Koexistenz zweier Netze und zweier Stromarten – auch in Verbindung mit dem Standortnachteil fehlenden Wasseranschlusses – eine fortgesetzte Eigenerzeugung von Strom unrentabel gemacht haben. Ob dies nun Darmstadt zum Vorteil gereichte, etwa im Hinblick auf eine geringere Belastung mit Luftschadstoffen, oder durch den Verlust an lokaler Wertschöpfung negativ zu bewerten ist, kann im Rahmen dieses Beitrags nicht schlüssig beantwortet werden.

II. Die Elektrifizierung von Mainz – ein Beitrag zur Überwindung des »Tiefs« im 19. Jahrhundert

In der Literatur wird das 19. Jahrhundert als Zeit des Niedergangs von Mainz⁵² dargestellt. Die Stadt verlor nicht nur ihre politische Stellung als Sitz eines Kurfürstentums und sank zu einer Provinzialhauptstadt des Großherzogtums Hessen-Darmstadt herab; auch die zuvor große Bedeutung des Handelsplatzes ging durch die Auf-

⁵⁰ Ebenda, S. 46.

⁵¹ Eigene Berechnung anhand der Angaben in den Verwaltungsberichten von Darmstadt, Mannheim und Mainz 1910/1911. Vgl. auch Tab. 1 am Ende des Beitrags.

⁵² Vgl. z. B. P.-G. Custodis, Mainz im Wandel zwischen 1850 und 1900, Saarbrücken 1982.

hebung des Stapelrechts⁵³ zurück. Der Ausbau der Bundesfestung Mainz bedeutete ein großes Hindernis für die Stadtentwicklung: innerhalb der Festungsmauern durfte sich Industrie nicht ansiedeln und eine Modernisierung des Hafens wurde verzögert. Ein Hauptanliegen der Mainzer Politik während des ganzen 19. Jahrhunderts war daher, den »Festungsanzug« abzustreifen.⁵⁴

Die Anfänge der Elektrifizierung in Mainz

Das Interesse an der Elektrizität, dieser neuen, noch geheimnisumwitterten Energieform äußerte sich in Mainz schon zu Beginn der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts. Die Oberbürgermeisterei ließ sich von der 1882 in München stattfindenden Elektrizitätsausstellung ausführlich Bericht erstatten. Das Gezeigte überzeugte den Berichterstatte jedoch nicht restlos: »Für öffentliche Lokale, Theater, Saalbauten ... erscheint die Anwendung elektrischer Beleuchtung wegen ungenügender Zuverlässigkeit und störender Lichtschwankungen nicht ratsam, ohne nebenbei auch noch eine Gasbeleuchtung zu haben«, hielt skeptisch der Mainzer Emissär fest.⁵⁵ Vier Jahre später klagten mehr als 30 Geschäftsleute in einem Gesuch »um bessere Beleuchtung des Boulevards und der Zugänge nach dem Centralbahnhof«: »Wie soll es bei einem derartigen Zustande der Finsterniß dem Fremden möglich sein die betreffenden Geschäfte zu finden? Nur wer absolut diesen Weg einschlagen muß, passiert abends unsere Gegend.«⁵⁶ Daraufhin gab im März 1886 das Bürgermeisteramt bei Erasmus Kittler ein Gutachten über die elektrische Beleuchtung des Boulevards (der Kaiserstraße) in Auftrag. Kittler bezifferte die Kosten für die Grundausführung einer entsprechenden elektrischen Beleuchtungsanlage auf 22000 Mark.⁵⁷ Im November 1887 schlug er vor, das Lichtbedürfnis des Theaters im Hinblick auf eine elektrische Beleuchtung zu ermitteln und die Bürger von Mainz mit einem öffentlichen Anschreiben zu einer Stellungnahme über einen beabsichtigten Anschluß an ein Elektrizitätswerk aufzufordern.⁵⁸ Am 7. November 1887 beschloß der Bauausschuß jedoch einstimmig, eine elektrische Beleuchtung zunächst nur für das Theater in Aussicht zu

⁵³ Vgl. F. Schütz, Die Rheinschiffahrtsakte von 1831, in: Mainz – Vierteljahreshefte für Kultur / Politik / Wirtschaft / Geschichte, 1 (1981).

⁵⁴ Vgl. M. Kläger, Die Mainzer Stadt- und Festungserweiterung, Mainz 1988.

⁵⁵ Stadtarchiv Mainz (StadtA MZ) XV 5f. Straßenbeleuchtung 1854–1910, Teilfaszikel Verwendung elektrischen Lichtes für städtische Zwecke. J. B. Herz: Bericht an Großh. Oberbürgermeisterei Mainz über die in München ausgestellten elektrischen Bogenlampen, Glühlichter und Telephone, 3. 10. 1882.

⁵⁶ StadtA MZ XV 5f. Straßenbeleuchtung 1844–1914, Teilfaszikel Straßenbeleuchtung 1885/1888. Die Unterzeichner an Großherzogliche Bürgermeisterei, Mainz, 13. 11. 1884.

⁵⁷ Vgl. StadtA MZ, Straßenbeleuchtung 1854–1910 (s. A 55), Teilfaszikel 1886–1890. Gutachten bez. der projektierten elektrischen Beleuchtung der Boulevards in Mainz mit Begleitschreiben Kittlers an den Bürgermeister von Mainz, Oechsner 30. 3. 1886.

⁵⁸ Vgl. StadtA MZ, Straßenbeleuchtung 1854–1910 (s. A 55), Teilfaszikel 1886–1890. Kittler an Großherzogliche Bürgermeisterei Mainz 18. 11. 1897.

nehmen.⁵⁹ Dieser Beschluß stoppte für einige Jahre städtische Initiativen für die Elektrifizierung in Mainz. 1885 waren in Mainz drei elektrische Anlagen in Betrieb: im Bahnhof, in einem Café und in dem Schmahlischen »Fabriketablisement«.⁶⁰

Die Blockstation: Private Elektrifizierung unter städtischer Kontrolle

Zu Beginn der 90er Jahre erhielt die Debatte um die Elektrifizierung von Mainz neue Anstöße. Die Stadtverwaltung sah sich mit den Offerten zahlreicher Firmen konfrontiert, die anboten, elektrische Anlagen auszuführen, ein Elektrizitätswerk zu bauen und es eventuell gegen Gewinnbeteiligung der Stadt zu betreiben. Zahlreiche Gerüchte liefen um, was den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung am 1. März 1893 nötigte zu erklären, daß er mit Sachverständigen nur zu seiner Unternehmung zusammengetroffen sei! In der nächsten Zeit könne jedenfalls nicht an die Errichtung einer elektrischen Zentrale gedacht werden.⁶¹ Der Angebotsdruck der Elektrofirma traf jedoch auf eine gewachsene Nachfrage nach elektrischer Energie in der Stadt. Diese ermöglichte Ende 1893 der Firma Schuckert & Co., eine Blockstation zu errichten. Das Hochbauamt warnte zwar, daß die Blockstation einem später errichteten Elektrizitätswerk den besten Teil des Versorgungsgebietes entziehen könne. Jedoch wurden die Bemühungen der an elektrischem Licht interessierten Kreise als nicht aufhaltbar eingeschätzt.⁶² Zu einem ähnlichen Ergebnis kamen die Vertreter des Gaswerkes, die für eine genaue Festlegung von Bedingungen für den Betreiber der Blockstation plädierten.⁶³ Bevor die Stadtverordnetenversammlung am 4. Oktober 1893 den Vertragsentwurf billigte, war es in der neu gebildeten »Kommission für elektrische Anlagen der Gasdeputation« zu einer Grundsatzdebatte über das weitere Vorgehen gekommen. Der Industrielle Dr. Gastell schlug vor, auf die Errichtung kleiner Lichtstationen völlig zu verzichten und sofort die Möglichkeiten für den Bau eines Elektrizitätswerkes zu prüfen. Gastell ließ sich schließlich von der Mehrheit überzeugen, die aufgrund der bisherigen Angebote der Firmen zu der Überzeugung gekommen war, daß in nächster Zeit noch nicht mit dem Bau eines Elektrizitätswerkes zu rechnen sei. Der Vertrag mit der Firma Schuckert sei ein Privatvertrag und kein gülti-

ges Ortsstatut.⁶⁴ Schuckert mußte sich verpflichten, zum Antrieb der Generatoren Gasmotoren einzusetzen und für jeden Neuanschluß eine Genehmigung einzuholen. Die Betriebserlaubnis war jederzeit widerrufbar und sollte spätestens erlöschen, sobald ein städtisches Elektrizitätswerk seine Pforten öffnete.⁶⁵

Die Genehmigung der Stadt brauchte die Firma Schuckert nicht für den eigentlichen Betrieb der Blockstation, sondern für die Benutzung öffentlicher Straßen zur Führung der Leitungen.⁶⁶ Damit wurden unmittelbar kommunale Interessen tangiert, und dieser Umstand ermöglichte der Stadtverwaltung, die Elektrifizierung in privater Regie zu kontrollieren. Der Begriff »Blockstation« für die Mainzer Anlage ist eigentlich mißverständlich: Das Versorgungsgebiet einer klassischen Blockstation umfaßt einen Häuserblock mit einer von Anfang an bekannten, sehr begrenzten Zahl von Abnehmern. Dafür ist die Überspannung öffentlicher Straßen nicht notwendig. Im Unterschied dazu versorgte die in der Ludwigstraße angesiedelte Mainzer »Blockstation« Kunden in einem mehrere Straßen umfassenden innerstädtischen Areal. Die Leistungsreserve erlaubte in ihren Betriebsjahren noch Neuanschlüsse. Die Anzahl ihrer Kunden stieg von 27 (1894) auf 50 im Jahr 1898. Insofern besitzt die Mainzer »Blockstation« Züge einer »elektrischen Zentralstation«.⁶⁷

Wer waren nun die Kunden der Blockstation? Unter den 37 Anschlüssen im Jahr 1895 sind drei Adressen mit der Berufsbezeichnung Fabrikant oder Unternehmer, bei je einer Adresse lautet die Angabe Herrenkleiderfabrik, Bankier, Gutsbesitzer, Café und Pilsener Bier-Restaurant. Allen weiteren Adressen sind Geschäfte und Handelsunternehmen der verschiedensten Art zuzuordnen. Dies zeigt, daß die Nachfrage nach elektrischer Energie sich zunächst auf das Bürgertum und das gewerbetreibende Kleinbürgertum beschränkte.

Kennzeichnend für das Verhalten der Stadtverwaltung ist, daß sie auch in dieser Phase der privaten Elektrifizierung die Kontrolle über den Gesamtprozeß behalten wollte. Für jede Straßenüberspannung mußte die Firma Schuckert jährlich eine »Erkennungsgebühr« von 10 Mark an die Stadtkasse entrichten. 1895 schlug der Leiter des Bauamtes vor, diese Gebühr nicht pro Straßenüberspannung, sondern für jeden Hausanschluß zu erheben.⁶⁸ Folge einer derartigen Regelung war, daß die Erkennungsgebühr nicht mehr als Abgabe für die Benutzung öffentlichen Geländes firmiert, sondern die zu entrichtende Summe direkt an den Fortgang des Elektrifizie-

⁵⁹ Ebd. Beschluß des Bau-Ausschusses vom 7. Dezember 1887. In vielen Städten wurde die erste umfangreiche elektrische Beleuchtungsanlage wie in Darmstadt im Theater errichtet. In Mainz wurde die elektrische Beleuchtung des Theaters erst mit der Betriebsaufnahme des städtischen Elektrizitätswerks verwirklicht.

⁶⁰ Vgl. Mainzer Anzeiger, 6. 12. 1885: Neues Gaswerk oder elektrisches Licht?

⁶¹ Vgl. StadtA MZ, Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung betr.: Errichtung einer elektrischen Centrale, 1. 3. 1893.

⁶² Vgl. StadtA MZ XV 5 f., Faszikel Beleuchtungssystem – Errichtung eines elektrischen Werks (Beleuchtungswesen), ca. 1891–1899, Teilfaszikel. Die Errichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage durch die Elektrizitäts-AG – vormals Schuckert & Co. (1893–1899). Hochbauamt/Kuhn 11. 4. 1893.

⁶³ Vgl. StadtA MZ XV 5 f., Faszikel Beleuchtungssystem – Errichtung eines elektrischen Werks (s. A 62). Städtisches Gaswerk 12. 4. 1893.

⁶⁴ Ebd., Auszug aus dem Beratungsprotokoll der Kommission für elektrische Anlagen in der Gasdeputation 19. 9. 1893.

⁶⁵ Ebd., Vertrag zwischen der Stadt Mainz und der Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft vorm. Schuckert & Co., Paragraphen 1 und 6.

⁶⁶ Ebd. Schuckert & Co. an Hochwohlöbliche Bürgermeisterei 5. 4. 1893.

⁶⁷ Sie wurde auch in der »Statistik der Elektrizitätswerke in Deutschland« geführt. Vgl. Statistik der Elektrizitätswerke in Deutschland, in: Elektrotechnische Zeitschrift 1896, S. 156ff.

⁶⁸ Vgl. StadtA MZ XV 5 f., Faszikel Beleuchtungssystem – Errichtung eines elektrischen Werks (s. A 62), Bericht des Stadtbauamtes/Kuhn 26. 7. 1895.

rungsprozesses, als eine Art Erfolgsbeteiligung, geknüpft wurde. Mit den 1895 erlassenen »Bestimmungen für die Ausführung elektrischer Anlagen, welche an Leitungsnetze innerhalb des Gebietes der Stadt Mainz angeschlossen werden sollen«, beanspruchte die Stadtverwaltung das Recht, vor Inbetriebnahme jeder elektrischen Hausinstallation eine »Untersuchung der Betriebsfähigkeit« vornehmen zu lassen, also eine umfassende Qualitäts- und Sicherheitskontrolle auszuüben.⁶⁹ Letztendlich sahen die städtischen Behörden in der Blockstation eine Übergangslösung, die eine erste Nachfrage nach elektrischer Energie abging und ihnen die Zeit verschaffte, die Errichtung eines Elektrizitätswerkes sorgfältig vorzubereiten, falls das Experiment der Firma Schuckert sich als erfolgreich erweisen sollte. Die Ablehnung des Antrages der Firma »Gasapparate und Gußwerk«, ihr die Überspannung einer Straße zur Stromlieferung für zehn Jahre unwiderruflich zu gestatten, zeigt, daß die Stadt schon im Ansatz eine private Konkurrenz für ein städtisches Elektrizitätswerk zu verhindern suchte.

Inzwischen war die Stadt bereits selbst initiativ geworden. Ende 1894 wies der Bürgermeister die Stadtverordneten-Versammlung auf Sondierungsgespräche in bezug auf den Bau eines Elektrizitätswerkes mit Staat, Militär, Firmen und Experten hin. Auf dieser Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde außerdem beschlossen, eine elektrische Beleuchtungsanlage im Zoll- und Binnenhafen zu errichten.⁷⁰

Die Entscheidungssituation

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre konnte die Stadtverwaltung der Entscheidung für den Bau eines Elektrizitätswerkes nicht länger ausweichen, wenn sie nicht wichtige Stromkunden, die ansonsten Eigenanlagen errichten würden, verlieren wollte. Der entscheidende Anstoß kam von der Eisenbahndirektion, die die Abnahme elektrischer Energie für die Beleuchtung des Bahnhofs anbot. Gleichzeitig wurde in diesen Jahren die Diskussion um die Umstellung der Straßenbahn von Pferde- auf elektrischen Betrieb geführt.⁷¹ Die Erwartung einer neuen Einnahmequelle dürfte ebenso die Zustimmung für ein derartiges Projekt gefördert haben. Der »Mainzer Anzeiger« sieht im Januar 1897 in der Errichtung eines städtischen E-Werks nicht nur einen »gewaltigen Kulturfortschritt«, sondern empfiehlt dies auch im Interesse der städtischen Finanzen wärmstens.⁷² Auch die mögliche Konkurrenz zum Gas spielte angesichts

der Hochkonjunktur ab Mitte der 1890er Jahre und der damit rasant steigenden Nachfrage nach Energie keine entscheidende Rolle mehr; vielmehr sollte parallel zum E-Werk auch ein neues Gaswerk gebaut werden. Die Erfahrungen mit dem Gaswerk – ursprünglich privat betrieben, dann kommunalisiert – führten in Mainz zu einer dezidierten Position in der Frage der Trägerschaft von Infrastruktur-Betrieben. So hatte der Stadtverordnete Harig bereits 1885, wenige Jahre nach der Kommunalisierung des Gaswerks, einen Antrag auf Errichtung von »Zentralstellen für Elektrizität auf dem Gebiet der Stadt Mainz« wie folgt begründet: »Zweck des Antrages sei, die Ausnutzung der Elektrizität von vornherein in die richtigen Bahnen zu lenken, zu verhindern, daß die großartigste und wichtigste Erfindung der Gegenwart nicht abermals zum Nachteil der Gemeinde ausgebeutet, nicht abermals lediglich zur Bereicherung einzelner Unternehmer benutzt werde.«⁷³ Und in diesem Sinne hatten die Mainzer Behörden auch in der ersten Hälfte der 90er Jahre konsequent die Weichen für ein späteres städtisches Elektrizitätswerk gestellt.

Bei der Planung sicherte sich die Stadt wiederum die Beratung durch Kittler. Auch wenn diesem als Sachverständigem keine Entscheidungsbefugnis zukam, so wurden doch in den entscheidenden technischen Fragen des Baus des Elektrizitätswerkes seine Empfehlungen zur Grundlage der Beschlüsse der federführenden »Kommission für elektrische Anlagen« und der Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung. Die Errichtung des Mainzer E-Werks ist damit auch ein Beispiel für das »Darmstädter Modell«. ⁷⁴ Kittler unterstützte die Intention der Städte, Elektrizitätswerke in eigener Regie zu betreiben, was andererseits auch ihm und seinen Schülern ein breites Tätigkeitsfeld sicherte: »Im Übrigen enthalten wir uns eines Urtheils über die Vor- und Nachteile konzessionierter Unternehmen. Persönlich stehen wir auf dem Standpunkt, daß eine Stadt ein Unternehmen, dessen Segnungen der gesamten Einwohnerschaft zu Gute kommen sollen, unter allen Umständen in eigener Regie betreiben sollte,« lautete Kittlers eindeutige Position.⁷⁵ Wenn auch in dem von Kittler im April 1897 der Stadt Mainz zugestellten Entwurf der Ausschreibungsunterlagen die Variante der Übertragung von Bau und Betrieb des E-Werks an einen Unternehmer gleichfalls enthalten war, so wurde dieses doch in keiner Phase des Entscheidungsprozesses als ernsthafte Alternative zur Errichtung eines »Elektrizitätswerkes in eigener Regie« erwo-

⁶⁹ Vgl. StadtA MZ XV 5 f., Faszikel Beleuchtungssystem – Errichtung eines elektrischen Werks (s. A 62), Bestimmungen für die Ausführung elektrischer Anlagen, welche an Leitungsnetze innerhalb des Gebietes der Stadt Mainz angeschlossen werden sollen, 16. 1. 1895.

⁷⁰ Vgl. StadtA MZ, Anlage zur Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27. 12. 1894. Das Kernstück der Elektrifizierung des Hafens war die elektrische Beleuchtung des neuen Getreidespeichers, begründet mit der größeren Feuersicherheit des elektrischen Lichtes. Auch für dieses Projekt wurde von Kittler ein Gutachten erstellt.

⁷¹ Vgl. H. Neise, Mainz und seine Straßenbahn. 1883–1983, Stuttgart u. a. 1983, S. 49 ff.

⁷² Mainzer Anzeiger, 30. 1. 1897: Städtisches Elektrizitätswerk und elektrische Bahnen.

⁷³ StadtA MZ, Beratungsprotokoll der Stadtverordneten-Versammlung, Betr.: Anwendung der Elektrizität, 2. 12. 1885.

⁷⁴ Zum »Darmstädter Modell« vgl. Teil I dieses Aufsatzes und Anmerkung 8.

⁷⁵ StadtA MZ XV 5 f. Erbauung des Elektrizitätswerkes / Vereinbarung zwischen Mainz-Wiesbaden und Bingen über die Grenze der Stromversorgungsgebiete 1925 u. a., Teilfaszikel: Das städtische Elektrizitätswerk (im weiteren wird Teilfaszikel als Akte 1 bezeichnet) »Kurzer Bericht über die Anlage- und Betriebskosten eines Elektrizitätswerkes der Stadt Mainz (aufgrund des im Anschluß an die Stadtverordnetenversammlung am 4. 3. 1898 gehaltenen Vortrages von Kittler)«, S. 18.

Der Bauplatz bestimmt das Stromsystem: Zufälligkeit der Auswahl

Die von Kittler formulierten Vorgaben im Ausschreibungs-Entwurf sind hinsichtlich der technischen Anforderungen (Dampfkessel, Dampfmaschinen usw.) sehr detailliert. Die Anlage sollte für eine Leistung von 600 kW dimensioniert werden. Die Wahl des Stromsystems überließ Kittler den Anbietern. Allerdings forderte er, daß es »die Versorgung des ganzen Stadtgebietes mit elektrischer Energie für Licht- und Kraftabgabe, insbesondere auch den Anschluß der Straßenbahnen« ermöglichen müsse.⁷⁶

Noch nicht abschließend geklärt war die Frage des Standorts; zur Auswahl standen drei Bauplätze in der Altstadt, zwei Bauplätze am Rheingauwall zwischen Bahnhof und Rheinthor und ein in etwa 1,5 km vor dem Festungsabschluß beliebig zu wählender Bauplatz auf der Ingelheimer Aue, einer Rheininsel. Den Anbietern wurde empfohlen, jeweils ein Projekt für einen innerstädtischen und einen außerhalb gelegenen Standort auszuarbeiten.

Am 5. Mai 1897 genehmigte die Stadtverordnetenversammlung die Ausschreibungsunterlagen. Zunächst sollten nur die großen Firmen (AEG, BBC, Helios, Lahmeyer, Schuckert, Siemens & Halske) zum Wettbewerb aufgefordert werden, ohne jedoch andere Firmen grundsätzlich auszuschließen.⁷⁷ Auf die Ausschreibung reichten sieben Firmen Angebote ein: die erwähnten sechs und die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. O. L. Kummer aus Niedersiedlitz. Alle Firmen schlugen ein Gleichstromprojekt in Dreileiterausführung vor. Alle Firmen, mit Ausnahme von Kummer, hatten zusätzlich eine Anlage für Wechsel- bzw. Drehstrom projektiert: Helios und Schuckert für einphasigen Wechselstrom, die anderen für Drehstrom, Lahmeyer bot eine kombinierte Gleichstrom-/Drehstromanlage an. Die Drehstrom-Projekte waren entschieden teurer als Kraftwerke auf Gleichstrombasis, rund 30–50%. Aber auch Vorschläge auf gleicher technischer Basis differierten sehr erheblich, für ein Gleichstromwerk etwa zwischen 710 000 und 1 178 000 Mark. Die Selbstkosten pro kWh erzeugten Stroms veranschlagte Kittler aufgrund der Angebote bei 230 000 kWh Abgabe pro Jahr auf 55 Pfennig für das Gleichstrom- und 63 Pfennig für das Wechsel- bzw. Drehstromsystem. Stieg die Abgabe auf über 500 000 kWh, so verminderten sich die Selbstkosten auf 32 (Gleichstrom) bzw. 35 Pfennig (Wechsel- bzw. Drehstrom). Kittler merkte an, daß er eher zu Gunsten des Wechsel- bzw. Drehstromsystems gerechnet habe, denn die hier erforderliche ständige Betriebsbereitschaft eines Reserveaggregats wegen der Nichtspeicherbarkeit von Wechselströmen würde bei der Kostenrechnung stark ins Gewicht fallen.

Schließlich erörterte Kittler die Rentabilität für drei aufeinanderfolgende Ausbauperi-

oden des Leitungsnetzes: Eine in der Altstadt betriebene Gleichstromanlage sei in den ersten beiden Betriebsperioden (Elektrifizierung der Altstadt und eines Teils der Neustadt) rentabler. In der dritten Betriebsperiode (Elektrifizierung der ganzen Neustadt und Verdichtung der Anschlüsse) sei mit dem Wechselstromsystem ein etwa gleich großer Überschuß wie mit einem Gleichstromsystem zu erzielen. Unabhängig vom Stromsystem sei die Rentabilität des Werkes bei einer Mindestabgabe von 300 000 kWh Energie pro Jahr sichergestellt.

In seinem Resümee vermied Kittler eine eindeutige Festlegung: Der Errichtung einer Gleichstromanlage, welche den »ökonomischsten und sichersten Betrieb« gewährleiste, stehe nichts im Wege, falls sie in der Altstadt gebaut würde und das Stromversorgungsgebiet auf Alt- und Neustadt beschränkt bliebe. Ansonsten komme der Bau eines Wechsel- oder Drehstromwerkes in Betracht. Die Wahl hänge von der Zahl und Größe der anzuschließenden Elektromotoren ab. Bei zahlreichen Motoren sei trotz höherer Anlagekosten dem Drehstromsystem der Vorzug einzuräumen. Einen Standort auf der Ingelheimer Aue hielt Kittler trotz mancher Vorteile (z. B. Wasserversorgung) wegen der »großen Entfernung zum Stromversorgungsgebiet« und der »exzentrischen Lage zu den Umwallungen der Stadt Mainz« für ungeeignet.⁷⁸

Ein Kraftwerksstandort in der Altstadt schied jedoch aus, da sich die Verhandlungen mit der Militärbehörde über das Gelände an der Militärbäckerei in die Länge zogen und die Stadtverwaltung im Zugzwang war, weil die Eisenbahndirektion auf der Stromlieferung ab 1. September 1899 bestand. Um trotzdem an einem Gleichstromsystem festhalten zu können, wurde ein ursprünglich nicht vorgesehenes Gelände an der Ecke Rheinallee/Neckarstraße geprüft, welches sich aber als zu klein erwies. Nun empfahl Kittler, das Elektrizitätswerk mit einem Drehstromsystem oder einem gemischten System (Drehstrom für größere Motoren / Einphasen-Wechselstrom für Beleuchtung und kleinere Motoren) am Rheingauwall zu errichten.⁷⁹ Am 25. Juni 1898 beschlossen die Kommission für elektrische Anlagen und die Ausschüsse für das Finanz- und Bauwesen einen auf Kittlers Empfehlung basierenden Antrag für die Stadtverordnetenversammlung.

Auf deren Sitzung am 29. Juni erfolgte bezüglich des Standortes eine letzte und entscheidende Wendung: »Bedenken verschiedener Art, namentlich hinsichtlich Größe und Form des Bauplatzes« führten zu der endgültigen Entscheidung für den Bau eines Drehstrom-Elektrizitätswerkes auf der Ingelheimer Aue.⁸⁰ Der Auftrag für den Bau des Werkes ging nach einer weiteren Ausschreibung an die Firma Schuckert.

In einem 1929 erschienenen Zeitungsartikel, der auf einem Vortrag des Direktors

⁷⁶ StadtA MZ XV 5f., Akte 1, »Bedingungen für die Errichtung eines Elektrizitätswerkes für die Stadt Mainz, 28. 3. 1897«.

⁷⁷ StadtA MZ Beratungsprotokoll der Stadtverordnetenversammlung, Betr.: Die Errichtung eines Elektrizitätswerkes, 5. 5. 1897.

⁷⁸ Ebda. (s. A 76).

⁷⁹ StadtA MZ, Akte 1: »Schlußbericht über die Gestaltung des Elektrizitäts-Werkes der Stadt Mainz und Anträge an die Stadtverordnetenversammlung, 25. 6. 1898«, S. 4.

⁸⁰ StadtA MZ Beratungsprotokoll der Stadtverordnetenversammlung, Betr.: Errichtung eines städtischen Elektrizitätswerkes, 29. 6. 1898.

des Mainzer Elektrizitätswerkes aufbaute, wird der als letzte Wahl akzeptierte Standort wie folgt gewürdigt: »Die Entfernung zwischen dem Kraftwerk und den Stromverteilungspunkten in der Stadt war glücklicherweise so groß, daß nur ein Wechselstrom- oder Drehstromwerk in Frage kam. So ist es gekommen, daß die Stadt als eine der ersten größeren Städte in Deutschland ein auch in der heutigen Zeit noch modernes Drehstromwerk erhalten hat.«⁸¹

Drei Erweiterungen des im September 1899 eröffneten Werkes dokumentieren die schnell steigende Nachfrage nach elektrischer Energie im ersten Jahrzehnt. Ab 1904 wurde die elektrische Straßenbahn zu einem der wichtigsten Kunden. Bemerkenswert ist auch der von Anfang an große Anteil des Kraftstroms an der gesamten Stromabgabe, der 1907 etwa 36% betrug. Nach 1910 versorgte das Kraftwerk aufgrund eines mit der Rheinischen Schuckert-Gesellschaft in Mannheim geschlossenen Vertrags über die Gründung eines Überlandwerkes auch Gemeinden im weiteren Umland. In den zwanziger Jahren konnte sich das Mainzer Werk dank moderner Kraftwerkstechnik, günstiger Standortbedingungen und gesicherter Abnehmerstruktur gegenüber dem Druck der großen Energieversorgungsunternehmen behaupten. Auch heute noch ist die Ingelheimer Aue Standort des Mainzer Elektrizitätswerkes, das nach dem 1931 erfolgten Zusammenschluß der Kraftwerke der Nachbarstädte Mainz und Wiesbaden beide Städte mit Elektrizität versorgt.

Resümee: Die ungeplante, aber zukunftsweisende Lösung

Es verwundert, daß die Entscheidung für den Standort »Ingelheimer Aue« und den Drehstrom erst getroffen wurde, nachdem die bevorzugten Optionen aufgrund äußerer Faktoren ausgeschieden waren. Im Kontext der strukturellen Probleme der Stadt wäre eine höhere Präferenz für die letztendlich gefundene Lösung zu erwarten gewesen. Kommen wir auf die eingangs skizzierte Situation von Mainz im 19. Jahrhundert zurück. Vor der Stadtverordnetenversammlung äußerte sich Oberbürgermeister Gaßner am 29. 10. 1897 über die Ziele der Stadtentwicklung im Hinblick auf die Konkurrenz mit Wiesbaden, Frankfurt und Mannheim wie folgt: »Diesen in ihrer Entwicklung rasch und mit viel Glück emporstrebenden Städten müsse Mainz, ... ein Paroli bieten, und dies könne nur geschehen, wenn die Stadt die Möglichkeiten zur Ansiedlung von Industrie vermehre, wenn sie dem Handel und dem Verkehr die Wege für eine freie, ungehinderte Umgebung ebne, wenn sie den Festungsgürtel, so weit es gehe lockere, um ihn ganz zu sprengen.«⁸² In Mainzer Debatten zur Stadtentwicklung wurde Elektrifizierung durchaus als ein Mittel gesehen, um im Wettbewerb der Städte

⁸¹ Mainzer Anzeiger, 30. 11. 1929 »Das Mainzer Elektrizitätswerk. Sein Werden und seine gegenwärtige Leistung«.

⁸² Zit. nach F. Schütz, Mainz auf dem Weg zur Großstadt. Die Eingemeindung von Mombach 1907: Erster Ausbruch aus dem Festungsgürtel, S. 177, in: Mainzer Zeitschrift 81 (1986).

mithalten zu können.⁸³ Eine klare Entscheidung für den Bau des Elektrizitätswerkes auf der Ingelheimer Aue, dem in Aussicht genommenen Industriegebiet, hätte ein Zeichen von mehr als symbolischem Wert setzen können. Derartige Überlegungen spielten im Entscheidungsprozeß jedoch keine besondere Rolle. Möglicherweise zeigte sich hier, daß im Bewußtsein der Mainzer Entscheidungsträger ihr Planungsraum nach wie vor an den Festungsmauern endete. Ohne Zweifel existierte auch eine bestimmte Skepsis gegenüber der Fernübertragung elektrischer Energie. Gleichzeitig versprach ein in der Altstadt errichtetes Gleichstromwerk in den ersten Betriebsperioden höhere Einnahmen bei geringeren Kosten. Bemerkenswert ist jedoch, daß Kittler, der mit den Eigenschaften der Stromsysteme bestens vertraut war, sich nicht entschiedener für den Drehstrom einsetzte: Die Anmeldung von immerhin 550 PS Motorenleistung für den Anschluß an das Elektrizitätswerk nannte er überraschend, ohne daraus jedoch Konsequenzen zu ziehen. Der gewisse Vorzug, den Kittler dem Gleichstrom einräumte, wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß entscheidende Jahre von Kittlers Karriere mit einer ersten Generation der Elektrizitätswerke zusammenfallen, die als Gleichstromwerke vorrangig Energie für Beleuchtung und zum Straßenbahnantrieb abgaben. Die Perspektive eines breiten Einsatzes von Elektromotoren in der Industrie – technisch eröffnet durch das Drehstromsystem – wurde bei den Mainzer Planungen nicht entscheidungswirksam. Wie die Entscheidungsfindung für das Stromsystem des Mainzer Elektrizitätswerkes zeigt, war auch sieben Jahre nach der spektakulären Fernübertragung hochgespannten Drehstroms von Lauffen/Nekar nach Frankfurt am Main die Wahl dieses Systems nicht zwingend. Wenn auch schließlich, eher zufällig, die Wahl auf das Drehstromsystem fiel, so läßt sich der »unaufhaltsame Siegeszug des Drehstroms« wie er auf der diesjährigen Jubiläumsfeier für die Internationale Elektrizitätsausstellung in Frankfurt 1891 verschiedentlich beschworen wurde, im Bewußtsein der Planer des Mainzer Elektrizitätswerkes nicht nachweisen.

III. Regionale Energieplanung oder Großraumverbund?

Mannheimer Elektrizitätsversorgung in den zwanziger Jahren

»Elektrisierung« mit Hindernissen – Städtische Industrieplanung und Elektrizität zur Jahrhundertwende

Als die Stadtverwaltung von Mannheim 1886 im Rahmen der Diskussion über die Einrichtung einer elektrischen Beleuchtung für das Hoftheater – ebenso wie in Darmstadt – auch die Errichtung einer Zentralstation für private Lichtverbraucher erwog,

⁸³ Vgl. z. B.: Mainzer Tagblatt, 16. 6. 1891: »Die städtische Elektrizitätsversorgung mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Mainz«.

regte sich noch kaum eine Nachfrage. Zudem kamen die beiden Gutachter Erasmus Kittler und Friedrich Uppenborn zu entgegengesetzten Empfehlungen an die Stadt.⁸⁴ Im November 1894 stellten die städtischen Behörden einen Bedarf von 21 336 Glühlampen, 212 Bogenlampen und 157 PS elektrischer Motorenleistung fest.⁸⁵ Der Stadtrat beschloß ein Jahr später, die Vergabe der Arbeiten für ein Elektrizitätswerk auszusprechen und sich über den Rat des Münchener Experten Oskar von Miller hinwegzusetzen, der vor der Unvergleichbarkeit der eingehenden Angebote gewarnt hatte.⁸⁶ Von Miller behielt recht: Die eingegangenen Offerten der elektrotechnischen Firmen erwiesen sich tatsächlich als unvergleichbar, weil Fragen des Stromsystems, des Standorts und weiterer technisch-betrieblicher Details im voraus zu klären waren.⁸⁷ Ebenso erging es der Stadt mit der Ausschreibung für eine elektrische Straßenbahn.⁸⁸ Erst die Präzisierung der Ausschreibung nach der Einberufung einer Expertenkommission erbrachte 1898/1899 die Vergabe des Straßenbahnbaus an die Firmen Siemens & Halske und BBC und die Errichtung eines Elektrizitätswerkes durch die schweizerische BBC. Das Unternehmen willigte ein, zugleich ihre deutsche Zentrale mit 6 Mio Mark Kapital und mehreren hundert Beschäftigten in Mannheim zu gründen.

Im Dezember 1899 nahm das Elektrizitätswerk am Industriehafen den Probebetrieb auf. Es produzierte Drehstrom für die Nachfrage nach Licht- und Kraftenergie und speiste über eine Umformerstation (Verwandlung von Drehstrom in Gleichstrom) die 1900 elektrifizierte Straßenbahn. Die Stadt übernahm die Baukosten des E-Werks und verpachtete es an die ausführende BBC, behielt sich aber die freie Kündigung des Vertrags vor.⁸⁹ Im Jahr 1906 ging das Werk in städtische Regie über.

Die Maschinenanlagen des Elektrizitätswerks wiesen ein Leistungsvermögen von 3200 kW im Normalbetrieb auf, das durch Erweiterungen bis 1914 auf 8500 kW gesteigert wurde.⁹⁰ Die gesamte nutzbare Stromabgabe des Werks stieg von 0,8 Mio

kWh 1900 auf 17,6 Mio kWh im Jahr 1914 rapide an.⁹¹ Der Preis pro kWh betrug im ersten Betriebsjahr stolze 70 Pf für Beleuchtung, 20 Pf für Motoren und 15 Pf im neuen Industriehafen.⁹² Die Tarifgestaltung des kommunalen Elektrizitätsbetriebes weist auf, daß dieser seine Kundschaft vor allem in den Großabnehmern, Straßenbahn sowie Handwerks- und Industriebetrieben, sah, die preislich eindeutig bevorzugt wurden.

Die »Elektrisierung«, wie man in der Frühzeit die Versorgung mit elektrischer Energie nannte, erfaßte vor dem Ersten Weltkrieg noch kaum die Beleuchtung der Haushalte; das Mannheimer E-Werk verdankte seine Auslastung vielmehr vor allem der Straßenbahn und dann dem Kraftstrom für Handwerk und Industrie.⁹³ Die konkurrierende Technologie des Gaslichts,⁹⁴ die sich mit der Einführung des Auer-Glühlichtes und der Ferndruckzündung auch in Mannheim modernisierte⁹⁵ und billiger war, wich noch keineswegs der Elektrizität, wie auch der Bau eines neuen Gaswerks 1906 zeigte.

Vom Vorteil der Nachzügler

Das scheinbar zögerliche und abwartende Verhalten der Stadtvertreter in der Frage der Elektrizität stellt sich als eher reagierend dar. Sie reagierten auf den Einbruch im Gasverkauf des städtischen Gaswerks durch den Bau von privaten elektrischen Blockstationen in der Innenstadt⁹⁶ sowie dem Kraftwerk für den Güterbahnhof und den Hafen. Zudem fürchteten sie, an der Gestaltung einer städtischen Infrastruktur nicht mehr teilnehmen zu können und die Verantwortlichkeit dafür allein dem unkoordinierten

⁹¹ Ebda.

⁹² Vgl. Verwaltungsbericht 1900/1902, S. 398.

⁹³ Die Straßenbahnen waren der erste Großabnehmer von Elektrizität und sorgten für eine gleichmäßige Auslastung der Werke. Dadurch konnten die Stromkosten gesenkt und der Industrie, die ihren Strom seither selbst erzeugt hatte, dieser zu einem konkurrenzfähigen Preis angeboten werden. Vgl. A. Spraul, Ein Beitrag zur öffentlichen Elektrizitäts-Versorgung in Baden, Diss. Heidelberg 1933, S. 29. Ebenso wichtig für die Abnahme der Überkapazitäten der E-Werke scheinen in der Frühphase die Elektromotoren der Kleinbetriebe gewesen zu sein, deren Zahl in den 1890er Jahren rapide zunahm. Ulrich Wengenroth kehrt die herkömmliche These, der Elektromotor als kleine Kraftquelle habe das Kleingewerbe vor der Industrie gerettet, um: »Die Elektrizitätswerke waren in ihrer Frühphase auf den möglichst schnellen Absatz bei Handwerk und Kleingewerbe angewiesen, um durch verbesserte Auslastung ihrer Anlagen den Konkurrenzkampf mit den Gaswerken bestehen zu können.« U. Wengenroth, Motoren für den Kleinbetrieb. Soziale Utopien, technische Entwicklung und Absatzstrategien bei der Motorisierung des Kleingewerbes im Kaiserreich, in: ders. (Hrsg.), Prekäre Selbständigkeit. Zur Standortbestimmung von Handwerk, Hausindustrie und Kleingewerbe im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1989, S. 201.

⁹⁴ Vgl. dazu H.-J. Braun, Gas oder Elektrizität? Zur Konkurrenz zweier Beleuchtungssysteme 1880–1914, in Technikgeschichte 47 (1980), S. 1–19.

⁹⁵ Vgl. dazu StadtA MA 1964/521: Die Einführung der Ferndruck-Zündung. Bezirkseinteilung und Bedienung 1912–1921; 1964/1388: Betriebsanlagen und Einrichtungen. Die Einführung der elektrischen Fernzündung Käfertal 1905–1911.

⁹⁶ Im Jahr 1894 existierten in Mannheim immerhin 48 Blockstationen. Vgl. Spraul (s. A 93), S. 10.

⁸⁴ Vgl. Verwaltungsbericht des Stadtrathes der Großherzoglich Badischen Hauptstadt Mannheim für die Jahre 1892, 1893 und 1894. Zweiter Band, Mannheim 1894, S. 592f. (i. f. zit. als »Verwaltungsbericht«). Ausführlicher zur Frühphase der Elektrifizierung von Mannheim vgl. D. Schott, Zweierlei Elektrifizierung. Die Kosten demonstrativer Modernität und die Vorteile des Nachzüglerturns am Beispiel der Elektrifizierung von Darmstadt und Mannheim, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde 1991.

⁸⁵ Vgl. Verwaltungsbericht Mannheim 1892/1893/1894, S. 598.

⁸⁶ Vgl. Stadtarchiv Mannheim (StadtA MA) A 20/55: Schröter, M., Der Bau des Elektrizitätswerks, 1900 (gedruckt), S. 8f. und Verwaltungsbericht 1892/1893/1894, S. 604. Auch Verwaltungsbericht 1895–1899, S. 394.

⁸⁷ So die des Baus einer oder mehrerer Zentralstationen für die verschiedenartigen Strombedürfnisse der Beleuchtung, des Kraftstroms und der Straßenbahn. Vgl. Schröter (s. A 86), S. 10.

⁸⁸ Vgl. Verwaltungsbericht 1895–1899, S. 476; StadtA MA A 27/11: Bericht über die Einführung der elektrischen Straßenbahn in Mannheim. Erstattet von Bürgermeister Ritter und Direktor Löwit, Mannheim 1900 (gedruckt), S. 14.

⁸⁹ Vgl. Schröter (s. A 86), S. 25; Verwaltungsbericht 1895–1899, S. 398.

⁹⁰ Vgl. Stadtwerke Mannheim (Hrsg.), 50 Jahre städtische Stromversorgung Mannheim, Mannheim 1956, S. 17.

nierten, an Rentabilität orientierten Verhalten der Privatunternehmen überlassen zu müssen. Des weiteren dürfte sie wohl auch die Gewinnmöglichkeit eines kommunalen Unternehmens gelockt haben, die zu den behutsamen, vorsichtig tastenden Maßnahmen des E-Werkbaus unter Verringerung des finanziellen Risikos durch die Verpachtung an die BBC führte.

Eine gewisse Rolle spielte ebenfalls die Unerfahrenheit der städtischen Gremien, in denen selbst die technischen Sachverständigen wie der neu eingestellte Maschineningenieur von der neuartigen Materie überfordert waren. Diese Unerfahrenheit veranlaßte die Kommunalpolitiker, sich die nötige Sachkompetenz durch die Heranziehung von Experten oder die Gründung von Kommissionen zu verschaffen. Die elektrotechnischen Experten erhielten ein bedeutendes Gewicht in der Frühphase der Elektrifizierung Mannheims, obwohl sich ihre Gutachten zum Teil widersprachen.⁹⁷ Die Entscheidungsfindung beschleunigte sich dadurch nicht gerade, andererseits gaben die Meinungen der Berater die Basis für fundierte Entscheidungen ab.

In den Strategien kommunaler Industriepolitik, wie sie sich in Mannheim besonders am Bau des Industriehafens und der Gewinnung der BBC-Firmenleitung für eine Ansiedlung in der Stadt zeigten, spielten Infrastrukturleistungen eine wichtige Rolle. Der von der politischen Führung bewußt eingeleitete Funktionswandel von der Handels- zur Industriestadt⁹⁸ benötigte auch ein funktionierendes Verkehrsnetz zum Güter- und Arbeitskräftetransport und eine Energie- und Beleuchtungstechnik, mit der man bei Großunternehmen wie Heinrich Lanz und Benz werben konnte.

In den Jahren nach der städtischen Übernahme des Werks 1906 veränderte sich die Situation der Elektrizitätsversorgung, weil die kommunalen Betriebe nicht mehr alleinbestimmend in der Belieferung ihres Gebiets blieben. Unternehmen wie die »Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke AG« (RWE) strebten eine großräumige überregionale Stromversorgung an. Durch die preisgünstige Herstellung von Strom auf Kohlebasis im Ruhrgebiet und seine Transferierung über Hochspannungsleitungen an die Verbrauchsorte erwuchs den kommunalen Kraftwerken ein mächtiger Konkurrent, dessen aggressive Markt- und Machtpolitik über die Gründung gemischtwirtschaftlicher Unternehmen schnellen Erfolg zeigte.⁹⁹

Die Konzerngruppe von Hugo Stinnes verfügte über die Neue Rheinau AG, der das

Rheinauer Elektrizitätswerk¹⁰⁰ gehörte, und durch die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft (SEG) über bedeutende Einflußmöglichkeiten auf die zukünftige Entwicklung der Stromversorgung und des Regionalverkehrs in Mannheim. Bei der Gründung der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft (OEG) zur Koordination der Energie- und Verkehrspolitik im Rhein-Neckar-Raum 1911 gelang es der Stadt allerdings – im Gegensatz zur Darmstädter Entwicklung –, die weitgehenden Forderungen von Stinnes zurückzuweisen und ihren Gestaltungsspielraum zu erhalten. Oberbürgermeister Martin begründete seine harte und entschiedene Verhandlungsstrategie so: »... unter keinen Umständen lassen wir von dem, nicht nur was wir heute schon haben, sondern was auf unserer Gemarkung künftig entstehen könnte, etwas ab. Wir wollen Herr sein und Herr bleiben auf unserer Gemarkung.«¹⁰¹ In dem Jahrzehnt bis 1921, als die OEG zu einem reinen Verkehrsunternehmen reduziert wurde,¹⁰² blieb sie der Träger eines Ausbaus der regionalen Stromversorgung und des Nahverkehrs.

Entwicklung der badischen Elektrizitätswirtschaft bis 1935

Die Versorgung Badens mit elektrischer Energie erfolgte neben den Kleinkraftwerken vor allem durch das 1921 gegründete, zuerst rein staatliche Badenwerk, das durch die Übernahme des 1918 fertiggestellten Wasserkraftwerks an der Murg, der zugehörigen Hochspannungsleitungen und anderen Einrichtungen die Anfänge einer Verbundnetz bildung betrieb. In den zwanziger Jahren kamen noch der Ausbau des Murgwerks durch die Schwarzenbachtalsperre und der Bau des Schluchseerwerks dazu, für den das Badenwerk durch die Beteiligung der RWE in ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen umgewandelt wurde.

Die Einflußsphären der badischen Elektrizitätslieferanten ließen sich Ende der zwanziger Jahre so festlegen: Das Versorgungsgebiet des Badenwerks reichte vom Main über Karlsruhe bis Baden-Baden; der Bereich des Großkraftwerks in Mannheim trat damit in Konkurrenz; die Belieferung Südbadens teilten sich das Badenwerk und die Oberrheinwerke Rheinfelden und Laufenburg.¹⁰³ Damit stellte sich die badische Elektrizitätsversorgung in den zwanziger Jahren einmal als »Kampfplatz

¹⁰⁰ Das von der AEG unter Leitung des Darmstädter Professors Erasmus Kittler gebaute Elektrizitätswerk Rheinau bei Mannheim ging 1899 in Betrieb. Es gehörte seit 1906 der Neuen Rheinau AG, in der Ruhrindustrielle wie Hugo Stinnes (RWE) den Ton angaben.

¹⁰¹ Zit. n. OEG (Hrsg.) (s. A 47) S. 12f. Nachdem die SEG und die Neue Rheinau AG ursprünglich gefordert hatten, die Stadt solle das E-Werk, Gaswerk und Straßenbahn in die neuzugründende Gesellschaft einbringen, brachte sie schließlich nur nebensächlichen Besitz wie eine Dampf-Nebenbahn ein, während Stinnes mit dem Rheinauer Werk und einigen Bahnen der SEG wesentliche Anteile an die OEG abgab. Ebda.

¹⁰² Die finanziellen Schwierigkeiten der OEG nach dem Krieg führten zu einer Abtrennung der (rentablen) Elektrizitätsabteilung, da Stinnes »die strategische Position des Kraftwerks Rheinau im allgemeinen Rahmen der Elektrizitätswirtschaft nicht aufgeben wollte«. Ebda., S. 20.

¹⁰³ Vgl. K. Köbler, Die Elektrizitätsversorgung Badens, in: Elektrotechnische Zeitschrift Heft 43/28. 10. 1926, S. 1257–1261 und Heft 44/4. 11. 1926, S. 1287–1291, hier Heft 43, S. 1258.

⁹⁷ Das mag daran liegen, daß die noch junge Disziplin Elektrotechnik in den 1890er Jahren keine eindeutigen Antworten etwa zur Frage der Stromart (Gleichstrom/Wechselstrom/Drehstrom) zu geben vermochte. Zur Gleichstrom-Wechselstrom-Debatte vgl. J. Steen (s. A 40).

⁹⁸ Vgl. dazu G. Wybrecht, Die strukturellen Veränderungen der Mannheimer Wirtschaft von 1830–1914, Diss. Freiburg 1957, insbesondere S. 102ff.

⁹⁹ Vgl. W. Zängl, Deutschlands Strom. Die Politik der Elektrifizierung von 1866 bis heute, Frankfurt / New York 1989, S. 48ff.

zwischen Dampfkraft und Wasserkraft«¹⁰⁴ der regionalen Dampfkraftwerke und des RWE-Kohlenstroms im Norden und der Badenwerk-Wasserkräfte im Süden dar. Zugleich überschneidet sich diese Konfliktlinie mit der des Ausbaus einheimischer badischer Werke versus Strombezug von außerhalb und derjenigen der Monopolbestrebungen des Badenwerks versus der Selbständigkeit kommunaler Werke.¹⁰⁵

Seit 1906/1907 gab es Versuche der Elektrizitätswirtschaft, staatliche Eingriffe zu provozieren, um durch eine Großraum-Verbundnetzbildung die Kleinproduzenten auszuschalten und die Stromversorgung zu zentralisieren und zu monopolisieren. Da es auch in den zwanziger Jahren zu keiner gesetzlichen Regelung der Elektrizitätswirtschaft kam, weil die Ausführungsbestimmungen des Sozialisierungsgesetzes von 1919 von der Industrie und den bürgerlichen Parteien blockiert wurden, herrschte bis 1935 ein gnadenloser Verdrängungswettbewerb in dieser Wirtschaftssparte, der »Reichselektrokrieg«.¹⁰⁶ Am Ende stand ein vermehrter Einfluß der großen gemischtwirtschaftlichen und staatlichen Unternehmen, weil die Kommunen, die vor allem für eine dezentrale Energieversorgung plädierten, keine Gegenkonzeption zur Großraum-Verbundwirtschaft entwickelten.¹⁰⁷

Strom für die Industrie: Die Gründung des Großkraftwerks Mannheim

Die Sicherheit der Stromlieferungen im Mannheimer Raum war in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg aufgrund der Kohlenkrise, mangelnder Maschinenleistungen und der steigenden Nachfrage trotz der Koordinationsabsprachen zwischen städtischem Werk, Rheinau, den Pfalzwerken und dem Murgwerk nicht mehr zu garantieren. Eine Erweiterung der Anlagen oder der Bau eines neuen, größeren Werks schien unumgänglich. Die expansive Marktstrategie des Mannheimer Kommunalunternehmens verzeichnete in den Nachkriegsjahren bereits eine hohe Anzahl von Großunternehmen als Stromkonsumenten, auch wenn diese ihre eigene Stromerzeugung zum Teil noch beibehielten.¹⁰⁸ Das hieß, die Rentabilität auch eines neuen Werks hing we-

sentlich von der industriellen Nachfrage ab, die in der Betriebspolitik erste Priorität genießen mußte.

Unter Führung der Mannheimer Firma Rheinelektra,¹⁰⁹ die sich auf den Bau von Elektrizitätswerken spezialisiert hatte,¹¹⁰ fanden sich als Interessenten am Bau eines Großkraftwerks die Stadt Mannheim, das staatliche Badenwerk,¹¹¹ das Rheinauer Kraftwerk der OEG, die Pfalzwerke Ludwigshafen/Homburg,¹¹² die Landeskohlenstelle Baden und Pfalz sowie das Reichsverkehrsministerium ein. Bei einer Besprechung im Juli 1920 bezifferte man die Kosten für den Neubau auf 120 Mio Mark, von denen 30 Mio durch das Kapital der Gesellschafter und die restlichen 90 Mio durch Anleihen aufgebracht werden sollten. Die Kosten pro kWh schätzte man niedriger als bei einem Ausbau der Einzelwerke und faßte den Beschluß, das Projekt weiterzubearbeiten.¹¹³ Einen Monat später traf die Direktion der Wasser-, Gas- und E-Werke die Beurteilung, daß sich das städtische Werk am Industriehafen nicht zum Umbau als Großkraftwerk eigne – was im Gespräch war – und deshalb ein Neubau erstellt werden sollte, auch wenn die Kosten dafür 15–20 Mio Mark höher lägen.¹¹⁴

Bei der Besprechung am 9. Dezember 1920 nahmen erstmals auch Vertreter des Reichsschatzministeriums und des Reichsverkehrsministeriums teil, die sich für die Wasserkraftnutzung insbesondere der geplanten Neckarkanalisation zur Erzeugung von Elektrizität aussprachen und damit sofort heftigen Widerspruch auslösten. Denn der Ausbau des Neckars und die Errichtung von Staustufen würde etliche Jahre in Anspruch nehmen, sehr kostenintensiv sein und den Strompreis erhöhen, argumentierten Direktor Bühring von der Rheinelektra und der Mannheimer Bürgermeister Ritter.¹¹⁵

Mio kWh, der Kleinkonsumenten auf 5,5 Mio kWh, der Straßenbahn auf 4,17 Mio kWh. Er sprach sich für eine Einschränkung der Stromlieferungen lediglich für die Kleinkonsumenten, die Straßenbahn und die öffentliche Beleuchtung, aber nicht für die der Großabnehmer aus.

¹⁰⁹ Von der »Führung« der Rheinelektra bei den Großkraftwerksplänen spricht auch F. Baumüller, 50 Jahre Großkraftwerk Mannheim, in: Mannheimer Hefte 1971/3, S. 31.

¹¹⁰ Vgl. H. Schöberl, Die Rheinische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (Rheinelektra) Mannheim, Mannheim 1922. Die Rheinelektra war Nachfolgerin der Rheinischen Schukert-Gesellschaft, die 1910 zusammen mit der Stadt Mainz das Überlandwerk Mainz gründete.

¹¹¹ Zum Badenwerk vgl. *Badenwerk AG* (Hrsg.), Badenwerk AG Karlsruhe. 25 Jahre 1921–1946, Karlsruhe 1946; *Badenwerk AG* (Hrsg.), Badenwerk AG 1921–1961, Karlsruhe 1961; *Badenwerk AG* (Hrsg.), Die badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk) Karlsruhe, Karlsruhe 1925.

¹¹² Zu den Pfalzwerken vgl. F. Pack, Die pfälzische Überlandzentrale, Neustadt 1912; *Pfalzwerke AG* (Hrsg.), Ein halbes Jahrhundert Elektrizität in der Pfalz, Darmstadt 1952.

¹¹³ Vgl. StadtA MA 1964/1042: Großkraftwerk. Denkschriften und Protokolle über Besprechungen. 1920–1921. Niederschrift über die Besprechung des Projekts eines Großkraftwerks in Mannheim 21. 7. 1920.

¹¹⁴ Vgl. StadtA MA 1964/1042, Großkraftwerk..., Dir. WGE an Rheinische Elektrizitäts-Gesellschaft 20. 8. 1920.

¹¹⁵ Vgl. StadtA MA 1964/1042 Großkraftwerk..., Niederschrift der Besprechung des Projekts eines Großkraftwerks 9. 12. 1920. Diese Argumente sind auch stichhaltig, denn sogenannte Laufwasser-

¹⁰⁴ Zur badischen Elektrifizierung gibt es zahlreiche zeitgenössische Studien, u. a.: Elektrizitätsversorgung unter Ausnutzung der Wasserkräfte an Beispielen des Badenwerkes, Berlin 1928 (= Industrie-Bibliothek Band 28); H. Büggeln, Die Entwicklung der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft in Deutschland. Unter besonderer Berücksichtigung der süddeutschen Verhältnisse, Stuttgart 1930.

¹⁰⁵ Vgl. K. Köbler (s. A 103), S. 1291.

¹⁰⁶ Vgl. H. Hellige, Entstehungsbedingungen und energietechnische Langzeitwirkungen des Energiewirtschaftsgesetzes von 1935, in: Technikgeschichte 53 (1986), Nr. 2, S. 123–155, hier S. 125 ff. Auch Zängl (s. A 99), S. 101.

¹⁰⁷ Vgl. H. Hellige (s. A 106), S. 128. Zur Verbundwirtschaft auch G. Boll, Entstehung und Entwicklung des Verbundbetriebs in der deutschen Elektrizitätswirtschaft bis zum europäischen Verbund, Frankfurt am Main 1969.

¹⁰⁸ Vgl. StadtA MA 1964/1249: Stromkonsum. Nr. 5. Verschiedenes. Stromkontingent (Elektrizitätswerk Vertrauensmann). 1919–1921. Pichler an Helmle (Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues Karlsruhe) 22. 11. 1919. Der von dem Mannheimer E-Werks-Direktor Pichler vorgelegte Notplan bezifferte den Verbrauch der Großkonsumenten (über 100000 kWh pro Jahr) auf 12,37

Eine Denkschrift der Rheinelektra vom Dezember 1920 betonte, daß nach der voraussichtlichen Verbrauchsentwicklung alle beteiligten Werke vergrößert werden müßten, der Bau eines Großkraftwerks aber ca. 80 Mio Mark billiger kommen würde. Von den 30 Mio Mark Gesellschaftskapital (restliche 90 Millionen über Anleihen) sollten Stadt, OEG und Pfalzwerke mehr als die Hälfte beitragen, Land und Reich den Rest.

In der Ergänzungs-Denkschrift vom 18. Januar 1921 ging die Rheinelektra auf das Problem der Neckarwasserkräfte ein und ordnete dem Großkraftwerk seine Funktion als »Ausgleichs«-Kraftwerk der wasserstandsabhängigen Stromproduktion am Neckar zu.¹¹⁶ Um die Beteiligung der staatlichen Neckar AG¹¹⁷ – die den Neckarausbau durchführte – am Großkraftwerk abzusichern, garantierte der Geheimrat Block vom Reichsverkehrsministerium einen um 1 Pf günstigeren Neckarstrompreis für das Mannheimer Großkraftwerk.¹¹⁸ Der offenbar massive Druck der Reichsministerien auf die Nutzung der Neckarwasserkräfte durch das Großkraftwerk konnte im Mai 1921 in der Form abgemildert werden, daß die Neckar AG sich an der Kraftwerksgründung mit beteiligte und ein Vertrag über den gegenseitigen Strombezug abgeschlossen werden sollte.¹¹⁹

Nach einem unabhängigen Gutachten des Karlsruher Professors Paulsen beteiligte sich die Stadt 1921 an der Gründung der Großkraftwerk Mannheim AG mit einem Betrag von 7,8 Mio Mark. Am 8. November schlossen das Badenwerk, die Neckar AG, die Pfalzwerke und die Stadt Mannheim den Gründungsvertrag der Großkraftwerk Mannheim AG mit einem Grundkapital von 30 Mio Mark.¹²⁰ Anfang September 1923 lieferte das Großkraftwerk erstmals Strom an das alte städtische E-Werk Industriehafen und 2 Monate später erfolgte die Übernahme der Stromversorgung der Stadt durch das neue Werk in Neckarau und die Zurückstufung der ersten Mannhei-

kraftwerke erfordern sehr hohe Investitionskosten und müssen daher anfänglich hohe Strompreise fordern. Ihre Betriebskosten liegen allerdings im Vergleich zu Kohlekraftwerken sehr niedrig, d. h. sie produzieren nach einigen Jahren billigen und konkurrenzfähigen Strom.

¹¹⁶ Vgl. ebenda, Denkschrift Rheinische Elektrizitäts-AG 18. Januar 1921. In einer gedruckten Version vom 18. Februar 1921 in 1964/1082. Mit »Ausgleichs«-Kraftwerk ist wohl gemeint, daß die jahreszeitlich schwankende Stromerzeugung am Neckar die Grundlast an Strom liefern sollte, während das Großkraftwerk die darüber hinaus gehende Spitzenlast zu decken habe. – Die Neckarwasserkräfte trugen im Jahr 1930 gerade mit 18–20% zum Gesamtstrom des Großkraftwerks bei. Vgl. StadtA MA 1964/1076: Monatsberichte des Großkraftwerks 1930, Januar 1930 und Juni 1930.

¹¹⁷ Zur Neckar AG vgl. H. Eggers, Reich und Länder in der Elektrizitätswirtschaft Badens und Württembergs, Diss. Freiburg 1923, S. 132ff.

¹¹⁸ Vgl. StadtA MA 1964/1042 (s. A 113), Niederschrift über die Verhandlung mit dem Geheimrat Block vom Reichsverkehrsministerium 40. 3. 1921.

¹¹⁹ Vgl. StadtA MA 1964/1042 (s. A 113), Niederschrift über die Verhandlung zwischen dem Geheimrat Block und den Interessenten des Großkraftwerks 12. Mai 1921.

¹²⁰ Vgl. F. Baumüller (s. A 91), S. 18.

mer Zentralstation als Reservelieferant der über 5000 bis 5500 kW hinausgehenden elektrischen Leistung.¹²¹

Die technische Grundausrüstung des Großkraftwerkes bei der Inbetriebnahme bestand aus 14 Dampfkesseln und 3 Turbogeneratoren mit je 12.500 kW Leistung. Auf der Sitzung des Beirats des Großkraftwerks im November 1925 wurde der Beschluß gefaßt, im Winter 1927/1928 eine neue 20.000 kW-Maschine aufzustellen und neuartige Höchstdruckkessel, die seither erst in den USA erprobt worden waren, anzuschaffen.¹²² Der Verzicht auf vermehrten Bezug von Badenwerk-Strom und die stattdessen – erstmals in Deutschland – durchgeführte Innovation mit Höchstdruckkesseln scheint allerdings erhebliche technische Probleme aufgeworfen zu haben.¹²³

Die Stromeigenerzeugung des Werks stieg schnell von 83 Mio kWh 1924/1925 auf 189 Mio kWh in den Jahren 1929/1930, um dann in der Wirtschaftskrise 1931/1932 auf 87 Mio kWh zu fallen.¹²⁴

Das Großkraftwerk im Widerstreit der Interessen

Die Interessen und Motive der Teilhaber an der Aktiengesellschaft lassen sich folgendermaßen skizzieren: Das staatlich-badische Badenwerk suchte für die Abnahme des Wasserkraftstroms aus dem Murgwerk feste Konsumenten und wollte darüber hinaus die Elektrizitätsversorgung Badens zentral und einheitlich unter seiner Leitung gestalten.¹²⁵ Das Großkraftwerk verpflichtete sich vertraglich, überschüssigen Strom aus dem Murgwerk bis zur eigenen Bedarfsdeckung zu übernehmen.¹²⁶ Der Stadt Mannheim lag die effektive Gewährleistung der Stromversorgung am Herzen, um insbesondere die industriellen Großkonsumenten zu erhalten oder zu gewinnen, die eine betriebswirtschaftlich positive Führung des Werks überhaupt erst ermöglichten,¹²⁷ Gewinne für die Stadtkasse oder billigen Strom für die Straßenbahn versprochen. Die

¹²¹ Vgl. *Stadtwerke Mannheim* (Hrsg.) (s. A 90), S. 19. Auch StadtA MA 1964/1067: Tarifgestaltung des Großkraftwerks 1921–1924.

¹²² Vgl. StadtA MA 1964/1073: Niederschriften über die Beiratssitzungen der Großkraftwerk Mannheim AG Mannheim 1920–1929. Protokoll der Beiratssitzung vom 16. 11. 1925.

¹²³ Vgl. dazu StadtA MA 1964/1084: Ausbau des Großkraftwerks. Erweiterung des Neckarkanal. 1930–1951. Niederschrift der Beiratssitzung vom 24. 3. 1930.

¹²⁴ Vgl. *Denkschrift* zum 25jährigen Jubiläum der Großkraftwerk Mannheim AG, Mannheim 1946, S. 21.

¹²⁵ In einem Schreiben der Badischen Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues Karlsruhe an die Direktion der WGE Mannheim vom 14. 10. 1918 betonte diese, daß die Stromerzeugung Badens von einer Stelle geleitet werden müsse, um damit den »Anfang zu einer einheitlichen und großzügigen Versorgung des Landes mit Elektrizität« zu legen. Vgl. StadtA MA 1964/1071: Strombezug aus dem Murgwerk. Strompreise 1917–1920.

¹²⁶ Vgl. den Vorvertrag zwischen den Aktionären des Großkraftwerks in StadtA MA 1964/1082 (gedruckt).

¹²⁷ Wie sich nicht nur im Gutachten Paulsens zeigte, sondern auch mannigfach in der in den Akten des Stadtarchivs Mannheim (Bestand 1964) auftauchenden Rücksichtnahme auf die Stromabnehmer aus der Industrie.

Pfalzwerke mit ihren Kraftwerken in Ludwigshafen und (dem größeren) in Homburg fürchteten aufgrund der französischen Besetzung der Pfalz um die Sicherheit der Homburger Stromlieferungen und betrachteten das Großkraftwerk als Ersatz für diese.¹²⁸ Für die Neckar AG stand der Absatz ihres elektrischen Stroms aus Wasserkraft im Mittelpunkt, mit dessen Lieferung 1926 begonnen werden sollte. Die Berliner Reichsministerien, die aufgrund der Knappheit in der Kohleversorgung nach dem Krieg auf den zügigen Ausbau der Wasserkraft zur Stromerzeugung setzten, unterstützten die Neckar AG dabei.¹²⁹

Die Vereinbarung der Städte Karlsruhe und Mannheim sowie der OEG mit dem staatlichen Murgwerk zum Bezug von Wasserkraftstrom vom Dezember 1918 gab dem Murgwerk die bestimmende Position¹³⁰ und war Ausdruck einer staatlichen Politik, die Energieversorgung als ihre Aufgabe ansah und diese zentral und einheitlich lösen wollte.¹³¹ Daß sie dabei mit den Interessen der kommunalen Einzelwerke an Entscheidungssouveränität kollidieren mußte, erscheint zwangsläufig: Bereits im Dezember 1919 brandmarkten die Mannheimer Werke eine Verfügung der staatlichen Landeskohlenstelle an die E-Werke als »Fall von staatlichem Kommunismus«.¹³² Nach der Inbetriebnahme des Großkraftwerks 1923 entwickelte sich der Konflikt um die Höhe des Murgstrompreises zum Dauerbrenner.¹³³ Im Dezember 1924 drohte der Direktor des Großkraftwerks, Fritz Marguerre, dem Badenwerk ultimativ, falls dieses sein Stromangebot nicht konkretisiere, werde eine »Kraftwerkserweiterung als die gegebene Lösung an(ge)sehen«.¹³⁴ Das Großkraftwerk, so Marguerre, wehre sich gegen die uneingeschränkte Übernahmepflicht teureren »Abfallstroms« und gegen die Sicherstellung der Rentabilität »zweifelhafter Wasserkraft«.¹³⁵ Die Konflikte eskalierten schließlich auf der Beiratssitzung im Februar 1929 zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Direktor Fettweis vom Badenwerk und Marguerre um den Stellenwert

der Stromlieferungen des Badenwerks – die für das Großkraftwerk lediglich Reservelieferungen darstellten –, die mit der Anrufung eines Schiedsgerichts endete.¹³⁶

In einem Schreiben an den befreundeten Direktor der Pfalzwerke, Hoberg, offenbarte Marguerre 1934 seine energiepolitischen Überzeugungen und sein Verhalten: »Mein Kampf gegen das Badenwerk ist dadurch entstanden, daß das Badenwerk vom ersten Tage ab sich nur am Großkraftwerk beteiligt hat – und diese Taktik seit zehn Jahren verfolgt hat – um die Entwicklung desselben als eine unabhängige Stromquelle in Baden zu verhindern und es womöglich in die Hand zu bekommen. Der Kampf ging nicht von mir aus, sondern von der anderen Seite... Zum Glück befand sich meine innere Überzeugung, daß es ein ausgemachter wirtschaftlicher Unsinn sei, Nordbaden von den 250 km entfernten Oberrheinwasserkraften und vom Schluchsee aus zu versorgen, oder das Schwarzenbachbecken mit seiner Riesenmauer und seinem lächerlich kleinen Inhalt auszubauen, mit meiner Pflicht in vollem Einklang.«¹³⁷ Marguerre nahm nicht nur Stellung gegen den staatlichen Ausbau der Wasserkraft, sondern auch gegen eine zentral geleitete Großraum-Verbundwirtschaft für Baden.¹³⁸

Das Mannheimer Großkraftwerk stand in dieser Konkurrenzsituation, weil es bei der Suche nach Abnehmern für seinen Strom zum einen mit dem Badenwerk, zum anderen mit der RWE aufeinanderstieß. Da seine Anlagen wesentlich mehr Strom produzierten als von der Stadt Mannheim vertragsmäßig abgenommen wurde, mußte sich der Stromverkauf am freien Markt orientieren.¹³⁹ Das hieß einmal, das Großkraftwerk durch technische Modernisierung und durch Rationalisierung konkurrenzfähig zu erhalten und zum anderen, die bestehenden Großkonsumenten der Industrie an sich zu binden und neue zu gewinnen. In der Wirtschaftskrise nach 1929 kamen die Verantwortlichen des Kraftwerkes der Industrie so weit als betriebswirtschaftlich möglich entgegen, um sich ihre Hauptabnehmer zu erhalten.¹⁴⁰ Bereits in den zwanzig-

¹³⁶ Vgl. StadtA MA 1964/1073 (s. A 133), Beiratssitzung 6. 2. 1929.

¹³⁷ StadtA MA 1964/1086: Verhandlungen des Groß-Kraftwerks mit der Reichsbahn wegen Stromlieferung. 1934. Marguerre an Hoberg 8.3.1934.

¹³⁸ Fritz Marguerre ist eine zentrale Figur der Auseinandersetzung über kommunal-dezentrale Energieversorgung versus Großraum-Verbundwirtschaft. In einer Vielzahl von Aufsätzen plädierte er von den 20er bis in die 50er Jahre gegen die zentralisierte und monopolisierte Stromerzeugung und -verteilung durch private und gemischtwirtschaftliche Großkonzerne. In stromwirtschaftskritischen Darstellungen wird er auch heute noch zitiert, vgl. etwa S. Kohler, Geschichte der deutschen Elektrizitätswirtschaft und ihre Auswirkungen auf die kommunale und regionale Energieversorgung, Öko-Institut Freiburg 1984. Zu Marguerres Publikationen siehe die leider wenig sorgfältig gearbeitete Bibliographie von H. Ott (Hrsg.), Bibliographie zur Geschichte der Energiewirtschaft in Deutschland, St. Katharinen 1987, S. 312.

¹³⁹ Vgl. auch F. Baumüller (s. A 110), S. 32.

¹⁴⁰ Vgl. dazu StadtA MA 1964/1068: Tarifgestaltung des Großkraftwerks 1930–1938. Gegenüber den Kleinabnehmern schien es dagegen keine Kompromißbereitschaft in der Krise gegeben zu haben. Am 2. März 1932 riefen das Ortskartell des selbständigen Mittelstandes und die Interessengemeinschaft der Mannheimer Gewerberaum-Mieter zu einem »Lichtstreik« auf, um gegen die ihrer Ansicht nach überhöhten Tarife zu protestieren.

¹²⁸ Vgl. *Denkschrift* (s. A 124), S. 3; StadtA MA 1964/1042, Niederschrift über die Besprechung des Projekts eines Großkraftwerks in Mannheim 21. 7. 1920.

¹²⁹ Vgl. die oben schon aufgeführten Stellungnahmen des Geheimrats Block aus dem Berliner Verkehrsministerium im StadtA MA 1964/1042.

¹³⁰ Vgl. StadtA MA 1964/1071: Strombezug aus dem Murgwerk. Strompreise 1917–1920. Vereinbarung der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus, des Stadtrats Mannheim und der OEG 2.9./23. 12. 1918.

¹³¹ Vgl. StadtA MA 1964/1071 (s. A 130), Oberdirektion Wasser- und Straßenbau Karlsruhe an Direktion WGE 14. 10. 1918.

¹³² Vgl. StadtA MA 1964/1071 (s. A 130), a.a.O., WGE an Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus 15. 12. 1919.

¹³³ Vgl. StadtA MA 1964/1073: Niederschriften über die Beiratssitzungen der Großkraftwerk Mannheim AG 1920–1929; 1964/1083: Leistungsangebot des Badenwerks 1924–1950; 1964/1084: Ausbau des Großkraftwerks. Erweiterung des Neckarkanals 1930–1951.

¹³⁴ Vgl. StadtA MA 1964/1083 (s. A 133), Marguerre an Badenwerk 22. 12. 1924.

¹³⁵ Vgl. StadtA MA 1964/1083 (s. A 133), Niederschrift der Beirats-Sitzung vom 3. 1. 1925.

ger Jahren hatte man die umstrittene Anwendung der Elektrowärme vor allem im Bereich der Haushaltsgeräte forciert und dafür massive Werbung betrieben.¹⁴¹ Die Betriebspolitik des Großkraftwerks läßt sich daher als expansive marktorientierte Stromerzeugung charakterisieren.

Fazit

Elektrifizierung als »demonstrative Modernität« – der erhoffte Prestigegewinn der Residenzstadt durch das elektrische Licht und das Interesse des Lehrstuhlinhabers Kittler an einem Demonstrationsobjekt seiner Disziplin Elektrotechnik verschaffte Darmstadt sehr früh ein Elektrizitätswerk. Dagegen trugen die Planungen der mehr als zehn Jahre später gebauten Elektrizitätswerke in Mainz und Mannheim Aspekten des Strukturwandels dieser Städte zu Industriestädten Rechnung und betteten die Elektrifizierung sozusagen in die wirtschaftliche und städtebauliche Entwicklung ein. Aus der Retrospektive erweist sich diese »Verspätung« nicht als ungünstig, sondern erlaubte es diesen Städten, ein Kraftwerk auf der Grundlage des Drehstromsystems, das sich für die Elektrizitätsversorgung durchsetzen sollte, zu errichten. Diese Technik bot den Städten die Chance, mit attraktiven Stromtarifen auf den wachsenden Energiebedarf der Industrie zu reagieren und so die Rentabilität ihrer Stromerzeugung zu erhöhen und sich eine bessere Ausgangsposition für die späteren Auseinandersetzungen mit den großen Stromkonzernen zu sichern.

Fachexperten wie Erasmus Kittler oder Oskar von Miller fiel bei der Planung der Elektrizitätswerke in allen drei Städten eine Schlüsselrolle zu. Doch selbst bei ihnen springt ins Auge, daß sie zu technischen Fragen wie der Wahl des »richtigen Stromsystems« auch nach der Internationalen Elektrizitätsausstellung in Frankfurt keine eindeutige Antwort zu geben vermochten, weil ihnen eine klare Vorstellung über den weiteren Verlauf der Elektrifizierung fehlte.

Die mit der Errichtung eines Elektrizitätswerkes verbundene Systementscheidung konnte nicht jederzeit revidiert werden und führte jedenfalls zu einer längeren Festlegung, die es nicht erlaubt, Elemente eines anderen Systems ohne Reibungsverlust zu integrieren. Mit den anfangs getroffenen Entscheidungen wurden also bedeutende Weichenstellungen vorgenommen, die über den Handlungsspielraum der Städte in der neuen Phase der Elektrifizierung im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts entschieden: Während sich in Mainz und Mannheim der Bau von städtischen Überlandzentralen zur Versorgung von Stadt und Land als Perspektive eröffnete, mußte Darmstadt mittelfristig seine eigene Stromproduktion aufgeben.

¹⁴¹ Im westlichen Teil der Rheinauer Casterfeldsiedlung, auch »Elektrosiedlung« benannt, erprobte das Großkraftwerk Küchengeräte. Vgl. *Stadtarchiv Mannheim* (Hrsg.), Rheinau. Illustrierte Geschichte eines Mannheimer Vororts, Mannheim 1988, S. 56.

Die Verbundnetzbildung durch den Zusammenschluß von Kraftwerken verschiedener Art (Wasserkraftwerke, Dampfkraftwerke) für eine sehr große Anzahl von Stromnutzern mit unterschiedlicher Verbrauchszeit versprach eine bessere Ausnutzung der Anlagen. Zudem gewährte die Koppelung verschiedener Stromnetze die Möglichkeit der Aushilfe beim Ausfall von Maschinen und bei Überkapazitäten. Diese technisch-betriebswirtschaftlichen »Sachzwänge« zogen jedoch nicht notwendigerweise den Aufbau einer Großraum-Verbundwirtschaft nach sich, wie sie heute existiert. Problematisch war dabei immer, inwiefern regionale Energiebedarfsstrukturen bei der Konzipierung der Energieerzeugung berücksichtigt werden und welche Möglichkeiten die Verbraucher haben, ihren Interessen Geltung zu verschaffen. Über die Größe des Elektrizitäts-Verbundes, über die Rentabilität ausgedehnter Hochspannungsnetze und über den Sinn monopolistischer Elektrowirtschafts-Strukturen entscheiden nicht die von der elektrischen Technik vorgegebenen Notwendigkeiten. Wie das Mannheimer Beispiel aufweist, fanden schon in den zwanziger Jahren heftige Kontroversen zwischen den Befürwortern einer eher dezentralen Energieversorgung und den Trägern einer zentral geleiteten und vereinheitlichten Verbundwirtschaft statt, Kontroversen, wie sie in den neuen Bundesländern um die Elektrizitätsversorgung wieder aufgebrochen sind. Die Macht- und Zentralisierungsbestrebungen der großen Energiekonzerne wie der RWE ließen die kommunalen Werke damals in die Defensive geraten und mit dem noch heute gültigen Energiewirtschaftsgesetz von 1935 wurde der ökonomische Status Quo der Übermacht der großen gemischtwirtschaftlichen und staatlichen Unternehmen zementiert.

Tab. 1: Verbrauchsstruktur der Elektrizitätswerke Darmstadt, Mannheim und Mainz nach Verbrauchsarten 1898–1912

Verw. Jahr	Vom Gesamtverbrauch entfallen in Prozent auf ...														
	Lichtstrom			Kraftstrom			Staatsbahn		Straßenbahn			Eigenverbr. d. E-Werks			
	Da	Ma	Mz	Da	Ma	Mz	Da	Mz	Da	Ma	Mz	Da	Ma	Mz	
1898/99	41,4			6,6					45,2			6,8			
1900/01			38,2			14,6		43,9						3,3	
1903/04	35,8	19,6	36,7	11,3	39,9	32,5	29,2	47,8	38,9			5,1	1,6	1,6	
1904/05	32,0	23,3	28,2	11,3	34,1	27,7	23,4	51,0	40,6	19,5		5,8	1,9	1,3	
1905/06	33,5	k.A.	22,5	13,4	k.A.	22,0	19,6	48,8	32,5	34,7		3,5	k.A.	1,1	
1906/07	36,3	20,4	22,1	13,8	42,6	21,9	20,8	47,3	34,6	34,1		2,6	2,8	1,1	
1907/08	35,9	27,1	20,4	16,2	34,0	21,7	22,3	45,6	34,7	34,6		2,3	1,5	1,1	
1908/09	34,7	19,6	23,2	16,2	38,0	22,0	20,4	46,2	36,2	33,4		2,2	2,5	1,0	
1909/10	26,7	21,4	23,4	14,5	36,8	24,0	24,9	19,7	35,8	35,2	31,9	1,2	4,5	1,0	
1910/11	19,8	22,9	23,3	13,9	40,3	27,6	38,5	18,3	27,0	32,4	29,7	0,9	4,5	1,1	
1911/12	18,4	19,9		17,7	41,9		37,7		25,4	32,0		0,8	4,1		
1912/13		21,1			44,5					30,3			4,0		

Anmerkung: Bis 1897 gab es in Darmstadt nur einen einheitlichen Stromtarif. Von daher kann nicht zwischen verschiedenen Verbrauchsarten differenziert werden. Der Lichtstromanteil dürfte jedoch bei rund 90% gelegen haben.

Tab. 2: Installierte Leistung, abgegebene Energie und Selbstkosten der Elektrizitätswerke 1889–1913

Jahr	Installierte Leistung der Generatoren (kw)			Installierte Verbraucherleistung (kw)			Nutzbar abgegebene Energie in kWh			Selbstkosten pro kWh nutzbar abgegebene Energie in Pf		
	Da	Ma	Mz	Da	Ma	Mz	Da	Ma	Mz	Da	Ma	Mz
1889/90	378			275			75.756					
1898/99	928			1489			627.005			27,3		
1900/01	928	2100	1200	2053	3707	1973	767.100	821.110	765.551	30,0		40,6
1903/04	865	2100	2075	2994	10480	3610	1.164.930	4.495.183	1.220.697	27,6		33,9
1904/05	865	3500	2075	3357	11411	4285	1.311.710	5.054.480	1.796.046	26,3		31,4
1905/06	865	3500	2075	4001	12974	5014	1.393.515	6.623.165	2.632.692	22,5		26,0
1906/07	1870	3500	3185	4384	15619	5998	1.398.769	7.152.372	3.198.020	25,2	15,8	19,9
1907/08	1870	5900	3185	4605	18124	7447	1.437.700	9.328.703	3.921.113	25,3	12,3	15,9
1908/09	1870	5900	3185	4692	19719	8648	1.443.344	9.205.471	4.485.882	23,5	14,1	15,0
1909/10	6420	5900	3185	6586	20665	9685	1.851.400	9.304.678	4.619.451	22,4	13,7	13,0
1910/11	6420	5900		7167	23320	10800	2.458.532	10.026.728	5.067.222	21,5	14,1	12,2
1911/12	6420	5900		7668	27517		2.724.029	11.507.372		19,9		12,9
1912/13	6420	8200			31282		3.920.252	13.355.429				12,2
1913/14		8200			39184		5.816.297	14.382.777				
								17.617.640				

Matthias Gather

Hundert Jahre Müllnotstand

Der lange Weg wiederkehrender Ratlosigkeit in Frankfurt am Main

1. Kommunale Abfallentsorgung als Ergebnis der Industrialisierung – 2. Die Herausbildung der modernen Abfallentsorgung vor 1918: Technische Großlösungen – 3. Die Abfallentsorgung 1918–1945: Großmaßstäbliche Deponierung als einzige Entsorgungslösung – 4. Die Entsorgungslösungen nach 1945: Stagnation statt innovativer Verfahren – 5. Rückblick – Ausblick

1. Kommunale Abfallentsorgung als Ergebnis der Industrialisierung

Infolge des starken Städtewachstums nach 1850 waren die überkommenen technischen und administrativen Maßnahmen der städtischen Abfallentsorgung in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts an ihre organisatorische Leistungsgrenze gelangt.¹ Hier waren es vor allem die stetig steigenden Abfallmengen, mit denen die bisherigen Verwertungsformen durch die Landwirtschaft auf die Dauer nicht Schritt halten konnten. Die jahrhundertealte Praxis, die festen häuslichen Abfälle aller Art ungeordnet im öffentlichen Straßenraum oder in sogenannten Müllgruben zu deponieren, damit sie dort von den Landwirten der umliegenden Gemeinden eingesammelt werden, erwies sich zunehmend als unzureichend und bewirkte in den meisten Städten Deutschlands im 19. Jahrhundert einen chronischen Entsorgungsengpaß, der zu einem öffentlichen Eingreifen in die Müllabfuhr zwang. Zwar lassen sich Anfänge einer kommunalen Regulierung von Straßenreinigung und Abfuhrwesen weit zurückverfolgen,² in einigen Städten waren schon seit dem 16. Jahrhundert von der Stadtverwaltung Personen zur Straßenreinigung zwangseingesetzt worden;³ erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wurde die Abfallbeseitigung in den meisten deutschen Städten jedoch zur umfassenden öffentlichen, kommunalen Aufgabe.

Der Entwicklungsweg der kommunalpolitischen Intervention führte dabei »klassisch« von zunächst ordnungspolitischen Maßnahmen bis schließlich zur kommunalen Leistungserstellung: So versuchte man bis etwa 1880, die Straßenreinigung und die Müllbeseitigung mit Ortsstatuten oder Polizeiverordnungen, die in der Regel die Arbeit der beauftragten Unternehmen überwachen sollten sowie die Form der Müllbe-

reitstellung regelten, zu ordnen.⁴ Zunehmend erwies sich diese Organisationsform jedoch als wenig verlässlich und zu leistungsschwach, so daß verstärkt städtische Regiebetriebe bzw. Eigenbetriebe zur Erfüllung dieser Aufgaben gegründet wurden. Gleichzeitig erhielten die Kommunen in Preußen mit der Miquelschen Finanzreform die Möglichkeit zur finanziellen Absicherung der mit der Stadtreinigung beauftragten städtischen Fuhrparks.⁵ Das 1893 in Preußen verabschiedete Kommunalabgabengesetz ermächtigte die Städte, von den Bürgern Beiträge für die Straßenreinigung zu fordern und Gebühren für die Müllabfuhr zu erheben. Darüber hinaus wurde um die Jahrhundertwende von den zuständigen staatlichen Polizeibehörden immer häufiger den Anträgen der Städte stattgegeben, über Polizeiverordnungen und Ortsstatute einen Benutzungszwang der Bürger für die neuen städtischen Betriebe zu erwirken.⁶ In den meisten deutschen Städten war so die Müllabfuhr zu einem städtischen Monopolbetrieb geworden.

Das sich so als fester Bestandteil der kommunalen Leistungserstellung konsolidierende Müll- und Abfuhrwesen fand zu Beginn dieses Jahrhunderts auch in administrativen Reorganisationen seinen Niederschlag. Nachdem jahrelang die örtlichen Polizeibehörden als unterste Ebene der Zentralgewalt für die Regelung und Überwachung der Städtereinigung als Teil der öffentlichen Sicherheit verantwortlich gewesen waren, erhielten mit dem preußischen Kommunalabgabengesetz 1893 die Kommunen das Recht, diese Aufgaben städtischen Ämtern zu übertragen.⁷ Dieser Wandel der Zuständigkeiten spiegelt auch im Bereich der Städtehygiene deutlich das sich verändernde Selbstverständnis kommunalpolitischer Intervention als konstitutives Moment der modernen »Leistungsverwaltung«⁸ wider: Galt es, mit den Polizeiverordnungen lediglich die Entsorgungspflicht des einzelnen Bürgers festzuschreiben und zu überwachen, wurde diese Pflicht nach und nach von den Kommunen übernommen. Es wurde somit zur öffentlichen Aufgabe, nicht nur staatlicherseits die Aktivitäten der einzelnen Mitglieder der städtischen Gemeinschaft zu koordinieren, sondern vielmehr zur Gefahrenabwehr – im Sinne der kommunalen Machtverhältnisse – weitreichende, bis dato individuelle Leistungen zu erbringen.

⁴ Vgl. G. Hösel, *Unser Abfall aller Zeiten. Eine Kulturgeschichte der Städtereinigung*, München 1987.

⁵ J. Wysocki, *Kommunale Interventionen und ihre Finanzierung in Deutschland 1850 bis 1914*, in: W. Rausch (Hrsg.), *Die Städte Mitteleuropas im 19. Jahrhundert*, Linz 1983.

⁶ Vgl. A. von Jacobs, *Der öffentlich-rechtliche Benutzungszwang*, Münster 1963, S. 75 ff.

⁷ Vgl. G. Hösel (s. A 4), S. 157.

⁸ Zur Entwicklung der kommunalen Leistungsverwaltung vgl. W. R. Krabbe, *Die Entfaltung der kommunalen Leistungsverwaltung in deutschen Städten des späten 19. Jahrhunderts*, in: H.-J. Teuteberg (Hrsg.), *Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und geographische Aspekte*, Köln 1983, S. 373–392.

¹ Vgl. E. Schramm, *Unser Müllnotstand wurzelt in der Geschichte*, in: *Universitas* 2/1991, S. 116–126.

² Vgl. H. Ehrhard, »Die kommunale Müllbeseitigung seit der Jahrhundertwende«, in: *Der Städtetag* 7 (1968), S. 391 ff.

³ Das Personal, meist Strafgefangene und Dirnen, stellte der Scharfrichter.

2. Die Herausbildung der modernen Abfallentsorgung in Frankfurt am Main vor 1918: Technische Großlösungen

Auch in Frankfurt am Main reichen die Probleme mit der großstädtischen Entsorgung in die Zeit der Industrialisierung und Urbanisierung zurück. Hatten bis zu jener Zeit jahrhundertlang die umliegenden Landwirte für den Abtransport der festen Abfälle aus dem Stadtgebiet gesorgt und zur Verwertung der Abfälle als Düngemittel sogar einen Betrag entrichtet, mußten infolge der ständig steigenden Abfallmengen nach 1850 von der Stadt private Müllabfuhrunternehmen gegen Entgelt mit dieser Aufgabe betraut werden. Aufgrund der zunehmenden Kostenprobleme mit den privaten Müllabfuhrunternehmen wurde im Herbst 1872 die Einrichtung eines städtischen Fuhramtes beschlossen: Die Müllabfuhr war explizit zur kommunalen Aufgabe geworden. 1902 wurde schließlich – nach abermaligem Hin und Her zwischen privatwirtschaftlicher und kommunalwirtschaftlicher Müllabfuhr – ein städtischer Eigenbetrieb für das Straßenreinigungs- und Abfuhrwesen gegründet.

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts besaß Frankfurt mit der neugeordneten städtischen Müllabfuhr (sowie dem im Stadtgebiet komplettierten Kanalnetz)⁹ ein modernes Abfuhrsystem für alle anfallenden kommunalen Abfälle; die rasche Entfernung der festen Abfälle aus dem Stadtgebiet funktionierte reibungslos. Mit dieser modernen Abfuhr tauchten indessen auch neue Probleme auf, mit denen sich die Stadt konfrontiert sah: Der Abfallberg wuchs und bereitete ein zunehmendes Entsorgungsproblem vor den Toren der Stadt. Dies lag einerseits an den absolut steigenden Müllmengen infolge der stark wachsenden Einwohnerzahl; andererseits war jedoch gleichzeitig mit der aus hygienischen Gründen möglichst raschen Abfuhr aller städtischen Abfälle und Abwässer auch das jahrhundertealte Beziehungsgeflecht von Entsorgung und Verwertung¹⁰ zerstört worden.

In der Tat war die Verwertung der festen Abfälle zu Beginn dieses Jahrhunderts weitgehend zum Erliegen gekommen. Noch bis ca. 1900 hatte es in Frankfurt keine nennenswerten Mengen an Hausmüll im heutigen Sinne (als unverwertbare Abfälle) gegeben. Zwar klagten die Frankfurter Bürger schon Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts darüber, daß häufig nur der »landwirtschaftlich verwendbare Unrath«¹¹ abgeholt werde, doch wurden die verbleibenden – anorganischen – Abfälle in der Regel zur Ausbesserung von Straßen und Wegen genutzt. Um die Jahrhundertwende rückte jedoch die immer weniger funktionierende Abfallverwertung zuneh-

⁹ Zur engen Verbindung der Entsorgungsprobleme von Abwasser und festen Abfällen bei der Herausbildung der modernen Entsorgung in Frankfurt am Main vgl. M. Gather, Städtehygiene und großstädtische Entsorgung in Deutschland vor 1914. Das Beispiel der frühen kommunalen Umweltplanungen in Frankfurt am Main, in: Rhein-Mainische Forschungen, Heft 107, S. 133–173.

¹⁰ Zur geschichtlichen Abfallverwertung vgl. G. Hösel (s. A 4), S. 197–220.

¹¹ Mittheilungen und Protokolle der gesetzgebenden Versammlung in Frankfurt a.M. (MGgV) 24 (1962/63), S. 493.

mend in den kommunalpolitischen Blickpunkt: Zum einen hatte sich mit der Industrialisierung auch die Zusammensetzung des Hausmülls in landwirtschaftlich verwertbare und nichtverwertbare Fraktionen langsam geändert; zum anderen war es hier jedoch vor allem die angewandte Strategie einer möglichst raschen, massenweisen Abfuhr der Abfallstoffe, die neue Formen der Abfallverwertung erforderlich machte.

Die zunächst praktizierte Behandlung des Hausmülls orientierte sich indessen an den überkommenen Verfahrensweisen: Hausmüll und Straßenkehricht wurden unsortiert zu einer Vielzahl nahe der Stadt gelegener Kehrichtabladeplätze gebracht und dort – gegen Entgelt – an interessierte Landwirte als Dünger abgegeben. Es hatte sich jedoch schon vor 1900 gezeigt, daß bei dieser ungeordneten Abfallbewirtschaftung der Müllanfall die jährlichen Abnahmemengen weit überstieg. Zur Lösung dieses Problems gab es in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung zwar einzelne Stimmen, die unter Berufung auf Liebig's »Raubbautheorie«¹² eine stärkere Verwertung der städtischen Abfallstoffe forderten und die Hoffnung auf deren Vernichtung ablehnten. Seit 1901 verfolgten die städtischen Entscheidungsträger jedoch vehement Pläne zur Errichtung mehrerer Müllverbrennungsanlagen im Stadtgebiet, um so das städtische Abfallproblem ein für allemal mit Hilfe fortschrittlicher Großtechnik ganz im Zeitgeist (auf)lösen zu können.

Müllverbrennungsanlagen wurden im gesamten Deutschen Reich bereits um die Jahrhundertwende als die Lösung des Entsorgungsproblems schlechthin angesehen.¹³ Nachdem nach englischem Vorbild¹⁴ in Hamburg 1896 die erste deutsche Müllverbrennungsanlage in Betrieb genommen worden war, folgten 1904 Beuthen, 1905 Kiel und Wiesbaden und wenig später weitere deutsche Großstädte dem Beispiel einer »der glänzendsten Errungenschaften der modernen Gesundheitstechnik«.¹⁵ So vertraute selbstverständlich auch die Stadt Frankfurt, mit dem Bau der Kanalisation und der Errichtung des Klärwerks bis dahin Vorreiterin auf dem Gebiet der Entsorgungspolitik, einmal mehr dem großtechnologischen Lösungsansatz. Seit 1901 verfolgte die Stadtregierung daher vehement Pläne zur Errichtung mehrerer Müllverbrennungsanlagen im Stadtgebiet. Die vorbehaltlose Akzeptanz der Müllverbrennung durch den Magistrat und weite Teile der Stadtverordnetenversammlung seit 1901¹⁶ verhin-

¹² Vgl. J. von Liebig, »Landwirtschaftlicher Raubbau«, in: E. Schramm (Hrsg.), Ökologie-Lesebuch. Ausgewählte Texte zur Entwicklung ökologischen Denkens, Frankfurt a.M. 1984, S. 117–118.

¹³ Zur Müllverbrennungsideologie des 19. Jahrhunderts vgl. J. Radkau, Vorsorge und Entsorgung. Geschichte und historischer Augenblick in der Mensch-Umwelt-Beziehung, in: Gd 3/1986, S. 219.

¹⁴ Dort waren 1896 bereits 70 städtische Müllverbrennungsanlagen in Betrieb.

¹⁵ Denkschrift über den Bau einer Müllverbrennungsanstalt zur Unschädlichmachung der Hausabfälle und des Klärbeckenschlammes in Frankfurt a.M., in: Mittheilungen des Magistrats 36 (1905), S. 121.

¹⁶ Vgl. Akten des Magistrats in Frankfurt am Main (MA) T 2169/I, »Bericht betr. die Neu-Regelung der Kehricht-Abfuhr« v. Aug. 1901.

derte, daß alternative Entsorgungskonzepte ernsthaft geprüft wurden, obwohl aus den Reihen der Stadtverordneten immer wieder Anträge zur Müllsortierung mit dem Ziel einer weitgehenden Müllverwertung an den Magistrat herangetragen wurden.¹⁷

Gleichzeitig behinderte die Hoffnung auf den Bau einer Müllverbrennungsanlage auch durchgreifende Maßnahmen für eine geordnete Deponierung der Abfälle. Seit 1900 beklagten zwar die von den zahlreichen Deponien betroffenen Bürger – häufig in Form von Ortsvereinen als frühen Bürgerinitiativen unterhalb der kommunalen Ebene – beständig die drohende Gesundheitsgefahr durch die Kehrichtabladeplätze nahe der Stadt; der Magistrat zeigte sich jedoch nicht bereit, neue Deponiekapazitäten anstelle der hygienisch bedenklichen Müllkippen auszuweisen, da »alle die durch Kehrichtablagerungen hervorgerufenen Unannehmlichkeiten aufhören werden, sobald die projektierte Kehrichtverbrennungsanstalt errichtet und in Betrieb genommen ist.«¹⁸ Realiter wurde so in Frankfurt ein – auch politischer – Müllnotstand geschaffen, dem tatsächlich nur mit dem Bau einer Müllverbrennungsanlage abzuhelpen war.

1905 wurde von der Stadtverordnetenversammlung die Errichtung einer kombinierten Müll- und Schlammverbrennungsanstalt – der ersten auf dem europäischen Kontinent¹⁹ – genehmigt, 1909 konnte die Anlage ihren Betrieb aufnehmen. Über den Standort der neuen Anlage in unmittelbarer Nähe des Klärwerkes in Niederrad bestand aus den betriebstechnischen Gründen der Klärschlammverbrennung schnell Einigkeit. In stadtplanerischer Hinsicht wurden die negativen Umwelt- und Umfeldauswirkungen einer solchen Ballung von Entsorgungsanlagen zwar gesehen, doch war dies bei dem geplanten Standort von untergeordneter Bedeutung, da »sich die dortige Gegend zwischen dem Main und dem Walde wird auch niemals ... als Villengegend entwickeln können.«²⁰ Neben den betriebsrationalen Erwägungen wurde also bei der Standortwahl dieser ungeliebten kommunalen großtechnischen Infrastrukturbauten – wie noch so oft – auch der Weg des geringsten zu erwartenden Widerstandes gegangen. Der Bau einer zur gleichen Zeit geplanten zweiten Müllverbrennungsanlage im Frankfurter Osthafengebiet, die die Abfälle aus dem östlichen Stadtgebiet hätte aufnehmen sollen, wurde dagegen nicht realisiert. Das in Frankfurt Anfang dieses Jahrhunderts angestrebte Entsorgungskonzept einer vollständigen Müll- und Klärschlammverbrennung gelangte daher nie zur Umsetzung.

In den folgenden Jahren wurden jährlich etwa 40 000–45 000 t (60%) des Frankfurter Hausmülls zur Verbrennungsanstalt gebracht und dort verbrannt,²¹ der Rest ge-

¹⁷ Vgl. Mitteilungen und Protokolle der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt am Main (MPSV) 1905, S. 559.

¹⁸ MA T 2169/I, Bericht d. Tiefbauamtes v. 29. 4. 1907.

¹⁹ Vgl. V. Rödel, Ingenieurbaukunst in Frankfurt am Main 1806–1914, Frankfurt a. M. 1983, S. 73.

²⁰ MA T 1817/VI, Erwiderung des Magistrats v. 17. 3. 1903.

²¹ Bericht des Magistrats 1910–1915.

langte nach wie vor zur Deponierung. Nach 1910 erfolgte der Transport von einer Müllumladestation im Stadtgebiet²² per Schiff und nicht mehr über die Straße, da die Bewohner des zwischen Stadtzentrum und der Müllverbrennungsanlage gelegenen Villengebietes massiv gegen die Lärm- und Geruchsbelästigungen durch die Müllfahrzeuge protestierten. Bereits elf Jahre nach Inbetriebnahme war jedoch infolge des Weltkriegs das Abfallaufkommen und besonders der Heizwert des Mülls so weit gesunken, daß die Anlage 1920 ihren Betrieb für sowohl die Abfall- als auch die Klärschlammverbrennung erstmals einstellen mußte; nach mehreren Betriebsstörungen und weiteren Anlagenstillständen wurde schließlich im Herbst 1923 die endgültige Stilllegung der Müllverbrennungsanlage in Niederrad verfügt.²³ Die Technik der Müllverbrennung war somit in Frankfurt zum ersten Mal gescheitert und wurde von der Stadtverwaltung über Jahrzehnte hinweg als überholte Technologie angesehen.

3. Die Abfallentsorgung in Frankfurt am Main 1918–1945:

Großmaßstäbliche Deponierung als einzige Entsorgungslösung

Über die städtische Müllverbrennungsanlage konnte – wie gezeigt – zu keinem Zeitpunkt das gesamte Frankfurter Abfallaufkommen entsorgt werden; bereits während des Betriebs der Verbrennungsanlage hatte ein Großteil der in Frankfurt anfallenden Abfälle weiterhin abgelagert werden müssen. Die Mülldeponierung diente dabei in der sich ständig erweiternden Stadt zunächst auch der Landnahme: So wurden im heutigen Osthafengebiet von 1904 bis 1927 große Mengen von Erdaushub und Bauschutt zur Auffüllung der tiefliegenden Grundstücke verwendet, und die ertragreichen Kleingärten auf dem durch Abfälle aller Art von 1911 bis 1915 verfüllten Sumpfbereich am Riederbruch dienten noch Jahre später als Beispiel für die gelungene Rekultivierung von Müllablagerungsflächen.²⁴

Zu einer zusätzlichen Belastung der städtischen Deponiekapazitäten kam es jedoch mit der Stilllegung der Müllverbrennungsanlage 1923. Gleichzeitig mit der Stilllegungsverfügung wurde vom Magistrat daher angeordnet, die kommunalen Abfälle auf Abladeplätzen zu lagern, die vom Tiefbauamt und Verkehrsamt gemeinschaftlich ausgewiesen werden sollten.²⁵ Nachdem allerdings unter Mißachtung dieser Anordnung »in der Frage der Gewinnung von Abladeplätzen bisher nichts geschehen und somit ein Zeitraum von ½ Jahr ungenutzt verstrichen war«, sah es 1925 das mit dieser Aufgabe neu betraute Feuer- und Fuhr-Amt »als eine unserer wichtigsten Aufgaben an, der drohenden Erschöpfung der Abladeplätze mit ihren unübersehbaren Folgen entge-

²² Zunächst vom Mainkai am Fahrter, später vom Umladeplatz am Schlachthof aus.

²³ Bericht des Magistrats v. 4. 10. 1923.

²⁴ Vgl. MA T 2169/II, Bericht des Tiefbauamtes v. 7. 3. 1928.

²⁵ Beschluß des Magistrats v. 4. 10. 1923.

genzuwirken.«²⁶ So wurde zunächst erwogen, durch die Auffüllung der Niddaue mit Abfällen nach deren Regulierung 40 Jahre lang den Frankfurter Hausmüll deponieren zu können. Auch die Möglichkeit eines Müllexportes wurde zum damaligen Zeitpunkt von der Stadtverwaltung geprüft: »Da die Frage des Müllferntportes ebenfalls nicht außer acht gelassen werden durfte, wurden von uns auch dieserhalb Erhebungen angestellt. Wir haben in Kahl bei Aschaffenburg zwei der Zeche Gustav gehörige Gruben ausfindig gemacht, die groß genug sind, den gesamten Müll von Frankfurt a. M. für die Dauer von 40 Jahren aufzunehmen.«²⁷ Diese Lösung hätte indes große technische Schwierigkeiten bereitet und wurde insbesondere finanziell als zu aufwendig erachtet.

Als schließlich 1927 vom städtischen Gesundheitsamt für die Sommermonate die Schließung weiterer stadtnaher Deponien aufgrund der Geruchsbelästigungen verlangt wurde, drohte »die Müllbeseitigung in ein sehr kritisches Stadium zu treten«.²⁸ Zwar war man sich bei der grundsätzlichen Lösung des städtischen Müllproblems darüber im klaren, daß »die sicherste und rentabelste Beseitigung des Mülls die Verwertung der Abfallstoffe (sei)«, wogegen »die Ablagerung auf Abladeplätzen das ungeeignetste Verfahren« darstelle;²⁹ dennoch verlangte das städtische Fuhramt, »daß uns umgehend neue, vom Weichbild der Stadt möglichst entfernt liegende Abladestellen zur Verfügung gestellt werden.«³⁰ Auch das städtische Tiefbauamt kam 1928 zu dem Ergebnis, daß zwar langfristig einer stofflichen Verwertung des Mülls der Vorzug zu geben sei; zur kurzfristigen Lösung des städtischen Entsorgungsproblems wurde dennoch die Geländeauffüllung durch Abfälle empfohlen: »Man darf sich hierbei nicht, wie es z. Zt. in Frankfurt geschieht, darauf beschränken, einzelne Vertiefungen von verlassenen Ziegeleien aufzufüllen, sondern man sollte planmäßig an verschiedenen Punkten der Stadt Höhenzüge anlegen, die nach erfolgter Anschüttung entweder wieder landwirtschaftlich ausgenutzt oder als öffentliche Parkanlagen verwertet werden.«³¹

Solchermaßen Abfallbeseitigung als Landschaftsbau verstanden, wurden folgerichtig vom Siedlungsamt – und nicht von dem eigentlich für Müllfragen zuständigen Feuer- und Fuhr-Amt – geeignete Flächen am Stadtrand Frankfurts vorgeschlagen. Ein solcher Vorschlag siedlungsferner Abfalldeponien wäre noch wenige Jahre zuvor aufgrund der Transportprobleme undenkbar gewesen; nachdem jedoch 1925 der Fuhrpark – vorausschauend – mit Kraftfahrzeugen ausgerüstet worden war, konnten nun von den Müllfahrzeugen längere Transportwege bewältigt werden. Auch für die

²⁶ MA T 2169/II, Bericht des städtischen Feuer- und Fuhr-Amtes v. 13.2.1925.

²⁷ Ebda., v. 11.6.1925.

²⁸ Ebda., v. 27.8.1925.

²⁹ Frankfurter Zeitung v. 21.8.1925.

³⁰ MA T 2169/II, Bericht des Feuer- und Fuhr-Amtes v. 27.9.1927.

³¹ Ebda.

Abfallentsorgung zeigt sich somit, wie sehr die »Automobilisierung« die Funktionsteilung innerhalb der Städte des 20. Jhdts. begünstigte.

Im Februar 1929 bewilligte der Magistrat ohne Bestätigung durch die Stadtverordnetenversammlung, im Frankfurter Stadtwald ab Juni 1929 einen solchen Müll-Ausichtsberg von 8–10 m Höhe entstehen zu lassen. Zunächst als Zwischenlösung bis zur Klärung der offenen Müllverwertungsfrage auf einer Fläche von 2 ha geplant, wuchs der Abfallberg (»Monte Scherbelino«) bis 1968 auf einer Grundfläche von 28 ha bis auf eine Höhe von über 40 m, ehe er rekultiviert wurde und (vorübergehend) eine Funktion als Freizeitgelände erfüllen konnte.

Mit dieser satten und ständig ausweitbaren Deponiekapazität im Rücken waren nach 1929 die vom Magistrat versprochenen Verwertungs Bemühungen fast zwangsläufig zum Scheitern verurteilt. Als einzige Form der Müllverwertung wurde in der Folgezeit die Verpachtung der Müllplätze an sogenannte Ableser praktiziert. Mit der Entrichtung der Pacht erhielten diese Ableser das Recht, alle verwertbaren Bestandteile des Mülls auszusortieren und an den Altstoffhandel zu veräußern. Insgesamt wurden so jährlich etwa 1400 t (unter 1% des Müllaufkommens) an Metallen, Lumpen, Altpapier, Knochen und Glas aus dem Hausmüll ausgelesen und einer stofflichen Verwertung zugeführt.³²

Zu verstärkten Verwertungs Bemühungen für die angespannte Devisenlage im Nazi-Deutschland³³ wurden die Kommunen noch einmal 1937 durch einen Erlaß des Innenministeriums,³⁴ der »die Aussonderung von Altmaterial bei der Müllabfuhr mit Hilfe von maschinellen Sortierbändern« vorschrieb, ermahnt.³⁵ Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges gab es immer wieder Versuche von seiten der NSDAP-Leitung, meist über freiwillige Sammelaktionen möglichst viele Wertstoffe aus dem häuslichen Müll für die Kriegswirtschaft rückzugewinnen. Tatsächlich wurden diese Bemühungen des Nazi-Regimes zur Müllverwertung jedoch durch den sich ausweitenden Rassenwahn erheblich konterkariert: War in Frankfurt am Main der Altstoffhandel bis zur offenen Judenverfolgung fast ausschließlich von der jüdischen Bevölkerung organisiert worden, wurde diese nach 1938 durch Intrigen der örtlichen NSDAP in steigendem Maße in ihrer Brufsausübung behindert³⁶ und schließlich mit einem faktischen Berufsverbot belegt. Zudem mußten schließlich alle Bestrebungen zu einer ge-

³² Vgl. MA T 4322.

³³ Zur Abfallverwertung im »Dritten Reich« vgl. F. Huchting, Prüfung alter Verwertungstechnologien aus Mangel- und Kriegszeiten, Umweltforschungsplan des BMI – Abfallwirtschaft, Berlin 1980.

³⁴ RdErl. d. RuPrMdl. v. 8. 5. 1937, in: RMBliBl. 1937, Nr. 19.

³⁵ Solche Anlagen mit der restlosen Verwertung aller Abfälle bestanden bereits in Kiel und München-Puchheim, doch gelang es dem Frankfurter Magistrat, die Einrichtung einer mechanischen Sortieranlage »wegen technischer Schwierigkeiten« bis zur Aufhebung des Erlasses noch im gleichen Jahre zu verhindern.

³⁶ Vgl. MA T 4322.

ordneten Müllverwertung durch den infolge der Kriegsaufwendungen insgesamt vernachlässigten kommunalen Abfuhrbetrieb sowie die erheblichen Betriebsstörungen während der letzten Kriegsjahre vollständig fallengelassen werden.

4. Die Entsorgungslösungen in Frankfurt nach 1945: Stagnation statt innovativer Verfahren

In der unmittelbaren Nachkriegszeit stellte zunächst – wie schon in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg – die Müllverwertung und Müllauslese in Frankfurt am Main ein wesentliches Standbein der Abfallentsorgung dar. Mit der Wiederaufnahme der öffentlichen Müllabfuhr wurde jedoch wieder nahtlos an die bekannte und für die Kommunalverwaltung bequeme Entsorgungslösung der Vorkriegsjahre, nämlich alle Abfälle möglichst vollständig und unsortiert abzulagern, angeknüpft: Die Abfallentsorgung basierte neben einer Verfüllung der zahlreichen Müllkippen im gesamten Stadtgebiet im wesentlichen auf der Aufschüttung des sog. »Monte Scherbelino« im Frankfurter Stadtwald.

Der Betrieb dieser zentralen städtischen Mülldeponie entsprach allerdings in keiner Weise den heutigen Anforderungen an eine umweltgerechte Abfalldeponierung. Besonderes Ärgernis waren hier die schon aus der Vorkriegszeit bekannten Belästigungen infolge der ständigen Brandherde. Hatte bereits 1931 ein Großbrand auf dem Monte Scherbelino, als der Berg auf $\frac{3}{4}$ seiner Oberfläche brannte, zu heftigen, aber ergebnislosen Diskussionen um die Umweltverträglichkeit dieser Entsorgungslösung geführt, sah die Stadtverwaltung auch in den 50er Jahren keine Notwendigkeit, für geordnetere Entsorgungsverhältnisse zu sorgen. Lediglich zur Brandbekämpfung wurde 1953 die Abteufung zweier Brunnen für Feuerlöschwasser beschlossen, eine wenig kostspielige Angelegenheit, »da auf dem Gelände des Abladeplatzes Grundwasser in reichlichem Maße vorhanden ist«.³⁷

Die ersten Pläne zur Schließung der Mülldeponie im Stadtwald wurden in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung im Juni 1960 erörtert. Die Schließung sollte dabei nicht nur aus Kapazitätsgründen erfolgen; auch erschien die als Entsorgungsalternative vorgesehene Müllverbrennung einmal mehr für die Stadtregierung – wie schon zu Beginn dieses Jahrhunderts – als der Königsweg großstädtischer Entsorgung. Verbunden mit der für 25 000 Einwohner neu zu errichtenden Nordweststadt sollte die geplante Müllverbrennungsanlage (MVA) nicht nur für eine endgültige Beseitigung der Frankfurter Abfallprobleme sorgen, sondern unter Ausnutzung des (wieder) heizwertreichen Wohlstandsmülls als zukunftssträchtiger Energiequelle gemeinsam mit einem Heizkraftwerk auch die gesamte Siedlung mit Strom und Fernwärme versorgen. In wahrhaft fordistischer Planungseuphorie wurde daher bereits im No-

³⁷ MA 4321, Bericht des Stadtreinigungsamtes v. 11.7.1953.

vember 1961 der Bau der Müllverbrennungsanlage in Kombination mit einem Heizkraftwerk für die »Stadt ohne Schornsteine« von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig und ohne Aussprache beschlossen. Mit der Inbetriebnahme dieser Großlösung hatte 1967 einmal mehr »Frankfurt sein Müllproblem – so Oberbürgermeister Brundert – ... gelöst«.³⁸

Auch wenn die Anlage zu einer Entlastung der sonstigen Entsorgungswege beigetragen hatte, war sie doch nicht in der Lage, alle in Frankfurt anfallenden Siedlungsabfälle aufzunehmen. Für die Zeit nach der Schließung des »Monte Scherbelino« mußten daher auch Ersatzkapazitäten für die Deponierung der nichtbrennbaren Siedlungsabfälle sowie nicht zuletzt für die rd. 100 000 t/a Schlacken aus der MVA gefunden werden. Als Nachfolgedeponie wurde hier 1968 von der Stadt Frankfurt eine offengelassene Kiesabbaufäche, die bereits seit 1960 als Müllabladeplatz gedient hatte, in der ca. 10 km südlich gelegenen Gemeinde Buchschlag gefunden.

Die Deponie Buchschlag war zunächst lediglich als Zwischenlösung für die nichtbrennbaren Abfälle aus Frankfurt mit einer Ausdehnung von max. 12 ha bis zur Inbetriebnahme der Abfalldeponie »Grube Messel, längstens jedoch bis zum 31. 12. 1978, vorgesehen. Unter dieser Prämisse der maximalen räumlichen Ausdehnung war die Kapazität der Deponie Buchschlag Ende 1972 erstmals »erschöpft«. Noch im gleichen Jahr wurde vom Darmstädter Regierungspräsidenten ein Antrag der Stadt Frankfurt auf Erweiterung der Deponiefläche genehmigt; aufgrund fehlender Deponiekapazitäten in und um Frankfurt wurde 1974 vom Darmstädter RP einem weiteren Antrag der Stadt Frankfurt auf Betriebsverlängerung der städtischen Deponie in Buchschlag – diesmal durch eine Erhöhung der Füllhöhe auf 15–20 m – bis zur endgültigen Kapazitätsgrenze am 21. 12. 1986 zugestimmt. 1986 kam es infolge der immer noch ungelösten Deponiestandortsuche zu einer weiteren Genehmigungsverlängerung bis zum 31. 12. 1989 durch den damaligen hessischen Umweltminister Fischer mit der Begründung, daß »die Auswertung neuer Luftbilddauswertungen gezeigt (habe), daß die Deponie zum Jahresende 1986 noch eine erhebliche Restkapazität aufweist, die zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rekultivierung verfüllt werden muß«.³⁹ Nach einem abermaligen Aufschub unter der gleichen Begründung wurde schließlich die mittlerweile größte Deponie Kontinentaleuropas in Buchschlag am 19. Mai 1990 geschlossen, ohne daß irgendeine Anschlußdeponie in Betrieb genommen wurde.

Mit der Schließung der Deponie Buchschlag, die bis 1990 jährlich etwa 1,1 Mio. t Abfälle aufnehmen konnte, mußte die bisherige Entsorgungsstruktur im Frankfurter Raum somit zwangsläufig an ihre Kapazitätsgrenze stoßen. Dieser seit 1990 akute Entsorgungsengpaß kann im wesentlichen auf die gravierenden politischen Akzep-

³⁸ Frankfurter Rundschau v. 23.5.1967.

³⁹ Antwort der hessischen Landesregierung v. 12.9.1986.

tanzprobleme bei der Ausweisung neuer zentraler Entsorgungsanlagen sowie auf die weitgehende Untätigkeit bei der Suche nach Entsorgungsalternativen zurückgeführt werden. Ein prägnantes Beispiel hierfür liefert die geplante Müllverbrennungsanlage im Frankfurter Osthafen:

Seit Ende der 70er Jahre hatte es sich der mit den Entsorgungsaufgaben im Frankfurter Raum neu betraute Umlandverband Frankfurt (UVF) zum Ziel gesetzt, neben den bestehenden Müllverbrennungsanlagen in Frankfurt und Offenbach eine weitere Verbrennungsanlage in Betrieb zu nehmen. Bereits im August 1981 beschied allerdings die Stadt Frankfurt im Rahmen des ROV, daß »zur Wahrung der Interessenlage Frankfurts« der geplante Standort im Frankfurter Osthafen abgelehnt werden müsse. Dennoch wurde im Dezember 1982 vom UVF die Planfeststellung der Anlage beim Darmstädter Regierungspräsidenten beantragt. Bereits im Planfeststellungsverfahren begann indes auch die ehemals monolithische Befürworterfront des UVF zu bröckeln, als sich in der SPD-Fraktion auf Drängen der örtlichen Parteimitglieder der erste Widerstand gegen die Verbrennungsanlage artikulierte. Nachdem während der Planoffenlegung im Frühjahr 1987 schließlich über 2300 Einwendungen geltend gemacht worden waren und der Verlauf des Anhörungsverfahrens im Herbst 1988 die Probleme eines positiven Planfeststellungsbeschlusses durch den RP verdeutlicht hatte, wurde 1989 – nach bald 15jähriger ergebnisloser Planung – in den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU der Verzicht auf die Verbrennungsanlage im Frankfurter Osthafen beschlossen.

Dieses beharrliche Festhalten an der MVA im Frankfurter Osthafen behinderte gleichzeitig – wie schon die geplante Müllverbrennungsanlage zu Beginn dieses Jahrhunderts – die Suche nach Entsorgungsalternativen. Dies ist insofern erklärlich, als mit der Existenz von Vermeidungs- und Verwertungskonzepten die Argumentationsgrundlage für die MVA im Frankfurter Osthafen teilweise entzogen worden wäre. Darüber hinaus bedürfen Verwertungsmaßnahmen häufig einer kleinräumlich-detaillierten Organisation und können somit eigentlich nur auf einzelgemeindlicher Ebene konkretisiert werden; da solch dezentrale Lösungen indessen zentral nicht organisierbar sind, scheinen für die überörtliche, interkommunale Zweckverbandsebene aufgrund der großen Mengenproblematik großtechnische und zentrale Entsorgungsanlagen der naheliegende und verwaltungspraktisch einzig umsetzbare Weg zu sein.

5. *Rückblick – Ausblick*

Die Abfallentsorgung in Frankfurt kann derzeit nur über eine Verfüllung der Deponien Flörsheim-Wicker und Brandholz im Frankfurter Umland aufrecht erhalten werden. Auch wenn es gelingen sollte, eine neue Restmülldeponie auf Frankfurter Gemarkung am ehemaligen »Monte Scherbelino« auszuweisen, so wird deren Laufzeit be-

schränkt bleiben müssen: Eine dauerhafte Lösung des Frankfurter Müllproblems ist damit nicht in Sicht.

Natürlich ist es müßig, angesichts der gegenwärtigen Problemlage auf die verfehlten Weichenstellungen der vergangenen Jahrzehnte hinzuweisen. Dennoch mögen die Fehler der Vergangenheit vielleicht einen Hinweis darauf liefern, inwieweit nicht heute parallele (Fehl-)Entwicklungen zu erkennen sind. Wie steht es mit der Präferenz der Frankfurter Stadtverwaltung für großtechnologische Lösungsansätze, die wie ein roter Faden die scheinbar fragmentarischen kommunalen Strategien zur großstädtischen Entsorgung in Frankfurt miteinander verknüpft? Wie steht es mit der immer wiederkehrenden Hoffnung, über die scheinbare Beseitigung der Abfälle durch eine Verlagerung aus dem eigenen Gesichtskreis auch das Abfallproblem beseitigen zu können? Und wie steht es schließlich mit der erstaunlichen Fähigkeit zur Ent-Politisierung der kommunalen Abfallpolitik, die immer noch weitgehend als technisch zu lösende Aufgabe an die Administration delegiert wird und nur selten das Feld des öffentlichen Diskurses oder gar des aktiven, politischen Handelns liefert?

Das Vorhandensein ausreichender Entsorgungskapazitäten außerhalb des engeren Gesichtskreises verleitet nur zu leicht dazu, in tagespolitischer Untätigkeit die künftigen Problemlagen zu mißachten. Mag die Abfallproblematik auch medienwirksam im Bewußtsein aller verankert sein, so findet die tatsächliche Auseinandersetzung mit den angebotenen Lösungsstrategien erst dann statt, wenn das Damokles-Schwert einer benachbarten Entsorgungsanlage – sei es eine Deponie, eine Verbrennungsanlage oder auch nur ein Kompostwerk – bereits den eigenen, besitzständischen Lebensnerv bedroht. Eine umfassende Lösung des Abfallproblems ist indessen nur dann in Sicht, wenn sich aus der Summe der fragmentierten Betroffenheit ein kohärenter, politisch tragfähiger und verantwortungsbewußter Widerstand als Hoffnungsträger einer an Vermeidung und Verwertung orientierten Wirtschaftsweise zu entwickeln vermag.

Wußten sie, was sie tun?

Die Kontrolle der Krefelder Stadtverordneten über das kommunale Gaswerk vor 1914

I. Zusammensetzung der Gaskommission – II. Kontrolle der Technik – III. Kontrolle der kaufmännischen Leitung – IV. Effizienz der übrigen Kontrollen – V. Zusammenfassung

In der Wirtschaftssoziologie wird seit längerer Zeit die Frage untersucht, wie und in welchem Maße eine Kontrolle der Unternehmenseigner über das faktische Handeln der Unternehmensangestellten stattfindet. Dabei geht ein einfaches Modell davon aus, daß mit jedem Unternehmenswachstum ein Verlust an Überschaubarkeit und Kontrolle verbunden ist.¹ Im folgenden soll die Frage nach der Möglichkeit von Aufsicht und Kontrolle an einem historischen Beispiel, hier dem Krefelder Gaswerk vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, untersucht werden.²

Kommunalunternehmen vor 1914 weisen in vielen Fällen ein Charakteristikum auf, das die faktische Unternehmenskontrolle besonders erschwerte: eine Vielzahl der Unternehmen waren nicht unter der Aufsicht der späteren Eigentümer gewachsen, sondern wurden als kompakte Organisationen von der Kommune durch Ankauf erworben. Damit stand die Kommune (bzw. ihre Vertreter) zunächst nicht *in* der Organisation der Kommunalunternehmen, sondern *außerhalb* derselben und mußte eigene Wege zu einer effektiven Unternehmensführung in der Auseinandersetzung mit den in der Unternehmung bereits vorhandenen Machtstrukturen finden.

Die Debatte um die Kontrollmöglichkeiten der Kommunen hat zu zwei gegensätzlichen Auffassungen geführt. Auf der einen Seite wird konstatiert, daß es den Städten kaum gelungen sei, sich gegen die Sachkompetenz der Manager durchzusetzen,³ auf der anderen Seite findet sich die Auffassung, daß die Kommunalvertretungen keines-

¹ A. Chandler, Structure and Investment Decisions in the United States, in: H. Daems / H. v. d. Wee (Hrsg.), The Rise of the Managerial Capitalism, Leuven 1974, S. 35 ff. Zu weiterer, auch gegenteiliger Literatur vgl. D. Pfeiffer, Organisationssoziologie, Stuttgart 1976, S. 61 ff. und T. Pierenkemper, Wirtschaftssoziologie, Köln 1980, S. 182 ff.

² Dieser Aufsatz entstand in engem Zusammenhang mit einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekt zu den Kommunal финанzen der Städte Bochum, Krefeld und Münster zwischen 1870 und 1914, das am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Westf. Wilhelms-Uni. in Münster von Prof. R. Tilly und Dipl.-Volksw. G. Bieber durchgeführt wurde. Ihnen danke ich für wichtige Hinweise und Anmerkungen.

³ G. Ambrosius, Der Staat als Unternehmer, Göttingen 1984, S. 165; J. Reulecke, Geschichte der Urbanisierung, Frankfurt/Main 1985, S. 57.

falls fachlich inkompetent gewesen wären oder sich zur verbesserten Kontrolle ihrer Unternehmen eigener Manager bedient hätten.⁴

Die Bedeutung des direkten Kontrolleingriffs für die Kommune ergibt sich aus der Wichtigkeit der Kommunalunternehmen für die Stadt. Viele Kommunalunternehmen bilden im Rahmen der Daseinsfürsorge für die Einwohner natürliche Monopole, und es muß daher gewährleistet werden, daß deren Leistungserstellung den politischen Vorgaben entsprechend erfolgt; außerdem dienen (und dienen) viele Unternehmen als Einnahmequellen für die Kommunalhaushalte.⁵

Wenden wir uns nun dem Fallbeispiel des Krefelder Gaswerks zu. Dieses war von privaten Betreibern 1854 gegründet und hatte eine Konzession bis 1900 erhalten. Schon vor deren Ablauf, im Jahr 1896, kaufte die Stadt das Werk und betrieb es nun in eigener Regie.⁶ – Den Beginn unserer Untersuchung soll eine Darstellung des Fachausschusses bilden, den die Stadtverordneten für das Gaswerk einrichteten.

I. Zusammensetzung der Gaskommission

Die Krefelder Stadtverordnetenversammlung⁷ wählte am 3. Januar 1890 eine Gaskommission, die die Übernahme des Gaswerks aus dem Besitz der privaten Betreiber vorbereiten sollte. Zu ihren Mitgliedern wurden Hermann v. Beckerath, Fritz de Greiff, Norbert Keussen, Paul Krüsemann, Alfred Molenaar und Louis Schrick gewählt. Die Wahl dieser Personen war eine geglückte Lösung des Problems, sowohl den Fraktionsstärken der beiden Parteien im Stadtparlament zu entsprechen⁸ als auch Personen mit dem notwendigen Fachwissen auszuwählen. Denn das geforderte Fachwissen lag zunächst auf kaufmännischem Gebiet, und so bestand die Kommission aus zwei Seidenfabrikanten, einem Bankier, einem Rechtsanwalt und einem »Rentner«. Auch hinsichtlich der kommunalpolitischen Erfahrung war die Auswahl geglückt: ne-

⁴ W. Krabbe, Kommunalpolitik und Industrialisierung, Stuttgart u. a. 1985, S. 144.

⁵ In Krefeld betrug 1914 die ausgewiesenen Eateinnahmen 13,3 Mio. M., die Einnahmen aus den Gemeindeanstalten ca. 1,4 Mio. M. (davon Gaswerk: 0,5 Mio). Diese Werte sind noch nicht um durchlaufende Positionen (Schuldentilgung) korrigiert, durch deren Berücksichtigung der Etateanteil auf 23,3% steigt.

⁶ Zur Geschichte des Krefelder Gaswerks: E. Köppen, Kanalstraße 9 (Festschrift z. 125jähr. Bestehen der Stadtwerke Krefeld), Krefeld 1979; zur Tarifpolitik bis 1914: C. Schaefer, Der Beginn der kommunalen Energieversorgung in Krefeld, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 127 (1991) (mit weiterer Literatur).

⁷ Als Quelle über die Stadtverordnetenversammlungen sind im folgenden die Zeitungsberichte der Lokalzeitungen verwendet worden, weil diese weitgehend Wortprotokolle darstellen, die offiziellen Protokollbücher dagegen nur Ergebnisprotokolle.

⁸ Die Fraktionsstärken ergaben sich aus der Tatsache, daß die erste und die zweite Wählerklasse Liberale und die dritte Klasse Vertreter des Zentrums wählten, mit zwei zu eins. Daher fanden sich in der Kommission neben vier Liberalen (v. Beckerath, de Greiff, Molenaar, Schrick) zwei Zentrumsvertreter (Keussen, Krüsemann).

ben langjährigen Mitgliedern der Versammlung (v. Beckerath und Schrick waren bereits seit 18 Jahren in der Stadtverordnetenversammlung) saßen ein Neuling (Krüsemann) und drei Personen mit drei- bzw. fünfjähriger Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung. Zwei von ihnen hatten zudem Erfahrungen im Bauausschuß gesammelt und sich dort entsprechende Kenntnisse erworben. Von dieser Kommission war daher ein gewisses Maß an Sachverstand in den kaufmännischen und rechtlichen Fragen, die mit einer Übernahme des Gaswerkes durch die Stadt zusammenhingen, zu erwarten.

Die Kommission bestand zunächst in unveränderter Zusammensetzung bis zum Jahr 1900.⁹ Nachdem sie die Übernahme des Gaswerks durch die Stadt erreicht hatte, stellte sie den Finanzierungsplan für den Ankauf des Werkes auf und nahm die Vorprüfungen der Etats für das nun kommunale Unternehmen vor. Sie war zunächst begründet worden, um den Ankauf des Werks vorzubereiten; aber im Anschluß hieran wurde sie weder aufgelöst, noch wurden ihre Mitglieder entsprechend den für andere Fachkommissionen geltenden Usancen wiedergewählt. Erst 1900, nachdem das Werk bereits drei Jahre unter der Fachaufsicht dieser Kommission gestanden hatte, wurde eine Neuwahl durchgeführt und beschlossen, daß diese bei jeder künftigen Ersatzwahl für die Stadtverordnetenversammlung erneut stattfinden sollte.¹⁰ Alle Kommissionsmitglieder wurden dabei wiedergewählt; eine Änderung gab es nur durch die Vergrößerung der Kommission um drei auf neun Personen. Weil alle Neumitglieder zur liberalen Fraktion gehörten, ergab sich zwar ein Verhältnis von sieben Liberalen zu zwei Zentrumsvertretern, aber in allen folgenden Ergänzungswahlen zur Kommission wurde jedoch wieder auf die Beibehaltung des ursprünglichen Zweidrittel-Eindrittel-Verhältnisses geachtet. Alle Neumitglieder (Friedrich Leendertz, Albert Oetker und Arthur Schroers) waren Fabrikanten.¹¹

Mit der ersten Ergänzungswahl zur Gaskommission 1902 schieden drei der Gründungsmitglieder aus. Damit ergab sich wieder eine exakte Drittelung in langjährige Kommissionsangehörige, Neulinge und bereits seit zwei Jahren in der Kommission tätige Mitglieder.

In der Folgezeit war eine langjährige Mitgliedschaft in der Gaskommission die Regel. Krüsemann und v. Beckerath, beide seit 1890 Mitglied, schieden erst 1912 bzw. 1913 aus. Schroers verblieb im Ausschuß von 1900 bis 1915, Leendertz von 1900 bis 1912 und der 1902 hinzugewählte Jacob Jores bis 1915. Nur zwei Personen blieben

⁹ In diese Zeit stieß irgendwann auch F. Leendertz zu der Kommission, ein Vorgang, der ohne eine förmliche Wahlhandlung vor sich gegangen zu sein scheint: am 7. 1. 1897 sprach er in der Stadtverordnetenversammlung als Mitglied der Gaskommission (Crefelder Zeitung vom 8. 1. 1897).

¹⁰ Wie bei der Stadtverordnetenwahl fand auch für die Kommission eine rollierende Wiederwahl statt, bei der alle zwei Jahre ein Drittel der Mitglieder neu gewählt wurden.

¹¹ F. Leendertz war Samtfabrikant, A. Oetker Seidenfabrikant und A. Schroers Färbereibesitzer.

nur zwei Jahre im Ausschuß, und ihr Ausscheiden aus der Kommission ging einher mit ihrem Ausscheiden aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die berufliche Herkunft der Kommissionsmitglieder blieb geprägt vom Übergewicht der Kaufleute. Neben den Seiden- und Samtfabrikanten, Färbereibesitzern und Bankiers war der Jurist Krüsemann bis 1906 der einzige Nichtkaufmann. Fachwissen in technischen Fragen war seit 1902 in erster Linie von Conrad Wansleben, einem Maschinenfabrikanten, zu erwarten. Ohne eine fachspezifische berufliche Vorbildung waren drei Lehrer: Dr. Edmund Lassalle (seit 1908), Dr. Ad. Hübler (1910–1913) und Georg Bohle (seit 1914). Der einzige Freiberufler war der 1906 hinzugewählte Architekt Hugo Koch, dessen Platz schon 1908 von einem Regierungsbaurat, Carl Hemletzki, übernommen wurde.

Angesichts der beruflichen Herkunft der Kommissionsmitglieder war zu erwarten, daß die Kommission ihre Funktion in erster Linie in der kaufmännischen Leitung des Gaswerks sehen würde. Damit war zugleich aber auch die Grenzlinie zwischen der Kommission und der technischen Leitung des Gaswerks vorgezeichnet, an der sich die künftigen Auseinandersetzungen abspielten. Die Kommissionsmitglieder waren ausgebildet in der kaufmännischen Leitung eines Unternehmens, aber nicht in den technischen Fragen der Produktion; es lag daher nahe, daß ihre Kontrollmaßnahmen sich in erster Linie auf der Ebene eines betriebswirtschaftlichen *Controlling* bewegen und sich als Mittel der Bewilligung oder Nichtbewilligung der Ausgaben des Werks bedienen würde. Demgegenüber lag es auf der Hand, daß die Unternehmensleitung es je länger, desto mehr als eine unziemliche Einengung der eigenen Entscheidungsfreiheit ansehen mußte, vor Fachfremden jede Ausgabe *en detail* rechtfertigen zu müssen. Daß hierbei der Mangel an technischem Urteilsvermögen auf Seiten der Kommission sogar zu einer übertriebenen Kontrolle der betriebswirtschaftlichen Vorgänge führen konnte, ist offensichtlich.

Aus diesem Blickwinkel sind auch die Vorgänge um die Besetzung und Neubesetzung der technischen Direktion des Gaswerks zu beurteilen. Mit dem Ankauf des Gaswerks 1896 wurde der bisherige Leiter der Anstalt, Theodor Meyer, nicht von der Stadt übernommen. Die offizielle Erklärung der Kommission dafür war die Tatsache, daß Meyer das Gaswerk 35 Jahre lang »in mustergültiger Weise geleitet [hat]. Diesem Herren haben wir nicht zumuten wollen, unter ganz veränderten Verhältnissen weiterzuarbeiten.« Wie weit daneben auch Sorgen der Kommission hineinspielten, dem Fachwissen des in das Unternehmen hineingewachsenen Meyer bei strittigen Entscheidungen immer nachgeben zu müssen, kann nur vermutet werden. – Als Nachfolger wurde 1896 Ernst Salzenberg zum Direktor ernannt. Er verließ Krefeld nach unerquicklichen Auseinandersetzungen mit den Stadtverordneten, auf die wir noch zu sprechen kommen, im Jahr 1904. Die technische Leitung war schon 1901 auf den Oberingenieur Peter Pfeil übergegangen; auch er war mit seinen Befugnissen nicht zufrieden und verließ 1909 die Stadt. Die Leitung des Gaswerks selbst ging nach Salzen-

bergs Fortgang an den vormaligen Maschinenbaumeister des Unternehmens, Ludwig Lubszynski, über, der zunächst als Stadtbaurat in die Verwaltung aufstieg und 1910 zum besoldeten Beigeordneten avancierte.¹² Ob sein ausgesprochen gutes Verhältnis zur Kommission und der Stadtverordnetenversammlung in seiner Persönlichkeit begründet war oder darin, daß er als »Aufsteiger« seine Position allein seinen Kontrollleuren in der Kommission zu verdanken hatte und sich dessen in seinem Handeln stets bewußt blieb, muß offen bleiben.

Die Anstellung Salzenbergs führte in der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Dezember 1896 zwischen den Stadtverordneten und der Stadtverwaltung zu einer Grundsatzdiskussion um die Stellung des Direktors der Gasanstalt. Die Stadtverordneten wollten, entsprechend den Vorüberlegungen in der Gaskommission, die Position nicht nach dem Beamtenrecht vergeben, sondern durch ein privatwirtschaftliches Angestelltenverhältnis regeln. Damit wäre die Leitung des Unternehmens nicht mehr in die Stadtverwaltung integriert, der Bürgermeister mithin nicht mehr weisungs- und kontrollbefugt gewesen. Zwar traf dies auf den Widerspruch des Bürgermeisters, aber die Stadtverordneten setzten ihre Position durch. Mithin war die Basis einer Kontrolle nicht mehr disziplinarrechtlich, sondern privatwirtschaftlich, und erfolgte nicht mehr durch die Verwaltung, sondern direkt durch die Stadtverordnetenversammlung (bzw. deren Fachkommission).¹³

II. Kontrolle der Technik

Wenden wir uns nun der Frage zu, welche Sachverhalte die Stadtverordneten für kontrollbedürftig hielten und in welchem Maße sie ihre Kontrolle faktisch ausüben konnten. Es ist sinnvoll, dabei zwei Bereiche zu trennen: den Bereich der kaufmännischen von dem der technischen Kontrolle. Zunächst betrachten wir dabei das Feld der Produktionstechnologie der Unternehmung.

Als sich die Stadtverordneten 1896 für einen Ankauf des Gaswerks entschieden, mußte sich die Gaskommission mit der Frage beschäftigen, mit welchem Wert das vorhandene Unternehmen in den Kaufverhandlungen anzusetzen wäre. Die Kommission vergab zur Klärung dieser Frage ein Gutachten, aus dem zu ersehen war, daß das Werk zwar in technisch einwandfreiem Zustand war, aber mit einer veralteten Technik arbeitete. Die Kommissionsmitglieder mußten zur Kenntnis nehmen, daß mit der Übernahme des Werkes Umbaumaßnahmen nötig werden würden, deren Höhe auf rund eine Dreitmillion Mark geschätzt wurde. Das Gutachten nahm einen Wert des

¹² Ähnliche Probleme gab es mit der Leitung des Wasser- und des Elektrizitätswerks: E. Köppen (s. A 6) S. 70f.

¹³ Crefelder Zeitung vom 11. 12. 1896.

Unternehmens von ca. 3 Mio Mark an.¹⁴ Die Kommissionsmitglieder konnten nur auf der Basis dieses Gutachtens ihr Vorgehen festlegen, zu eigenständigen Analysen und Bewertungen waren sie verständlicherweise nicht in der Lage.

Nichtsdestoweniger erwarben sich die Kommissionsmitglieder im Laufe der Zeit ein gewisses Fachwissen. In der für den Ankauf des Gaswerks entscheidenden Stadtverordnetenversammlung vom 15. Mai 1896 hielt zwar der besoldete Beigeordnete Otto Stomps, also ein Vertreter der Kommunalverwaltung, das Grundsatzreferat, doch bewiesen die anschließenden Erläuterungen des Kommissionsmitgliedes Krüsemann, daß sich die Kommission eine sehr weitgehende Urteilsfähigkeit in den Fragen der Bewertung des Gaswerks erworben hatte. Zugleich wurde deutlich, daß dieses Fachwissen nur in der Kommission, nicht aber bei den übrigen Stadtverordneten vorhanden war. Es scheint zu diesem Zeitpunkt eine erhebliche Informationsasymmetrie zwischen der Stadtverordnetenversammlung auf der einen Seite und der Verwaltung und der Kommission auf der anderen Seite gegeben zu haben; zwischen der Kommission und der Verwaltung lagen scheinbar keine größeren Informationsunterschiede vor.

Den Umgang mit der Information mußten alle Beteiligten erst lernen. Ein Beispiel, welche konkreten Probleme die Bereitstellung von Informationen für die Stadtverordneten bedeuten konnte, bietet die Sitzung vom 7. Januar 1897. Zur Vorbereitung der notwendigen Beschlüsse über Modernisierungsmaßnahmen am Gaswerk hatte die Gaswerkdirektion für die Kommission und die Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage vorbereitet, die die Vorteilhaftigkeit der von der Gaswerkdirektion gewünschten Technik in detailliertester Form beschrieb. Der geringere Kohleverbrauch der neuen Anlage wurde durch den technischen Verweis darauf, daß »die Retorten der konstruktiv veralteten hiesigen Rostöfen [...] das Normalprofil II bzw. VI, oval oder D-Form« hätten, begründet, und berechnet, daß zur Unterfeuerung künftig nur noch 12,5% der vergasten Kohlen erforderlich, bislang aber 29,93% sein würden; die Instandhaltungskosten würden sich um jährlich 38663,31 M (!) verringern. – Es erstaunt in der Rückschau nicht, daß irgendwelche Nachteile der neuen Technologie in der Vorlage nicht genannt sind.¹⁵ Als eine weitere Folge dieses »Zuviels« an technischen Informationen ergab sich, daß die betriebswirtschaftliche Investitionsrechnung von keiner Seite mehr hinterfragt wurde.

Die Kommission unterstützte den Vorschlag der Direktion und legte den Antrag für einen entsprechenden Ausbau in der Stadtverordnetenversammlung vor. Für die Notwendigkeit der Investition sprachen für die Verwaltung der Beigeordnete Stomps, für das Gaswerk der Direktor Salzenberg sowie zwei Kommissionsmitglieder. Der einzige kritische Einwand, der die Dimensionen für zu gewaltig hielt, wurde von Salzenberg mit einem kurzen Hinweis auf die erwartete Produktionsentwicklung des Gas-

¹⁴ *StA Krefeld*: Material zur Lösung der Gasfrage.

¹⁵ Crefelder Zeitung vom 8. 1. 1897.

werks widerlegt. Daraufhin wurde das Vorhaben grundsätzlich beschlossen. Die Finanzierung sollten die Finanz- und die Gaskommission gemeinsam planen und der Stadtverordnetenversammlung dann zur Beschlußfassung vorlegen. Die Bedeutung der Gaskommission für diese Vorarbeiten umschrieb Emil de Greiff, Mitglied der Finanzkommission, dabei wie folgt: »Die Finanzkommission wird ohne eine derartige Vorarbeit der Gaskommission garnicht in der Lage sein, der Sache näher zu treten.«¹⁶ Weder über die Projekte selbst, noch über deren Finanzierung konnte die Stadtverordnetenversammlung selbst ein Urteil fällen; dies konnte nur die Fachkommission.

Ähnlich war die Grundhaltung der Stadtverordneten in der Sitzung vom 4. November 1897. Für die Gaskommission trug v. Beckerath einen Antrag der Gaswerkdirektion auf Nachbewilligungen vor. Dieser Antrag war nicht in die Tagesordnung aufgenommen, sondern wurde im Anschluß an die ordentliche Sitzung vorgebracht. Die einzige Frage aus den Reihen der Stadtverordneten betraf indessen nicht die Notwendigkeit der Anlage selbst, sondern nur die Frage, ob die beantragten Mittel auch alle Anschaffungskosten decken würden. Der Antrag wurde einstimmig bewilligt.

Diese beiden Fälle sind symptomatisch für die Haltung der Stadtverordnetenversammlung zur Frage der Investitionskontrolle. Sie fragte nicht nach der Notwendigkeit der Anschaffungen, sondern nahm einen von der Kommission vorgebrachten Antrag als Zeichen, daß die Kommission die Erfordernis bereits bestätigt hätte. Die Bewilligung der Geldmittel wurde damit losgelöst von der Frage nach der sachlichen Notwendigkeit der Anschaffung. Wenn aber diese Frage mit der Vorlage der jeweiligen Anträge als bereits entschieden aufgefaßt wurde, konnte die Versammlung auch die beantragten Mittel nicht mehr ablehnen; die faktische Kontrolle lag damit nicht mehr bei der Stadtverordnetenversammlung, sondern allein bei der Fachkommission.

Im Juni 1898 kam es zu einem ernsten Streit um die Frage, welcher Freiraum der Direktion des Gaswerks für Investitionsvorhaben eingeräumt werden sollte. Der Direktor des Gaswerks, Salzenberg, hatte mit Billigung der Kommission eine Maschine angeschafft, für dessen Unterbringung der schnelle Neubau einer Halle nötig wurde. Salzenberg unterließ es, die Kommission wegen der Baumaßnahmen zu konsultieren und rechtfertigte sich in der Stadtverordnetenversammlung am 15. Juli damit, er wäre »dabei von der Voraussetzung aus[gegangen], die Stadtverordneten-Versammlung werde nachträglich ihre Genehmigung wohl erteilen. Dabei will ich nicht verkennen, daß ich formell nicht den Bestimmungen entsprechend gehandelt habe. Die drängenden Verhältnisse mögen hierbei mein Vorgehen entschuldigen.« – Zwar genehmigte die Stadtverordnetenversammlung nachträglich die Ausgaben, aber sie rügte doch das Vorgehen Salzenbergs als eigenmächtig und »aus eigener Machtvollkommenheit« herrührend.¹⁷ Sie stellte klar, daß es Sache der Kommission sei, Investitio-

¹⁶ Ebda.

¹⁷ Crefelder Zeitung vom 8. 7. und 15. 7. 1898.

nen zu bewilligen oder abzulehnen. Es war dabei unerheblich, ob es sich bei der Finanzierung derartiger Vorhaben um die Zuführung neuer Gelder, also eine Aufstockung des Etats, oder um die Verwendung eigener Unternehmensgelder handelte.

Das Fachwissen, welche Investitionen zu welchem Zeitpunkt notwendig werden würden, lag aber nicht bei der Kommission, sondern allein bei der Gaswerkdirektion. In der Sitzung vom 7. Oktober 1898 wurde über die Anschaffung eines neuen Kondensators für das Gaswerk entschieden. Er wurde ohne eine weitere Debatte bewilligt, weil ihn die Gaswerkdirektion und die Kommission für notwendig hielten. Dabei sprach Salzenberg über »diese große Ausgabe, die ich für 1900 vorgesehen hatte«¹⁸, und machte damit klar, daß die Gaswerkdirektion sich bereits mittelfristige Ausbaupläne vorstellte; daß Salzenberg diese Pläne der Kommission bereits so vorgestellt hatte, wie sie ihm selbst vorschwebten, kann wohl bezweifelt werden. Die Direktion hatte die Investition geplant, und von keinem Stadtverordneten wurden Fragen nach Einzelheiten dieses Investitionsvorhabens gestellt.

Damit löste sich das Gaswerk also ein gutes Stück aus der Kontrolle der Stadtverordneten und der Kommission. Denn wenn sich die Stadtverordnetenversammlung darauf berufen wollte, daß die sachliche Vorprüfung aller Anträge Angelegenheit der Fachkommission wäre, dann hätten wenigstens die Kommissionsmitglieder einen genauen Überblick über die Zusammenhänge der anstehenden Entscheidungen haben müssen. Aber diese waren nicht weniger als die anderen Stadtverordneten auf die Informationen angewiesen, die ihnen die Direktion des Gaswerks zur Verfügung stellte. Dieses Problem scheint einigen Stadtverordneten in dieser Sitzung am 7. Oktober klar geworden zu sein. Denn als die Abstimmung über die Anschaffung einer Brückenswaage für 5000 M. plötzlich von der Tagesordnung gestrichen werden sollte, weil diese Bewilligung nicht in die Stadtverordnetenversammlung gehöre, sondern in die Kommission, regte sich Widerspruch bei zwei Mitgliedern der Versammlung. Unschwerwiegend klang in ihrem Protest mit, daß sie wenigstens die Ausgaben des Werks mitentscheiden wollten, wenn ihnen die eigentliche Betriebspolitik denn verborgen bleiben würde. Doch die Mehrheit der Stadtverordneten lehnte die Ausübung einer sachlichen Kontrolle durch die Stadtverordnetenversammlung ab: Solche Beträge wie der in Rede stehende gehörten als Betriebsausstattung zum alleinigen Kontrollbereich der Fachkommission, um so die Stadtverordneten »von ähnlichem Kleinkram« zu entlasten.¹⁹

Der Abschluß dieser Entwicklung hin zur alleinigen Kontrolle durch die Fachausschüsse war ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 6. August 1903, der das Verfahren bei Etatnachbewilligungen verkürzte: bis 500 M. lag das vorläufige Bewilligungsrecht nun beim Oberbürgermeister (also der Verwaltung), bis 2000 M.

¹⁸ Crefelder Zeitung vom 8. 10. 1898.

¹⁹ Ebda.

sollte die Finanzkommission bewilligen, und nur die Bewilligung höherer Beträge behielt sich die Stadtverordnetenversammlung selbst vor. *De jure* mußten zwar alle Nachbewilligungen von der Stadtverordnetenversammlung nachträglich bewilligt werden, aber die Möglichkeiten zur Revision einmal gefällter Entscheidungen waren *de facto* unzureichend.²⁰ Und selbst über diese Beschränkung setzte sich die Stadtverordnetenversammlung noch hinweg: in der Sitzung vom 11. Mai 1905 bewilligte sie für das Gas- und Wasserwerk Mittel, obwohl der Fachkommission die entsprechenden Unterlagen zur Vorprüfung nicht vorgelegen hatten, allerdings mit der Auflage, daß die notwendigen Erläuterungen nachgereicht werden müßten.²¹

Auch in den Reihen der Verwaltung fehlte der Überblick über die Interna des Gaswerks. Als es anlässlich der Diskussion über den Etat des Gaswerks für 1899 zu Fragen über den Aufwand für Kohlen kam, verwies der besoldete Beigeordnete Christian Oppermann auf das neugebildete Kohlensyndikat, das schlechte Kohlen ausliefere und »in ganz brutaler Weise – man kann dies nicht anders bezeichnen – gegen die Gasanstalten vorgeht. [...] Man muß annehmen, was das Kohlensyndikat giebt.«²² – Ein Jahr später nahm Oppermann seinen Angriff gegen das Kohlensyndikat vor der Stadtverordnetenversammlung zurück. Das Syndikat liefere gute Ware, doch im Vorjahr »mußte ich zu der von mir derzeit ausgesprochenen Ueberzeugung gelangen durch die Erklärungen und Behauptungen der hiesigen Gaswerksdirektion. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Ausführungen des Herrn Gaswerksdirektors nicht ganz zutreffend gewesen sind [...].«²³ – Schließlich verließ Salzenberg aufgrund des nach allen Seiten gestörten Vertrauensverhältnisses im Jahr 1904 Krefeld.

Auch sein Nachfolger, Lubzynski, behielt die Position des Bestinformierten bei. Die Stadtverordneten zogen sich demgegenüber auf eine Position des kritischen Beobachters zurück, der sich alljährlich bei der Etatdiskussion mit Fragen zu Wort meldet. Mit resignierendem Unterton mußte 1909 ein Stadtverordneter feststellen: »Wir können sachgemäß natürlich nicht gegen die Ausführungen des Herrn Baurats Lubzynski auftreten, weil uns die Fachkenntnisse fehlen.«²⁴

Lubzynski bewarb sich 1910 um eine Anstellung in Dresden. Weil er in Krefeld neben dem Gaswerk auch das Elektrizitätswerk leitete und sich so weitgehende Fach- und Spezialkenntnisse erworben hatte, versuchten Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung seinen Weggang zu verhindern. Der Oberbürgermeister faßte seine Be-

weggründe so zusammen: »Wir würden, wenn er weggegangen wäre, einen Ersatz suchen müssen. [...] Aber die Herren sind selten, die in allen Sätteln fest sind, beim Elektrizitätswerk sowohl wie beim Gaswerk, und dazu kaufmännisch geschult.« Um Lubzynski zu halten, wurde er zum besoldeten Beigeordneten gewählt und sein Jahresgehalt von 9000 auf 12000 M. heraufgesetzt. Die Positionen waren damit klargestellt: Stadtverordnete waren austauschbar und mußten sich alle sechs Jahre einer Neuwahl stellen; die Gaswerksdirektion war nur schwer austauschbar und wurde möglichst von einer Kündigung abgehalten.

III. Kontrolle der kaufmännischen Leitung

Neben der Kontrolle der einzelnen Geschäftsvorgänge gibt es die retrospektive Kontrolle, die sich damit begnügt, die Zielsetzungen zum Beginn einer Periode mit dem Erreichten zum Ende der Periode zu vergleichen. Dies ist die übliche Form einer externen Kontrolle und findet sich gerade im Bereich der Unternehmensführung in vielfältiger Form. Sie reicht vom einfachen Vergleich der Dividendensätze durch die Aktionäre eines Unternehmens bis hin zum Soll-Ist-Vergleich detailliert aufgeschlüsselter betrieblicher Kennzahlen in der unternehmensinternen *Controlling*-Abteilung. Welche Möglichkeiten bestanden nun für die Stadtverordneten bzw. die Kommission, diese Form der Kontrolle wahrzunehmen?

Die Vorgabe der Sollwerte geschah durch die Aufstellung eines Haushaltsplans. Die Istwerte als Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit wurden im Verwaltungsbericht veröffentlicht und dienten dem Vergleich mit den Zielvorgaben und der Planung des nächsten Etats. Dabei war es in den deutschen Kommunen weitgehend üblich, den Ausweis der Geschäftsergebnisse nicht mit Hilfe der kaufmännischen, sondern anhand der kameralistischen Buchführung vorzunehmen.²⁵ Krefeld dagegen verwendete von Beginn an den kaufmännischen Ausweis.²⁶ Die Aussagefähigkeit der Ausweise war also recht hoch; in welchem Maße wurde sie genutzt?

Schon der Vergleich des ersten Gaswerketats (also der Sollvorgaben) mit dem Ausweis im Verwaltungsbericht (also der Istdaten) für das Jahr 1896/97 zeigt das Hauptproblem der Rechnungslegung. Ein Etat wird in der Regel als ein kameralistischer Ausweis auf Basis von *Zahlungsvorgängen* aufgestellt, wogegen die Gewinn- und Verlustrechnung des Verwaltungsberichts im Kern *Aufwand*-orientiert ist. Um aber beide Ausweise gegenüber stellen zu können, wurden in Krefeld dem Etat sog. *kalkulatorische Aufwandsgrößen* hinzugefügt (die Abschreibungen) und in der Gewinn- und Ver-

²⁰ Dazu wären nur Regreßansprüche gegen die bewilligenden Instanzen bei Vorsatz zur Schädigung der Stadtgemeinde oder grober Fahrlässigkeit in Frage gekommen (Crefelder Zeitung vom 7. 8. 1903).

²¹ Crefelder Zeitung vom 12. 5. 1905. Diese Fälle, in denen sich die Stadtverordneten ihrer Kontrollpflicht entzogen, kamen mit der Zeit immer häufiger vor.

²² Crefelder Zeitung vom 17. 3. 1899.

²³ Crefelder Zeitung vom 9. 2. 1900.

²⁴ Niederrheinische Volkszeitung vom 12. 3. 1909.

²⁵ Zur Diskussion um den »richtigen Ausweis« und in der Praxis vorgenommene Modifikationen der Kameralistik vgl. die Aufsätze in *Schillings Journal für Gasbeleuchtung* 53 (1911) S. 168 f. sowie K. Schmidt, Das Rentabilitätsproblem bei der städtischen Unternehmung, Stuttgart u. a. 1915.

²⁶ Leider sind in den Verwaltungsberichten nur die Gewinn- und Verlustrechnungen, aber nicht die Bilanzen aufgenommen.

lustrechnung auch sog. *neutrale Ausgaben* (die Kredittilgung) aufgenommen.²⁷ Das Ergebnis war eine über die tatsächlichen Verhältnisse hinwegtäuschende Auszahlungs-/Aufwandgröße. Von den erzielten Einnahmen in Höhe von ca. 1,12 Mio M. waren zur Deckung des betriebsbedingten Aufwandes nur ca. 0,71 Mio M. notwendig. Die Differenz von 0,41 Mio M., die wir als *Cash Flow* bezeichnen können, war mithin disponibel für die Zwecke der Abschreibung, Reservenbildung und Tarifpolitik.²⁸

Ausweise des Gaswerkes für 1897/98

GuV		Etat	GuV		Etat
Gaseinnahmen	799192	876000	Kohlen	306484	352800
Nebenprodukte	171987	207600	Betriebslöhne	113149	120000
Privatanlage	3647	2000	Dampfkesselfeuerung		10000
Gasmessermiete	25781	30000	Unterhalt der Maschinen	40602	50000
Pachteinnahmen	212	280	Reparaturen	33157	35000
Zinsen		94	Gasmesser		5000
			Gehälter und Pensionen	34612	45000
			Unkosten	11495	26000
			Versicherung	3714	3400
			Zinsen an Puricelli		36750
			Zinsen für aufgen. Darlehen	58116	26250
			Außerord. Kapitaltilgungsquote	191066	168000
			Verzinsung der Neubauten		3945
			Verzinsung der Generatoröfen		2800
			Verzinsung der Ammoniakfabrik		875
			Abschreibung auf Bauten		1127
			Abschreibung auf Generatoröfen		12166
			Abschreib. auf Ammoniakfabrik		1500
			Einlage in Reservefonds	50000	50000
			verfügbarer Überschuß	158420	165361
				1000814	1115974
	1000814	1115974			

Wie dieser *Cash Flow* verwendet wurde, zeigt die vorstehende Rechnung. Nur 50000 M. behielt die Stadtverordnetenversammlung als Reserve im Werk selbst, der Rest wurde zu einem kleinen Teil zu Abschreibungen genutzt und zu einem weit größeren Teil an die Stadt abgeführt. Eine Korrektur des Gastarifs unterblieb.

Es läßt sich nicht mehr rekonstruieren, wie dieser Etat und wie die Gewinn- und Verlustrechnung aufgestellt wurden. Es liegt jedoch nahe anzunehmen, daß die Gas-

²⁷ So wurde beispielsweise die GuV-Position »außerordentliche Kapitaltilgungsquote«, die der außerordentlichen Abschreibung des bilanziellen Anlagevermögens von seinem Kaufpreis auf den Effektivwert dienen sollte (also ein kalkulatorischer Aufwand war), auch in den Etat als Zahlung an die Stadtkasse aufgenommen.

²⁸ Der Gastarif in Krefeld war mit einem cbm-Preis von 19,8 Pfg. für Privatabnehmer weit über dem reichsdeutschen Mittelwert: vgl. C. Schaefer (s. A 6).

kommission für den Etat in groben Zügen ein Schema entworfen hatte, und die Direktion des Werks anhand dieses vorgegebenen Schemas die Gewinn- und Verlustrechnung entwickelte.

Bereits bei der Vorstellung des Etats am 18. Februar 1897 wurde von mehreren Abgeordneten der Zentrumsfraktion die Frage nach einer Tarifsenkung gestellt. Aber obwohl selbst in der Kommission die Eckpreise für das Gas als zu hoch empfunden wurden, hielt die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder und der übrigen Stadtverordneten eine Senkung der Gaspreise nicht für sinnvoll. Sie hielten den im Etat ausgewiesenen Überschuß in seiner Höhe als Einnahme für die Stadt für angemessen.²⁹ Niemand monierte, daß der ausgewiesene Überschuß nur einen Teil der tatsächlich an die Stadt geleisteten Zahlungen darstellte, und es wurden auch nicht die Rückstellungen kritisiert. Es scheint, als hätten die Stadtverordneten in ihren Diskussionen den Umfang der tatsächlichen Zahlungen an die Stadtkasse völlig aus den Augen verloren.

Die Überbewertung der Aufwendungen/Auszahlungen durch eine Doppelansetzung einzelner Positionen behielten die Stadtverordneten und die Gaswerkdirektion während der gesamten Untersuchungsperiode bei. Dabei wechselten allein die Formen des Ausweises. Seit 1899 erfolgte in den Verwaltungsberichten nur noch eine recht vereinfachte Einnahme-Ausgabe-Rechnung, in der nicht einmal mehr der Überschuß explizit ausgewiesen wurde; erst seit 1907 wurde er wieder aus der Position »Verschiedene Ausgaben« separiert.

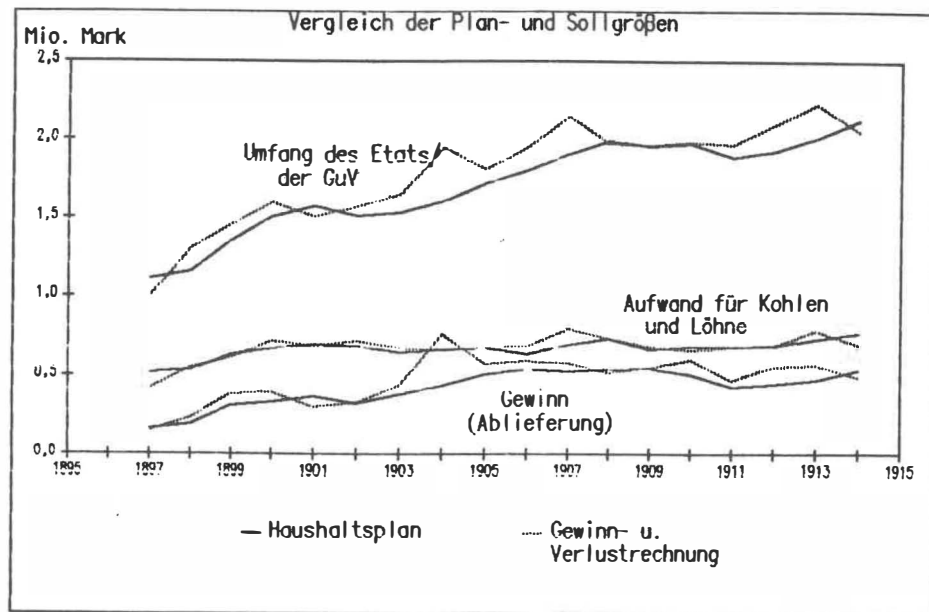
Es muß auf der Basis der verfügbaren Daten offen bleiben, ob sich die Stadtverordneten bei der Aufstellung der Etats und der Kontrolle anhand der Verwaltungsberichte bewußt oder unbewußt über den tatsächlichen Beitrag des Gaswerkes zum Gesamthaushalt täuschten.

IV. Effizienz der übrigen Kontrollen

Abschließend soll die Frage gestellt werden, ob neben dieser Selbsttäuschung auch die übrige kaufmännische Kontrolle der Gaswerkdirektion versagte. Es ist hierzu am einfachsten, die in den Ausweisen der Gewinn- und Verlustrechnungen und im Haushaltsplan vorliegenden Zahlen beispielhaft anhand von drei ausgewählten Ausweisposten zu vergleichen.

²⁹ In der Stadtverordnetenversammlung vertraten die Liberalen zunächst die Auffassung, daß die Einnahmen aus den Stadtwerken als Steuerpendant genutzt werden sollten, um eine Erhöhung der Kommunalsteuern zu vermeiden, wogegen das Zentrum für eine Senkung des Tarifs im Interesse der Verbraucher eintrat, weil es nicht Sinn der Kommunalisierung des Werks sein dürfte, an der preispolitischen Ausnutzung des natürlichen Monopols des Gaswerks in gleicher Form wie die privaten Betreiber vor der Kommunalisierung festzuhalten. Seit etwa der Mitte der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts trafen sich beide Vorstellungen bei der Faustformel eines »möglichsten Profits bei angemessenen Preisen«: vgl. C. Schaefer (s. A 6).

Wie sich aus der grafischen Darstellung ergibt,³⁰ fielen die Soll- und Istgrößen mit wenigen Ausnahmen (Gewinn für 1904; Umfang des Etats für 1904 und 1907) nur relativ gering auseinander.³¹



Es wäre sicherlich verfehlt anzunehmen, daß vorrangig die Kontrollmechanismen der Stadtverordneten bzw. der Gaskommission für die Einhaltung der Sollvorgaben ausschlaggebend gewesen sind. Daneben ist hier wohl eine entsprechende Manipulation der ausgewiesenen Werte durch die rechnungslegende Gaswerkdirektion zu vermuten.³² Und diesen Manipulationen hatten die Stadtverordneten mangels ausreichender Sachkenntnis über die Interna des Werks nichts entgegenzusetzen.

Ein letzter Hinweis auf die Einstellung der Kontrolleure erschließt sich aus einer Kritik des Oberbürgermeisters Hammerschmidt, die er im Rahmen der Diskussion des Gesamtetats für 1904 vorbrachte. Er stellte »in einzelnen Spezialkommissionen

³⁰ Weil für die Jahre 1899 bis 1906 im Verwaltungsbericht der Gewinn nicht separat ausgewiesen wurde, ist in der Grafik für diese Jahre die Position »Verschiedene Ausgaben« unter entsprechender Umrechnung der Etatwerte eingesetzt worden.

³¹ Eine Regressionschätzung ergibt dabei folgende r^2 -Werte (wobei der Sollwert als unabhängige Variable gewählt wurde): für Umfang des Etats/der GuV 87,00%, für die Kohlen und Löhne 73,08% und für den Gewinn 68,32% (bei Vernachlässigung des Wertes für 1904: 84,81%).

³² Einen Hinweis auf diese Manipulationen stellt die Rechnungslegung über die Finanzierung des Gaswerkankaufs dar. Sie wies zwar als Saldo die Vorgabewerte aus, wich aber in Einzelpositionen erheblich von den Vorgaben ab (Crefelder Zeitung vom 31. 5. 1897 u. 19. 2. 1897).

eine allzu leichte Bewilligungsfreudigkeit« fest. Diese liege wohl in »dem besonderen Interesse, das das eine oder andere Mitglied der Spezialkommission an irgendeiner der unter städtischer Verwaltung stehenden Unternehmungen hat und aus dem Eifer, dafür etwas zu bewilligen, ohne dabei die Gesamtlage des Etats und der städtischen Finanzen zu berücksichtigen.«³³ Offensichtlich bildeten sich in vielen Bereichen derart enge emotionale Bindungen der Kommissionsmitglieder an »ihr« Unternehmen, daß diese vielfach *in dubio pro officina* entschieden.

Aus der Kontrolle der Stadtverordneten über die kommunalen Unternehmen war mithin ein Patronat geworden.

V. Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß in Krefeld die Kontrolle der Stadtverordneten über das Handeln der kommunalen Unternehmen von Anbeginn durch die mangelnde Sachkenntnis, die auch bei größtem Interesse der Stadtverordneten nicht an das Fachwissen der Werksleitung heranreichen konnte, eingeschränkt wurde. Diese Sachkenntnis machte das Leitungspersonal im Prinzip zu unverzichtbaren Spezialisten für die Kommune, deren Abwanderung nach Möglichkeit verhindert wurde. Die Stadtverordneten verlegten die sachliche Kontrolle der Werke in eine Fachkommission, die kaum noch von der Stadtverordnetenversammlung kontrolliert wurde, und entzogen sich damit faktisch ihrer Kontrollpflichten. Die Kommission selbst war jedoch nicht viel fähiger in der Beurteilung des Unternehmenshandelns, weder auf der Ebene des konkreten Betriebsgeschehens noch auf derjenigen der kaufmännischen Kontrolle. Weil die Stadtverwaltung durch die Herauslösung des Unternehmens aus der Verwaltungsstruktur ebenfalls von der Kontrolle des Gaswerks ausgeschlossen war, entstand hier ein von jeder Außenkontrolle weitgehend freier Raum.

Bis zur resignativen Einsicht in diese Zusammenhänge – die für die Stadtverordneten mit der Erkenntnis verknüpft war, Kontrolleure ohne Kontrollbefähigung zu sein – kam es ständig zu Reibereien zwischen der Werksleitung und den Stadtverordneten, und dadurch zu einer schnellen Abwanderung der ersten Unternehmensleiter (Salzenberg, Pfeil).

Wenn die Stadtverordneten im Bereich des Gaswerketats oder in der Tarifpolitik Entscheidungen fällten, war die überwiegende Mehrheit, wenn nicht sogar alle Stadtverordneten über die tatsächlichen Folgen ihres Handelns im Unklaren. Sie wußten nicht, was sie taten.

Theoretisch hätte es neben den Stadtverordneten noch eine zweite Kontrollgruppe geben können: andere Stadteinrichtungen, die mit dem Gaswerk um die Zuweisung von kommunalen Geldern konkurrierten. In Krefeld fehlen jedoch beide Vorausset-

³³ Niederrheinische Volkszeitung vom 28. 11. 1903.

zungen für deren Vorhandensein: das Werk erwirtschaftete Geld, statt sich um die Zuweisung beschränkter Ressourcen bewerben zu müssen, und es war aus der Verwaltung herausgelöst worden, stand also nicht mehr auf einer organisatorischen Ebene mit anderen Kommunaleinrichtungen (wie Stadtbad oder Theater).

Es soll an dieser Stelle nicht die Behauptung gewagt werden, daß die Aufsicht über wirtschaftliche (Groß-)Unternehmen immer fehl ging oder geht, wenn sie durch demokratisch gewählte, also nicht in erster Linie durch Sachkenntnis ausgezeichnete Vertreter »der Öffentlichkeit« ausgeübt wurde oder wird. Es muß anderen Untersuchungen vorbehalten bleiben, aus der Vergangenheit ähnliche oder widersprechende Fälle aufzuarbeiten. Auf der Basis dieser Rückschau sind jedoch dem Betrachter der heutigen Verhältnisse sicherlich Zweifel erlaubt, ob solche Kontrolle, wo sie denn in ähnlicher Weise institutionalisiert ist, immer so effektiv ist, wie sie sein sollte.

Anhang: Mitglieder der Gaskommission³⁴

Mitglied	von – bis	Beruf	Wählerklasse	Partei
Angerhausen, Dr. Eugen	1913–1914	Bankdirektor	3	Zentrum
v. Beckerath, Hermann ¹	1890–1911	Seidenfabrikant	1	Liberal
Biermann, Gustav ²	1912–1914	Färbereibesitzer	2	Liberal
Bircks, Wilhelm ¹	1902–1904	Krawattenfabrikant	3	Zentrum
Bohle, Georg	1914	Schuldirektor	2	Liberal
Büschgens, Adolf	1913–1914	Färbereibesitzer	1	Liberal
Frenken, Hubert ²	1906–1914	Bauunternehmer	3	Zentrum
de Greiff, Fritz ²	1890–1901	Seidenfabrikant	1	Liberal
Hemletzky, Carl	1908–1914	Regierungsbaurat	1	Liberal
Hübler, Dr. Ad.	1910–1913	Oberlehrer	2	Liberal
Jores, Jacob ¹	1902–1914	Rohseidenhändler	1	Liberal
Keussen, Nobert ^{1, 2}	1890–1901	Seidenfabrikant	3	Zentrum
Koch, Hugo ²	1906	Architekt	2	Liberal
Krüsemann, Paul	1890–1912	Rechtsanwalt	3	Zentrum
Lassalle, Dr. Edmund	1908–1914	Oberlehrer	3	Zentrum
Leendertz, Friedrich ²	1900–1912 ³	Samtfabrikant	1	Liberal
Maurenbrecher, Carl ¹	1902–1906	Fabrikbesitzer	3	Zentrum
Molenaar, Alfred ^{1, 2}	1890–1905	Bankier, Rentner	1	Liberal
Oetker, Albert ²	1900	Seidenfabrikant	1	Liberal
Schrick, Louis ¹	1890–1901	Rentner	2	Liberal
Schroers, Dr. Arthur	1900–1914	Färbereibesitzer	2	Liberal
Wansleben, Conrad ²	1902–1908	Maschinenfabrikant	2	Liberal

¹ zugleich Mitglied der Finanzkommission

² zugleich Mitglied der Baukommission

³ war schon vor 1900 Kommissionsmitglied (s. Anm. 9)

³⁴ Adressbuch der Stadt Crefeld, versch. Jahrgänge; Crefelder Zeitung, versch. Jahrgänge; M. Barkhausen, Krefelder Bürgertum im Wandel des 19. Jahrhunderts, in: Die Heimat 29 (1958), S. 15 ff.

Johann Paul

Die Rheinverschmutzung in Köln und Leverkusen im 19. und 20. Jahrhundert

1. Begrenzttes Wissen – 2. Eine Opferstrecke für industrielle Abwässer – 3. Kommunale Abwasserpolitik am Vorfluter Rhein – 4. Wachsende Aufmerksamkeit gegenüber industrieller Rheinverschmutzung – 5. Fazit

Cologne

In Köhln, a town of monks and bones,
And pavements fang'd with murderous stones
And rags, and hags, and hideous wenches;
I counted two and seventy stenches,
All well defined, and several stinks!
Ye Nymphs that reign o'er sewers and sinks,
The river Rhine, it is well known,
Doth wash your city of Cologne;
But tell me, Nymphs, what power divine,
Shall henceforth wash the river Rhine?

Samuel Taylor Coleridge, 1828

1. Begrenzttes Wissen

»... Wir müssen also mit der immerhin bedauerlichen Tatsache rechnen, daß gewisse Anteile der schwefligen Säure aus ihren Abwässern nicht herausgebracht werden können, daß wir uns mit der Verminderung gegen früher begnügen und es dem Rheinwasser überlassen müssen, wie es mit der zweifellos bald erfolgenden Entfernung der giftigen schwefligen Säure fertig werden will.« So lautete die Auskunft, die der Leiter der Geschäftsstelle für Abwasserfragen der chemischen Industrie, Prof. Curt Weigelt, den Farbenfabriken vormals Friedr. Bayer & Co. in Leverkusen am 24. Oktober 1904 gab.¹

Ungeklärt war zu dieser Zeit auch, ob der Rhein mit den wenige Kilometer stromaufwärts eingeleiteten Abwässern der Stadt Köln fertig würde. »Die planmäßige Vorflutuntersuchung (...) muß zeigen, ob die Absiebanlage zur Reinhaltung des Rheins

¹ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Regierung Düsseldorf (= HSTAD RD) 35948.

genügen wird oder ob diese durch andere Anlagen noch ergänzt werden muß«, erklärte die preußische Regierung.²

In beiden Äußerungen erscheint der Rhein als experimentelle Großkläranlage, in die erhebliche, nicht unbedenkliche Abwassermengen gelangten.

Im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen steht die Untersuchung des Verhaltens der Hauptabwasserlieferanten auf der Rheinstrecke im Ballungsraum Köln-Leverkusen seit Beginn der Industrialisierung. Die eingangs angeführten Zitate lassen vermuten, daß die Abwasserpolitik der Industrie und Städte an dieser Flußstrecke durchaus Gemeinsamkeiten aufwies. Entwickelten diese Akteure ein Problembewußtsein für die Folgen ihrer Abwassereinleitungen oder ließen sie die Dinge treiben in der Hoffnung, die angerichteten Schäden würden sich irgendwie in Grenzen halten? Wann griffen die Aufsichtsbehörden ein? Welche Möglichkeiten hatten sie? Und wie erfolgreich war ihr Einsatz? Welche Rolle spielten die Gutachter? Der Beitrag basiert hauptsächlich auf der Auswertung ergiebiger staatlicher und kommunaler Archivbestände. Doch soll nicht unerwähnt bleiben, daß jüngeres Aktenmaterial zur Umweltgeschichte anscheinend fast der gleichen Geheimhaltung unterliegt, wie dies bis vor einigen Jahren bei NS-Akten der Fall war.

2. Eine Opferstrecke für industrielle Abwässer

Im Jahre 1901 teilte die Wasserbau-Inspektion der Rheinstrombauverwaltung Koblenz mit, daß sie auf der Rheinstrecke im Kölner Bezirk rund 200 nichtgenehmigte Abwasserleitungen ermittelt habe.³ Die Zahl der wirklichen Einleiter war indes noch um einiges größer, denn es gab eine ganze Reihe von Abwasserproduzenten, die mit behördlichem Segen den Fluß verschmutzten. So erteilte beispielsweise der Regierungspräsident in Düsseldorf am 30. Mai 1873 der Alizarin- und Ultramarinfabrik Dr. C. Leverkus & Söhne in Wiesdorf am Rhein eine Konzession zum Bau zweier unterirdischer Abwasserrohre in den Fluß. Nach Beschwerden von Fischern erklärten die Fabrikbesitzer 1888 »auf das Bündigste«, in den Abwässern ihres Werks seien »nicht im mindesten giftige oder für die Fischerei nachteilige Stoffe enthalten«. Der zuständige Bürgermeister behauptete sogar, ihm seien »noch niemals Klagen über Abnahme des Fischereiertrags in der (Leverkusen-)Wiesdorfer Fischerei zu Ohren gekommen«.⁴

Diese Darstellungen entsprachen nicht unbedingt der Wirklichkeit. Wenige Monate vorher hatte ein Beamter der königlichen Oberförsterei Rheinwarden nach einer

² Übersicht über die Abwässeranlagen in den (preußischen) Städten mit mehr als 50000 Einwohnern, in: Sammlung der Drucksachen des Hauses der preußischen Abgeordneten, 21. Legislaturperiode, 5. Session 1912/13, S. 4712 f.

³ Landeshauptarchiv Koblenz (= LHAK) 418/895, Bl. 33.

⁴ Stadtarchiv Leverkusen 20.738, Bürgermeister Opladen an Landrat Solingen, 9. 9. 1888.

gemeinsamen Rheinbefahrung mit Fischern aus der oberhalb der Farbenfabrik Leverkus liegenden Stadt Mülheim von »giftige(m) Wasser der chemischen Fabrik« gesprochen, das »direkt in den Rhein« gelange. Auch seien die Anzeichen für einen Niedergang der Rheinfischerei unterhalb von Köln nicht mehr zu übersehen. Bestes Beispiel dafür sei der Sturz des Pachtwerts einer Fischereistrecke bei Mülheim von 900 auf 90 Mark. Wenn die betroffenen Fischer über die zunehmende Verschmutzung allzu laut klagten, war es nicht ausgeschlossen, daß die Verunreiniger die Fischereireviere, die an öffentlichen Flüssen wie dem Rhein weder den Fischern noch privaten Grundbesitzern, sondern dem Staat gehörten, meistbietend ersteigerten, aber anschließend »die Fischerei selbst ungenutzt« ließen. In erster Linie waren sie darauf bedacht, unbequeme Aufpasser von den Abflußrohren ihrer Fabriken fernzuhalten. Viele Fischer waren unterdessen »brotlos« geworden und als Arbeiter in die Industrie abgewandert.⁵

Im Konflikt zwischen den Fischern und der Leverkusener Chemiefabrik wurde der Gewerberat bei der Düsseldorfer Bezirksregierung mit einer gründlichen Untersuchung beauftragt. Er stellte fest, daß die fast schwarzen Alizarinabwässer entgegen der Auflage nicht neutral, sondern »noch schwach sauer« und deshalb giftig für die Fische seien. Der »einfachste und für alle Interessenten zweckmäßigste Weg« ihrer Beseitigung war seiner Ansicht nach eine Versenkung auf dem Fabrikgelände. Das Unternehmen war einverstanden und baute die empfohlenen Brunnen.⁶ Der Gewerbebeamte schien eine elegante Lösung gefunden zu haben, die sowohl die aufgebrachten Fischer besänftigen konnte als auch dem Gewässerverunreiniger entgegenkam, blieben diesem doch größere Ausgaben für den Bau und Betrieb einer Kläranlage erspart. Außerdem waren zumindest vorerst Proteste gegen diese Entsorgungsform ziemlich unwahrscheinlich, weil das Abwasser auf dem Fabrikgelände in beträchtlicher Entfernung zur nächsten Ortschaft versickerte. Daß durch eine fortgesetzte Verunreinigung des Bodens und Grundwassers mittelfristig neue Umweltbelastungen entstehen würden, zogen die Aufsichtsbehörden seinerzeit offenbar nicht in Betracht.

Zu den größten Abwassereinleitern im Kölner Raum zählten die Farbenfabriken vormals Friedr. Bayer & Co. in Leverkusen. Dieses zunächst in Elberfeld beheimatete Chemieunternehmen verlegte seit 1892 einen immer größeren Teil seiner Produktion nach Wiesdorf am Rhein in die Nachbarschaft der bestehenden Chemiefabrik von Leverkusen. 1895 begann im Leverkusener Bayerwerk die umweltbelastende Schwefelsäure-, Salzsäure- und Salpetersäureerzeugung.⁷ Am 2. November 1896 erhielt das Unternehmen einen Erlaubnisschein zum Bau einer Abwasserrohrleitung. Vorher

⁵ HSTAD RD 35949, Schr. v. 30. 7. 1888.

⁶ Ebda., Schr. v. 11. 10. 1888.

⁷ Geschichte und Entwicklung der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., Elberfeld, in den ersten 50 Jahren, Leverkusen 1918, S. 551.

hatte der Solinger Gewerbeinspektor sicherheitshalber nochmals darauf hingewiesen, daß die Fabrikabwässer nach den Konzessionsbedingungen »klar und neutral« sein und »etwaige Spuren von Säuren (...) in der Fabrik neutralisiert« werden müßten.⁸ Am 4. Juni 1901 wurde den im amerikanischen Tempo wachsenden Farbenfabriken eine weitere Einleitungskonzession ausgestellt. Der Oberpräsident der Rheinprovinz als Genehmigungsbehörde verlangte nun schon etwas weniger kategorisch, »das abzuleitende Wasser (müsse) frei von schädlichen oder übelriechenden Beimengungen und möglichst rein sein«. Für den Fall einer Zuwiderhandlung wurde ein Widerruf der Erlaubnis angekündigt.⁹ Im Grunde genommen dürfte allen Beteiligten klar gewesen sein, daß eine strikte Einhaltung dieser Auflage auf absehbare Zeit illusorisch war. Wenige Tage vorher hatte eine chemische Analyse des Abwassers des Leverkusener Bayerwerks ergeben, daß es »stark sauer« reagierte und eigentlich »in dieser Beschaffenheit nicht abgeleitet werden« durfte.¹⁰ Dieser Befund hatte keinen Widerruf der Einleitungserlaubnis zur Folge; er war allenfalls eine Mahnung an die Fabrik, sich nach Möglichkeit um eine Verbesserung der Abwasserqualität zu bemühen. Die Farbenfabriken versprachen denn auch, »eine Selbstkontrolle bei unseren Abwässern vorzunehmen«,¹¹ und beauftragten Curt Weigelt¹² als Sachverständigen der chemischen Industrie mit einer Untersuchung.

Dieser legte im Mai 1902 einen »vorläufige(n) Bericht« vor. Ausgangspunkt seines Gutachtens war die Frage, ob die in den Rhein geleiteten Abwässer des Chemiewerks für die menschliche Gesundheit oder die Fischzucht schädlich seien. Die Fabrik er-

⁸ HSTAD RD 35948, Schr. v. 27. 8. 1896.

⁹ HSTAD RD 48467.

¹⁰ LHAK 418/895, Bl. 177.

¹¹ Ebda., Bl. 175.

¹² Weigelt beschäftigte sich nach eigenen Angaben »im Interesse der chemischen Industrie (...) in den letzten Jahren eingehend mit den Fragen der chemischen Selbstreinigung« von Flüssen (HSTAD RD 48467: Gutachten für eine Papierfabrik in Emmerich v. 23. 12. 1907). 1904 wurde er Abwassersachverständiger des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands. Er hatte vor allem zwei Aufgaben. Zum einen sollte er chemischen Unternehmen in der Auseinandersetzung mit staatlichen Stellen (Gegen-)Gutachten liefern und zum anderen im Interesse der chemischen Industrie in die seit der Jahrhundertwende in Preußen intensiver geführte Debatte um ein Wassergesetz eingreifen. Seine Kritiker sahen in ihm einen »angestellten Obergutachter«, dessen wichtigste Aufgabe es sei, »seinen Auftraggebern unbequeme Kosten vom Halse zu halten, die deutschen Flüsse aber in Kloaken zu verwandeln« (*G. Bonne*, Deutsche Flüsse oder Kloaken? Eine ernste Mahnung in letzter Stunde an unsere Regierungen und an unser Volk, Hamburg 1907, S. 18). Insbesondere der Begriff Opferstrecke war seinerzeit mit seinem Namen verbunden. Weigelt definierte ihn als eine Flußstrecke, »deren Verunreinigung gestattet sein soll, weil sie sich eben nach Lage der Verhältnisse doch nicht umgehen läßt, sei es weil die Industrie überhaupt nicht in der Lage ist, die betreffenden Abwasserbestandteile auf anderem Wege als durch Einleitung in die Gewässer loszuwerden, ohne von ihrer Rentabilität bis zu unlohnender Arbeit herabgedrückt zu werden, sei es weil die lokalen Verhältnisse die wünschenswerte Reinigung (...) ausschließen« (*C. Weigelt*, Die Industrie und die preußische Ministerialverfügung vom 20. 2. 1901, in: Die chemische Industrie, Bd. 24 (1901), S. 556).

zeugte täglich 15 000 m³ unterschiedlich verunreinigte, aber miteinander vermischte Abwässer. Sie enthielten zahlreiche »schlimme Fischgifte« wie etwa die schweflige Säure, freies Chlor und seine Sauerstoffsäuren, Ätzkalk, Phenol und seine Derivate.

Alles in allem war die Abwasserfracht aus dem Bayerwerk ein »Haufwerk verschiedenartig wirksamer Substanzen«. Weigelt räumte offen ein, er wisse nicht, »wie sich die mancherlei chemisch nicht definierbaren Stoffe verhalten (...). Die Umsetzungen dieser verschiedenartig konstituierten Körper innerhalb ihres Gemischs in den Abwässern« könne er »ausreichend nicht übersehen«. Gleichwohl war der Abwasserberater der chemischen Industrie der festen Überzeugung, daß die Leverkusener Abwässer »durch die Menge des Rheinwassers völlig unschädlich gemacht« würden. Als kritischer Leser des Gutachtens bezweifelte der Düsseldorfer Gewerbeberater in einer Randbemerkung die Richtigkeit dieser Behauptung. Er fragte, woher Weigelt die »ziffermäßigen Angaben« über das »natürliche Säurebindungsvermögen« des Rheins habe. Eine Verdünnung der Abfallsäuren auf ein unschädliches Maß trete zudem »nur bei vollständiger, in der Praxis nicht erreichbarer Durchmischung« ein. Weigelts optimistische Beurteilung der Selbstreinigungskraft des Rheins war bloße Spekulation und beruhte, wie er selbst sagte, »lediglich (...) auf theoretische(n) Erwägungen«. »Leider aber kommen derartige ideale Verhältnisse in der Natur nicht vor«, fügte er hinzu. Seine umfangreichen Berechnungen hatten einzig den Zweck, Bayer Leverkusen vor höheren Reinigungskosten zu schützen. Weigelt hielt eine »Verdünnung der Abwässer durch Rheinwasser in (Klär-)Bassins (...) für unerschwinglich« und »für unvereinbar mit der Rentabilität der Werke«. Statt dessen empfahl er, den Rhein als natürliches Klärbecken zu benutzen. Dabei müsse die Verunreinigung einer längeren Flußstrecke in Kauf genommen werden. »Erst in einem wahrscheinlich kilometerweiten Abstand abwärts der Fabrik werden wir mit einer leidlich gleichmäßigen Mischung der Abwässer mit dem gesamten verfügbaren Rheinwasser rechnen können«, sagte er voraus. Doch könne eine vorwärtsstrebende Industrie, die aus Gewinn- und Wettbewerbsinteresse die Abwasserreinigungskosten so niedrig wie möglich zu halten trachtete, ohne staatliches Zugeständnis einer »größeren Opferstrecke (...) nicht auskommen«. »Die etwa unvermeidliche Schädigung des Rheins« stand für Weigelt »außer Verhältnis zu der örtlichen und nationalen wirtschaftlichen Bedeutung der Leverkusener Werke.« Sein einziger Verbesserungsvorschlag, die Farbenfabriken sollten »ihren Abwasserstrom nach Tunlichkeit gleichförmig (...) gestalten«, um Säurestöße zu vermeiden,¹³ war angesichts der keineswegs gleichförmig ablaufenden Produktionsprozesse, wie auch Weigelt gewußt haben dürfte, schiereres Wunschenken.

Ausgestattet mit diesem Gutachten, das vor allem den wirtschaftlichen Stellenwert des Unternehmens hervorhob, trumpfte die Firmenleitung gegenüber den Aufsichtsbehörden auf und teilte der Wasserbau-Inspektion kühl mit, die Auflage, »schleunigst

¹³ HSTAD RD 35948.

dafür Sorge tragen zu wollen, daß die Abwässer aus der Rohrleitung (...) frei von Säuren in den Rhein geleitet werden«, könne sie nicht erfüllen.¹⁴ Weiterhin ergoß sich rotgefärbtes und stark sauer reagierendes Abwasser in den Rhein.¹⁵

Das Unternehmen stieß zwei Jahre später mit einem weiteren Gutachten von Weigelt nach, der seine eingeschlagene Marschrichtung konsequent fortsetzte. Er überhöhte die Leverkusener Farbenfabriken zu einem »gewaltigen Werk«, dessen Entwicklung nicht durch kleinliche Abwasserreinigungsforderungen gestört werden dürfe. Gleichzeitig bagatellierte er die Abwassereinleitungen. Der durch sie verursachte Schaden könne »schlimmstenfalls nur ein ganz minimaler sein«.¹⁶

Nun bliesen die Aufsichtsbehörden endgültig zum Rückzug. Der Düsseldorfer Regierungspräsident beruhigte sich mit der gewundenen Erklärung, die Farbenfabriken seien »sich des Ernstes der Lage wohl bewußt« und »in der letzten Zeit (...) nicht ohne Erfolg bemüht gewesen«, die Reinigung ihrer Abwässer zu verbessern.¹⁷ Der Oberpräsident ging noch einen Schritt weiter und hielt einen »schwerwiegende(n) schädliche(n) Einfluß« der Leverkusener Abwässer für »zur Zeit nicht mehr nachweisbar«.¹⁸ Selbst wenn die staatlichen Stellen den Willen hatten, den Zustand des Rheins gegen den Widerstand der Verschmutzer zu verbessern, ergab sich für sie das handfeste Problem, daß sie, vielleicht noch weniger als der Gutachter der chemischen Industrie, in der Lage waren, die Schädlichkeit der Fabrikabwässer genau zu bestimmen. Deshalb blieb es wie es war, und der Auslaß der Farbenwerke förderte unablässig, wie eine Untersuchungskommission bei einer Besichtigungsfahrt am 16. November 1908 feststellte, »eine dampfende, stark rötlich gefärbte Menge Abwasser unmittelbar am Ufer in den Rhein«. Bei der Überfahrt über den Rhein bemerkten die Kontrolleure jedoch »allgemein eine erhebliche Verschmutzung des Rheins, die indessen offensichtlich nicht von den Farbwerken, sondern voraussichtlich von Abwässern der Städte Köln und Mülheim herrührte«.¹⁹

In der Tat wäre es falsch, die Verschmutzung des Rheins im Kölner Bezirk ausschließlichen den Leverkusener Chemiefabriken anzulasten. Sie waren zweifellos bedeutende Abwasserlieferanten, aber nicht die einzigen Verunreiniger. Der Rhein wurde schon vorher in Mülheim und Köln stark belastet. Betrachten wir zunächst die Abwassersituation im rechtsrheinischen Mülheim. Hier mündeten mit dem Strunder- und dem Faulbach zwei übel zugerichtete Kloaken. Sie waren Vorfluter für die immensen Abwassermengen der benachbarten Bergisch Gladbacher Papierfabriken, der Metall- und chemischen Industrie und der Haushalte in der Stadt Mülheim. Während die

¹⁴ LHAK 418/895, Bl. 245.

¹⁵ Ebda., Bl. 243.

¹⁶ HSTAD RD 35948, Gutachten v. 24. 10. 1904.

¹⁷ LHAK 418/895, Bl. 561 ff., Schr. v. 15. 12. 1904.

¹⁸ HSTAD RD 35948, Schr. v. 16. 1. 1905.

¹⁹ HSTAD RD 48468.

organischen Abgänge der Papierwerke und die verbotenerweise eingeleiteten Fäkalien einen Prozeß »fauliger Zersetzung« auslösten, belastete insbesondere das Carlswerk, eine Kabel- und Drahtseilfabrik des Konzerns Felten & Guillaume-Lahmeyer, die im Mülheimer Norden ein ausgedehntes Areal bedeckte, den Faulbach mit säurehaltigen Abwässern. Nach Berechnung der preußischen Versuchs- und Prüfungsanstalt für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung handelte es sich 1908 täglich um 4,9 t Schwefelsäure, die auf dem kurzen Weg in den Rhein nur unzureichend neutralisiert wurden. Große Mengen giftiger Eisenschlämme wälzten sich ebenfalls durch diesen Bach zum Rhein. Sie gaben dem rechten Rheinufer bis zu dem flußabwärts liegenden Mülheimer Wasserwerk eine »intensive rote und gelbe Färbung«.

Zwar drängte der Kölner Regierungspräsident die Kabelfabrik bald nach 1900 zum Bau einer Kläranlage, doch ließ sich das Unternehmen schon in der Projektphase viel Zeit. Der Gewerbeinspektor äußerte schließlich den Verdacht, die Firma ziehe »die Verhandlungen absichtlich in die Länge«. Erst 1910 verständigten sich Regierungspräsident, Betriebsleitung und Versuchsanstalt auf eine Minimallösung. Es wurde vereinbart, »eine Kläranlage in angemessener Größe einzurichten, in der sämtliche Abwässer gesammelt, gehörig durchmischt und dann geklärt werden« sollten. Dabei war, obwohl technisch möglich, weder eine völlige Neutralisation der Schwefelsäure noch eine restlose Ausfällung des Eisens vorgesehen. Dies war nach Meinung der Versuchsanstalt »außerordentlich teuer« und angesichts des trostlosen »Zustand(s) des Vorfluters nicht unbedingt erforderlich«. Außerdem dürfe das Mülheimer Kabelunternehmen nicht schlechter gestellt werden als die Farbenfabrik in Leverkusen, die ihre Abwässer, »deren Menge ein Vielfaches der Abwässer des Carlswerks ist, in ähnlicher Weise beseitigt«.²⁰ Anscheinend war der Stand der Abwasserreinigung im Bayerwerk für die Behörden eine Richtschnur in der Frage, welche Auflagen sie anderen Unternehmen im Kölner Bezirk machen konnten. 1922 verlieh der Bezirksausschuß dem Carlswerk das Recht, seine Beizeabwässer durch einen Kanal in den Rhein zu leiten. Über ihre Reinigung äußerte sich die Beschlußbehörde nur vage: »Erhöhte Anforderungen (...) können gestellt werden, wenn sich die Notwendigkeit ergeben sollte.«²¹ Diese ergab sich lange Zeit für keinen der Beteiligten, schien doch der Bau von Abwasserkanälen zum Rhein, ebenso wie ehemals die Senkbrunnen, ein Allheilmittel zur Lösung von Umweltproblemen zu sein. Der Rhein wurde deshalb seit Beginn dieses Jahrhunderts nicht nur von den unmittelbar am Fluß, sondern auch von im Hinterland liegenden Fabriken und Städten im wahrsten Sinn des Wortes aus vollen Rohren beschossen.

²⁰ Zitiert nach *J. Paul*, Abwasserbeseitigung und Trinkwasserversorgung in Mülheim am Rhein zur Zeit der Hochindustrialisierung, in: *Rechtsrheinisches Köln. Jahrbuch für Geschichte und Landeskunde*, Bd. 16 (1990), S. 39–76, hier S. 45–47.

²¹ HSTAD NW 132/889, Bl. 115, Schr. Wasser- u. Schiffsamt Köln v. 15. 9. 1958.

3. *Kommunale Abwasserpolitik am Vorfluter Rhein*

Die rechtsrheinischen Industriestädte Mülheim und Kalk leiteten um die Jahrhundertwende ihre gesamten Abwässer über Straßenkanäle und Bäche ungeklärt in den Rhein.²² Sie ignorierten damit eine preußische Circular-Verfügung vom 1. September 1877, die die Einleitung »von menschlichen Abgängen« in öffentliche Gewässer »ausdrücklich verboten« hatte.²³ Dieser Erlaß wurde vielerorts mißachtet. In Mülheim war es »ein offenes Geheimnis«, wie der Kreisarzt berichtete, »daß viele Häuser nach der Bauabnahme den direkten Kanalanschluß« über die Regenwasserkanäle an die natürlichen Vorfluter herstellten und ihre Besitzer sich dadurch die unästhetische und meist mit Ausgaben verbundene Entleerung ihrer Jauchegruben und -tonnen ersparten.²⁴ Die Mülheimer Zustände waren nach Meinung der Regierung »unhaltbar«, deshalb hätten sich die Behörden eingeschaltet. »Das Projekt einer Vollkanalisation mit einer umfangreichen Kläranlage schwebt und wird«, wie sie den preußischen Landtagsabgeordneten 1912 versicherte, »in nicht zu ferner Zeit ausgeführt werden.«²⁵

Solch ein Schwebezustand konnte lange dauern und letztlich zu unbefriedigenden Resultaten führen. Das Verhalten der auf der anderen Rheinseite liegenden Stadt Köln, für deren Kläranlage sich die Mülheimer zunehmend interessierten, weil sie im Unterschied zu dem Vorschlag eines beauftragten Ingenieurbüros »mit verhältnismäßig geringeren Mitteln geschaffen worden« sei,²⁶ ist hierfür ein aufschlußreiches Beispiel.

Zunächst beabsichtigte Köln, sämtliche Fäkalien ungeklärt durch Abwasserkanäle in den Rhein zu schwemmen. Die königliche wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen in Preußen lehnte 1877 dieses Vorhaben wegen der Gefahr einer Verseuchung des Rheins ab.²⁷ Nach der ersten Stadterweiterung und dem Beginn des Baus von Straßenkanälen in der Neustadt spitzte sich seit 1881 das Problem der Abwasserbehandlung zu.²⁸ Die Stadtverwaltung blieb indes untätig, waren es doch die ärmeren Unterlieger in den Rheindörfern, an deren Ufern die wachsende Schmutzfracht aus Köln anlandete. Schließlich rügten die Minister des Innern, der öffentlichen Arbeiten und der geistigen und Medizinalangelegenheiten in einem gemeinsamen Erlaß vom 30. April 1885 den »unzureichende(n) Zustand der Kanalisations-

²² J. Paul (s. A 20), S. 45.

²³ Sammlung der Drucksachen (s. A 2), S. 4724 f.; zur Verfügung von 1877: J. v. Simson, Die Flußverunreinigung im 19. Jahrhundert, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 65 (1978), S. 378.

²⁴ Zitiert nach J. Paul (s. A 20), S. 46.

²⁵ Sammlung der Drucksachen (s. A 2), S. 4724 f.

²⁶ Mülheimer Zeitung v. 14. 2. 1908.

²⁷ J. v. Simson (s. A 23), S. 377.

²⁸ Historisches Archiv der Stadt Köln (= HASK), Gesamtübersicht über die Abwasserbeseitigung in Köln (1952), S. 2.

und Abfuhrverhältnisse« in Köln.²⁹ Am 29. April 1886 ordnete der Regierungspräsident an, die Stadt Köln müsse ihre Abwässer »vor der Einmündung in den Rhein einem gründlichen Reinigungsverfahren« unterziehen. Falls der Stadtrat nicht »baldest« einen brauchbaren Entwurf vorlege, werde er »im Interesse der Gesundheitspflege von Oberaufsichts wegen« einschreiten.

Nun begann ein lange währender Machtkampf zwischen den staatlichen Stellen und der Stadt, aus dem diese auf Kosten des Rheins als Sieger hervorging. Zunächst legte die Stadtverwaltung ungewöhnlich rasch am 23. Juni 1886 einen Entwurf vor, der »eine versuchsweise Reinigung der Kanalwässer« in Aussicht stellte.³⁰ Ebenso prompt wiesen Regierungspräsident und Innenminister ihn jedoch zurück. Sie bestanden auf einer »unbedingte(n) Reinigung der Kanalwässer«. Zudem wiesen sie die Kölner am 30. März 1887 darauf hin, daß es sich bei dem gegenwärtigen »Einlaß der ungereinigten Abwässer um ein Experiment handele«, das »nicht unbedenklich erscheine«. Auf die Dauer müßten die kommunalen Abwässer gereinigt werden.³¹

Nach ihrem gescheiterten Eröffnungszug ließ die Stadt, ähnlich wie die Mülheimer Kabelfabrik, erst einmal möglichst viel Zeit verstreichen. Erst 1893 reichte sie einen neuen Klärwerksplan ein. Sie entschied sich darin für eine Anlage mit Absitzbecken. Der Innenminister stimmte diesem mechanischen Reinigungsverfahren unter der Bedingung zu, daß Rechen den Klärbecken vorgeschaltet würden und die Durchflußgeschwindigkeit der Abwässer durch die Anlage höchstens 4 mm pro Sekunde betragen dürfe. Er kam der Stadt insoweit entgegen, als er auf die zunächst verlangte chemische Behandlung mit Ätzkalk verzichtete. Dieses Angebot ging der Stadt nicht weit genug. Sie verlangte 1895 eine Erhöhung der Durchflußgeschwindigkeit auf 1,5 cm pro Sekunde.³² Durch eine kürzere Verweildauer der Abwässer sollten die Baukosten für zusätzliche Klärbecken in Höhe von einer Million Mark und Betriebskosten von jährlich 150 000 Mark eingespart werden.³³ Die Aufsichtsbehörden willigten ein.

Im Jahre 1900 wurde eine sogenannte »Probekläranlage« oberhalb von Niehl in Betrieb genommen.³⁴ Sie verfügte nur über ein einziges Absitzbecken, obwohl selbst ein von der Stadt bestellter Gutachter zwei »umschichtig« betriebene für notwendig gehalten hatte.³⁵ Hätte die Durchflußgeschwindigkeit der Abwässer, wie von der Regierung zunächst gefordert, maximal 4 mm pro Sekunde betragen, wären 10 Klärbecken

²⁹ Zitiert nach C. Steuernagel, Die Entwässerungsanlagen der Stadt Köln, Köln 1898, S. 3.

³⁰ Ebda.

³¹ Ebda., S. 4.

³² Ebda., S. 30. Die chemische Reinigung organischer Abwässer galt inzwischen als unzureichend und veraltet (J. König, Die Verunreinigung der Gewässer, deren schädliche Folgen sowie die Reinigung von Trink- und Schmutzwasser, Berlin² 1899, Bd. 2, S. 125).

³³ C. Steuernagel (s. A 29), S. 31.

³⁴ Bericht über den Stand und die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Köln für das Etatsjahr 1900, Köln 1901, S. 172.

³⁵ H. Salomon, Die städtische Abwasserbeseitigung in Deutschland, Bd. 1, Jena 1906, S. 94 u. 105.

notwendig gewesen.³⁶ Weil aber diese Probekläranlage nur ein Becken besaß, war selbst die von der Stadt vorgeschlagene Geschwindigkeit von 1,5 cm in der Sekunde noch zu langsam. Tatsächlich durchflossen die Abwässer die Anlage mit einer um das Zehnfache gesteigerten Geschwindigkeit von 4 cm pro Sekunde. Diese Beschleunigung war möglich, weil »das Kanalwasser nur die Siebfalle passiert, erforderlichenfalls aber in dem Klärbecken noch eingehender gereinigt und auch desinfiziert werden« könne.³⁷ Die Einleitung der nahezu ungeklärten Abwässer in den Rhein war nach Meinung der Stadtverwaltung ohne Bedenken möglich, weil mit ihrer »rasche(n) Verteilung in dem mächtigen schnellfließenden Strom« zu rechnen sei.³⁸ Der Rhein, dem seinerzeit eine nahezu magische Selbstreinigungskraft zugeschrieben wurde, sei ohne weiteres in der Lage, die Kölner Abwässer zu zersetzen, wenn sie nur gut genug in der Strommitte verwirbelt würden. Ganz geheuer scheint aber selbst den Verfechtern des Scheinklärwerks der Probelauf nicht gewesen zu sein. Vorsorglich wurde der knapp einen Kilometer rheinabwärts liegende Ort Niehl an das Kölner Wasserleitungsnetz angeschlossen, um zu verhindern, daß mit Krankheitskeimen infiziertes Uferfiltrat aus den örtlichen Brunnen als Trinkwasser geschöpft wurde.³⁹ Verfolgen wir nun, wie die Probekläranlage arbeitete.

Es hat den Anschein, daß sie spätestens nach wenigen Jahren nicht mehr richtig funktionierte. 1905 klagte der Oberfischmeister in Düsseldorf, daß die Reinigung der Kölner Abwässer »mitunter zu wünschen übrig« ließe.⁴⁰ Der Kölner Oberbürgermeister führte dies auf Arbeiten an der Siebfalle zurück, bestritt aber gleichzeitig, daß »Mißstände (...) bemerkt worden« seien.⁴¹ 1909 stellte das preußische Institut für Binnenfischerei fest, daß auf dem Rhein in der Höhe von Leverkusen sogar noch das Toilettenpapier aus der 6 km entfernten Kölner Kläranlage trieb. Wie war dies möglich, wo doch nach Darstellung der Stadtverwaltung das Kölner Kanalwasser »überhaupt die Eigenschaft« hatte, »sich verhältnismäßig rasch zu zersetzen« und es überdies eine zwar »provisorische, aber gut wirkende« Siebanlage gab? Gegenüber von Leverkusen trieben viele rote Zuckmückenlarven, die, wie damals bereits bekannt war, eine starke organische Verunreinigung anzeigten.⁴² Aufgerüttelt durch diese Beobachtungen, entwickelten die Aufsichtsbehörden wieder ein stärkeres Interesse am Kölner Klärwerk. Bei einer Rheinbefahrung am 28. Oktober 1910 inspizierte eine staatliche

³⁶ Ebda., S. 107.

³⁷ C. Steuernagel, Die Entwässerungsanlagen, in: Naturwissenschaft und Gesundheitswesen in Köln, im Auftrag der Stadt Cöln hrsg. von Dr. med. Krautwig, Köln 1908, S. 123.

³⁸ C. Steuernagel u. Grosse-Bohle, Untersuchungen über die mechanische Reinigung des Cölner Kanalwassers im Flachbecken sowie der Einfluß der Einleitung der Kanalwässer in den Rhein, in: Naturwissenschaft u. Gesundheitswesen, S. 130.

³⁹ H. Salomon (s. A 35), S. 102.

⁴⁰ HSTAD Regierung Köln (= RK) 8324, Bl. 41.

⁴¹ Ebda. Bl. 42.

⁴² HSTAD RD 35948, Gutachten v. 22. 12. 1909; H. Salomon (s. A 35), S. 105.

Kommission »eingehend« die Anlage, die bis auf eine Namensänderung – der Zuatz »Probe« war inzwischen gestrichen – das alte Bild bot. Den Beamten schien die Reinigung »eine recht unvollkommene« zu sein. Sie bemängelten u. a., daß nachts der Betrieb ruhte und dann »das gesamte (Ab-)Wasser (...) um die Kläranlage herumgeleitet« wurde.⁴³ Diese nächtliche Abschaltung hätte sie eigentlich nicht in Erstaunen versetzen dürfen. Sie war zur Reinigung der Rechen und des Klärbeckens unvermeidlich. Dies war allen Beteiligten bei der Eröffnung der Probekläranlage bekannt gewesen. Die Kölner Stadtverwaltung hatte damals, um die Ausgaben für ein zweites Becken zu sparen, ihre Auffassung durchgesetzt, »daß es keinen Zweck hat, die Nachtwässer durch die Kläranlage zu schicken, sondern daß es sich vielmehr empfiehlt, dieselben direkt in den Rhein abzuleiten.« Sie argumentierte, das unbehandelte Nachtabwasser sei weniger verschmutzt als das geklärte Tagesabwasser.⁴⁴ Dieser Vergleich dürfte nicht unbedingt für die Sauberkeit der nächtlichen Abwässer, die überdies mit einer Zeitverzögerung im Klärwerk eintrafen, sprechen, sondern eher dessen Primitivität unterstreichen.

Von der kühnen städtischen Behauptung, »während der sechs Nachtstunden« könne das Abwasser »ohne Schaden« unmittelbar in den Rhein geleitet werden,⁴⁵ war die Regierung nun nicht länger überzeugt. Der Innenminister fällte in seinem Erlaß vom 18. März 1911 ein vernichtendes Urteil über das Klärwerk und sprach obendrein der Stadtverwaltung in der Abwasserfrage jede Objektivität ab. Es sei erwiesen, daß die Schmutzstoffe nur grob zermalmt in den Rhein gelangten und ihn stark verschmutzten. Deshalb müsse die Siebanlage umgerüstet werden. Außerdem sei »auf eine dauernde Aufrechterhaltung des Betriebs, namentlich auch während der Nacht und bei starken Regengüssen, hinzuwirken.« Schließlich erklärte der Innenminister der Stadtverwaltung offen sein Mißtrauen und ordnete an, »weitere Untersuchungen durch ein wissenschaftliches, nicht von der städtischen Verwaltung abhängiges Institut vornehmen zu lassen.«⁴⁶ Offenbar waren es die staatlichen Aufsichtsbehörden leid, weiter die schönfärberischen Berichte der Stadt Köln, die ihre Kläranlage über alle Maßen lobte und das wirkliche Ausmaß der Rheinverschmutzung zu kaschieren versuchte, in Empfang zu nehmen, denn schon »der Augenschein ergab«, wie der Düsseldorfer Oberfischmeister am 24. November 1910 mitteilte, »eine erhebliche Verschmutzung des Rheins, die kilometerweit flußabwärts reicht.«⁴⁷ Auch im darauffolgenden Sommer dauerten die »hygienischen Mißstände« im Rhein unterhalb der Kölner Kläranlage »unvermindert fort«.⁴⁸ Eindeutig bestimmte die Stadt selbst den Zeit-

⁴³ HSTAD RD 48468.

⁴⁴ H. Salomon (s. A 35), S. 107.

⁴⁵ Ebda., S. 108.

⁴⁶ HSTAD RD 48468.

⁴⁷ HSTAD RK 8324, Bl. 69 f.

⁴⁸ Ebda., Bl. 91, Schr. Wasserbau-Inspektion v. 21. 6. 1911.

punkt der Verringerung des Gitterabstands in der Siebanlage des Klärwerks, an das vor dem Ersten Weltkrieg das linksrheinische Stadtgebiet mit 450 000 Einwohnern angeschlossen war. Anschließend war die Rheinmetropole um eine Sehenswürdigkeit reicher. Die Fachwelt konnte im Klärwerk an der Amsterdamer Straße den verfeinerten »Cölner Rechen« besichtigen.

An der ungenügenden Abwasserreinigung änderte sich natürlich während des Ersten Weltkriegs nichts. Doch auch in der Zeit der Weimarer Republik wurden die Verhältnisse nicht besser, sondern noch schlechter. Die Stadt Köln hatte inzwischen durch die Eingemeindung der rechtsrheinischen Städte Kalk und Mülheim samt ihrem Hinterland zwar viele gewerbesteuerkräftige Unternehmen und große Siedlungsflächen vereinnahmt, aber auch die ungelöste Abwasserfrage dieser Industriegemeinden geerbt; ein Problem, das auch Alt-Köln weiterhin mit sich herumschleppte. Die Arbeitsgemeinschaft der Abwasserinteressenten am Niederrhein mochte 1922 die Behandlung der linksrheinischen städtischen Abwässer trotz des einst gepriesenen »Cölner Rechens« nur als »Vorreinigung« einstufen.⁴⁹ Die Abwasserfahne war im Rhein bereits »grob sinnlich wahrnehmbar«. Die Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene ermittelte 1925, daß der Rhein auf der Strecke zwischen Koblenz und der niederländischen Grenze bakteriologisch am stärksten nicht durch den Fäkalienzufluß aus der Emscher, in die zahlreiche Ruhrgebietsstädte ungeklärt ihre Abwässer einleiteten, sondern durch die Kölner Abwässer verunreinigt wurde.⁵⁰ Zwei Jahre später bezeichnete ein Kölner Stadtbaurat indes die ursprünglich von den Aufsichtsbehörden gestellten erhöhten Reinigungsanforderungen immer noch als »übertriebene (...) Forderungen«, die »zu wenig Rücksicht auf die günstigen Vorflutverhältnisse genommen« hätten.⁵¹ In der Stadtverwaltung hatte man offenbar nichts hinzugelernt, obwohl es längst keinen Zweifel mehr gab, wer auf den Rhein keine Rücksicht genommen hatte.

Mit dem Bau des Niehler Hafens im Jahre 1927, bei dem es sich um eines der vielen städtischen Großprojekte in der Ära von Oberbürgermeister Konrad Adenauer handelte,⁵² wurden die Verhältnisse am Auslauf des Klärwerks unerträglich. Zwar schien etwa zur selben Zeit die Errichtung einer Zentralkläranlage für die links- und rechtsrheinischen Stadtteile in Stammheim mit der Verlegung einer Rohrleitung im Flußbett näherzurücken,⁵³ doch anschließend wurde es wieder still um das Projekt. Dies ist

⁴⁹ HSTAD RD 48472.

⁵⁰ HSTAD RD 48469, Gutachten v. 25. 8. 1925.

⁵¹ L. Deibel, Die Entwässerungsanlagen, in: Köln. Bauliche Entwicklung 1888–1927, hrsg. v. Architekten- und Ingenieurverein f. d. Niederrhein und Westfalen und Köln mit Unterstützung der Stadt Köln, Berlin 1927, S. 252.

⁵² Nach H.-P. Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 239, trug die Stadtentwicklungspolitik Adenauers, der von 1917 bis 1933 Kölner Oberbürgermeister war, entscheidend zur »Gestaltung des modernen Köln« bei.

⁵³ HASK, Stadtentwässerung Köln, städtischer Bericht (1981).

schon allein deshalb bemerkenswert, weil beim Bau der Hafeneinfahrt das Kanalstück zwischen Kläranlage und Rhein weggesprengt worden ist. Die Abwässer gelangten nun über einen strömungsungünstig angelegten »Notauslaß« in den Fluß oder stauten sich, besser gesagt, im Hafenbecken. Und die Beschaffenheit des Abwassers wurde zusehends schlechter, weil »eine Klärung (...) in der Kläranlage kaum noch« stattfand.⁵⁴ Was dies konkret hieß, verdeutlicht ein Beschwerdebrief der westdeutschen Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft an den Kölner Oberbürgermeister vom 29. Mai 1929. Auf dem Wasser trieben »nicht nur Schmutz aus Klosetts, sondern – scheinbar aus den Krankenhäusern kommend – kleine menschliche Körper sowie sonstige menschliche Körperteile, weiter tote Katzen und Hunde und dergleichen Unrat«. Die Gesundheit der Schiffsbesatzungen war in höchstem Maße gefährdet, weil »sie beim Reinigen des Schiffskörpers (...) ständig mit diesem Wasser in Berührung« kamen.⁵⁵ Die Kölner Verwaltungsspitze mußte diese »Beschwerde (...) als berechtigt« anerkennen.⁵⁶ Allerdings schieden sich in der Stadtverwaltung die Geister darüber, ob diese skandalöse Flußverseuchung noch andauere. Die Hafengebäudeabteilung machte am 14. Juni für die eingestandenermaßen »erhebliche« Verschmutzung eine zwischenzeitlich behobene Panne verantwortlich, bei der »aus Ersparnisgründen« Abwässer an der Siebanlage vorbeigeführt worden seien. Nun arbeite die Kläranlage wieder »fast einwandfrei«. Gegen diese offenkundige Falschmeldung protestierte eine andere städtische Dienststelle. »Eine Abnahme der Verschmutzung durch Fäkalien und andere Stoffe, die die Siebe passieren, hat bis jetzt nicht festgestellt werden können«, teilte die Hafendirektion am 29. Juni mit. Die merkwürdige Erklärung der Hafengebäudeabteilung habe wohl nur den Zweck, »daß die Angelegenheit (...) im Sande verläuft«. ⁵⁷ Dies sagte eine städtische Stelle einer anderen nach, aus gutem Grund; denn auch die Berufsgenossenschaft klagte erneut, es sei »keine Besserung, sondern eine Verschlechterung der Verhältnisse« eingetreten.⁵⁸ Erst 1932 baute die Stadt den Notauslaß des Klärwerks so um, daß die Fäkalien sich nicht mehr im Hafen stauten.⁵⁹ Bei allem Verständnis für die zu einem beträchtlichen Teil hausgemachten Finanznöte der Stadt Köln⁶⁰ ist die grobe Mißachtung elementarer Gesundheitsinter-

⁵⁴ HASK 456/31, Bl. 30, Bericht der Hafengebäudeabteilung v. 15. 5. 1929.

⁵⁵ Ebda., Bl. 63.

⁵⁶ Ebda., Bl. 65.

⁵⁷ Ebda., Bl. 69 f.

⁵⁸ Ebda., Bl. 106 f.

⁵⁹ Ebda., Bl. 115 R u. 117.

⁶⁰ Köln steckte schon 1927 in einer Finanzkrise. Adenauers ehrgeizige Stadtentwicklungsvorhaben hatten den Stadthaushalt schwer belastet. Zwischen 1924 und 1928 stiegen die städtischen Ausgaben von 180 auf 321,6 Millionen Mark. In den beiden großen Ratsfraktionen, dem Zentrum und der SPD, wuchs der Unmut. Der Sozialdemokrat Robert Görlinger warf Adenauer vor, »durch die Überhastung, mit der eine Anzahl Projekte betrieben wurde, (sei) der Eindruck des planlosen Arbeitens« entstanden (zit. n. H.-P. Schwarz (s. A 52), S. 310). Schwarz bezeichnet Köln »seit Mitte der zwanziger Jahre als Paradebeispiel glänzender, gewiß produktiver, aber eben auch verschwenderi-

essen der Rheinschiffer unbegreiflich. Aber in der Rangfolge kommunaler Projekte rangierte das Klärwerk sehr weit hinten. Der Bau eines modernen Klärwerks wurde in den »goldenen Jahren« der Weimarer Republik im Gegensatz zu vielen anderen zügig verwirklicht, nicht selten teuren Projekten auf die lange Bank geschoben, und sogar die Unterhaltung der unzureichenden Siebanlage ließ zu wünschen übrig. Sie wurde zeitweise aus »Ersparnisgründen« abgeschaltet. Es scheint, daß in dieser Stadt am Rhein das Interesse am Zustand des Flusses eigentümlich gering war. Vielleicht hängt dies auch damit zusammen, daß der Rhein bis zur Eingemeindung der rechtsrheinischen Nachbarstädte aus Kölner Sicht an der Peripherie der Stadt lag und im Bewußtsein der linksrheinischen Kölner vielfach auch später eine Grenze geblieben ist.

Am 1. Oktober 1935 beschloß der nationalsozialistische Stadtrat den Bau einer Zentralkläranlage in Stammheim.⁶¹ Zwei Jahre später begannen die Bauarbeiten. Während des Zweiten Weltkriegs ruhten sie.⁶² Unterdessen richteten die Kölner Abwässer eine immer stärkere Verödung im Rhein an. 1938 fehlten auf den ersten zwei Kilometer unterhalb ihrer Einleitung jegliche Kleinlebewesen, auf fünf Kilometer wurden die Fische am linken Ufer durch die Abwasserfahne stark geschädigt. 20 km unterhalb von Niehl hatte der Fluß »die ihm zugeführten Schmutzstoffe noch nicht verdaut«. Auf dieser Strecke litt er unter starker Sauerstoffzehrung und beträchtlicher Ammoniakkonzentration.⁶³

Standen im Zweiten Weltkrieg für zivile Projekte kaum noch Arbeitskräfte zur Verfügung, so gab es nach Kriegsende zwar wieder reichlich Arbeitskräfte, doch war nun das Geld knapp. Die verfügbaren Mittel wurden zunächst für den Wohnungsbau und zur Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet.⁶⁴ Außerdem liebäugelte die Landesregierung anfangs unter Anknüpfung an Versuche in den dreißiger Jahren im rechtsrheinischen Köln mit dem Gedanken, die Kölner Abwässer als Dünger in der Landwirtschaft einzusetzen. Doch lehnte die Stadtverwaltung eine Hergabe der ungeklärten Abwässer ab und verlangte ihre gründliche Reinigung.⁶⁵ Sie wies darauf hin, daß in Köln häusliche und gewerbliche Abwässer vermischt und daher für landwirtschaftliche Zwecke ungeeignet seien. Wohl befürchtete sie auch, daß bei ihrer Zustimmung der durch Landeszuschüsse geförderte Weiterbau der Stammheimer Kläranlage in ungewisse Ferne rücken konnte.

Ende 1953 nahm das neue Kölner Klärwerk seinen Betrieb auf. Es verfügte über Grobrechen, Sandfänge, Absitzbecken, Schlammausfaulräume und Schlammbecken.

scher kommunaler Finanzwirtschaft, und Adenauer (...) (war) die treibende Kraft hinter allem.« (S. 312).

⁶¹ LHAK 403/15429, Rundbrief des Rheinischen Fischerei-Vereins v. Nov. 1935.

⁶² HASK, Stadtentwässerung (1981).

⁶³ HSTAD NW 132/295, Bl. 5R.

⁶⁴ HSTAD NW 132/799, Bl. 143; Bericht »Die Verunreinigung der Gewässer in NW«, Min. f. Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten NW v. 27. 6. 1958.

⁶⁵ HSTAD NW 132/295, Bl. 37, Gutachten v. 3. 9. 1949.

Obwohl »nach den modernsten Gesichtspunkten« errichtet, handelte es sich nur um eine mechanische Anlage, die zumindest in den ersten Jahren an einem erheblichen Mangel krankte. In einem Bericht der Landesregierung von 1955 hieß es kritisch, die dem Abwasser eingeräumte »Absetzzeit von einer Stunde (sei) sehr gering bemessen«. Im Nachhinein lamentierten die Aufsichtsbehörden, die Absitzbecken hätten im Interesse der Abwasserreinigung doppelt so groß sein sollen, wie sie es tatsächlich waren. Hatten sie dies vorher nicht bemerkt? Anscheinend hatte die Stadt Köln beim Bau der neuen Kläranlage, ähnlich wie schon bei der Probekläranlage von 1900, an einer entscheidenden Stelle Geld gespart. Die Folgen dieser Politik ließen sich nicht verbergen: »Die Strecken unterhalb des Einleiters sind infolge der starken Belastung mit den organisch verschmutzten Abwässern vollkommen fischleer. Die Abwasserfahne ist noch weithin sichtbar.« In der Nähe des Ausflusses des Kölner Klärwerks wurde zudem die beachtliche Phenolmenge von 0,6 bis 1,0 mg pro Liter Flußwasser gemessen. Auch enthielt der Klärschlamm so viele Rückstände, daß sich jedenfalls vorerst kein landwirtschaftlicher Abnehmer finden ließ.⁶⁶

4. Wachsende Aufmerksamkeit gegenüber industrieller Rheinverschmutzung

Mit der Inbetriebnahme des Zentralklärwerks hat die Kölner Abwasserreinigung trotz unübersehbarer Unzulänglichkeiten einen beträchtlichen Sprung nach vorn gemacht. Die Industrie im Kölner Bezirk hinkte zur selben Zeit weit hinterher. Allerdings wehte nun auch ihr der Wind allmählich schärfer ins Gesicht. Mobilisiert durch eine vor allem über die abnehmende Trinkwasserqualität beunruhigte Öffentlichkeit und durch Landespolitiker, die nicht zuletzt den Protest der Niederländer fürchteten, besannen sich die Wasserbehörden auf ihre eigentliche Aufgabe. Sie nahmen immer häufiger die Abwasserrohre der Fabriken in Augenschein und berichteten Unerfreuliches.

Die Mülheimer Kabelfabrik leitete nach wie vor insbesondere schwefelsäure- und salzhaltige Abwässer in den Rhein, der an der Kanalmündung seit mehr als einem halben Jahrhundert eine »starke ockerfarbene Verfärbung« aufwies. Das Werk besaß Mitte der fünfziger Jahre »keinerlei Rückgewinnungs- oder Regenerations- bzw. Neutralisationsanlagen«.⁶⁷ 1952 forderte die Wasserpolizei das Unternehmen auf, ein Projekt zur »Entsäuerung der Abwässer« vorzulegen.⁶⁸ Nach zähen Verhandlungen waren 1958 die Vorbereitungen so weit gediehen, daß der Bau der Anlage beginnen konnte, wenn die Bezirksregierung endlich die aufgrund der unbefristeten Einleitungs-

⁶⁶ HSTAD NW 354/1029, Bl. 47ff., Bericht der Landesregierung über die Rheinverschmutzung durch kommunale Abwässer v. 1955.

⁶⁷ HSTAD NW 354/1030, Bl. 29ff., Bericht über die Rheinverschmutzung durch industrielle Abwässer v. 1955.

⁶⁸ HSTAD NW 268/524, Bl. 29ff., Bericht Wasser- u. Schifffahrtsdirektion Duisburg v. 23. 8. 1952.

genehmigung von 1922 zulässigen höheren Reinigungsanforderungen stellte.⁶⁹ 1959/60 erreichte das Werk durch einen Umbau seiner Produktionsanlage eine »Verminderung des Säureausstoßes«. ⁷⁰ Dennoch enthielten die Abwässer weiterhin zuviel Säure und Salz.⁷¹

Bei Bayer Leverkusen waren Mitte der fünfziger Jahre »zentrale Reinigungsanlagen (...) nicht vorhanden (...). Die Abwasserableitungen erfolgen an sieben verschiedenen Stellen, wobei in den meisten Fällen keine Entnahmeschächte vor den Auslaufstellen vorhanden sind, die eine einwandfreie Probeentnahme gestatten«, bemängelte die Landesregierung 1955. Der Rhein roch intensiv nach aromatischen Verbindungen, Schaumteppiche bedeckten ihn, und die Flußfauna war bei Leverkusen »fast mit der eines Abwasserkanals zu vergleichen«. ⁷² Die Situation war nicht zuletzt deshalb »besonders (...) ungünstig«, weil alle Abwässer im Kanalnetz der Fabrik wie seit eh und je vermischt wurden. Dies erschwerte ihre Reinigung.⁷³ Schon die Abwassertrennung kostete also einiges Geld. Fortschritte setzten aber auch voraus, daß das Unternehmen die Abwasserreinigung mit anderen Augen als bisher betrachtete. Im Werk müsse eine »mit großen Befugnissen zur Kontrolle der verschiedenen Abteilungen und Produktionsbetriebe ausgestattete Dienststelle unter der Leitung eines tüchtigen Abwasserfachmanns geschaffen werden«, verlangte die Landesregierung.⁷⁴ Das Unternehmen richtete ein »Abwasser-Abluft-Labor« ein und baute verschiedene Rückgewinnungsanlagen, so daß insbesondere der Eisensulfat- und Gipsausstoß vermindert wurde,⁷⁵ ohne daß jedoch Anfang der sechziger Jahre Entwarnung hätte gegeben werden können.⁷⁶

Eine spürbare Entlastung sollte eine werkseigene Großkläranlage bringen, mit de-

⁶⁹ HSTAD NW 132/797, Bl. 21, Bericht Wasser- u. Schifffahrtsdirektion Köln v. 16. 10. 1958.

⁷⁰ Ebda., Bl. 120 u. 150.

⁷¹ HSTAD NW 268/516, Bl. 16, Bericht Wasser- und Schifffahrtsamt Köln v. 6. 10. 1961. Es wurden gemessen (in mg/l):

	Durchschnitt	Spitze	zulässig
Eisen	100–200	625	10
Kupfer	2–3	20	1
Sulfat	500	6000	keine Angabe

⁷² (s. A 67).

⁷³ HSTAD NW 132/797, Bl. 22, Bericht Wasser- u. Schifffahrtsamt Köln v. 16. 10. 1958.

⁷⁴ (s. A 67).

⁷⁵ (s. A 73).

⁷⁶ Das Abwasserbüro von Bayer Leverkusen ermittelte 1961 folgende Werte an den Ausflüssen der Abwasserkanäle (in mg/l):

	Durchschnitt	Spitze
Sulfate	600–4000	7000
Chloride	750–1050	1700
Eisen	600–700	1140
wasserdampf-flüchtige Phenole	1,6–15,0	65

Die durchschnittlichen pH-Werte betragen 1,5; in der Spitze sogar nur 0,8 (HSTAD NW 268/516, Bl. 18 f.).

ren Fertigstellung nicht vor 1970 gerechnet wurde.⁷⁷ 1971 ging ihre erste Stufe, 1980 die gesamte Anlage in Betrieb.⁷⁸ Indes ist es in der chemischen Industrie heute üblich, neben den Kühlwässern auch die dezentral am Entstehungsort sonderbehandelten Abwässer, die »den Kriterien des nicht behandlungsbedürftigen Abwassers genügen, (...) über den Reinwasserkanal direkt« abzuleiten.⁷⁹ Der Reinigungsgrad von Abwässern ist weiterhin relativ und bemißt sich nach dem jeweils vorherrschenden Verständnis von Schädlichkeit. In diesem Zusammenhang wird die große Bedeutung der Diskussion um die Festlegung und Fortschreibung von Grenzwerten in der Umweltpolitik sichtbar.

5. Fazit

»Bei der Fülle der Einleitungen überlagern sich ihre Einflüsse (...) derart, daß die Einwirkung der einzelnen Einleitung auf die Wassergüte kaum noch zu erkennen ist«, klagte 1956 ein Regierungsbeamter auf einer Gewässerschutztagung.⁸⁰ Dieser Zustand war das Ergebnis einer industriellen und kommunalen Abwasserpolitik, die seit Beginn der Industrialisierung dem Rhein im Vertrauen auf seine vermeintlich unbegrenzte Selbstreinigungskraft immer größere, allenfalls vorgereinigte Schmutzfrachten zumutete. Bestellte Gutachter versicherten ihren Auftraggebern, ihre Einleitungen verursachten nur eine marginale Verschlechterung der Wasserqualität, obwohl sie die Wirkung der Abwässer vielfach nur unzureichend abschätzen konnten. Die in der Wilhelminischen Zeit durchaus kritischen Aufsichtsbehörden wurden, wenn das Argument der Unschädlichkeit nicht recht überzeugte, mit dem Hinweis auf die »nationale« Bedeutung des Gewässerverunreinigers zum Schweigen gebracht. Half auch dieses nicht, blieb dem Verunreiniger noch die Möglichkeit, durch Untätigkeit Zeit zu gewinnen und Entscheidungen zu verschleppen.

Weitgehend machtlos waren die staatlichen Stellen auch gegenüber den größeren Städten. Sie klammerten sich im Mülheimer Fall an die Fiktion der Gültigkeit einer Verfügung von 1877, obwohl jeder wußte, daß das Einleitungsverbot für Fäkalien in öffentliche Vorfluter tagtäglich übertreten wurde. Köln gewährten sie eine Ausnahmegenehmigung, die wohl den Schein wahren sollte, daß sie Herr des Geschehens seien. Dies waren sie in Wirklichkeit nur noch bedingt. Köln ließ sich Art und Größe seiner Kläranlage nicht vorschreiben. Die Stadt spielte wie die industriellen Rheinverschmutzer notfalls auf Zeit und setzte aus Kostenüberlegungen und sicherlich auch aufgrund

⁷⁷ HSTAD NW 132/797, Bl. 175 R, Schr. Wasser- u. Schifffahrtsdirektion Duisburg v. 8. 11. 1961.

⁷⁸ Th. Mann (Leiter der Abteilung Wasserreinigung der Bayer AG), Die Entwicklung der Abwassertechnik und die Wasserreinigung, in: Chemie in unserer Zeit, 25. Jg. 1991, Nr. 2, S. 87–95, hier S. 95.

⁷⁹ Ebda., S. 93.

⁸⁰ HSTAD NW 132/799, Bl. 64.

geringen Interesses an einer befriedigenden Abwasserreinigung Scheinlösungen durch, die sie, wie etwa den »Cölner Rechen«, obendrein als Meilensteine einer fortschrittlichen Klärtechnik feierte. Scheinlösungen waren indes auch den staatlichen Stellen nicht fremd. Insbesondere durch Abwasserkanäle aus dem Hinterland, denen entweder überhaupt keine oder nur unzureichend arbeitende Kläranlagen vorgeschaltet waren, wurde der Rhein zusätzlich verunreinigt.

Für den Rhein waren die Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus verlorene Jahre. Erst Anfang der fünfziger Jahre knüpften die nordrhein-westfälischen Wasserbehörden wieder an die vor dem Ersten Weltkrieg entwickelten Konzepte an. Im Unterschied zu ihren Vorgängern zeigten sie ein größeres Beharrungsvermögen und machten mit zunehmender öffentlicher und politischer Rückendeckung den Verschmutzern klar, daß es so wie bisher nicht weitergehen konnte. Dies begriffen die großen Abwasserlieferanten wohl zum Teil auch selbst, denn sie waren auf Betriebswasser aus dem Rhein angewiesen.⁸¹

Die Zeiten, in denen der Rhein unterhalb von Köln am linken Ufer durch die städtischen Abwässer schwarz und am rechten durch die Abwässer der Leverkusener Farbenfabriken rot gefärbt war, sind vorüber. Im Kölner Bezirk ist der Fluß nur noch mäßig belastet. Ist damit die Geschichte dieser regionalen Rheinverschmutzung zu Ende? Vermutlich nicht, denn aus den Ausflüssen der industriellen und kommunalen Klärwerke fließt zwar saubereres Wasser als früher, aber kein reines. Bayer Leverkusen sagt selbst, es gebe »keine chemische Produktion ohne Abwässer«.⁸² Hinzu kommt das Störfallrisiko. 1989 wurden auf der Flußstrecke zwischen Basel und der niederländischen Grenze 36 Schadensfälle registriert, d. h. alle zehn Tage einer. Drei davon gehen auf das Konto des Leverkusener Bayerwerks.⁸³ In zwei Fällen wurden »erhöhte (...) Schadstoffkonzentrationen« selbst an der 30 km flußabwärts liegenden Meßstelle Düsseldorf ermittelt. Sie lag »mehr oder weniger in der Einleitungsfahne« des Werkes, dessen Abwässer sich nur allmählich mit dem Rheinwasser vermischen.⁸⁴ Nicht zuletzt hängt die Stabilisierung bzw. Verbesserung der jetzigen Verhältnisse entscheidend vom Zustand der staatlichen Gewässeraufsicht ab. Oder mit anderen Worten: Wie viel Geld sind dem Steuerzahler und der Industrie saubere Flüsse wert?

⁸¹ Anfang der sechziger Jahre konnte das Leverkusener Bayerwerk seinen »steigende(n) Wasserbedarf nur noch durch verstärkte Rheinwasserentnahme« decken. »Um die Nachteile des Flußwassers – höhere und wechselnde Temperaturen sowie Verschmutzungen – zu vermeiden«, mußte es mit dem von einem benachbarten öffentlichen Wasserwerk zusätzlich beschafften Grundwasser verschnitten werden (Beiträge zur hundertjährigen Firmengeschichte 1863–1963, hrsg. v. Vorstand der Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen 1963/64, S. 379).

⁸² Firmenanzeige »Bayer: Kompetenz und Verantwortung« in der Frankfurter Rundschau v. 3. 11. 1990. Bezeichnenderweise erfährt der Leser, um wieviel »Prozent« die Belastung des Abwassers mit Schwermetallen und organischen Stoffen abgenommen hat, doch fehlen Mengenangaben.

⁸³ Gewässergütebericht '89, hrsg. v. Landesamt f. Wasser- und Abfall NW, Düsseldorf 1990, S. 26f.

⁸⁴ Ebd., S. 25.

Altstadtsanierung: zum Beispiel Plauen

Die Stadt Plauen im Vogtland ist eine von rund 600 Städten und Gemeinden in der ehemaligen DDR, die berechtigt waren, bereits vor Inkrafttreten der Währungsunion Mittel aus dem gemeinsamen Fond zur Finanzierung von Reisezahlungsmitteln für die Stadt- und Dorfsanierung, die im Frühjahr des Jahres 1990 vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zur Verfügung gestellt worden waren, einzusetzen.

Neben Sicherungsmaßnahmen an Gebäuden hat die Stadt Plauen im Rahmen dieser Möglichkeiten erste vorbereitende Schritte für weitere Sanierungsvorhaben, insbesondere im Bereich der Altstadt getätigt. So hat die Stadt unter anderem eine photogrammetrisch-terrestrische Aufnahme sämtlicher Altstadtfassaden (ca. 170 Objekte) durchführen und teilweise digital auswerten lassen. Weiterhin wurden einige sanierungsbedürftige Objekte in der Altstadt in allen Einzelheiten aufgemessen und gleichfalls digital ausgewertet, so daß von diesen Objekten vollständige Bestandsplanunterlagen vorliegen. Eine Befliegung ist in Vorbereitung, ein Modell der Altstadt und seiner Randgebiete i. M. 1:500 wurde erstellt.

Die Stadt Plauen ist eines der wirtschaftlichen und kulturellen Zentren im Freistaat Sachsen mit rund 73 000 Ein-

wohnern. Im Jahre 1122 erstmals urkundlich genannt, wurde im Laufe des 17. Jahrhunderts die Herstellung von Baumwollwaren das wichtigste Gewerbe, im 19. Jahrhundert wurde Plauen die weltbekannte Stadt der Spitzen.

Zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurden dreiviertel der Stadt zerstört und nach dem Krieg in weiten Teilen wieder aufgebaut. Die historische Altstadt, die etwa 16 ha umfaßt mit nur rund 200 Gebäuden, ist geprägt durch eine Mischung von notdürftig restaurierten und erhaltenen, nicht zerstörten Häusern und andererseits aus Häusern, die mit einfachsten Mitteln nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut wurden. Die gesamte Bausubstanz ist in einem außerordentlich schlechten Zustand, desgleichen alle infrastrukturellen Einrichtungen der Ver- und Entsorgung. Gleichwohl stellt die noch erkennbare und erlebbare, im wesentlichen vom Mittelalter, aber auch von der Gründerzeit geprägte Struktur und Maßstäblichkeit der Altstadt eine Grundlage von unschätzbarem Wert dar und bietet zahlreiche Ansatzpunkte für eine behutsame Erneuerung und Ergänzung der alten Bausubstanz. Die vorläufig letzte Stadtzerstörung, die in den 70er Jahren begann, wäre beinahe die schlimmste geworden (Abb. 1 a u. 1 b).

Heute muß die Stadt darauf achten, daß in naher Zukunft mit Hilfe von Geld nicht doch noch in weiten Teilen das passiert, was damals aus Geldmangel gottlob unterblieb. Noch ist die Chance nicht vertan, der Stadt wieder zu einem urbanen und erlebbaren Mittelpunkt zu verhelfen.

Angesichts des hohen Entwicklungsdrucks, dem sich die Gesamtstadt seit

der Wende gegenübersteht und dem sie bisher mit planerischen Mitteln nicht begegnen konnte, sind Vorbereitende Untersuchungen und erste Neuordnungskonzepte zur Erhaltung und Funktionsbelebung der Altstadt von hoher Dringlichkeit.

Das Ergebnis dieser ersten Untersuchungen, die das beauftragte Büro Koch + Partner im Herbst 1990 – unmittelbar



Abb. 1a: »Studie zur Umgestaltung des Stadtzentrums Plauens«, Prof. H. Henselmann, Berlin 1970 (Original nicht nordorientiert). Die historische Stadtstruktur und -kontur ist gänzlich unkenntlich (von St. Johannis her, rechts unten, ist noch eine grobe Orientierung möglich...). Quelle: H. Henselmann, Gedanken, Ideen, Bauten, Projekte, Berlin (Ost) 1978.

vor und nach der Wiedervereinigung – durchgeführt hat, fand seinen Niederschlag in einer umfangreichen Dokumentation, die sich in Auszügen in diesem Bericht wiederfindet.

Das beauftragte Büro hat bei dieser ersten Arbeit bewußt wenig Wert gelegt auf die formale Erfüllung der Vorschriften des BauGB. Es schien vielmehr wichtig, mit dieser Studie einen ersten Anstoß zum *Nachdenken über Zielvorstellungen* – insbesondere im Bereich Erhaltung und Rückgewinnung von Stadtbildqualitäten – zu geben und einen Beitrag zu leisten zu einer vorsichtigen Stadtreparatur

im Sinne von »Hilfe zur Selbsthilfe«. Auch wollten die Gutachter besonders auf die Bedeutung der Brennpunkte in der Altstadt und ihrer näheren Umgebung hinweisen.

Dies ist angesichts der zahlreichen Investitionswünsche, die der Stadt vorliegen, besonders wichtig. Diese Untersuchung sollte daher auch Entscheidungshilfe bieten für die Kommunalpolitik, wenn städtebauliche Einzelentscheidungen bereits *vor* der Verabschiedung eines Neuordnungskonzeptes und eines Flächennutzungsplanes notwendig werden.

In diesem Zusammenhang sollte auch

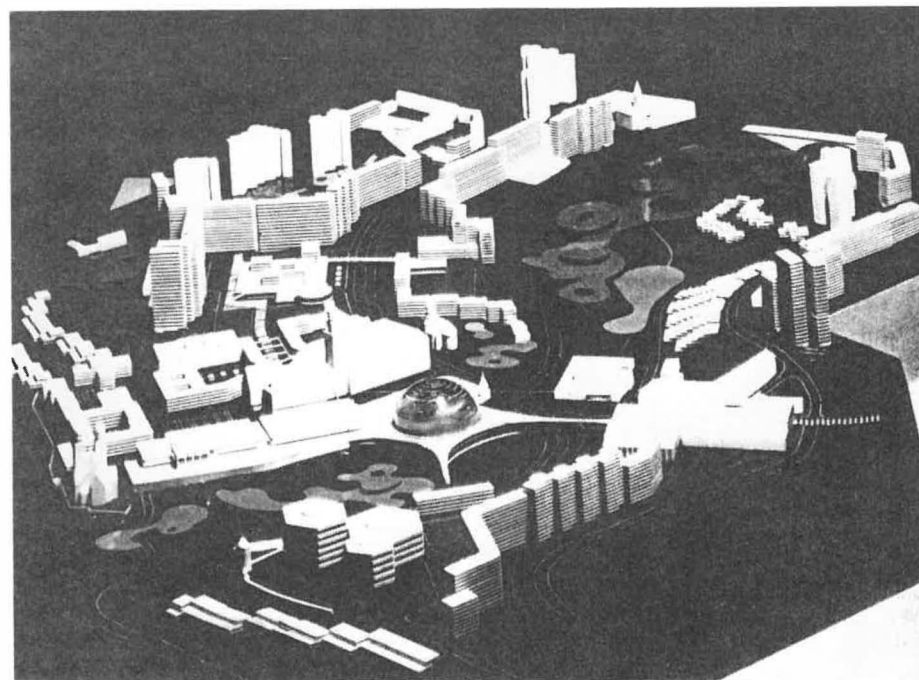


Abb. 1b: Modell der Henselmann-Studie 1970, welches die Höhenentwicklung erkennen läßt

den Überlegungen, die Walter Blendermann zur landschaftsplanerischen Situation angestellt hat – als Anhang zur genannten Dokumentation – Beachtung geschenkt werden.

Auf der Grundlage dieser Untersuchungen könnte nun als nächster Schritt der Entwurf eines städtebaulichen Rahmenplanes für die Altstadt Plauen und besonders ihre Randgebiete entstehen. Dieser Rahmenplan soll in zeitlich und sachlich enger Abstimmung mit Landschaftsplanung, Verkehrsplanung und Flächennutzungsplanung erstellt und die Grundlage für Sanierung und Entwicklung der Altstadt werden.

Dieses Stadterneuerungskonzept trifft bewußt im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchung noch keine Aussagen zu Art und Maß der künftigen Nutzung. Jenseits von Stadtbautechnik und büro-

kratischer Verfahrensroutine soll dieser erste Schritt die Augen öffnen für die Notwendigkeit, das *urbane und soziale Gesamtkunstwerk Stadt* zu erhalten und zu entwickeln. Planungsdaten, -instrumente und -verfahren gibt es in ausreichendem Umfang. Wichtiger sind zunächst städtebauliche, landschaftsplanerische und architektonische Visionen, die die alten Leitbilder ablösen und zu einer *neuen Planungskultur* führen, deren Spielregeln noch erlernt werden müssen.

Bedauerlicherweise sah sich die planende Verwaltung bisher noch nicht in der Lage, diese Arbeit dem Stadtrat von Plauen vorzustellen und so eine umfassende politische Diskussion der Erhaltungs- und Entwicklungsziele für die Altstadt einzuleiten. Denkbar, daß die dringenden Tagesgeschäfte der personell hoffnungslos unterbesetzten Verwaltung

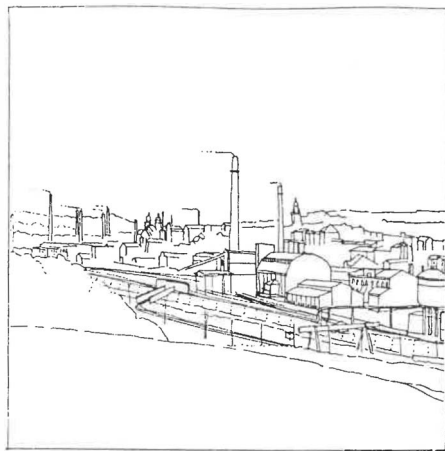


Abb. 2: Stadtansicht von der Industriezone aus (sämtliche folgenden Abbildungen Christian Enzmann)

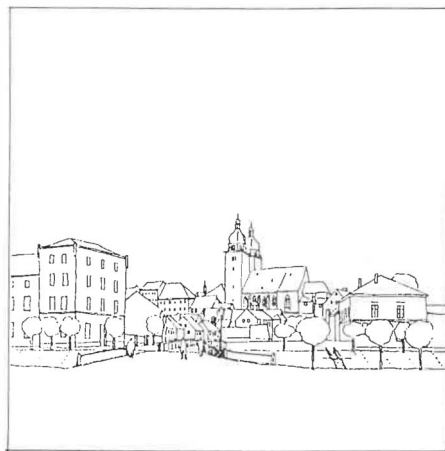


Abb. 3: Höhenentwicklung von der Weißen Elster zu St. Johannes

dies bisher verhinderten, denkbar aber auch, daß die Befreiung vom planerischen Diktat der sozialistischen Zentralregierung und die neugewonnene »Planungshoheit der Gemeinde« die planende Verwaltung dazu verführt, Entscheidungen selbst treffen zu wollen. Auch dies muß erst gelernt werden: Der Planer kann dem Politiker nur Entscheidungshilfen anbieten, die Verantwortung haben die gewählten Gremien zu tragen.

Struktur Gesamtstadt

Der Gesamtstadtbereich wurde durch den Zweiten Weltkrieg stark zerstört. Teile davon erfuhren während des Wiederaufbaus Neuordnungen nach sozialistischen Stadtbauprinzipien:

Syrauer-Tor-Vorstadt:

Neubau der total zerstörten Quartiere im Bereich Oberer Bahnhof. Aufhebung der Blockstruktur und Verände-

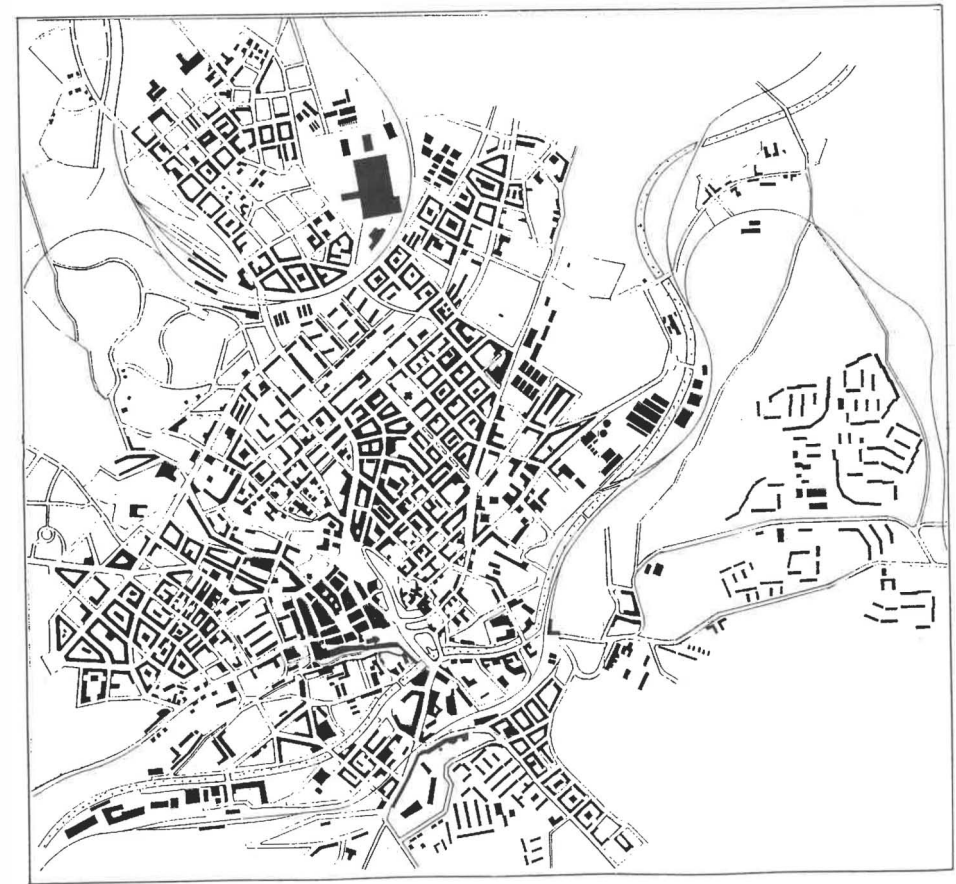


Abb. 4: Gesamtstadt mit strukturellen Eingriffen nach 1945 (gegenwärtiger Zustand) .

rung der Straßenführung. Bebauung mit freistehenden Häuserzeilen bzw. mit Wohnhochhäusern. Zerstörung der Achsbezüge durch Überbauung der alten Straßen (Rähnis-, Kaiser- und Schillerstraße). Ausbau der Bahnhofstraße zur Fußgängerachse. Aufgabe der Tunnelplatzbebauung und Anlage eines Straßenbahnknotens.

Hammertor-Vorstadt:

Nach Abriß der Neustadt Verfall des Stadtteils. Raumkanten bzw. Plätze wie Gerberplatz sind nur noch andeutungsweise erhalten.

Neue Markt-Vorstadt:

Gebiet teilzerstört, Ersatzneubau unter Aufgabe der typischen Blockrandbebauung.

Brückentor-Vorstadt:

Auflösung der Blockrandbebauung und Strukturverlust nach Verbreiterung der Hofer Straße im Bereich Neue Elsterbrücke.

Rinnelberg:

Erweiterung des Wohngebietes nach Westen mit industriellem Wohnungsbau (freistehende Hauszeilen).

Industriezone:

Südlich des Hammertorplatzes Ansiedlung von kompakten Produktions- und Versorgungseinrichtungen. Weite Bereiche der Industriezone sind durch ruinöse bzw. veraltete Industrieanlagen ungenutzt. Kein Gliederungssystem vorhanden.

Melanchton-Straße:

Teilerstörung der Blockbebauung, zunehmender Gebietsverfall.

Struktur Altstadt

- Die heutige Altstadt Plauen ist auf den ersten Blick nicht in Deckung zu bringen mit der ursprünglichen Stadtanlage.
- Verschiedene Veränderungen, vor allem im letzten Jahrhundert, haben der Stadt ein der erfolgreichen Gründerzeit angemessenes Äußeres gegeben.
- Die Bauakten beinhalten zahlreiche Überbauungsvorschläge für die Innenstadtquartiere. Das Bild der Altstadt sollte sich der expandierenden Stadt anpassen.
- Zunehmende Geschoszhöhen und Geschosshöhen heben den bis dahin niedrigen Stadtaufbau. Mit dem Rathausneubau werden neue Maßstäbe gesetzt.

Die Stadtüberbauung, die Kriegsverluste und die Stadtentwicklungspolitik der letzten Jahrzehnte haben zu einer wesentlichen Verunklärung des Stadtbildes und damit zu einer Orientierungslosigkeit geführt. Die Verschiedenartigkeit, die Brüche in der Stadtentwicklung sind der Ausgangspunkt für eine neue Zielbestimmung. Die Altstadt Plauen ist das Kernstück einer Industriestadt.

Historische Entwicklung

Die Gründung der Stadt (vicus plawe) erfolgte um 1100 am Elsterübergang, einem bereits zur Römerzeit wichtigen Handelsweg. An der Südostecke des Hochplateaus, zur Elster orientiert, entstand die erste Burg der Grafen von Everstein. Es folgte der Bau von Obermühle, Mühlgraben, Topfmarkt und Ordenskir-

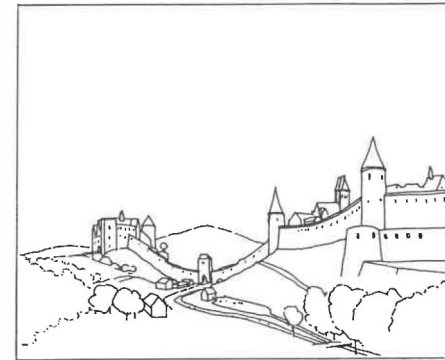


Abb. 5: Rekonstruktion, Stadtanlage mit Blick ins Syratal

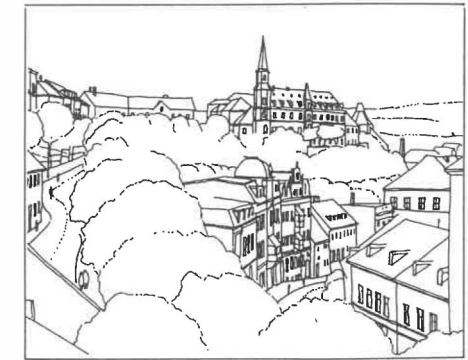


Abb. 6: Blick zum Hradjin, um 1870

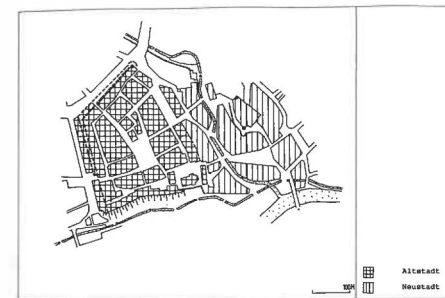


Abb. 7: Abriß der Befestigung am Graben, um 1840

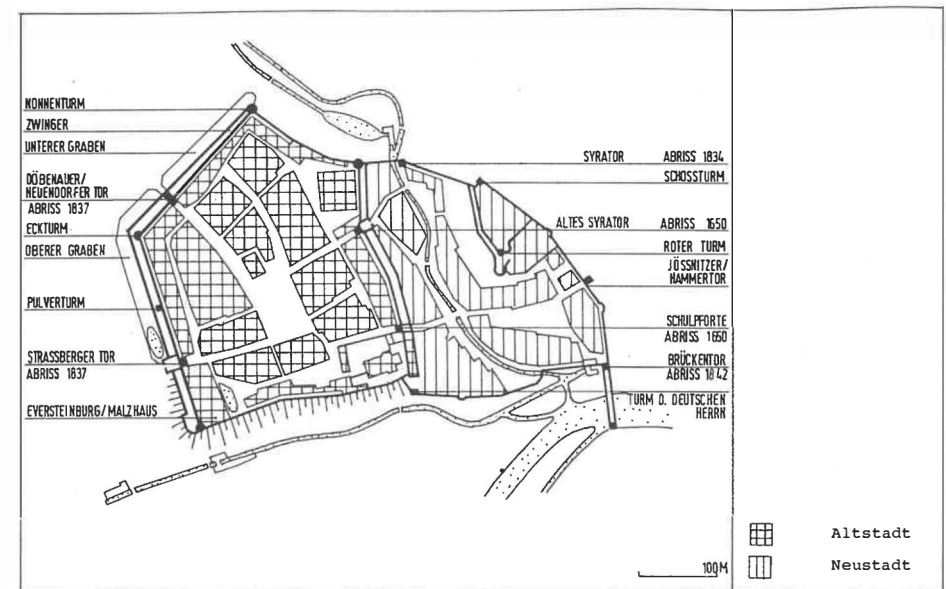


Abb. 8: Befestigte Altstadt, um 1500



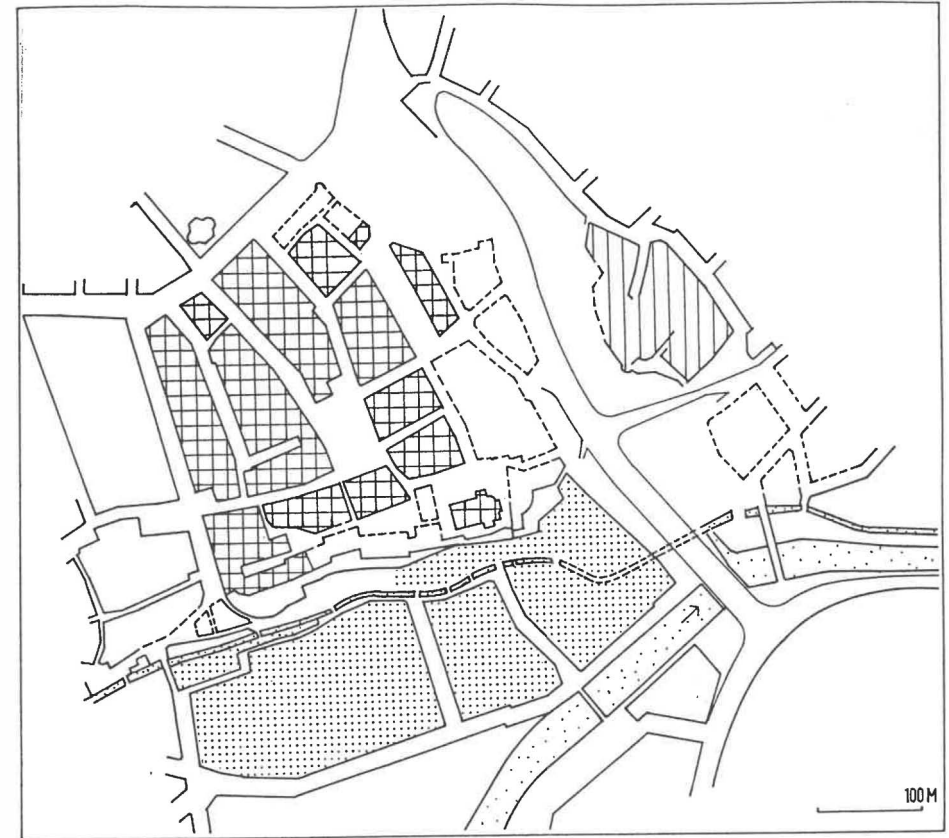
Abb. 9: Veränderung des Stadtgrundrisses, rechts gegenwärtige Situation

che. Um 1200 wurde die Stadtanlage vergrößert. Alt- und Neustadt entstehen; die Altstadt im Grundriß als Pentagon mit einer Basis von ca. 270 m Länge in Ost-West-Richtung mit dem Marktplatz in der Mitte.

Mit der Errichtung der steinernen Elsterbrücke (vor 1244) erfolgt der Ausbau der deutschen Stadt, der späteren Neustadt, in der Syraue. Sie wird zum Zentrum des Wirtschafts- und Verkehrslebens und in die Befestigungsanlage der

Stadt miteinbezogen. Der Burgsitz wird auf den Hradjin verlegt.

Der Deutschritterorden übt zwischen 1200 und 1400 einen starken Einfluß nach Ausbau einer eigenen Kommenade aus. Nach dem Stadtbrand von 1548 verfallen die Wehranlagen zusehends und werden nach 1650 abgerissen. Bis zum großen Stadtbrand des Jahres 1844 erfolgte keine wesentliche Veränderung des Stadtbildes mehr. Die häufigen Brände sind einer der Gründe, weshalb



heute so wenige Bauten von Denkmalwert anzutreffen sind. Erst mit dem wirtschaftlichen Aufschwung im 19. Jahrhundert bestand die Möglichkeit, in Plauen feste Steinhäuser zu bauen.

Von den mittelalterlichen Innungen ist nur die der Tuchmacher bedeutend. Sie war Ausgangspunkt für die rasche Entwicklung der Textilindustrie im letzten Jahrhundert. Von 5000 Einwohnern im Jahre 1779 stieg die Stadtbevölkerung auf 23355 im Jahre 1871. Die notwen-

dig gewordene Rathouserweiterung stellte einen gravierenden Eingriff in den bisher fast unverändert gebliebenen Stadtgrundriß dar. In Anpassung an das neue Verkehrsmittel Straßenbahn veränderte sich das Gesicht des Neustadtplatzes und der Syrastraße. Die Syra wurde teilweise kanalisiert.

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts erfolgten bei stark prosperierender Wirtschaft zahlreiche Neu- und Umbauten von Geschäftshäusern in der Altstadt. In

noch schnellerem Wechsel erfolgte der Umbau der jeweiligen Ladezone. Dieser Stadtumbau bedeutete eine Anhebung der Firsthöhe durch größere Geschoßhöhen wie Geschoßanzahl.

Nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg gab es in den 50er Jahren Versuche der Rekonstruktion, doch entwickelte sich Plauen mit zunehmender Ideologisierung der Stadtplanung zu einer sozialistischen Stadt (1972), die Planungen kommen einer erneuten Neugründung gleich. Erste Realisierungsansätze waren der Bau der neuen Elsterbrücke und einer der Rampen für die, die Altstadt überspannende Hochstraße sowie Aufgabe und Abriß von Neustadt und Syrastraßenbebauung. Zunehmende wirt-

schaftliche Instabilität zwingt zum Verlegen der Planungsstandorte an die Stadtperipherie (Wohngebiete). Die Jahre bis 1990 sind durch zunehmenden Verfall und beginnendem Flächenabriß geprägt. Der geplante Einsatz von industriellem Wohnungsbau kommt nicht mehr zum Tragen.

Raumnetz

Die befestigte Altstadt besaß fünf Stadtzugänge: Brückentor, Jössnitzer-oder Hammertor, Syraator, Döbenauer- oder Neuendorfer Tor und das Straßburger Tor. Alle anschließenden Straßen führten in die Altstadt auf den Alten Markt, bzw. in die Neustadt auf den Neustadt-

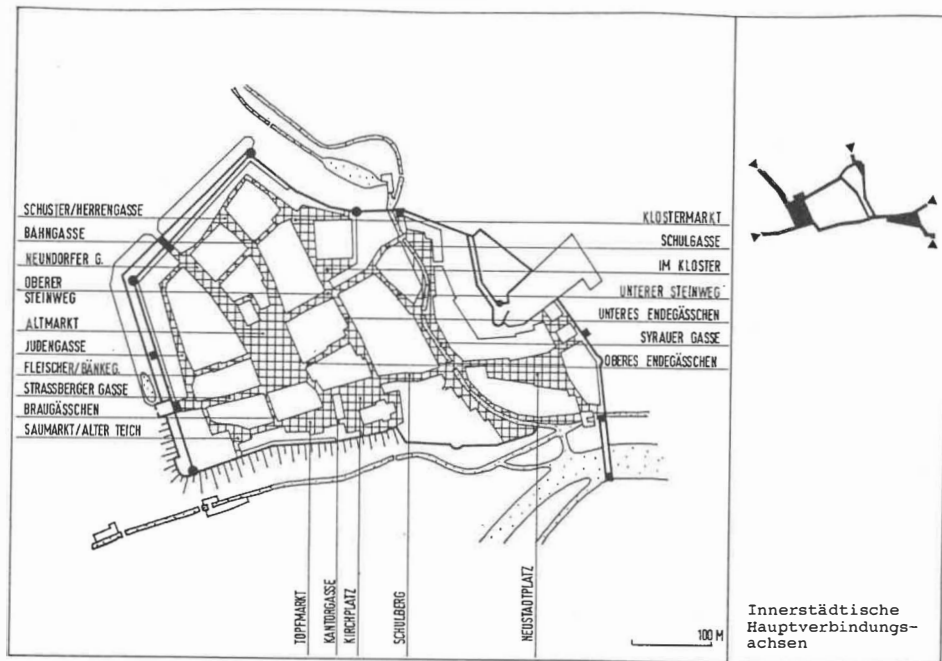


Abb. 10: Raumnetz bis zum Stadtbrand 1844 ohne wesentliche Veränderungen

platz. Beide waren über die Syraue hinweg durch die Schulpforte/Schulberg bzw. durch das Alte Syraator/Schulgasse miteinander verbunden.

Mit der Schleifung der Altstadtbefestigung und der beginnenden Stadterweiterung wurden der Altstadtring ausgebaut und die Nobel- und Herrengasse an den Unteren Graben angeschlossen. Der Ausbau der Bahnhofstraße erschloß die Syra-Tor-Vorstadt. Mit zunehmendem Anwachsen der Vorstädte verlagerte sich der Stadteingang von Süden nach Norden. Die Kanalisierung des Flusses und der Ausbau des Straßenbahnnetzes brachten eine Veränderung des Syrastraßenraumes mit sich. Nach der Aufgabe der Neustadt und dem Abriß der Syra-

randbebauung wurde die Straße im Anschluß an den Neubau Elsterbrücke aufgeweitet und begradigt. Der Tunnelplatz wurde Verkehrsknotenpunkt und zentraler Kundgebungsort (wichtige Veränderungen der Altstadträume vgl. Abb. 8 u. 9).

Grün / Topographie

Die Stellung der Altstadt in der Landschaft hat sich im Laufe der Stadtentwicklung stetig verändert. Lag die mit einem Befestigungsgürtel umschlossene Stadt des 15. Jahrhunderts frei auf den nördlichen Hängen des Elstertals, so verschwindet diese Ansicht mit zunehmender Ausweitung des Stadtgebietes.

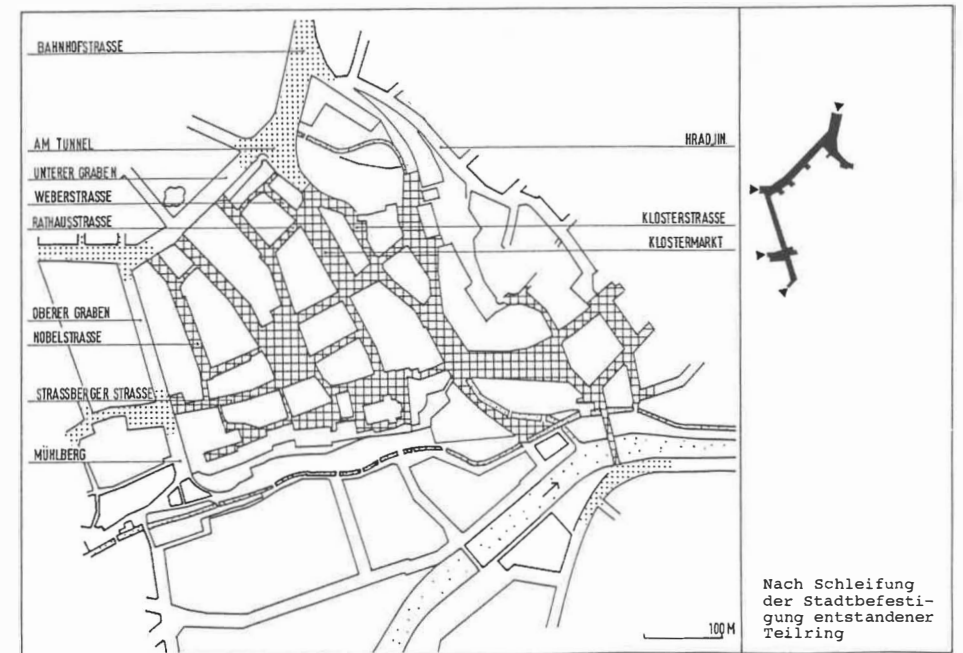


Abb. 11: Raumnetz nach 1915, Veränderungen Klostermarkt und Rathäuserweiterung

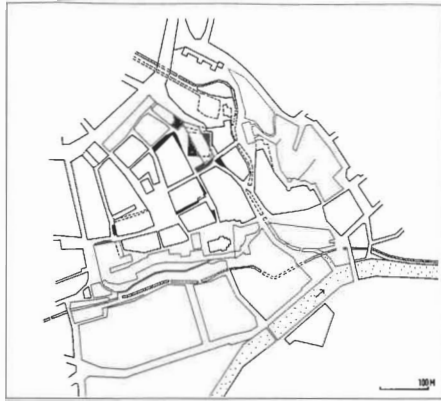


Abb. 12: Veränderungen zwischen 1844 und 1912

Mit dem Zusammenwachsen von Alt- und Neustadt im Syratal werden Grünzug und Syrafluß zunehmend reduziert, bzw. ganz aufgegeben (Verrohrung des Flusses).

Die südliche Hangkante (Rähme) bildet als eine topographische Zäsur den Übergang zum Elstertal hin. Stadtansichten von 1650 bis 1800 zeigen eine begrünte Auenlandschaft. Die im 19. Jahrhundert expandierende Textilindustrie bebaut diese Bereiche und schränkt den Grüngürtel auf den Südhang ein.

Innerhalb der Stadtmauern der Altstadt befanden sich in einigen Quartieren kleinere Gartenanlagen (Nobelstraße, Schustergasse, Am Kloster). Mit der Schleifung der Stadtmauer wurden die Gärten am Oberen Graben erweitert. Außerhalb des Altstadtgebietes befanden sich westlich der Häuserzeile am Oberen Graben große Gärten (heute Standort Wohnungsbau 60er Jahre).

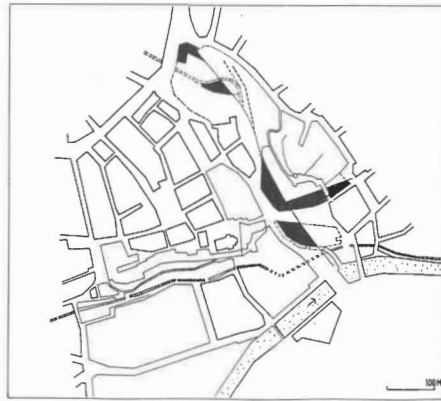


Abb. 13: Veränderungen nach 1945 bis 1990

Ebenfalls nicht mehr vorhanden ist der Schloßgarten am ehemaligen Amtshaus.

Ziele

- Stärkere stadträumliche Zäsur durch Baumreihen im Bereich Oberer und Unterer Graben,
- Kultivierung der vorhandenen Grünanlagen (Rähme und Amtsberg),
- Verbesserung der Durchgrünung der Baublöcke durch Entkernungs- und Neuordnungsmaßnahmen.

Gewässer

Die Stadt Plauen verdankt ihre Gründung und spätere wirtschaftliche Entwicklung den beiden sie winkelförmig umschließenden Flüssen Weiße Elster und Syra. An der Mündung des Milmesbaches in die Elster befand sich in der Folge der Furt der erste befestigte Flußübergang.

Schon frühzeitig nutzte man die vorhandene Wasserkraft durch die Anlage eines Mühlgrabens mit drei Mühlen vor der Stadt. Im Syratal befand sich südlich des Tunnelplatzes die sogenannte Lohmühle.

Die Syra verläuft von Norden kommend im Geländeeinschnitt zwischen Alt- und Neustadt unter den Mühlgraben hindurch bis zur Mündung oberhalb der Alten Elsterbrücke. Mit der Stadterweiterung im 19. Jahrhundert und der Anbindung der Bahnhofstraße mit dem Tunnel an die Altstadt veränderte sich das Bild des Flusses ständig. Vom Tunnelplatz flußabwärts wird die Syra im Laufe der Zeit vollständig verrohrt. Ausschlaggebend für diese Regulierungsmaßnahmen dürften neben verkehrlichen Aspekten auch die Hochwasserkatastrophen (1466, 1709, 1784, 1834) sein.

Ziele

- Die Elsteraue ist langfristig von störender Industrie freizulegen und in einen Naturraum rückzuverwandeln,
- Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung des altstadtnahen Flußbereiches,
- Die Lage und künftige Gestalt des Syraflusses ist Bestandteil einer Neuordnung der Syrastraße.

Untersuchung des Stadtraums – Straßen, Plätze zum Beispiel: Alter Teich/Topfmarkt

Lage:

Platzfolge, im südlichen Teil der Altstadt zwischen Kirchplatz und Malzhaus gelegen.

Größe:

Länge Alter Topfmarkt bis zu den Frei-



Abb. 14: Blick von der Johanneskirche auf den Topfmarkt 1870

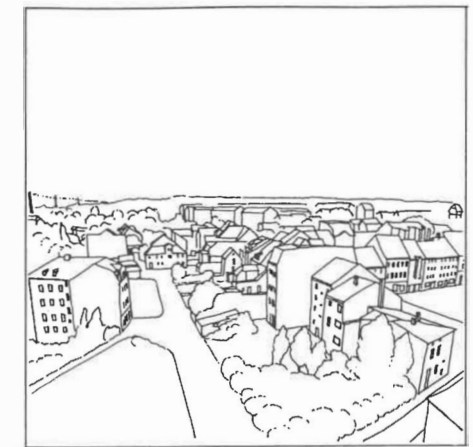


Abb. 15: Blick auf den Bereich Topfmarkt, gegenwärtiger Zustand

häusern am Topfmarkt 130 m, Breite Topfmarkt 15/30m, Fläche 1350 qm, Fläche Alter Teich 600 qm, Gefälle nach Osten ca. 4 m.

Raumkante:

Platzräume nicht mehr baulich gefaßt. Vorher zwei- bis dreigeschossige Gebäude, am Ende des 19. Jahrhunderts mit höherer Geschößzahl überbaut.

Historische Entwicklung:

Teil der ersten Stadtanlagen mit Burg der Eversteiner und Marktflecken. Mit der Stadterweiterung Verlagerung der Burg Hradjin. Danach zunehmender Verfall der alten Burg. Beim Stadtbrand 1635 endgültige Vernichtung der Anlage. 1727 Bau eines Malzhauses auf der Gründung der ehemaligen Burg. Der Platz Alter Teich, ehemals Wasserstelle, möglicherweise Teil des Grabensystems, wird später als Röhrtich genutzt, dann zugeschüttet.

Derzeitige Situation:

Die Raumfolge Alter Teich, Teichgasse und Topfmarkt ist nicht mehr vorhanden. Die Gebäude der südlichen Raumkante fehlen fast vollständig, die Rückseiten der Baublöcke an der Straßberger Straße/Altmarkt sind stark zergliedert und ebenfalls zum überwiegenden Teil nicht bebaut.

Ziele

Anliegen einer Neubebauung der Hangkante sollte die maßstäbliche Fassung der alten Raumfolge sein. Die schmalen Zugänge (Kirchstraße, Bräugäßchen, Komturgäßchen) sollten erhalten blei-

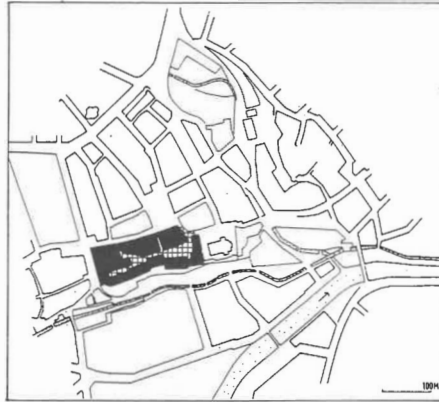


Abb. 16: Platzfolge Alter Teich / Topfmarkt

ben, bzw. in gleicher Dimension wiederhergestellt werden. Von einer historisierenden Formensprache ist bei der Hangbebauung abzusehen. Es sollten, der spezifischen Situation (Südlage, Hang) entsprechend, zeitgemäße Gebäudelösungen entwickelt werden.

Analyse Altstadt

Im Rahmen der vorbereitenden Untersuchung zum Sanierungsgebiet wurden die Gebiete Altstadt/Neustadt analysiert. Zur Beurteilung der äußeren Einflußfaktoren ist im Verlaufe der Bearbeitung das sich südlich an das Untersuchungsgebiet angrenzende Industriegebiet mit in die Untersuchung einbezogen worden.

Bereits nach der ersten Begehung zeigte sich die Problematik eines unter anderen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen erstellten Verfahrens. Die ausschlaggebenden Kriterien, d. h. bauliche und funktionelle Mängel, sind über das Gebiet hinaus in der Ge-

samtstadt anzutreffen. Da bauliche Mängel ausnahmslos an allen Gebäuden festzustellen sind (durchfeuchtete Erdgeschosse, undichte Dächer) wurde auf eine Kartierung verzichtet. Neben der über Jahrzehnte ausgesetzten Rekonstruktion der Bausubstanz, die den Verfall beschleunigte, kommen die durch Provisorien und Geldmangel entstandenen Baufehler sowie die Kriegseinwirkungen (Verringerte Standsicherheit nach Druckwelle). Der hohe Anteil an Trockentoiletten (ca. 45%) und der geringe Ausstattungsgrad der Sanitäräume entspricht dem Durchschnitt der neuen Bundesländer.

Die Beheizung der Wohnungen und Gewerberäume erfolgt in der Mehrzahl durch Kohle-Einzelfeuerstätten. Teilweise werden verschiedene Systeme genutzt (Nachtspeicher, Gas). Die Hei-

zungsanlagen sind veraltet und schlecht gewartet.

Ergebnis: Festlegen von Sanierungs- und Entwicklungsgebieten

Als Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen zum Sanierungsgebiet werden 9 Sanierungsgebiete und 3 Entwicklungsgebiete vorgeschlagen.

Bei den Sanierungsgebieten handelt es sich um in sich geschlossene Einheiten. Jedes Sanierungsgebiet ist, unabhängig von der zeitlichen Realisierbarkeit der anderen, ein das Bild der Stadt prägender Abschnitt. Die den Gebieten zugeordneten Themen unterstreichen ihre Individualität.

Davon unberührt bleiben die vorgezogenen Maßnahmen (Bebauung Oberer Steinweg, Rekonstruktion Vogtlandmu-



Abb. 17: Verlust des städtebaulichen Raumes, gegenwärtiger Zustand

seum, Rekonstruktion Malzhaus sowie individuelle Modernisierungsmaßnahmen).

Bei den drei Entwicklungsgebieten, dem Industriegebiet, dem Anger, und dem Gebiet am Rinnelberg handelt es sich um langfristig umzustrukturierende Flächen. Hier gilt es, den zu entwickelnden Zielvorstellungen entgegenlaufende Entwicklungen zu verhindern und falsche Investitionen einzuschränken.

Inzwischen hat die Stadt Plauen allerdings die gesamte Altstadt als ein zusammenhängendes Sanierungsgebiet förmlich festgelegt. Die Erarbeitung eines städtebaulichen Rahmenplanes zur Erhaltung und Neuordnung sollte der nächste Schritt zur Vermeidung drohender Fehlentwicklung sein.

Anhang

Quellen:

- Statistisches Material, Kartenmaterial Stadtverwaltung Plauen
Dezernat Hochbau
Dezernat Wirtschaftsförderung/
Raumordnung
- Stadttechnik, Verkehr
Energieversorgung Südsachsen AG,
BT Plauen
Erzgebirge Wasser/Abwasser AG, BT
Plauen
Ingenieurbüro Obermayer, München
- Bildquellen
Umzeichnungen nach historischen Fotos der Firma Photo Axtmann, Plauen.
Alle anderen Aufnahmen Büro Koch
+ Partner

Anmerkung der Redaktion:

Die Stadt Plauen gehört zu einer Vielzahl von Städten auf dem Territorium der ehemaligen DDR, deren individuell geprägtes historisches Gefüge nicht nur gering geachtet, sondern offensichtlich im Widerspruch zum ideologischen Anspruch des »sozialistischen Städtebaus« gesehen wurde. Die Denkmalpflege durfte sich nur künstlerisch hochwertigster Einzeldenkmäler annehmen, in Plauen also des Alten Rathauses von 1470, eines kleinen Ensembles barocker Bürgerhäuser (Vogtlandmuseum) und der Johanneskirche. Die übrige anonyme Bebauung, als frühkapitalistisch und kapitalistisch denunziert, sollte noch »überwunden« (d. h. zerstört) werden. Der historisch stets sehr aufschlußreiche Bezug zwischen Topographie und früher Bebauung wurde in dieser Zeit ebenso negiert. Die dann umfänglich »verfügbaren« Flächen wurden einer rigorosen Neuplanung unterzogen, an der im Fall Plauen kein geringerer als Hermann Henselmann beteiligt war, als dekoriertes Staatsarchitekt und Diener seines »gesellschaftlichen Auftraggebers«, ein kleiner Albert Speer. Wir scheuen uns nicht, seine spezielle Rolle hier zu erwähnen, weil er selbst recht dezidiert zu einem der Autoren des vorstehenden Beitrags Stellung bezogen hat:

Christian Enzmann, der Verfasser der Zeichnungen und Bearbeiter der Vorbereitenden Untersuchungen für Plauen im Büro Koch + Partner, damals in der DDR lebend, hatte sich, zusammen mit Bernd Ettl, als junger Architekt 1984

an dem Offenen Ideenwettbewerb für die Gestaltung des Gestapo- und SS-Geländes um das sogenannte Prinz-Albrecht-Palais, die seinerzeitige Gestapo-Zentrale, mit einem Beitrag beteiligt. Die Beiden hatten hierzu aber nicht die Staatsorgane der DDR um Erlaubnis gebeten; wohl in der Annahme, daß man angesichts der Sache, nämlich der Dokumentation antifaschistischen Widerstands, ihnen schwerlich die »Schädigung des Ansehens der DDR« vorhalten konnte, hatte doch gerade die DDR das Erbe des Antifaschismus für sich vereinnahmt. Die DDR machte ihnen den Prozeß und verurteilte sie zu 20 Monaten Gefängnis. 1987 setzte sich der Chefredakteur der Bauwelt, Ulrich Conrads, in einem Offenen Brief an Erich Honecker für die Verurteilten ein. Nach einer neuen Mitteilung der Bauwelt (Heft

27/1991) hat sich seinerzeit Hermann Henselmann selbst zu Conrads nach West-Berlin begeben, um ihm zu erklären, dieser Offene Brief wäre besser ungeschrieben geblieben. Ettl und Enzmann säßen nicht wegen des Wettbewerbs ein – die DDR-Justiz hatte diesen Punkt nach neun Monaten Untersuchungshaft fallengelassen –, ihnen sei in jedem recht geschehen. »Westorientierte Leute wie diese, Formalisten zudem, hätten die zweieinhalb Jahre Haft absolut verdient«. Er bedauerte schließlich, daß dies Conrads anders sehe.

Nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Gesellschaftsordnung sind Ideologen nicht mehr gefragt. Wo liegt die Chance? Unsere Autoren sagen: »das Nachdenken über Zielvorstellungen neu zu beleben...«

Die Autoren

SIEGFRIED BUCHHAUPT, geb. 1957. Studium der Elektrotechnik, Geschichte, Soziologie und Berufspädagogik an der FH Frankfurt und der TH Darmstadt. Von 1985 bis 1987 Referendariat im hessischen Schuldienst. Zur Zeit Arbeit an einer Dissertation zur Geschichte der Gesellschaft für Schwerionenforschung in Darmstadt und Mitarbeit im DFG-Forschungsprojekt »Elektrifizierung und Stadtentwicklung« an der TH Darmstadt.

MATTHIAS GATHER, geb. 1958. Studium der Geographie in Frankfurt und Manchester. 1988–1991 Stipendiat des Landes Hessen, 1991 Fertigstellung der Dissertation über »Kommunale Handlungsspielräume in der öffentlichen Abfallentsorgung«. Seit 1991 Mitarbeiter der Planungs- und Ingenieurgesellschaft »Infrastruktur und Umwelt« in Darmstadt.

WALTER HOCHREITER, geb. 1955. Studium der Geschichte, Soziologie und Philosophie an der TH Darmstadt. Dissertation zur Sozialgeschichte und Konzeption deutscher Museen im 19. Jahrhundert. Drei Jahre Mitarbeit am Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim. Zur Zeit Mitarbeit am DFG-Forschungsprojekt »Elektrifizierung und Stadtentwicklung«.

NORBERT KOCH, geb. 1939. Architekturstudium an der TH München. 1969–1972 Leiter des Instituts für Städtebau, Landesplanung und Raumordnung an der TU München. Seit 1971 eigenes Architekturbüro. 1983 Berufung in die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung. Seit 1988 Partnerschaft mit Wolfgang Voigt.

JOHANN PAUL, geb. 1950. Studium der Geschichte und Germanistik in Köln. Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bergisch Gladbach und der Universität Köln. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der Arbeiterbewegung, des Nationalsozialismus und der Ökologie. Wichtigste Veröffentlichungen: Alfred Krupp und die Arbeiterbewegung (1987), Vom Volksrat zum Volkssturm. Bergisch Gladbach und Bensberg (1988), Die Siegerschmutzung im 19. und 20. Jahrhundert (1991).

KARL CHRISTIAN SCHÄFER, geb. 1959. Studium der Betriebswirtschaftslehre und der Geschichte in Münster. Bis 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, seitdem freier Dozent in der Erwachsenenbildung. Forschungsschwerpunkt: Kommunalfinanzien, Bankengeschichte, Kapitalexpert.

DIETER SCHOTT, geb. 1954. Studium der Geschichte, Anglistik und Politikwissenschaften an der Universität Konstanz und FU Berlin. Promotion 1987 in Konstanz mit einer Arbeit zum Thema »Die Konstanzer Gesellschaft 1918–1924. Der Kampf um Hegemonie zwischen Novemberrevolution und Inflation«. Seit 1985 wiss. Mitarbeiter, bzw. wiss. Assistent am Institut für Geschichte der TH Darmstadt. Veröffentlichungen zur Regional- und Stadtgeschichte, zur Geschichte der technischen Infrastruktur und zur Elektrifizierung.

Besprechungen

DAS RUHRGEBIET IM INDUSTRIEZEITALTER. *Geschichte und Entwicklung*, hrsg. von WOLFGANG KÖLLMANN, HERMANN KORTE, DIETMAR PETZINA UND WOLFHARD WEBER, Düsseldorf: Patmos 1990, 2 Bde., 806 u. 715 S., DM 178,—.

Historische Handbücher erfreuen sich zur Zeit einer starken Nachfrage auf dem Büchermarkt, zumal wenn sie die deutsche Geschichte im Überblick präsentieren. Das vorliegende Werk nimmt in diesem Genre eine Sonderstellung ein, denn es stellt nicht die Geschichte der Nation dar, auch nicht die einer historischen Landschaft, sondern die eines Wirtschaftsraums, den erst die Industrielle Revolution geschaffen hat. Insofern begnügen sich die Herausgeber auch nicht damit, nur die Entwicklungsstrukturen der Vergangenheit aufarbeiten zu lassen; die Autoren sollen auch die Gegenwartsprobleme dieses noch jungen Raumgebildes in der Analyse berücksichtigen. Damit erhebt dieses Handbuch einen interdisziplinären Anspruch. Die Herausgeber, alle vier Ordinarien an der Ruhruniversität Bochum, können mit der Auswahl ihrer Mitarbeiter diesem Anspruch voll genügen, denn sie gewannen für alle Beiträge ausgewiesene Experten.

Die von 15 Autoren verfaßten 12 Artikel des ersten Bandes beschäftigen sich mit den geographischen Bedingungen, v. a. aber mit der Wirtschaftsgeschichte und der Wirtschaftsstruktur des Ruhrgebietes, während im zweiten Band die von 13 Verfassern geschriebenen zehn Abhandlungen die Verwaltung, die Sozialstruktur und die Kultur dieser Landschaft thematisieren. Diese Vielzahl an Beiträgen verbietet es, sie auf dem zur Verfügung stehenden Raum ausführlich zu besprechen. Das Gerechtigkeitsprinzip hindert den Rezensenten andererseits daran, ein-

zelne Aufsätze hervorzuheben, denn bei der qualitativen Dichte dieses Handbuchs käme dies doch nur auf eine geschmäckerliche Auswahl hinaus.

Im Band I beschreiben Bronny und Dege »Raumpotential und Raumstruktur« in vorindustrieller Zeit. Den »Beginn der Industrialisierung« analysiert Köllmann, während Weber in Gemeinschaft mit Gladen die »Entfaltung der Industriewirtschaft« und der beruflichen Bildung untersucht. Abelshäuser (1914–1945) und Petzina (1945–1985) setzen die Thematik ins 20. Jahrhundert hinein fort. Dagegen handeln andere Verfasser die traditionellen Wirtschaftssektoren sowie die sozial- und infrastrukturellen Entwicklungslinien über den gesamten Zeitraum des 19. und 20. Jahrhunderts hinweg ab: Köllmann schreibt, zusammen mit Hoffmann und Maul, über die Bevölkerungsgeschichte, Reif über die Landwirtschaft, Reininghaus über das Handwerk und Korte über die Infrastruktur. Drei Beiträge über die relevanten Wirtschaftskorporationen, über die Kammern (v. Eyll), die Unternehmerverbände (Plumpe) und die Gewerkschaften (Buschak), schließen den Band ab.

Der zweite Band beinhaltet Beiträge über die staatliche Verwaltung und die Kommunalverbände seit 1918 (Pankoke), über das Städtewesen (Reulecke) sowie über die Umweltproblematik (Brüggemeier und Rommelspacher). Die Verfasser dieses Artikels stützen sich im Gegensatz zu den meisten anderen Autoren, die z. T. auf eine schon sehr umfangreiche Literatur zurückgreifen können, in Ermangelung solcher Vorleistungen auf eigens angestellte Quellenrecherchen, v. a. auf Archivarbeit. – Tenfelde untersucht »Soziale Schichtung und soziale Konflikte« und Rohe (gemeinsam mit Jäger und Do-

row) die »Politische Gesellschaft und politische Kultur«. Vier Beiträge beschäftigen sich mit den kulturellen Problemen der Ruhrgebietsgeschichte: mit »Industriekultur und Architektur« (Henle), mit Literatur und Druckmedien (Grosse), mit der Sprache (Menge) sowie mit »Theater und Museen« (Parent). Dascher analysiert zum Schluß die Quellenlage zur Geschichte des Ruhrgebiets. – Eine Bibliographie zu allen Aufsätzen beider Bände (anstelle eines Anmerkungsapparates), ein Orts- und Namensregister sowie einige andere Verzeichnisse schließen den Band II ab.

Jedes Handbuch und jeder Sammelband lassen beim kritischen Leser fast zwangsläufig einige Wünsche offen. Das trifft auch auf das »Ruhrgebiet im Industriezeitalter« zu. Vielleicht hätte man zusätzlich einen speziellen Beitrag über die politische Geschichte aufnehmen können, die z. B. nach jedem der beiden Weltkriege ihre besondere Brisanz aufwies. Sicher, vieles zu diesem Thema verteilt sich auf die einzelnen Artikel; aber eine eigenständige Abhandlung hätte der Informationsfunktion des Werkes noch besser gedient. Möglicherweise wäre die Bedeutung der polnisch-masurischen Einwanderung ebenfalls durch einen eigenen Beitrag deutlicher geworden – die gegenwärtig diskutierte »multikulturelle Gesellschaft« hat dafür ein geschärftes Problembewußtsein geschaffen. Eigentliche Lücken, die das Verständnis der Ruhrgebietsgeschichte erschweren könnten, hinterläßt das Handbuch jedoch nicht. Es ist durchaus richtig, daß es nur einen Aufsatz über das Städtewesen enthält, obwohl das Ruhrgebiet doch zunächst als eine aus Städten und größeren Gemeinden zusammengesetzte Region erscheint; im Vordergrund des Interesses der Herausgeber steht aber zu Recht die Konglomeration, der Wirtschaftsraum, dessen Entwicklung aufgezeigt werden soll. Der radikale Strukturwandel, der diese Region in jüngster Zeit erfaßt hat, läßt jedoch gerade an diesem Funktionszusammenhang leisen Zweifel aufkommen. Petzina legt den Finger auf die Wunde, wenn er fragt: »Ist es überhaupt geboten, das Ruhrgebiet künftig noch als Einheit zu verstehen...?« (I 562).

Zu manchen Einzelheiten in den Beiträgen

könnte man gewiß hin und wieder kritische Gedanken äußern: einmal stören methodische oder kategoriale Unklarheit, einmal werden gewisse Gesichtspunkte in den inhaltlichen Aussagen vernachlässigt. Es wäre jedoch ein Wunder, wenn kleinere Mängel dieser Art in so einem groß angelegten Kompendium nicht aufträten. Demgegenüber sollte aber das Fazit im Gedächtnis haften, daß fast alle Artikel dieses Handbuchs auf einem gleichermaßen hohen Niveau stehen.

Münster

Wolfgang R. Krabbe

PETER GRAFE / BODO HOMBACH / GERD MÜLLER (Hrsg.), *Mülheim an der Ruhr. Eine eigenwillige Stadt, Essen: Klartext 1990, 338 S., DM 29,80.*

Das im Essener Klartext-Verlag erschienene Buch beschreibt die neuere Geschichte Mülheims von der beginnenden Industrialisierung bis in die nahe Gegenwart. Es beruht auf der Mitarbeit einer Vielzahl von Autorinnen und Autoren, die das facettenreiche Bild einer »eigenwilligen« Ruhrgebietsstadt im Wandel zeichnen.

Den Herausgebern geht es mit dem Buch um »Beheimatung und Selbstvergewisserung«. Sie wollen dazu beitragen, einer gleichsam »geschichtslosen« Sicht der Mülheimer Stadtgeschichte entgegenzuwirken. Ihre Kritik richtet sich gegen vorhandene Tendenzen, die industrielle Vergangenheit der Stadt aus Imagegründen abzustreifen und – vorübergehenden – Wunschbildern zu opfern. Infolgedessen stehen solche stadtgeschichtlichen Themen im Vordergrund, welche den Blick für das historisch Gewachsene, für »Fortschritte und Verbesserungen als Erfolge« schärfen und dabei die Entwicklung Mülheims in ihrer ganzen Breite darstellen. Das Spektrum der – durchweg sehr lebendigen – Einzelbeiträge reicht etwa von Aufsätzen zur lokalen Industrie- und Sozialgeschichte seit den 1850er Jahren über Beiträge zur politischen Geschichte der Stadt zwischen der »Novemberrevolution« und dem Zusammenbruch von 1945 bis hin zu einer Vielzahl weiterer alltags- und kultur-

geschichtlicher Momentaufnahmen, die teils noch in aktuelle Diskussionen zur kommunalen Kulturpolitik eingreifen.

Alles in allem bietet das Mülheim-Buch viele Vorzüge, die es nicht nur für die in erster Linie angesprochenen Bürger der Stadt interessant macht. Hierzu gehören etwa die Farbigkeit der Einzelbeiträge, die sinnvolle Auswahl der behandelten Themen und die rundum gelungene Gesamtkomposition des Werkes. Hinzu kommt insbesondere, daß es sich davon fernhält, der eingangs festgestellten momentanen »Antikohlentpot«-Haltung ein romantisch gefärbtes Gegenbild von der jüngeren Stadtgeschichte entgegenzusetzen.

Nottuln

Ludger Grevelhörster

ANDREA DIRSCH-WEIGAND, *Stadt und Fürst in der Chronistik des Spätmittelalters. Studien zur spätmittelalterlichen Historiographie (Kollektive Einstellungen und sozialer Wandel im Mittelalter, Neue Folge Bd. 1, hrsg. von Rolf Sprandel), Köln/Wien: Böhlau 1991, 225 S., DM 58,-.*

»Die Geschichtsmodelle des Fürstenadels, des Klerus und der Bürger« sind das übergeordnete Thema dieser Untersuchung. Der darin ausgewählte Bereich beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen Fürsten und Städten im ausgehenden 14. und im 15. Jh. zu solchen Zeiten, in denen innerstädtische Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen Stadt und Stadtherr parallel laufen (der Aufstand des Etienne Marcel in Paris 1356/57, die Münchener Unruhen von 1396–1403, der Aufstand der Lütticher 1408 gegen den Fürstlekten Johann von Bayern, die Rostocker Domfehde 1483–1491). Die Einsicht, daß chronistisches Material keinesfalls objektiv, sondern stets tendenziös ist, setzt die Autorin als allgemein akzeptiert voraus. In ihrem Interesse liegt es jedoch, aufzuzeigen, wie bestimmte Grundmuster des Denkens und Verhaltens ihren schriftlichen Niederschlag finden.

Untersucht wird die Beeinflussung der chroni-

stischen Darstellung durch den Standpunkt des Auftraggebers, die Biographie des Chronisten, das Ambiente der Entstehung (Fürstenhof oder Stadt). Unterschieden werden Chroniken mit offiziellem (nationalem), offizlosem (landesfürstlichem), klerikalem und städtischem Charakter. Nicht jeder der Konflikte wird gleich stark von allen diesen Chronikarten bedacht, die vorherrschende Bewertung eines Ereignisses steht durch die überlieferten Chroniken schon von vornherein im Groben fest.

Nicht ganz einsichtig erscheint dabei die Wahl der Augsburger Chroniken, geben sie doch jeweils nur kürzesten Bericht über die behandelten Konflikte. Um die Stadtchronistik wirklich bewerten zu können, hätte es sicherlich umfangreicheren städtischen Materials bedurft. Auch vermißt man hinsichtlich des Münchener Aufstands von 1396–1403 die Einbeziehung der Denkschrift des Jörg Kazmair, wie sie in den Chroniken der deutschen Städte abgedruckt ist, spiegelt doch diese Tendenzschrift eines Patriziers sowohl seine Haltung zur eigenen Stadt als auch zu seinem Stadtherrn wider.

Die untersuchten Beispiele bestätigen, daß sich in allen Chroniken mit unterschiedlicher Zuordnung bestimmte Deutungsmuster finden: die Tyrannenfigur, die die bestehende Ordnung stürzt, die schlechten Ratgeber, denen ein rechtmäßiger Herrscher zum Opfer fällt, die Einwirkung himmlischer oder teuflischer Mächte. Darüber hinaus wirken, wie eingangs angenommen, spezifische Voraussetzungen bestimmend auf die Darstellungsweise der Chronisten: Die von königlicher Seite beauftragte Chronik bemüht sich, »die Bürger in einem allgemeinen Untertanenstatus aufgehen« zu lassen; der Ritter als Chronist »fühlt sich offensichtlich den adligen Werten von Familienkontinuität und Bewahrung des Familienbesitzes verpflichtet«; die behandelten Kleriker, einem reformerischen Kreis zugeordnet, kritisieren Hof und Stadt gleichermaßen, was jedoch auch bedeutet, daß sie Fürsten und Bürger »als gleichwertige Kontrahenten« betrachten; die Stadtchronistik hält an städtischer Eigenständigkeit fest und betont den Gegensatz zu fürstlichen (= unrechtmäßigen) Ansprüchen.

Mit Ausnahme der Kleriker würden also fürstliche und städtische Chronisten, so die Schlußfolgerung, zu Konfliktzeiten deutlich antagonistische Positionen vertreten. Das kann man für die untersuchten Chroniken auch sicherlich aufrechterhalten. Aufgrund der Auswahl der Chroniken bleibt jedoch die Frage offen, inwieweit bei innerstädtischen Konflikten alte und neue Machthaber nicht auch jeweils ihre Positionen über ihr unterschiedliches Verhältnis zum fürstlichen Stadtherrn definierten – man denke einmal an die Wiedereinsetzung des alten Rates nach den auch hier vorgestellten Münchener Unruhen aufgrund stadtherrlicher Pressionen, ja militärischen Einsatzes, der nicht zuletzt durch die Unterstützung ausgewiesener fürstentreuer Patrier realisiert wurde.

Trotz dieser Einschränkung und des lediglich an einem Beispiel sicherlich zu kurz geratenen »nationalen« Vergleichs zeigen die Untersuchungen der Autorin erneut, wieviel Frage- und Antwortpotential noch in den Chroniken steckt, um Aufschlüsse zu gewinnen über die verschiedenen genutzten Möglichkeiten mittelalterlichen Denkens und Agierens – die Re-Konstitution gedanklicher Welten über ihre Sprache(n).

Bochum

Gudrun Gleba

MARTINA REILING, *Bevölkerung und Sozialtopographie Freiburgs i. Br. im 17. und 18. Jahrhundert. Familien, Gewerbe und sozialer Status* (Veröff. aus dem Archiv der Stadt Freiburg 24), Freiburg i. Br.: Stadtarchiv 1989, 4 Karten, 358 S.

Das Buch ist aus einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekt zur »Historischen Demographie der Stadt Freiburg im Breisgau im 17. Jahrhundert« unter der Leitung des Sozial- und Wirtschaftshistorikers Hugo Ott hervorgegangen. Es ist der modernen historischen Demographie zuzuordnen, für die im deutschen Sprachraum Arthur E. Imhof federführend geworden ist. Anders als viele Werke dieses Forschungsgebietes beschränkt sich die

Verfasserin nicht auf die Bevölkerungsrekonstruktion auf der Grundlage von Pfarregistern. Daß die Register fallweise nominativ, d. h. bis hin zur Rekonstitution einzelner Familien, ausgewertet werden, ist schon eine anerkennenswerte besondere Leistung, durch die im Vergleich zur anonymen Datenerhebung viel an Anschaulichkeit gewonnen wird. Noch mehr verdient die Einbeziehung weiterer Quellen hervorgehoben zu werden, die über die Besitz- und Lebensverhältnisse der Freiburger Bevölkerung Aufschluß geben: von Häuserbüchern und Erbschaftsakten. Zur Erklärung demographischer Fakten leisten diese Quellen einen wichtigen Beitrag. Leider bleibt das vorliegende Werk weitgehend auf der Stufe einer Materialsammlung stehen, der darstellende Teil fällt zu knapp aus.

Nach einleitenden Bemerkungen zum Thema und zu methodischen Fragen skizziert M. Reiling den allgemeinen Zeitkontext, die Folgen europäischer Kriegswirren und der Herrschaftsverhältnisse. Für Freiburg waren die Nähe zu Frankreich und die territoriale Zugehörigkeit zu Österreich bedeutsam. Anschließend charakterisiert die Verfasserin in einem eigenen, kurzen Kapitel Häuserbücher und Erbschaftsakten und erläutert ihre Auswertungsmethode. In den folgenden Kapiteln (IV bis VIII) legt sie die Untersuchungsergebnisse vor. Kapitel IV befaßt sich mit der Freiburger Bevölkerungsstruktur und bietet zunächst einen Überblick über Bevölkerungs- und Haushaltsziffern. In der anschließenden Darstellung der gesellschaftlichen Gliederung wird die Oberschicht, bestehend aus Domkapitel, Jesuiten, Universität, Regierung und Stadtverwaltung, differenziert, die unterbürgerliche Schicht hingegen sehr pauschal beschrieben. Eine nähere Betrachtung erhält die berufliche Gliederung der hausbesitzenden Handwerker und Kaufleute. Aufgrund ihres Quellenmaterials kann die Verfasserin hierzu sehr detaillierte Angaben machen. Sie unterscheidet zwischen 16 Gruppen und greift drei Untersuchungszeiträume (1650–1680, 1700–1730, 1770–1800) heraus.

Die sozialtopographischen Strukturen der Stadt Freiburg, Gegenstand von Kapitel V, stehen im Mittelpunkt der Untersuchung. 85 Sei-

ten widmen sich den Fragen, wer warum wo wohnte. Wir erhalten Aufschluß über die Grade der Vornehmheit von Straßen und Stadtvierteln, über berufs- und funktionsbedingte Standorte, über Vererbungstraditionen, Heiratsverhalten und die (geringen) sozialen Aufstiegschancen. Beispielhaft werden dabei bestimmte Familien und Gewerbe vorgestellt. Läßt sich Kapitel V als eine horizontale Untersuchung bezeichnen, so liegt in Kapitel VI eine vertikale vor. Hier geht es nämlich um den sozialen Status von Bevölkerungsgruppen. Dieser Status fand, typisch für das Ancien Régime, vielfältig Ausdruck: in der Rangordnung der Zünfte, die z. B. in Prozessionen sichtbar wurde; in einer fünf Grade unterscheidenden Kleiderordnung; in der nach Vermögen und Vornehmheit differenzierenden Taufordnung, die selbst die Höhe des Patengeschenkes regelte; schließlich in der Patenwahl. Als Motive der Patenwahl kamen in Betracht: Verwandtschaft, Nachbarschaft, Beruf, Zunftzugehörigkeit, Herkunft und Schichtenzugehörigkeit. Die von der Verfasserin rekonstruierten Fälle belegen einen wohl generalisierbaren Befund, nämlich daß die Wahl nur gleich- oder höhergestellte Personen, nie sozial niedriger stehende traf. Zum gleichen Ergebnis war auch Walter G. Rödel in seiner Untersuchung zu Mainz in der frühen Neuzeit gelangt.

Auf die zusammenfassende Schlußbetrachtung (VII) folgen ein 180 Seiten starker Anhang (VIII), ein Verzeichnis von Quellen und Literatur sowie (in einer Manteltasche) vier Karten. Der Anhang enthält vitalstatistische Daten, die aus den Pfarregistern ermittelt sind. Häuserlisten mit Angaben von Werten und Belastungen, Familienrekonstitutionen, berufsspezifische Straßenverzeichnisse. Die Daten werden kartographisch ausgewertet. Insgesamt liegt eine arbeitsintensive Materialsammlung vor, die für die Freiburger Stadtgeschichte neue Grundlagen geschaffen hat.

Münster

Peter Burg

THEO VAN DOESBURG, *Über Europäische Architektur. Gesammelte Aufsätze aus Het Bouwbedrijf 1924–1931*, Basel / Berlin / Boston: Birkhäuser 1990, 324 S., DM 138,—.

Die Produktion der Reprints von Veröffentlichungen zu Architektur und Städtebau aus den zwanziger Jahren läuft schon recht erfolgreich seit über 10 Jahren (»das neue frankfurt«, 1977) und zeigt vom Umfang her fast inflationäre Tendenzen. Mit der Öffnung der Grenzen wird dieser Trend momentan sogar noch überlagert von einer durchaus ökonomisch motivierten Bauhaus-Renaissance; und entsprechend verstärkt. Ob alle derzeit wieder neu aufgelegten Bücher und Kataloge oder neu zusammengestellten Aufsätze und Zeitschriften auch aus heutiger Sicht über den rein bibliographischen Aspekt hinausgehend aktuelle Relevanz besitzen, darf dabei manchmal bezweifelt werden.

Von sicherlich herausragender Bedeutung dürfte in diesem Kontext für die Entwicklungsgeschichte der Architektur der zwanziger Jahre die vorliegende aus der holländischen Fachzeitschrift »Het Bouwbedrijf« stammende Aufsatzsammlung des Architekturkritikers Theo van Doesburg sein. Die heute weitgehend vergessene Fachzeitschrift erschien in ihrer ersten Phase zwischen Juni 1924 bis September 1926 erst monatlich und dann im zweiwöchigen Rhythmus und wandte sich mit einem bewußt neuartigen Konzept an alle im Baubereich Tätigen. Der schon damals durch die Ausstellung der Gruppe »De Stijl« (1923) auch überregional bekannte van Doesburg war als fester Mitarbeiter zumindest in den ersten Jahren in fast jeder Ausgabe mit »seinem« Beitrag vertreten.

Das Interessante an der vorliegenden Sammlung besteht darin, daß es sich hierbei nicht um eine übliche, nachträgliche Zusammenstellung von einzelnen Zeitaufsätzen handelt, sondern um einen nahezu chronologischen Auszug eines von Doesburg selbst über sieben Jahre gespannten Bogens einer länderweise angelegten Darstellung der wichtigsten Entwicklungen in der europäischen Architektur. Damit stellt die Doesburg'sche Sammlung einzeln für sich ste-

hender Aufsätze einen durchaus methodisch angelegten, umfassenden Bericht über den internationalen Siegeszug des orthogonalen als des neuen Stils der modernen Zeit dar.

Ihren Anfang nimmt die Darstellung bei den ersten Versuchen zur Erneuerung der französischen Architektur durch die unter konstruktiver Klarheit stehende Anwendung neuer Materialien wie Beton und Eisen durch Auguste Perret. Hierbei zeigt sich schon, daß van Doesburg vor allem auf die Architektur des einzelnen Hauses eingeht und eher weniger auf die Stadt als Ganzes, obwohl er die durch den Autoverkehr als völlig neue Transportmethode ausgelöste Notwendigkeit zur Reorganisation der Stadt unterstreicht; trotzdem ist die recht ausführliche Beschreibung mit der Corbusier'schen Ville contemporaine eher als eine Ausnahme aufzufassen.

Schon 1924 konstatiert van Doesburg vor dem Hintergrund der ausgefeilten traditionellen französischen Lebensweise, daß es in anderen Ländern wie Deutschland oder der Tschechoslowakei leichter sein dürfte, neue Architekturformen auch in der Praxis einzuführen, und er stellt es als darüber hinaus bemerkenswert heraus, daß dort offizielle Schulen den orthogonalen Stil schon adaptiert haben. Insofern scheint den folgenden Abschnitten besondere Bedeutung zuzukommen.

Daß die 1925/26 verfaßte Darstellung der deutschen Entwicklung mit den Gropius'schen Fagus-Werken anfängt und das Weimarer Bauhaus in den Mittelpunkt stellt, scheint verständlich, zumal Doesburg selbst zuvor in den Jahren 1921/22 in Weimar Kurse abgehalten hatte und insofern mit der dort geleisteten modernen Ausbildung vertraut ist. Nicht verständlich ist dagegen die völlige Ausblendung der schon seit 1919/20 anlaufenden und zu dieser Zeit auf den ersten Höhepunkt zusteuern den Siedlungsentwicklung z. B. in Berlin, Köln oder Frankfurt. Dabei bleiben zentrale Leitfiguren der Architektur der zwanziger Jahre wie May, Haesler, Riphahn oder Wagner in dieser Betrachtung völlig ausgeblendet.

Das zu dieser Zeit aktuell auf der Tagesordnung stehende Städtebauproblem wird mit seinen politisch-ökonomischen Randbedingungen

nur angerissen und die Zukunft der Städte als weitgehend außerhalb der Architektur angesiedelt auch von Doesburg erkannt. Vor dem Hintergrund von Normierung und Industrialisierung wird die Erneuerung viel tiefer reichen müssen als nur bis zur äußeren Form der Architektur; damit wird die über das Wohnen hinausgehende, in alle Lebensbereiche durchgreifende Moderne des »neuen frankfurt« durchaus inhaltlich anskizziert, aber nicht direkt rezipiert.

In den weiteren erst mit einem time-lag ab 1928/29 erscheinenden Abschnitten geht van Doesburg dann auf die Entwicklung der Architektur in der UdSSR, Italien, Spanien, Jugoslawien und Polen ein und rundet damit die breit angelegte Darstellung über die »Europäische Architektur« ab. Aufgrund der erwähnten Defizite im Bereich der an sich besonders wichtigen deutschen Siedlungsentwicklung liegt die Bedeutung des vorliegenden Buches eher in dem nicht überall nachzulesenden Durchsetzungsprozeß der modernen Architektur in den anderen europäischen Ländern. Allein dieser Aspekt reicht aber aus, um van Doesburg einen bedeutenden Platz unter den Architekturkritikern zuzugestehen und sein mit fast 60 Jahren Verzögerung posthum entstandenes Werk zu lesen und zu besitzen.

Kassel

Ronald Kunze

ERICH MENDELSON, 1926: *Amerika. Bilderbuch eines Architekten mit 77 photographischen Aufnahmen des Verfassers*, Braunschweig: Vieweg Reprint 1990, 214 S., DM 180,—.

Amerika wird nach dem Ersten Weltkrieg zum Ziel zahlreicher Studienreisen europäischer Intellektueller, der Amerikanismus zu einer Art geistiger Strömung in der Weimarer Republik. Auch deutsche Architekten machen sich auf den Weg und studieren die dort sich entwickelt habende Rationalisierung des Bauens und die damit einhergehende Mechanisierung des Lebens.

Bleibendes Ergebnis der im Jahre 1924 unternommenen Reise von dem seinerzeit durch den Bau des Potsdamer Einsteinturms schon be-

kannt gewordenen Erich Mendelsohn ist das heute als Reprint wieder zugängliche »Bilderbuch eines Architekten«. Hierin zeigt der Verfasser seine Begeisterung für die neue Welt auf der anderen Seite des Atlantiks, ohne seine innere Distanz zu der dort gelebten Form des übersteigerten Lebens zu verlieren.

Mendelsohns teilweise ungewöhnliche Aufnahmen dokumentieren in ihrer unvergleichlichen Zusammenstellung die für europäische Verhältnisse unvorstellbaren Bauten New Yorks, Detroits und Chicagos in Wort und Bild; die photographischen Impressionen der durchaus eine gewisse Ruhe ausstrahlenden Kamerafahrten und Abwicklungen werden dabei durch eine fast hektisch wirkende verbale Kommentierung zu einem seinerzeit aus der Fülle der Reiseberichte herausragenden Dokument vereinigt.

Daß die gigantischen Hochhäuser der amerikanischen Metropolen im Mittelpunkt der Betrachtung eines Architekten stehen, ist verständlich; Mendelsohn beschränkt sich aber nicht auf die bekannten Bauten, sondern bezieht immer auch andere für seine Augen beachtenswerte Bauwerke wie die riesigen Getreidespeicher des mittleren Westens in den Kanon der Abbildungen mit ein; nicht nur das bekannte Bild von Amerika ist herausragend, auch das für dortige Verhältnisse normal anmutende Unbekannte sprengt den Rahmen des Betrachters.

Inwieweit die Mendelsohn'schen Bilder heute noch aktuell und damit für den Betrachter relevant sind, kann durchaus offen bleiben; der heute aufgelegte unveränderte Reprint eines solch einflußreichen Architekturklassikers ist inhaltlich auf jeden Fall zu begrüßen. Angesichts des Preises muß allerdings eine gewisse Skepsis über die publikationspolitische Relevanz dieses durchaus lohnenden Reprints artikuliert werden dürfen.

Kassel

Ronald Kunze

ERICH MENDELSON, 1929: *Rußland – Europa – Amerika. Ein architektonischer Querschnitt*, Basel / Berlin / Boston: Birkhäuser Reprint, 214 S., DM 118,—.

Auf die erste große Studienreise Mendelsohns nach Amerika im Jahre 1924 folgen anschließend in den Jahren 1925/26 mehrere Fahrten in die UdSSR; hier in Rußland erlebte er zuvor schon im Jahre 1917 als Frontsoldat während des Ersten Weltkriegs die wichtigsten Kriegsjahre, aber auch eine der schöpferischsten Phasen eines zeichnerischen Schaffens. Dem dort in der neu formierten Sowjetunion ablaufenden sozialen Experiment bringt Mendelsohn trotz einiger Distanz viel Interesse und fast ins Apologetische gleitende Wärme entgegen. Zwischen diesen beiden neuen Polen der Welt, den »beiden Willensmächten Rußland und Amerika« liegt die alte Welt, liegt die alte Heimat Europa.

Mit dem vorliegenden Reprint »Rußland – Europa – Amerika« wird auch die zweite bedeutende Veröffentlichung des sich eher zeichnerisch artikulierenden Architekten der Moderne den bibliophilen Fachkreisen erneut zugänglich gemacht. Dabei stammen die Bilder in dieser quasi als Fortsetzung seiner ersten Veröffentlichung zu interpretierenden Zusammenstellung von den oben erwähnten Reisen, aber auch von befreundeten Kollegen oder aus der Literatur. Die photographische Ähnlichkeit mit dem zuvor erstellten Bilderbuch über Amerika ist auffallend, es ist aber kein einzelnes Buch identisch; fast wie ein Puzzle gehören seine beiden Bücher zusammen.

In diesem architektonischen Vergleich sollen die wieder nur sehr knapp kommentierten Abbildungen für sich sprechen und den fernen geschichtslosen neuen Erdteil mit seinen herausragenden Bauten ebenso zeigen wie das an Europa angrenzende riesige Rußland mit seiner jahrtausendalten baulichen Erbschaft und der modernen Technik als einem Symbol für Zukunft. Dazwischen liegt Europa, der alte Kontinent mit der neuen Aufgabe des Ausgleichs zwischen den beiden Weltmächten. In der fast dramatisch anmutenden Zusammenstellung der Architekturphotos kommt diese Position der Mitte irgendwie zum Tragen, aber auch gleichzeitig die in dieser Zeit der zwanziger Jahre stürmisch voranschreitende Entwicklung der Architektur der Moderne. Den wenigen Bildern über neue Siedlungsbauten wie die Werkbundsiedlung von

1927 in Stuttgart oder Hoek van Holland kommt dabei fast zentrale Bedeutung zu.

Dem während seines relativ kurzen Lebens in mehreren Erdteilen als Architekten tätigen Erich Mendelsohn (1887–1953) kommt mit der im Zusammenhang zu seinem 100. Geburtstage stehenden Wiederveröffentlichung seines bildlich-schriftlichen Werkes eine späte Anerkennung zu; mit der politischen Veränderung in seiner eigentlichen Heimat ist jetzt nach einigen Jahrzehnten der Verborgenheit auch der auf dem Potsdamer Telegrafenberg stehende Einsteinurm endlich wieder für die Fachwelt zugänglich. Damit wird der seinerzeit als Visionär einer neuen Baubewegung geltende Architekt herausragender Bauten wieder mehr in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt.

Kassel

Ronald Kunze

MARIA BERNING / MICHAEL BRAUM / ENGELBERT LÜTKE DALTRUP, *Berliner Wohnquartiere. Ein Führer durch 40 Siedlungen, Berlin: Reimer 1990, Abb., Tab., 252 S., DM 38,-*.

Nachdem die Veröffentlichung von Architekturführern bereits eine längere Tradition hat, gibt es seit einiger Zeit auch Führer, die sich verstärkt Siedlungen und Wohnquartieren zuwenden, also über die Ebene von Einzelgebäuden hinausgehen. Diese Erscheinung ist sicher im Zusammenhang mit der zunehmenden Etablierung der Fachrichtung Städtebau und Stadt- und Stadtbaugeschichte zu sehen, aber auch im Sinne einer behutsamen Bestandsentwicklungspolitik eine wichtige Arbeitsgrundlage. Sie ist auch insofern begrüßenswert, weil Architekturführer in der Regel kaum bzw. keine Erläuterungen und Kommentare bieten, häufig von Berufsverbänden herausgegeben werden und damit unkritisch eher als Werbeträger fungieren.

Dieses Buch erschließt ein breites Spektrum an Wohnungsbeständen und Wohnsiedlungen in Berlin, Berlin-West wäre hinzuzufügen. Nach einem Überblick über 100 Jahre (West-)Berliner

Siedlungsgeschichte werden, nach den Entstehungszeiträumen geordnet, 40 Beispiele dokumentiert. Dabei sind die Villenvororte, die Berliner Mietshausbebauungen und der genossenschaftliche Wohnungsbau der Gründerzeit, die Gartenvorstädte, der Wohnungsbau der 20er Jahre, Siedlungen der 30er und 50er Jahre, sowie der Soziale Wohnungsbau der Nachkriegszeit enthalten. Für jede Siedlung sind Lagepläne, Strukturdaten, Grundrisse, eine Beschreibung und am Ende des Buches ein Literaturanhang zusammengestellt. Übersichts- und Stadtpläne erleichtern das jeweilige Auffinden der Siedlungen.

Die städtebauliche und wohnungspolitische Entwicklung Berlins muß dabei immer als Auseinandersetzung mit der von Werner Hegemann so diskreditierten »größten Mietskasernenstadt der Welt« interpretiert werden, die jahrzehntelang kritiklos rezipiert wurde. Die Umkehr zur »behutsamen Stadterneuerung« bedeutete wiederum die kulturelle Entwertung des Nachkriegswohnungsbestandes, vor allem der Großwohnsiedlungen. Vor dem dem Hintergrund der aktuellen Wohnungsneubaueuphorie gerät aber die ganze Diskussion um behutsame Stadterneuerung und Bestandsentwicklung eher wieder in den Hintergrund.

Die Auswahl ist bei derartigen Führern immer ein Problem, häufig werden Gründe und Kriterien überhaupt nicht genannt, bzw. die Auswahl erfolgt nach der subjektiven Wertschätzung der Autoren. Die Autoren haben sich hier bemüht eine repräsentative Auswahl zusammen zu stellen und neben Bekanntem auch Neues und Unbekanntes zu dokumentieren. Sie orientieren sich einerseits an den überkommenen Klischees und versuchen diese gleichzeitig abzubauen. Damit setzen derartige Führer detaillierte Forschungen auf einem vergleichbaren Niveau voraus, die es aber in der Regel nicht gibt. Der Führer bietet sich als wichtige Grundlage für Studierende wie Studierende der Fachrichtungen Architektur, Städtebau, Stadtplanung, Architektur- und Stadtgeschichte an. Eine Fortschreibung und Aktualisierung für Ostberlin wäre hilfreich und wünschenswert.

Hamburg

Dirk Schubert

JOACHIM WOLSCHKE-BULMAHN, *Auf der Suche nach Arkadien. Zu Landschaftsidealen und Formen der Naturaneignung in der Jugendbewegung und ihrer Bedeutung für die Landespflege (Arbeiten zur sozialwissenschaftlich orientierten Freiraumplanung 11), München: Minerva Publikation, K. G. Saur 1989, 285 S., DM 54,-*.

Mit wachsender Relevanz ökologischer Fragen im gesellschaftlich-politischen Raum wächst auch die Zahl wissenschaftlicher Arbeiten, die sich mit der Historie sowohl des Verhältnisses des Menschen zu der ihn umgebenden Natur wie mit der Geschichte naturschützender Bewegungen und Organisationen in den letzten 150 Jahren befassen. Neben zahlreichen Einzelstudien sind im deutschsprachigen Raum in den letzten Jahren auch einige umfangreichere Untersuchungen erschienen. Zu verweisen ist u. a. auf die Publikationen von Linse, Sieferle und Zimmermann.¹

Mit seiner Studie zur bürgerlichen Jugendbewegung – als Dissertation am Fachbereich Architektur der Hochschule der Künste in Berlin angenommen – füllt Joachim Wolschke-Bulmahn eine wichtige Lücke in der bisherigen Forschung: Die gründliche Analyse des Natur- und Landschaftsverständnisses der bürgerlichen Jugendbewegung wie sie sich etwa im »Wandervogel« zu Anfang des Jahrhunderts darstellt. Während die Untersuchungen zur Jugendbewegung in den 70er Jahren vor allem ihren Protestcharakter gegen die etablierte bürgerliche Gesellschaft herausstellen,² gibt es seit einigen Jahren

die Tendenz, sie unmittelbar als frühe ökologische Bewegung zu sehen,³ ohne dabei die Verstrickung mit der nationalsozialistischen Ideologie klar herauszustellen. Ebenso fehlt eine gründliche Überprüfung, ob die von modernen ökologisch-naturwissenschaftlichen Erkenntnissen geprägte Naturvorstellung des ausgehenden 20. Jahrhunderts ohne weiteres auf die Wertvorstellungen der Jugendbewegung rückprojiziert werden kann.

Um solche vorschnellen Etikettierungen zu vermeiden, versucht »Auf der Suche nach Arkadien« nicht nur Naturverständnis und Landschaftsideal der bürgerlichen Jugendbewegung zu analysieren, sondern auch, wie dieses Naturideal auf die konkrete Landschaftsplanung gewirkt hat, wie sie von den Nationalsozialisten insbesondere für die eroberten neuen Ostgebiete projektiert wurde.

Wolschke-Bulmahn hat dazu eine Vielzahl zeitgenössischer Quellen ausgewertet und dabei vor allem auch auf zahlreiche Flugschriften, Broschüren und viele der damals verbreiteten, oftmals nur kurzlebigen Zeitschriften zurückgegriffen. Schon in dieser bisher noch nirgendwo in diesem Umfang geleisteten Sammel- und Übersichtsarbeit liegt ein großer Verdienst dieser Untersuchung. Überdies wurden auch Gespräche verwertet, die der Autor mit ehemaligen Mitgliedern und Anhängern der bürgerlichen Jugendbewegung führte.

Die Landschaftsaneignung, so weist Wolschke-Bulmahn nach, erfolgte in der bürgerlichen Jugendbewegung vorwiegend über das Wandern. Dies drückt sich in den zahlreichen zeitgenössischen Schilderungen der Landschaft aus, die meist aus der Perspektive des Wanderers verfaßt wurden. Ebenso denkbare Beschreibungen von Fahrrad- oder Eisenbahnfahrten sind die große Ausnahme in der Jugendbewegungsliteratur. So sehr die Anhänger der Jugendbewegung sich praktisch wie ideologisch um eine Flucht aus der Großstadt und der industriell-technischen Gesellschaft bemühten – hier unter-

¹ U. Linse, Ökopax und Anarchie. Eine Geschichte der ökologischen Bewegungen in Deutschland, München 1986; R. P. Sieferle, Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984; J. Zimmer (Hrsg.), Mit uns zieht die neue Zeit. Die Naturfreunde. Zur Geschichte eines alternativen Verbandes in der Arbeiterkulturbewegung, Köln 1984.

² z. B. U. Aufmuth, Die deutsche Wandervogelbewegung unter soziologischem Aspekt, in: O. Neuloh / W. Ruegg (Hrsg.), Studien zum Wandel von Bildung und Gesellschaft im 19. Jahrhundert Bd. 16, Göttingen 1979.

³ z. B. K.-M. Meyer-Abich, Wege zum Frieden mit der Natur. Praktische Naturphilosophie für die Umweltpolitik, München 1984.

scheidet sie sich zumindest graduell von der Arbeiterjugendbewegung und den »Naturfreunden« der gleichen Epoche –, war ihr Landschaftsideal, das Arkadien, in das sich die Jugendbewegung zurücksehnte, nicht die ursprüngliche, vom Menschen unberührte Natur. Ihr Ideal, das sie zugleich auch als politisches Programm verstand, war eine als harmonisch empfundene, vom Menschen gestaltete Kulturlandschaft, in der menschliche Zivilisation in gegenseitigem Einklang leben sollten. Wirklich ursprüngliche Natur hatte auch im Konzept der Jugendbewegung allenfalls in abgegrenzten Naturreservaten ihren Platz. Als Ziel vieler Ausflüge aus dem ganzen Reichsgebiete wurden daher immer wieder solche Landschaften ausgewählt, die seit Jahrhunderten durch die bäuerliche Landwirtschaft bestimmt wurden, wie etwa der Hegaug; Dörfer und Siedlungen werden als integraler Bestandteil der gesamten Landschaft geschildert. Der Bauer wird dabei in der Auffassung der Jugendbewegung als naiv, naturverbunden und einfach beschrieben und zur Verkörperung des idealen Menschentums. Die weitgehende Ausklammerung des sozialen Elendes auf dem Land wie in den Industrieregionen aus einem schichtspezifischen Naturverständnis zeugt für Wolschke-Bulmahn von der »sozial ignoranten Landschaftswahrnehmung« der Jugendbewegung, und er macht daran eine zentrale Differenz zu den »Naturfreunden« und der Arbeiterjugendbewegung fest.

Der Autor zeigt, daß an diese Landschaftsvorstellungen die nationalsozialistische Propaganda nicht nur unmittelbar anknüpfen konnte, sondern belegt auch die vielfache personelle Kontinuität zwischen Aktivisten der Jugendbewegung und für Landschaftsplanung zuständigen Entscheidungsträgern im »Dritten Reich«. Mit seinem Versuch, an diesem Beispiel aufzuzeigen, wie ein bestimmtes Landschaftsverständnis auf die aktive Gestaltung der menschlichen Umwelt unmittelbar Auswirkungen hat, eröffnet Wolschke-Bulmahn eine Forschungsperspektive, die auch für den gegenwärtigen umweltpolitischen Diskurs nutzbar gemacht werden sollte: Wenn etwa die moderne ökologische Beschreibung der Natur nicht mehr nur als bloßes Ab-

bild der Realität verstanden wird, sondern als eine theoretische und historisch bedingte Konzeption, die zu einer bestimmten Gestaltung von Landschaft und Natur führt, dann sind damit Spielräume für eine kritische Hinterfragung gegenwärtiger landschaftspflegerischer Konzepte eröffnet. Wolschke-Bulmahn selbst sieht noch Ansätze aus der Jugendbewegung in der gegenwärtigen Landschaftsplanung als wirksam an und kommt von da zur Forderung einer kritischen Überprüfung.

»Auf der Suche nach Arkadien« gehört zu jenen erfreulichen historischen Forschungen, die zugleich mehr sind als nur Darlegung historischer Faktizität. Aus dem Bewußtsein der Differenz der Bewußtseinslagen bestimmter Zeitschnitte und Epochen wird die historische Forschung hier in ihrer unmittelbaren Relevanz für die aktuellen Zeitfragen präsent.

Schwäbisch Gmünd

Bernd Kleinhans

VALENTIN HAMMERSCHMIDT / JOACHIM WILKE, *Die Entdeckung der Landschaft. Englische Gärten des 18. Jahrhunderts*, Stuttgart: DVA 1990, 224 Abb., davon 126 in Farbe, 216 S., DM 178,-.

Die Literatur zur Geschichte der Gartenkunst hat seit einigen Jahren einen festen Platz auf dem deutschen Buchmarkt – vorwiegend freundliche, intelligente Literatur für den gebildeten Reisenden. Daneben entwickelt sich zunehmend ein Genre von »Fach«literatur, das keineswegs nur den Fachmann, sondern auch einen großen Leserkreis erreichen sollte. Hierzu gehört die vorliegende Veröffentlichung.

Nach A. Hoffmanns Standardwerk »Der Landschaftsgarten« (1963) ist dies die erste deutschsprachige Publikation, die dem ideengeschichtlichen Hintergrund der englischen Landschaftsgärten nachgeht und wichtige Gartenbeispiele in England vom Anfang des 18. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts ausführlich und im bekannten entwicklungsgeschichtlichen Bogen von Kent über Brown bis zu Reptons Gartenanlagen untersucht.

aufeinanderfolgenden Bildern, die für Überraschungseffekte und moralische Erziehung sorgten.

Es gehörte sich, daß der Besitzer der Gärten seines Landsitzes war, der auch seinen Gästen in eigens geschriebenen guide books seinen Landschaftsgarten erläuterte; der Besitzer also als gentleman gardener, wie Fürst Pückler im 19. Jahrhundert es für seine Gartenkunst bis hin zum äußeren Habitus abguckte und verwirklichte, während zu dieser Zeit in England bereits der Gartenkünstler zum angesehenen Mitglied der Gesellschaft aufgestiegen war (Repton).

Im Dialog mit der literarischen Entwicklung der Zeit behandeln die Autoren die ästhetischen Begriffe des »Erhabenen«, des »Schrecklichen« und schließlich des »Malerischen« in der Kunst, das in den Gartenanlagen Reptons zu einem Stil führte, der wiederum die »gardenesque«-Ästhetik viktorianischer Gärten und die Gartenkunst auf dem Kontinent im 19. Jahrhundert stark beeinflusste. Gartenanlagen mit exotischen Architekturen, wie in Sezincote am Anfang des 19. Jahrhunderts, spiegeln einen Höhepunkt der »picturesque« Mode und der politischen Weltläufigkeit der Briten wider.

Die Autoren haben einschlägige und neueste Literatur, viel bekanntes, zum Teil auch neues Material (auch aus privaten Archiven) verarbeitet. Dankenswerterweise beziehen sie in ihre Beschreibungen und in ihr umfangreiches Abbildungsmaterial immer auch den heutigen Zustand eines Landschaftsgartens mit ein – gewachsene Prozesse, an die der britische Gartenbesitzer erfrischender und manchmal auch denklicher Weise sorglos anknüpft, ohne sich um den kontinentalen Streit zwischen »kreativer« und historisch gerechter Gartendenkmalpflege zu scheren. Im Verhältnis zu den geistes- und stilgeschichtlichen Verflechtungen behandeln die Autoren die botanische Seite und ihre Besonderheiten weniger gründlich. Dieses Manko läßt sich durch die ausführliche britische Guideliteratur ergänzen. Dem Buch sei ein großer Leserkreis gewünscht.

München

Dorothee Nehring